

DGB vor der großen „Säuberung“? S. 9



Jg. 9 Nr. 162 17.9.79

# Arbeiterkampf

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 2,-

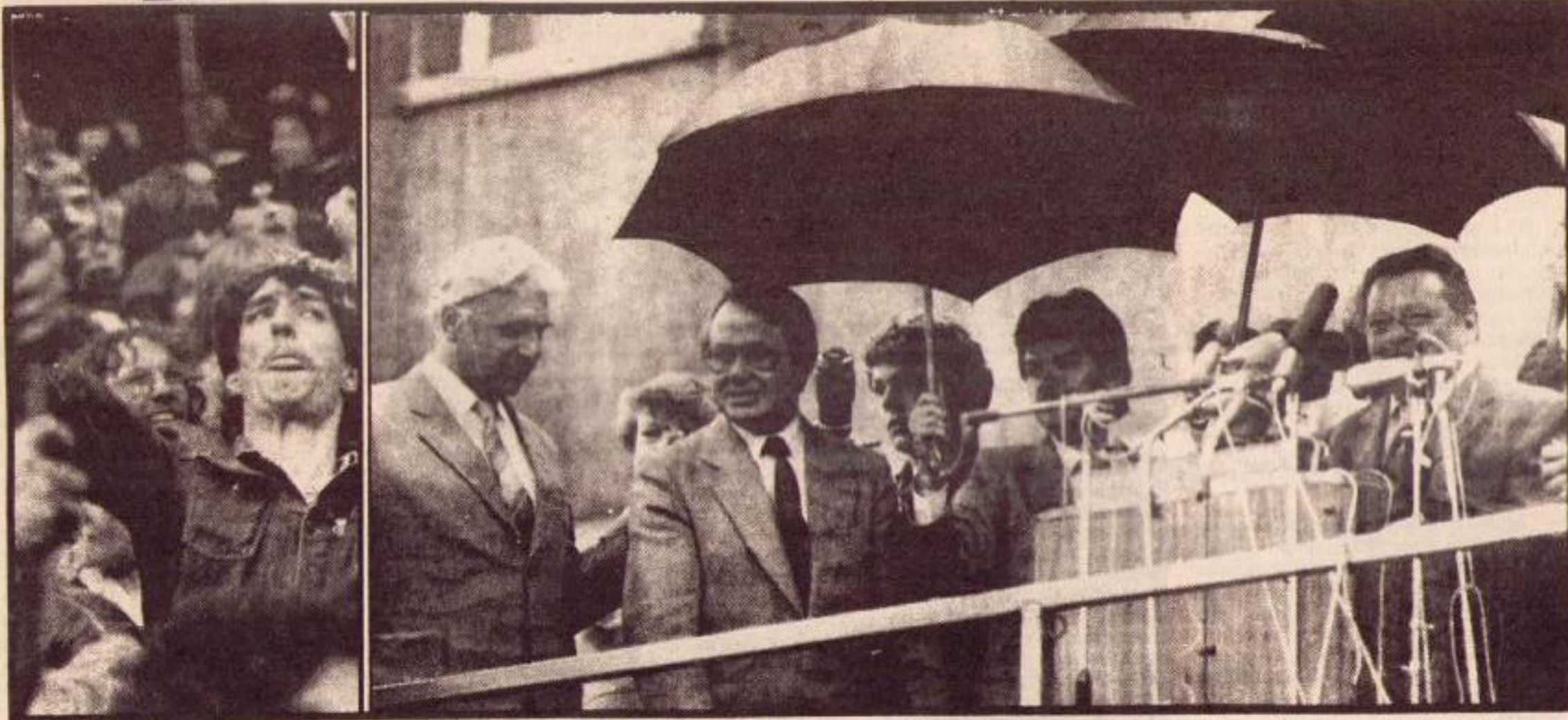
## Widerstand in Gorleben Weitere Großaktionen geplant

Seit Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht vor genau einer Woche mit Hilfe massiver Polizei- und Bundesgrenzschießungen bei Gorleben die Vorbereitungsarbeiten zu Tiefbohrungen für das geplante atomare „Endlager“ in Gang gesetzt hat, vergeht kein Tag mehr, an dem nicht in irgendeiner Form aktiver Widerstand gegen die Atom-Betreiber gerade auch im Landkreis (aber auch anderswo) geleistet wird.

Kleine Gruppen von AKW-Gegnern leisten (durch kleinere Blockaden, begrenzte Sabotage etc.) hier ebenso wichtigen Widerstand wie die Bürgerinitiativenbewegung insgesamt, die sich derzeit auf internationale Großkundgebungen gegen das Gorleber Projekt und das Atomprogramm vorbereiten. Nennenswerte Massenproteste gegen die begonnenen Tiefbohrungen in Gorleben hat es bereits am Wochenende (15./16. September) gegeben. — Siehe Foto rechts und unsere ausführliche Berichterstattung auf den Seiten 6 und 7.



## Starker Auftakt gegen Strauß Dregger: Verletzte und Tote im Wahlkampf



Bevor Strauß mit seiner Hetzrede überhaupt beginnen konnte, wurde er in Essen mit „Eiern satt“ eingedeckt. Die ihn umgebende Gang versuchte, ihren Chef mit einem Dach von Regenschirmen abzudecken.

In Essen und Köln-Deutz probte Strauß für den Bundestagswahlkampf 1980. An beiden Orten, vor allem in Essen, bewies sich, daß Strauß es 1980 in NRW und Norddeutschland sehr schwer haben wird. In Essen blieb unter diesen Umständen von Strauß' Absicht, zum Wahlkampf in ein „liberales“ Kostüm zu schlüpfen, nichts mehr übrig: Strauß flüchte total aus, beschimpfte die Demonstranten als „roten Pöbel“ und tobte über eine „Grauzone der Terroristen, die bei den Jungs der SPD anfängt“. Stellenweise klang sein Geschimpfe wie eine Vorlesung aus Hitlers „Mein Kampf“. Anschließend erklärte Strauß-Freund Dregger: „Wenn das, was in Essen passiert ist, erst der Auftakt war, dann kann ich bei künftigen Wahlveranstaltungen Verletzte und gar Tote nicht ausschließen“ („Bild am Sonntag“, 16.9.).

Unter starkem Druck steht jetzt die SPD-Linke. Sie hatte sich maßgeblich an einer Demonstration in Essen gegen Strauß beteiligt und wird nun von CDU/CSU und Springerpresse für die lautstarken Proteste mit verantwortlich gemacht. Strauß: „Hier zeigt sich in der Linkszone der SPD der nahtlose Übergang zu den Kommunisten“ („Welt am Sonntag“, 16.9.). Auch innerparteilich dürfte die SPD-Linke nach Essen unter Beschuß geraten. Ihr Auftrag ist seitens des Parteivorstands klar umrissen: Mit Protest gegen Strauß linke Stimmen für die SPD einzufangen, gleichzeitig aber diesen Protest „in Grenzen zu halten“. In Essen wurde dieser Auftrag nicht erfüllt. Essen und Köln waren im Gegenteil ein glänzender Auftakt für ein breites, nicht SPD-verpflichtetes Bündnis gegen Strauß, wie es dem SPD-Vorstand ganz und gar nicht in den Kram paßt. Es wird

einiger Anstrengungen bedürfen, um trotz des einsetzenden Drucks auf die SPD- und Gewerkschafts-Linke diesen Weg weiter zu gehen.

Im folgenden drucken wir einen Bericht aus Essen.

### Strauß — raus aus dem Revier!

Mit dieser Hauptparole bereiteten am 14.9. Antifaschisten, Linke und Sozialdemokraten aus Essen und Umgebung F.J. Strauß einen gebührenden Empfang bei seinem ersten öffentlichen Auftritt im Ruhrgebiet seit seiner Kanzlerkandidatur. (In NRW sind Ende September Kommunalwahlen). Bereits zwei Stunden vor seinem Auftritt sammelten sich über 1.500 Menschen zu einer Gegendemonstration, auf deren Abschlußkundgebung der SPD-Bundestagsabgeordnete Thüsing sprach.

Anschließend zogen wir zum Kundgebungsplatz von Strauß. Dutzende von Mannschaftswagen aus verschiedenen Städten NRWs, ein großes Polizeiaufgebot bewiesen beim ersten Anblick schon die eindeutige Bereitschaft der Polizei, für F.J. Strauß einzutreten und ihn zu schützen.

Auf dem Platz waren dann 5-6.000 Menschen versammelt (davon höchstens ein Drittel Strauß-Fans). Zahlreiche Anti-Strauß-Transparente waren zu sehen: „Wir grüßen Strauß als Vertreter des Finanzkapitals“; „Wir wollen weder das große noch das kleinere Übel“; „Wir brauchen keinen starken Mann, wir sind selber stark genug“ ... „Pinochet grüßt Strauß“; „Strauß — Gewerkschaftsfeind Nr. 1“; „Wehret den Anfängen“; „Glaubt Strauß kein Wort“.

## Verfassungsschutz in den Betrieben

Was einst als „HSW-Skandal“ bekannt geworden ist — die Bespitzelung und Zusammenarbeit von Verfassungsschutz und Geschäftsleitung in einem Hamburger Großbetrieb — geht inzwischen noch weit über die später aufgedeckten Fälle in Bremen und Nordrhein-Westfalen hinaus: der Verfassungsschutz „ermittelt“, „überprüft“ und „wertet Ergebnisse aus“ in praktisch allen Groß- und Mittelbetrieben der Bundesrepublik!

Die Daten sämtlicher Betriebsratskandidaten und Betriebsräte von Betrieben mit mehr als 1.000 Beschäftigten und/oder „sicherheitsgefährdeten“ Bereichen sowie von Betrieben, in denen „linksextreme“ Aktivitäten registriert worden sind (von wem? — Anm. AK), wandern in den Geheimdienstcomputer „Nadis“. Als „Mittelmänner“ dienen dabei von den Geschäftsleitungen bestimmte sogenannte Sicherheitsbeauftragte, die „Erkenntnisse“ über die Betroffenen sammeln. Die Spitzel interessieren sich hauptsächlich für die politischen Betätigungen, sammeln aber auch alle möglichen „Informationen“ über das Privatleben der Beschäftigten. Betroffen von diesem „Verfahren“ sind mehrere zehntausend Kolleg(innen). Das genaue Ausmaß ist noch gar nicht abschätzbar. Allein im Bereich der IG Metall sind das 13.686 Kolleg(innen) („Metall“, 12.9.79)!

Völlig zu Recht kommentiert die „Metall“: „Nach allem, was nun bekannt geworden ist, wer wollte dafür garantieren, daß der Verfassungsschutz nach den Betriebsräten bald auch die Vertrauensleute oder — warum auch nicht — jeden Arbeitnehmer als möglichen Verfassungsfeind diffamiert und bespitzelt. Wo jede rechtsstaatliche Kontrolle und Bremse fehlt, wäre eine solche Entwicklung allenfalls eine Frage der Zeit, bis die Geheim-Computer soweit ausgebaut sind“ („Metall“, 12.9.).

Fortsetzung Seite 3

Fortsetzung Seite 3



# Seveso in Hamburg

## Kriegsmaterial für die Dritte Welt?

„Das ist eine riesige Sauerei“, tönte Bausenator Lange über den jüngsten Giftgaskandal im Hamburger Stadtteil Lurup.

Auf dem seit zwei Jahren stillgelegten Fabrikgelände der Firma „Hugo Stolzenberg“ wurden bis jetzt rund 500 Tonnen Kriegsmaterial und chemische Kampfstoffe durch ABC-Einheiten der Munsteraner Bundeswehr sichergestellt, die, so mutmaßt die Staatsanwaltschaft, für den internationalen Waffenhandel illegal verschoben wurden.

Die mit Kampfanzügen ausgerüsteten Soldaten fanden neben 80 t Nebelköpfen, 70 t Mörsermunition, 400 t Zinkschlamm eine Reihe weiterer Chemikalien, die zur Spreng- und Kampfstoffherstellung unerlässlich sind. Kaliumpermanganat, Schwefel, Phosphor, Brom, Zyanid, Arsen, Azeton, Aluminiumpulver, Kaliumchlorit, Glycerin und Stoffe, deren Existenz man unter den Tisch fallen lassen wollte, weil ihre Bezeichnung Emotionen weckt, nämlich Chemische Kampfstoffe, die nach internationaler Übereinkunft nicht produziert werden dürfen.

Das Nervengift „Tabun“ und Chlorwasser als Ausgangsprodukt für „Senfgas“, ein im Ersten Weltkrieg verwendeter Kampfstoff, wurden auf dem Fabrikgelände sichergestellt! Daneben wurden leere (!) Kisten gefunden.

neben wurden leere (!) Kisten gefunden, die einmal laut Aufschrift Nebelkerzen enthalten haben sollen, die den Staatsanwalt zu obiger Vermutung veranlaßte. Für den Abtransport leistete sich die Senatsbehörde gleich einen weiteren Skandal. Sie hob das Durchfahrverbot des Elbtunnels für gefährliche Güter auf!

### Der Stein des Anstosses

Bisher hatten die Behörden die Werksleitung, die Ende der sechziger Jahre Schwefelost für die Bundeswehr in Munster-Lager liefern wollte, — so die Enthüllungen des Journalisten Günter Wallraff —, gedeckt.

Erst als der zwölfjährige Oliver beim Experimentieren mit Chemikalien, die er sich zusammen mit seinen beiden Spielkameraden auf dem Werksgelände verschafft hatte, nach einer Explosion starb, (die anderen beiden wurden schwerverletzt) und die Mutter Strafanzeige stellte, wurde nun die Staatsanwaltschaft aktiv und ermittelt nun wegen „fahrlässiger Tötung“.

Während die Behördenvertreter, Bürgermeisterin Helga Elstner und Stadtrat Peter Rabels in Form eines Untersuchungsausschusses „aktiv“ werden, sprechen die Fakten eine deutliche Sprache.

Als vor zwei Jahren im Werk ein Feuer ausbrach, hatten Feuerwehr und Polizei einen Vermerk an die Arbeits- und Sozialbehörde — sie ist für die Überprüfung der Sprengstofffabrikation verantwortlich — gerichtet, daß auf dem Werksgelände Sprengstoff liege („Bild“, 14.9.).

Die Kommission der Bauprüfabteilung, die nach dem Feuer durchs Haus ging und allerlei Auflagen machte, konnte von Munition und gefährlichen Chemikalien „nichts entdecken“ („Hamb. Abendblatt“, 13.9.). Doch damit nicht genug. Im Adressbuch von 1973/74 firmierte das Werk noch als Hersteller von Reizstoffen, Nebelkerzen, Phosphorsulfiden und Phosphorstangen. Die Genehmigung seitens der Behörde war für Phosphor seit 1958 (!) erloschen, nachdem es sechs Jahre auf der Produktionsliste gestanden hatte; die der Nebelkerzen erlosch 1971 (ebenda)! Demnach hatte der inzwischen verstorbene Hugo Stolzenberg die Produktion illegal, wie die im Rahmen der NATO betriebene Kampfstoffproduktion im italienischen Seveso, weiterlaufen lassen!

### Stolzenberg, eine bekannte Firma für chemische Kampfstoffe

Die 1923 gegründete Firma hatte schon recht früh einen „guten“ Ruf und wurde unter Nazi-Deutschland zu einem der führenden Kampfstoffexperten. In dem Lehrbuch „Schulversuche zur Chemie der Kampfstoffe“ von W. Kintof aus dem Jahre 1935 wird die Hamburger Firma mehrfach erwähnt.

In dem Buch beschreibt Kintof unter anderem auch Einsätze mit Stolzenberg-Produkten gegen Eingeborenenstämme in den damaligen Kolonien Spaniens. „Die (Eingeborenen) starben dahin und dachten, es sei eine neue Krankheit, die ihnen der Himmel geschickt hat, und dabei war es mein Kampfstoff aus meiner Fabrik.“

Im Mai 1928 macht die Firma Stolzenberg Schlagzeilen in der Welt- und Lokalpresse.

Wallraff schreibt in seinem Buch „13 unerwünschte Reportagen“ dazu: „In ihrem Werk war ein 10-Tonnen-Tank mit dem Giftgas Phosgen explodiert. Der Wind trug seinerzeit die Gasschwaden über den dünnbesiedelten Stadtteil Wilhelmsburg; dennoch: zehn Tote, über 300 teilweise schwer Erkrankte. Franzosen und Engländer forderten damals Aufklärung, ob Deutschland mit dieser Firma den Artikel 171 des Versailler Vertrages gebrochen habe [Herstellungs- und Anwendungsverbot von Kriegsmaterial]. Die Menge von 10 Tonnen Kampfstoff ließ auf Kriegszwecke schließen, da der Welt-Jahresbedarf an Phosgen für friedliche Zwecke [Farbenherstellung und Parfümherstellung] insgesamt nur 40 Tonnen betrug, und Stolzenberg mit diesem Produkt bisher im Welthandel nie in Erscheinung getreten war. Mit dieser „Panne“ ging die Firma in die Geschichte der Arbeiterbewegung ein: das „Rote Gaslied“ kündigt davon“ (S. 196).

Bei dieser Firma konnte Wallraff 1969 telefonisch im Auftrag des damaligen Leiters der Erprobungsstelle Munster, Dr. Kosack, 70 Kilogramm Stickstofflost bestellen zu einem Preis von fast 2.000 DM pro Kilo. Gleichzeitig ließ er sich eine 1964 ergangene Lieferung von ca. 35 kg Lost an die Bundeswehr aus dem Jahre 1964 bestätigen! Der Prokurist Leuschner stand nachher nicht mehr zu seinen Äußerungen, obwohl sie von Wallraffs Anwalt mitstenographiert worden waren. Auch das Ministerium dementierte sofort, sah aber von einer Klage ab!

Wörtlich: „Das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung und andere Dienststellen haben zu keiner Zeit weder von der vorgenannten Firma noch von einer anderen Firma in der Bundesrepublik Lost bezogen.“ (ebenda)

Auch im jüngsten Skandal hatte Oberst Piepgras von der Standortkommandantur Munster nichts eiligeres zu tun, als gegenüber der Presse zu erklären: „Die Bundeswehr hat keine Geschäfte mit der Firma gemacht.“ Jedoch will eine Nachbarin „öfter Bundeswehrlasten und Jeeps gesehen (haben), die Sachen brachten“ („Bild“, 13.9.).

Wallraff konnte die Lügen der Bundeswehr damals konkret widerlegen. So hatte in der Technischen Erprobungsstelle 53 in Munster innerhalb von zwei Jahren 68 (!) Großversuche mit C-Kampfstoffen, u.a. Stickstofflost, Schwefelost und Tabun stattgefunden. Einige Unfälle mit B- und C-Kampfstoffen zeigen, wie kontinuierlich die Bundesregierung an derartigen Projekten arbeitet:

— Munster: 1967 wurden in der Technischen Erprobungsstelle 53 der Bundeswehr in Munster 9 Soldaten und 3 Zivilisten Opfer ehrgeiziger militäristischer Pläne. Sie mußten mit Vergiftungserscheinungen ins Lazarett, nachdem Schwefelost in eine viel zu groß gebaute Erprobungshalle strömte (Wallraff, „Unerwünschte...“ S. 193).

— Im Sommer 1967 kamen bei den Behring-Werken in Marburg auf mysteriöse Weise sieben Angestellte ums Leben. Die offiziellen Berichte sprachen von einem aus Uganda eingeschleppten Virus. In Wirklichkeit waren die sieben Menschen durch Arbeiten über bakterielle Toxine, die im Auftrag der Bundeswehr (!) durchgeführt worden waren, ums Leben gekommen (Grümmer, „Herbicide in Vietnam“, DDR, S. 122).

— Ein Unfall in dem „Institut für Aerobiologie“ in der Grafschaft Sauerland macht deutlich, daß seit längerem an der Entwicklung von Kampfstoffen gearbeitet wird. Am 16.2.1969 starb Helena Bisa nach siebenjährigem Siechtum völlig gelähmt im Krankenhaus. Sie hatte sich mit dem Kampfstoff Soman vergiftet. Eine spätere Untersuchung zeigte, daß der gesamte Panzerschrank mit Kampfstoffpartikeln verseucht war (Wallraff, ... S. 172)!



Im Zuge der Studentenbewegung wurden durch Diebstähle von Aktenunterlagen zahlreiche Forschungsprojekte für die Bundeswehr bekannt, die über das Tarnunternehmen „Frauenhofer-Gesellschaft“ an über 120 Universitätsinstitute vergeben wurden — im Auftrag des Verteidigungsministeriums, versteht sich!

Und am 30. Juni 1965 meldete die französische Zeitung „France Nouvelle“, daß in Westdeutschland die IG-Farben-Giftgasspezialisten bereits 1947 unter dem Deckmantel des Pflanzenschutzes und der Insektenbekämpfung wieder chemische Kampfstoffe entwickelten. Neben Schrader, führender Nazi-Wissenschaftler im Dritten Reich, fanden sich im Forschungszentrum Wuppertal-Elberfeld die IG-Farben Direktoren Dr. Cross, Dr. Wirth und Dr. Ambross wieder, wobei letzterer Betriebsführer im Konzentrationslager Auschwitz war, wieder (Klaus Sator, „Großkapital im Faschismus“, z.B. IG-Farben“, S. 108).



Letzte Meldung: Wie der NDR am Montagmorgen (17.9.) meldet, mußte der Senat in einem gewissen Umkreis um die Hamburger Giftgasdeponie die Evakuierung der Bevölkerung anordnen. Wie es heißt, werden jetzt stündlich neue und immer größere Mengen von Kampfgasgranaten ausgebuddelt.

Schrader z.B. reichte mit anderen Wissenschaftlern noch 1955 einen Patentantrag für V-Kampfstoffe ein.

Auf der anderen Seite läßt die Bundesregierung nichts unversucht, diese Kampfstoffforschung zu verschleiern.

Das Umweltbundesamt sah erst kürzlich keine Anhaltspunkte für die Herstellung von chemischen Kampfstoffen, geht aber davon aus, „daß sie ... u.U. als ungewollte Nebenprodukte bei der Produktion arbeitsverwandter Pestizide auftreten können“ (Nach Fernsehsendung „Gift im Griff?“ 15.12.77 zitiert nach „Seveso ist überall“, S.90).

Als die Bundesregierung Anfang 1979 Mitglieder des Abrüstungsausschusses der Vereinten Nationen zwecks Kontrolle des Verbots von chemischen Waffen einlud, kam heraus, daß drei Betriebe Phosphorverbindungen produzieren, die auch bei chemischen Waffen verwendet werden, auf dessen Herstellung die Bundesregierung 1954 verzichtet hat („Frankfurter Neue Presse“, 27.1.1979).

Auch schwiegen die sonst so geschwätzigen bürgerlichen Medien, als ein ehemaliger Direktor der Hoffmann-La Roche erklärte, daß in Seveso Giftgas -Sp 121- hergestellt wurde, das auf Umwegen in die BRD gelangte! Lediglich der „Informationsdienst“ vom 11.9.76 druckte das Telefoninterview der italienischen Wochenzeitung „L'Espresso“ nach.

Der jetzt laufende Skandal sollte für Umweltschützer ein Anlaß sein, nach der drohenden Gefahr durch AKWs, der schon bestehenden Gefahr durch Biologische und Chemische Waffen energisch entgegen zu treten. Im Fall Hugo Stolzenberg ist der Sumpf noch tief.

AKW-Nein-Kommission

### Ständige chinesische Provokationen an der vietnamesischen Grenze

Radio Hanoi meldete vor kurzem, daß China zwölf Divisionen und sechs Armeekorps an der Grenze zu Vietnam zusammenzieht. Diese Meldung wird von „westlichen Beobachtern in Hanoi“ bestätigt, die damit rechnen, „daß über 400.000 (!) chinesische Soldaten vor der Grenze zu Vietnam stehen“ („Die Neue“, 8.9.).

Die chinesischen Soldaten seien dabei, Befestigungsanlagen zu bauen und hätten allein innerhalb des letzten Monats „mehr als 100mal in bewaffneten Provokationen vietnamesisches Territorium verletzt“ (Radio Hanoi, nach: „Die Neue“, 8.9.). Weiter ist von Verletzung der vietnamesischen Hoheitsgewässer die Rede und inzwischen hat China wohl verboten, die von Vietnam beanspruchten und von ihnen besetzt gehaltenen Paracel-Inseln zu überfliegen.

Die ständigen Grenzprovokationen sollen offensichtlich Druck auf die vietnamesisch-chinesischen Gespräche ausüben und können jederzeit als Vorwand für eine erneute „Lektion“ dienen.

China hat inzwischen auch die zweite Verhandlungsrunde um die Grenzstreitigkeiten nach insgesamt zehn Sitzungen scheitern lassen, stellt immer neue, blödsinnigere Forderungen, wie den „inhumanen Export von Flüchtlingen“ zu beenden („FR“, 14.8.), statt auf die von der vietnamesischen Seite schon auf der ersten Sitzung vorgelegte 3-Punkte-Lösung einzugehen, die wesentlich die Schaffung einer extraterritorialen Zone an der Grenze fordert und damit den Konflikt beilegen könnte.

Asien/Australien-Kommission



## Verfassungsschutz in den Betrieben

Die Gesinnungsschnüffelei in den Betrieben läuft — zumindest offiziell bestätigt — schon seit 16 Jahren, seit 1963. Ab 1975 wurden „in Zusammenarbeit“ mit dem Militärischen Abschirmdienst (MAD) auch die Jugendvertreterwahlen „überprüft“. Der Verfassungsschutz leistet dabei „Amtshilfe“ bei der „Überprüfung erfaßter und einberufener Wehrpflichtiger“, das bedeutet auch, daß zwischen diesen beiden Geheimdiensten eine ungehinderte und unkontrollierte Kommunikation besteht.

Die so gewonnenen „Erkenntnisse“ können zum Teil „ganz legal“ an die Kapitalisten gemeldet werden, denn: „Den Landesämtern obliegt auch der Geheim- und Sabotageschutz in der privaten Industrie. Handelt es sich um einen lebenswichtigen Betrieb — dazu zählt im Zweifel schon eine Bäckerei in einem abgelegenen Landstrich — oder um ein verteidigungspolitisch bedeutsames Unternehmen, können sich die Verfassungsschützer nach Belieben Arbeitnehmer vornehmen, sie mit einer förmlichen Sicherheitsüberprüfung überziehen und dann ihre Entdeckung — völlig legal — an die Chefetage melden“ („Spiegel“, 3.9.).

### DGB: „Protest gegen den Schnüffelleist“

Sicher, die DGB-Führer haben gegen die polizeistaatlichen Überwachungsmethoden protestiert. „Entschieden“ wird sich die IG Metall „gegen alle Tendenzen, die diese Grundordnung wird sich die IG Metall „gegen alle Tendenzen, die diese Grundordnung ... einzuschränken drohen, ... zur Wehr setzen“ (so die IGM-Vorsitzenden Loderer und Mayr in einem Brief an den Präsidenten des Verfassungsschutzes).

Aber auch die DGB-Führer haben Dreck am Stecken. „Denn wie den Arbeitgeberverbänden und den Parteien, steckt der Verfassungsschutz seit langem auch den Gewerkschaften, wer von ihren Funktionären in extremistischen Verbänden aktiv ist.“

„Gewerkschaften und Parteien laufen uns doch seit Jahren die Türen ein, um etwas über ihre Leute zu erfahren“ mokiert sich ein hoher Beamter im Innenministerium („Spiegel“, 3.9.).

Die Zusammenarbeit von DGB und Verfassungsschutz gegen das Russell-Tribunal ist von uns ebenso wenig vergessen, wie das VS-Material, das Gewerkschaftssekretäre plötzlich bei ihrer Hatz auf fortschrittliche Kollegen aus der Tasche ziehen. Und ausgerechnet der Gerhard Schmidt (DGB-Vorstandsmitglied), der ein Seminar zwischen Journalisten und Verfassungsschützern organisiert hatte, um das Image des VS aufzupolieren („FR“, 31.1.78) und der sich gegen die Kritik im Ausland an den Berufsverbots und Überwachungsmethoden demagogisch gewandt hatte („FAZ“, 23.6.76), ausgerechnet dieser Mann wurde nun im Auftrage des DGB-Bundesvorstandes zum Oberschnüffler Meier (VS-Präsident) geschickt, um zu erkunden, „in welchem Ausmaß der Verfassungsschutz in Fabriken und Kontoren schnüffelt“ („Spiegel“, 3.9.). Als ob Gerhard Schmidt (und mit ihm die gesamte DGB-Spitze?) das nicht schon wüßte?!

Tatsache ist jedenfalls — und auch das ist erst jetzt bekannt geworden — daß die Bundesregierung noch unter Innenminister Maihofer im Jahre 1976 einen „Unterrichtungserlaß“ beschlossen hat, der das Bundesamt für Verfassungsschutz verpflichtet, die Tarifpartner — also Kapitalisten und Gewerkschaften! — „von verfassungsfeindlichen Aktivitäten in den Betrieben (zu unterrichten), wenn diese eine gewisse Gefährlichkeit erreichen (wann ist das? — Anm. AK)“ („FAZ“, 8.9.). Der Sumpf, der da jetzt hochkommt, ist noch lange nicht trocken gelegt.

Soweit uns bekannt ist, laufen die Proteste gegen die Gesinnungsschnüffelei in den Betrieben erst langsam an. Die Mitgliederversammlung und der Vertrauensleutkörper des St. Jürgen Krankenhauses (Bremen) hat den ÖTV-Kreisvorstand Bremen aufgefordert, sich für einen Untersuchungsausschuß einzusetzen und fordert die Vernichtung aller gesammelten Daten und den Rücktritt des Bremer Innen-Senators Fröhlich (in Bremen wurden mindestens 31 Betriebe überwacht) (aus einer Erklärung vom 19.7.79).

Auch die „Alternative Liste Bremen“ hat protestiert und „hofft, daß noch viele kritische Bürger durch weitere Enthüllungen solche Spitzeltätigkeit unterbinden“ (Presseinformation vom 19.7.).

# Starker Auftakt gegen Strauß



(l.): Kundgebungs-ausschnitt in Essen — die Strauß-Gegner dominieren



(re.): NRW-Polizei marschiert gegen die Anti-Strauß-Demonstranten auf

Fortsetzung von Seite 1

Als der Essener OB-Kandidat Königshofen zu sprechen begann, erhob sich ein gellendes Pfeifkonzert; gezielte Eierwürfe während seiner ganzen Rede konnten durch die schwarzen Regenschirme seiner Begleiter abgewehrt werden, bis auf einige Volltreffer. Nach dieser Rede stürmte die Polizei (laut „Rheinische Post“ sogar MEK-Bullen) keilmäßig in die Menge, kontrollierte Taschen, tastete Leute ab, inszenierte kleinere Prügeleien und schleppte mindestens einen Demonstranten vom Platz. Nach zwanzig Minuten ununterbrochenen Pfeifens und Rufens begann Strauß seine Rede, wurde aber immer wieder durch Parolen unterbrochen, die ihn Rede, wurde aber immer wieder durch Parolen unterbrochen, die ihn

„Es ist höchste Zeit, daß der rote Terror auch hier in diesem Gebiet gebrochen wird. ... Wir wollen nicht Anarchie kommunistischer Terrorbanden. ... Was sie wollen, ist kommunistische Diktatur. Was sie wollen, das ist der Terror des roten Pöbels. ... Ich weiß, daß Ihr von Euren Auftraggebern zusammengeführt seid aus der ganzen Bundesrepublik. Glaubt nur ja nicht, daß wir nur einen Zoll breit zurückweichen werden! ... Hier wäre es einmal an der Zeit, daß die Sozialdemokraten einen ganz enormen starken Trennungsstrich ziehen. Hier gibt es die Grauzone linker Terroristen, die beim linken Flügel der SPD anfangt und die bei den Kommunisten sich fortsetzt und die Vertreter dieser Grauzone, die Vertreter des Terrors haben wir hier auf diesem Platz. ... Sie sind Vertreter des Klassenkampfes, sie sind Vertreter marxistischer Terrors, sie sind Vertreter marxistischer Diktatur, die sie hier angetreten sind. ... Ich pflege das zu sagen, was ich denke, und ich pflege, das einzuhalten, was ich sage.“

„Das, was Ihr heute veranstaltet, das wird der Anfang vom Ende der linken Mehrheiten in der Bundesrepublik und im Land Nordrhein-Westfalen sein.“

Zur Vorbereitung der Anti-Strauß-Aktion:

Als feststand, daß Strauß nach Essen kommen würde, fand ein Treffen statt, auf dem vertreten waren: ASTA, DFG/VK, Jusos, SJD — Die Falken, SDAJ, Bunte Liste, Türkisches Zentrum, HIE-Schulengruppe, KB, „TAZ“, Antifaschistische Aktion Essen, ESG, „Kabarett K“ (Mülheim), Leute vom „Anachronistischen Zug“, Klartext, 3. Weltladen, VVN, Bezirksschülervertretung, DGB-Jugend und viele Unorganisierte. Sehr schnell stellte sich eine allgemeine Bereitschaft zur Zusammenarbeit heraus.

Wir erstellten eine gemeinsame

Plattform, bei der alle Seiten Kompromisse eingingen und die sich ausschließlich gegen Strauß richtete, und nannten uns Anti-Strauß-Komitee Essen. Um dem Unvereinbarkeits-Clinch zu umschiffen, bezeichneten wir uns als Treffen von Einzelpersonen. Dennoch mußte der DGB-Jugendsekretär seine Mitarbeit (auf Wink von oben?) einstellen. Wirkliche Kontroversen wurden nur ausgetragen an der Frage, ob wir nach unserer Aktion einen Zug zur Strauß-Kundgebung hin organisieren sollten, oder es jedem selbst überlassen blieb, wohin er geht. Die rechtsten Positionen kamen dabei aus der DKP-nahen Ecke: von hier wurde argumentiert,

es gehe darum, Schwankende nicht zu verschrecken und Strauß-Gegner auch in der CDU zu sich herüberzu ziehen.

Die SPD reagierte auf den Strauß-Auftritt mit einer Zeitungsanzeige vom selbigen Tag: Unter einem gerupften Vogel Strauß stand der Satz: „Wir brauchen keinen Strauß. Hier in Essen hat der Hahn das Sagen“ (der rote Hahn ist in Essen das Symbol der SPD). Laut „Bild“ vom 14.9. hatte das Landesbüro der SPD ein Flugblatt zum Strauß-Auftritt formuliert, die Essener SPD wollte es jedoch nicht verteilen.



## Prozeß-Welle von Strauß gegen seine Kritiker

Eins ist sicher: Fallen die Stichworte „Affären“ und „Skandale“, so erinnert frau/man sich sofort an F.J. Strauß.

Strauß ist sich völlig darüber im Klaren, daß seine skandalgeschüttelte Person ein wesentlicher Schwachpunkt in der Wahlkampfstrategie ist. So ist es nicht verwunderlich, daß er schon kurz nach seiner Nominierung zum Kanzlerkandidaten der CDU/CSU darangeht, seine Kritiker mit einem Wust von Prozessen einzudecken.

1) Strauß hat der Münchner SDAJ per einstweiliger Verfügung verboten lassen, den Aufkleber „Kanzler Strauß? Pfui Deifi“ weiter zu verbreiten.

2) Strauß läßt der „KPD/ML“ verbieten zu schreiben: „1. Stoppt Strauß! Verhindert ein neues 33! 2. Franz Josef Strauß sei der Hitler von heute, 3. Stoppt Strauß, oder wollen wir warten, bis wir uns früher oder später wiederfinden, Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschafter, Christen, deutsche und ausländische Arbeiter in den neuen KZs? 4. Wer Strauß wählt, wählt Faschismus und Krieg. 5. Der An-

tragsteller habe gesagt: „Wer mich daran hindern würde, an die Macht zu kommen, den würde ich umbringen.“ (Zitat nach Flugblatt).

3) Der Bremer SDAJ wurde per einstweiliger Verfügung verboten, weiterhin zu behaupten, Strauß habe gesagt: „Wer mich daran hindern würde, an die Macht zu kommen, den würde ich umbringen“ und „Ich will Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlfühl für das deutsche Volk, wenn es sein muß, mit der Maschinenpistole erreichen.“

4) In einer Berufungsverhandlung wurde Heinz Jacobi (Anti-Strauß-Komitee) zu einer Geldstrafe von DM 1000,- verurteilt, weil er presserechtlich verantwortlich zeichnete für ein Plakat zu den bayrischen Landtagswahlen 1978, auf dem Strauß als „Totengräber der Demokratie“ und „Führer einer schwarz-braunen Sammlungsbewegung von Ultra-Rechten und Nazis“ bezeichnet worden war.

5) Strauß unterlag in einem Rechtsstreit gegen die Zeitung „Metall“ der IG Metall, die auf der Titelseite der Nr. 14, 18.7.79 ein Zitat aus der Sontheimer Rede abdruckte: „Und

wenn wir hinkommen und räumen so auf, daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner es mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen.“ Strauß wollte eine Gegendarstellung (eine „Interpretation“) zum Zitat in „Metall“ veröffentlicht haben.

In einem Fall ist Strauß allerdings nicht zum Richter gelaufen. Der Bremer Finanzsenator Henning Scherf sagte in einem Interview mit den „Bremer Nachrichten“: „Stellen Sie sich vor, ein Mann wie Carstens, den ich auch nicht mag, an der Spitze des Staates, dann Stücklein als Bundespräsident und schließlich Strauß als Kanzler. Das ist doch wie ein Alptraum. Für mich wäre das so, als ob dieser Staat dann an eine Gang abgetreten ist.“ Die „Frankfurter Allgemeine“ lieferte sogleich eifertig für besonders begriffstutige Rechte eine Erklärung des Begriffs: „Gang kommt aus dem englischen, und heißt dort Gruppe, Trupp, Rotte, aber auch Bande. Im deutschen wird das Wort nur in der Bedeutung ‚Verbrecherbande‘ verwendet. Das einzelne Mitglied einer Gang ist ein Gangster...“

In einem „Deutschland-Magazin“-Interview deutete Strauß seine zukünftige Strategie an: Den „Verleumdungskampagnen“ will er „mit umfassender sachlicher Information und mit harten Gegenschlägen“ entgegen treten. „Daß in manchen Medien besessene Meinungsfälscher das Feld beherrschen, ist bekannt. Und daß Parolen, Stoßrichtung und fingierte „Dokumente“ dafür häufig aus den Desinformations-Abteilungen kommunistischer Geheimdienste stammen, ist hinlänglich bewiesen. Im letzten Bundestagswahlkampf haben sich auch besetzte Fälscher in Bonner Dienststellen einschlägig betätigt.“ („DM“, 8/79, S.7)

Die Linke muß mit einer Prozeßwelle im Wahlkampf rechnen. Daß Strauß dabei nicht immer siegen wird, zeigt der Erfolg der „Metall“. Auch in diesem Punkt ist die Solidarität aller Betroffenen notwendig.

Antifa-Kommission  
KB Hamburg



## Bremen: Schutzkampagne gegen die „Alternative Liste“

Im letzten AK haben wir über Versuche der Bonner „Grünen“ berichtet, massiv sich in das Bremer Wahlschehen einzumischen und die „Alternative Liste“ zum Einlenken auf die erpresserischen Angebote der „Bremer Grünen Liste“ bzw. zur Rücknahme ihrer Kandidatur zu bewegen. Federführend bei dieser Einmischung war Milan Horacek vom Bonner Büro der „Grünen“. Der AL wurde mit dem Einsatz linker Prominenz von außen gedroht, um ihr das linke Wählerpotential abzugeben. Einige der ins Spiel gebrachten Namen (die Sänger Mossmann und Biermann, Ali Schmeisser vom VDS) wurden mittlerweile zurückgenommen, angeblich soll auch Rudi Dutschke aus dem Spiel sein, wenngleich die BGL in der Presse bekannt gibt, ihre Wahlkampf-Unterstützung reiche „vom früheren CDU-Bundestagsabgeordneten Gruhl bis zum einstigen linken Studentenführer Dutschke“ („Bremer Nachrichten“, 7.9.).

Der Versuch der BGL, nach ihrer Rechtseckentwicklung sich doch noch ein wenig links zu profilieren, geht mittlerweile weiter. Interessant ist dabei das Spektrum derjenigen, die bemüht sind, die Kastanien für die BGL aus dem Feuer zu holen: es reicht von sogenannten „unabhängigen Sozialisten“ über die „KPD“ bis hin zu gezielt in die „Tageszeitung“ der letzten Woche plazierten Beiträgen (insgesamt drei an der Zahl), wobei die gehässige Polemik versucht, die AL in einem Atemzug mit dem KB zu nennen, und dabei ganz bewusst auf den Antikommunismus spekuliert. Was die BGL bisher nicht erreichte, die alternative Wahldebatte mit dem Schüren

Antikommunismus spekuliert. Was die BGL bisher nicht erreichte, die alternative Wahldebatte mit dem Schüren von Majorisierungängsten zu diskreditieren, wird jetzt von dieser Seite versucht.

### Die „Unabhängigen Sozialisten“ der BGL

Der Wahlkampfauftakt der BGL für die Öffentlichkeit beginnt mit rechten Exponenten der grünen Bewegung: am 10.9. war Herbert Gruhl (GAZ), Bonner Kopf einer bundesweiten Partei unter Ausgrenzung der bunten und alternativen Listen in Bremen; am 18.9. folgt Baldur Springmann von der „Grünen Liste Schleswig-Holstein“, ebenfalls ein ausgesprochener Gegner der grün/bunten Einheit. Diese beiden Redner sind auch einigermaßen repräsentativ für den derzeitigen Standort der Bremer „Grünen“. Am 7.9. gab es eine Wahlkampfveranstaltung ganz besonderer Art. Unter dem Titel „Ist diese ‚Alternative Liste‘ (noch) alternativ“ luden fünf Einzelpersonen, darunter ein ehemaliges Mitglied der AL, zu einer „Informationsveranstaltung“ ein, die sich ganz gezielt an die Bremer Linke richtete (u.a. war der Aufruf hierzu am 7.9. auf Seite 1 (!) der „TAZ“ plazierte). Etwa 120 Personen erlebten dann eine Überraschung: sie waren Gast auf einer Wahlkampfveranstaltung für die BGL. Hieß es im Aufruf noch, daß „die Hintergründe dieser ganzen Entwicklung untersucht ... die Konsequenzen beraten werden“ müssen und vieldeutig „einzelne von uns haben hier schon weitergehende Schritte eingeleitet“, so stellte sich heraus, daß zwei der fünf Aufrufer schon vor Abfassung des Flugblatts ihre Kandidatur auf der Liste der BGL erklärt hatten. Über den Weg des einen (Platz 9 der BGL) haben wir im letzten AK berichtet. Der zweite, Rechtsanwalt Axel Adamietz spielt eine besonders zwielichtige Rolle in der Bremer Wahlentwicklung.

Anfang Juli tauchte er in der Diskussion der „Alternativen Liste“ auf, bei der Kandidatenaufstellung. Ab da bezeichnete er sich als AL-Anhänger. Kurze Zeit später machte er ein Vermittlungsangebot zwischen AL und BGL, für das er sich als Vermittler anbot. Interessant ist nun, daß dieser Vermittler in den Einigungs-vorschlägen der BGL einmal den Platz 5, später sogar Platz 4 der gemeinsamen Kandidatenliste angeboten bekam und von den „Grünen“ immer als Kandidat der AL (von der er nie gewählt worden ist) auftauchte, um so optisch den Eindruck zu erwecken, die „Grünen“ hätten doch zwei Kandidaten der AL unter den ersten fünf genehmigt. Adamietz hat dieses Spiel immer mitgespielt, die AL hat es nicht akzeptiert und ihn dafür kritisiert. In einem Leserbrief an das „Bremer Blatt“ schreibt er jetzt scheinheilig

empört, wie übel ihm insbesondere vom KB mitgespielt werde, der seine „Demontage“ betreibe. „Der Höhepunkt: hinter meinem Namen wurde die Bezeichnung AL verweigert, sondern öffentlich ein „gesetzlich war ausgebürgert, ein Dissident in der AL?“

Nachdem auch Adamietz' Mission für die BGL erfolglos war, setzte eine rasante Entwicklung ein. Er erklomm Platz vier der Kandidatenliste der BGL (ein sicherer Abgeordnetenplatz bei 5 %) und erklärte öffentlich, daß mit der Kandidatur zweier Linker auf der Liste der BGL nun das grüne/alternative Bündnis wenigstens teilweise doch noch zustande gekommen sei. Begründung von Adamietz für seinen Schritt: von der BGL „wurde akzeptiert, daß ich mich politisch der Alternativbewegung verpflichtet fühle, daß ich — nach der Wahl — deren Ansprechpunkt sein würde“ (Leserbrief im „Bremer Blatt“, Sept.). Interessant ist nun, daß Adamietz seinen Schritt damit begründet, daß die AL kein repräsentatives Bündnis sei und jetzt im Salto mortale auf einmal erklärt: daß „die Bremer Grüne Liste ... bereit ist, ein breites Spektrum von Auffassungen zu repräsentieren, was der Vielfalt der Bürgerinitiativen und -bewegungen entspricht, in Gastrednern wie Gruhl einerseits, Dutschke andererseits Ausdruck findet“ (Leserbrief an „Weser-Kurier“, 8.9.79) und dies allein damit begründen kann, daß er sich zum Ansprechpartner der alternativen Bewegung selbst ernannt hat (eine andere Veränderung gibt es bei der angeblich auch von ihm ehemals kritisierten BGL nicht)! Dafür mußte er

andere Veränderung gibt es bei der angeblich auch von ihm ehemals kritisierten BGL nicht)! Dafür mußte er heftige Kritik auf der o.g. Veranstaltung einstecken (u.a. wurde der Vorwurf des „linken Feigenblattes“ und der „Juso der Grünen“ für die rechte BGL gemacht).

Mittlerweile aber hat sich herausgestellt, daß Adamietz zum Spitzenwahlkämpfer der BGL an der Seite von Dinne und Willers aufrückt. Die CDU-Sonntagszeitung „Weserreport“, die seit Wochen wohlwollend über die BGL berichtet, registriert mit Genugtuung die „Unterstützung des rhetorisch wie dialektisch gewitzten Rechtsanwalts Axel Adamietz ... der die kommunistischen ausgerichtete und recht aussichtslos kandidierende ‚Alternative Liste‘ verlassen hat“ („Weserreport“, 9.9.). Auf der ersten Pressekonferenz nach ihrer endgültigen Kandidatenaufstellung ließ die BGL neben Dinne denn auch Adamietz in die Bütt steigen, der wider besseres Wissen dort behauptete: „Die BGL hat in Sachen Kandidatenaufstellung Zugeständnisse gemacht, doch die AL bestand auf einer unannehmbaren Maximalposition“, was natürlich nicht näher erläutert wurde. Adamietz im bereits BGL-typischen Stil weiter: „Im übrigen repräsentiert nicht die gegenwärtig von Kommunisten majorisierte AL-Liste, sondern die BGL die Bürgerinitiativen und -bewegungen in Bremen“ („Weser-Kurier“, 7.9.), was die AL natürlich auch nie von sich behaupten würde.

In einem Leserbrief versuchte Adamietz sich nun von dieser antikomunistischen Passage reinzuwaschen, hatte er doch noch im „Bremer Blatt“ geschrieben: „Es wurde [von der BGL] akzeptiert, daß kein Wahlkampf nach dem Motto ‚Dort sind die bösen Roten‘ geführt wird“. Hier Adamietz feinsinnige Differenzierung seines Vorwurfs: „Ich bin dagegen, eine Wahlkampfabgrenzung am Thema Antikommunismus vorzunehmen ... Vielmehr handelt es sich allein darum, daß eine einzelne bestimmte Gruppe [der Kommunistische Bund] gegenwärtig eine überrepräsentative und dominierende Rolle spielt“ (Leserbrief an „Weser-Kurier“, 8.9.), oder — wie er auf der Veranstaltung sagte — die Dominanz des KB bestehe u.a. darin, daß einige Nicht-KBler „KBlicher als der KB“ sind, wobei dies nie inhaltlich, sondern allein in blander Hetze vorgetragen wird.

Adamietz versucht sich nun der Linken in Bremen anzudienern, indem er um den Aufbau eines linken BGL-Unterstützerkreises bemüht ist. Zumindest eines sollte noch zu denken geben. Am 11.9. ging durch die Bremer Presse die Meldung, daß die BGL einen schon seit längerem vorbereiteten Normenkontrollantrag beim Bremer Oberverwaltungsgericht eingereicht hat, mit dem das bisherige Verfahren zur Wahl der Orts- und Stadtteilbeiräte (es gibt keine Direkt-

wahl) in Bremen überprüft werden soll. Rechtsanwalt der BGL: Axel Adamietz. Es gehört nicht viel Kombinationsgabe dazu, festzustellen, daß ein solcher Antrag von einem Rechtsanwalt ausführlich vorbereitet sein muß. Die Zusammenarbeit Adamietz/BGL ist mit Sicherheit älter, als sein angeblicher Wahleinsatz für die AL, der er spektakulär den Rücken zu kehren sich bemüht. Es bleibt der Verdacht, daß hier nicht ehrlich vorgegangen wird.

### Otto, „KPD“ und DKP

Am 7.9. meldete sich der „Organisationsbeauftragte des Bundesvorstands der Grünen“, Georg Otto, in der „TAZ“ zu den Bremer Wahlen zu Wort. Otto, erklärter Gegner der grün/bunten Einheit, begründet die einseitige Unterstützung der BGL ausschließlich mit der KB-Teilnahme und zieht dabei noch einmal einen deutlichen Trennungsstrich: „Der KB hat keine eindeutige Stellung zur Wachstumsfrage bezogen, er ist hierarchisch organisiert und strebt eine zentralistische Wirtschaftspolitik an. In wichtigen Punkten stehen also Prinzipien des KB im Widerspruch zur Ökologischen, basisdemokratischen, dezentralen Position der Grünen Liste“. Ansonsten werden die alten Lügen und Behauptungen über eine angebliche massenhafte Dominanz des KB (Otto: er will „eine KB-Fraktion auf einer Grünen Liste ins Bremer Rathaus schleusen“) wiederholt, die am besten bisher allerdings die „Rote Fahne“ der „KPD“ verbreitet.

In der „Roten Fahne“ vom 13.9. treibt diese ihr Spiel weiter unter der Überschrift: „Bremen: Unheilige Allianz der KB-Führung und rechten Grünen“. Da liest der erstaunte Leser auf einmal, daß die „KPD“ u.a. für die Einheit war, da „eine gemeinsame Liste in Bremen reale Chancen gehabt hätte, die 5-%Klausel zu überwinden“, obwohl die gleiche „KPD“ u.a. hierfür ständig den KB angreift. Aber wir schreiben ja schon im letzten AK, daß die „KPD“ sich als völlig haltlos erwiesen hat und nur ein Prinzip in Bremen kannte: gegen den KB zu bolzen. Auch jetzt kolportiert sie wieder eine Reihe von Falschmeldungen. Das AL-Mitglied, das wegen seiner Unterstützung eines Unvereinbarkeitsbeschlusses für Kandidaten diese verlassen hat (und jetzt für die BGL kandidiert) ist laut „KPD“ aus „Kritik an dem Spaltungskurs des KB zur BGL abgewandert“. Ein Flugblatt der AL zum Antikriegstag (an dessen Erstellung kein KBler beteiligt war) ist „unter KB-Regie erstellt“ worden. An diesem Punkt läßt die „KPD“ allerdings die wahren Absichten ihres „Engagements“ raus. In dem Flugblatt werde „ausschließlich die BRD angegriffen“ (obwohl drinsteht „wir wenden uns gegen weltweite Aufrüstung und Militarisierung“), während die „KPD“ bei der BGL stärkere Chancen sieht, daß die Aufrüstung Ost dort in den Mittelpunkt rückt und damit Ansätze für ihr „antihegemonistisches Bündnis“ erhofft. Daher schreibt die „KPD“: „die Position des KB ... ist nicht links, sondern rechts“. Wir sind gespannt, wann und wie die Bremer „KPD“ die Kurve bekommt, doch noch zur Wahl der BGL aufzurufen. Als Unterstützer betätigt sie sich schon seit einiger Zeit.

Einig ist sich die „KPD“ in der KB-Kritik offensichtlich mit der DKP, die ihre Information anscheinend bei der „Roten Fahne“ abschreibt. In ihrer September-Ausgabe der „Bremer Rundschau“ schreibt sie: „Heute verbirgt sich hinter der Alternativen Liste — abgesehen von 2 bis 3 Feigenblättern — ganz allein der maoistische KB“. Und: „Links bleiben — das kann man nicht durch die Unterstützung der sog. ‚Alternativen Liste‘, weil sie, im Kern maoistisch, perspektivlos dasteht“.

Was tatsächlich links und eine echte Alternative zu den etablierten Parteien ist, bestimmt hierzulande zum Glück nicht die DKP. Mal sehen, was die Wähler dazu sagen — und was dann wiederum die DKP dazu sagt ...

Wahlausschuß  
KB/Gruppe Bremen

## GAZ-Parteitag „Zusammenarbeit mit Kommunisten ist das Ende“

Der Parteitag der GAZ (vom 8./9.9. mit rund 100 Delegierten und Mitgliedern) hat sich eindeutig und mit grosser Mehrheit gegen eine grün/bunte Einigung zu den bevorstehenden Bundestagswahlen ausgesprochen. Damit sind von seiten der GAZ die Weichen für die Gründung einer Partei „Die Grünen“ gestellt (gegründet werden soll am 3. und 4.11. in Offenbach).

Der Parteitag folgte im wesentlichen dem Bundesvorsitzenden Gruhl, der schon in einem vorbereitenden Rundschreiben (Nr. 6, vom 6.8.79) den Kurs bestimmt hatte: Festlegung auf die „ökologischen Zentralprobleme“, daneben gibt es „Hundert von Randproblemen“, die aber nicht ins Zentrum gerückt werden dürfen, „denn ohne Bewältigung der ökologischen Zentralprobleme gibt es kein Weiterleben, folglich auch keine Randprobleme mehr“. Und für „bunte und ähnliche Gruppen“ gilt: „So weit sie mit uns die ökologische Basis teilen, werden sie sich anschließen. Die aber auf einer anderen Basis stehen, können uns nicht veranlassen, die wertvolle Zeit verstreichen zu lassen, während der sie uns mit ihren Pamphleten schaden, da sie den Wähler verwirren.“

Um diese Orientierung hatte es schon im Vorfeld des Parteitages Auseinandersetzungen gegeben. Maßgeblich von Mengershausen und Bueb (beide GAZ-Bundesvorstandsmitglieder) wollten die ausschließlich ökologische Orientierung verhindern und eine Zusammenarbeit Grüne/Bunte suchen. Bueb hält in diesem Sinne in einem Schreiben an Gruhl auch das Euro-Wahlprogramm, das die GAZ als Grundsatz-Programm der Grünen Bewegung verwenden will, für völlig unzureichend. „Z.B. muß in einem

Grundsatzprogramm die Frage beantwortet werden, wie wir die verkrusteten Strukturen dieser Gesellschaft überwinden wollen, um unsere ökologischen Ziele überhaupt nur annähernd durchsetzen zu können.“ Deshalb hält er es für nötig, „mit allen Gruppen, Personen und Geistesrichtungen in Verbindung zu treten, die, wie wir, diese Strukturen ablehnen und eine demokratischere und gerechtere Gesellschaft anstreben.“ Der Grundkonsens müsse dabei als „ökologisch, basisdemokratisch, gewaltfrei, sozial“ definiert sein.

Mit dieser Orientierung auf eine Grün/Bunte-Annäherung konnten Bueb, von Mengershausen und einige bayerische Delegierte sich nicht durchsetzen. Bueb wurde nicht einmal Mitglied der Programmkommission der GAZ, die das künftige Programm der Grünen formulieren soll.

Die Programmkommission besteht nun aus Gruhl, Breitsch und Frau Daute.

Die Gegner der Grün/Bunten Einheit hetzten massiv. Sie kamen aus der GAZ Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen (der dortige Vorsitzende erklärte: „Wir müssen darauf drängen, daß diese Leute (Bunte/Alternative — Anm. AK) am 4.11. keine Stimme bekommen“) und natürlich durfte auch Baldur Springmann (Vorstandsmitglied der Grünen Liste Schleswig-Holstein) nicht fehlen. Sein Rat: „Wir müssen es so geschickt machen, daß sie sich von uns abgrenzen müssen“.

Das Ergebnis des GAZ-Parteitages: Mit überwältigender Mehrheit wurde „ein hauptsächlich gegen die Bunten gerichteter Antrag angenommen, daß Bündnisse mit anderen Gruppierungen nicht mehr zugelassen werden sollen“ (TAZ, 10.9.).

## „Grüne Liste Kiel“ gegen Einigung

Allen Einheitsbemühungen der Bunten, Alternativen und Grünen zum Trotz ist am 10. September von der Mitgliederversammlung der „Grünen Liste SH, Kreisverband Kiel“ eine Pressemitteilung beschlossen worden, in der es (sinngemäß) heißt:

Die Gründung einer bundesweiten Partei der Grünen sollte vollzogen werden; dieser Partei können [nur] alle ökologischen Gesonnenen beitreten; nicht beitreten dürfen Menschen, die anderen Parteien oder Organisationen angehören; den bunten und alternativen Listen wird nahegelegt, sich aufzulösen (!) und sich den Grünen anzuschließen.“

Auf einem Treffen der Kieler Gruppe der „Liste für Demokratie und Umweltschutz“ „ergänzte“ ein Vorstandsmitglied der GLSH/Kiel: „Die Bundestagswahlen sind u.E. ... so wichtig, daß eine große Einheit hergestellt werden muß“.

Auf die Strauß-Kandidatur hin angesprochen, war offensichtlich vereinheitlichte Position aller vier anwesenden Mitglieder der GLSH/Kiel: „Wir sind bereit in Kauf zu nehmen, daß Strauß Kanzler wird ... Davon wird die Welt nicht untergehen, wenn Strauß Kanzler ist!“ (Martin Kupfer, Vorstandsmitglied der GLSH/Kiel).

### Grüne Alternative Gießen Wahlgemeinschaft für eine menschengerechte Stadt

an das Treffen der „Grünen“  
und die landesweite Mitgliederversammlung der GLH  
am 26.8.79

In Gießen hat sich zu den hiesigen Kommunalwahlen am 7. Oktober eine Wahlgemeinschaft unter Beteiligung von Mitgliedern der GLH, GAZ, GLU, Aktion Dritter Weg und Unabhängigen gegründet.

Wir sind der Meinung, daß dieser Zusammenschluß in Gießen und weitere in anderen Städten einen Modellcharakter für die kommende Bundestagswahl haben.

Wir appellieren an die Versammelten, die gemeinsamen Beschlüsse der Grünen und Alternativen Gruppen (z.B. in Vlotho) einzuhalten, die Gespräche zum Zweck eines gemeinsamen Vorgehens zur Bundestagswahl vorsehen.

Dies ist unserer Meinung nach die einzige Möglichkeit, eine Zersplitterung zu vermeiden, um mit Erfolg an der Bundestagswahl teilnehmen zu können.

Da grundsätzlich gemeinsame Ziele vorhanden sind, dürfen — trotz bestehender Differenzen — auf keinen Fall Teile der ökologischen und demokratischen Alternativen ausgeschlossen werden.

Diskussionsbereitschaft ist unser oberstes demokratisches Prinzip.

Mitgliederversammlung der G.A.G.  
Gießen, 25.8.79

## Teilkandidatur in Aachen

Noch in letzter Minute ist es in Aachen zu einer Kandidatur von vier BI-Mitgliedern zum Bezirksparlament Aachen Stadt gekommen. Zwar hatten sich Mitglieder aus BI's und Interessierte bereits vor einem Jahr zum Aufbau einer Bunten Liste zusammengesetzt, waren aber über eine Diskussion, wie eine solche Liste aussehen sollte, nicht hinausgekommen. Monate später rief die Aachener BI-Zeitung „KLENEKES“ dazu auf, ein Forum zu den Kommunalwahlen zu bilden. Man einigte sich darauf, die Kritik der BI's an den etablierten Parteien im Wahlkampf öffentlich vorzutragen, selbst wenn keine eigene Kandidatur angestrebt wurde.

Dieses Forum hat inzwischen öffentlich erklärt, es hoffe auf die

Ablösung der CDU als stärkste Partei, es wolle aber deshalb keine Wahlhilfe für die gesamte SPD oder FDP, allerdings für einzelne Kandidaten (insgesamt 4) machen. Die Hauptforderungen des Forums sind: ein ökologisches Energiekonzept, ein Frauenhaus, Beteiligung der BI's an Entscheidungen im Stadtrat und Ausschüssen, 100 Mio. DM für einen Sonderfond gegen Arbeitslosigkeit und für bessere soziale und städtische Lebensbedingungen.

Aus diesem Kreis entschlossen sich dann vier für eine Kandidatur (allerdings nur fürs Bezirksparlament). Aus den Bürgerinitiativen wurde ihnen Unterstützung zugesagt, so konnten die Unterlagen auch rechtzeitig eingereicht werden (nach einem Bericht aus Aachen).



# Interview mit Claus Offe

Frage: Was war Deine persönliche Reaktion auf die Kanzlerkandidatur von Strauß?

C.O.: Der Schrecken, der vielen wegen des Bildes äußerster Bedenkenlosigkeit, das man von dieser Person hat, in die Glieder gefahren ist, hat natürlich auch mich betroffen. Beim Überlegen kommt man jedoch darauf, daß diese Kandidatur eine durchaus konsequente und folgerichtige Entwicklung in der BRD widerspiegelt. Die Unionsparteien konnten angesichts der Politik der sozialliberalen Bundesregierungen praktisch gar nichts anderes tun, als genau diese Figur zur Leitfigur ihres Kontrastprogramms zu machen. Allerdings haben sie sich damit auf ein langfristiges Projekt, ein Projekt für mehrere Legislaturperioden eingelassen. Dabei wird es nicht ohne gravierende Veränderungen der Wählerbasis der Unionsparteien und damit des Parteiensystems insgesamt abgehen.

Frage: Siehst Du wesentliche Unterschiede zwischen dem Programm, das von Strauß verkörpert wird und dem Programm der rechts-sozialdemokratischen Schmidt-Regierung?

C.O.: Zweifellos gibt es wesentliche Unterschiede. Ich denke, daß die Analyse, die dem Strauß'schen Programm zugrunde liegt, bei aller Gegensätzlichkeit der Schlußfolgerungen, die ich selbst ziehen würde, durchaus einleuchtende Elemente enthält. Ich würde einen Grundgedanken, den man bei Strauß und etwa dem „Bayernkurier“ findet, folgendermaßen zusammenfassen: Die gegenwärtige Führungsgruppe der Sozialdemokratie ist zwar auf der einen Seite weder willens noch in absehbarer Weise fähig, die Gesellschaft der BRD im Sinne irgendwelcher sozialistischer Zielvorstellungen umzugestalten. Strauß geht zutreffend davon aus, daß das, was die SPD macht, natürlich keineswegs die Transformation einer kapitalistischen Gesellschaft in eine nichtkapitalistische ist. Aber er sieht meiner Meinung nach ebenso zutreffend, daß dieses SPD-Regime durchaus geeignet ist, die Verhältnisse in der BRD durch eine „unverantwortliche“ und „unbedachte“ kapitalistische Modernisierungspolitik zu stabilisieren. Obwohl ihre Politik nicht sozialistisch ist, ist die SPD ein Infektionsherd von Ideen und Programmatiken, die über den Kapitalismus hinausweisen; dieser Umstand könnte dem nationalen und internationalen Kapital auf die Dauer die Investitionsneigung nehmen und die BRD damit anfällig machen für westeuropäische sozialistische Modelle. Nicht die „Lage“ sei schlecht, diagnostiziert Strauß, aber die „Stimmung“, die von den Sozialliberalen nicht die „Lage“ sei schlecht, diagnostiziert Strauß, aber die „Stimmung“, die von den Sozialliberalen erzeugt werde, und das könne auf die Dauer nicht ohne Rückwirkungen auf die „Lage“ bleiben — und die Unterminierung des westdeutschen Kapitalismus nicht aus programmatischer Absicht, sondern sozusagen aus Unachtsamkeit. Infolgedessen kommt es Strauß darauf an, diesen Infektionsherd auszuräumen und die schon befallenen Bereiche, insbesondere im „Überbau“, aber auch in den Gewerkschaften, der Sozial- und Finanzpolitik zu sanieren. Daher die zentrale Bedeutung eines sozialisationspolitischen „Roll-back“ — in der Bildungspolitik, der Medienpolitik und der Familienpolitik, sowie einer noch gesteigerten staatlichen Repression. Hinzu kommt die projektierte Bändigung gewerkschaftlicher Gegenmacht. Zusammengefaßt als 1.: Die SPD ist nicht in dem, was sie tut, sondern in dem, was sie zu sagen erlaubt, gefährlich. Sie leistet systemkritischem Gedankengut und Bewußtseinsprozessen Vorschub. Deshalb muß sie im Interesse der Stabilisierung des westdeutschen Kapitalismus aus den staatlichen Machtpositionen verjagt werden. Das ist die Frontstellung, die ich hier sehe und das ist eine Analyse, was die Funktion der SPD-Regierung angeht, die ich für gar nicht einmal ganz unzutreffend halte.

Frage: Siehst Du trotz dieses drohenden „Roll-backs“ eine Chance für eine alternative Wahlbeteiligung?

C.O.: Man sollte vielleicht zunächst mal versuchen, von einer Reihe von Fehleinschätzungen loszukommen, die es bei uns in der Linken gibt. Die erste Fehleinschätzung trägt die Überschrift „Es ist eh gleich, was bei der Wahl herauskommt. Es ist ein und derselbe Kapitalismus, dem die konkurrierenden Parteiparamete dienen“.

Für Leute, die wie ich im Sozialisations- und Bildungsbereich tätig sind und an der Erhaltung von dessen Freiheitsräumen interessiert sind, liegt es auf der Hand, daß das Unsinn ist. Die zweite Fehleinschätzung ist die:

„Es wird schon nichts passieren“, d.h. Strauß wird sich durch den Ballast von negativen persönlichen Merkmalen und den Ballast der Desintegration der Union schon so desavouieren, daß es hier nicht zu einem Wahlerfolg kommt. Ich halte es heute für überwiegend wahrscheinlich, daß Strauß 1980 keine Chance hat, aber dieses kann sich in der Zeit, die noch vor uns liegt bis zu den Bundestagswahlen, noch ändern. Und die dritte Fehleinschätzung, von der man sich verabschieden sollte ist die, daß Wahlkämpfe unmittelbar Klassenkämpfe sind, d.h., daß es hier um die Konfrontation der Mehrheit der Lohnabhängigen gegen das Großkapital geht. Das ist eine völlig irreführende Vorstellung, insofern ja das Problem für die Linke gerade darin besteht, daß Millionen von Abhängigen — Arbeitnehmer, Angehörigen des alten Mittelstandes und sofort — ein Potential für Strauß darstellen. Wie kommen diese Gruppen und Schichten dazu, von Strauß ansprechbar zu sein? Man muß sich klarmachen und erklären, daß und warum den Erfahrungen, Hoffnungen und Befürchtungen von Millionen Menschen in diesem Lande das Programm und die Person Strauß durchaus entspricht. Und diese Leute gehören zum größten Teil in keinerlei Weise zur „herrschenden Klasse“.

Man sollte vielleicht viertens noch den gebannten Blick auf die Person und das Wahldatum dadurch relativieren, daß man sich vor Augen führt, daß Wahlentscheidungen in vielerlei Hinsicht nichts Endgültiges sind — einmal, weil dann die nächsten Wahlen und die Wahlen auf anderen Ebenen stattfinden, dann aber insbesondere deshalb, weil ja in der BRD, wie in anderen Ländern, zunehmend die wichtigen politischen Auseinandersetzungen außerhalb der institutionellen Kanäle, des Wahlsystems, des Parteiensystems, des Parlamentarismus stattfinden. Ich denke, daß Kämpfe in den Medien, in den Kirchen und so fort, eine so wichtige Rolle spielen, daß selbst ein Wahlsieg von Strauß in seiner Bedeutung erst bestimmt wird durch die Widerstandspotentiale, die dann noch vorhanden sind. Das ist natürlich eine riskante Spekulation und soll keineswegs von der Gefährlichkeit eines solchen möglichen Wahlsieges ablenken. Immerhin sieht man am englischen Beispiel, das wir ja nun studieren können, daß ein doch eindrucksvoller Wahlerfolg der Regierung Thatcher keineswegs dazu geführt hat, daß die konservativen, reaktionären Kräfte dort freie Hand haben.

Zurück zu dem dritten Problem: wie kommt es eigentlich, daß es auf

Zurück zu dem dritten Problem: wie kommt es eigentlich, daß es auf der rechtspopulistischen Seite, die Strauß vertritt, ein so brillantes Gemisch von Protestmotiven gibt, welches das Programm von Strauß jedenfalls nicht von vornherein aussichtslos macht. Ich meine, daß das eine Sammlung von Motiven ist, die sich zusammensetzt aus Protesten gegen den Wohlfahrtsstaat, gegen die Bürokratie, gegen die öffentliche Verschuldung, gegen bestimmte Modernisierungs- und Technokratisierungsprozesse. Es wäre jedenfalls völlig falsch, das alles als altes faschistisches Potential zu kennzeichnen, oder als im politischen Modernisierungsprozeß zurückgebliebene „Inseln“. Man geht sicher nicht ganz fehl, wenn man sagt, daß ist zum großen Teil a u c h ein Echo auf sozialdemokratische Politik. Man hat es hier zu tun mit einem elementaren, unartikulierten und außerordentlich gefährlichen, politisch ambivalenten Widerstand gegen eine einerseits als technokratisch und gewalttätig, andererseits als sinn- und ziellos erfahrene Praxis sozialliberaler Modernisierungspolitik. Beispiele dafür sind die Städtebau- und Verkehrspolitik, der AKW-Bau, die Begünstigung der städtischen Funktions- und Angestellten-Mittelschichten in Bildung-, Sozial- und Steuerpolitik. Darauf gibt es als Resonanz ein Unbehagen und einen Widerstand, der sich plakativ so zusammenfassen läßt: das alles hat doch nicht nur zu nichts geführt (das sagen die Linken auch), sondern es verursacht außerdem erhebliche Belastungen und Zerstörungen und Verunsicherungen natürlicher und sozialer Lebensbedingungen, an deren Erhaltung uns liegt, deren Verlust wir in dem Maße als gravierend und beeinträchtigend erfahren, in dem die in Aussicht gestellten Reformen sich auch als nichtig und unerheblich und/oder als einseitig vorteilhaft nur für städtische Mittelschichten und Teile der „stabilen“ Industriearbeiterschaft erweisen. Das sind Motive, die zunächst aufkommen bei den klassischen Leidtragenden eines solchen Modernisierungsprozesses, also dem alten Mittelstand, ins-

besondere auch dem landwirtschaftlichen.

Solche Erfahrungen und Gefühle sind wohl dramatisch aufgeladen worden durch die Erfahrung der letzten zehn Jahre und die gescheiterten aber dennoch eben nicht folgenlosen Reformpolitiken, die auf ihrem Rücken sozusagen abgeladen worden sind. Das beschränkt sich jedenfalls längst nicht auf den alten Mittelstand, sondern betrifft ebenso große Teile der Arbeiterklasse einschließlich der Rentner — das Potential derer, die nicht länger willens sind, die Kosten eines nicht als sinnvoll wahrnehmbaren Modernisierungsprozesses weiter noch zu tragen.

Ich habe das deshalb so ausführlich — und gewiß etwas provozierend — dargestellt, weil ich herausarbeiten möchte, daß in seinen gesellschaftlichen Grunderfahrungen dieses Potential durchaus ähnlich ist dem, was wir in Bunten Listen und teilweise auch in Grünen Listen repräsentiert finden. Dort allerdings unter oft ganz gegensätzlicher politischer Ausdeutung und Zielsetzung, aber die Motive, die diesem Protest zugrundeliegen, sind nicht ganz von einem anderen Stern, sondern hier gibt es gemeinsame Wurzeln.

Falls das einigermaßen zutrifft, erscheint es ganz abwegig, der SPD und ihrer Wahlkampfstrategie zuzutrauen, daß sie bei allen Anstrengungen in der Lage sein sollte, auch dieses Potential, das ja gerade in negativer Resonanz auf zehn Jahre sozialliberale Koalition entstanden ist, nun auch noch einzugemeinden und an sich zu binden. Es mögen die Kollegen Negt, Seifert, Moneta mit ihren je eigenen Gesichtspunkten und ihren eigenen Bedenklichkeiten und inneren Schmerzen zu dem Entschluß kommen, daß eben doch nichts anderes hilft, als diesmal, um Strauß zu verhindern, wieder SPD zu wählen — das sei selbstverständlich respektiert. Aber sie überschätzen, wie ich meine, die Reichweite und Überzeugungskraft ihrer Argumente. Das Problem ist, daß nicht einmal die breite Masse auch der linken Träger dieses Protestmotives so wie sie denken — und handeln — wird. Die SPD, gefangen in dem Dilemma, ob sie wahlkampftaktisch nach „links“ (d.h. zu den grünen und bunten Subkulturen der Großstädte) oder nach „rechts“ (d.h. zum ökologischen und Steuerprotest des alten Mittelstandes) agieren soll, wird keines von beidem zustandebringen; sie ist überdies unfähig zu der Einsicht, daß sie die Anlässe zum Protest auf beiden Seiten selbst mitgesetzt und verstärkt hat. Deshalb müssen wir damit rechnen, daß der größte Teil der „Reformge-

Deshalb müssen wir damit rechnen, daß der größte Teil der „Reformgeschädigten“ und der „Reformgetäuschten“ in diesem Lande sicher auf absehbare Zeit für die SPD verloren sein wird.

Frage: Und Du meinst also, daß eine Grün/Bunte oder wie auch immer geartete Alternative zu den Bundestagswahlen durchaus die Chance hätte, genau in dieses Protestpotential einzuwirken, und möglicherweise tatsächlich also auch aus einem möglichen Strauß-Potential bestimmte Prozente abziehen könnte?

C.O.: Ja, das halte ich nicht für völlig ausgeschlossen. Natürlich würde man darüber noch sehr viel sorgfältiger nachdenken und dann auch verhandeln müssen. Ich halte für ein innenpolitisches Hauptproblem in der BRD, vom Standpunkt einer linken Politik aus gesehen das Folgende:

Es ist notwendig, das über ein ungeheuer breites politisches Spektrum verteilte populistische Protestpotential einzubinden in den politischen Prozeß, und zwar in zweierlei Hinsicht einzubinden: einerseits an der Depolitisierung, Privatisierung und der zynisch werdenden Vereinzelung zu hindern, das heißt also dieses Potential überhaupt noch auf einer politischen Ebene präsent zu halten, und andererseits an der neo-deutsch-nationalen Entdemokratisierung zu hindern. Und genau in diese Richtung weist natürlich die Politik von Strauß. Es kommt darauf an, Strauß und seiner Strategie Teile jenes Protestpotentials streitig zu machen und zu versuchen, sie in eine demokratische Bewegung einzubinden. Dazu ist, wie gesagt, meiner Überzeugung nach die SPD nicht mehr in der Lage, trotz aller grünen Accessoirs und ökologischen Zutaten, die sie sich jetzt zulegt. Das ist eine enorme Aufgabe, aber eine Aufgabe, die man erst dann in Angriff nehmen kann, wenn man sich über die Problemstellung einig ist. Es könnte sogar sein, daß man über diese Problemstellung auch mit bestimmten Teilen der SPD, die sich noch strategische Gedanken machen, einig werden kann. Jedenfalls müßte informierten und nachdenklichen Kräften in der

SPD klar zu machen sein, daß sie den Zugang sowohl zu den linken wie auch zu den mittelständigen Protest-Subkulturen auf absehbare Zeit verloren hat (und daß es zunehmend riskant ist, in dieser Hinsicht auf die Leistungsfähigkeit der FDP zu spekulieren). Und wenn diese Kräfte — wie sie eigentlich müßten — daran interessiert sind, diese beiden Aufgaben, nämlich Verhinderung von Depolitisierung und Privatisierung und Verhinderung von neo-deutsch-nationaler Politisierung, als solche anerkennen, dann bleibt eigentlich gar nichts anderes übrig, als sich auf Kräfte zu verlassen und möglicherweise gewisse globale Allianzen einzugehen mit Kräften, die dazu eher in der Lage sind, und die auch eher in der Lage sind, ein Stück aus dem diffusen Brei herauszuschneiden, der anderenfalls, wenn nicht 1980 dann 1984 oder noch später, doch zur Basis der Strauß-Politik werden kann.

Frage: Du siehst also eine reelle Chance und auch eine Möglichkeit für Linke, in diese Wahlbewegung, die seit anderthalb Jahren existiert, die aus sehr unterschiedlichen Quellen gespeist wird, einzugreifen. Wo siehst Du die Kompromißgrenze, auf der Deiner Ansicht nach die Bunten, die Neue Linke gegenüber den Grünen bestehen muß?

C.O.: Sicher kann man dieses Potential, das Strauß zur Verfügung steht, nicht einfach umpolen, sondern man kann im günstigsten Falle, aufgrund bestimmter Motivähnlichkeiten zwischen den Bunten und den Strauß folgenden Protestwählern, gewisse Teile herauszuwickeln. Welche Teile nun, das ist die Frage, und bis zu welcher Grenze. Es ist ein Charakteristikum des Rechts-Populismus, zwei Elemente der politischen Realität der BRD in Frage zu stellen und zu bekämpfen, nämlich erstens die Machtpositionen der Gewerkschaften auf tarifvertraglicher und politischer Ebene, d.h. Einschränkung der Streik- und sonstigen Arbeitskämpfungsmöglichkeiten; außerdem die Rückkehrung der sozialpolitischen Erfolge. Die zweite Hauptfront ist die Einschränkung der demokratischen Freiheitsrechte, gerade im Zusammenhang mit dem, was man nicht ganz unzutreffend Öko-Faschismus genannt hat, kommt ja — übrigens sekundiert durch Positionen wie denen des stalinistischen Ökologie-Denkens Harich — das Motiv zur Geltung, daß es angesichts des weltweiten Notstandes — Mangels an Ressourcen einerseits, Belastung der Öko-Systeme mit den Ausscheidungen der industriellen Produktionen andererseits — erforderlich sei, eine ganze Reihe von Grundrechten abzuschaffen oder jedenfalls gravierend einzuschränken und den Regierungen freie Hand zu lassen. Spätestens an diesem Punkt wird es notwendig sein, Allianzen aufzukündi-

gen. Es wird weiterhin nicht möglich sein, Allianzen aufzukündigen. Es wird weiterhin nicht möglich sein, eine wahlpolitische Alternative auch nur in Umrissen zu zeichnen, bei der man sich zwingt und von vornherein festlegt, alle gesellschaftlichen Probleme — von der Steuerpolitik bis zur Agrarpolitik, von der Verteidigungspolitik bis zur Familienpolitik — allein unter ökologischen Gesichtspunkten zu sehen. Das ist schlechterdings nicht möglich, das ist eine Verengung der Perspektive, die nur auf äußerst gewalttätige Ideologienbildung hinauslaufen kann, wie man am Beispiel Gruhl sieht. Die Katastrophenstimmung, die er verbreitet, ist sozusagen der Nebel, hinter dem sich allerlei massiv anti-demokratische Strömung vorbereiten, und auch hier wird es notwendig sein, sehr achtsam zu sein.

Auf der anderen Seite: was ist das positive integrierende Programm eines bunten Bündnisses oder eines grün/bunten Bündnisses, das in der Lage wäre, hier eine hinreichende Attraktivität auf dieses Protestpotential auszuüben? Eine Antwort auf diese Frage kann heute von niemandem gegeben werden. Das theoretische und politische Hauptproblem liegt darin, daß wir es heute mit einer „m u l t i f r o n t a l e n“ Struktur der gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzung zu tun haben. Mit multifrontal meine ich, daß von einem bunten Bündnis durchaus verschiedene gesellschaftliche Strukturen und Machtverhältnisse gleichzeitig angegriffen und im Zusammenhang bekämpft werden müssen: zunächst das Groß-Kapital in seinem Verhältnis zur Arbeitskraft, zur äußeren Natur und auf dem Weltmarkt, also in internationalen Bereichen im Nord-Süd-Konflikt, was schon drei sehr stark auseinanderweisende Aspekte sind; dann das „Patriarchat“ und die an ihm hängenden sexistischen Strukturen der Arbeitsteilung und Sozialisation; und schließlich ein weiteres tragendes Element unserer Sozialstruktur — die Bürokratie. Bürokratie, Technologie, Kapital und Patriarchat sind die vier wichtigsten Fronten, an denen die Bunte Bewegung kämpft. Eine verein-

heitlichende Theorie, die jedermann sinnfällig machen könnte — und nicht nur irgendwelche esoterische Aufsätze darüber schreiben könnte —, daß diese Phänomene doch im Grunde nur Zweige vom selben Stamm sind, die gibt es einfach heute nicht. Wir müssen uns deshalb damit zufrieden geben, daß eine vereinheitlichende Theorie, wie sie etwa die 2. und 3. Internationale hatten (mit Moskau-Zentriertheit usw.), heute nicht zur Verfügung steht. Infolgedessen ist das Ideal eines geschlossenen Weltbildes, einer Partei, die auf alle Fragen eine Antwort aus einem Guß weiß, heute obsolet (veraltet, Anm. AK). Die Antwort auf die Frage, bis wohin kann ein solches Bündnis möglicherweise reichen, ist nur negativ zu geben. Sie kann nicht dorthin reichen, wo erreichte Erfolge der liberal-bürgerlichen Tradition einerseits und der Arbeiterbewegung andererseits rückgängig gemacht und in Frage gestellt haben sollen, aber eine positive Antwort ist hier schwer zu geben.

Frage: Du siehst also auch durchaus eine gewisse Verpflichtung für die Kräfte der Neuen Linken in dieser entstehenden Wahlbewegung und Alternativ- oder Protestbewegung mitzuwirken, um eben einer möglicherweise „Gürtel-enger-schnallen“-Theoretisierung dieser gesamten Gruppierung zu verhindern. Wie erklärst Du Dir das auffallend abstinente Verhalten von großen und wichtigen Teilen des SB, sieht man mal von Ausnahmen wie Alexander Schubart ab?

C.O.: Diese Abstinenz hat zwei Gründe grundsätzlicher Art und einen eher zufälliger Art. Zufällig ist der, daß die Diskussion einfach noch nicht weit genug fortgeschritten ist. Man muß sehen, daß die Brisanz des Themas Strauß erst unmittelbar vor der Sommerpause aufgekommen ist, und es laufen die Diskussionen hierüber, die sicher auch im SB wie in allen anderen Organisationen intensiv weitergehen werden, gegenwärtig erst an. Dann gibt es aber zwei eher grundsätzliche Argumente, die ein gewisses Hindernis für das Gedeihen und Wachsen der Diskussion, insbesondere auch der Diskussion in Richtung auf eine Unterstützung Grün/Bunter Bündnisse sind; erstens ist die eben erwähnte Einsicht, daß wir es heute eben mit einer multifrontalen Struktur des Kampfes zu tun haben, nicht überall willkommen — sie stellt ja einen gewissen Bruch mit den Selbstverständlichkeiten der herkömmlichen linken Bewegung dar. Zweitens ist die Diskussion dadurch behindert, daß zum jetzigen Zeitpunkt natürlich nicht abgesehen werden kann, mit welchen Erfolgschancen man welche wahlpolitische Empfehlung und darauf hinauslaufende organisatorische Aktivitäten unterstützen kann. Dieses wird sich zeigen im Laufe der Landtagswahlen des nächsten Jahres und der Kommunalwahlen hier in Bielefeld, so daß auch hier gilt, was das etwas alberne amerikanische Sprichwort ausdrückt: „Nichts ist erfolgreicher als der Erfolg“. Ein positives Abschneiden der Grün/Bunten Bündnisse in Bielefeld, in Dortmund, in Münster, in Köln und eine aussichtsreiche Fortführung dieser Bewegung in dem bevorstehenden nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf würde sicher ganz entscheidend die Diskussion präjudizieren. Alle diejenigen, die sich bisher dazu geäußert haben, haben sozusagen Hintertüren und Alternativen offengelassen. Die Eventualitäten werden natürlich zur Hauptalternative, wenn entsprechende Erfolge eintreten. Man muß das zum großen Teil abhängig machen von der Entwicklung; ich würde auch heute nicht in der Lage sein — verantwortlicher Weise kann das niemand sein — einfach zu sagen: also auf jeden Fall alle Kräfte für ein Grün/Buntes Bündnis zur Bundestagswahl. Ich würde nur sagen, daß die Argumente, die d a g e g e n bisher vorgebracht worden sind, und die dann doch hinauslaufen auf ein zähneknirschendes SPD-Wählen, insofern wenig überzeugend und stichhaltig sind, weil man absehen kann, daß die SPD nicht mehr über die Bindungskraft verfügt, dieses Verhalten mehr als ein paar führenden sozialistischen Intellektuellen nahezulegen. Die Masse der linken Szene und erst recht die Masse der frustrierten rechts-populistischen „Reformopfer“ wird sich an diese Empfehlung mit Sicherheit nicht halten. Es kommt eben darauf an, ob man in diese Lücke, in diesem Vakuum etwas aufbauen kann. Ich denke, daß es nicht ganz aussichtslos wäre, für einen solchen Versuch eine minimale Kooperation oder jedenfalls auch im Handeln befolgte Einsicht einige Kräfte innerhalb der SPD zu erwarten.

\*\*\*

Die Reihe von Interviews und Diskussionsbeiträgen wird im nächsten ARBEITERKAMPF fortgesetzt.





# Nachrichten vom Widerstand

## Widerstand in Gorleben

Noch die ganze Nacht zum Samstag (15.9.) herrschte hektische Betriebsamkeit im Landkreis. BGS- und Bullenkonvois brausten durch die Straßen, alle Baufahrzeuge wurden in Sicherheit gebracht. Am Sonnabend morgen war dann auf den Straßen kein Polizei-Fahrzeug mehr zu sehen. Bereits am Dienstag war der Aufruf der Hamburger BUU erschienen, der alle aufrief, am Samstag in den Landkreis zu kommen, viele weitere norddeutsche BIs hatten ebenfalls mobilisiert. Die BI-Lüchow-Dannenberg rief die AKW-Gegner dazu auf, am Wochenende „auf dem Bauplatz ihren Widerstand zu zeigen“ („taz“, 14.9.). In einer halbseitigen Anzeige in der „Elbe-Jeetzel-Zeitung“ riefen die „Gorleben-Trecker“ zur gemeinsamen Aktion mit auswärtigen AKW-Gegnern auf, auch der BBU entschloß sich zur Unterstützung der Aktion.

Im Laufe des Vormittags sammelten sich dann 6-7000 WAA-Gegner, darunter zahlreiche Einheimische in Gedelitz nahe der geplanten ersten Tiefbohrstelle. Als dann gegen 14 h ein Zug von über 100 Traktoren durch die Demonstranten an die Spitze des Zuges fuhr, kam eine Stimmung auf, wie man sie vom Gorleben-Treck in Hannover her kannte. „Wenn wir diesen Zug hier am Montag gehabt hätten, dann wäre hier im Landkreis nichts passiert“, meinte

einer der Einheimischen. Ein kilometer langer Zug bewegte sich durch die Felder und den Wald in Richtung Bohrstelle. Über den Lautsprecherwagen konnten die Demonstranten den Rundfunk-Kommentar verfolgen, der meinte, die Demonstration mache einen sehr friedlichen Eindruck, obwohl der Ausgang noch ungewiß sei. Man müsse Verständnis für die „jungen Leute“ haben, die sich durch die Ereignisse der letzten Woche und das Verhalten der Polizei provoziert fühlten.

An der Bohrstelle strömten die Demonstranten auf die am Vortage planierte Fläche. Inmitten dieser Fläche war auf einer inzwischen asphaltierten Ringstraße eine Wagenburg des BGS aufgebaut. Zusätzlich waren 6 Masten mit Scheinwerfern und Lautsprechern obendrauf und einige „hochsitzartige“ Holzgestelle aufgebaut worden. Am Rande eines 2 Meter tiefen und mehrere Meter breiten Grabens standen sich BGS in voller Montur und Demonstranten gegenüber.

Auf der Kundgebung schilderten Einheimische sehr eindrucksvoll ihre direkten Erfahrungen der letzten Woche (siehe nebenstehend die Rede von Lilo Wolny von der BI Lüchow-Dannenberg). Es war u.a. die Rede vom „Terrorismus im Staatsdienst“, von „gewalttätigen Robotern hinter Uniformen“, keiner dieser Ordnungs-

hüter, die hier für den Atomstaat eingesetzt würden, könne mehr „stolz auf seine Uniform“ sein. Die Einschüchterung der allgegenwärtigen Polizeimacht im Landkreis wurde geschildert.

Während der Kundgebung hatte sich ein größerer Teil der Demonstranten auf den Innenteil des Platzes geschoben. Es wurde versucht, einen der Masten mit einem langen Seil zu Boden zu ziehen. Als ein Demonstrant versuchte, das Seil höher am Mast zu befestigen, sah er sich plötzlich von BGS umringt. Erst nach einer kleinen Rangelei, bei der auch etwas Sand flog, kam er wieder frei. Kurz darauf fiel dann ohne großes Aufheben ein anderer der 6 Masten. Obwohl dies nur am Rande des Geschehens lief, brach die BI-Verantwortliche dann hastig die Kundgebung ab, nachdem über Bullenfunk bekannt geworden war, daß 1000 Bullen Verstärkung im Anmarsch waren. Walter Moßmann beendete die Kundgebung mit einem Lied.

Nach einer vollkommen „fairen“ Schieberei mit den BGS-Ketten auf dem Platz zogen die Demonstranten wieder zurück nach Gedelitz.

Zum Abschluß riefen BI-Sprecher Mombaur und Vertreter der Auswärtigen zu weiteren Aktionen auf. Trotz der „gemischten Gefühle“, die angesichts des Zwischenfalls alle Demonstranten überkam, war diese



Aktion eindeutig der Höhepunkt der bisherigen Aktivitäten nach Beginn der Tiefbohrungen. Zum ersten Male waren wieder größere Teile der Bevölkerung des Landkreises mobilisiert worden. Schon diese kurzfristige Mobilisierung machte deutlich, wie breit

der Widerstand gegen die WAA in Gorleben ist, so daß diese Aktion erst der Auftakt größerer gemeinsamer Aktionen der Landbevölkerung und der AKW-Gegner im ganzen Bundesgebiet nach dem Beginn der Tiefbohrungen war.

## Auch wer tiefbohrt, wird Widerstand ernten



### Der Ablauf der ersten Woche nach Bohrbeginn

**Montag, 10.9.:** Schon am Sonntag Nachmittag um 3 Uhr hatten sich ca. 200 Atomgegner an der Stelle versammelt, an der die erste Tiefbohrung niedergebracht werden soll. In zwei Zügen waren sie von Gorleben nach Gedelitz marschiert, um ein Picknick zu machen, zu dem die „Gorleben-Frauen“ eingeladen hatten. Dieser Bohrplatz „Gorleben 1003“ befindet sich ebenso wie „Gorleben 1002“ und „1004“ in Besitz der DWK (letzterer auf freiem Feld).

Die für die Zufahrtswege zuständigen Gemeinden Trebel und Gartow haben jedoch Widerspruch gegen die Benutzung eingelegt, so daß nur die im Wald befindliche Stelle in Frage kommt.

Nach einer Diskussion über eine Platzbesetzung begannen die Atomgegner mit der Errichtung einer kleinen Hütte als Freundschaftshaus nach Wyhler Vorbild. In der Nacht herrschte gute Stimmung, sowie Einverständnis darüber, daß keine Gegenwehr mit physischer Gewalt gemacht werden sollte. Dann rückten gegen ca. 6 Uhr 500 - 1000 BGS, Bullen und Holzfräher mit Wasserwerfern und Bulldozern an. Eine 50 mal 15 Meter breite Schneise wurde in den Fichtenwald geschlagen. Dabei wurde das Gelände immer wieder von AKW-Gegnern durch Sitzstreiks blockiert, die immer wieder fortgeschleift wurden.

Nach Polizeibericht begannen um 8.10 Uhr einige Leute auf die bis zu fünf Meter hohen Bäume zu klettern. Insgesamt 17 Frauen und Männer hockten in den Wipfeln und sangen:

„Auf einem Baum ein Kuckuck saß“.

Da die Waldarbeiter sich weigerten, diese Bäume zu fällen, wurden zunächst die „unbesetzten“ gefällt. Gegen 11 Uhr begannen die Bullen, zunächst drei Bäume mit Menschen drauf einfach umzuliegen. Dabei zog sich ein Mann eine Gehirnerschütterung zu. Als Protest laut wurde, wurden die Bäume nur angesägt und mit Seilwinden langsam zu Boden gelassen. Dabei wurden Personalien festgestellt und fotografiert. Gegen Mittag war der Platz geräumt.

Die Firmen, die den Wald abholzen, sind auch bekannt: Sägewerk Mayer, Bergen, 05051/8310, und G. Hilmer, Hermannsburg, 05052/2138. Nachmittags war erst rund ein Zehntel der vorgesehenen Fläche abgeholzt. Nach dem Abholzen soll eine Bohranlage von 60 Tonnen Gewicht mit einem 35 Meter hohen Klappmast errichtet werden, die dann rund um die Uhr zwei Monate lang bohrt. Schweinische, „erstaunlicherweise“ fast wörtlich übereinstimmende Kommentare zu der Aktion von „Heute“, ZDF, 10.9., 20 Uhr: „Bild“ vom 11.9., „Hamburger Abendblatt“ vom 11.9.: Die Umweltschützer hätten immerhin eins erreicht, daß nämlich vier Hektar statt einem abgeholzt werden müssen, aus Sicherheitsgründen. „Bild“: „Schützt die Natur vor solchen Umweltschützern“. „HA“: „Mephisto verkehrt. Ein Teil von jener Kraft, die stets das Gute will und oft das Böse schafft...“

Am Abend fand eine sehr erfolgreiche Demo durch Lüchow statt. Die 3-400 Demonstranten hatten gefällte Bäume und Äste von der Bohrstelle mitgebracht, die vor dem Kreistag, der den Tiefbohrungen zugestimmt hatte, unter der Parole: „Heute Bäume morgen wir“ abgelegt wurden.

Auf einer kurzen Kundgebung auf dem Marktplatz bekräftigte der Pressesprecher der BI-Lüchow-Dannenberg, J.Janning, noch einmal die Forderung: „Wir wollen kein integriertes Entsorgungszentrum in Gorleben noch an anderer Stelle“ und rief die WAA-Gegner zum bundesweiten Widerstand auf.

**Dienstag, 11.9.** Morgens um halb sechs wurden die ersten Sperren auf den Zufahrtsstraßen in Trebel, Gorleben und Gedelitz errichtet. Mit quergestellten Autos, Treckern und Baumstämmen waren die Straßen bald dicht. Der erste Blockadeerfolg konnte dann in Gedelitz verbucht werden. Sieben Laster beladen mit Hochofenschlacke zur Befestigung des Untergrundes der Bohrstelle, Kies und Baumaschinen mußten ohne BGS-Begleitung anhalten. In Minutenschnelle war die Luft aus den Reifen raus, einige Bremsleitungen „defekt“ und reichlich Erde und Zucker in den Tanks. Für die Fahrer des Konvois gab es einen Kasten Bier.

Ein Beifahrer eines Tiefladers gab später bei der Polizei eine Horrorgeschichte zum besten. Als er einige WAA-Gegner beim Zerschneiden weiterer Bremsleitungen hindern wollte, sei ein Stilleit plötzlich nicht mehr auf die Reifen, sondern auf ihn gerichtet gewesen. Und von „sechs kräftigen Kernkraftgegnern umringt, ... vom Täter die Waffe in die Rippen gedrückt“ soll ihm gedroht worden sein: „Wenn du rabiat wirst, werden wir es auch“ („FAZ“, 12.9.). Diese Story diene offenbar ausgezeichnet zur Aufhetzung der Bullen und des BGS, die kurze Zeit später „Rache“ nahmen. Der BBU hat in einer ausführlichen Stellungnahme diese Übergriffe geschildert: „Im Gegensatz zu den offiziellen Meldungen, wonach in Gorleben alles friedlich verlaufen sei, erreichte der Polizeieinsatz am Dienstag einen ersten Höhepunkt an Brutalität und Willkür. Über Polizeifunk war der Einsatzleitung freie Hand gegeben worden. Nachdem die Demonstranten die Straßensperren in Gedelitz bereits 30 Minuten verlassen hatten, erreichte die Polizei, überfallartig und ohne jeden Versuch einer Begründung wurden an der Straßensperre unbeteiligte PKWs aus Richtung Gorleben angehalten. Mit den Worten „der Spaß ist vorbei“, jetzt ist es aus mit euch“ und „ich hau dir eine rein“, wir räumen endgültig mit euch auf“, wurden die Insassen aus den Autos gerissen, wurde auf sie eingeknüttelt.

Einige Personen und Autos wurden in den Graben geworfen. Ein Reifen wurde zerstochen, ein Autofenster eingetreten, die Autoschlüssel ins Feld geworfen und Kabel unter dem Armaturenbrett herausgerissen. Es wurde versucht, ein Auto mithilfe eines Baumstammes umzukippen. Ein Autoinsasse wurde, obwohl er wehrlos im Graben lag, mit dem Gummiknüppel so verletzt, daß er ärztlich behandelt werden mußte. Er wird Strafantrag stellen. All das

Geschilderte fand unter Führung von Polizeioffizieren statt. Mit dem Einsatz hat die Polizei und der Bundesgrenzschutz die Auseinandersetzungen um die Tiefbohrungen in abenteuerlicher Weise verschärft.“

Die Gegendarstellung der Polizei dazu kann einen wahrhaft vor Mitleid rühren: „KKW-Gegner versuchten unmittelbar hinter der Ortschaft Gedelitz ... eine weitere Straßensperre zu errichten. Drei ihrer sechs Fahrzeuge hatten sie bereits quer zur Fahrbahn der Kreisstraße gestellt. Die anderen Kraftwagen wurden noch rangiert. Die mehrfache Aufforderung der inzwischen eingetroffenen 15 Polizeibeamten, das strafbare Tun zu unterlassen, wurde mit üblen Beschimpfungen und Bespucken der Schutzleute quittiert. Schnelles polizeiliches Handeln war notwendig, weil aus dem Sommercamp Verstärkung für die Störer zu erwarten war. Ein Zur-Seiteschieben der Fahrzeuge und der Versuch, leichtere Fahrzeuge wegzutragen, wurde durch ständiges Treten, Schlagen und Spucken vereitelt. Deshalb wurden einige der Kernkraftgegner aus ihren Fahrzeugen herausgezogen und die leeren PKW zur Seite gelenkt. Die etwa 15-20 Störer wurden ebenfalls zum Fahrbahnrand gedrückt, um anrollenden Lastwagen ein Passieren zu ermöglichen.“

Wenig später kam es zu einem weiteren Übergriff, offenbar von MEKlern, die sich aus einem weißen Mercedes heraus eine bekannte BI-Aktivistin griffen. Als diese wie am Spieß schrie, wurde es ihnen anscheinend zu brenzlich und sie ließen von ihr ab. Nach dieser ersten erfolgreichen Blockade fuhren ab sofort alle Transporte mit massivem Polizeischutz. So wurden bald darauf 3 Kiestransporter mit folgender städtischer Bewachung gesichtet: 2 BGS-Mannschaftswagen, 2 Polizeibullis, 2 Streifenwagen und ein ziviler Bullenwagen!

**Mittwoch, 12.9.:** Um sechs Uhr morgens wurde in Dannenberg eine Straßensperre mit Parkbänken und Blumenkübeln errichtet. Die Stimmung war ausgezeichnet. Da die Sperre mitten auf dem Marktplatz stand, waren alsbald zahlreiche Schaulustige anwesend, Schulkinder schaukelten die Schule, die Leute hingen in Massen in den Fenstern. Von Anfang an wurde ein in der Nacht erstelltes Flugblatt an die Bevölkerung verteilt, das über die Aktion aufklärte.

Kurze Zeit später kamen auch Tieflader an, die mit Kies und Stacheldraht beladen waren. Einige Bullen tauchten auf, die anfangs aber noch recht freundlich waren. Schließlich rückte eine Hundertschaft an, um sich daranzumachen, die 50 auf der Straße sitzenden WAA-Gegner abzuräumen.

Nach dreimaliger Aufforderung, sich aufzulösen, wurde abgeräumt. Teilweise wurden die Leute einfach weggeschleift, teilweise wurde mit Schlagstöcken und Fußtritten vorgegangen. Da viele versuchten, sich wie-

der hinzusetzen, wurde ein „Bullenring“ gebildet, aus dem nur diejenigen wieder herauskamen, die sich auswiesen. Die Laster fuhren dann unter massivem Polizeiaufgebot in Richtung Bohrstelle weiter.

Ebenfalls Mittwoch wurde bekannt, daß der Hölbecker SPD-Ratschherr H. Fenselau aus Protest gegen die WAA-Pläne der Bundesregierung sein Mandat niedergelegt und aus der SPD ausgetreten ist. In seiner Erklärung heißt es: „Aufgrund der Vorwissen um die hier im Raum Gorleben entstehenden Atomanlagen, die von den kommunalen Behörden und Gremien gar nicht zur Kenntnis genommen werden, und vor allem die Haltung eines großen Teils der Bevölkerung zu dieser Frage einfach ignoriert wird, sehe ich mich außerstande, mein Mandat als Ratschherr der Gemeinde weiterhin aufrechtzuerhalten und lege es hiermit nieder“.

Mittlerweile kam es auch zu zahlreichen Repressionen gegenüber der örtlichen Bevölkerung. Über dem Gelände von Bauer Wiese, auf dem gerade eines der Sommercamps stattfindet, kreisten BGS-Hubschrauber derart tief, daß ihm die Kühe durchgingen. Aus dem Ort Güstritz wurde bekannt, daß unter Androhung von 5000 DM Strafe die Leute aufgefordert wurden, ihre Gorleben-Plakate von den Scheunen und Hauswänden zu nehmen. Der BGS wollte auf dem Gelände des Bauern Wiese einen Mast zersägen, da er als Material für Straßensperren hätte dienen können. Erst der herbeigerufene Ortpolizist konnte den BGS vertreiben.

**Donnerstag, 13.9.:** Am frühen Morgen wurde wieder eine Blockade in Dannenberg versucht. 100-150 WAA-Gegner setzten sich auf die Straße und konnten auch zwei Schwerlaster eine halbe Stunde lang aufhalten. Dann rückte eine Hundertschaft Bullen an und räumte die Blockade ab.

**Freitag, 14.9.:** Bei verschiedenen Blockaden räumten die Demonstranten nach der dritten Aufforderung durch die Bullen selbst die Straße, um den brutalen Knüppelinsätzen der Vortage zu entgehen. In Lüchow entblödete sich ein Bulle nicht, dann mit „deutschem Gruß“ weiterzufahren.

In Wustrow raste ein Lastwagen-Konvoi in Begleitschutz von 8 Bullenwagen derart durch die Straßen, daß die Laster über die Bordsteine sprangen und am Ortsausgang anhalten mußten, weil sie die Kurve nicht gekriegt hatten. Aus den Autos spritzten Bullen Chemical Mace. Sofort wurde der Zug von Demonstranten blockiert. Nach Aufforderung durch den Bullenfunk sprangen die Bullen sofort aus dem Wagen, um zu räumen.

Kurz darauf kam es dann noch zum Zusammenstoß mit einem landwirtschaftlichen Fahrzeug. Das alles wohl gemerkt, obwohl die Lastwagen leer gewesen waren.



# „Was ist denn bloß aus uns geworden“

Lilo Wollnys Rede auf dem Bohrplatz ...

„Als wir vor einer Woche mit unseren Kindern und unserem Picknickkorb hier auf den Platz spaziert sind, stand da noch ein schöner grüner Wald. Und obgleich wir wußten, daß er nicht mehr lange stehen würde, fehlte es uns an Phantasie, uns vorzustellen, daß sich daran irgendetwas ändern könnte. Heute brauchen wir uns nur umzusehen, um es ganz genau zu wissen. Ich bin sehr froh, daß heute Bauern und auch Bürger sich zu uns gesellt haben, die wir am Montag vermisst haben. Wären sie wie wir dabei gewesen, dann hätten sie erlebt, wie hier nicht nur die Säge angesetzt wurde zum Kahlschlag an unseren Bäumen und unserer Heimat, sondern auch zum Kahlschlag an Menschenwürde und Demokratie.“

Nicht wir wollen diesem Staat an die Wurzel, dieser Staat zerstört sich selbst, wenn er weiterhin die Interessen seiner Bürger einseitig für die Interessen des Kapitals verrät.

Wir bejahen die demokratische Ordnung, so wie sie im Grundgesetz versprochen ist. Aber wir können keine demokratische Ordnung in der Art erkennen, wie Polizei und BGS gegen uns vorgehen. Was ist denn bloß schon jetzt aus uns geworden? Da sitzen bledere Hausfrauen beisammen und beraten die Vorbereitung des Picknicks und darüber, wie sie sich verhalten, falls sie verhaftet werden sollten. Stellt euch das bitte

mal richtig vor! Wir beraten allen Ernstes über unsere Verhaftung, mit der gleichen Selbstverständlichkeit, als wenn wir Kochrezepte austauschen. Wenn mir das jemand vor ein paar Jahren gesagt hätte, dann hätte ich ihn schallend ausgelacht.

Oder am Montag, als ich versuchte, mit einer Stange Erfrischungen zu den Leuten in den Bäumen hinaufzu-reichen und mir so ein Zwanzigjähri-ges Bürschchen mit den Worten: „Olle, scher' dich nach Hause“, mit der Hand ins Gesicht schlug; da mußte ich meinen Mann festhalten, damit er ihm nicht an den Kragen ging, weil hinter ihm zwei lachende Burschen mit ihren Spritzpistolen nur darauf warteten, daß er die Beherrschung ver-löre. In jedem anderen Fall wäre ich tödlich beleidigt gewesen, wenn er mich nicht verteidigt hätte. Es kostete ihn so viel Überwindung, daß ich ihn weinend zum Wagen bringen mußte.

Überhaupt habe ich noch nie so viele Frauen und Männer weinen sehen, wie am Montag. Und dann fährt man auf dem Rückweg durch Dörfer, in denen die Leute auf der Terasse sitzen und Kaffee trinken, als sei hier überhaupt nichts los. Was ist nur los mit diesen Leuten? Ich weiß, es ist schwer, den Schritt heraus zu tun aus der heilen gemü-tlichen Welt, aber die gibt es doch überhaupt nicht mehr! Die kann es

für uns hier nicht mehr geben!

Früher als wir haben dies alles an-scheinend unsere jungen Freunde er-kannt. Sie wollen doch nicht mehr, als ein lebenswertes Leben. Ein Leben in Freiheit. Genau das gleiche, was wir wollen für unsere Kinder und Enkel.

Ich weiß, manche stoßen sich an

ihrem Äußeren, aber wie anders sollen sie es denn zeigen, daß sie es Ernst meinen mit Konsumverzicht und einfachem Leben. Ich bin seit zwei Jahren ständig mit diesen „Cha-oten“ zusammen. Glaubt mir, wenn ich euch sage, mir ist noch keiner be-gegnet, der scharf wäre auf eine Schlacht mit der Staatsgewalt. Sie ha-

ben ebensoviel Angst, wie wir. Nur, sie haben eine ganze lange Zukunft vor sich, die sie verteidigen wollen.

Ich bitte euch alle: geht aufeinan-der zu und lernt euch besser kennen. Gemeinsam sind wir stark. Dann kön-nen wir sagen: Auch wenn die Bäume sterben, Gorleben wird leben.“



## Für eine Großaktion in Gorleben!

Am kommenden Wochenende wird die Bundeskonferenz der westdeut-schen AKW-Gegner insbesondere zu entscheiden haben, ob, wie geplant, eine Großaktion in Gorleben statt-finden soll.

Auf der vergangenen Bundeskon-ferenz war beschlossen worden, bei Beginn der Tiefbohrungen eine Groß-aktion in Gorleben unmittelbar vor-zubereiten. Die für den 14.10. in Bonn geplante Großaktion sollte im Fall von Tiefbohrungen verschoben werden.

Da sich für Bonn ein breites Bünd-nis gebildet hat, wie es bislang noch nicht dagewesen ist und auch interna-tional dafür mobilisiert werden soll, gibt es starke Kräfte, die – entgegen dem Göttinger Beschluß – an dem Datum für die Bonner Demonstration festhalten wollen. Darunter sind auch linke Kräfte, die eine Verschlebung nicht mehr für realistisch halten und die den Druck bestimmter Kreise des Bündnisses bzw. um die Einheit in der Bewegung fürchten. Zu Recht meinen wir, denn im Bonner Bündnis sind auch politische Kreise vertreten, die bislang auf keinen Fall bereit waren, sich an einer Aktion am Bau-platzgelände zu beteiligen, wenn Auseinandersetzungen mit der Polizei nicht auszuschließen sind. Das trifft vor allem für die DKP zu, die ledig-lich bei der Spaltung für Itzehoe vorneweg marschierte und dann auch in Hannover zumindest vertreten war. Das trifft z.B. auch zu für den Bundesvorstand der Jusos, der zwar immer wieder seine Unterstützung für die BI-Bewegung verkündet hat, al-lerdings immer wieder gerne Ver-schriften für solche Aktionen machen möchte. Witzigerweise befindet sich diesmal auch die sonst gern verbal-radikale „KPD“ im Bündnis derjen-igen, die den Beschluß für die Gorle-ben-Großaktion haben fallen lassen.

Natürlich treten auch wir wei-terhin für eine Großdemonstration in Bonn ein; nicht umsonst gehörten

wir zu denjenigen, die sich für die Aktion eingesetzt hatten. Allerdings plädieren wir dafür, wie vereinbart, auch eine Großaktion in Gorleben durchzuführen.

Selbstverständlich wollen wir das Bündnis auch mit denjenigen Kräf-ten, die nicht bereit sind, vor Ort mitzudemonstrieren, sei es aus an-deren politischen Erwägungen, sei es, weil sie die Gefahr der Konfrontation mit der Polizei von vorneherein für zu hoch halten.

Allerdings sind wir der Meinung, daß angesichts des Beginns der Tief-bohrungen vor allem die örtliche Bevölkerung, die schon längst in großer Mehrheit ihre Ablehnung der Atomanlagen bekundet hat, und die unter ständigem Druck und Ein-schüchterung der Polizei und BGS steht, der dringenden direkten Unter-stützung aller AKW-Gegner bedarf. Wir sollten die Befürworter der Bon-ner Demonstration daher auch fra-gen, wie sie gedenken, aktiv den Wi-derstand vor Ort zu unterstützen. Es dürfte kein Zufall sein, daß der Groß-teil der exponierten Bonn-Befürwor-ter sich dazu noch nicht geäußert hat.

Wir sind nach wie vor der Meinung, daß eine gemeinsame Großaktion mit den örtlichen WAA-Gegnern und der gesamten Bewegung der BRD wesent-lich dazu beitragen könnte, dem Kli-ma der Einschüchterung und der Aus-breitung des Atomstaats im Land-kreis einen Stoß zu versetzen. Gerade der gemeinsame Widerstand aller AKW-Gegner gegen die WAA war es, der Albrecht ein erstes Zugeständnis abgerungen hat (verbaler Verzicht auf die WAA), das mithilfe der Tief-bohrungen und dem Baubeginn in Gorleben wieder zunichte gemacht werden soll. Wir sollten alles tun, um auch die BI Lüchow-Dannenberg, die bisher immer noch zögert, zum Auf-ruf für eine solche Großaktion zu ermuntern.

Anti-AKW-Kommission

## Gorleben Aktionen in verschiedenen Städten

Oldenburg. Es fand eine Demonstration statt, an der sich ca. 100 Leute beteiligten. Angekündigt war als Ab-schluß die Besetzung des Schienen-stranges der Strecke Oldenburg-Bre-men. Dadurch war die Bundesbahn in der Lage, die Strecke zu sichern, so daß in dieser Zeit kein Zugverkehr stattfand. Zehn Minuten vor dem an-gekündigten Ende der Besetzung, nach 50 Minuten, wurden die De-monstranten durch Bahnpolizei unter Einsatz von Chemical Mace und Hundstagen auseinandergetrieben. 30 Atomgegner wurden festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Ein AKW-Gegner liegt mit einem Hundebiß im Krankenhaus.

Bremen. In Bremen führten 500 Leu-te eine Fahrraddemo durch. Auf dem Bremer Marktplatz entfernten sie ei-nen Teil des Pflasters, um dafür Bäume einzupflanzen.

Hannover. Am Mittwoch zogen Mit-glieder verschiedener hannoveraner BIs in den Stadtwald. Hier begannen sie mit den Vorbereitungen für die Einrichtungen einer Tiefbohrstelle „Gorleben-Süd“. Selbstverständlich mußten dazu 4 ha Stadtwald einge-zäunt und Teile der Zufahrtsstraße abgesperrt werden. Diese Aktion erregte einiges Aufsehen bei Passanten und Autofahrern. Später folgte noch eine spontane Demo durch die Fußgängerzone der Innen-stadt.

Münster. 150 Teilnehmer einer De-monstration pflanzten in der Innen-stadt einen Baum. Leider wurde die-ser später wieder entfernt.

Bonn. Aus Protest gegen die Tief-bohrungen versuchten 35 AKW-Gegner die Remigiuskirche zu besetzen. Der Pfarrer fühlte sich jedoch über-gangen, weil man ihn nicht gefragt hatte. Die durch einen Spitzel ge-holte Polizei schickte er zwar wieder weg, stellte aber das Ultimatum, die Kirche bis 19 Uhr zu verlassen. Die Mehrheit der Besetzer entschied sich für Räumung der Kirche. Fünf von ihnen blieben nach der Räumung je-doch da. Sie wurden von der Polizei in der Kirche festgenommen und zum Präsidium gebracht. Dort wur-den sie drei Stunden festgehalten und erkennungsdienstlich behandelt. Nun droht ihnen ein Verfahren we-gen „Hausfriedensbruchs, Verstoß ge-gen das Versammlungsgesetz und Wi-derstand gegen die Staatsgewalt“.

Westberlin. Am Samstag demonstrier-

ten ca. 4.5000 Leute gegen den Beginn der Tiefbohrungen. Im Demo-Zug wurde ein „Plutonium-Lind-wurm“ mitgetragen. Vor dem Cafe Krantzler in der Innenstadt erfolgte eine Katastrophen-Alarmübung. Eine Sirene ertönte und über Lautsprecher wurden Verhaltensregeln aus dem Katastrophenschutzplan verlesen, denen die Demonstranten Folge lei-steten. Für die einkaufenden Passan-ten sicherlich ein schöner Anschau-ungsunterricht. Für den Sonntag Morgen ist eine Einzäunung im Grün-wald vereinbart worden.

Trier. Einige AKW-Gegner besetzten nach Bekanntwerden des Bohrbe-ginns das Römergebäude Porta Nigra. Hamburg. Bereits am Mittwoch de-monstrieren rund 2000 AKW-Gegner durch die Innenstadt. Aufgerufen hatten die Bunte Liste und die BUU.



## Barsebäcks-Marsch



Am 8.9. fand zum 4. Mal der Barse-bäcksmarsch statt, die im Herbst stattfindende nationale Großdemon-stration der nordischen Atomkraft-gegner von und zum AKW Barsebäck in Südschweden, an der Küste des Öresundes, gerade gegenüber von Kopenhagen.

In diesem Jahr hatte der veran-staltende Miljöförbund sich für eine Route vom AKW in die nächstlie-gende größere Stadt Lund ent-schieden – auch um zu verdeutlichen, welchen Weg eine radioaktive Wolke nehmen könnte und welche Orte un-mittelbar betroffen sein werden.

Die seit dem Frühjahr für eine Volksabstimmung arbeitende Volks-kampagne gegen Atomkraft war an der Vorbereitung der Demonstration ebenfalls beteiligt. In dieser Volks-kampagne sind neben zahlreichen Gruppen (u.a. der Miljöförbund) und Einzelpersonen auch zwei Reichstags-parteien (Centern und VPK) ver-treten. Diesen ist es im Zuge der jetzt am Wochenende stattfindenden Wahlen zum schwedischen Parlament offenbar gelungen, die inhaltliche Richtung der Volkskampagne zu ver-

ändern. Das heißt, daß nur noch auf die im März stattfindende Volksab-stimmung hin orientiert werden soll, daß die führenden Positionen von Parteimitgliedern oder Anhängern übernommen wurden und daß als Nein-Alternative sich eine Forderung nach Abwicklungsplänen im Zeit-raum von 10 Jahren durchsetzen konnte. Folgerichtig wurde die „Volkskampagne gegen Atomkraft“ dann auch in „Volkskampagne Nein zur Kernkraft“ umbenannt.

In diesem Sinn sollen auch die Demonstration, Haupttransparente und Parolen beeinflusst werden. Dies war ein Grund für die dänische OOA, zum diesjährigen Barsebäcksmarsch nicht zu mobilisieren. Im Demon-strationszug, der in zehn Einzelzüge aufgliedert war, dominierten aller-dings die Parolen und Transparente eindeutig, die einen sofortigen Stop von Barsebäck forderten.

Viel Phantasie hatten die Teil-nehmer auf die Herstellung ihrer Transparente verwendet, dort gab es z.B. eine ganze Reihe von schönen Stoff-Kollagen und Stickbildern mit Parolen. Am Rande der Demon-

tion spielten immer wieder Musik-gruppen nordische Spielmannslieder, eine sehr angenehme Aufmunterung, denn schließlich war die zu bewältigende Strecke 25 km lang und der Marsch dauerte von 9 Uhr mor-gens bis ca. 19 Uhr (Pflaster gab es auch zu kaufen!).

Obwohl nach der Sommerpause nur ein Monat für die Mobilisierung Zeit gewesen war, sind die Teilneh-merzahlen beachtlich. Die Polizei und ausnahmslos die schwedische Presse sprach von 11.000 Teilneh-mern, Radio, Fernsehen und die De-monstrationsleitung sprachen von 15.000 bis 19.000.

Kilometerweit war an diesem Tag zu hören: VAD SKA VÄCK? – BARSEBÄCK! (Was soll weg?) VAD SKA IN? – SOL OCH VIND! (Was wollen wir? Sonne und Wind!) und vor allem:

WIR WERDEN NICHT LOCKER LASSEN KEINE ÖRE FÜR DAS ATOMKAPITAL. STOPPA BARSEBÄCK NU! Skandinavienkommission





## SPD-Parteitag und Atomenergie:

Während Willy Brandt in presserwirksamen Schaukämpfen mit Graf Lambsdorff den unentschlossenen Liberalen in Sachen Atomenergie spielt („beide Seiten haben Gewichtiges vorzubringen“, so W.B. auf dem Nürnberger AFA-Kongreß), um der SPD das Image einer offen und frei diskutierenden Partei zu geben, wird intern mit harten Bandagen gekämpft und an den Weichen für den Parteitag gestellt.

Eine besondere Aufgabe dabei hatte in den letzten Wochen die Ehmke-Kommission, ein Gremium aus 14 Mitgliedern, in dem außer Ehmke, Hauff und einigen anderen Pro-Atom Scharfmachern die Atomkritiker Eppler, Ueberhorst und Schäfer vertreten sind, sozusagen als profilierte „Repräsentanten“ der sozialdemokratischen AKW-Gegner. Der Auftrag dieser Kommission lautet offiziell, bis zum Oktober einen kompromißfähigen Leitartikel für den SPD-Parteitag zu formulieren. Daß es allerdings nicht um einen wirklichen Kompromiß geht, zeigen schon Aussprüche und Vorgehen des Kommissionsvorsitzenden Ehmke. „Die Grundlage von Hamburg ist unverändert meine Position. (...) Wenn man, wie ich, nach vier vor dem Ergebnis kommt, man kann in den nächsten 20 Jahren nicht völlig auf Kernenergie verzichten, auch wenn man's gerne will, dann stehen wir vor der Notwendigkeit, Zwischenlager zu errichten“ (aus dem Ehmke-Interview im „Spiegel“, 13.8.). Das bedeutet also, daß der Parteitagbeschuß von 1977 in der Entsorgungsfrage noch weiter aufgeweicht werden soll, um den Weg für einen forcierten Ausbau der AKWs freizubekommen.

Außerdem lancierte Ehmke einen Zwischenbericht der Kommission in die Presse, der von ihm alleine erstellt war und selbst die gebremste Atomkritik von Eppler und Co. unter den Tisch fallen ließ. Scharfe Proteste von Jusos und Eppler konnten auch nicht mehr verhindern, daß Ehmke mit diesem Schachzug in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckt hatte, als hätten die AKW-Gegner in der SPD schon ausgespielt.

### AKW-Gegner unter Beschuß

Mit solchen und anderen Mafia-Methoden wird schon seit geraumer Zeit versucht, das Terrain der AKW-Gegner in der SPD einzuengen. Hatten diese in den Wochen nach Harrisburg zwar einen erheblichen Auftrieb bekommen, kündigte sich schon bald der harte Gegenkurs an. Knapp einen Monat nach der Katastrophe in Pennsylvania hieß es in einem „FAZ“-Kommentar: „Aber die Konfrontation (in der SPD) in der Frage der Kernenergie, die jetzt heraufzieht, wird wohl alles bisherige übertreffen (...) Er (Schmidt) hat geschwiegen, zu oft geschwiegen, weil er die Stimmung in seiner Partei kannte (...) Jetzt aber steuert alles auf eine Kraftprobe zu. Der Kanzler wird daran gemessen werden, wie er sie besteht.“ („FAZ“, 28.4.).

— Der Schock von Harrisburg saß noch allen in den Gliedern — da hielt Helmut Schmidt schon auf der europäischen Nuklear-Konferenz „Forum 79“ eine flammende Rede für die Atomenergie. Rief das auch scharfe Proteste des Juso-Bundesvorstands hervor, faßte der „Spiegel“ am 18.6. zusammen: „Zehn Wochen nach Harrisburg haben sich die Befürworter der Kernenergie zum Gegenanschlag formiert (...) Mit einer Politik des Alles oder Nichts will Helmut Schmidt die Koalition auf ein Ja zur Kernenergie festlegen. Die Widersacher sollen mit Rücktrittsdrohungen auf Kanzlerlinie gebracht werden.“

### Die Fronten werden eröffnet

Vor dem Hintergrund der sogenannten „Ölkrise“, durch die gezielt die Existenzängste der Bevölkerung geschürt wurde, fiel es der SPD-Führung besonders leicht, auf jede, wenn auch noch so zaghafte, Anti-Atom-Position einzuknüpfeln. Wie systematisch das betrieben wurde, sollen zwei Beispiele zeigen:

— Am 15. Juli stimmte der Landesparteitag der SPD/Baden-Württemberg mehrheitlich für die Eppler-Thesen, die u.a. einen vierjährigen Baustopp vorsehen. Am Tag danach

erklärte bereits der Sprecher der IG Bergbau und Energie, Horst Niggemeier (Beiratsmitglied des Energiekonzerns VEW, stellv. Aufsichtsratsvorsitzender der Bayerischen Braunkohle AG, Mitglied des SPD-Landesvorstands NRW, Oberbürgermeister in Datteln, Mitglied des WDR-Rundfunkrates und außerdem bekannt für seine guten Beziehungen zum Verfassungsschutz): „Es muß vermutet werden, daß Erhard Eppler mit seinen Thesen unter den Gewerkschaftern nicht allzuviel Freunde gewinnen kann“ („Welt“, 17.7.). Die Zeitung der IG Bergbau, „Einheit“ (Chefredakteur: Horst Niggemeier) veröffentlichte dazu eine „Analyse“ des Essener SPD-MdB Reuschenbach, in der den Eppler-Thesen widersprochen wird. Am selben Wochenende meldete sich auch DGB-Chef Vetter zu Wort: „Wir kommen um mehrerer Dinge willen an der Kernkraft nicht vorbei“ („Welt“, 17.7.).

— Am 18. Juli verschickte der Juso-Bundesvorstand eine Materialmappe an alle Juso-Bezirke, in der neben anderen Anti-Atom-Materialien der Aufruf zur Bonn-Demo am 14. Oktober und ein Text für eine Unterschriften-Sammlung (für Baustopp und Stilllegung aller AKWs) enthalten war. Bis zum Bundesparteitag soll damit speziell unter Parteimitgliedern gesammelt werden. Mit diesen Materialien bezweckt der Juso-Vorstand — lobenswerterweise — eine systematische Vorbereitung des Parteitags. Offenbar sollen die Beschlüsse diesmal nicht nur den Mausechelen in der SPD-Führung überlassen bleiben, sondern es soll eine möglichst breite Mobilisierung der Parteibasis erreicht werden.

Schon einen Tag später übertraf sich die Pro-Atom-Mafia in der SPD-Spitze gegenseitig: Der SPD-Vorstand protestierte scharf gegen den Demonstrationaufruf und Niggemeier holte zum Gegenanschlag aus: „Jede verweigerte Unterschrift zur Juso-Aktion ist eine Stärkung der Position des sozialdemokratischen Bundeskanzlers Helmut Schmidt für die kommenden Wahlkampfausinandersetzungen mit Franz Josef Strauß“ („Welt“, 20.7.).

Diesem Boykottaufruf fügte er noch hinzu, eine Forderung der Jusos nach Stilllegung aller AKWs führe die SPD „zwangsläufig“ in eine „unerträgliche Konfliktsituation zu den gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern“ („Passauer Neue Presse“, 20.7.).

Die „organisierten Arbeitnehmer“ in Niggemeiers Umgebung schienen das auch plötzlich zu spüren, denn kurz darauf hagelte es von dieser Seite öffentliche Erklärungen: der DGB-Kreisvorsitzende („...die geradezu abenteuerliche Anti-Kernenergie-Unterschriften-Aktion der Jungsozialisten...“), die SPD-Betriebsgruppe Vestische Straßenbahnen („...erklären wir, daß sich der Unterbezirksvorstand umgehend gegen diese Absichten zur Wehr setzt ... Wir werden unsere parteipolitischen Freunde in der Betriebsgruppe auffordern, keine Unterschriften zu leisten...“) und die ÖTV-Kreisverwaltung („...Wir müssen gewerkschaftlicherseits größte Bedenken anmelden, wenn sich die SPD auf den von den Jungsozialisten geforderten energiepolitischen Kurs festlegen lassen würde“ (nach „TAZ“, 10.9.).

Während so jede Vorbereitung der AKW-Gegner in der SPD für den Parteitag als „parteischädigend“ diffamiert und abgewürgt werden soll, setzt die Gegenseite alle Mittel ein, um ihre Position durchzusetzen und das „Roll back“ bis zum Dezember zu schaffen:

• Am 14. August veröffentlichte Forschungsminister Hauff eine „Deutsche Risikostudie“, in der die Risiken der Atomtechnologie dermaßen verharmlost werden, daß weder KWU noch CDU/CSU umhin konnten, ihre einhellige Begeisterung auszudrücken.

• „Zufällig“ am selben Tag trat ein bisher unbekanntes Mitglied der nordrhein-westfälischen Niggemeier-Mafia auf die Bühne: Ulrich Steger, SPD-MdB, meint, daß in der Bundesrepublik bis zum Jahre 2010 mindestens 30 (in Worten: dreißig!) AKWs vom Biblis-Typ (1.300 MW) gebaut werden müßten, d.h. konkret: jedes Jahr ein neues AKW. Nach seinen „Berech-

nungen“ füllen diese AKWs dann gerade den angeblich bestehenden „Energie-Restbedarf“. Mit dieser Begründung bewegt sich Steger sogar im Rahmen der Hamburger SPD-Parteitagbeschlüsse von 1977 — weshalb es ihm auch reichen würde, im Dezember diesen Beschuß zu erneuern.

• Geschickt „getimt“ wurde auch die Veröffentlichung des Strahlenbelastungs-Berichts über das Jahr 1977 (!). Offenbar für einen günstigen Zeitpunkt aufgehoben, enthält er natürlich nur „beruhigende“ Informationen.

Diese ganze, offenbar wohl durchdachte und systematisch entwickelte Pro-Atom-Strategie der SPD-Führung bezieht auch offensichtlich den SPD-„Grünen“ Eppler wieder mit ein. Eppler hatte vor dem letzten SPD-Parteitag lauthals Atomverzichtsparolen verkündet, um dann Arm in Arm mit Helmut Schmidt den Pro-Atom-Beschluß auf dem Parteitag durchzudrücken. Auch jetzt hat Eppler bereits erklärt, daß er selbstverständlich den Antrag seiner Landespartei (auf ein vierjähriges Moratorium) nicht beim Bundesparteitag einbringen wolle.

Prompt wurde inzwischen Epplers rechte Hand, Huonker, als zukünftiger Kanzleramtsminister Helmut Schmidts vorgestellt. Schon jetzt liegt fest — Parteidiskussionen in der SPD hin oder her, daß die Bundesregierung den Bau neuer AKWs durchziehen wird. In der Presse (s. „FAZ“, 31.8.79) war bereits zu lesen, daß die Ministerpräsidenten der Länder zusammen mit der Bundesregierung bereits Ende September den Bau neuer AKWs verkünden wollen. Die geplanten Trocken- und Zwischenlager und die Lieferung abgebrannter Elemente nach Frankreich würden schon für die Entsorgung des Atomabfalls ausreichen.

Doch der Widerstand der AKW-Gegner bis in die Reihen der SPD hinein könnte den Atompropheten erneut wieder einen Strich durch die Rechnung machen.

KB/Gruppe Nürnberg

## SPD Schleswig-Holstein:

# Mehrheit für Stilllegung von AKWs?

Der schleswig-holsteinische Landesverband scheint in der Kernenergiefrage gespalten. Im Rahmen der Vorbereitung des Landesparteitags Anfang Oktober kam es im Landesvorstand sowie auf mehreren Kreisparteitagen zu Kampfabbestimmungen. Damit spielt sich der Konflikt in diesem Landesverband, der gerade in der Kernenergiefrage als der oppositionelle Verband der Bundespartei gilt, erstmalig nicht zwischen den offenen AKW-Befürwortern der DGB-Mafia um Hans Schwalbach und dem „linken“ Landesvorstand ab, sondern zwischen dem Landesvorsitzenden Jansen und dem Fraktionsführer Matthiesen. Jansens Konzeption, die erstmalig auf dem ASF-Landeskongreß am 1.9. vorgetragen wurde, fand anschließend auf der Landesvorstandssitzung eine Mehrheit (7 : 4). Die Vorstandsmehrheit fordert die schrittweise Stilllegung sämtlicher AKWs und den Verzicht auf den Bau weiterer Kernkraftwerke; im einzelnen:

„1. Der Bau neuer Kernkraftwerke ist vom Bedarf her überflüssig, mit der ungeklärten Entsorgungsfrage ohnehin nicht verantwortbar und vom wachsenden Risiko her nicht akzeptabel. Auf die Errichtung weiterer Kernkraftwerke wird deshalb verzichtet.“

2. Nukleartechnische Anlagen werden nicht exportiert. Die Entwicklung, Förderung und Nutzung umweltverträglicher Energietechniken schafft nicht nur durch die erhöhte Binnennachfrage neue Arbeitsplätze, sondern sichert sie auch unter Exportgesichtspunkten.

3. Für alle in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke ist eine Stilllegungsplanung vorzulegen, die nach dem politisch gewollten Verzicht auf den Zubau neuer Kernkraftwerke auch den schrittweisen Verzicht auf den Betrieb vorhandener Kernkraftwerke ermöglicht. Der schrittweise Übergang ist erforderlich, um dem Gesichtspunkt der ständigen Versorgungssicherheit gerecht zu werden. Dabei muß der Sicherheitsfrage höchste Bedeutung beigemessen werden.

4. Die Kapazität der Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente ergibt sich aus dem Umfang der für eine Übergangszeit noch betriebenen Kernkraftwerke. Darüber hinaus dürfen keine Zwischenlager errichtet werden.

5. Für die frühestens in zehn Jahren mögliche Entscheidung über die Real-

sierung eines bestimmten Entsorgungskonzepts sind durch intensive Forschungs- und Entwicklungsarbeiten alternative Konzepte zu entwickeln, die eine Wiederaufarbeitungstechnik erübrigen... Eine funktionierende Entsorgung wird — wenn überhaupt — nicht vor dem Jahr 2000 zur Verfügung stehen.

6. Aufgrund dieser Entsorgungslage können in Bau befindliche Kernkraftwerke keine Betriebsgenehmigung erhalten.

7. Der Schnelle Brüter in Kalkar darf nach heutigen Erkenntnissen auch zu Forschungszwecken nicht in Betrieb genommen werden...

Bezogen auf Schleswig-Holstein wird gefordert:

„a) Das geplante Kernkraftwerk Brokdorf wird nicht gebaut.“

b) Das Kernkraftwerk Brunsbüttel darf im Rahmen der Auslaufplanung nur dann wieder in Betrieb genommen werden, wenn eine weitere Gefährdung der Umwelt durch Störfälle bzw. durch Immissionen ausgeschlossen werden kann.

c) Das in Bau befindliche Kernkraftwerk Krümmel erhält keine Betriebsgenehmigung, weil eine sicherheitstechnisch unbedenkliche und praktikable Lösung für die Entsorgung nicht gewährleistet ist.“

Vor dem Landesvorstandsschuß hatte Jansen bereits scharf gegen die Verdummungskampagnen von AKW-Betreibern und Politikern Stellung bezogen, in diesem Zusammenhang aber auch die Möglichkeit einer Volksabstimmung verworfen: „Im Klartext: der vorsichtigsten und manipulierten Studie über die Unfallrisiken bei Kernkraftwerken mit 14.000 Sofort-Toten und 300.000 Folge-Toten.“

Ob für oder gegen Kernkraft, gestorben wird gemeinsam! Mehrheitsentscheidungen gegen das Leben einzelner Menschen aber sieht unsere Verfassung nicht vor. Ich weiß, daß ich mit dieser Argumentation auch Volksabstimmungen über die Kernkraft ad absurdum führe. Zumindest heute und hier. Heute, weil das immer verniedlichte Restrisiko bei der Kernspaltung eben immer noch das totale Risiko einer nuklearen Katastrophe beinhaltet und hier, weil ungleicher und unsicherer als zum Beispiel in Österreich oder Schweden in der Bundesrepublik Meinung zum Thema

Kernkraft gemacht wird. Eine Woche nach Harrisburg sähe das Ergebnis einer Volksabstimmung anders aus als eine Woche nach einer saftigen Ölpreiserhöhung... Ich bekenne offen: Ich hätte Angst vor einer Volksabstimmung über die Kernkraft in der Bundesrepublik. Nicht, weil unsere Argumente so schlecht wären, sondern weil der Propaganda-Feldzug für die Kernenergie in dem Maße an Wucht und Primitivität zugenommen hat, in dem die Anwendbarkeit der Kernenergie zweifelhafter denn je geworden ist. Energieunternehmen, BILD-Zeitung, CDU-Politiker und manchmal auch Sozialliberale malen ein Schreckensgemälde in Öl vom friedlichen Deutschen, der ohne Eis-schrank und Auto in den 90er Jahren sein fernsehloses Dasein fristet, weil ein paar ökologische Traumtänzer die Stromversorgung der Bundesrepublik wegdemonstrieren haben“ (Rede auf dem Kreisparteitag Schleswig-Flensburg, 1.9.79).

Matthiesen und der Bundestagsabgeordnete Überhorst forderten demgegenüber, die „Option Kernenergie offenzuhalten“ („Kieler Nachrichten“, 4.9.). Matthiesen gab außerdem vor, „daß bei den energiepolitischen Zielsetzungen des Landesverbandes zwar durchaus Einigkeit bestehe. Meinungsunterschiede gebe es allerdings darüber, wie das Ziel eines schrittweisen Ausstiegs aus der Kernenergie vollzogen werden könne“. Der Mehrheitsbeschuß des Landesvorstands würde „zur Folge haben, daß wir in den nächsten Jahren selbst bei einer geringen Zuwachssteigerung im Energieverbrauch in konkrete Schwierigkeiten in der Energieversorgung kommen...“ Unter Hinweis auf die angeblich drohende Energieverknappung in Schleswig-Holstein forderte er: „Unter diesen Gesichtspunkten kann es landespolitisch keine verantwortliche Position geben, die in Bezug auf Krümmel nicht mindestens neben den sicherheitspolitischen Bedenken gegen die Inbetriebnahme auch die versorgungspolitische Notwendigkeit des in Krümmel zu erzeugenden Stroms für Schleswig-Holstein betont... In der vom Landesvorstand beschlossenen Fassung bedeute der Antrag die Preisgabe der energiepolitischen Regierungsfähigkeit“ („Flensburger Tageblatt“, 5.9.). Matthiesen kündigte an, noch vor dem Landesparteitag eine Veränderung des Be-

schlusses herbeiführen zu wollen.

Der von der Landesvorstandsmehrheit vorgelegte Antrag geht über die Beschlüsse der letzten Landesparteitage hinaus. So wurde auf dem Landesparteitag im Dezember letzten Jahres noch ein Antrag, der die Verweigerung der Betriebsgenehmigung für Krümmel forderte, mit großer Mehrheit, u.a. durch die Fürsprache Jansens, abgelehnt. Eine Ablehnung des Schnellen Brüters war erst beschlossen worden, nachdem die Bundestagsabstimmung bereits gelaufen war. Der jetzt gefaßte Vorstandsbeschuß knüpft aber an einer Resolution an, die vor den Landtagswahlen im April von den Jusos und 11 Landtagskandidaten vorgelegt wurde. In dieser Resolution wird verlangt, daß eine mögliche SPD-Landesregierung die Forderung nach Stilllegung aller AKWs unterstützt, auf Schleswig-Holstein bezogen, garantiert, daß das AKW Brok-

Kirchenchefs an Rhein und Ruhr

## Fürchtet euch nicht! Kernkraft? — Ja bitte!

„Die Kernenergie muß in den kommenden Jahren weiterhin stetig zu Elektrizitätserzeugung genutzt werden. Sie muß forciert weiter daheim entwickelt werden, daß sie auch zur Herstellung von Kraftstoffen und Gas aus Kohle herangezogen werden kann.“ So können seit dem 13.9. Christen in der Denkschrift der Rhein-Ruhr-Stiftung lesen. Verfasser dieser Schrift sind nicht etwa die KWU oder das RWE, sondern man lese und staune: Präses Karl Immer, Chef der Evangelischen Landeskirche im Rheinland und Bischof Franz Hengstbach, Chef der Katholischen Kirche im Ruhrgebiet — besonders berüchtigt durch seine Angriffe und Machenschaften gegen die „Theologie der Befreiung“. Nie hat der Klerus es bisher deutlicher gesagt: „Es ist unsere Legitimation, daß wir Männer der Kirchen uns nicht nur um die Menschen im Glauben, sondern auch um die Technik kümmern“. Das heißt auf gut deutsch: Wenn's den Kapitalisten an den Kragen geht? Scheiß was auf Glauben!

Mit welch schmutzigen, ekelhaften Begründungen diese beiden Kirchenfürsten aufwarten, zeigt sich z.B.

dorf nicht gebaut, Krümmel nicht in Betrieb genommen und das AKW Brunsbüttel endgültig abgeschaltet wird.

Für den nächsten Landesparteitag deuten sich ausgesprochen scharfe Kampfabbestimmungen an. In den Kreisen Segeberg, Stormarn und Dithmarschen wurde der Beschluß der Vorstandsmehrheit angenommen, z.T. aber mit ausgesprochen knappen Mehrheiten. Der Kreisparteitag Nordfriesland übernahm demgegenüber die Matthiesen-Konzeption, „daß die Option sowohl auf einen Verzicht auf Kernenergie als auch auf ihre Nutzung offengehalten wird“ („Husumer Nachrichten“, 3.9.). Auch wenn sich die DGB-Führer in der aktuellen Auseinandersetzung bemerkenswert zurückhalten, kann sich Matthiesen doch der Unterstützung durch den Atomfils gewiß sein.

daran, daß Bischof Hengstbach, Hauptwidersacher der fortschrittlichen lateinamerikanischen Kirchen, seine Option für Atomkraft mit „Rücksichtnahme auf die Dritte Welt“ begründet. Es ist mehr als eine Zumutung, wenn Präses Immer erklärt: „Angst kann durch Information abgebaut werden, dieses haben wir uns vorgenommen. Jetzt ist die Zeit reif, daß der einzelne Flaggge zeigen muß, — nicht nur die Männer der Kirche.“ Genau hierzu rufen wir alle christlichen AKW-Gegner auf. Es geht nicht an, daß die Kirchenfürsten sich ungestraft über „ihre“ Christen und Gemeindeglieder hinwegsetzen und Lebensbedrohung nicht nur dulden, sondern auch noch ausdrücklich befürworten. Wir fordern daher alle fortschrittlichen Christen auf, gerade angesichts der in Kürze stattfindenden Großdemonstration gegen die WAA-Gorleben und das Atomprogramm dieses widerliche Machwerk der „Kirchenfürsten“ nicht unwidersprochen stehen zu lassen und es gerade jetzt erst recht zum Anlaß zu nehmen, noch stärker als bisher den Widerstand gegen die Atommafia zu organisieren.

Kirchenkommission







# Georg Leber

## — Ein Noske der Gewerkschaftsbewegung

### Über die Kommunistensäuberung in der IG Bau Steine Erden

Ein denkwürdiges Dokument wird auf der Frankfurter Buchmesse vorgestellt werden. Georg Leber, vor wenigen Tagen zum Bundestagsvizepräsidenten gewählt, seit 1957 Bundestagsabgeordneter der SPD, bringt ein Buch auf den Markt: „Vom Frieden“ soll es heißen, 36 DM kosten und im rechten, CSU-nahen Seewald-Verlag in Stuttgart erscheinen. Ein Kapitel dieses Buches ist dem Thema „Kampf der Gewerkschaften gegen die Kommunisten“ gewidmet. Der großbürgerlichen Zeitung „Frankfurter Allgemeine“ erschien es so wichtig, daß sie dieses Kapitel vorabdruckte, „weil es zeigt, daß die Gewerkschaftsbewegung eine Krise überstehen kann, wenn ihre Führung die sogenannte Basis richtig einschätzt und ihrem Urteil vertraut“ (FAZ, 22.8.79). Wenn bürgerliche Journalisten feststellen, das Buch beweise, daß „der DGB schon vor 25 Jahren die gleichen Probleme mit den Kommunisten hatte, wie heute“ (Weser-Kurier, 11.9.79), dann ist der aktuelle Bezug zu innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen durchaus richtig angegeben und es kommt nicht von ungefähr, daß den Erinnerungen des Antikommunisten Leber so viel Bedeutung beigemessen wird.

Die neue Welle antikommunistischer Ausrichtung im DGB, die Vorbereitung einer Säuberung des DGB auch von DKP-Anhängern (nach den Unvereinbarkeitsbeschlüssen gegen die „K-Gruppen“) — erste Maßnahmen sind bereits ergriffen — läßt es auch uns für ratsam erscheinen, auf die Erfahrungen mit der antikommunistischen Säuberungswelle in den Gewerkschaften in der Zeit um das Jahr 1956 — dem Jahr des KPD-Verbots — zurückzugreifen. Georg Leber, und „seine“ Gewerkschaft, die IG Bau Steine Erden, haben wohl neben der IG Bergbau diese Säuberung am rabiatesten durchgezogen.

#### Georg Leber —

#### „ein Gewerkschaftsboß vom Typ der anglo-amerikanischen Gewerkschaftsbewegung“

1951 in die SPD eingetreten, rückte Leber 1953 zum Redakteur der Zeitung „Grundstein“ der IG Bau Steine Erden, (IG BSE) auf. 1955 wurde er stellvertretender Vorsitzender dieser Gewerkschaft, deren Vorsitz er nach ihrer Säuberung von den Kommunisten 1957 übernahm. Er war der jüngste unter den damaligen Vorsitzenden einer DGB-Gewerkschaft. Vorbild war für ihn offensichtlich die amerikanische Gewerkschaftsbewegung, zu der er enge Kontakte unterhielt. Der Historiker Theo Pirker beschreibt Leber folgendermaßen: „Mit Georg Leber trat der Typ des Gewerkschaftsboßes in der Arena der Gewerkschaftsbewegung auf, wie ihn die angloamerikanische Gewerkschaftsbewegung so häufig hervorgebracht hat“ (4). Und der Gewerkschafter Werner Haak schreibt: „Oft genug hinübergereist, haben die Leute um Georg Leber allerhand in Amerika gelernt. Noch im vorigen Jahr war z. B. Leber drüben, um die Beziehungen der Sozialpartner untereinander sowie ihre Stellung zur Regierung zu studieren“ (2).

Bürgerliche Geschichtsschreiber erwähnen denn auch lobend das Wirken des Gewerkschaftsführers Leber: „Nach der Ausschaltung der kommunistischen Opposition war der Weg frei für eine partnerschaftliche Politik mit den Arbeitgeberverbänden“ (3). Und das sind die wichtigsten Stationen dieser Sozialpartnerschaft:

— Auf dem Gewerkschaftstag der IG BSE 1957 wurde die Forderung nach „Sozialisierung der Bauwirtschaft und der Bauindustrie“ aus dem Programm gestrichen (4).

— Auf dem Gewerkschaftstag 1959 wurde von der IG BSE als erster Gewerkschaft ein weitgehender Unvereinbarkeitsbeschuß aufgenommen, nach dem aus der Gewerkschaft ausgeschlossen wird, wer „gegen Anordnungen oder Beschlüsse der zuständigen gewerkschaftlichen Organe sowie der Organe des DGB verstößt“; wer „einer gegnerischen Organisation angehört oder für diese wirkt“ und — ein Novum — wer „gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung verstößt“ (5).

— 1961 — ebenfalls ein Novum in der Gewerkschaftsgeschichte — erhielt die IG BSE quasi einen Unternehmerrorden verliehen, indem ihr in einer Protokollnotiz zum Tarifvertrag (Augsburger Abkommen) bestätigt wurde: „Die Arbeitgeber des Bauhauptgewerkschafts erkennen die Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden als Ordnungselement an“ (6).

— Ebenfalls 1961 wurde bekannt, daß Leber Befürworter einer Notstandsgesetzgebung sei, „wenn dadurch die freiheitlich-demokratische Grundordnung des Staates und der Gewerkschaften nicht angetastet werden“ (7). Auf dem 6. DGB-Kongreß 1962 trat Leber für eine Mitwirkung der Gewerkschaften an einer „demokratischen Notstandsverfassung“ ein (8).

— In der gewerkschaftlichen Tarifpolitik machte sich die IG BSE unter Lebers Führung seit 1964 einen Namen, indem sie tarifvertragliche Vereinbarung einer „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ forderte. Leber: „Das wollen wir, weil wir eine

freie Gesellschaft wollen, in der neben Freiheit das Eigentum eine tragende Säule unserer Lebensart ist, die von allen Bürgern deshalb, weil sie besitzen, mitgetragen werden kann“ (9).

Der Weg dieses Gewerkschaftsführers als bewußt handelnder Agent in der Arbeiterbewegung ging konsequent weiter: 1966 Eintritt in die große Koalition von SPD und CDU als Verkehrsminister, danach, als Nachfolger von Helmut Schmidt Verteidigungsminister.

#### DGB und KPD-Verbot

Das nachstehend geschilderte Vorgehen des sozialdemokratischen Führers der IG BSE steht in engem Zusammenhang mit dem von der Adenauer-

zum Adenauer-Verbotsantrag gegen die KPD 1955.

In diese Zeit fällt die Vorbereitung der Zerschlagung der kommunistisch beeinflussten Verbände der IG Bau Steine Erden durch Georg Leber. Das Vorgehen belegt, daß der zentrale Gewerkschaftsapparat parallel zur Verschärfung der staatlichen Repression die Entdemokratisierung und Repression in den Gewerkschaften betreibt.

Ausgehend von der Sorge um die Bedeutung der Bauwirtschaft für die Restauration des Kapitalismus in der Bundesrepublik, entwickelte Leber einen Schlachtplan zur Zerschlagung des kommunistischen Einflusses in der Baugewerkschaft. Hauptschlachtfeld wird der Bezirk Nordrhein, mit 49.000 Mitgliedern einer der mitgliederstärksten (11). Der Plan wird wohl vorbereitet, der Anlaß sorgfältig gewählt. Mit sozialdemokratischen Mitstreitern im Vorstand seiner Gewerkschaft findet die Vorbereitung Ende 1955 statt. Eine Absprache mit dem DGB-Bundesvorstand, seinen Mitgliedern Walter Freitag, Georg Reuter, Matthias Föcher, Willi Richter und Albin Karl, folgt. Übereinstimmend stellen die sozialdemokratischen DGB-Oberen fest, daß „die Kräfte stark waren, die von den kommunistisch beherrschten Vorständen der Baugewerkschaft schon hinein in andere Gewerkschaften wirkten und dort Boden gewannen“ (12). „Wir kamen im Dezember 1955 von Düsseldorf (Sitz des DGB-Bundesvorstands) zurück und hatten volle Einigkeit für unser Vorhaben mit den führenden Männern des deutschen Gewerkschaftsbundes erreicht“ (13).

und den IG Metall-Vorsitzenden Otto Brenner zu einer „politischen Unterredung“. Nur wenige Tage später veröffentlichte der DGB-Bundesvorstand eine Erklärung zu dem Verbot: „Das Bundesverfassungsgericht hat am 17. August 1956 gestützt auf Artikel 21 des Grundgesetzes die KPD verboten ... Die Kommunistische Partei hat nach Auffassung des Bundesvorstandes das Verbot bewußt provoziert, nachdem sie bei den zurückliegenden Wahlen nur noch rund zwei Prozent aller Wählerstimmen auf sich vereinen konnte.“

Die Kommunistische Partei hat seit 1945 nichts getan, um für die Arbeiter, Angestellten, Beamten, die Angehörigen der freien Berufe und die Rentenempfänger sozial-fortschrittliche Verhältnisse zu schaffen, sondern hat in undemokratischer und in destruktiver Weise in den Betrieben, den Verwaltungen und im öffentlichen Leben gearbeitet. In ihrem Herrschaftsbereich in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands duldet die KPD weder freiheitliche, noch demokratische Organisationen, noch gestattet sie eine Betätigung in freiheitlich-demokratischem Sinne. Damit hat sie das moralische Recht verwirkt, sich auf demokratische Grundsätze zu berufen“ (15).

Leber und Co. gehen in ihren Veröffentlichungen nicht so weit, ihre mit Sicherheit vorhandenen direkten Auftraggeber etwa in CIA oder Verfassungsschutz oder anderen staatlichen Stellen zu benennen. Es gehört allerdings nicht viel Phantasie dazu, sich dies aus dem nachstehend geschilderten Vorgehen zu denken.

#### Der Putsch in der IG BSE

#### Der Putsch in der IG BSE

„Bezirksvorstand und Bezirksleitung der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden im Bezirk Nordrhein werden mit Wirkung vom 16. Januar 1956 aufgelöst. Desgleichen werden mit diesem Zeitpunkt die Verwaltungsstellen Düsseldorf, Duisburg, Duisburg-Hamborn, Mülheim, Essen, Wuppertal, Niederberg, Moers und Mönchengladbach aufgelöst. In den Auflösungsbeschlüssen sind alle Vorstände, Jugend- und Fachgruppen einbezogen. Das Dienstverhältnis aller Angestellten der Gewerkschaften in den aufgelösten Verwaltungsstellen ist mit Wirkung von diesem Zeitpunkt zu kündigen ...“ (16).

Mit diesem Beschluß löste der Beirat und Hauptvorstand der Gewerkschaft den Bezirk Nordrhein am 16. Januar 1956 auf. 16 Gewerkschaftsfunktionäre, Mitglieder der KPD, wurden entlassen und ausgeschlossen. Die Vorbereitungen hierzu wurden geheimgehalten; die beiden KPD-Mitglieder im Beirat der IG BSE wurden zu der Vorstandssitzung am 14./15.1.56, auf der der Beschluß gefaßt wurde, nicht eingeladen.

Um eine derartig weitreichende Maßnahme mit der Satzung in Einklang zu bringen, erklärte der Beirat der IG BSE den Bestand der Gewerkschaft für den Bezirk Nordrhein für gefährdet und meinte damit konkret, daß die Unabhängigkeit der Gewerkschaft gefährdet sei, da sich kommunistische Gewerkschaftsfunktionäre „als Gehilfe und ausführende Organe der Kommunistischen Partei mißbrauchen lassen“ — ohne das natürlich begründen zu können. Im Gegenteil — die Führungsgruppen des DGB waren parteipolitisch fast ausnahmslos mit der SPD verbunden, die alles taten, um Kommunisten aus allen hauptamtlichen Funktionen herauszudrängen, was bereits bis zum Beginn der 50er Jahre bis auf wenige Ausnahmen gelungen war.

#### War die BSE unterwandert?

Leber erinnert sich: „Die Verwaltungsstellen unserer Gewerkschaft waren in vielen Städten unterwandert. Viele Vorstände setzten sich in der Mehrheit aus Kommunisten zusammen und dementsprechend waren auch Kommunisten als Geschäftsführer eingesetzt worden. Von Mainz bis zur holländischen Grenze waren im Rheinland zwei Drittel der Verwaltungsstellen fest in der Hand von Kommunisten. Uns war klar, daß sich hier etwas entwickelte, das in seiner

Wirkung nicht nur auf die eigene Gewerkschaft beschränkt bleiben mußte und das ähnlich, wie in einigen anderen europäischen Ländern, weiter Terrain gewinnen konnte. Für Kommunisten ist Gewerkschaftsarbeit nicht einfache Arbeit für die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der arbeitenden Menschen. Gewerkschaftsarbeit war und ist für sie ein wichtiger Teil ihrer politischen Arbeit und dieser zugeordnet.“

Mit der absurden Konstruktion, daß Kommunisten nicht etwa die Interessen der Werktätigen vertreten, sondern nur taktisch vorgehen, um letztlich einen totalitären Staat aufzubauen zu können, legitimiert Leber jedes Mittel im Kampf gegen Kommunisten.

Was Leber unter „unterwandern“ versteht, wird einige Seiten weiter deutlich: „Natürlich war die Mehrheit der Bauarbeiter auch in diesen Städten nicht kommunistisch, aber sie folgten ihren Funktionären, die sie gewaltvoll hatten. Diese kommunistischen Funktionäre gaben sich als die entschiedensten und radikalsten Vertreter der Arbeiterinteressen aus“ (Hervorhebung von uns). „Die Gewerkschaft war nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von unten herauf gewachsen. ... An vielen Orten, vor allem in vielen großen Städten waren die Kommunisten ganz am Anfang aktiv mit zur Stelle. Sie packten an, und in der Atmosphäre unmittelbar nach Kriegsende traten die Differenzen und die Vorbehalte der sozialdemokratisch und christdemokratisch orientierten Arbeitnehmer ihnen gegenüber zurück. ... Man hatte zum Teil auch in den gleichen Gefängnissen gesessen. Dazu kam, daß eine

Teil auch in den gleichen Gefängnissen gesessen. Dazu kam, daß eine junge Generation herangewachsen war, die noch keine Erfahrung mit Kommunisten gemacht hatte. ... Die erste Sorge nach den Zusammenschlüssen galt der gerade gefundenen Einheit. Sie mußte gestärkt werden, das war eine der Lehren von früher.“

Auf dem Höhepunkt des „Kalten Krieges“ galt Lebers Sorge nicht etwa der Remilitarisierung, dem Wiederaufleben neonazistischer Tendenzen oder der Einschränkung der Demokratie durch die Adenauer-Regierung (z.B. „Blitzgesetz“, Berufsverbote etc.), sondern der Zerschlagung jeder Zusammenarbeit von kommunistischen, sozialdemokratischen und christlichen Arbeitern, so wie sich der DGB selbst als „Speerspitze“ in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus begriff.

Leber beklagt so auch, daß die Bauarbeiter „so gut wie keine Notiz“ vom 17. Juni 1953 genommen hatten, an dessen Ereignissen „ihre eigenen Arbeitskollegen in Ost-Berlin so sehr verflochten waren“.

Die Tatsachen sind selbst nach der Darstellung von Leber: Mitglieder einer legalen Partei vertreten am entschiedensten die Arbeiterinteressen und werden deshalb von vielen Kollegen als ihre Vertreter in die Gewerkschaftsorgane gewählt — ein ganz demokratischer Vorgang. Den Sozialdemokraten paßt das nicht, sie kämpfen nicht etwa selbst um Mehrheiten, sondern erklären einen Bezirk für „unterwandert“ und lösen ihn in einer Nacht- und Nebelaktion auf — mit Rückendeckung und in Absprache mit ihren Partei„genossen“ im DGB-Vorstand und in den Einzelgewerkschaften, denen Lebers Putschplan eine sinnvolle Ergänzung der überall praktizierten individuellen Ausschlußpolitik von kommunistischen Gewerkschaftlern erschien.

„Dem Vorstand des DGB lagen Beweise darüber vor, wie stark die Kräfte waren, die von den kommunistisch beherrschten Vorständen der Baugewerkschaft schon hinein in andere Gewerkschaften wirkten und dort an Boden gewannen. Die Kollegen an der Spitze des DGB sprachen sich übereinstimmend für ein Vorgehen aus, durch das ausgeschlossen würde, daß die Kommunisten in den deutschen Gewerkschaften einmal so viel Fuß fassen könnten, daß sie diese Organisation für ihre politischen Zwecke zu mißbrauchen in der Lage sein würden.“ ... „Im Rheinland war der Herd — die Metastasen im Lande aber wucherten schon.“

Fortsetzung nächste Seite



Georg Leber und sein Lehrmeister:

„Von rechts nach links: Georg Leber, Jay Lovestone von der Auslandsabteilung der AFL-CIO und George Meany, Präsident der AFL-CIO kurz nach seiner Rede auf dem Gewerkschaftstag. Darin hatte er die deutsche Gewerkschaftsbewegung volle Unterstützung der AFL-CIO im Kampfe für ein freies vereintes Deutschland versichert und die Sowjet-Regierung aufgefordert, Wiedergutmachung an die vielen Polen, Juden, Balten, Russen, Ukrainer zu gewähren, die Opfer der stalinistischen Schreckensherrschaft geworden sind.“ Bildunterschrift aus der Broschüre: „Unser Weg“ Referat vor dem 6. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG BSE, Juni 1963).

Regierung betriebenen KPD-Verbot. Nach der Politik der Reverse bis 1953, über die eine Reihe Gewerkschaften von KPD-Funktionären gesäubert wurden, folgte seit 1955 sozusagen die „Endlösung der Kommunistenfrage“ auch im DGB.

1955 wurde der linke Sozialdemokrat und Leiter des wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB, Viktor Agartz, vom DGB-Bundesvorstand beurlaubt. Agartz galt als theoretischer Kopf des „gewerkschaftlichen Radikalismus“. Auf die Drohung mit Spaltung des DGB durch die CDU-Gewerkschafter ließ die DGB-Führung ihn fallen. 1957 wurde Agartz wegen seiner Kontakte zum FDGB der DDR („hochverräterische Beziehungen“) verhaftet (Jahre später wurde er übrigens freigesprochen) — (10). Eine neue antikommunistische Welle war in Gang gesetzt, parallel

Als nächstes wurde Kontakt aufgenommen zu Gerhard Horseling, KPD-Mitglied im nordrheinischen Vorstand der IG BSE. Horseling wurde unter Druck gesetzt, sich von der KPD-Gewerkschaftspolitik öffentlich zu distanzieren (Anfang 1956 wurde er aus der KPD ausgeschlossen), um so zusätzlich die Gefahr der „kommunistischen Bedrohung“ darzustellen. Der Parteiausschuß von Horseling, von dem Leber sagt „wir hatten ihn aufgenommen“ (14), war das Signal zum Losschlagen.

Die volle Einbeziehung des DGB-Bundesvorstands in Lebers Putschplan findet ihre Entsprechung in der Duldung und Befürwortung des KPD-Verbots durch die DGB-Führung. Am 16. August 1956, einen Tag vor dem Verbot der KPD, empfing Bundeskanzler Adenauer demonstrativ den DGB-Vorsitzenden Walter Freitag



Fortsetzung von Seite 10

**Im Notfall auch ohne die „engen Regeln der Demokratie“...**

Leber selbst legte Hand bei dem Putsch an: „Am Morgen des 16. Januar 1956 mußten die gefaßten Beschlüsse durchgeführt werden. Die Beauftragten des Hauptvorstandes waren morgens bei Arbeitsbeginn in allen Büros. Ich begab mich mit drei Mitgliedern des Hauptvorstandes in das Büro der Bezirksleitung in Düsseldorf und übernahm nach der Auflösung der Büros von dort aus die zentrale Leitung der nun folgenden Operation. Unsere Vorbereitungen waren vertraulich geblieben. Wenn das nicht der Fall gewesen wäre, hätten wir wohl vor jedem Gewerkschaftsheim mit Demonstrationen zu rechnen gehabt, die uns den Weg in die Büros versperrt hätten...“

Nach der Besetzung der Büros und der Amtsenthebung der Funktionäre wurden der DGB und die Einzelgewerkschaften informiert, die noch am gleichen Vormittag per Telegramm gratulierten: „Herzlichen Glückwunsch zum entschlossenen Vorgehen – in voller Solidarität – Vorstand der IG Metall – Otto Brenner“.

In einer Pressekonferenz am gleichen Tag rechtfertigte Leber sein „ungewöhnliches Vorgehen“, das er als von der Satzung legitimierte „Attacke“ bezeichnet. Die Journalisten stellten alle fast die gleichen Fragen: „Wir würden die demokratischen Regeln über Bord werfen, eine zusammengegriffene Mehrheit habe sich über eine starke Minderheit hinweggesetzt und sie in einer Art gewerkschaftlichem Staatsstreich an die Luft gesetzt“.

Doch in Sachen Demokratie ist Leber „Pragmatiker“: „Mit den Möglichkeiten demokratischer Regeln war gegen die von ihrer Partei geführten Kommunisten nicht mehr anzukommen. Waren wir in dieser Situation verpflichtet, uns an die üblichen demokratischen Regeln zu halten? ... So gehen Demokraten in der Auseinandersetzung mit Radikalen und Demagogen unter, wenn sie sich an solche engen Regeln festgebunden fühlen, während die anderen jedes Mittel eines politischen Freistilämpfers einsetzen, das ihnen Erfolg gegen die Demokraten verspricht.“

Nach Lebers Demokratieverständnis ist also in diesem freiesten Staat auf deutschem Boden im Kampf gegen Kommunisten jedes Mittel recht, die „engen Regeln“ der Demokratie werden eben mal kurz vergessen, schließlich geht es ja um die Demokratie, die angeblich durch Kommunisten bedroht war.

„Wir mußten in der offenen Konfrontation mit den Kommunisten fertig werden, in der Auseinandersetzung mit ihnen wachsen und ihnen ... zeigen, daß wir die Mehrheit waren und uns nicht von einer Minderheit beherrschen ließen. Das schafft der Freiheit Fundamente.“ Lebers Putsch 1956 war ein entscheidender Schritt gegen die Unabhängigkeit der Gewerkschaften und für die Isolierung der Kommunisten, parallel zur Vorbereitung des KPD-Verbots wenige Monate später. Damit in unmittelbarem Zusammenhang stand die Remilitarisierung der BRD.

So ist es nur konsequent, wenn sich die Bourgeoisie bei Leber für seine tatkräftige Hilfe mit einem Kriegsministerposten bedankt hat.

**Kommission Betrieb/Gewerkschaft und ein Genosse der Wohnungskommission**

**Anmerkungen:**

1. Theo Pirker, „Die blinde Macht“, Teil 2, Seite 306
2. Werner Haak, „Georg Leber – der Willi Brandt im DGB“, in WISO 19/1960
3. Karl Gustav Werner, „Organisation und Politik der Gewerkschaften in der Bauwirtschaft“ (zitiert in: „Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch“ 1973), Seite 99
4. Müller-Jentsch, „IG Bau-Steine-Erden, Juniorpartner der Bauindustrie“ (in: „Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch“ 1973, S. 99)
5. zitiert bei Haak, s. Anm. 2
6. Müller-Jentsch, s. Anm. 4
7. Werner Haak, „Giftschwaden um den 1. Mai“, zitiert aus „Industriekurier“, 13.4.61 (aus: WISO, 9/61)
8. Deppe u.a., „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“, S. 406
9. ebenda, S. 378
10. Nach: Theo Pirker, „Die blinde Macht“, S. 82 – 154
11. Aus: „Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch“ 1977/78, S. 163
12. Georg Leber, „Vom Frieden“, aus: „FAZ“, 22.8.79
13. ebenda
14. ebenda
15. Aus: Theo Pirker, S. 188 ff
16. dieses und alle weiteren Zitate aus: „FAZ“, 22.8.79

# Protestdemonstration der AEG-Kollegen

Die Proteste der AEG-Belegschaften gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze hatten am 30.8. rund 1.000

Kollegen/innen nach Frankfurt geführt. Dort, vor der Konzernzentrale, forderten sie lautstark den Rücktritt

des Konzernchefs Cipa mit Parolen wie: „Die Bosse machen Überstunden – und wieder ist ein Werk verschwunden!“



den!“ Eine Delegation übergab dem Vorstand eine Kiste mit über 32000 Unterschriften, die die Solidarität der Essener mit der Kanis-Belegschaft dokumentieren. Kurt Herb, IGM-Betriebsrat von Essen, fand starke Worte gegen den Konzern: „Die Arbeitnehmer haben ein Recht auf Arbeit, auch bei der AEG“ forderte er, und „warnte“ den „AEG-Vorstand, sich ausschließlich nach Bilanzen und Profiten zu orientieren“. Vertreter von Kanis-Nürnberg, die vor kurzem die Zurücknahme von über 120 Entlassungen durchsetzten, bekundeten ihren Beistand ebenso wie der Betriebsrat der Hauptverwaltung in Frankfurt, in der auch ein 5-prozentiger Belegschaftsabbau ansteht ... Insgesamt sollen, nach dem Willen von Dr. Cipa & Co, rund 15 000 Kollegen/innen, die jetzt mit einem Bein auf der Straße stehen, das andere auch noch nachziehen „dürfen“, ... und zwar innerhalb der kommenden Monate (siehe auch u.a. AK 159). Beifall daher für die Erkenntnisse der Nürnberger, daß „nur solidarisches und geschlossenes Handeln Erfolge ermöglicht“.

Bleibt nachzutragen, daß sich natürlich auch die Bunte/Alternative Liste Essen in einem Schreiben mit der Kanis-Belegschaft solidarisierte und die Erhaltung aller Arbeitsplätze (außer dem des Diktators Cipa) forderte!

Metallkommission

## Erneuter Anschlag

*wie erst heute bekannt wurde hat in der vergangenen Woche ein industrie-unternehmen ein industrie-unternehmen fünfhundertachtzig arbeitsplätze in ein billiglohnland entführt*

*bei dem mit äußerster Kälte & Brutalität durchgeführten Anschlag flogen fünfhundertachtzig Frauen & Männer glatt auf die Straße trotz der sofort verhängten Nachrichtensperre war zu erfahren daß ein kleinerer Krisenstab jetzt mit den Kidnappern über einen Sozialplan verhandelt*

## Kammerich-Brackwerde: Streik gegen Stillegungspläne

In Bielefeld-Brackwerde plant der Mannesmann-Konzern die Stilllegung des Werkes Kammerich mit 450 Arbeitsplätzen. Die Achsbrückenfertigung soll dann offenbar nach Dinslaken bei Duisburg verlagert werden, weil die Mannesmann-Kapitalisten dafür einige Millionen an Subventionen aus dem „Ruhgebietenprogramm“ zur Schaffung von Arbeitsplätzen bekommen. Mit diesen Steuergeldern wird dann die Produktion modernisiert und statt 450 Kollegen werden in Dinslaken nur noch 260 beschäftigt. Nachdem diese Pläne bekannt wurden und außerdem noch mit Zustimmung der Betriebsratsmehrheit ein Dreischicht-Betrieb eingeführt werden sollte, traten die Kollegen zunächst in einen Überstundenboykott. Als die Forderungen nach Offenlegung der Pläne und kein Dreischicht-Betrieb nicht erfüllt wurden, traten die Kollegen am Freitag spontan und gegen den Willen der IGM-Ortsverwaltung in den Streik.

Am Montag wurde auf einer außerordentlichen Belegschaftsversammlung beschlossen, den Streik fortzusetzen, nachdem der Werkvorstand erklärt hatte, über die Zukunft des Werkes könne er erst in vier Monaten Auskunft geben.

Bis zum Mittwochnachmittag verteidigten die Kollegen die Arbeitsaufnahme, blieben dabei aber am Arbeitsplatz.

Am Mittwoch versuchte dann die IGM-Ortsverwaltung, den Streik zu beenden. Betriebsratsvorsitzender Zurmühlen, der 1. Bevollmächtigte aus Bielefeld Vogelsang und der IGM-Betriebsrat aus Münster Kolks legten einen Sechspunkte-Plan vor, mit dem die Belegschaft alles in die Hand der IGM legen sollte und auf eigene Aktivitäten verzichtet.

Punkt Eins daraus lautet: „Die Ortsverwaltung der IG Metall wird den Versuch machen, die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der Mannesmann Röhrenwerke AG zu überzeugen, daß aus sozialen sowie betriebswirtschaftlichen Gründen die Arbeitsplätze erhalten bleiben müssen.“

Und Punkt Fünf hieß: „Die Belegschaft nimmt die Arbeit wieder auf.“ Dieser Plan wurde zwar von der großen Mehrheit der abstimmenden Kollegen abgelehnt (172 dagegen, 98 dafür), aber es kam dadurch zu einer Spaltung der Kollegenschaft. Die für den Antrag gestimmt hatten, nahmen die Arbeit wieder auf. Für die, die weiterstreiken wollten, blieb dadurch nichts anderes übrig, als auch wieder die Arbeit aufzunehmen.

Am gleichen Tag noch nutzte die Geschäftsleitung die Situation und entließ den oppositionellen „RGO“-Betriebsrat Norbert Wiedeke. Die IGM-Betriebsräte stimmten der Entlassung zu.

## HAMBURGER Morgenpost

## Kurz vor dem Ende

Derzeit widersprechen sich die Aussagen innerhalb der bürgerlichen Presse erheblich, wenn es um das Weiterbestehen der „Hamburger Morgenpost“, letztes Flaggschiff sozialdemokratischer Medienpolitik geht. Heißt es einmal, die Zeitung werde endgültig eingestellt, heißt es am anderen Tag wieder „Mopo Zukunft noch offen“ („FR“, 5.9.79). Hierbei werden in der Berichterstattung immer (bewußt oder unbewußt) die Druckerei (Auer-Druck) und die Zeitung, die formal voneinander getrennt sind, durcheinandergebracht.

Auf jeden Fall sicher ist, daß die Druckerei, deren einziger Auftrag noch die Erstellung der Mopo ist, endgültig geschlossen wird. Um die dann ca. 240 arbeitslosen Drucker und Setzer bemühen sich jetzt schon einige große Hamburger Druckereikapitalisten, z.B. Springer und Broschek. Da nicht nur in der Hamburger Druckindustrie hunderte von Facharbeitern fehlen, haben sich diese Firmen schon mit Auer-Druck in Verbindung gesetzt. Bekanntlich ist das Gebäude, in dem die „Morgenpost“ erstellt wird, schon vor Monaten verkauft worden, ein Sozialplan ist auch schon seit Anfang des Jahres fertig usw. Also das Ende der Druckerei ist damit absolut sicher.

### Das Gerangel um die Zeitung.

Es geht bei den derzeitigen Verhandlungen eigentlich nur noch um den Bestand der Zeitung „Hamburger Morgenpost“ bzw. der Bremer Ausgabe. Nach Aussagen der SPD als alleiniger Eigentümer der Zeitung, versucht sie immer noch, einen Käufer für ihre Zeitung zu finden, wobei „auch Verhandlungen mit dem A. Springer-Verlag, der nach Einstellung der Morgenpost das Monopol bei den

Hamburger Tageszeitungen hätte, ergebnislos (verliehen), nachdem Springer eine Mehrheitsbeteiligung gefordert hatte“ („FR“, 29.8.79), um auch inhaltlich zum Zuge zu kommen. Aber da hatte selbst die SPD nicht mitgezogen. Zuletzt war noch einmal der Hamburger Verlag „Gruner und Jahr im Gespräch“ („FR“, 29.8.79). Aber auch diese Verhandlungen haben zu keinem Ergebnis geführt. Mißmut mußten die Betriebsräte der Druckerei und der Zeitung registrieren, daß „sich SPD-Schatzmeister Halstenberg weigerte, die Betriebsräte an den Verhandlungen teilnehmen zu lassen, aus Angst, das Rettungsprojekt zu früh an die Öffentlichkeit gelangen könnten“ („HB“, 30.8.79). Zwar hat der Aufsichtsrat seine Entscheidung über die endgültige Schließung der Zeitung noch mal vertagt, weil die DruPa-Mitglieder im Aufsichtsrat, der paritätisch besetzt ist, der Schließung widersprochen haben. Aber die Entscheidung unter dem nun ernannten Schlichter Hesselbach von der gewerkschaftseigenen „Bank für Gemeinwirtschaft“ dürfte nur aufgeschoben sein, auch wenn Bundeskanzler Schmidt und ähnliche Parteigrößen in der SPD sich jetzt für das Weiterbestehen der „Morgenpost“ aussprechen. Auch die seit kurzem entwickelte Kampagne, mittels Leserbriefen der betroffenen Leser etwas zu ändern, dürfte an der Schließung der „Hamburger Morgenpost“ nichts ändern.

Daß der Aufsichtsrat nun den Bremer Honorar-Professor I. Hauchler beauftragt hat, „ein neues Konzept für SPD Medien zu erstellen“ („HB“, 30.8.79), dürfte kein Trost für die arbeitslosen Kollegen und die Leser der Zeitung sein.

Betriebszelle Broschek  
KB/Gruppe Hamburg

## IMPRESSUM

**ARBEITERKAMPF**

Herausgeber, Druck und Verlag: Verlag J. Reents, Lerchenstraße 75, 2000 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 06 oder 43 53 20; Redaktion Hamburg 43 53 46; V.i.S.d.P. H. Eckhoff/Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 55,- im Abdruck, sonst PSchA Hamburg, 240595-203; Einzelpreis DM 2,-; erscheint 14-tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Auflage dieser Ausgabe: 9.600

Einem Teil dieser Auflage ist Prospektmaterial beigelegt.



# HBV-Westberlin: Fristlose Kündigung engagierter Gewerkschafter

Nach den letzten drei Kündigungen von Gewerkschaftern anlässlich der Warnstreiks im Westberliner Einzelhandel, ist es nun erneut zu Maßregelungen wegen Gewerkschaftstätigkeit gekommen.

Vorausgegangen war das unver-schämte Kreditverhalten der Berliner Commerzbank gegenüber der Tageszeitung „die Neue“. Dazu in der „Neuen“, vom 11. und 25.7.: „Die Commerzbank behält das Geld aus Einzugsermächtigungen unserer Leser, rund 32.000 DM, zunächst auf einem Sperrkonto (entgegen aller banküblichen Gepflogenheiten) mit der Ausrede, daß solche Einzugsermächtigungen nach 6 Wochen ja widerrufen werden könnten. Gleichzeitig weigert sie sich, einen Scheck über 15.000 DM zu kreditieren. Damit tut die Commerzbank kund, daß sie uns keinerlei Kredit zu gewähren beliebt.“

Daß eine Großbank mit dem Sperren von Abo-Geldern und Krediten einer linken Tageszeitung das tägliche Erscheinen bewußt schwierig, wenn nicht gar unmöglich macht, ist auch der HBV-Betriebsgruppe der Commerzbank klargewesen. In ihrer Einladung an die Zeitung schreiben sie: „...Wenn wir gemeinsam gegen diese Willkürmaßnahme vorgehen wollen, Ihr als Kunden und wir als gewerkschaftlich organisierte Bankangestellte, benötigen wir mehr Information, als in den genannten Artikeln gegeben werden konnte...“

Am 27.7. erschien dieser Brief auszusweise in der „Neuen“.

Das war für die Bankkapitalisten der willkommene Anlaß, zwei engagierte Gewerkschafter, den Sprecher der Betriebsgruppe Lothar Blaszkiewicz (der gleichzeitig Betriebsrat und Mitglied der Bundestarifkommission Banken ist), sowie den stellvertretenden Betriebsgruppensprecher Klaus Thiede, fristlos zu entlassen. Der Mehrheitlich von DAG-Mitgliedern gestellte Betriebsrat stimmte einen Tag später, am 16.8., den Kündigungen zu.

Als Entlassungsgrund wird die „öffentliche Kritik an einer Kreditentscheidung der Bank“ und der „Aufruf zum Kampf gegen die eigene Bank“ genannt. Besonders demagogisch ist die ständige Erwähnung der Verletzung des Bankgeheimnisses gegenüber der Presse und den Angestellten, was in keinem sachlichen Zusammenhang zu dem Fall steht, den beiden Kollegen aber die Möglichkeit, nochmals eine Arbeit im Bankbereich zu bekommen, verbaut.

„Hintergrund für die ausgesprochenen Kündigungen ist nach Ansicht der... HBV jedoch der seit einiger Zeit zu beobachtende Versuch, gewerkschaftliche Betätigung im Betrieb zu verhindern. So hat die Bank versucht, die selbstverständliche Benutzung von „Schwarzen Brettern“ zu unterbinden. Auch die Stellungnahmen der HBV-Betriebsgruppe im Namen eines Großteils der Belegschaft gegen die Verlängerung der Schalteröffnungszeiten wurden durch unsachliche, zum Teil diffamierende Vorstandsentscheidungen beantwortet“ (aus einem HBV-Flugblatt an die West-Berliner Tagespresse). Ebenso im Zusammenhang mit den Kündigungen ist die Bekanntmachung der Ergebnisse von Rationalisierungsstudien, durch die im gesamten Commerzbankbereich (BRD und West-Berlin) 3.600 Arbeitsplätze bedroht sind, zu sehen.

Die Gewerkschaft HBV steht also hinter den Kollegen, wenn sie es sich auch nicht verneinen konnte, anfänglich den Schritt der beiden an die Öffentlichkeit zu mißbilligen.

Bisher wurden zwei Flugblätter mit einer Unterschriftenaktion herausgegeben, eine Pressekonferenz abgehalten und Kündigungsschutzklage beim Arbeitsgericht erhoben (Prozeßtermin voraussichtlich Okt./Nov. '79). Eine Bekanntmachung des Falles über West-Berlin hinaus kommt langsam in Gang.

Die Reaktion auf die Unterschriftensammlung ist bisher eher dünn ausgefallen, dafür kursieren aber anonyme Solidaritätserklärungen, was bei dem Grad der Einschüchterung im Angestelltenbereich auch verständlich erscheint.

Solidaritätsadressen der folgenden Form sollten geschickt werden an:

Gewerkschaft HBV, LB Berlin  
— Fachgruppe Banken  
— Keithstr. 1-3  
1000 Berlin 30

Erklärung: Ich bin der Auffassung, daß die ausgesprochenen Kündigungen keinesfalls gerechtfertigt sind und spreche mich für eine Rücknahme der Kündigung aus.

Unterschrift

Kämpf. Grüße  
eine Sympathisantin aus Westberlin

## IG Chemie: Entmachtung im Hauptvorstand?

Lapidar vermeldete die „Umschau“ (Zeitung für die Funktionäre der IG Chemie) in ihrer Juli/August-Ausgabe, daß der Hauptvorstand der IG Chemie zwei organisatorische/personelle Veränderungen beschlossen hat: — Der Personalausschuß des geschäftsführenden Hauptvorstandes besteht jetzt aus Karl Hauenschild, Heinz Voßhenrich und Egon Schäfer. Statt Egon Schäfer war bisher Paul Plumeyer Mitglied.

— Zuständig für die Auswahl, den Einsatz und die Betreuung der Sekretäre zur Ausbildung ist die Hauptabteilung 1 (Gesamtleitung-Wirtschaft), die dem IG Chemie-Vorsitzenden Hauenschild untersteht. Bisher war dafür die Hauptabteilung 3 (Organisations-Vertrauensleute) unter der Leitung von Paul Plumeyer zuständig.

Da es in der „Umschau“ keine weitere Meldung gibt, die ausweist, daß Paul Plumeyer andere Aufgaben übertragen bekommen hat, können wir nur schlußfolgern, daß Plumeyer aus wichtigen Ämtern abgesetzt wurde.

Wir möchten daran erinnern: Vor rund einem halben Jahr plante der Hauptvorstand eine vor den Mitgliedern der IG Chemie weitgehend geheim gehaltene Satzungsänderung zur Ernennung von Vertrauensleuten. Als dies öffentlich wurde, gab es einen Proteststurm in großen Teilen der Organisation, der in der Forderung gipfelte: Hauenschild muß gehn! Paul Plumeyer, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes, schrieb für die Mitgliederzeitung „Gewerkschaftspost“ einen Leserbrief, in dem er sich ebenfalls kritisch zur geplanten Satzungsänderung äußerte. Der Abdruck dieses Leserbriefes wurde ihm von der Chefredaktion verweigert — wohl ein einmaliger Vorgang bei der Behandlung eines Vorstandsmitgliedes!

Hauenschild mußte damals leider (noch) nicht gehen — es scheint so, daß jetzt er einen seiner damaligen Kritiker entmachtet.

(Die Berichterstattung über die Satzungsänderung findet sich in den „Arbeiterkämpfen“ März - Juni '79 wieder).

Vertrauensleutewahl in Großbetrieben die Ausnahme?

Die IG Chemie-Verwaltungsstelle Leverkusen hat ein Beispiel dafür geliefert, was mit der Satzungsänderung zur Ernennung von Vertrauensleuten für ein Mißbrauch getrieben werden kann. Im großen Werk von Bayer und bei AGFA-Gevaert wurden die Vertrauensleute vom Verwaltungsstellen-vorstand ernannt, statt gewählt. Begründung: Da die Wahl im Betrieb nicht möglich sei (nach neuerer reaktionärer Arbeitsrechtsprechung!), und eine „ordnungsgemäße Wahl außerhalb des Betriebes unzumutbare organisatorische Schwierigkeiten“ bereite, habe man sich zu diesem Schritt entschlossen.

Damit ist das „Ausnahmerecht“ in der Satzung sehr schnell großzügig ausgelegt worden, zudem noch in einem der führenden Großbetriebe (dessen IG Chemie-Vertreter sich für die Satzungsänderung stark gemacht hatten). Das läßt nichts Gutes erwarten für die anstehenden Vertrauensleutewahlen in den nächsten Wochen. Die Entdemokratisierung der IG Chemie schreitet voran.

Chemiekommission



IG - Chemie - Werbung für Vertrauensleutewahlen: Wählen in Großbetrieben als Ausnahme?

### Kurzmeldungen Kurzmeldungen Kurzmeldungen

#### Arbeitsgericht verbietet Solidaritätsstreiks

Nachdem, wie im letzten Arbeiterkampf berichtet, die Finanzämter auch Lohnsteuer für Streikunterstützung erheben, kommt jetzt ein neuer Hammer: Das Arbeitsgericht Hagen erklärte Solidaritätsstreiks während des Arbeitskampfs in der Stahlindustrie im vergangenen Jahr für rechtswidrig. Zugleich wird der IG Metall für die Zukunft verboten, mit ähnlichen Aktionen Metallarbeiter zu Demonstrationstreiks gegen die Aussperrung aufzurufen.

Bereits am 12. Dezember, dem Tag der Solidaritätsstreiks, hatte das Arbeitsgericht Hagen auf Antrag der Kapitalisten eine einstweilige Verfügung gegen die Aktionen erlassen. Diese Verfügung ging damals der IG Metall allerdings erst nach der abgeschlossenen Aktion zu. In der jetzigen Begründung des Gerichts heißt es u.a.: „Die Solidaritätsaktionen wurden um keine Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen geführt ... Mit dem Streik für ein Verbot der Aussperrung forderte die Beklagte den Kläger eine unmögliche Leistung ab. Die Aussperrung ist ein unverzichtbares Arbeitskampfmittel des Arbeitgebers“ („Handelsblatt“, 3.9.79).

Weiter meinte das Gericht, daß der Streik auch dann rechtswidrig gewesen wäre, wenn er der Unterstützung der Forderungen der streikenden Stahlarbeiter gedient hätte. Begründet wird das damit, daß der Streikgegner in Hagen, der Verband der Metallindustrie NRW, nicht einmal Mitglied der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) sei, und daher die Metallunternehmer also auch nicht auf den Stahlverband hätten einwirken können.

Die IG Metall will gegen dieses Urteil in die Berufung gehen.

#### DAG-Betriebsräte bei Springer zur DruPa übergetreten

Ziemlich unerwartet für alle Beschäftigten beim Springer-Konzern in Ham-

burg traten sechs Betriebsräte, die teilweise schon über 20 Jahre in der DAG organisiert waren, zur DruPa über. Ein für die DAG ziemlich grosser Adelaß, da sie nun nur noch mit drei Betriebsräten im Gremium vertreten ist und die DruPa-Mitglieder jetzt die Mehrheit haben. Ihren Übertritt erklärten die Betriebsräte in einem Schreiben, das im ganzen Betrieb verteilt wurde. Dort schreiben sie unter anderem: „Obwohl Hamburg der größte und vielfältigste Presseplatz der Bundesrepublik ist ..., hat es die DAG nicht für erforderlich gehalten, die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Es ist schlicht absurd, daß der für uns zuständige Betreuungsssekretär neben den Angestellten der vielen Großverlage auch noch der Lufthansa und anderer Groß- und Mittelbetriebe verschiedener Branchen zu vertreten hat ... Dauernde Terminalschwierigkeiten der DAG-Sekretäre erschwerten ebenso die Arbeit der DAG-Betriebsgruppe.“ Soweit nur einige Zitate aus der Erklärung der Ex-DAGler, wobei zu sagen ist, daß nicht alle übergewechselt Betriebsräte zu den fortschrittlichsten gehören; dennoch kann die Schwächung der rechten DAG-Position im Betriebsrat nur begrüßt werden.

Betriebszelle Broschek  
KB/Gruppe Hamburg

#### Fristlose Kündigung eines Betriebsrates bei Hartmann und Braun

Am 25. Oktober findet vor der 10. Kammer des Frankfurter Arbeitsgerichtes der Kündigungsschutzprozeß von Wolfgang Becker, IG Metall-Betriebsratsmitglied bei Hartmann und Braun, Frankfurt statt. Wie bereits in AK 159 ausführlich berichtet, hatte Becker einen Tag vor Beginn seines Sommerurlaubs die fristlose Kündigung erhalten. Kündigungsgrund: Es habe u.a. seine „Arbeit nach dem Vermerk in der Anwesenheitszeit-

karte erst um 7.11 Uhr aufgenommen“, ohne sich beim „Vorgesetzten zu entschuldigen“. Außerdem habe er es „vor der Durchführung von Betriebsratsaufgaben als nicht freigestelltes Betriebsratsmitglied unterlassen... sich beim Vorgesetzten abzumelden“. Die Betriebsratsmehrheit hatte mit 8 gegen 7 Stimmen die Kündigung befürwortet. Dafür waren die rechte Mehrheitsliste der IGM, die drei CDA-Vertreter, dagegen die IGM-Minderheitsliste (SPD-Betriebsgruppe), der auch Becker angehört und die oppositionelle Liste. Beckers Antrag, in einem Beschlußverfahren festzustellen, daß die Zustimmungserklärung des Betriebsrats zum Zustimmungserlangen des Kapitalisten auf seine fristlose Kündigung rechtswirksam sei, wurde vom Arbeitsgericht abgewiesen. Die Betriebsrats-Mehrheit wurde in diesem Beschlußverfahren auf Kosten der Firma von Rechtsanwalt Hans Grundstein vertreten, der schon seine Erfahrungen mit fristlos gekündigten Betriebsräten sammelte: Er vertrat Anfang Juli schon die Kapitalisten der Adler-Werke, die das oppositionelle Betriebsratsmitglied Franco Valdes aus dem Betrieb feuern wollten. Da die IG Metall-Verwaltungsstelle die Übernahme der Kosten des verlorenen Beschlußverfahrens ablehnte, muß Becker diese selber tragen. Allein die fristlose Kündigung bedeutet für ihn schon einen finanziellen Verlust von rund 3.800 DM, denn mit seinem Rauschmiß hat er mit Zustimmung der Betriebsratsmehrheit seinen Anspruch auf tariflich vereinbarten Urlaub und Urlaubsgeld verloren.

In einer Presseerklärung der SPD-Betriebsgruppe zum Rauschmiß Beckers heißt es, es müsse „deutlich gesagt werden, daß solche Maßnahmen Ausfluß der festgeschriebenen und praktizierten sogenannten Sozialpartnerschaft sind“. Man verurteile deshalb das „Verhalten der CDA-Betriebsratsmitglieder und ihrer Freunde (gemeint sind wohl die rechten SPD-Betriebsratsmitglieder), da sie der Entlassung zustimmten...“

Metallkommission

## Gewerkschaften

... sagen sie!

Jetzt wollen sie uns wieder hinters Licht führen und sie sagen:  
wir können uns doch arrangieren!  
Nachschlag ist ein schlechtes Wort,  
sagen sie  
und dann jagen sie uns fort!  
Sie wollen uns zeigen wie man/frau das macht,  
Verträge seien zum Einhalten gemacht!  
So sprechen nicht etwa nur Strauß und Schmidt,  
nein Vetter und Loderer ziehen da kräftig mit!  
Nur schön ruhig bleiben und ja keine Schau,  
sagen sie  
bei dem bißchen Inflation lohnt sich doch kein Radau!  
Und die da von Nachschlag reden,  
brechen doch nur ihr Wort,  
das ist doch alles nur Kommunistendreck!  
Und sie sagen:  
die müssen aber nun endgültig weg!  
Bei solch chronischen Quertreibern  
kann unser Arrangement mit Strauß und Schmidt ja nur scheitern!  
Die bringen den Kram ja ganz durcheinander,  
sagen sie,  
dabei passen wir doch so gut zueinander!  
Wir wollen es uns doch mit den Unternehmern nicht versauen,  
wir, sagen sie,  
wollen wir denn alle in die Röhre schauen?  
Strauß ist in diesem Land der kommende Mann,  
sagen sie,  
also fangt nur nicht zu dämonisieren an!  
Ein kleiner Skandal hier, ein kleiner dort,  
ist doch alles nicht so schlimm,  
denken sie,  
bei einem Gespräch biegen wir,  
wir, sagen sie zu sagen,  
das alles wieder hin!  
Und die Blöden die dann immer noch nach Nachschlag und Demokratie schreien,  
die kriegen wir dann auch noch klein!  
Es wäre doch gelacht, bei unserer Spitze,  
wenn wir uns nicht vom Leib halten könnten,  
die Kommunisten, die Jusos, die Judos, ...  
egal,  
sagen sie,  
wer immer es auch sei und wenn die ganze Arbeiterschaft,  
dies alles bringt uns nicht aus dem Takt!  
An der Spitze, jawohl, und nur hier,  
sagen sie,  
verteidigen wir die Demokratie!

Genossen, was sollen sie noch sagen, damit ihr endlich erwacht?  
Zeigt ihnen was die Basis daraus macht!  
Wir, wir wollen kein leeres Geschwätz und keine Hierarchie,  
wir wollen die wahre Demokratie!

Stefan — ein Arbeiter aus Gießen



## Frauenarbeitslosigkeit: Als letzte geheuert - als erste gefeuert

„Frauen sind immer noch im Nachteil“; SPD: „Die Frauen werden am Arbeitsplatz benachteiligt“; Bahr: „Ständiger Verfassungsbruch“; „Frauen der Unionsparteien fordern Gleichberechtigung der Frauen im Betrieb“; A. Huber, Familienministerin: „Nicht an den Kochherd zurück“; „Recht auf Arbeit muß noch erarbeitet werden“; „CDU will Männerberufe für Frauen öffnen“; „Mädchen erfolgreich in Männerberufen“ — so und ähnlich lauten die Schlagzeilen von „Welt“, „Handelsblatt“ und „Süddeutsche Zeitung“ — in den letzten Monaten.

Fast drängt sich der Eindruck auf, als gehe es den Herrschenden um die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frauen in der Berufsausbildung, um Lohngleichheit und das Recht auf einen Arbeitsplatz. Der Schein trügt: mehr denn je werden Frauen diskriminiert, weil sie Frauen sind. Erst vor wenigen Wochen wurde einer Kollegin aus der Firma Möck/Tübingen gekündigt, weil „... die Arbeit als Mechanikerin ... für ein Mädchen doch zu schwer ist“ (Metall, 15.8.). „Eine Frau als Standesbeamtin hat eben nicht genug Würde“ befand in einem weiteren „Fall“ die Schleswig-Holsteinische Verwaltungsbehörde („FR“, 5.9.79). Eine Frau, die in Bayern in die Datenverarbeitung einer Rentenversicherungsanstalt versetzt werden wollte, mußte von ihrem Vorgesetzten hören, „... es gebe dort keine Frauen und werde sie auch nie geben — dies hänge mit der moralischen Sicherheit während des Schichtdienstes zusammen“ („FR“, 5.9.79). In einem westfälischen Pfarramt wurde verordnet „in den Anstellungsverträgen für Erzieherinnen eine Bestimmung zu verankern, wonach bei Verheiratung gekündigt werde“ („FR“, 5.9.79). Eine Kollegin berichtet in der „Welt der Arbeit“ (10.5.79): „Ich hatte mich einmal bei der Stadt beworben. Von der Ausbildung und der Tätigkeit her hätten die mich auch wohl genommen. Aber dann wurde ich gefragt, ob ich vor habe, Kinder zu kriegen. Ich sei ja nun eigentlich in dem Alter und sie wären an jemandem interessiert, der langfristig bliebe. Später erfuhr ich dann, daß man einen männlichen Bewerber genommen hatte.“

Diese Liste könnten wir beliebig weiterführen. Die Diskriminierung der Frauen durch die Kapitalisten hat unglaubliche Ausmaße besonders in den letzten Jahren angenommen. Die Folgen sind psychische und physische Verelendung, Resignation und Isolation. Der Spießrutenlauf vieler arbeitssuchender Frauen endet heute nicht selten mit Selbstmord oder Schuldgefühlen. „Sie tat so, als ginge sie nach wie vor zur Arbeit. Frühmorgens holte sie sich ein paar Brötchen, um tagsüber nicht gesehen zu werden. Sie vermied sogar die Wasserspülung der Toilette, damit die Nachbarn nicht merken sollten, daß sie zu Hause sei. Den erwachsenen Kindern verheimlichte die Frau ebenfalls die Schande der Arbeitslosigkeit“ („UZ“, 3.7.79).

Durch das neue Arbeitsförderungs-gesetz sind arbeitslose Frauen, die Kinder haben, wiederum diejenigen, die um ihr Arbeitslosengeld bangen müssen. Frauen, die nicht nachweisen können, wo sie ihre Kinder während ihrer Abwesenheit lassen, kann das Arbeitslosengeld bzw. der Anspruch auf einen Arbeitsplatz verweigert werden. Millionen von Frauen, die jahrelang Steuern und Sozialversicherung gezahlt haben, müssen sich immer noch sagen lassen, „... Frauen seien eher geeignet als Männer, in die „Stille Reserve“ abzuwandern“ (Bundesanstalt für Arbeit WW 77).

Wir wollen im weiteren einen Überblick geben über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit der Frauen, die besondere Betroffenheit der Mädchen und älteren Frauen sowie die politisch-ideologische Kampagne der Bourgeoisie, die Frau an „Heim und Herd“ zurück zu bringen.

Darüber hinaus wollen wir die von sozialdemokratischer Seite gestartete sogenannte Gleichberechtigungskampagne („unser Ziel-Benachteiligung zu überwinden“, ASF-IMW Nr. 31) mit der Realität konfrontieren. Teilzeitarbeit und Lohngleichheit stehen heute hoch im Kurs bei der sozialdemokratischen Regierung Schmidt. Sogar eine Gesetzesinitiative zur Gleichberechtigung der arbeitenden Frauen soll dem-

nächst verabschiedet werden.

Außerdem wollen wir versuchen, einen Einblick in die stattfindenden Kämpfe von gewerkschaftlich organisierten Kolleginnen zu geben, die wohl mehr als je zuvor in der BRD der Diskriminierung in Ausbildung und am Arbeitsplatz, der ungleichen Entlohnung sowie der Arbeitslosigkeit den Kampf ansagen. Wir möchten in diesem Zusammenhang nochmals an den Artikel der AGF „Mädchen in Männerberufen“ erinnern (AK 148).

### Frauenarbeitslosigkeit und deren Ausmaße

Über die Hälfte der westdeutschen Bevölkerung (52 %) sind Frauen. Fast jede dritte Frau ist berufstätig und jede zweite ist eine Arbeitslose. 37 % aller Erwerbstätigen sind Frauen, 60 % von ihnen sind verheiratet und haben Kinder. Seit 70 Jahren hat sich die Quote (37 %) der berufstätigen Frauen nicht verändert, ebenso ist es bei den Männern: 1872 betrug die Erwerbsquote noch 60,6 % und 1957 57,1 %.

Bei den Frauen lag sie 1882 bei 24,3 %, bis 1939 ist sie auf 37 % gestiegen, dies entspricht auch der heutigen Zahl. Zum Vergleich ist interessant, daß die westeuropäischen Länder gleichlaufende Entwicklungen zeigen, während beispielsweise der Anteil der erwerbstätigen Frauen in der DDR schon 1972 bei 49 % lag. „Er steigt weiter. Die spezifische Frauenerwerbsquote, allerdings bezogen auf die Frauen im erwerbstätigen Alter zwischen 15 und 65 Jahren liegt dort bei 86%.“ Vergleichsweise in der BRD im Jahre 1975 bei 48,2 % (H. Däubler-Gmelin, Frauenarbeitslosigkeit, ebenso die Zahlen). Dennoch täuschen die 48 %, denn danach müßten jede zweite Frau arbeiten. Diese Zahl ergibt sich aus den statistischen Erhebungen, die nicht berücksichtigen, daß die kontinuierliche Erwerbstätigkeit der Frauen vor allem bei Nichtverheirateten zu verzeichnen ist. Die Fluktuation bei den erwerbstätigen Frauen reicht sehr weit: „89,6% der Frauen sind irgendwann in ihrem Leben einmal oder sogar mehrmals kürzer oder längere Zeit erwerbstätig“ (H. Däubler-Gmelin).

Logischerweise ergibt sich dieser ständige Wechsel aus der Tatsache, daß die Frauen Kinder bekommen und häufig mehrere Jahre aus dem Berufsleben ausscheiden und ers, wenn die Kinder groß sind, wieder arbeiten gehen.

Der Anteil der Berufstätigkeit der ledigen Frauen liegt im Durchschnitt bei 57,6 %, der der verheirateten Frauen bei 39,1 %.

Der Anteil der Berufstätigkeit der ledigen Frauen liegt im Durchschnitt bei 57,6 %, der der verheirateten Frauen bei 39,1 %.

Die allgemeine Entwicklung der Arbeitslosigkeit lag in den letzten Monaten bei 4,8 %, dies entspricht etwa 1.090.000 Männer und Frauen.

Der Anteil der arbeitslosen Frauen liegt rein statistisch schon sehr hoch: von 1 Mill. Arbeitslosen sind ca. 52 % Frauen, rechnet frau noch die Teilzeitarbeitslosen hinzu, erhöht sich die Zahl um nochmal 200000 Frauen. Arbeitslos, aber nicht statistisch erfaßt, sind Mädchen, die von der Schule abgehen und keinen Ausbildungsplatz erhalten haben. Arbeitslos, aber nicht statistisch erfaßt, sind die Hausfrauen, die wieder arbeiten wollen, aber keine Arbeit finden und sich nicht beim Arbeitsamt melden. Arbeitslos sind die Frauen, die den Anspruch auf Arbeitslosengeld und später Arbeitslosenhilfe verlieren, weil die Ehemänner erwerbstätig sind oder der Verdienst so hoch liegt, daß sie ihre Frauen „miternähren“ können. Die Dunkelziffer der nicht statistisch erfaßten arbeitslosen Frauen liegt sehr hoch: „von der Bundesanstalt für Arbeit wird geschätzt, daß diese Arbeitsmarktreserve Anfang 1976 eine Größenordnung bis zu 500 000 zusätzlicher Arbeitssuchenden betragen haben könnte“ (H. Däubler-Gmelin, Frauenarbeitslosigkeit). Herta Däubler-Gmelin selbst kommt bei ihren Untersuchungen auf 60 %, wenn man/frau alle tatsächlichen arbeitslosen Frauen einbezieht.

Die Frauenarbeitslosigkeit stieg besonders in den letzten Jahren an: „Die hohe Arbeitslosenquote ist ebenso neu wie die Tatsache, daß sie mit 6,1 % [Dezember 1976] bzw. 6,3 % [Februar 1977] erheblich über der Männer liegt [4,0 bzw. 4,7]. Zwischen 1969 und 1970 lag die Arbeitslosenquote [rein

statistisch versteht sich, Anm. d. Kommission] der Frauen mit der der Männer gleich, sogar noch niedriger als ihrem Anteil an der Zahl der Beschäftigten entsprochen hätte. Diese Entwicklung war auch während der Rezessionsjahre 1966 auf 1967 zu beobachten. Erst 1970 trat eine Wende ein“ (H. Däubler-Gmelin, Frauenarbeitslosigkeit).

Ein Aspekt sollte nicht verloren gehen: arbeitslose Frauen, die nicht registriert sind, verlieren Rechte und Ansprüche —, so das Recht auf Vermittlung eines Arbeitsplatzes, auf Beratung, Umschulung oder berufliche Förderung sowie Einarbeitungshilfen durch das Arbeitsamt. „Sie verzichten zumeist aus Unkenntnis schließlich auch auf Teile ihrer Altersrente: denn Zeiten der nachgewiesenen Arbeitslosigkeit werden als Ausfallzeiten angerechnet und wirken sich im Alter rentenmindernd aus“ (H. Däubler-Gmelin).

### „Hilfen auch in Anspruch nehmen“

„Sie können kochen und stricken, sie kennen sich aus in Haus und Haushalt. Doch einmal auf den Tisch zu hauen, trauen sie sich nicht. An Sicherheit und Selbstvertrauen, Durchsetzungsvermögen und Durchhaltekraft mangelt es arbeitslosen jungen Mädchen ganz besonders“ („Zeit“, 19.7.79). Wie sollte es auch anders sein: arbeitslose Frauen und Mädchen wollen ja gar nicht arbeiten, nicht lernen.

Dies soll nicht zuletzt auch eine Umfrage des Bundesinstituts belegen: „60 % der Jungen, aber nur 38 % der Mädchen (sehen) den Beruf als ausschlaggebenden Faktor für ihr künftiges Wohlergehen an. Mehr als 31 % der Mädchen hielten den beruflichen Erfolg eines künftigen Ehemanns für wichtiger als ihren eigenen“ („FAZ“, 23.5.79). Sie (die Mädchen) wollen „arbeiten ohne viel nachzudenken, anderen helfen, die Erwerbstätigkeit bei Heirat wieder aufgeben“ („Zeit“, 19.7.).

Und natürlich fehlt den Mädchen und Frauen die „Lebenslust“ und der „Mut“, in die sogenannten Männerberufe zu gehen, die ja so zahlreich angeboten werden. „Denn noch immer streben 54 % aller Mädchen in nur vier Berufe: Verkäuferin, Friseurin, Arzthelferin, Bürogehilfin. Damit lassen sie über 400 andere Möglichkeiten außer Betracht“ („Zeit“, 19.7.79).

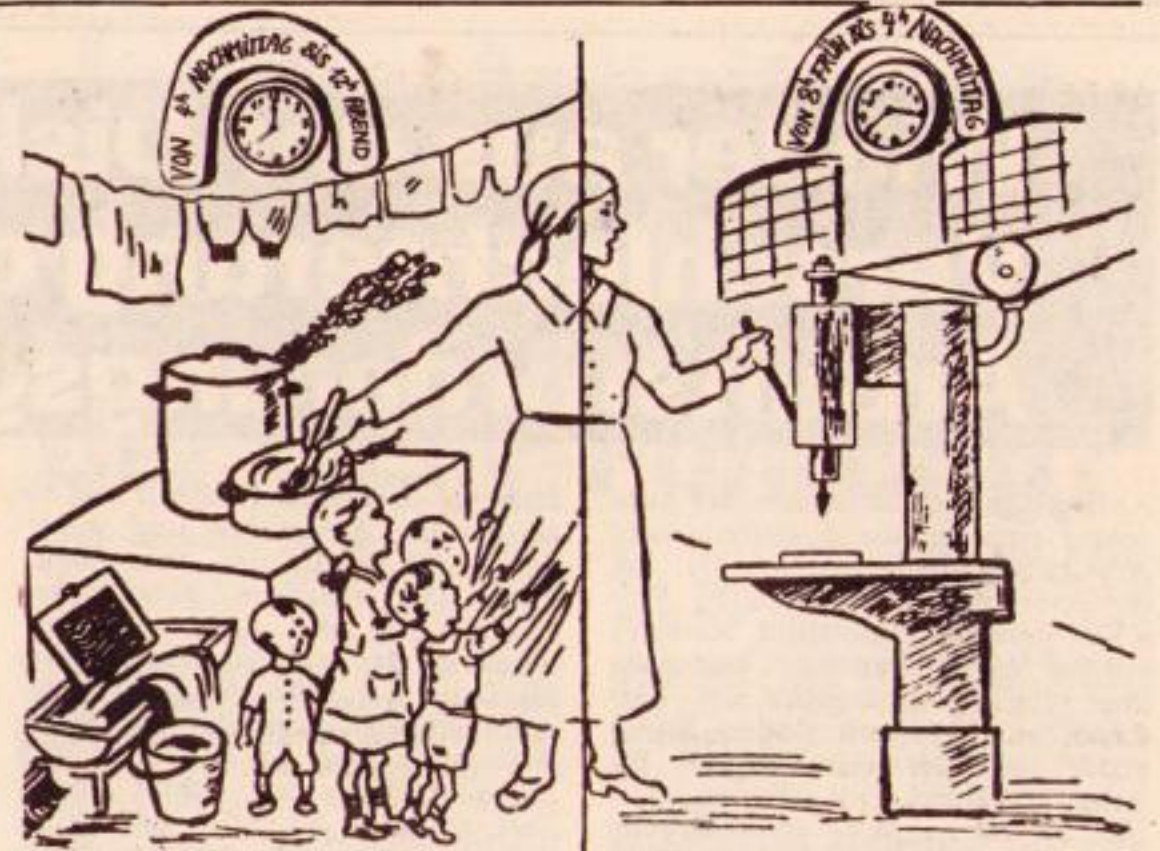
Dieser kaum glaubliche Zynismus wird in derselben Zeitung mit einem Leserbrief-Zitat aus einer „überregionalen Zeitung“ auf die Spitze getrieben: „Wenn auch nur jede zehnte heira in derseinen Zeitung mit einem Leserbrief-Zitat aus einer „überregionalen Zeitung“ auf die Spitze getrieben: „Wenn auch nur jede zehnte berufstätige Frau erkennen würde, daß es schöner und wertvoller ist, ganz für das Glück einer lieben Familie dazusein, als in herzlosen Fabriken, Kaufhäusern oder Büros emanzipiert, neurotisiert und verheißt zu werden, dann wären Millionen Arbeitsplätze frei.“

### Teilzeitarbeit keine Lösung gegen Frauenarbeitslosigkeit

„Bis zu einem Viertel aller erwerbstätigen Frauen, aber weniger als ein Prozent aller erwerbstätigen Männer sind in der Teilzeitarbeit beschäftigt“ (H. Däubler-Gmelin). Gegenwärtig gibt es ca. 200.000 teilzeit(arbeitslose) Frauen. Die in der Bundesregierung vertretenen Parteien wollen der hohen Frauenarbeitslosigkeit mit mehr Teilzeitarbeitsplätzen begegnen.

Die Vorstellungen der Parteien gehen vor allem in die Richtung, Vollzeitarbeitsplätze aufzuteilen. Die SPD hat im letzten Jahr eine Werbroschüre mit derartigen Empfehlungen in 100.000 Auflage an die Unternehmer verschickt. Die CDU knüpft besonders an die Rolle der Familie an, um den Frauen, die vollbeschäftigt arbeiten, die Teilzeitarbeit schmackhaft zu machen. Die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände erklärte „die Umwandlung von Vollzeitarbeitsplätzen in Teilzeitarbeitsplätze für ein untaugliches Instrument“ („FR“, 24.11.78).

Der DGB hat die „Anregung“ der SPD in sein Forderungsprogramm „Zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung“ (Broschüre), „Ausweitung von Teilzeitarbeit“, übernommen. Allerdings mit der Einschränkung, „sicherzustellen, daß nicht lediglich ein Vollzeit in einen Teilzeitarbeitsplatz umgewandelt wird, sondern



zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten für an Teilzeit interessierte Arbeitssuchende geboten werden“ („Vorschläge des DGB zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung“).

In den letzten Monaten haben die gewerkschaftlich organisierten Frauen das Konzept „Mehr Teilzeitarbeit“ zunehmend abgelehnt. Eine Vorreiterrolle haben hier die Frauen der IG-Metall gespielt, die auf ihrer 10. Frauenkonferenz im Juni dieses Jahres eine Ausdehnung der Teilzeitarbeit sogar abgelehnt haben. Ursula Ibler, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG-Metall, führte in ihrem Referat auf der Frauenkonferenz aus: „Die Gewerkschaften könnten weder einer Ausdehnung von Teilzeitarbeitsplätzen auf Kosten der Vollzeitarbeitsplätze zustimmen noch einer Teilzeitarbeit, die auf eine „Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich“ hinausläuft.“

Nicht nur würde der Effekt eine „Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich“ sein, sondern die Unternehmenseite könnte die Ware Arbeitskraft auch besser ausbeuten: „Erfahrungsgemäß wird in den ersten vier Stunden konzentrierter und schneller gearbei-

tet als in den zweiten vier Stunden eines Arbeitstages. Teilzeitarbeit steigert die Arbeitsintensität und damit die Produktivität zum Nachteil für die Vollbeschäftigten, aber auch zum Nachteil der Teilzeitarbeitskräfte selbst, denn die zwangsläufige größere Leistungsintensität wird mit dem anteiligen Lohn nicht entgolten“ („Neue“, 6.9.79).

Diese Position hatten wir für fortschrittlich und unterstützenswert.

Es hat Ende letzten Jahres in verschiedenen Bundesgebieten Aufrufe von den Einzelgewerkschaften zu Demonstrationen gegen die Frauenarbeitslosigkeit gegeben. Die tatsächliche Mobilisierung und Aufklärungsarbeit wurde aber nur sehr halbherzig durchgeführt. Immerhin hat jetzt die ÖTV eine Umfrage begonnen, um das Ausmaß der Diskriminierung der Frauen im öffentlichen Dienst zu untersuchen und mit den Ergebnissen Aufklärungsarbeit zu betreiben. Einen genaueren Überblick über die Aktivitäten der DGB-Gewerkschaften und ihrer Frauenarbeit wollen wir in einem der nächsten AKs geben.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

## Kino einmal anders Kino für Kollegen

Westdeutschlands Filmemacher veranstalten ihr diesjähriges Filmfest '79 in Hamburg vom 18. bis 23. September. Innerhalb dieser Filmtage wird es auch eine ganze Reihe von Filmen geben, die sich mit Fragen des gewerkschaftlichen Kampfes beschäftigen. Dazu einer der mitveranstaltenden Filmemacher Thomas Mitscherlich in einem Gespräch mit dem „Kurier“, Zeitung des Ortsvereins Hamburg der DruPa. „Gewerkschafter und die Filmemacher stellten insgesamt fest, daß viele Themen, wie z.B. Schichtarbeit, Berufskrankheiten — Gesundheitssystem, Rationalisierung im Büro — um nur einige zu nennen — nicht adäquat in Dokumentarfilmen bearbeitet worden sind.“ Denn nach Ansicht des Filmemachers ist der Dokumentarfilm „... ein Stück gefälschte Wirklichkeit, ... die sich po-

litisch mit dieser Wirklichkeit auseinandersetzt. Filmfestivals stellen den Dokumentarfilm meist abgetrennt vom Publikum, für das die Filme gemacht worden sind, in den Raum. Sie berauben ihn so eines Teils seiner Kraft.“ So gibt es eine ganze Reihe von Filmen, die sich jeder Gewerkschafter ansehen sollte.

Die Auswahl der Filme „übernehmen ... gewerkschaftliche Vertrauensleute aus verschiedenen Betrieben ... während des Filmfestes werden die einzelnen Vorführungen und Diskussionen zu den Filmen von den Vertrauensleuten ... mit Unterstützung von Filmemachern vorbereitet und getragen.“

Unser Tip: unbedingt hingehen.

Betriebszelle Broschek  
KB/Gruppe Hamburg

Betriebszelle Broschek  
KB/Gruppe Hamburg

## FILMFEST 79

IN HAMBURG  
DAS FILMFEST DER FILMEMACHER  
18. - 23. SEPT. 79

### Kino • für • Kollegen Filme aus der Arbeitswelt

Metropolis Kino (ehemals Filmkunsttheater Dammtor, Dammtorstraße, neben der Staatsoper) jeweils 19.30 Uhr, Eintritt DM 2,50 im Vorverkauf, DM 5,- an der Abendkasse.

Im Rahmen des Hambur-

ger Filmfestes führen Vertrauensleute von ihnen selbst ausgewählte Filme vor und diskutieren sie anschließend mit dem Publikum, den betroffenen Kollegen und den Filmemachern.

Karten sind im Vorverkauf für DM 2,50 in den Betrieben, beim Reisebüro »Nach Feierabend« im Gewerkschaftshaus oder an der Abendkasse für DM 5,- erhältlich.

#### Dienstag, 18.9.79

IG Metall Vertrauensleute Fa. Still zeigen den Film „Nur noch die Hälfte wert“ Eine Belegschaft und ihre Gewerkschaft im Kampf gegen die Folgen neuer Technologien.

#### Mittwoch, 19.9.79

Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen, Betriebsräte und Vertrauensleute aus dem Versicherungsbereich zeigen

Die Aufsteigersaga Aufstieg vom Facharbeiter zum Ingenieur — Wunschtraum und Wirklichkeit.

#### Donnerstag, 20.9.79

IG Metall Vertrauensleute von Blohm und Voss zeigen die Filme

Wohin? und Wachsam Tag und Nacht Die Filme dokumentieren den Kampf der VFW-Fokker-Belegschaften Speyer und Bremen gegen Produktionsverlagerung und Betriebsabschiebung.

#### Sonntag, 23.9.79

Aktive Frauen aus verschiedenen Gewerkschaften zeigen Sing, Iris, sing! Der Film schildert die Konflikte von Frauen, die eine Umschulung durchmachen, mit ihren männlichen Kollegen und Ehemännern.

#### Freitag, 21.9.79

IG Druck und Papier Vertrauensleute und Betriebsräte der Verlage Springer, Gruner + Jahr und Bauer führen den Film vor

Unser Gesetz heißt Solidarität Der Film schildert den Kampf der Belegschaft von Weser-Kurier und Bremer Nachrichten gegen die Willkür des Verlegers Meyer. Anlaß für den Streik war die Anrechnung einer Tarifierhöhung auf die außertarifliche Zulage. Bei der Vorführung werden Bremer Kollegen und der Kollege Peter Kleinert, von der Video-Gruppe Köln, die den Film gedreht hat, anwesend sein.



# Wieder aus der Diskussion: Verschlechterung des Arbeitsförderungsgesetzes

Anfang Juni verabschiedete der Bundestag einmütig die 5. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz (AFG), die für Arbeitslose entscheidende Verschlechterungen beinhaltet. Hatte es vor der Verabschiedung – besonders über den Bestimmungen der Verschärfung vorwegnehmenden „Runderlaß 230“ der Bundesanstalt für Arbeit – einige Diskussionen gegeben, so war mit der Verabschiedung diese Auseinandersetzung beendet. Schuld hieran ist vor allem die DGB-Führung, die in ihrer Presse die Verabschiedung des Gesetzes nur beiläufig erwähnte und dabei auch noch den Eindruck erweckte, als habe es gegenüber dem ursprünglichen Regierungsentwurf Verbesserungen gegeben.

So schrieb das DGB-Vorstandsmitglied Muhr in einer Stellungnahme zur AFG-Novellierung: „Die kürzlich vom Bundestag verabschiedete 5. Novelle zum AFG erfüllt sicherlich nicht alle Wünsche und Forderungen der Gewerkschaften. Gegenüber dem vom DGB in bestimmten Punkten kritisierten Regierungsentwurf vom November 1978 enthält sie jedoch positive Ansatzpunkte, die für die Weiterentwicklung einer aktiven vorausschauenden Arbeitsmarktpolitik genutzt werden müssen. (...) Nach den Beschlüssen des Deutschen Bundestages bleiben die vom DGB als unsozial kritisierten speziellen Zumutbarkeitsregelungen im Wesentlichen bestehen, allerdings setzen die hier gegenüber dem Regierungsentwurf vorgenommenen Korrekturen ein deutliches Zeichen für sozialere Handhabung.“

Bei der Verabschiedung der Verschärfungen im Bundestag konnte sich die SPD mit der zustimmenden Haltung des DGB brüsten. So erklärte der SPD-Abgeordnete Lutz: „Ich sage ganz offen für meine Fraktion, daß wir noch mehr darüber befriedigt sind (noch mehr als über die Zustimmung der CDU/CSU, Anm. AK), daß die 5. Novelle des AFG – nimmt man alles in allem – im Einverständnis mit den Gewerkschaften und nicht gegen sie hier heute beschlossen wird.“ („Das Parlament“, 23.6.79).

Was ist das nun für ein Gesetz, dem der DGB hier seinen Segen gegeben hat, und worin bestehen die „deutlichen Zeichen für sozialere Handhabung“?

Im Gegensatz zum bisher geltenden Recht muß ein Arbeitsloser jetzt eine neue Arbeit auch dann annehmen, wenn Schicht- oder Nacharbeit zu leisten ist; wenn der Arbeitsplatz einen Umzug oder Wochenendpendeln voraussetzt; wenn der Arbeitsplatz einen Wechsel von einem Angestellten zu einem Arbeiterstatus bedeutet; wenn im Gegensatz zur bisherigen Teilzeitarbeit Vollzeitarbeit zu leisten ist.

Neu ist ferner die Bestimmung, daß der Arbeitslose täglich in der Lage sein muß, das Arbeitsamt aufzusuchen. (Zur Bedeutung dieser Änderung siehe AK 154, S. 39). Weiterhin neu ist ein Satz, der vom DGB als Relativierung dieser Verschlechterungen gefeiert wird: „Bei der Beurteilung der Zumutbarkeit sind alle Umstände des Einzelfalles, insbesondere die

bisherige berufliche Tätigkeit und die beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten des Arbeitslosen, seine familiären und sonstigen persönlichen Verhältnisse, die Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes sowie die Dauer der Arbeitslosigkeit zu berücksichtigen“. Immerhin sagt dieser Willkürparagraf ja auch aus, daß einem Kollegen, der schon längere Zeit arbeitslos ist, noch schlechtere Arbeit zugemutet werden kann.

Alle diese hier genannten Bestimmungen finden sich auch schon im Regierungsentwurf vom November 78 (sog. „Ehrenberg-Entwurf“), an dem der DGB damals durchaus einiges auszusetzen hatte:

„Nicht hinnehmbar sind die Vorschläge des Regierungsentwurfs zu Paragraph 103 Abs. 1a, die auf eine einseitige Anpassung der Arbeitnehmer und ihrer Interessen an sich verschlechternde Arbeitsbedingungen, an die vorwiegend von den Arbeitgebern gesetzten Bedingungen der Zahl, Qualität und regionalen Verteilung von Arbeitsplätzen gerichtet sind, anstatt diese unsozialen Tendenzen zu stoppen und umzukehren“ („FR“, 10.2.). Die Änderung des § 103 wurde damals als „eindeutige Verschärfung“, die „in bestimmten Punkten grundsätzlicher Änderungen und Ergänzungen“ bedürfe, gekennzeichnet. War die damalige Stellungnahme auch schon recht flau, so ist doch zu fragen, aufgrund welcher Änderungen des „Ehrenberg-Entwurfs“ das, was damals „nicht hinnehmbar“ war, heute hingenommen wird.

Im § 103 hat es im jetzt verabschiedeten Gesetz gegenüber dem Ehrenberg-Entwurf nur zwei Änderungen gegeben. Dem Satz, der die Zumutbarkeit definiert, wurde hinzugefügt: „Zu berücksichtigen ist ferner, daß Umstände, die allein betrachtet zumutbar wären, bei Vorliegen weiterer Umstände für den Arbeitslosen unzumutbar sein können“. Und der Anordnung, daß auch ein Umzug zumutbar sei, wird hinzugefügt: „Bei Beschäftigungen, die der Arbeitslose von seinem Wohnort nicht täglich erreichen kann, sind die Arbeitslose von seinem Wohnort nicht täglich erreichen kann, sind die familiären und sonstigen persönlichen Verhältnisse des Arbeitslosen besonders zu berücksichtigen“. Man muß schon DGB-Führer sein, um derartige Sätze als „deutliche Zeichen für sozialere Handhabung“ werten zu können. Immerhin legt das verabschiedete Gesetz fest:

„Näheres bestimmt die Bundesanstalt durch Anordnung“. Was von dort zu erwarten ist, hat die Bundesanstalt mit ihrem „Runderlaß 230“ ja schon deutlich gemacht.

Bemerkenswert ist auch, wie DGB-Funktionäre im Bundestag das Gesetz gerechtfertigt haben. So rechtfertigte die SPD-Abgeordnete und DGB-Funktionärin Steinhauer die Bestimmung, daß für Angestellte jetzt auch eine Beschäftigung als Arbeiter zumutbar wird, mit den Worten: „Ich verstehe nicht, daß in der Diskussion hierüber ein Wechsel zur Arbeiterrentenversicherung immer als Abqualifizierung angesehen wurde. Dies ist eine negative Bewertung der Arbeitertätigkeit schlechthin; dagegen setze ich mich entschieden zur Wehr“ („Das Parlament“, 23.6.79). Wahrhaftig eine engagierte Kämpferin für das Ansehen der Ar-

beiterklasse! Und zu der Bestimmung, daß Frauen, die eine Teilzeitarbeit suchen, aus der Arbeitslosenversicherung herausfallen, wenn sie eine „zumutbare“ Vollzeitarbeit ablehnen, sagte sie: „Ich habe keinen Zweifel daran, daß sich langfristig diese Lösung (daß es möglich ist, nur Teilzeitarbeit zu verrichten, Anm. AK) durchgesetzt wird“. Laaangfristig, versteht sich, während jetzt genau das Gegenteil gesetzlich festgelegt wird!

Der DGB-Führung muß der Vorwurf gemacht werden, daß ihre Zustimmung zu der Gesetzesänderung dazu beiträgt, daß sich die Not der Arbeitslosen vergrößert; Arbeitslose werden zur Aufnahme unzumutbarer Arbeiten gezwungen, Familien werden auseinandergerissen und die finanzielle Lage der Arbeitslosen verschlechtert sich. So wurden 1978 ca. 300.000 Sperrzeiten verhängt, häufig wegen Ablehnung einer angeblich zumutbaren Arbeit. Allein im zweiten Quartal des Jahres 1978 erhielten 4288 Arbeitslose wegen zweimaliger Ablehnung einer „zumutbaren“ Arbeit eine Leistungssperre auf 6 Wochen. Das sind 13,4 % mehr als im zweiten Quartal 1977, als der „Runderlaß 230“, der die jetzt gesetzlich festgelegten Bestimmungen vorwegnahm, noch nicht in Kraft war (Zahlen nach „Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik“ 1/79). Was jetzt auf einen Arbeitslosen zukommen kann, hat Jürgen Roth in seinem Buch „Armut in der BRD“ an einem Beispiel aufgezeigt:

„Der Facharbeiter Hans G. aus Saarbrücken ist seit sechs Monaten ohne Arbeit. Bisher gab es keine Möglichkeit, ihm Arbeit zu vermitteln. Das Arbeitsamt kann ihn jetzt zwingen, beispielsweise in die Bayerischen Wald umzuziehen, weil es dort gerade Arbeit gibt. Die wird zwar schlechter bezahlt und erfordert auch nicht G.s Qualifikation, aber der Unternehmer dort bekommt neue Arbeitskräfte. Hans G. zieht also mit seiner Familie um, gibt seine Freunde und Bekannten auf, die Kinder werden aus der Schule genommen, die und Bekannten auf, die Kinder werden aus der Schule genommen, die Ehefrau, die als Erzieherin arbeitet, muß ebenfalls ihre Arbeit aufgeben. Neue Arbeit gibt es dort für sie nicht, also fällt sie als Mitverdienende weg. Nach sechs Monaten macht der Betrieb pleite. Wieder steht Hans G., inzwischen als einfacher Arbeiter eingestuft, auf der Straße. Jetzt bekommt er zunächst einmal ein niedrigeres Arbeitslosengeld als zu dem Zeitpunkt, wo er noch als Facharbeiter eingestuft war. Nach weiteren sechs Monaten muß er ins Emsland umziehen, weil dort jetzt Arbeitsplätze frei werden. Er zieht also um und arbeitet jetzt als Hilfsarbeiter in einem Industrieunternehmen. Seine Kinder wechseln zum zweitenmal die Schule (Chancengleichheit!), erneut müssen die gerade gefundenen sozialen Beziehungen aufgegeben werden“ (Roth, S. 217).

Roth kommentiert sein Beispiel mit den Worten: „Eine sozialpolitische Errungenschaft, die in die Geschichte der SPD-Reformpolitik eingehen wird“. Und in die Geschichte der DGB-Politik, möchten wir ergänzen!

Ein Hamburger Lehrergerosse

## Ausgeschlossene Bochumer Vorstandsmitglieder wieder in der GEW

Fünf ehemalige Vorstandsmitglieder des Ortsverbandes Bochum der GEW, die Anfang 1978 aufgrund eines angeblichen Verstoßes gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse aus der GEW ausgeschlossen worden waren, sind ab sofort wieder GEW-Mitglieder. Dies ist das wesentlichste Ergebnis eines Vergleichs, der jetzt zwischen den Ausgeschlossenen und dem Hauptvorstand der GEW vor dem Landgericht Frankfurt geschlossen wurde.

Ende 1977 wurde im Info des Ortsverbandes Bochum ein Antrag gegen das „K-Gruppen“-Verbot sowie eine „Gemeinsame Erklärung der Bochumer Aktionseinheit zur verschärften politischen Unterdrückung“, die auch von kommunistischen Gruppen unterschrieben worden war, veröffentlicht. Dies wertete die GEW-Führung als Unterstützung von unter der Unvereinbarkeitsbeschlüsse fallenden Organisationen und schloß fast den gesamten Ortsverband aus der GEW aus. Bei einigen Kollegen wurden diese Ausschlüsse später in befristete Funktionsverbote umgewandelt. Gegen diese Ausschlüsse entwickelte sich in der GEW eine breite Protestbewegung, wovon der demonstrative Rücktritt des Hauptvorstandsmitgliedes Prof. Westfalen nur ein Beispiel ist. Dies, sowie die Befürchtung, auf der bevorstehenden Landesvertreterversammlung einer breiten Kritik ausgesetzt zu sein, dürfte auch der Hintergrund des jetzigen Zugeständnisses sein.

Noch im Juni hatten die GEW-Anwälte vor Gericht erklärt, eine Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen komme aus „grundsätzlichen Erwägungen“ nicht in Frage. Im Juni unterbreiteten sie dann einen Vergleichsvorschlag, der eine Wiederaufnahme vorsah, wenn die Ausgeschlossenen erklärten, daß die Veröffentlichung im Bochumer Info einen Verstoß gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse dargestellt habe. Dies wurde von den Betroffenen abgelehnt, da sie damit einer faktischen Ausweitung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse zugestimmt hätten, indem nämlich schon der Abdruck von Erklärungen, die auch von unter der Unvereinbarkeitsbeschlüsse fallenden

Organisationen mitgetragen werden, als gewerkschaftsschädigend angesehen werde.

Der jetzt geschlossene Vergleich verlangt von den Ausgeschlossenen ein solches Zugeständnis nicht. Während die GEW-Führung erklärt, daß die Veröffentlichung im Bochumer Info ein Verstoß gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse gewesen sei, erklären die Kollegen lediglich, daß sie sich mit dem abgedruckten Antrag nicht identifiziert hätten und daß mit dem Abdruck keine Unterstützung einer der unterzeichnenden Organisationen verbunden gewesen sei. Ferner enthält der Vergleich ein bis Ende 1980 befristetes Funktionsverbot für die Kollegen sowie die Verpflichtung für die GEW-Führung, den Wortlaut des Vergleichs in den Publikationen der GEW zu veröffentlichen.

Und noch eine weitere Schlappe mußte die GEW-Führung in dieser Auseinandersetzung hinnehmen. In der September-Ausgabe der „Neuen Deutschen Schule“, Zeitung der nordrhein-westfälischen GEW, ist eine Stellungnahme des Arbeitsgruppenausschusses Gesamtschule gegen die Bochumer Ausschlüsse abgedruckt, deren Erscheinen der Landesvorstand monatelang verhindert hatte. Jetzt beschränkt sich der Landesvorstand auf eine Anmerkung, wo er die Stellungnahme als „ungewöhnlich, nicht mehr konsensfähig“ diffamiert und seine Hoffnung ausdrückt, daß die im Oktober stattfindende Landesvertreterversammlung die Ausschlußpolitik des Vorstandes absegnen möge. Verdeckt klingen dabei schon wieder neue Spaltungs- und Ausschlusdrohungen an: „Die Landesvertreterversammlung wird zu entscheiden haben, ob die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB auch für die GEW NW gelten und angewandt werden können, oder ob die nordrhein-westfälische GEW sich zukünftig außerhalb der Solidarität mit den anderen DGB-Gewerkschaften bewegen will“ („Neue Deutsche Schule“ 17/79, S. 380). Bleibt zu hoffen, daß die Landesvertreterversammlung dem Landesvorstand eine dritte Schlappe bereitet.

Ein Hamburger Lehrergerosse

Ein Hamburger Lehrergerosse

## GEW-Hamburg: Lehrerinnen wehren sich gegen frauenfeindliche Thesen

„Wer ständig von der ‚Frauenfrage‘ redet, verfestigt tradierte Rollenvorstellungen.“ (These 1) — „Von Doppel- bzw. Dreifachbelastung (Beruf, Haushalt, Kinder — Gewerkschaftsarbeit noch gar nicht erwähnt) sollte bei berufstätigen Männern mit Kindern genauso geredet werden wie bei berufstätigen Frauen.“ (These 2) — Das sind zwei von neun Thesen, die von einer Kollegin, die der DKP nahesteht, in der „Hamburger Lehrerzeitung“ (Nr. 8/9, 1979) veröffentlicht wurden, um die gerade erst in der GEW beginnende Diskussion um die doppelte Unterdrückung auch der Lehrerinnen abzuwürgen (vgl. auch AK 158). Dieser Versuch ist zunächst gescheitert.

In einer Stellungnahme, unterschrieben von neun Schulkreisprecherinnen, bezeichneten die Lehrerinnen die Thesen als „9 Thesen gegen die Frauen“ („Hamburger Lehrerzeitung“ 10/79). „zunächst, wir freuen uns, daß das Thema ‚Frauen‘ nun auch ein Thema in der GEW wird ... Allerdings müssen wir Christa in allen grundsätzlichen Punkten widersprechen.“

Gegen die These, es gäbe „keine frauenspezifischen Interessen und Probleme“ stellen sie fest, daß es eine „real bestehende Benachteiligung von Frauen — auch in unserem Beruf und unserer Gewerkschaft“ gibt. Sie weisen dabei besonders auf die Situation der Mütter hin, die z.B. mit nur 14-Stunden-Verträgen als Fachlehrerinnen in verschiedenen Klassenstufen und nicht als Klassenlehrerinnen eingesetzt werden. Sowie auf „Benachteiligungen für Frauen, die das neue Mutterschutzgesetz in Anspruch nehmen.“

Zu der These, daß „wer die Unterbringung und Versorgung von Kindern als Frauenproblem betrachtet, (es) ... Männern zu leicht macht“ schreiben die Schulkreisprecherinnen: „Wir sind auch Deiner Meinung, daß die Männer dies zu ihrem Problem oder ihrer Aufgabe machen sollten. Aber freiwillig werden sie das nie tun! Die Inangriffnahme von Problemen war bisher immer noch

Sache der Betroffenen, oder haben etwa unsere Arbeitgeber das Problem der Arbeitszeit auf den Tisch gebracht?“

Scharf verwarfen sie sich gegen die These, daß „die Lösung der Probleme der Doppelbelastung ... immer auch eine private sein (muß)“. „Wir halten das bloße Hinweisen auf die Privatsphäre auch deshalb für gefährlich, weil es dann wieder ganz einfach wird, den Frauen ihre gesellschaftliche Unterdrückung/Benachteiligung als Folge ihres eigenen Versagens in die Schuhe zu schieben. Und davon wollen wir gerade weg.“

Ebenso weisen sie die These zurück, daß Frauen besonders qualifiziert sein müssen, wenn sie für gewerkschaftliche Funktionen kandidieren. „Wir betrachten die Unterrepräsentation von Frauen in Funktionen der GEW nicht als Folge mangelnder Qualifikation oder fehlender ‚Sattelfestigkeit‘ der Frauen, sondern als Folge beispielsweise der in Christas Artikel so häufig bemühten tradierten Rollenvorstellungen.“

Bemerkenswert ist die Tatsache, daß die „Abfassung einer Stellungnahme ... auf der SKK-Sprecherinnen-Konferenz am 10.7.79 beschlossen“ wurde. Es ist bisher einmalig in der GEW Hamburg, daß Frauen eines Gremiums sich ohne die Männer treffen, um über ihre eigenen Probleme zu sprechen. Die Durchsetzung dieser Sitzung ging dann auch nicht reibungslos vor sich. Von den männlichen Kollegen kamen „Bedenken“: die Frauen sollten sich vorsehen, damit sie sich nicht isolierten, auch die Männer wären in der Lage, von den Problemen der Lehrerinnen in ihren Schulkreisen zu berichten, es gäbe keine frauenspezifische GEW-Politik u.a.m. Sogar die Einladung zu der SKK-Sprecherinnenkonferenz sollte zunächst nicht über die Geschäftsstelle verschickt werden. Bisher haben sich die Frauen jedoch nicht einschüchtern lassen; der Termin einer weiteren SKK-Sprecherinnenkonferenz steht schon fest. Eine Lehrergerossin KB/ Gruppe Hamburg





## „Heißer Herbst“ in der GEW?

In einigen GEW-Landesverbänden werden z.Zt. Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung einer Arbeitszeitverkürzung für Lehrer vorbereitet. Nachfolgend ein kurzer Überblick.

\*\*\*

**Hamburg:** Schon im Juli beschloß die Vertrauensleute-Versammlung, daß noch in diesem Jahr eine zweistündige Arbeitsniederlegung durchgeführt werden solle. Anfang November werden die Vertrauensleute endgültig darüber befinden. Für den 11. Oktober sind Personalversammlungen angesetzt, die die GEW mit einer Demonstration abschließen will.

\*\*\*

**Hessen:** 7000 hessische Lehrer demonstrierten am 29.6. in Wiesbaden für eine Arbeitszeitverkürzung. Die Kollegen forderten Kampfmaßnahmen und der Landesvorstand kündigte zweistündige Arbeitsniederlegungen an. Der Kultusminister reagierte mit einem ausführlichen Brief an alle hessischen Lehrer, in dem diese vor der Beteiligung an Streiks oder streikähnlichen Maßnahmen (z.B. die Weigerung, Noten zu geben) gewarnt und disziplinarische Verfolgungen angekündigt werden. Der Versuch, des Darmstädter Regierungspräsidenten, diese Briefe von den Lehrern gegenzeichnen zu lassen, konnte zurückgewiesen werden. GEW-Landesvorsitzender Harnischfeger sah in den Briefen den Versuch, die Lehrer einzuschüchtern „und sie zu obrigkeitshörigen Staatsdienern zu machen, die alles zu akzeptieren hätten, was man ihnen vorsetzt“ („FR“.

23.8.). Am 12.9. fand jetzt eine landesweite Schulbleuteversammlung statt, die einen Überblick über die Kampfbereitschaft der Kollegengeben sollte. Über die Durchführung von Streiks wird der hessische Hauptauschuß entscheiden.

\*\*\*

**Niedersachsen:** Schon im Mai hatte die Landesvertreterversammlung an den Landesvorstand die Aufforderung gerichtet, er solle Vorbereitungen für eine eintägige Arbeitsniederlegung im Frühjahr 1980 treffen. Außerdem soll er dazu aufrufen, daß zum 1.2.80 keine Zeugnisse geschrieben werden und die Kollegen den Zeugniskonferenzen fernbleiben.

Im Juli folgte dann der Landesvorstand die Bezirksverbände auf, daß sie an je mindestens einem Standort die Voraussetzungen für eine zweistündige Arbeitsniederlegung im Herbst schaffen sollten. Über die Durchführung dieser Kampfmaßnahmen wird der Vorstand entscheiden.

\*\*\*

**Bremen:** Am 25. September findet eine Landesvertreterversammlung statt, auf der die nach der zweistündigen Arbeitsniederlegung Anfang Juli entstandene Lage beraten werden soll. Der Senat hatte am Streik beteiligte Kollegen schriftlich gewarnt und Gehaltsabzüge vorgenommen. Gegen Schulleiter, die die Namen der streikenden Kollegen nicht weitergegeben hatten und gegen Kollegen, die ihre Stundenpläne so umgestellt hatten, daß sie sich am

Streik beteiligen konnten, wurden Disziplinarverfahren eingeleitet. Aber auch die innergewerkschaftliche Situation wird auf der LVV zu beraten sein. Landesvorsitzender Stelljes hatte im Vorstand nicht nur gegen den Streik gestimmt, sondern auch nach seiner Abstimmungsniederlage erklärt, daß er nicht gewillt sei, den Streik nach außen zu vertreten und hatte sich in seine Privatwohnung zurückgezogen. Jetzt liegt der LVV eine Rücktrittsfordern vor.

Ein weiterer Antrag formuliert, daß im Frühjahr gestreikt werden solle. Zur Vorbereitung soll die für den 25.10. angesetzte Personalversammlung auf den ganzen Vormittag ausgedehnt werden und ein gemeinsamer Wandertag der Bremischen Lehrer (und natürlich der Schüler) in die Innenstadt organisiert werden.

\*\*\*

**Westberlin:** Hier sind die Vorbereitungen für einen Arbeitskampf zur Arbeitszeitverkürzung noch nicht weit gediehen. Dies liegt zum einen an der ablehnenden Haltung eines Teils der Linken, die der am 20.9. stattfindenden LVV auch einen entsprechenden Antrag vorgelegt haben.

Dem entgegen steht ein Antrag, der jetzt eine Diskussion über Kampfmaßnahmen und die Erstellung eines Überblicks über die Kampfbereitschaft fordert. Eine weitere LVV im Oktober soll nach diesen Vorstellungen dann einen Streikbeschuß fassen.

Lehrergruppe, KB/Gruppe Hamburg

## Ist die Arbeitszeit-Kampagne ein Manöver der GEW-Führung?

Auch nachdem die Bremer Lehrer mit ihrer Demonstration während der Unterrichtszeit einen ersten Schritt zur Durchsetzung einer kürzeren Arbeitszeit gemacht haben, stößt die Arbeitszeit-Kampagne der GEW gerade bei fortschrittlichen Lehrern nicht nur auf Zustimmung. Um das häufig anzutreffende Desinteresse aufzubrechen, ist eine Auseinandersetzung mit den vorgebrachten kritischen Argumenten notwendig. Hauptsächlich gegen die Arbeitszeit-Kampagne vorgebrachte Argumente sind, daß eine Durchsetzung der GEW-Forderung („Eine Stunde weniger für alle“) den einzelnen Lehrer praktisch nicht entlaste und daß so von den GEW-Forderungen nach einer grundsätzlichen Veränderung der Institution Schule abgelenkt werde. Weiter wird kritisiert, daß hier von oben eine Kampagne verordnet würde, der keine demokratische Beschlußfassung an der Basis vorangegangen sei.

„Eine Stunde weniger ist mir piepschnurzegal!“

Zu diesem prägnanten Schluß kommt der Gewerkschafter Helmut Burgwinkel in einem Beitrag der „päd-extra“ 8/79. Die Begründungen sind widersprüchlich. Zum einen meint er, daß bei einer faktischen 52-Stunden-Woche eine solche Reduzierung „per saldo fast gar nichts“ bringe, zum anderen lehnt er auch die Einführung der 40-Stunden-Woche für Lehrer (die ja das langfristige Ziel

der 40-Stunden-Woche für Lehrer (die ja das langfristige Ziel der Arbeitszeit-Kampagne ist) als „haarscharf an den Interessen der Lehrer vorbeigehend“ ab. Denn eine kürzere Arbeitszeit ändere nichts an der „unverantwortlichen Zahl von 36 Schülern pro Klasse“, dem „idiotischen Stoffverteilungsplan“, den „überholten Lehrplänen“, den „vorgeschriebenen Klassenarbeiten“. In ähnliche Richtung argumentiert auch ein von der bayerischen Landesvertreterversammlung der GEW angenommener Antrag: „Durch diese Forderung (kürzere Arbeitszeit, Anm. AK) wird weder die konkrete Lehrerarbeit verändert, noch werden bessere Voraussetzungen für eine gewerkschaftliche Praxis von Lehrern und Erziehern geschaffen. Vielmehr bleiben alle Faktoren unangestastet, die ständisches Lehrerbewußtsein begünstigen. Darüberhinaus entsteht der Eindruck, daß die GEW keine grundlegende Veränderung der Institution Schule mehr anstrebt“ („päd-extra“ 8/79, S. 18).

Derartige Positionen wurden auch auf der ersten Landesvertreterversammlung der fusionierten Westberliner GEW vertreten. Einer ihrer Exponenten, Peter Noll, der als Vertreter des linken Flügels gilt (er wurde gegen E.Kujawa in den Hauptausschuß der GEW-Bund gewählt), hat seine Position in der „Berliner Lehrerzeitung“ 9/79 ausführlich dargelegt: „Eine lineare einstündige Senkung der Pflichtstundenzahl bringt aber dem einzelnen Lehrer keine wesentliche Arbeitsentlastung; sie verändert zudem weder die unterschiedliche Arbeitsbelastung noch die unterschiedliche Arbeitsverpflichtung der Lehrer. Die Forderung nach einer solchen Arbeitsentlastung verändert also keinesfalls die nach gesellschaftspolitischen Prämissen gesetzte Binnenstruktur der Lehrerschaft und des Schulsystems“.

Man stelle sich eine ähnliche Argumentation mal in einer Industriegewerkschaft vor: Da lehnen Arbeiter den Kampf um Lohnerhöhung ab, weil dies eh zu wenig Geld bringe und sich außerdem an den Bedingungen der Lohnarbeit, der Abhängigkeit vom Kapitalisten, den Arbeitsbedingungen nichts ändere. Mit der Verweigerung der Arbeitszeit-Kampagne wird aus der an sich richtigen „Wir wollen alles“-Forderung dieser Lehrer nach einer grundlegenden Veränderung des Schulwesens ein mäkelnder „Alles-oder-nichts“-Standpunkt, der auch kleine Schritte zur Veränderung der gegenwärtigen Situation ablehnt. Es ist zwar richtig, daß von Seiten der Gewerkschaftsführung versucht wird, mit der Arbeitszeit-Kampagne die GEW auf eine Beschränkung auf Lohn- und Arbeitszeitfragen zu orientieren und mit dem Zurückdrängen politischer oder pädagogischer Forderungen eine „Annäherung“ an die Industriegewerkschaften zu betreiben. Dieser Gefahr jedoch mit einer Ablehnung

der Arbeitszeit-Kampagne zu begegnen, wäre den überlasteten Kollegen gegenüber zynisch. Allerdings ist darauf zu achten, daß sich die GEW jetzt nicht auf die Arbeitszeitfrage beschränkt und vor allem in der Öffentlichkeitsarbeit nicht nur die Auswirkungen der Schulmisere auf die Lehrer, sondern vor allem auch auf die Schüler kritisiert.

„Ein verordneter Arbeitskampf schwächt die GEW“

Das von Peter Noll geprägte Wort vom „verordneten Arbeitskampf“ geht darauf zurück, daß der Hauptvorstand seinen Beschluß, zur Durchsetzung der Arbeitszeitverkürzung Kampfmaßnahmen durchzuführen, im März ohne vorherige Diskussion an der Basis der erstaunten Mitgliedschaft präsentierte. Reicht die Entlastung dieses undemokratischen Vorgehens aber schon zum Nachweis der „mangelnden Ernsthaftigkeit des HV“ aus? Wir schlugen damals vor, den HV beim Wort zu nehmen, da es „der Tradition der GEW-Bund-Politik entspricht, mit Kampfmaßnahmen lediglich argumentativ zu pokern, sie aber nie einzusetzen“ (AK 150, S.22). Teile der Linken schlugen einen anderen Weg ein. Sie kritisierten die vom HV vorgeschlagenen kleinen Kampfmaßnahmen (keine Zeugnisse schreiben etc.) als unzureichend und spalterisch. Inzwischen hat die Funktionsärtskonferenz der GEW vorgeschlagen, „von der Möglichkeit entschiedener Protestmaß-

nahmen entschiedener Protestmaßnahmen einschließlich kurzfristiger Arbeitsniederlegungen Gebrauch zu machen“ (E&W 8/79, S. 9). Nun argumentiert Peter Noll so, daß es in Westberlin aufgrund der 1974 mißglückten Urabstimmung an Einsatzwillen gewerkschaftlicher Kampfmittel mangle, daß „zunächst ein konsequenter Kampf gegen die Mehrarbeit“ zu führen sei, aus dem sich dann „Hinweise ergeben für die Erfolgsaussichten bei einem dann zu führenden Kampf zur Erreichung einer verringerten Pflichtstundenzahl für alle Lehrer“.

Eine derartige Politik würde dazu führen, daß die vollzogene Rückführung der kampfstarken GEW West-



Sollte Frister etwa heute einem Streik nicht mehr skeptisch gegenüberstehen?

berlin in die Bundesorganisation der Linken in den anderen Landesverbänden nicht unterstützt, „daß wir in Berlin der Gefahr zu erliegen drohen, alle Aktionen in der GEW-Bund als Aktionen des Vorstandes abzulehnen und nicht mehr zu unterstützen, inwieweit diese Aktionen Resultat von Forderungen und Aktionen der Basis in anderen Landesverbänden sind“ (Boris Fahlbusch in einer Entgegnung an Noll in der „BLZ“ 9/79, S.25). Es ist bedauerlich, daß die Verweigerungshaltung der Linken sozialdemokratischen Kräften die Möglichkeit gibt, sich als die eigentlichen konsequenten Kämpfer für die Interessen der Kollegen zu profilieren.

Ein Hamburger Lehrergenosse

## Frauen in Schule und GEW

Beim folgenden Beitrag einer Genossin aus Hannover haben wir den Anfang gestrichen, der sich auf die vor mehreren Monaten im AK geführte Diskussion um die „Lehrerflucht“ bezieht. Wir veröffentlichen den zweiten Teil, der sich auf die Lage der Frauen an der Schule bezieht und damit ein Beitrag zu dem Artikel „Frauenarbeit in der Hamburger GEW“ (AK 158).

Einher mit der Debatte um Reformen ging ja auch das Entstehen einer neuen Frauenbewegung gegen den § 218 und nach deren Niedergang die weitere Diskussion verschiedener Aspekte und Möglichkeiten von Frauenemanzipation. Das hat zur Folge, daß fortschrittliche Lehrerinnen auch in der Regel einen frauenemanzipatorischen Anspruch haben, der natürlich vor der Schule nicht abgegeben wird. Da sich in der Schule auch immer die gesellschaftliche Realität widerspiegelt, ist es nur logisch, daß auch die ideologische Kampagne gegen die Frauen (Heim, Herd, Sexismus) vor der Schule nicht haltmacht. Also sind fortschrittliche Lehrerinnen neben dem Druck, dem alle fortschrittlichen Kollegen ausgesetzt sind, auch der gesellschaftlichen Frauenfeindlichkeit, die sich immer massiver äußert (oder bin ich nur sensibler dafür?), ausgesetzt.

Für mich war es Kampf, die Anrede „Frau“ durchzusetzen, obwohl ich nicht verheiratet bin und keine Kinder habe. Weiter wird es Kampf sein, wenn ich mich entschieße, ein Kind zu haben, ohne zu heiraten. Da ich weder das „Weibchen“ noch die „mütterliche Strenge“ sein will, werde ich von den Kollegen beneidet und von den Schülern nicht ernstgenommen. Es ist immer noch etwas anderes, wenn ein junger Lehrer mit breitem Kreuz und sportlich die Klasse betritt, als wenn ich, die junge Lehrerin, das tue. Ich muß mir überhaupt erstmal Ruhe erkämpfen, ihm wird sie quasi als Versuchung gewährt, ob er sie dann weiter aufrecht erhalten kann, ist Frage seines Umgangs mit den Schüler/innen. Klar ist mir, woher das kommt. Schüler/innen erleben Frauen und Mütter, die zwar oft größeres Vertrauen erhalten, aber insgesamt die geringer bewertete Position haben, die Väter haben das letzte Wort, strafen. Selbst dort, wo die Mütter berufstätig sind, haben sie die Aufgabe des Haushalts. Jungen, die ich unterrichte, rühmen sich stolz, kein Bett machen zu können. Frauen dürfen überheblich, verachtend, beserwischer behandelt werden, sie werden geschlagen und vergewaltigt.

Die Jungen haben zwar Unterricht im Kochen und Nähen, wovon sie sich mehr oder weniger drücken, das verändert aber erstmal überhaupt nichts an ihrer Haltung gegenüber Frauen.

Auch der Versuch über Unterrichtsinhalte das Problem anzupacken, mündet allzu oft in dem Ergebnis, daß das in den Lernzielen angestrebte Verhalten ins genaue Gegenteil verkehrt wird (z.B. Antifaschistischer Unterricht – Judenwitze, Frauen – sexistische Sprüche, wie „Da kommt ja die alte Fotzel“ gegenüber Lehrerinnen und Schülerinnen). Werden Mädchen gefördert, indem sie zuerst zu Wort gelassen werden, wird mir Ungerechtigkeit vorgeworfen, trotz meiner Erklärungen.

Die Kolleginnen bestehen überwiegend aus Frauen, die Führung hat in der Regel „der Rektor“. Ist es zufällig einmal eine Frau, wird auch sie von den Kollegen nicht ernstgenommen. In der Regel empfinden die Kolleginnen Männer im Kollegium als auflockernd.

Neben der Schulwirklichkeit erfährt die fortschrittliche Lehrerin andere Ungleichheiten. Beamte sind in der Regel wegen einer Beihilfe-Leistung vom Dienstherrn im Krankheitsfall privat versichert, da das billiger ist, als die gesetzliche Krankenversicherung. Hier zahlen Frauen einen höheren Beitrag als Männer, begründet mit häufigerer Krankheit, verursacht durch „Schwangerschaft“ und „Frauenleiden“. Private Versicherungen bezahlen beim Schwangerschaftsabbruch nicht die Soziale Indikation. Schließt eine Referendarin während der Schwangerschaft vor Antritt des Mutterschaftsurlaubs ihre Ausbildung ab, wird sie aufgrund des befristeten Ausbildungsverhältnisses wie alle anderen entlassen und genießt keinen Mutterschutz. (Diese Unverschämtheit ist sicherlich auch in anderen befristeten Ausbildungsverhältnissen noch anzutreffen). Da sie als Schwangere nicht dem Arbeitsmarkt genehm ist, erhält sie keinen Pfennig Arbeitslosengeld und muß entweder von Sozialhilfe oder auf Kosten ihrer Eltern oder ihres Mannes leben. Das Schlimmste an all diesen Erfahrungen ist der immer wieder neue Versuch, isoliert Lösungsmöglichkeiten zu suchen und auf dem Bauch zu landen.

Raus aus der Isolation!

Die Kolleginnen sind in der Mehrzahl verheiratet mit Kindern und versuchen, den Beruf als Halbtagsjob zu betrachten, d.h. Interesse an Gesprä-

chen über Unterricht und Situation in der Schule sind selten, weil die häuslichen Verpflichtungen warten.

Bei fortschrittlichen, ledigen Kolleginnen und mir zeichnet sich dann folgende Tendenz ab: Die Realität „Schule“ verdrängen, die Selbstbestätigung und Befriedigung in anderen Bereichen zu suchen (z.B. BI, Weiterbildung etc.) und hier möglichst viel Zeit zu investieren oder die Flucht aus der Schule, z.B. nach Griechenland. Bloß – der Widerspruch ist dadurch nicht gelöst. Im Lehrzentrum werden Arbeitsgruppen eingerichtet, fallen auseinander, aufgrund unterschiedlicher Ansprüche: gemeinsame Unterrichtsplanung, Diskussion von Schwierigkeiten, Profilieren als Crack, der alles ganz toll schafft, oder Laberhaufen. Der Vorschlag, eine Frauengruppe zu gründen, stößt auf Unverständnis, „Wir sitzen alle in einem Boot“ ist die Devise: wenn eine Frauengruppe gebildet werde, bestehe die Gefahr der Spaltung, des Zerfledderns.

Der Vorschlag eines Genossen, Projektunterricht zu machen, die Bedürfnisse der Schüler/innen zum Ausgang zu nehmen, ist zwar toll, aber unrealistisch, wenn Schüler/innen Strenge fordern, selber zur Herstellung von Disziplin die herkömmlichen Mittel vorschlagen (Strafarbeit, Tadel, Brief nach Hause) und ihre Bedürfnisse sich auf Gammeln, Musikhören, Fernsehen und Schnuckern beschränken. Mir dann zu überlegen, den Unterricht hauptsächlich mit Musik und Filmen zu gestalten und zur Belohnung vielleicht noch Bonbons zu verteilen, löst das Problem aus, ist eher eine Verkaufsstrategie.

In der GEW sieht's an dieser Frage absolut mau aus, selbst die von mir genannten Ungleichheiten stoßen auf Unverständnis bei den Kollegen, die sich hier natürlich auch wieder vornehmlich in den Vorständen tummeln. Kolleginnen trauen sich das nicht zu oder orientieren anders.

Ich bin der festen Überzeugung, daß es notwendig ist, Frauengruppen im Lehrbereich aufzubauen, sowohl zum Erfahrungsaustausch, zur Unterrichtsplanung als auch zum gewerkschaftlichen Kampf. Wenden wir unsere täglichen Erfahrungen nicht mehr gegen uns selbst, sondern gegen die Eminenzen jeglicher Couleur!

Ich wäre froh, einige Überlegungen und Erfahrungen von anderen Lehrerinnen hierzu kennenzulernen.

Eine Lehrerin an der Hauptschule



# Die Moralisten der Nation sägen an der Indikation – Frauen wehrt euch!

**Zum Zustandekommen der Demonstration für ein Schwangerschaftskonfliktzentrum in Essen**

In den letzten 2 Monaten gehörte es zum Standard-Repertoire eines jeden Politikers, besorgt zu sein „über die dramatisch angestiegene Zahl der Abtreibungen“. Anhand eines Zahlenvergleichs von 1977 (54.309 Abbrüche) zu 1978 (73.548 Abbrüche) erscheint diese Aufregung erst mal „erklärlich“. Vor der „Reform“ des § 218 wurden jährlich ca. 20.000 Abtreibungen registriert. Also noch ein viel dramatischerer Anstieg? Wohl kaum! Nach einer Untersuchung des Bundesfamilienministeriums von 1975 lassen in der BRD jährlich 250.000 bis 350.000 Frauen eine ungewollte Schwangerschaft abbrechen. Eine Schätzung von „Infratest“ ermittelt ähnliche Ergebnisse, indem sie auf 8 Lebendgeburten mit 3 Abtreibungen rechnet. Wenn mensch von diesen Zahlen ausgeht, wird klar, daß die Zahl der registrierten Abtreibungen 1978 z.B. höchstens ein Drittel der Gesamtzahl ausmacht. Wenn noch die ca. 90.000 aus dem Ausland gemeldeten Abbrüche dazu kommen – müssen wir davon ausgehen, daß jedes Jahr 100.000 bis 150.000 Frauen in die Illegalität getrieben werden! Illegalität bedeutet für alle Frauen: Erniedrigung, hohe Beruhigungskosten für das teure ärztliche Gewissen, Küchentisch bei der Engelmacherin, und die Gefahr bleibender Gesundheitsschäden! Dazu die ständige Angst vor Entdeckung und einem nachfolgenden Gerichtsprozeß!

Diese Zahlen machen aber auch deutlich, daß nicht die Zahl der Abtreibungen absolut gestiegen ist, sondern nur, daß in einem etwas größeren Umfang Frauen bereit waren, den Hürdenlauf durch die Instanzen zu wagen.

Diese Zahlen machen aber auch deutlich, daß die Unterversorgung mit Möglichkeiten für einen legalen Schwangerschaftsabbruch in der BRD ein Massenproblem erzeugt, und zwar in der Größenordnung einer mittleren nur mit Frauen bewohnten Kleinstadt! Das ist auch der Beweis, daß Paragraphen nicht die Zahl der Abbrüche verringern, sondern nur Auswirkungen haben auf die Höhe der Dunkelziffer.

## Die Situation in NRW

Ein typisches Beispiel ist dafür auch Nordrhein-Westfalen (NRW). Dort muß von einer festen Zahl von

60.000 Abtreibungen im Jahr ausgegangen werden, gegenüber 10.017 registrierten Abtreibungen 1977 und 18.019 Abtreibungen 1978 (das ist die Schätzzahl allein für Düsseldorf).

Nur 6 von 15 kreisfreien Städten des Regierungsbezirks Niederrhein gibt es Möglichkeiten, einen legalen Abbruch vornehmen zu lassen. Von den insgesamt 30 Einrichtungen in ganz NRW befinden sich allein 17 in Düsseldorf. So ist es natürlich nur zu einleuchtend, daß die Zahl der gemeldeten Abbrüche in Düsseldorf am höchsten ist (siehe dazu Statistik im Kasten).

Auch in der Indikationsstellung ist Düsseldorf Spitzenreiter für die soziale Indikation mit 78%, wohingegen in der Stadt Oberhausen, in der 1977 nur 13 Abtreibungen registriert wurden, davon keine einzige nach der sozialen Indikation. Um diesen Unterschied „auszugleichen“, bestehen nach Aussagen von Kennern des Landesministeriums für Arbeit (Minister: Farthmann) Pläne, den liberalen Beratungsstellen in Düsseldorf im nächsten Jahr zumindest finanzielle Schwierigkeiten zu machen. Die relativ hohe Zahl der Abbrüche in Düsseldorf ergibt sich aus der Unterversorgung der umliegenden Städte und besonders des Ruhrgebiets.

Aufgrund dieser Situation beschloß die Arbeiterwohlfahrt/Niederrhein (AWO/NR), in Essen ein „Institut für Schwangerschaftskonflikte“ zu eröffnen. Das Institut soll folgenden Aufgaben übernehmen:

- 1) Vorsorge; darunter fällt ein umfassendes Angebot über Verhütungs-

mittel und Sexuaufklärung, psychosoziale Begleitung der Schwangerschaft bis zu direkten Hilfen für Eltern und Kind.

2) Schwangerschaftskonfliktberatung mit Vermittlung einer sicheren Adresse für die Indikationsstellung und den Abbruch. Außerdem ist für bestimmte Fälle auch die Möglichkeit zum ambulanten Abbruch im Institut mit der Absaugmethode geplant.

3) Öffentlichkeitsarbeit: u.a. zum Abbau von Vorurteilen in der Bevölkerung, aber auch zur Weiterbildung von Ärzten in der Absaugmethode und anderen Fragen.

Die Arbeiterwohlfahrt schreibt selbst: „Die Einstellung der Frau zu einem Kind hängt immer sehr stark von ihrer gesellschaftlichen und persönlichen Situation ab. (...) Das alles muß bei den Überlegungen für Lösungsmöglichkeiten miteinbezogen werden. Die Arbeiterwohlfahrt tritt nach wie vor für das Recht der Frau ein, frei darüber zu entscheiden, ob sie ein Kind austragen will oder nicht.“ – („Hilfe für Frauen“, Seite 10, Broschüre der AWO/NR).

## Die Pläne für das „Schwangerschaftskonfliktzentrum“

Diese Aussagen ließ Frau erst mal hoffen, daß die AWO ihr Institut bald eröffnen kann, zumal das vorgesehene breite Spektrum an Verhütungs- und Sexuaufklärung dazu beitragen kann, ungewollte Schwangerschaften von vornherein zu verhindern. Auch in dieser Frage stellt sich die AWO wieder eindeutig auf die Seite der Frauen, indem sie die alleinige Verantwortung der Frauen für die Verhütung eindeutig ablehnt.

Seit Mitte 1978 wurde das Projekt in der Öffentlichkeit diskutiert. Die SPD/NRW faßte praktisch in allen Parteigremien Unterstützungsbeschlüsse für das Institut. Bei einer Unterschriftensammlung sprachen sich u.a. J. Rau, D. Posser und Inge Donepp (alle drei sind Mitglieder der NRW-Landesregierung) und Annemarie Renger für die Eröffnung des Instituts aus. Die CDU/NRW ließ ihren gesundheitspolitischen Sprecher Schlottmann (Herne) die Landesregierung warnen, einer Einrichtung, „die einen perfekten Anti-Schwangerschafts- und Abtreibungs-Service unter einem Dach“ plane, mit finanziellen Mitteln zu unterstützen. Stattdessen forderte er nach dem Beispiel der Stadt Münster und

anderer westfälischer Städte die Einrichtung von Sozialfonds, „um Leben erhalten zu können.“ („MZ“, 21.7.78)

Bei einer Umfrage der AWO in neun Städten des Bezirks Niederrhein sprachen sich von 5.400 Befragten 95,4% für die geplante Einrichtung aus („WAZ“, 27.6.78).

Dann konzentrierte sich die AWO auf die Konkretisierung des Projekts mit der finanziellen Absicherung durch Bund, Land und Gemeinde. Zumindest einer Förderung aus Bundesmitteln dürfte nichts entgegenstehen, da Gesundheitsministerin Antje Huber letztes Jahr verlauten ließ, daß Zentren, in denen neben Schwangerschaftsabbrüchen und Sterilisationen ebenso Eingriffe zur Ermöglichung einer Schwangerschaft vorgesehen sind, finanzielle Unterstützung von ihrem Ministerium erwarten können („Rheinische Post“, 22.8.78).

Das Projekt der AWO kam erneut in die Diskussion, als im April 1979 4.000 Katholiken einen Schweigemarsch in der Essener Innenstadt gegen die Diskussion, als im April 1979 4.000 Katholiken einen Schweigemarsch in der Essener Innenstadt gegen die AWO-Klinik durchführten. Sofort meldete sich Dr. Görgens (CDU-Essen) zu Wort. Seine Fraktion sei der Auffassung, daß finanzielle Mittel zur unmittelbaren Behebung der Not schwangerer Frauen besser eingesetzt wären, als zum Bau von Instituten, für die kein Bedarf bestehe („WAZ“, 11.4.79)!

## Die Frauen werden aktiv...

Große Teile der NRW-Frauenbewegung begannen daraufhin mit der Vorbereitung einer gemeinsamen Aktion zur Unterstützung der AWO und ihrer Pläne für das „Konfliktzentrum“ (siehe dazu AK 161). In einer regelmäßig tagenden Vorbereitungsgruppe trafen sich Frauen aus Frauenzentren, Frauenreferaten, DFL, den Bunten Listen und des KB.

## ...und der SPD-Vorstand sabotiert

Parallel dazu liefen Verhandlungen mit dem Juso-Bundesvorstand und der ASF/Niederrhein. Vom Vorstand der SPD/Niederrhein wurde ein prinzipielles Verbot für alle SPD-Arbeitsgemeinschaften ausgesprochen, sich als Verband an der Demonstration zu beteiligen.

Unverdorren wurden dann auch noch die Falken / Niederrhein und auch der DGB-Bezirk Niederrhein mit politischem Druck in die „Allianz der Stillhalter“ gepreßt. Nach Aussagen des DGB-Vorsitzenden von Oberhausen hat auch der DGB-Vorstand Niederrhein beschlossen, nicht an der Aktion teilzunehmen. Die Begründung ist uns leider nicht bekannt.

Dieser Filz von Stillhalteabkommen ist der beste Beweis dafür, daß Parteibeschlüsse der SPD zur Unterstützung der AWO-Klinik und die Forderung nach Modell-Kliniken der Gewerkschaften allemal leeres Gerede bleiben, da Diskussion und Mobilisierung der „Basis“ sofort von „oben“ unterbunden werden.

## Die Reaktionen werden offensiver

Ende August fand eine familienpolitische Fachkonferenz des Diözesanrats Essen (Katholiken) statt, an der auch Ministerialrat Conrad (im Huber-Ministerium) teilnahm. Nachdem von den Katholiken Pro Familia als mehr und mehr am Rande der Legalität arbeitend diffamiert worden war, versprach der Herr Ministerialrat sowohl eine Überprüfung des Konzepts der Pro Familia-Klinik in Bremen als auch ihrer Beratungsstellen mit den notwendigen (?) Konsequenzen! Herr Conrad konnte die Katholiken gleich noch in einem weiteren Punkt beruhigen. „Eine Förderung des geplanten AWO-Instituts sei noch ungeklärt, da die Konzeption mit dem Modell von „Pro Familia“ Bremen vergleichbar sei“ („NRZ“, 28.8.79).

Aber auch bei der Landesregierung änderte sich einiges. Aus dem Umfeld des Farthmann-Ministeriums wurde bekannt, daß man schon längst nicht mehr bereit sei, zu dem Wort zu stehen, daß das Land NRW 1,5 Millionen von den Kosten des AWO-Instituts übernehmen würde. Angeblich sei es diskriminierend für Frauen, beim Betreten des Instituts gesehen zu werden! Außerdem wolle man erst einmal abwarten, wie sich das mit der Pro Familia-Klinik in Bremen entwickelt (Im Klartext heißt das nichts anderes als abzuwarten, inwieweit es gelingt, Pro Familia zu kriminalisieren und zu illegalisieren).

Ansonsten besteht auch noch der diffuse „Plan“, die Einrichtung der AWO-Klinik an der Frage des Hauses scheitern zu lassen, obwohl von Seiten der Stadt Essen der AWO ein schriftliches Angebot für die Anmietung eines ehemaligen Hotels vorliegt, das den Anforderungen des Instituts entsprechen würde.

In dieser Situation meldet sich Horst Radtke (Geschäftsführer der AWO-Essen, Mitglied im Bezirksverband und im Vorstand der AWO/Niederrhein und Inhaber diverser Posten bei der SPD) bei einer Frau aus der Vorbereitungsgruppe für die §-218-Aktion.

Er versuchte, die Frau zu bewegen, sich für einen Aktionstermin nach dem Kommunalwahlkampf einzusetzen. Die Verhandlungen um die Gel-



DEMO FÜR EIN SCHWANGERSCHAFTSKONFLIKTZENTRUM IN ESSEN AM 22.9.79 11 UHR KENNEDYPLATZ

## ÄRZTINNEN UND ÄRZTE UNTERSTÜTZEN DIE EINRICHTUNG EINES ZENTRUMS FÜR

## ÄRZTINNEN UND ÄRZTE UNTERSTÜTZEN DIE EINRICHTUNG EINES ZENTRUMS FÜR SCHWANGERSCHAFTSKONFLIKTBERATUNG DER ARBEITERWOHLFAHRT IN ESSEN!

Seit einiger Zeit gibt es Bestrebungen, die Errichtung eines Schwangerschaftskonfliktzentrums in Essen zu verhindern. Schwangerschaftskonfliktzentren, wie von der Arbeiterwohlfahrt (AWO) geplant, bieten die Möglichkeit, Schwangerenberatung, Ehe-, Familien- und Partnerberatung, Verhütungs- und Sexualberatung und gegebenenfalls auch Schwangerschaftsabbrüche ambulant unter einem Dach zu organisieren. Sie bedeuten einen Fortschritt auf dem Weg zu einer menschenwürdigen, verantwortungsvollen Familienplanung.

Wir kennen aus eigener beruflicher Praxis die zum Teil unlösbaren Schwierigkeiten von Frauen in unserem Land, die ungewollt schwanger geworden sind.

Wir wehren uns mit diesem Aufruf besonders gegen die Angriffe, die von klerikalkonservativer und standesärztlicher Seite gegen die Praxis des derzeitigen § 218 geführt werden. So verglich z.B. Dr. Holzgartner, CSU-Funktionär und Vorstandsmitglied der bayrischen Ärztekammer, den legalen Schwangerschaftsabbruch mit den Massenmorden der Nazis in Auschwitz: „Die Nationalsozialisten haben die Juden getötet, und die internationalen Sozialisten töten ungeborene Leben. Das, was in unserem Volke geschieht, ist exakt der Weg zurück nach Auschwitz.“ Dr. Karsten Vilmar, Präsident der Bundesärztekammer, wollte sogar bestreiten, daß es in einem so reichen Staat wie der BRD eine Notwendigkeit zum Schwangerschaftsabbruch aus sozialer Notlage geben könne.

Wir sehen unsere Positionen zum Abtreibungsparagraphen 218 nicht durch die inhumanen Äußerungen des Präsidenten der Bundesärztekammer vertreten und distanzieren uns von diesen und ähnlichen Versuchen, eine notwendige und sinnvolle Entwicklung zu hemmen.

Zur Unterstützung dieser Forderung findet am 22.9.79 in Essen um 11 Uhr am Kennedyplatz (Nähe Hauptbahnhof) eine Demonstration statt.

Spendenkonto zur Unterstützung einer Veröffentlichung des Aufrufs in der WAZ: E. Daub, Deutsche Bank Essen, Kto.-Nr. 65 30 331

Weiterer Unterstützterkreis:  
Gertraud Herborn, Ärztin, Duisburg  
Hajo Bomholt, Arzt, Essen  
Angelika Hemeling, Ärztin, Essen  
Ernst Schütte, Krankenpflegeschüler, Essen  
Rudolf Kasperek, Arzt, Essen  
Elisabeth Schliehe, Dipl.-Psychologin, Recklinghausen  
Christel Westheimer, Sozialarbeiterin, Essen  
Wolfram Stor, Arzt, Essen  
Fritz Steingerg, Stud. med., Essen  
Birgit Kremesköter, Krankenschwester, Bochum  
Michael Lefknecht, Arzt, Duisburg  
Jochen Voß, Stud. med., Wanne-Eickel  
Christa Nickel, Ärztin, Wanne-Eickel  
Ulrike Schink, Ärztin, Duisburg

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Dieser Aufruf soll als Anzeige am 19.9.79 in der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung in den Städteausgaben Essen, Mülheim, Oberhausen, Duisburg, Gelsenkirchen, Bochum und Herne erscheinen. Kosten: ca. 7500,- DM.

Wir bitten Euch mit Eurer Unterschrift zuzustimmen, daß der Aufruf auch in Eurem Namen veröffentlicht werden kann. Wir wollen eine Anzeige jedoch erst dann aufgeben, wenn mindestens 100 Ärztinnen und Ärzte unterschreiben, um die (Spenden)Kosten für den/die einzelne(n) möglichst niedrig zu halten.

Kontakt: Thomas Schätzler  
Westenfelder Straße 8  
4630 Bochum 6  
Tel. (0 23 27) 8 97 98

Spendenkonto: E. Daub  
Deutsche Bank Essen  
Konto-Nr. 65 30 331



der für die AWO-Klinik müßten in einer ruhigen Atmosphäre stattfinden. Unsere Aktion würde aber gegebenenfalls die Gemüter erhitzen. Letztendlich würden die Veranstalter der Demonstration die Verantwortung tragen, wenn die Verhandlungen platzen würden. Zum Schluß drohte er uns noch mit einer Distanzierung seitens der AWO von uns. Außerdem wolle er dafür Sorge tragen, daß kein SPD-Mitglied zu der Aktion kommt. (nach dem mündlichen Bericht einer Frau aus der Vorbereitungsgruppe)

Aber auch unabhängig von dem Plan der AWO-Klinik geht die Diskussion um den § 218 in NRW weiter.

Zum Auftakt des Kommunalwahlkampfes hielt Ministerpräsident Rau eine Rede, in der er u.a. der katholischen Kirche vorwarf, im Streit um den § 218 den „Boden der demokratischen Auseinandersetzung“ verlassen zu haben. Die CDU wies diese Aussage als „ungeheuerlich“ zurück. Sie kündigte ihrerseits einen Antrag im NRW-Landtag an. Darin soll die Landesregierung aufgefordert werden, die in einigen Städten bestehenden „Hilfsfonds für Schwangere in Not“ mit 40 % aus Landesmitteln zu bezuschussen. Die CDU denkt dabei an die „bescheidene“ Summe von 5 Millionen DM („RP“ 3.9.79). Mal zum Vergleich: das AWO-Institut würde 1,5 Millionen DM an

Investitionen und 1,5 Millionen jährliche Kosten verursachen!

Auf die Angriffe und „Vorschläge“ der CDU reagierte Ministerpräsident Rau mit einem Appell an alle Parteien, keinen neuen Streit um den § 218 zu entfachen. Ausdrücklich wies er darauf hin, daß die soziale Indikation als dem Grundgesetz gemäß zugelassen worden sei. Allerdings stimmte er mit CDU-Oppositionsführer Köppler überein, daß angesichts des hohen Anteils der sozialen Indikation, bei den legalen Abtreibungen, die Frage nach „unserer“ sozialen Ordnung aufgeworfen werden müsse („FAZ“, 4.9.79).

Nach und nach macht sich jetzt also auch die SPD, die bisher nur von CDU/CSU bzw. Klerus geäußerte Position zu eigen, die „soziale Notlage“ der Frauen als rein „materielle Notlage“ zu definieren, die dann letztendlich durch finanzielle Angebote „überflüssig“ gemacht würde.

Wir wollen aber nicht, daß „bayerische Zustände“ auch in NRW einziehen! Letztendlich betrachten wir unsere Aktion als Beginn einer neuen Offensive, die auch andere Bedingungen in den von CDU/CSU regierten Ländern schaffen soll. Darum: Kommt alle am 22.9. um 11.00 nach Essen zum Kennedyplatz, um mit uns zu demonstrieren.

Frauenkommission KB/NRW



Anläßlich der zahlreichen Hindernisse, die die Pro Familia Bremen überwinden mußte, bis endlich das „Schwangerschaftskonfliktzentrum“ eröffnet werden konnte, hat die Frauengruppe der Alternativen Liste eine kleine Broschüre herausgebracht, die den großen Vorteil, den sich eine Einrichtung für die Frauen hat, noch einmal unterstreicht. Abgedruckt sind neben Auszügen aus einem offenen Brief der Pro Familia Bremen einige Erfahrungsberichte und ein Interview mit einem der im Zentrum behandelnden Ärzte.

Gegen 1,50 DM in Briefmarken kann die Broschüre bestellt werden: Büro der Alternativen Liste Weberstraße 18 2800 Bremen 1

## Wie ich zu meinem Kind kam – oder wie frau das letzte Vertrauen in die Ärzte verliert

Daß viele Ärzte wohl eher Scharlatane sind, oft falsche Diagnosen stellen, nur selten zu Fachärzten überweisen und viel zu häufig Medikamente verschreiben, die frau sehr gefährlich werden, dürfte vielen sicherlich nichts Neues sein.

Allerdings sind für die Patient(innen) die Konsequenzen unterschiedlich; wenn sie z.B. im fünften Monat schwanger sind, statt nach der Diagnose des Arztes Zucker und eine nicht funktionierende Bauchspeicheldrüse zu haben.

An meinem Beispiel möchte ich Euch schildern, was ich hier für Erfahrungen gemacht habe.

Zum Arzt ging ich, weil ich ständig Magendrücken und Übelkeit verspürte. Nach sechs Jahren Pilleneinnahme war meine Gebärmutter und mein Hormonhaushalt so in Mitleidenschaft gezogen (Regelstörung), daß ich auf eine Schwangerschaft nicht tippte. Auch meine Frauenärztin sagte, daß ich im Moment wohl unfruchtbar sei. Das führte auch dazu, daß mein Freund und ich über Verhütung nicht mehr diskutierten.

Da sich in meiner „Krankheit“ keine Besserung tat, habe ich drei verschiedene Ärzte besucht. Sie nahmen sämtliche Untersuchungen an mir vor: zweimal Röntgen, mehrere Blutabnahmen, Zuckertests, Diäten und und und ... Zu dieser Zeit war ich schon (ohne es zu wissen) im vierten Monat schwanger. Die Diagnose des Arztes: „Zucker“. „Ist nicht so schlimm“, hat er gesagt, ich müßte nur danach leben. Mir hat es allerdings den Rest gegeben. Das hast du jetzt dein Leben lang, hab ich gedacht.

Aus lauter Kummer habe ich die Diät nicht eingehalten und auch die sonstigen Medikamente nicht genommen.

Meine politische Arbeit ist total bergab gegangen. Die Krankheit und meine Unwissenheit darüber war sicherlich nicht der einzige Faktor hierfür, aber sicherlich auch ein wesentlicher. Nur noch krank, Diabetiker, da kannst du nichts mehr machen, hab ich gedacht. Und dann ewig diese Arztbesuche, drei pro Woche.

Hier stellen sich bestimmt viele die Frage, ob ich denn niemals auch nur irgendwelche Anzeichen für eine Schwangerschaft verspürt hätte. Also, wenn frau das erste Mal schwanger ist, kennt sie sich ja sowieso nicht so gut aus. Ich hab mich zwar manches Mal gewundert, daß ich so einen kleinen Bauch hatte; aber da ich gern und viel gegessen habe und auch Verdauungsschwierigkeiten hatte, konnte ich mir den Bauch ja gut erklären. So manche denkt sicherlich: „Dumme Kuh“, merkt nicht mal, daß sie schwanger ist. Aber nachdem mich drei Ärzte mit ihrer Diagnose vollgequatscht hatten, hätte ich auf eine Schwangerschaft zuletzt getippt.

Da trotz alledem keine Besserung eintrat, habe ich meine Frauenärztin aufgesucht. Ihre Diagnose sah allerdings etwas anders aus, nämlich: Schwanger, fünfter Monat. Der Zucker stellte sich als Schwangerschaftszucker heraus, der in meinem

Fall harmlos war. Im ersten Moment habe ich gedacht, das Kind will ich nicht. Ich hatte total Schiß vor dieser Verantwortung. Ich war ja auch zweimal geröntgt worden. Eine Umschulung wollte ich beginnen. Die Stelle ist wohl weg, hab ich gedacht.

Die Ärztin wollte sich um eine Klinik kümmern, die eine Abtreibung im fünften Monat mit medizinischer Indikation macht. Bedingung war, daß ich mich von zwei Genetikern untersuchen lasse, ob die Röntgenstrahlen dem Kind wirklich geschadet hätten. Nachdem ich ihnen erzählt hatte, mit wieviel rem ich geröntgt wurde, lehnten sie beide eine medizinische Indikation ab (ohne mich zu untersuchen). Ihre Begründung: „150 mili rem, total ungefährlich“. An ihrer Argumentation merkte man deutlich, daß die auch keine Abtreibung im dritten Monat genehmigt hätten. Die Zeit drängte jetzt immer mehr. Ich hatte jetzt ins Auge gefaßt, daß ich das Kind behalte und hatte darum mit meinem Freund und einigen Frauen diskutiert, welche Möglichkeiten der Unterstützung ich habe.

In einem Gespräch mit der Ärztin und einem Naturwissenschaftler habe ich dann noch einmal die Röntgenbestrahlung diskutiert. Es wird für uns und sicherlich für alle AKW-Gegner immer ein Widerspruch bleiben, schwanger zu sein und geröntgt zu werden. Doch unser Gesundheitswesen mit dem § 218 gibt uns Frauen hier im Lande keine Entscheidungsmöglichkeiten.

Trotz aller dieser gesundheitlichen Risiken habe ich mich jetzt für das Baby entschieden. Zu dieser Entscheidung trug sicher die knappe Zeit, die ich auch gerade in gesundheitlicher Hinsicht hatte, einiges bei. Auf der anderen Seite hatte ich auch einige Angst und Unklarheiten, mich durch bundesrepublikanische Gesundheitsinstanzen zu schlagen und für eine Abtreibung zu kämpfen. Es gab aber auch positive Punkte, die mich in dieser Entscheidung bestärkt haben, z.B. daß ich meine Umkleekabine behalten habe, einen Platz für das Baby in der „Harburger Zwergeninitiative“ habe und die Zusage von Unterstützung einiger Genossinnen und Genossen.

Mir ist oft der Gedanke durch den Kopf geschossen, wie es einer Frau ergangen wäre, die nicht diese Möglichkeiten hat. Sie hätte wahrscheinlich ihren Arbeitsplatz verloren, das Baby in irgendeine überfüllte Kinderkrippe geben müssen, weil sie arbeiten muß, um ihr Kind und sich zu ernähren, nur weil so'n blöder Hausarzt nicht in der Lage ist, im dritten Monat eine Schwangerschaft zu ertasten oder bei sechs verschiedenen Blutuntersuchungen keinerlei Anzeichen auf eine Schwangerschaft sieht. Diesen „Machern“ sollten wir das Handwerk legen! Darum: Wenn du zum Arzt gehst, vergiß die Lebensversicherung nicht! Weg mit dem § 218! Unser Bauch gehört uns!

Bri., BO/Harburg



§ 218-Ausstellung vom 17.9. -

§ 218-Ausstellung vom 17.9. - 22.9. im Jugendzentrum Papestraße in Essen. Zur Eröffnung der Ausstellung findet eine Pressekonferenz am 17.9. um 17.00 statt.

Bestellungen von Plakaten, Flugblättern und einer gemeinsam von Bundesvorstand der Jusos und der Vorbereitungsgruppe der Frauen herausgegebenen Dokumentation zum § 218 ist erhältlich bei: Doris Pfeiffer, Lindenallee 75, 43 Essen 1

## Mordanzeige wegen Abtreibung

Wie ernst die massiven Angriffe der CSU (Holzgartner, s. AK 159 u. 160) und der katholischen Kirche (Kardinal Höffner) gegen die „Reform“ des § 218 zu nehmen sind, zeigte sich schon an der Strafanzeige gegen eine Frau, die in der Fernsehsendung über die „Reform des § 218“ erklärt hatte, daß sie abgetrieben hat (s. AK 160).

Ein weiteres Schlaglicht auf das Vorgehen dieser Erzreaktionäre wirft ihr Angriff gegen das Krankenhaus Furtwangen (Schwarzwald-Baarkreis). Dort stellte Prof. Hans-Bernhard Seiler, Dozent an der Fachhochschule Furtwangen, Strafanzeige „wegen des Verdachts des Mordes im Krankenhaus Furtwangen“.

Ausgegangen ist diese Mordanzeige von der katholischen Kirche. Die Provinzoberin von Hegne bei Konstanz drohte mit dem Abzug der Kreuzschwestern aus dem Krankenhaus mit der Begründung: „Wir haben uns zum Dienst an Menschen verpflichtet und können es nicht zulassen, daß unsere Schwestern in einem Krankenhaus arbeiten, in welchem vorsätzlich gemordet wird. Auch nach der Straffreiheit durch den Gesetzgeber bleibt es nach unserer Auffassung ein Verbrechen, das wir durch die Anwesenheit unserer Schwestern im gleichen Haus nicht stillschweigend tolerieren können“.

Der Gynäkologe am Krankenhaus führt ab sofort nur noch Abtreibungen aus medizinischen Gründen durch. (Meldung aus der „FR“ v. 6.9.).

Eine Genossin der AG Frauen Hannover

## Frauen zum Bund?

### Es bleibt dabei: Nein Danke!

Der Arbeitskreis „Frauen gegen Militär“ Hannover veranstaltete zu diesem Thema am 29.8. eine öffentliche Diskussion. Rund 300 bis 350 Leute waren gekommen. Nach einem kurzen Einführungsreferat der Gruppe schlossen sich Sketche an. Themen waren die Ausnutzung der Mädchenarbeitslosigkeit, wenn sich Mädchen „freiwillig“ bei der Bundeswehr melden, weiterhin Sketche, die die Grundausbildung zeigen und solche, die den Unsinn der Vorstellung, in irgendwelchen Machtpositionen der Bundeswehr Einfluß nehmen zu können, deutlich machten.

Die Podiumsdiskussion bestritten Birgit Kriegel von der ASF (SPD-Frauen), Karin Roth vom IG-Metall-Vorstand, Christel Dormagen von der „Courage“ und Peggy Parnas.

Zu Anfang nahmen die Rednerinnen nochmals kurz Stellung zu dem Thema, indem sie ihre Position darstellten. B. Kriegel bezeichnete sich als nicht konform mit der Partei in dieser Frage. Die Bundeswehr erziehe die Menschen zur Gewalt. Sie berichtete kurz über das Vorhaben der ASF, etwas gegen Kriegsspielzeug zu unternehmen. Karin Roth (IGM) ging auf den Gesichtspunkt Mädchenarbeitslosigkeit ein. Die Frauen sollen zum einen den Personalbedarf der Bundeswehr vorübergehend decken, zum anderen aber auch als industrielle Reservearmee an ihre sozialen Eigenschaften erinnert werden. Statt Rüstungskosten sollte das Geld in die Ausbildungsplätze für Frauen, Mutterschaftsurlaub und Kindergärten gesteckt werden. Die Position von Alice Schwarzer bezeichnete sie als „reaktionär“, die bekämpft werden müsse. Auch Peggy Parnas nahm scharf zu der Position von A. Schwarzer Stellung, die ja beinhaltet, daß frau sich grundsätzlich den Zugang zu allen Machtbereichen der Männer beschaffen muß. Weiterhin verlas sie ihre Kolumne aus der Courage Nr. 9. Abschließend sagte sie, ihr Pazifismus

kenne Grenzen, sie sei dafür, daß alle Wunderwaffen, die uns so angepriesen werden, zuerst an ihren Nutznießern auf ihre Wirksamkeit ausprobiert werden sollten. Christel Dormagen (Courage) kritisierte die geringe Reaktion der Frauenbewegung, die davon ausgeht, es sei eh klar, daß frau da nicht hingehört und deshalb macht sie auch gar nichts dagegen. Sie wies auf die bereits vorhandenen Regelungen in den Notstandsgesetzen hin und auf die Krankenschwesternhelferinnenausbildung, bei der Frauen sich schon heute bereit erklären sollen, im Notfall mit herangezogen zu werden, und ähnlich wie Soldaten mit dem Wehrpaß erfasst werden.

Die größten Schwierigkeiten bei der Diskussion bereiteten die Perspektiven. Wie können wir weiter dazu arbeiten und was können wir konkret dagegen tun?

Sehr wichtig wäre eine Informations- und Aufklärungsarbeit unter Schülern, besonders Schülerinnen. Weiterhin wurde angeregt, bei Frauen, die Schwesternhelferinnenausbildung oder Kurse z.B. beim Roten Kreuz machen, über die Klausel, im „Ernstfall“ herangezogen werden zu können, zu informieren und auch zu einer Verweigerung in diesem Punkt aufzurufen.

Für den kommenden Wahlkampf und auch schon jetzt ist es wichtig, auf die Schizophrenie aufmerksam zu machen, daß auf der einen Seite über „Frauen in die Bundeswehr“ diskutiert wird, auf der anderen Seite die Anwendung des § 218 mit Massenmord in KZs wie Auschwitz gleichgestellt wird. Je nachdem, wie es den Herrschenden paßt....

Am Ende der Veranstaltung wurde auf den Anti-Militär und Anti-Atom-Kongreß in Köln hingewiesen, sowie zu einem Frauenblock bei der Antikriegsdemonstration in Bonn aufgerufen.

Frauen-AG Hannover

ihre Kolumne aus der Courage Nr. 9. Abschließend sagte sie, ihr Pazifismus

Frauen-AG Hannover



Für A. von H.

Wir sollten uns beraten!  
Du bist 39 geworden.

Na und?

Eine Frau, die gerade erst soviel Leben hinter sich gebracht hat wie noch vor ihr liegt. – Wenn nichts dazwischen kommt. Offene Haare, abgestimmte Spangen – weder rührend noch lächerlich: schön.

Schön und konsequent in dem Bemühen die eigene Art zu finden.  
Warum willst Du Dich mit den Augen des 'Playboy' sehen?  
Wer sagt, daß Du mit 40 eine würdige Matrone zu werden hast?

Maude macht mir Mut.  
Eine Frau, die sich ihr Leben nicht vorschreiben läßt von Konventionen.

Warum solltest Du Deinen Körper kaltstellen müssen?  
Genieße, daß sich Wollust und Zärtlichkeit getroffen haben.  
Glaube nicht denen, die Dir den Absturz einreden wollen.

Es sind die, die im Lexikon unter 'Frau' nachschlagen: schlanker Körper, straffe Haut, knackiger Busen.  
Was liegt Dir an Fleischbeschauern?  
Was wolltest Du mit solchen anfangen?

Laß uns Frauen werden, die sich ihr Leben nicht vorschreiben lassen von Konventionen.  
Laß uns Menschen finden, die uns dabei unterstützen.  
Laß uns bis zum Gipfel gehen.

(Bezugnahme auf A's Gedicht im AK 158)



# Leserbriefe zu „Männergruppen – Nein Danke“ (AK 161)

Liebe An., Bi., Ba.,  
euren Brief an die AG Frauen  
„Wehret den Anfängen“, abgedruckt  
in AK 161, habe ich einerseits als  
Warnung davor verstanden, daß Män-  
ner, die in sogenannten Männergrup-  
pen (auch) mitmachen, von ihrer  
heutigen gesellschaftlichen Rolle her  
dazu neigen können, sich gegen-  
seitig in ihren chauvinistischen,  
unterdrückerischen Verhaltensweisen  
zu bestätigen. Das fand ich gut und  
hätte es begrüßt, wenn ihr dies an  
Beispielen verdeutlicht hättet.

Nicht verstanden habe ich, warum  
ihr deshalb den allgemeinen Schluß  
„Männergruppen – Nein Danke.  
Wehret den Anfängen“ gezogen habt.  
Ihr bezeichnet euch selbst als  
kommunistische Frauen, als die ihr  
das Bündnis mit Männern nur aus  
taktischen Gründen eingeht, um den  
Hauptwiderspruch (gesellschaftliche  
Produktion – private Aneignung)  
zu lösen. Erst wenn dieser Schritt  
vollzogen ist, ist die besondere  
Unterdrückung der Frau letztlich  
zu beseitigen.

So allgemein finde ich das richtig  
– falsch wird's, wo ihr konkretisiert,  
was es für euch heißt, taktisch an die  
Männer heranzugehen:

Erstmal schert ihr alle Männer  
über einen Kamm: „Mann“ = Chauvi  
= Softi = Schwuler = Macker = was  
weiß ich wie = „Mann“? Einzige Be-  
dingung an diesen „Mann“: es soll  
ein Mann der Arbeiterklasse sein,  
denn „Um den Kapitalismus abzu-  
schaffen, müssen wir das Bündnis  
mit den Männern der Arbeiterklasse  
eingehen“. Diese Männer können  
den eigentlichen Kampf der Frauen  
aber niemals unterstützen, „denn er  
richtet sich gegen ihre elementaren  
Bedürfnisse und ihre Persönlichkeits-  
struktur; Männer haben gelernt, ihre  
„Persönlichkeit“ in erster Linie über  
männliche Normen und Werte und  
die daraus folgenden Verhaltens-  
weisen zu definieren“.

Liebe drei Frauen, ich bin Student  
und einer der „Unorganisierten“ aus  
der Technik. Ich bin 26 und habe in  
den letzten 6 - 7 Jahren eine ganze  
Menge von Erfahrungen gemacht,  
was es heißt, mir selber die heute  
gängigen gesellschaftlichen männli-  
chen Normen und Werte bewußt zu  
machen, mir selber die entsprechen-  
den Normen und Werte bewußt zu  
machen, mir selber die entsprechen-  
den Bedürfnisse und Gefühle in mir  
klarzumachen und einzugestehen.  
Erst so konnte ich nach und nach  
mein Verhalten Frauen und auch  
Männern gegenüber überdenken und  
Schritt für Schritt verändern.

Ich lehne sie ab, die heutigen ge-  
sellschaftlichen Normen, und habe  
für mich den Anspruch (und als ich  
in verschiedenen Auseinandersetzun-  
gen feststellen konnte, daß der nicht  
nur im Kopf drin ist, habe ich mich  
unheimlich gefreut), meine Identität  
als Mann Stück für Stück zu erfahren  
und zu erarbeiten. Und zwar im  
gemeinsamen Kampf für eine bessere  
Gesellschaft, in der Auseinanderset-  
zung mit Menschen, wie z.B. dieser  
Brief an euch oder Diskussionen über  
Ansprüche an Beziehungen, wo es di-  
rekter um meine Bedürfnisse und  
Gefühle geht.

Ich meine, es ist unterstützens-  
wert, wenn im AK z.B. ein Aufruf  
zur Gründung einer Männergruppe  
abgedruckt wird, wo Männer sich  
treffen können, um die Sterilisati-  
onsdebatte nicht nur abstrakt, sondern  
konkret für sich führen können. Sich  
selber mehr erfahren – wie sieht's  
aus mit dem Wunsch nach „dem  
eigenen Kind“, mag ich ihm mir nur  
nicht eingestehen, ist er tatsächlich  
nicht da, wie denken da andere  
Männer? Ist es nicht an der Zeit,  
daß wir Männer uns endlich und viel  
öffentlich als bisher Gedanken ma-  
chen, was wir selber in Sachen Ver-  
hütung machen können? Daß wir  
sexistisches Gedankengut, daß jeder  
von uns im Kopf hat, angreifen –  
was bleibt von dem Gefühl, mit einer  
Frau gebumst zu haben, übrig, wenn  
ich mir überlege, was ich tatsächlich  
dabei empfunden habe, oder was ich  
nur empfunden habe, weil ich meinte,  
so empfinden zu müssen, wie es  
mir die heutigen männlichen Normen  
unterjubeln? (Meist ist das ja viel  
subtiler als in diesem krassen Bei-  
spiel!).

Ich finde es gut, daß es schwule

Männer gibt, die sich öffentlich zu  
ihrem Schwulsein bekennen; die mir  
die Möglichkeit geben, mich als  
„erstmal-Hetero“ zu hinterfragen,  
um mir selber überhaupt schwule  
Gefühle eingestehen zu können.

Ich finde es für mich wichtig,  
sowas wie eine eigene Sexualität zu  
entwickeln!

Und ich will euch verdammt noch-  
mal nicht brauchen für meine männli-  
che Regeneration oder als Ruhe-  
polster!

Ihr wollt es mir absprechen, mich  
mit anderen Männern in gewissem  
organisatorischen Rahmen über diese  
Fragen auseinanderzusetzen – das  
macht mich traurig.

Ist es doch sehr wichtig, an allen  
Fronten die Konturen der „neuen  
Gesellschaft“, für die wir kämpfen  
wollen, klarer zu kriegen. Das  
muß keineswegs im Sumpf des Uto-  
pismus enden, geht es doch darum,  
das utopistische Ziel „Sozialismus“  
mit konkreten Inhalten zu füllen.

Ihr aber wollt mich einschränken  
im Suchen nach diesen Inhalten:  
spiel du deine Rolle als Mann, so wie  
du sie von dieser Gesellschaft aufge-  
drückt kriegst hast, beseitige mit  
uns zusammen den Hauptwider-  
spruch, danach werden wir uns im  
Geschlechterkampf bekriegen.

Mit der Rolle, die ihr mir hier  
gebt, bin ich nicht einverstanden!  
Geschlechterkampf ist auch heute  
ein Kampf um Inhalte. Ihr aber zieht  
daraus, daß Männer dazu neigen, sich  
in ihren männlichen Verhaltenswei-  
sen gegenseitig zu bestärken (was  
gesellschaftlich betrachtet durchaus  
richtig ist), den formalen, allge-  
meinen Schluß: „Männergruppen –  
Nein Danke. Wehret den Anfängen“.  
Wobei die Frage der Inhalte dieser  
Männergruppen endgültig unter den  
Tisch fällt.

Ich meine, ihr propagiert einen  
Geschlechterkampf, der auch falsche  
Fronten aufbaut, dadurch, daß ihr  
alle Männer letztlich in einen Topf  
schmeißt.

Sollte das in der Tat eure Absicht  
gewesen sein, sehe ich für mich kei-  
nen Sinn in einer Zusammenarbeit  
mit euch.

Reinhard, Foto-Technik

## Männergruppe? Aber ja doch!

Seit ca. Juni mache ich mit sechs  
Genossen, Sympathisanten bzw.  
Ausgetretenen zusammen eine Män-  
nergruppe. Erste Anregung war dazu  
die Diskussion über Sterilisation von  
Männern, die im Chemie-Bereich da-  
mals geführt wurde. Hierzu wurde  
damals eine „Männer-Vollversamm-  
lung“ einberufen, zu der auch Nor-  
bert Ney, der Autor des Buches „Ste-  
rilisation des Mannes – das geringste  
Übel“ kam. Leider war diese Vollver-  
sammlung sehr schlecht besucht.

Ein Genosse hatte sich schon et-  
was länger theoretisch mit der Rolle  
des Mannes und der kapitalistischen  
„Männergesellschaft“ auseinanderge-  
setzt; bei uns anderen Mitgliedern der  
Gruppe waren jedoch kaum klare  
Vorstellungen vorhanden, was wir in  
und mit der Männergruppe wollten.

Wir haben auf unserem ersten  
Treffen gleich festgestellt, daß wir  
alle sehr isoliert sind. Fast alle haben  
die Erfahrung gemacht, daß neben  
einer festen Beziehung zu einer  
Frau und Beziehungen, die sich  
durch den Job oder die politische  
Arbeit ergeben, kaum etwas läuft.  
Für mich selbst gilt z.B., daß ich  
Diskussionen über Probleme mit mei-  
ner Freundin fast ausschließlich mit  
Frauen geführt habe. Konkurrenzge-  
fühle und die Ablehnung einer ge-  
fühlsselligen Kumpanei haben jeden  
intensiveren Kontakt zu Männern er-  
schwert bzw. ganz verhindert. Das  
habe ich als einen idiotischen Zu-  
stand empfunden.

Was seitdem auf allen vier der bis-  
herigen Sitzungen unserer Gruppe  
überdacht wurde, ist, daß es uns  
sehr schwer fällt, uns aufeinander  
„einzulassen“, persönlich engagiert  
über unsere jeweiligen Probleme zu

diskutieren, auch mal übereinander  
„herzufallen“ usw. Mann liebt es et-  
was abstrakt und unpersönlich. Mann  
berührt Mann auch nicht, zeigt sich  
nicht offen als verletzlich usw. Ich  
würde diese Gruppe schon dann für  
einen Erfolg halten, wenn wir diese  
Sperrn überwinden könnten. Am  
Schlimmsten wirkt sich das gesell-  
schaftliche Verbot aus, unsere latente  
(verborgene) Homosexualität raus-  
zulassen.

Aus diesen Gründen ergibt sich in  
unserer Männergruppe ein ganz an-  
deres Bild als ich es mir für eine Frauen-  
gruppe vorstelle. Kein befreites „en-  
dlich sind wir unter uns“, keine spa-  
nenden Proteste gegen unsere gemein-  
samen Unterdrücker usw. – aber  
auch keine heimlichen Schlachtpläne  
zur Wiedererrichtung der unum-  
schränkten Männerherrschaft. Es  
wird vorläufig von uns auch keine  
Manifeste, Erklärungen etc. geben.  
Wir befinden uns auf einem für uns  
„unbekannten Gebiet“ und wollen  
uns die Freiheit lassen, Erfahrungen  
mit uns zu machen und diese selbst-  
kritisch zu verarbeiten. Ich befürchte  
auch, daß allzusehr statt einer le-  
bendig diskutierenden Gruppe ein  
abgehobenes theoretisierender Klügel  
entstehen könnte, was „typisch  
Mann“ wäre!



Da wir kein konspirativ (heimlich)  
arbeitender Zirkel sind, diskutieren  
wir auch gerne mit Frau. Keinesfalls  
akzeptieren wir jedoch, auf eure  
„Warnung und Anklage“ hin große  
Rechtfertigungsdebatten zu führen.  
Wir begreifen Mann zu sein nicht als  
Ersünde.

An eurem Brief stört mich am  
meisten, Genossinnen, daß ihr gene-  
rell die Fähigkeit auch des fortschrit-  
tlichen oder linken Mannes zu einer  
selbständigen selbstkritischen Hal-  
tung seiner Rolle als Mann gegenüber  
verneint. Ihr behauptet sogar, Männer  
könnten „diesen unseren Kampf ge-  
gen die Interessen der Männer“...  
niemals unterstützen! In bezug auf  
Fragen wie 4 218, Frauen zum Bund  
gewerkschaftliche Fragen usw. ist  
diese Behauptung offensichtlich un-  
sinnig. Auch im Kampf gegen das  
kapitalistische Leistungsprinzip und  
Konkurrenzsyste haben wir durch-  
aus eigene Interessen einzubringen.  
Im Kampf gegen die Sexualunter-  
drückung wollen wir euren Führungs-  
anspruch jedoch nicht leugnen. Unse-  
re „eigene Liquidierung“ als Unter-  
drücker – wie ihr euch ausdrückt –  
ist aber auch unsere eigene Befrei-  
ung; das Ideal von Beziehungen und  
Sexualität ohne Zwang und Beherr-  
schung eines Menschen durch den  
anderen gilt auch für uns Männer. Ge-  
stattet uns also bitte, daß wir dazu  
auch ein Wort mitreden.

Ihr solltet auch mal erklären, wie  
ihr das mit dem „taktischen Verhält-  
nis“ zu den „Männern der Arbeiter-  
klasse“ (!) im Klassenkampf meint.  
Das ist doch hoffentlich nicht wört-  
lich gemeint?

Wenn ihr glaubt, daß die ver-  
schärften Widersprüche „zwangsläuf-  
ig“ eine Solidarisierung der Männer  
„vor allem in Männergruppen“ zur  
Folge habe, dann täuscht ihr euch.  
Zum einen gibt es für diese Rolle der  
Männergruppen keine Beweise; soll-  
tet ihr welche haben, dann bitten wir  
sehr darum, uns das zugänglich zu  
machen. Außerdem wäre dieser

„Umweg“ zur Durchsetzung männli-  
cher Beherrschungsinteressen auch  
unsinnig. Schließlich kann man sich  
ja nach wie vor in den meisten oder  
allen gesellschaftlichen Bereichen  
auf seine Macht stützen,  
braucht also für die Unterdrückung  
der Frauen keine kunstvoll getarnten  
„Sonderkommandos“, „Geheimor-  
ganisationen“ etc. Auch wenn wir  
uns nicht als 5. Kolonne der Frauen-  
bewegung sehen, solltet ihr wenigs-  
tens mal einen Gedanken daran ver-  
schwenden, ob das Hinterfragen und  
Kritisieren typisch kapitalistisch-  
männlichen Verhaltens von einer  
Männergruppe aus für euch nicht eine  
Unterstützung sein kann.

Übrigens, gilt eure Ablehnung von  
Männergruppen auch für Schwulen-  
gruppen oder nur für Heteros? Wenn  
nicht, sehe ich, daß wir noch eine  
eventuelle Chance haben, „davonzu-  
kommen“ – wir haben uns ja in un-  
serer Männergruppe auch das Ziel ge-  
setzt, unsere homosexuellen Gefühle  
offenzulegen.

P.S.: Als Einstieg in die Problematik  
der Männergruppen können folgende  
Bücher nützlich sein: „Männergrup-  
pen“, Edition Queimada; Volker Elis  
Pilgrim „Manifest des freien Mannes“.  
Vorsicht! Krisenliteratur! Kritisch  
lesen!

Hl., KB Hamburg

oft als Reaktion auf Frauen, die  
kämpfen, – nicht um auszuweichen,  
sondern um selbst etwas an sich zu  
arbeiten) dann haben auch sie Grün-  
de, diese Rolle umzukrempeln.

Ihr schreibt: „Diese unseren  
Kampf können Männer niemals  
unterstützen, denn er richtet sich  
gegen ihre elementaren Bedürfnisse  
und ihre Persönlichkeitsstruktur... Es  
hieß, sämtliche Erkenntnisse der  
Arbeiter(innen)bewegung auf den  
Kopf zu stellen, wollten die Unter-  
drücker den Unterdrückten anbieten,  
ihnen bei der eigenen Liquidierung  
beihilflich zu sein“. Tut mir leid,  
das ist mir zu platt! Die Persönlich-  
keitsstruktur hat viele frauenfeindli-  
che und menschenfeindliche Züge,  
ja, aber die elementaren Bedürfnisse  
sind m.M. nach andere. Auch Männer  
können sich z.B. nach zärtlicher  
Sexualität, Offenheit u.ä. sehnen,  
anstatt den angelernten Ruck-Zuck-  
Bums als größtes Glück zu empfin-  
den und ja kein Gefühl zeigen. Es  
geht eben nicht um Liquidierung,  
im Gegenteil, sie sollen viel lebendi-  
ger werden. Ich zieh mich nicht an  
diesem Ausdruck hoch, wie ihr viel-  
leicht schon befürchtet, sondern ich  
frag mich einfach, was soll dieser  
Ausdruck?

Und weil, obwohl z.B. im KB  
irgendwo (?) der Anspruch existiert,  
auch Verhaltensweisen u.ä. zu kriti-  
sieren, in der täglichen politischen  
Arbeit meist noch wenig Platz für  
das Aufarbeiten solcher Dinge bleibt,  
und weil man/n auch über gewisse  
Phasen ruhig einen Schub in dieser  
Richtung nötig hat, deshalb finde  
ich das Interesse, sich zu diesem  
Zweck, der Selbsterfahrung mit an-  
deren Männern zusammenzusetzen,  
berechtigt. Warum sollen nicht auch  
Männer sich zusammen was klar-  
machen, anstatt daß wir ihnen immer  
alles erklären sollen und jedem ein-  
zeln, denn wir sind ja doch immer  
wieder mit ihnen konfrontiert. Wenn  
Männer ihre spezifische Struktur,  
und wie diese dem System nützt,  
analysieren und Veränderungen prak-  
tizieren wollen, dann nützt uns das  
doch!

2. Ansonsten sehe ich einen ziem-  
lichen Unterschied zwischen Frauen-  
und Männergruppen. Eine Männer-  
gruppen-Bewegung wird nie das  
Ausmaß der Frauenbewegung anneh-  
men. Erstens einfach, weil nur ein  
sehr geringer Teil von Männern bereit  
ist, ihre Rolle infragezustellen und  
sehr geringer Teil von Männern bereit  
ist, ihre Rolle infragezustellen und  
dies so wichtig zu nehmen, um in  
einer MG diesen Prozeß zu intensi-  
vieren.

Zum zweiten, weil MG und FG  
verschiedene Aufgaben haben. Wir  
Frauen müssen langfristig und vor  
allem den Kampf gegen die äußeren  
Zwänge führen (Berufliche und son-  
stige Diskriminierung, Erziehung  
usw.), unser Kampf wird noch  
mindestens Jahrzehnte dauern; wir  
müssen uns ständig und langfristig or-  
ganisieren und viele verschiedene  
Aufgaben neben der Selbsterfahrung  
und persönlichen Unterstützung an-  
packen.

Nach wie vor sind wir die doppelte  
Unterdrückten. MG dagegen arbeiten  
an einem Teilbereich der allgemeinen  
Unterdrückung bzw. an dem Part,  
den sie dabei spielen sollen. Die Auf-  
gaben von MG sehe ich viel be-  
schränkter, vorübergehender angelegt  
(ich kann mir nicht vorstellen, daß  
ein Mann sein Leben lang in einer  
MG arbeiten wird, wohl sehe ich das  
aber bei Frauen). Auch „Männer-  
zentren“ u.ä., Demos wie von uns ...  
kann ich mir nicht vorstellen, denn  
ihre Problematik reiht sich immer  
wieder schnell in die allgemeine  
Unterdrückung ein.

3. Im übrigen wissen wir eigentlich  
kaum, wohin die Ansätze von MG  
überhaupt zielen. Es gibt nur wenige  
MG, und die meisten sind schon wie-  
der zerbrockelt; ich möchte aber  
nicht ein Engagement von vornherein  
verurteilen, von dem ich kaum etwas  
weiß, nur Spekulationen habe. Wo  
wird denn sichtbar, daß MG 'zwangs-  
läufig' eine Solidarisierung 'gegen die  
Frauen' darstellen?? Ich bezweifle  
nicht, daß es zu Strömungen kom-  
men kann, wo Männer sich dann  
selbstmitleidig hinstellen, sich ihrer  
Rolle ausgeliefert fühlen und sagen,  
sie seien genauso unterdrückt, oder  
sie könnten sich nicht so schnell än-  
dern, wie Frauen das wollten. Aber  
ich geh nicht davon aus, daß die gan-  
zen MG in dieser Haltung münden  
werden und womöglich dann gegen  
die Frauen zu Felde gezogen wird.  
Außerdem können wir, wenn solche  
Standpunkte aufkommen, ja auch ein









# Lesben • Schwule

## Christa Mewes — eine deutsche Anita Bryant!

Daß Christa Mewes mit ihrer reaktionären Pädagogik weithin Interesse findet (ihre Bücher erreichten bisher eine Auflage von 2 Millionen!) und deutliche Unterstützung von Seiten reaktionärer bis faschistischer Kreise findet, wurde schon in AK 129 sehr gut dokumentiert. Doch auch wir Schwulen bekamen kürzlich unseren Anteil an ihrer Sichtweise mit.

Im Leitartikel des „Rheinischen Merkur“ (3.8.79), einer von der Katholischen Bischofskonferenz mitfinanzierten Zeitung, beschäftigte sich die „Hausfrau und Mutter“ aus Uel-



Buchautorin Christa Mewes (2 Mio. Aufl.) sieht durch die Schwulen die „gesunde Substanz aller“ gefährdet

zen mit dem Problem, wie angesichts immer offener auftretender Homosexueller „die Volksmeinung“ wieder mehr „Anspruch auf Gehör“ erhal-

ten könne. Scheinängstlich fragt sie in der Überschrift: „Homosexualität als Vorbild?“ und setzt dann lang und breit auseinander, warum „unsere Kinder“ wieder mehr „geschützt“ werden müssen.

Anita Bryant trat mit der ebenso scheinheilig benannten „Save Our Children Inc.“ (Rettet unsere Kinder) an die amerikanische Öffentlichkeit, um die Schwulen wieder zurück ins Ghetto zu treiben (ausführlich beschrieben in der Broschüre „10 Jahre Stonewall – 10 Jahre Schwulen- und Lesbenbewegung“ der AG Schwule). In den USA treten die Schwulen heute allerdings um ein vieles massiver und massenhafter auf als bei uns.

Trotzdem hetzt Christa Mewes nach dem Motto „den Anfängen wehren!“ kräftig drauflos. Anlaß war eine Demonstration von etwa 1.500 Schwulen und Lesben anlässlich des „Homolulu“-Treffens in Frankfurt. Da schreibt sie von „bedrückenden Eindruck“, den der Fernsehbericht über die Demo vermittelt habe: „Wie entsetzlich elend sehen die ins Bild gerückten aus – wie krank!“

„Die Bürger schweigen verwirrt... viele spüren... einen nicht definierbaren Widerstand. Sie haben das dumpfe Gefühl, daß ihr Widerstreben nicht nur einfach ewiggestrig ist, sondern das nicht näher artikulierbare Gespür für eine Gefahr, für ein sich ausbreitendes Nicht-in-Ordnung-Sein – eine Abwehr, die gar nicht dem Einzelnen gilt, sondern sich auf die Gefährdung der seelisch gesunden

Substanz aller bezieht.“ Diesen Satz sollte man/frau ruhig noch einmal lesen – die Ungeheuerlichkeit allein der Wortwahl ist atemberaubend!

Dies sind allerdings keine Ausreißer, nein, es geht in eben dieser Art weiter. So hat das Streben nach der „Schöpfungsordnung“ (= Heterosexualität) „mehr Gesundheit“, „mehr Zukunft zur Folge“. Sonst drohe „Verfall und Untergang“ des deutschen „Volkes“. Deshalb müsse durch entsprechende Erziehung dafür gesorgt werden, „daß es in der jungen Generation mehr gerade Gewachsene gibt“. Da kommt selbst der „Vorwärts“ nicht umhin, ihr vorzuwerfen, derartige Wörter hätten „Ende der zwanziger Jahre eine Aufforderung zum Eintritt in die NSDAP nach sich gezogen“ (9.8.79).

Aber beileibe nicht nur in Worten offenbart Christa Mewes ihre rechte Gesinnung. Der Inhalt entspricht exakt faschistischer Argumentation: es gibt eine natürliche Norm; wer sie verletzt, gefährdet die Gesundheit und Zukunft des Volkes, vor allem die bei uns vorhandene „seelisch gesunde Substanz“. Da die Volksmeinung gesund ist, muß krank sein, wer die Norm nicht erfüllt.

Ansatzpunkt – wegen des großen Erfolges nun auch in diesem Theater –: die Verführung zur Homosexualität. Da Homosexualität „im jungen Erwachsenenalter durch ein entsprechendes Erlebnis zur manifesten Weichenstellung gebracht“ werde, müsse vor allem erreicht werden, daß

es zu solchen Erlebnissen gar nicht erst kommt. Und wodurch? Erraten: zurück ins Ghetto! Mehr noch: die Homosexuellen sollen in ihr Programm aufnehmen, „mitzuhelfen, daß Jugendliche nicht zur Homosexualität verführt würden“!

Wie sagte doch Anita Bryant: „Wenn man den Homosexuellen erlaubt, an die Öffentlichkeit zu



Was sich beim Papst (hier Paul Nr.6, angeblich schwul, in inniger Umarmung) unterm Fummel abspielt, ist uns egal. Nur daß uns die Kirche mit ihrer sexfeindlichen Moral bedroht, ist von Übel. Wie Paul spricht auch Christa von einer „Schöpfungsordnung“. Nicht der Schwule ist pervers, sondern die Pfaff/inn/en, die ihm was wollen.

kommen, entmutigt dies die Jugend“ (lt. „New York Post“, 25.2.77). Oder: „Es gibt kein Menschenrecht, unsere Kinder zu verführen“ (Anzeige der „Save Our Children Inc.“).

Hier wie dort, derselbe an herkömmliche Vorurteile ansetzende Quatsch mit brauner Soße. Nur haben wir es nicht mit einer minder intelligenten Werbeschauspielerin zu tun, sondern mit einer gelehrten Psychotherapeutin, die für ihre reaktionären Unterstützer pseudowissenschaftliche Argumente für ein moralisches und pädagogisches Roll-Back liefert. Nicht umsonst verlieh ihr die Herderbücherei eine Goldmedaille, Springer gratulierte und läßt sie öfters neben dem Erzkardinal Prof. Hofstätter psychologische Ratschläge unter Volk bringen, und die „Deutschland-Stiftung“, CSU-eigen und gerichtlich bestätigt „von Alt- und Neufaschisten durchgesetzt“ („DVZ“, 26.8.79), verlieh ihr den sogenannten „Adenauerpreis“.

Wir haben in der Broschüre „10 Jahre Stonewall ...“ dargelegt, daß die Kampagne der Anita Bryant Teil einer Strategie der Rechten ist, über Fragen der Moral, der Gleichberechtigung von Minderheiten oder der Frauen einen politischen Rechtsruck abzustützen und gegebenenfalls zu forcieren. Bei uns ist der politische Rechtsruck schon Realität und bei einem Kanzler Strauß ist die weitere Entwicklung klar abzusehen. Hier beginnt jetzt aber der Kampf an der ganzen Front: die Reform des § 218 wird zunehmend angegriffen, es wird vom Aussterben der Deutschen gefaselt und Christa Mewes bläst zum Halali auf die Schwulen.

Wenn sich zunehmend Schwule in „Anti-Strauß-Initiativen“ zusammenschließen, sollte Christa Mewes die ihr gebührende Aufmerksamkeit finden. Ihr Schoß ist fruchtbar noch!

AG Schwule

P.S. Wir fordern speziell unsere schwulen bzw. lesbischen Leser auf, zum aufkeimenden antischwulen Roll-Back in Leserbriefen Stellung zu beziehen.

glücklicher fühlen und England würde

glücklicher fühlen und England würde ein besserer Ort für ihre Bemühungen sein.“ Seine Meinung über Mary: „Sie ist nett und sehr lieb, aber sie kann sehr dumm sein.“

Mary Whitehouse zog sich daraufhin aus der ganzen Angelegenheit zurück. Sie sei nicht darauf vorbereitet, mit dem Bischof zu argumentieren, meinte sie.

(Aus „Gay News“, Nr.171)  
AG Lesben

## Gottesdienst

Im Rahmen der „Gay-Pride-Week“ fand in England ein schwuler Gottesdienst statt. Ca. 200 Leute aus neun Ländern kamen, unter anderen Pastor Joseph Douce aus Paris, Pastor Jones Clinton hielt die Predigt und ein Vertreter der NIGRA aus Belfast leitete die Gebete. Die schwule Gemeinde drückte ihre Freude über diesen ungewöhnlichen Gottesdienst auch dadurch aus, daß sie die Kirche mit vielen „Gay-Pride-Week“-Luftballons schmückten. Ein ähnliches Ereignis wird für den 16. Dezember in der gleichen Kirche geplant.

(aus „Gay News“, Nr.172)  
AG Lesben

## Whitehouse

Der 66-jährige Dr. Stockwood, seit 20 Jahren Bischof, hatte in seinem Rundbrief an seine Diözese geschrieben, daß Homosexuelle, genau wie Heterosexuelle, zu einer „reinen und glorreichen Beziehung“ fähig sind. Außerdem schrieb er, daß „solche Beziehungen notwendig sein können, um ein ausgefülltes Leben und wahres Glück zu erreichen“. Derartige rief natürlich sofort Mary Whitehouse auf den Plan. Sie schrieb flugs einen bösen Brief an den Bischof, in dem sie ihn u.a. fragte, ob er „die Praktiken ständiger Masturbation und Sodomie, die unter einigen Homosexuellen üblich sind, unterstützt, ob er von der Kirche erwartet, das gleiche zu tun und ob er meint, daß diese Praktiken der Wille Gottes sind?“

Der Bischof erwiderte, sie solle doch ihre Sex-Besessenheit aufgeben und lieber ein wenig Sozialarbeit leisten. Es gäbe doch zum Beispiel so viele arbeitslose Jugendliche. „Wenn Mrs. Whitehouse ihnen helfen könnte, würde sie sich bestimmt

## Sieg in den USA!

Die Sache hatte begonnen, Aufsehen zu erregen, als der Engländer Carl Hill sich am Flughafen von San Francisco nicht zurück nach England schicken ließ. Er war mit seinem Freund gekommen, um am „Gay-Pride-Day“ teilzunehmen, da erlebte er bei der Einwanderung eine unangenehme Überraschung: Die Einwanderungsbehörde wollte ihn nicht ins Land lassen, da durch seine „Gay-Pride“-Plakette klar sei, daß er schwul ist. Carl kehrte aber nicht resigniert um, wie die meisten vor ihm, die auf dieses Hindernis gestoßen waren, sondern er bestand auf Einwanderung. Die Gesetze besagen, daß in einem solchen Fall eine Kommission des „Öffentlichen Gesundheitsdienstes“ eingesetzt wird, um den Aufmäpfen zu untersuchen. Bei Schwulen besteht diese Kommission aber aus Psychologen und Psychiatern! Ein schwuler Anwalt nahm sich der Sache an, mit dem Ergebnis, daß sich die zuständige Kommission für nicht kompetent hielt, eine Diagnose zu stellen. Homosexualität ist in den USA vor kurzem aus dem Katalog der Krankheiten gestrichen worden. Wie also etwas diagnostizieren, das gar keine Krankheit ist? Die Kommission meinte, das würde das glei-

che bedeuten wie „Ampel“ als Krankheit herauszufinden.

Carls Fall hatte internationale Solidarität hervorgerufen. Die IGA schaltete sich sehr effektiv ein, Aktionen in Europa, Australien und Neu Seeland fanden statt. Als Carl einen Protestbrief mit 1000 Unterschriften bei der amerikanischen Botschaft übergab, wußte er noch nicht, daß die Schlacht wenige Stunden vorher gewonnen worden war! Die Einwanderungsbehörde lenkte ein.

Aber die Freude war nur kurz. Einwanderungsbeamte hielten kurz darauf ein schwules mexikanisches Paar auf und wollten es mit dem nächsten Flugzeug zurückschicken. Ein amerikanischer Freund, der gekommen war, um es abzuholen, rief sofort den Anwalt an, der schon Carl unterstützt hatte. Auf die Verantwortung des Anwalts durften die beiden dann doch einreisen. Ein Hearing sollte am 14. August stattfinden. Wieder wurde internationaler Protest laut. In England wurden dem amerikanischen Botschafter ein Protestbrief, der von vielen Prominenten und unbekannten Schwulen unterzeichnet war, und ein persönlicher Protest von Carl übergeben, der inzwischen nach England zurückge-

kommen war, gleich nachdem er seinen Fall gewonnen hatte.

Kurz vor dem Hearing machte die Einwanderungsbehörde einen Rückzieher: Sie verzichtete auf das Hearing und ließ eine Anweisung an alle Einwanderungsstellen ergehen, künftig nicht mehr das Gesetz mit Zwang durchzusetzen. Der Kongreß soll sich jetzt um die Aufklärung der konfuse Rechtslage kümmern. Die schwulen Aktivisten begrüßen das, sie erwarten, daß dieses diskriminierende Gesetz endlich aus den Gesetzbüchern verschwinden wird.

Bis vor zwei Monaten war unbekannt gewesen, wie oft derartige Ereignisse an den Grenzen stattfanden. Jetzt wird deutlich, daß es wesentlich häufiger war, als die meisten vermutet hatten. Bis jetzt waren alle immer kampflös wieder umgekehrt. Die IGA hat dazu aufgerufen, solche Fälle auch in anderen Ländern zu untersuchen und die Gesetze zu überprüfen. Es liegen schon Berge von Material vor. Aufgrund dessen soll dann auch in anderen Ländern der Kampf in diese Richtung aufgenommen werden.

(aus „Gay News“, Nr.173)  
AG Lesben

## Heterosexualität ist heilbar!

Die amerikanischen Zeitungen überschlagen sich anlässlich der Ergebnisse einer Untersuchung, die das bekannte Forscherehepaar Jasters und Mohnson in ihrem kürzlich erschienenen Bestseller „Gibt es eine Rettung für Homosexuelle?“ einer staunenden Öffentlichkeit präsentierte.

Sensationellste Erkenntnis: Es ist möglich, Homosexuelle umzupolen! Von 54 Männern und 13 Frauen, die das Paar zwischen 1968 und 1977 behandelte, wurde nur jede/r dritte rückfällig. Insgesamt wird die Mißerfolgsrate nach Ansicht von Mohnson keinesfalls die 45 %- Marke übersteigen.

Ausgangspunkt dieser Heilungen war die Erkenntnis vorheriger Untersuchungen 88 schwuler/lesbischer Paare und 57 Heteropaare hinsicht-

lich ihrer Sexualität. Dabei zeigte sich, daß homosexuelle Sexualakte weitaus kommunikationsfreudiger, einfühlsamer und phantasievoller waren als die der Heterosexuellen, bei denen sich der Sex unter großem Schweigen abspielte, mechanisch und im Akkordverfahren. Um in Zukunft möglichst vielen Menschen die positiveren homosexuellen Liebesmöglichkeiten zu erschließen, begannen sie in aller Stille mit ihren Umpolungsbehandlungen.

Diese Therapie kann aber nur bei Heteros mit einer hohen Motivation durchgeführt werden. Bei den Klienten handelte es sich deshalb vor allem um solche, die extrem unter ihrer heterosexuellen Veranlagung litten. Manche Fragen bleiben vorerst noch offen. So ist eine prinzipielle Aussage über die Umpolmöglichkeit auf

der Basis von nur 67 Patienten schwerlich möglich.

Ein Genosse aus Hamburg

Anmerkung der bearbeitenden AG Schwule: Der Genosse berichtet zwar wahrheitsgemäß von den Untersuchungen über homo- und heterosexuelle Sexualität, begeht aber zwei wichtige Fehler: erstens heißt das Forscherehepaar Masters und Johnson und zweitens haben sie Homosexuelle und Lesben zu Heterosexuellen umgepolt, was zwar der Logik ihrer vorherigen Untersuchung entgegensteht, aber Masters und Johnson sind schließlich selbst hetero.

Wir hoffen, mit unserer Richtigstellung dem Genossen trotzdem nicht den Mut zu weiteren Beiträgen genommen zu haben!

**Abonniert den**  
**ARBEITERKAMPF!**

Diese einzigartige linke Zeitung  
mit ständigen Schwulen-/Lesbenseiten  
erscheint 14-tägig und kostet im Abo

27,50 DM halbjährlich  
55.- DM jährlich

Bestellungen an  
J.Reents Verlag  
Lerchenstr.75  
2000 Hamburg 50





# Nachrichten aus Schule und Hochschule



**Gesamtschulstreit in Hamburg-Altona:**

**„Gesamtschule soll bleiben, wir lassen uns nicht vertreiben“**



Der Aufruf der Reaktion zur Verteidigung ihrer Privilegien

Nach einem Urteil des Obergerichts muß die soeben erst neu eingerichtete Gesamtschule Altona wieder geschlossen werden, die vier dort eingerichteten Gesamtschulklassen haben das Gebäude „unverzüglich“ zu verlassen. Das von einem rechten Gymnasialelternteil angestrebte Urteil ist bei den betroffenen 118 Kindern, den Eltern und allen Befürwortern der Gesamtschule auf große Empörung gestoßen und bringt die halbherzige Gesamtschulpolitik der SPD erheblich unter Druck. Einhellige Meinung von Kindern und Eltern: wir bleiben hier!

die Straße gesetzten Kinder vom Gericht schlichtweg ignoriert werden, wird das politische Interesse des Elternteils, dessen Kind am Besuch des Gymnasiums ja gar nicht gehindert wird, aufgewertet: „Der von der Antragseinerin (Anm. AK: die Behörde) für maßgeblich gehaltene Umstand, daß (...) sich 125 Schüler für den Besuch einer Gesamtschule angemeldet haben (...) und infolge der aufschiebenden Wirkung der Anfechtungsklage während der Prozedur in dem Gymnasium als Gesamtschüler nicht unterrichtet werden können, wiegt ebenfalls nicht schwerer als das Interesse der Antragsteller“.

Daß es sich hier um ein von Gesamtschulgegnern erstelltes politisches Urteil handelt, wird vollends deutlich, wenn vom Gericht auch die anderen neu eingerichteten Gesamtschulen in Frage gestellt werden:

„Die Antragseinerin indes hat zusätzlich zu den bereits bestehenden acht Gesamtschulen zum Beginn des Schuljahres 13 neue errichtet, so daß sich möglicherweise eine Zahl ergibt, die das für eine Erprobung notwendige und zulässige Maß überschreitet. Hinzu kommt, daß die Antragseinerin für die Errichtung neuer Gesamtschulen Gebäude bestehender Regelschulen in Anspruch nimmt. Bei diesem Vorgehen der Verwaltung drängt sich der Eindruck auf, daß die Gesamtschulen nach den Plänen der Antragseinerin nach und nach bestehende Regelschulen herkömmlicher Art verdrängen sollen. Ob dies noch mit dem Versuchscharakter der Errichtung von Gesamtschulen zu vereinbaren ist, muß im Hauptsacheverfahren geklärt werden.“

Das Urteil hat für die betroffenen Schüler weitreichende Folgen: 118 Gesamtschüler im Alter von zehn bis zwölf Jahren müssen nach zweiwöchigem Unterricht in ihrer Gesamtschule diese Gebäude verlassen und sich somit erneut an eine neue Umgebung gewöhnen. Sie werden dabei erhebliche längere Fahrtzeiten in Kauf nehmen müssen, während in Altona Räume leerstehen. Da einige Lehrer sowohl im Gymnasium als auch in Gesamtschule unterrichten, wird eine räumliche Trennung dazu führen, daß sich die Schüler auch an z.T. neue Lehrer werden gewöhnen müssen.

**Kinderfeinde als „Retter der Schule“**

Die Eltern, die hinter der jetzt positiv beschiedenen Klage stecken, sind auf den Privilegien des Gymnasiums bedachte Kräfte, deren Kinderfeindlich-

keit jetzt offensichtlich wird. Einer der Beteiligten ist Mitinitiator der Initiative „Elternrecht für alle“. In dieser Eigenschaft hatte er unter der Parole, die Gesamtschule „zerschlägt gewachsene und bewährte Schulstrukturen zugunsten unsicherer Schulversuche“, zu einer Anti-Gesamtschuldemonstration im Januar aufgerufen. Mit von der Partie war damals die „Hamburger Gemeinschaft „Rettet die Schule““, die so tat, als würde sie von den Interessen der Eltern aus argumentieren, wenn sie zur Ablehnung der Gesamtschule aufruft: „Niemand weiß, wo sich künftige Orientierungsstufen und neue Gesamtschulzüge befinden werden, welche Schulwege und welche organisatorischen Schwierigkeiten also auf die Kinder und auf die Schulen zukommen“. Mit der jetzt erfolgten Klage ist deutlich geworden, daß es genau diese rechten Eltern sind, die den Kindern organisatorische Schwierigkeiten und lange Schulwege aufbürden, nur um die Gesamtschule, in der sie „ein Instrument zur Durchsetzung gesellschaftspolitischer Veränderungen“ sehen, zu verhindern.

**SPD vor den Scherben der eigenen Politik**

Die SPD hat an der jetzt entstandenen Lage ein gerütteltes Maß an Mitverantwortung zu tragen.

Führte sie noch 1974 den Bürgerentscheidungskampf unter der Parole „Gesamtschule muß Regelschule werden“, so schob sie mit der 1977 erfolgten Einführung des „Elternrechts“ den Eltern den Schwarzen Peter bei der Durchsetzung von weiteren Gesamtschulen zu. Nur die Tatsache, daß sich die SPD bisher gewehrt hatte, die Gesamtschule als Regelschule zu verankern, ermöglichte jetzt das Urteil des Obergerichts. Da ein ähnliches Urteil an jeder anderen neu eingerichteten Gesamtschule auch gefällt werden könnte, sah sich die SPD unter dem Druck von rechts jetzt zum Handeln gezwungen. SPD-Fraktionsgeschäftsführer Busse erklärte ganz offen: „Es ist nicht unser Ziel, die Gesamtschule zur Regelschule zu machen. Durch das Obergerichtsurteil werden wir möglicherweise dazu gezwungen.“ („HA“, 12.9.79).

Am 12.9. brachte dann die SPD-Fraktion in der Bürgerschaft einen Gesetzentwurf ein, in dem die Gesamtschulen den Charakter von Regelschulen erhalten und damit den

## Das geht alle Eltern an!

**Liebe Eltern!**  
Das Hamburger Schulwesen steht an einer entscheidenden Wende: Neue Schulformen sind aus dem Boden gestampft wor-

den, viele bewährte Schulen sind in ihrer Existenz bedroht. Deshalb haben die Elternvertreter wählen eine große Bedeutung. Nehmen Sie an der Wahl teil!

**Fragen Sie die Kandidaten:**

- 1) Treten Sie für die Erhaltung unserer Schule ein, in die unsere Kinder gehen?
- 2) Treten Sie dafür ein, daß unsere Schule freigehalten wird von jeglicher rechts- oder linksextremistischer Beeinflussung?
- 3) Treten Sie dafür ein, daß alle Schulen personell und finanziell so gut ausgestattet werden wie die Schulversuche?

**Geben Sie Ihre Stimme nur Kandidaten Ihres Vertrauens! Sie können aber auch selbst als Klassenelternvertreter und/oder für den Elternrat kandidieren, wenn Sie sich persönlich aktiv für diese Ziele einsetzen wollen.**

**Auch für den Elternrat sind alle Eltern einer Schule wählbar. Daher müssen auch alle Eltern über den Wahltermin für den Elternrat unterrichtet werden. Lassen Sie sich auch über aktuelle Schulfragen informieren, über Klassenfrequenzen, Lehrerzuweisungen, Stundenausfälle usw.**

*Hamburger Gemeinschaft*

## „Rettet die Schule!“

Grotelertwiete 10b, 2100 Hamburg 90  
„Die Welt“, 7.9.79

## Solidarität mit Schülern und Eltern der GS Altona

Gegen den gerichtlich verordneten Rauschmiß der Altonaer Gesamtschüler aus ihrer Schule sind inzwischen viele Solidaritätsadressen eingegangen. Solidarisch mit den Altonaer Gesamtschülern sind u.a.:

- über 2/3 der Gymnasiallehrer des Gymnasiums Altona, die eine gute Zusammenarbeit mit der neu eingerichteten Gesamtschule feststellen
- ca. 200 Gymnasialschüler der Schule (so viele Unterschriften wurden innerhalb von zwei Tagen gesammelt)
- die Schülerzeitung „Stechmücke“ der Schule, die eine Sonderausgabe für die Gesamtschule herausbrachte
- die Gesamtschul-Initiative Blan-

- kenese, die fast 3000 DM für Prozeßkosten gesammelt hat
- Initiative der Gesamtschule Farmsen-Berne
- Elternversammlung der Gesamtschule Meerweinstraße
- Kollegium der Gesamtschule Max-Bräuer-Straße
- GEW-Betriebsgruppe der Gesamtschule Steilshoop
- Bunte Liste/ Wehrt Euch
- SPD-Bürgerschaftsfraktion
- Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule (GGG)
- Referendarausschuß
- Kinderhaus

Solidaritätsadressen können geschickt werden an die Eltern der Gesamtschule Altona, Billrothstr. 33, 2 Hamburg 5).

Schulen des dreigliedrigen Schulwesens gleichgestellt werden. Außerdem erweitert das Gesetz die Rechte des Senats, die Schulstruktur zu verändern, eine Änderung, die sich durchaus auch gegen die Interessen von Eltern und Schülern richten kann: „Die Errichtung, Schließung, Zusammenlegung, Teilung und Verlegung von Schulen sowie die Frage, ob und wo Eingangsklassen für die verschiedenen Schulformen eingerichtet werden, regelt der Senat durch Rechtsverordnung“. Dieses Gesetz kann frühestens am 3. Oktober verabschiedet werden.

**„Wir bleiben in Altona“**

Empört reagierten die betroffenen Schüler und Eltern auf das Urteil des Obergerichts. In kürzester Zeit unterschrieben 107 Eltern

einen Offenen Brief an Senator Grolle, in dem sie ankündigten, daß sie sich „mit aller Entschiedenheit dafür einsetzen, daß alle unsere Kinder an der Gesamtschule Altona, in ihrem jetzigen Gebäude, unterrichtet werden.“

Am 13.9. fand dann ein Elternabend der Gesamtschulsenats statt, der zu einer Demonstration der Entschlossenheit von Eltern und Schülern wurde. Die Kinder hatten massenhaft Transparente und Plakate gemalt („Gesamtschule soll bleiben, wir lassen uns nicht vertreiben“, „OVG – NEE!“, „Gesamtschule soll Regelschule werden“, „Gesamtschule hurra – wir bleiben in Altona“), einen kurzen spontanen Demonstrationsschritt um den Block durchgeführt und beteiligten sich rege und ohne Angst vor dem anwesenden Senator



Grolle und Schulrat Neckel an der Diskussion. Grolles Vorschlag, die Kinder bis zur Verabschiedung der Gesetzesänderung mit Schulbussen in eine leestehende entfernte Schule zu transportieren, stieß auf lautstarken Protest. Auch das als Bonbon gedachte Angebot, bis dahin eine Klassenreise auf Staatskosten durchzuführen, fand keine Zustimmung. Mißtrauisch fragten die Eltern: „Wer garantiert uns denn, daß das so schnell durchgepeitschte Gesetz dann wirklich keine neuen juristischen Probleme aufwirft und nicht aus dem Provisorium für drei Wochen eine Gefplogheit für Monate oder gar Jahre wird?“

Unter dem Beifall der übrigen Eltern erklärte ein Vater: „Ich bin nicht bereit, mein Kind auf eine andere Schule zu schicken, es wird hier vor diese Schule gehen und warten. Ich habe die feste Absicht, mich strafbar zu machen.“

Grolle bekundete für den Protest der Eltern sein Verständnis und erklärte, daß er den Eltern keine Strafbefehle ins Haus schicken werde, was von den Eltern positiv vermerkt wurde.

Die Auseinandersetzung hat ihren Höhepunkt noch nicht erreicht. Wenn in der kommenden Woche die Kinder die Schule räumen sollen, wird dies sicherlich nicht ohne Proteste verlaufen. Die CDU kündigte inzwischen gegen die Gesetzesänderungen einen „Schulkampf bisher nicht gekannten Ausmaßes“ an. Um dieser Kampagne der Reaktion zu begegnen, dürfte eine kämpferische Schüler- und Elternbewegung für Gesamtschulen der beste Garant sein. Auf den Eiertanz der SPD darf man gespannt sein.

Ein Hamburger Lehrergenosse

## Kurzmeldung

### Warnung vor dem Lehrstudium

Es ist mittlerweile üblich geworden, daß die Kultusminister die Bekanntgabe von Einstellungszahlen mit Warnungen vor dem Lehrstudium verbinden, um so arbeitslosen Lehrern die Schuld an ihrer Situation in die Schuhe zu schieben. Man habe sie ja vor diesem Studiengang gewarnt. Die rheinland-pfälzische Kultusministerin Laurien machte dies mal wieder am 23.8., wobei sie auch darauf hinwies, „daß es erstmals in Rheinland-Pfalz keine Klasse mehr gäbe, die mehr als 40 Schüler hat“ (FAZ, 25.8.). Sie traf auf ein unerwartetes Echo. Zuerst meldete sich ein ihr untergebener Kunsterzieher, der eine Gymnasialklasse mit 41 Schülern unterrichtete und in zwei anderen Klassen 40 Schüler betreut (FAZ, 6.9.79). Dann erklärte auch noch ein Vertreter der Bundesanstalt für Arbeit, daß es eine alte Regel sei, „daß in einer prognosegläubigen Umgebung ein einzelner häufig eine kluge Entscheidung trifft, wenn er stets genau das tut, wovon alle abrat“ („Welt“, 10.9.79) und belegte dies damit, daß die Zahl der Lehrerstuden-ten viel stärker als gewünscht geschrumpft sei. Aber Frau Laurien blieb unbeirrt: „Ich erwarte von den Studenten mehr Umstellungsbereitschaft“ (Welt, 11.9.), erklärte sie inzwischen. Da mag man studieren was man will. Irgendwelche Warnungen hat man sicher nicht beachtet.

\*\*\*

### Aktion große Klasse

Mit dem Pillenknick zieht eine neue Gefahr am bildungspolitischen Horizont auf: „Die zu kleine Klasse, in der das einzelne Kind sich nicht mehr in der Masse verstecken kann und so einen steigenden Schulstreß erlebt“ (FAZ, 25.8.). Der CDU-Kultusministerin Laurien gebührt der Verdienst, darauf hingewiesen zu haben. Da mag SPD-Kultusminister Girgensohn nicht zurückstehen: „Sorgen Sie dafür, daß kleinere Klassen nicht zu einem größeren Streß für die Schüler führen“, appellierte er an die Lehrer. Denn: „Ich war ja auch mal Schüler. Wie war das denn früher in den großen Klassen? Wir haben oft genug den breiten Rücken des Vordermannes benutzt, um einmal etwas anderes zu machen als aufzupassen“ (HA, 10.9.). Bisher gehörte die Forderung nach Senkung der Klassenfrequenzen zum bildungspolitischen ABC der Politiker. Es war nur nicht machbar. Es ist schon seltsam anzusehen, wie sich mit Veränderungen im Bildungs-

wesen auch die pädagogischen Erkenntnisse weiter entwickeln.

\*\*\*

### Übernehmen Kommunisten die Schulbehörde?

Hamburg. Der „Bild-Zeitung“ (5.9.) ist zu verdanken, daß ein unglaublicher Skandal an die Öffentlichkeit kam: „Klammheimlich haben Hamburgs Kommunisten Senator Grolles Schulbehörde blockiert – für sie die erste Etappe auf dem Weg zur Machtübernahme (...) An den 500 Hamburger Schulen geht nichts mehr ohne die Kommunisten (...) Läßt der Senat demnächst auch die Schulpolitik bestimmen?“

Hintergrund: Gegen Versetzungen von Lehrern, Anordnungen von Mehrarbeit und unsoziale Arbeitsverträge hatten die Personalräte, in denen sich auch DKP-Mitglieder befinden, Widerspruch eingelegt. Nach dem undemokratischen Personalvertretungsgesetz kann die Behörde aber trotzdem (als „vorläufige Regelung“) derartige Anordnungen durchsetzen. So kann „Bild“ seine Leser auch gleich wieder beruhigen: „Grolle konnte gerade noch das Schlimmste verhindern“.

Doch die Ruhe trügt: Wie der ARBEITERKAMPF aus gut unterrichteter Quelle erfahren hat, planen Hamburgs Kommunisten jetzt eine Leserbrief-Kampagne gegen die Bild-Zeitung, mit der sie die Redaktionsschreibweise lahmlegen wollen – als erste Etappe auf dem Weg zur Machtübernahme bei der Springer-Presse.

\*\*\*

### Neue Polizeifachhochschule

Eine neue Polizeifachhochschule wird sich ab Mitte Oktober in den Räumen einer ehemaligen Hildesheimer Sonderschule einnisten – allen Protesten v.a. seitens der Eltern der Sonderschüler zum Trotz.

Die Schule wird den gesamten Nachwuchs für die „mittlere Führungsebene des Polizeivollzugsdienstes“ ausbilden. Ihr Leiter soll Hans-Joachim Juretzky werden, bekannt geworden als einer der Einsatzleiter gegen die Demonstration in Grohnde am 19.3.77.

Die Hildesheimer Initiativgruppe „Wir wollen sie nicht“ weist darauf hin, daß der Polizei-Abteilungs-Studentenrat nun ab Herbst im Gesamt-ASTA der Fachhochschulen Hildesheim vertreten sein wird. „Die Werkzeuge der Durch- und Ausführung des niedersächsischen Hochschulgesetzes in den eigenen Reihen!“

## „Dem Gesamtschultheater endlich ein Ende bereiten“

Die Versuche der CDU/CSU, die Einrichtung weiterer Gesamtschulen auch in SPD-Bundesländern zu verhindern und bestehende Gesamtschulen auszuhöhlen und schließlich zu liquidieren, nehmen konkretere Formen an. Neben Erpressungsmanövern mit der Nichtanerkennung von in SPD-Bundesländern erlangten Abschlüssen werden – unter grotesker Verdrehung der Tatsachen – angeblich „wissenschaftliche“ Untersuchungen aus dem Hut gezaubert, aus denen die „Überlegenheit“ des dreigliedrigen Schulsystems hergeleitet wird.

### „Wissenschaft“ à la CDU/CSU

Die Einrichtung von Gesamtschulen wurde 1969 mit der Auflage verbunden, daß die Versuche von einer wissenschaftlichen Kontrolle begleitet sein müßten. Es entwickelte sich das aufwendigste sozialwissenschaftliche Forschungsvorhaben der BRD. Untersuchungen, die an verschiedenen Aspekten die Überlegenheit der Gesamtschule gegenüber dem herkömmlichen Schulwesen nachweisen, sind Legion. Mehrere 100 Millionen DM wurden dafür ausgegeben. Seit 1977 versucht sich die bund-Länder-Kommission einen Überblick über diese Untersuchungen zu verschaffen. Im kommenden Jahr soll ihr umfangreicher Auswertungsbericht vorliegen. Für die Entscheidung, ob das Schulwesen zugunsten der Gesamtschule umgestaltet wird, wiegen alle diese Berichte nicht mehr als ein Schwanenflaum. Denn jene Bund-Länder-Kommission, die nächstes

Jahr ihr dickleibiges Werk vorlegt, trifft vorher Festlegungen, die die Vergleichbarkeit der Gesamtschule mit Hauptschule, Realschule und Gymnasium bezüglich Mindestschuldauer, Fächer- und Stundenrahmen, Zielsetzungen und Abschlusanforderungen sowie Regelungen für Versetzungen und Übergänge festlegen. Dies ist das Ergebnis der Vereinbarungen über den Bildungsgesamtplan, denen die SPD-regierten Länder zugestimmt haben (vgl. AK 158, S.32).

Für die Gesamtschulen bedeutet dies, daß sie zu Differenzierungsmaßnahmen gezwungen werden, die dem dreigliedrigen Schulsystem entsprechen, daß der Arbeitslehre-Unterricht abgebaut wird, daß Möglichkeiten zur Wahl von Unterrichtsfächern drastisch eingeschränkt werden. Faktisch wäre dies der Tod der integrierten Gesamtschule, ohne daß diesen Änderungen irgendwelche wissenschaftlichen Untersuchungen zugrunde liegen. Hatte die CDU/CSU die Einrichtung weiterer Gesamtschulen jahrelang mit dem Argument blockiert, man müsse erst die Ergebnisse der laufenden Untersuchungen abwarten, so wird jetzt ohne Kenntnisnahme dieser Untersuchungen unter die Gesamtschulentwicklung der Schlußstrich gezogen. Dies alles hindert die CDU/CSU nicht daran, in der Öffentlichkeit den Anschein zu erwecken, als würde ihre ablehnende Haltung gegenüber der Gesamtschule durch wissenschaftliche Untersuchungen bestätigt:

– mit großen Schlagzeilen in den Zeitungen wurde im Juni in Nordrhein-Westfalen eine Untersuchung präsentiert, nach der die Schulleistungen an Gesamtschulen um 50 % niedriger lägen als im herkömmlichen Schulwesen. Daß der Autor dieser Studie, Prof. Fend, diese Behauptung als unrichtig bezeichnete, fand natürlich keine großen Schlagzeilen, und es hinderte den CDU-Politiker Köppler

nicht daran, zu fordern, daß „die Regierung diesem Gesamtschultheater jetzt endlich ein Ende bereiten müsse“ („FAZ“, 22.8.79).

– „Die besten Studienanfänger kommen aus den unionsregierten Ländern“, meldete die „FAZ“ am 30.8. in ihrer Hauptschlagzeile. Die dieser Meldung zugrundeliegende Untersuchung wurde wenige Tage später vom Bildungsministerium als „mangelhaft“ bezeichnet. Zum einen sei sie nicht repräsentativ, zum anderen berücksichtige sie nicht, daß die SPD-regierten Länder einen erheblich höheren Anteil von Jugendlichen zum Abitur führe.

– Auf ähnlich wackeligen Füßen steht auch eine 1977 in Bayern erstellte voluminöse Untersuchung über „Schulversuche mit Gesamtschulen in Bayern“, die keine wesentlichen Vorteile von Gesamtschulen erkennen läßt. Der fragwürdige wissenschaftliche Ansatz dieser Untersuchung wurde inzwischen von anderen Wissenschaftlern nachgewiesen (z.B. in den „Gesamtschulinformationen“ 4/78 des Pädagogischen Zentrums Berlin und in der „Neuen Deutschen Schule“ 2/79). Wie in Bayern „Untersuchungen“ betrieben werden, machte Kumi Maier deutlich, als er erklärte, „er halte es für unwahrscheinlich, daß die noch bis 1981 laufenden Schulversuche Ergebnisse bringen könnten, durch die sich die Haltung der CSU-Regierung ändern würde“ (Welt, 28.6.79). „Unwahrscheinlich“ ist dabei noch vorsichtig ausgedrückt, denn es ist schon längst beschlossene Sache, daß „Bayern nach 1981 die Schulversuche mit der Gesamtschule auslaufen läßt“ („Welt“, 30.6.79).

### Erpressungsmanöver

Im Ak 158 schrieben wir, daß die SPD mit ihrer Zustimmung zum Bildungsgesamtplan die Gesamtschulentwicklung in die Hände der

CDU gelegt hat. Die CDU-Länder können jede beliebige Anforderung an die Gesamtschule stellen, die SPD muß ihr zustimmen, weil sonst der Knüppel der Nichtanerkennung der Abschlüsse aus dem sack gezogen wird. Einen Vorgesmack dieser Politik hat jetzt Westberlin bekommen. Die bayerische und schleswig-holsteinische Landesregierung haben beschlossen, die Abschlüsse der neuen westberliner Oberstufenzentren in ihren Bundesländern nicht anzuerkennen. Diese Oberstufenzentren sollen einen Beitrag zur Integration beruflicher und allgemeiner Bildung leisten; die Absolvierung des Berufsbildungsjahres wird an die gymnasiale Oberstufe gekoppelt, wobei besonderes Gewicht auf berufsbezogene technisch-naturwissenschaftliche Fächer gelegt wird. Das geht der CDU wohl ans humanistische Gymnasium. Eine Einigung ist aber schon in Sicht: „Schulsenator Rasch möge seine politische Gangart des unerprobten Schulreformmodells zügeln, heißt es.

Er möge sein Modell nicht als neue Regelschulart anmelden, sondern als – zu prüfenden – Schulversuch“ (FAZ, 31.8.79). Und prompt „zügelte“ Rasch sein Modell. Noch vor Beginn des Projekts wurden 4600 Schülerplätze aus dem Programm gestrichen! Westberliner Schulpolitik – made in Bayern! Ein erfolgreiches Erpressungsmanöver zieht weitere nach sich. Und die SPD/FDP-Kultusminister, die sich hier so bereitwillig erpressen lassen, müssen sich sagen lassen, daß sie den CDU/CSU-Angriffen durchaus etwas entgegensetzen könnten: ein engagiertes Eintreten für die Gesamtschule. Davon sind diese Herren jedoch weiter denn je entfernt.

Ein Hamburger Lehrergenosse

## VS-Geheimfond: Jetzt fließt das Geld ganz offiziell

Interessanterweise fallen die Jungsozialisten (nach Darstellung der „FR“) gemäß den beschlossenen „Richtlinien“ nicht unter die Förderungswürdigkeit. Sollten sie etwa nach Meinung des Haushaltsausschusses nicht die Gewähr für ein Engagement im Sinne der fdGO bieten oder hat man dort einfach Angst, durch eine derartige öffentliche Unterstützung ihre Anziehungskraft auf „Abtrünnige“ zu vermindern? Jetzt kommt die Stunde der Wahrheit! Bei Bekanntwerden der Zahlungen aus diesem Fond hatten, bis auf den RCDS, der es für selbstverständlich hält, vom VS gesponsert zu werden, alle anderen Organisationen ein wildes Selbstverteidigungsgeschrei erhoben. Angeblich hatte niemand etwas gewußt! (Obwohl erklärtermaßen das Geld persönlich übergeben wurde.) Jetzt sind die damaligen Versprechungen zu prüfen. An der Grundlage für die Vergabe der Gelder hat sich nichts geändert, Voraussetzung ist weiterhin die durch den VS bestätigte „Verfassungstreue“. Da gibt es nur einen Weg: so eindeutig als Bestechungsgelder ausgezeichnete Zuwendungen müssen abgelehnt werden!

SSB/Hamburg

## Landesschulamt [CDU] verbietet der Stadt Kiel [SPD] Umfrage zur Gesamtschule

Mitte August hat das Landesschulamt der schleswig-holsteinischen Landesregierung (CDU) der Stadt Kiel untersagt, eine Fragebogenaktion zum Thema Gesamtschule durchzuführen. Geplant war die Befragung von Eltern Dritt- und Viertklässler, um einen vermehrten Bedarf an Gesamtschulplätzen nachzuweisen. Eine ganz solide Angelegenheit – sollte man meinen. Nicht so das CDU-Landesschulamt; seine Ablehnung begründete das Landesschulamt so: „Nach den Debatten in der Ratsversammlung ... wird mit der Befragung eindeutig das Ziel verfolgt, eine Änderung der durch das Schulgesetz festgelegten Schulstruktur zu erzwingen. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts überschreitet die Landeshauptstadt damit den Rahmen ihres Selbstverwaltungsrechts.“

Wie man mit einer Fragebogenaktion eine Änderung des Schulgesetzes erzwingen kann – auf diese Frage muß das Landesschulamt natürlich eine Antwort schuldig bleiben, derart unlogisch ist diese Aussage. Der Kern des Verbots liegt denn auch vielmehr darin, zu verhindern, daß die Stadt Kiel „ein Argument (!) in die Hand bekomme, das

ihre Forderung nach Einführung der Gesamtschule als eine gesetzliche Regelschulform unterstützt“ (nach „Kiel Nachrichten“, 11.8.).

Weiter heißt es in der Verbotsbegründung: „In die Befragung wolle die Stadt Kiel ... die Gesamtschule im gesetzlichen Sinn als „Schulart“ einbeziehen. Die Gesamtschule werde sogar an erster Stelle im Fragebogen vor den gesetzlich gegliederten Schularten genannt. Der Landtag habe indessen der Gesamtschule nicht den Status einer Regelschule gegeben. Laut Schulgesetz handelt es sich in Schleswig-Holstein bei Gesamtschulen um Versuchsschulen. Es sei nicht Aufgabe der Stadt Kiel, zusätzliche Plätze für gar nicht vom Land geplante Versuchsschulen vorzuhalten. Aufgabe des Schulträgers sei es vielmehr, die erforderlichen Plätze im Regelschulwesen vorzuhalten“ (nach „KN“, 11.8.).

Letztgesagte Äußerung ist geradezu die Krone der Provokation: Wer die Situation in Schleswig-Holstein kennt, weiß, daß seit Jahren insbesondere von Elternverbänden, Schülern, der GEW u.v.a. immer wieder mehr und kleinere Klassen gefordert werden (für die Regelschulen!), ohne daß sich bis heute etwas daran geändert hat, daß Schles-

wig-Holstein das Bundesland mit den größten Klassen und der größten Sitzbleiberquote ist! Wer die Begründung genau studiert, wird ebenso erkennen, daß mit der leidigen Tatsache, daß Gesamtschulen in Schleswig-Holstein eben „Versuchsmodelle“ sind, das Verbot der Fragebogenaktion begründet wird. Damit kann solchen Fragebogenaktionen durchaus generell ein Riegel vorgeschoben werden, denn am Status der „Versuchsschule“ wird sich im CDU-regierten Schleswig-Holstein gewiß nichts ändern.

Weitere Gründe für das Verbot: Laut Schulgesetz sei es dem Kultusminister vorbehalten, statistische Erhebungen „schulbezogener Tatbestände“ durchzuführen und: „die von Kiel gewünschte Befragung sei auch überflüssig“!

Anzumerken bleibt noch: Während die Auseinandersetzungen um die Gesamtschule den zurückliegenden Landtagswahlkampf prägten (insbesondere die SPD und ihre Anhängerschaft die Werbetrommel für die Gesamtschule rührten), bleibt ein entsprechender Protest gegen diese Verbots-Willkür der CDU-Regierung bislang aus.





**GESUNDHEITSTAG**  
BERLIN 14.-18. MAI 1980

Aufruf zur Vorbereitung und Unterstützung der Initiative

## Gesundheitstag statt Ärztetag

Vom 13. bis zum 17. Mai 1980 findet in Berlin der Deutsche Ärztetag statt. Im Mittelpunkt steht die Verabschiedung eines neu formulierten gesundheitspolitischen Programms, das in der Öffentlichkeit die Meinung der gesamten Ärzteschaft repräsentieren soll.

Wie immer werden kritische Meinungen und Gegenpositionen von Ärzten und erst recht von nicht ständisch organisierten Beschäftigten im Gesundheitswesen nicht zu Wort kommen.

Der Termin gibt uns Anlaß, die vorhandene Öffentlichkeit positiv zu nutzen und unsere eigenen Perspektiven darzustellen.

Wir wollen dem Ärztetag einen Gesundheitstag entgegenstellen.

Mit dem Gesundheitstag Berlin 1980 planen wir die Organisation und Durchführung eines nationalen und internationalen Treffens von Beschäftigten im Gesundheitswesen, die kritische Einstellungen, alternative Vorstellungen und praktische Gegenpositionen zum bestehenden Versorgungssystem entwickeln und vertreten.

Das Ziel eines umfassenden Meinungs- und Erfahrungsaustausches und einer wirksamen Gegenöffentlichkeit veranlaßt unser Veranstaltungsprogramm vom 14. bis zum 18. Mai 1980.

Die Kollegen planen „Wissenschaftliche Vortragsreihen“ zu Themen wie: Knastmedizin, Pharmaindustrie, Medizin und Atomkraft, Arzneimittel-schäden, Psychiatrie - Anti - Psychiatrie u.v.a.m.

Gruppen, Initiativen aus dem ganzen Bundesgebiet sind aufgerufen, an diesem „Gesundheitstag“ mitzuwirken. Wenden können sie sich dazu an den

Gesundheitsladen Berlin e.V.  
Kantstr. 148

1000 Berlin W. 12  
Tel.: 030/31 70 76

Gesundheitskommission

## Wohnungspolitik auf CDU/CSU-Kurs?

Durch eine „gezielte Indeskrektion“ wurde Ende August ein internes Papier aus dem Wohnungsbauministerium bekannt, daß der für das Wohnungswesen verantwortliche Abteilungsleiter Ulrich Pfeiffer als „wohnungspolitische Strategie“ der 80er Jahre für Bauminister Haack erarbeitet hat. Das Papier sieht eine völlige Umstellung und Reduzierung der Wohnungsbauförderung vor und das endgültige Aus für den Sozialen Wohnungsbau, das in den letzten Jahren schon öfters diskutiert und insbesondere von der CDU/CSU gefordert worden war. Das Bundesbauministerium „dementierte“ die Veröffentlichung nur insoweit, daß es voreilig sei, von einer „Konzeption des Ministeriums“ zu sprechen. Es wird aber bereits zwischen dem Ministerium und den Fachleuten der SPD-Bundestagsfraktion erörtert (FAZ, 25.8.). Die CSU kommentierte, daß die Analyse das „amtliche Eingeständnis schwerwiegender Fehler und Versäumnisse“ sei (FAZ, 22.8.).

Die wichtigsten Vorschläge von Pfeiffer für eine Neuordnung der Wohnungspolitik sind:

1. Die Objektförderung (sozialer Wohnungsbau) ist auf eine individuelle Förderung besonders „Bedürftiger“ (z.B. alte Menschen, Kinderreiche, etc.) mit einer entsprechenden Erhöhung des Wohngeldes umzustellen.

2. Die Kommunen mieten die Wohnungen, die besonders benötigt werden, auf dem freien Markt, zugleich schießen sie dem Bedürftigen, der auf eine Sozialwohnung Anspruch hat, einen Teil der Mietkosten zu. Im Gespräch sind hierbei Zahlen von 1 DM

bis 1,40 DM/qm. Pfeiffer stellt fest, daß dieses Modell weitaus günstiger als die bisherige Objektförderung sei. Das ist sicher richtig, wenn man bedenkt, daß die Miete im sozialen Wohnungsbau heute bei Neubauten von ca. 15 DM/qm auf 5-6 DM/qm heruntersubventioniert wird. Eine Streichung dieser Zuschüsse würde also für die Sozialmieter erhebliche finanzielle Mehrbelastungen bringen und Staat und Kommune entlasten.

Gelobt wird in der Studie das Wohngeld, weil es familienfreundlich sei und den Ärmern zufließt. Das ist allerdings nur vordergründig richtig. Tatsächlich bekommen ja letztlich die Hausbesitzer diese Subventionen für ihre teuren Wohnungen, die Mieter reichen das Wohngeld lediglich weiter. Abgesehen davon ist die Wohngeldförderung relativ gering, sie entspricht heute etwa der Summe, die auch die Bausparer bekommen, und der Paragraph 7b (Steuerersparnis bei Hauskauf) verschlingt sogar zweieinhalbmal soviel.

Die Pfeiffer-Studie wurde auch von Kurt Biedenkopf (CDU) begrüßt, der vor einem halben Jahr in seiner Schrift „Wohnungsbau am Wendepunkt“ eine neue Wohnungsbaupolitik gefordert hat. Er will den „übertriebenen Mieterschutz“ marktgerecht gestalten wissen und insbesondere das Vergleichsmietenprinzip abschaffen, das „fast auf einen Mietschopp“ hinausläuft (FAZ, 7.9.). Auch der Koalitionspartner FDP plant eine „Neuordnung“ der Kompetenzen des Bundes. Das Wohnungsbauministerium hält die FDP für die nächste Legislaturperiode sogar für überflüssig.

Wohnungskommission

## Chef des Hartmann-Bundes wegen fahrlässiger Tötung verurteilt

Horst Bourmer, Chefarzt der Chirurgischen Abteilung des Städtischen Krankenhauses Köln-Worringen und Vorsitzender des Hartmann-Bundes (reaktionäre ständische Ärztevereinigung), sowie Präsident der Bundesvereinigung Deutscher Ärzteverbände und Vorstandsmitglied weiterer Ärzte-Vereinigungen ist wegen fahrlässiger Tötung eines Patienten zu einer Geldstrafe von 54.000 DM (das soll 3 Monatsgehältern entsprechen) verurteilt worden. Mit ihm wurde angeklagt und verurteilt sein Oberarzt Balkar Yekebas, der beteiligte Arzt Alfred Frisse war bisher nicht verhandlungsfähig. Die drei Ärzte sind dafür verantwortlich, daß ein 22-jähriger Patient im Juli 1970 auf dem Operationstisch starb. Der operierende Arzt Frisse hätte wohl (zumindest

nicht alleine) nicht an einen Patienten herangelassen werden dürfen: nachdem er 10 Jahre lang nicht praktiziert hatte, alkohol- und drogen-süchtig gewesen war, hatte Bourmer ihn in seine Station aufgenommen, angeblich aus Mitleid. Diese „großzügige“ Geste wurde Bourmer auch noch als strafmildernd angerechnet.

So uneigennützig war denn aber Bourmer doch nicht. Für seine Station, auf der es für 50 Patienten nur fünf Ärzte gibt, davon zwei noch in der Ausbildung, kam Frisse gerade recht, denn er wollte kostenlos arbeiten, sein früherer Arbeitgeber Boehringer zahlte ihm noch ein monatliches Gehalt.

Nachts war immer nur ein Arzt im Krankenhaus, d.h. auch die Assistenzärzte und Medizinalassistenten blieben allein bei den Patienten.

Für den 22-jährigen Patienten Uwe Kusch bedeutete dies das Todesurteil: Frisse machte eine ganze Reihe von Fehlern bei der Behandlung und Operation des Patienten. Der Ärztekritiker Julius Hackethal hat diesen Fall in seinem Buch „Auf Messers Schneide“ beschrieben und gefordert: „Solchen Fall von Einsatz eines Unfähigen zu verantwortungsvollem Oberarzt-Bereitschaftsdienst dürfte man keinem Chefarzt verzeihen. Das wäre ein Grund zu fristloser Kündigung. Uwe starb an ein paar Dutzend Verarzungsfehlern, von denen mindestens die Hälfte nachweisbar schuldhaft und einige gräßliche Kunstfehler waren“ (Stern, 6.9.79).

Doch wer kündigt schon einem Bourmer?

Gesundheitskommission

## Na endlich! Klinikchef muß gehen!

Westberlin. Seit längerem stehen die „Bonhoeffer-Anstalten“ (Bonnys Ranch), eine der größten Verwahranstalten mit 1.200 Eingesperrten im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Der Grund für die Kritik aus der Öffentlichkeit:

- Viele der Patienten müssen eine gefängnisähnliche Kleidung tragen
- persönliche Gegenstände werden ihnen abgenommen
- für die 90 (!) Patienten einer Station stehen nur zwei Ärzte zur Verfügung.

Diese Liste der Mißstände ließe sich beliebig fortführen (siehe dazu AK 156, S. 34).

Der langjährige Leiter von „Bonny Ranch“, W. Keup, ist in diesen Tagen von seinem Amt zurückgetreten. Auch innerhalb des Personals war sein autoritärer Führungsstil immer mehr auf Widerspruch und Kritik gestoßen. So erzählten Mitarbeiter Ende letzten Jahres zwei Personalversammlungen, auf denen sie von der Anstaltsleitung Stellungnahmen zu den schlechten Verhältnissen forderten. Keup selber entzog sich

feige der zweiten Sitzung, nachdem er vorher zugeben mußte, daß eine „Vermenschlichung der Stationsatmosphäre... noch nicht in allen Gebäuden durchgeführt“ worden sei. So kann man die schlechte Personalsituation auch beschreiben.

Es bleibt zu hoffen, daß anti-

psychiatrische Bürgerinitiativen und die Kollegen der Anstalt selbst weiter am Ball bleiben. Keups Rücktritt ist zwar ein schöner Erfolg, aber werden jetzt auch in der Klinik die Gegebenheiten im Sinne der Patienten geändert?

Gesundheitskommission

## Grauer Star durch Augentropfen

Den Zusammenhang zwischen Medikamenten und Grauen Star bzw. Linsentrübungen haben einige Wissenschaftler jetzt nachgewiesen.

Professor Otto Hockwin vom Klinischen Institut für experimentelle Ophthalmologie (Augenheilkunde) der Universität Bonn stellte fest, daß Linsenschädigungen heute „keine Seltenheit“ (FR, 25.8.) mehr sind. Zu den die Linse schädigenden und auch Grauen Star hervorrufenden Medikamenten gehören Psychopharmaka, Malariapräparate, Wurmmittel

— ja sogar Augentropfen, denen eigentlich andere Eigenschaften vorausgesagt werden „stören unter Umständen die chemischen Vorgänge, die in der Linse stattfinden, und führen zum Grauen Star“ (FR, ebenda).

Frühere Forschungsergebnisse amerikanischer Wissenschaftler hatten bereits Linsentrübungen durch ein Medikament gegen Augenerkrankungen nachgewiesen.

Gesundheitskommission

## Miethaie

absetzung der Miete, drei Prozent zu Bußgeldbescheiden (FAZ, 19.7.79). Der ortsübliche Mietsatz muß um mindestens 20 Prozent, in einigen Ländern sogar um 33 Prozent überschritten werden, damit überhaupt ein Verfahren eingeleitet wird. Bezeichnend: 55,7% der Verfahren betraf Mietwucher bei ausländischen Mietern.

Wohnungskommission

Türken im Keller

Als ein Arzt einen erkrankten türkischen Arbeiter besuchte, wurde öffentlich, daß ein Hausbesitzer in Königsbrunn bei Augsburg seinen Keller an sechs Türken vermietet hatte (UZ, 24.8.). Einzige Belüftung und Lichtquelle war ein Fenster von einem halben Quadratmeter Größe. Miete: 780 DM.

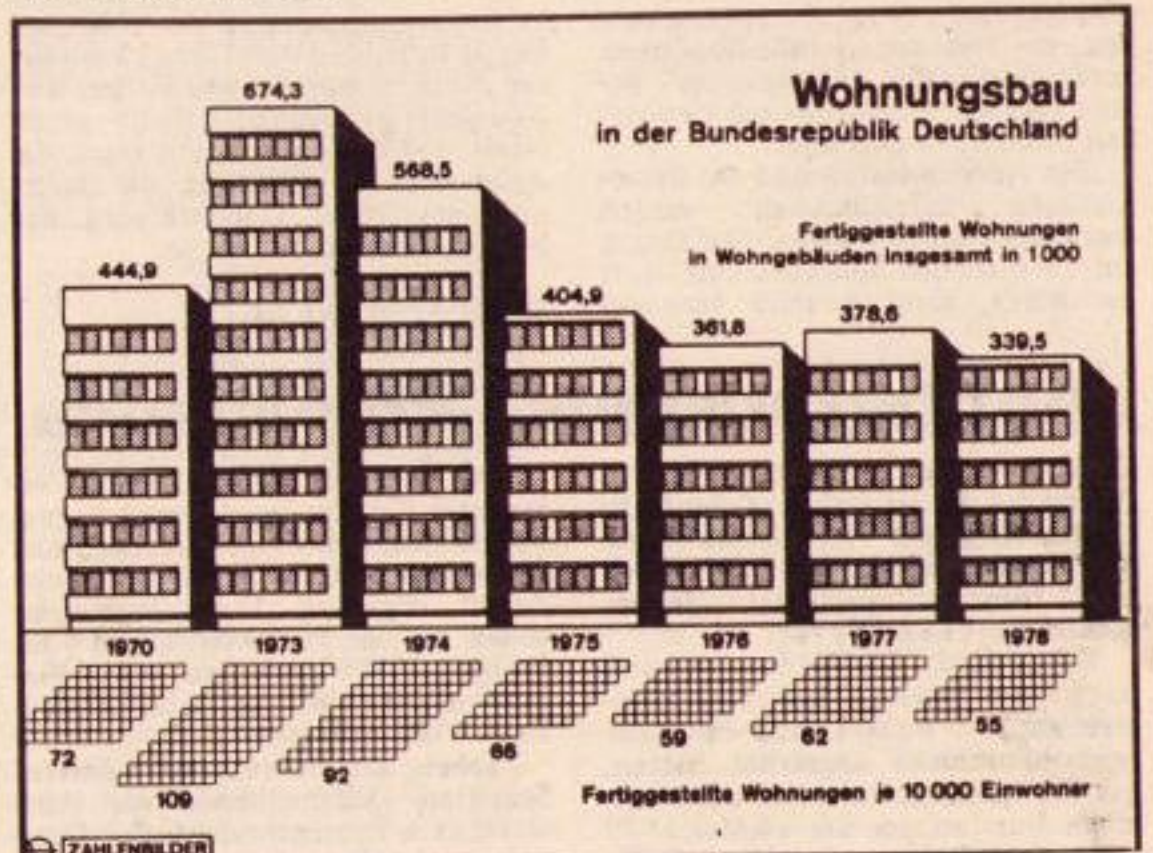
Gesundheitskommission

## Mietwucher bei der Deutschen Bundesbahn

In einem Brief an den Bundesbahnhauptvorstand protestierte die Eisenbahner-Gewerkschaft gegen die skandalösen Bedingungen in den Bundesbahn-Wohnheimen für Ausländer in Ulm. Für ein Ein-Bett-Zimmer von 8 Quadratmetern Größe verlangt die Bahn 270 DM „Nutzungsentgelt“, für ein Zwei-Bett-Zimmer mit 15 Quadratmetern 382 DM und für ein Drei-Bett-Zimmer mit 20 Quadratmetern 450 DM. (FR, 22.8.79). Die 63 Männer, die dort z.Zt. leben, müssen sich zwei Duschen teilen, zwei Wannenbäder werden nur am Wochenende zur Benutzung freigegeben. Küchen gibt es nicht, die Zimmer sind ohne Komfort aber mit grellem Neonlicht, die Matratzen sind 15 Jahre alt. Kommentar des DB-Betriebsamtes Ulm: „Die Bahn verdient nicht an den Nutzungsentgelten... Es werden doch nur die tatsächlichen Kosten auf die Heimbewohner umgelegt.“ (Die Neue, 4.9.79).

## Mietwucher vor Gericht

Die Zahl der Gerichtsverfahren wegen überhöhter Mietpreise ist im vergangenen Jahr auf 1400 Fälle zurückgegangen — ein Drittel weniger als 1977. Fast die Hälfte der Verfahren waren in Nordrhein-Westfalen anhängig, wo Mietwucher schon immer stärker geahndet wird als in anderen Bundesländern. Das zeigt, daß der „Rückgang des Mietwuchers“, den manche in diesen Zahlen sehen wollen, mehr der Verfolgungspraxis der Aufsichtsbehörden und der Gerichte zuzuschreiben ist als dem Verhalten der Hausbesitzer. Nur 18 Prozent der Verfahren führten zu einer Her-



Der Wohnungsneubau erreichte im letzten Jahr den tiefsten Stand seit vielen Jahren. Besonders in Ballungsgebieten herrscht drastischer Wohnungsmangel. Selbst Wohnungsbauminister Jaack hält ein Neubauvolumen von jährlich 400 000 Wohneinheiten für erforderlich.

München meldete einen neuen „Rekord“ an Wohnungsnotfällen: 40 852 Wohnungssuchende haben den Vermerk „dringlich“. Die Zahl der „akuten Wohnungsnotfälle“ stieg hier in den letzten anderthalb Jahren von 2 128 auf 7 899, also um fast 300 Prozent („Die Neue“, 1.9.). Entgegen einem mehrfach geforderten Wohnungsnotstandsprogramm, das den jährlichen Bau von mindestens 3000 Sozialwohnungen vorsah, hat die von der CSU beherrschte Stadtverwaltung lediglich Mittel für 600 Sozialwohnungen bereitgestellt.





## Erfolg in Sicht

— will Stadt Kamen

den „Harting-Hof“ verbieten?

„Stadt will JN-Zentrum verbieten“, mit dieser Meldung zu dem berühmten JN-Landeszentrum von NRW, „Gut Barenbräuer“, dem Zentrum der „Harting-Bande“, erschien die Kamener Lokalpresse („WAZ“) am Morgen des 31.8.79. Just passend: Dieser Tag stand in Kamen im Zeichen antifaschistischer Aktivitäten, die der DGB-Kreisverband initiiert hatte und die die Unterstützung durch ein breites Spektrum politischer Kräfte fanden (IGBE, GEW, ASF, JuSos, Falken, Kirchen, Landeskongress Antifa - AKs NRW, VHS, SdAJ). Der DGB hatte den Kampf gegen den Neo-Faschismus zum Schwerpunkt der diesjährigen örtlichen Aktivitäten zum Antikriegstag erklärt.

Der „WAZ“-Meldung zufolge soll die Schließung von „Gut Barenbräuer“ nach Vorstellungen des Stadtdirektors Bönker aus „baurechtlichen

werden, damit es wirklich zur Schließung kommt. Die IGBE-Ortsgruppen Kamen, Bergkamen und Weddinghofen wollen nach eigenen Angaben 10.000 bis 15.000 Unterschriften (WAZ, 1.9.) für die Forderungen nach Schließung von „Gut Barenbräuer“ und Verbot der NPD im Raum Kamen sammeln.

Einer der ersten Unterzeichner war Erich Fried, der sich anlässlich des antifaschistischen Aktionstages in Kamen aufhielt.

Interessante Ausführungen machte auf dem Aktionstag Kultusminister Girgensohn, der als Hauptredner engagiert worden war. Girgensohn mahnte alle Demokraten, acht zu geben, daß sie auf dem rechten Auge nicht blind würden, wie es manchmal die Richter seien, durch deren Urteile die Vorstellung geistere, „daß in unserer Demokratie nicht Unrecht sein darf.“ was in Faschismuseiten

die Schließung von „Gut Barenbräuer“ nach Vorstellungen des Stadtdirektors Bönker aus „baurechtlichen Gründen“ erfolgen. Ein entsprechendes Verfahren sei von der „zuständigen Behörde“ in Übereinstimmung mit dem Oberkreisdirektor eingeleitet worden. Harting müsse nun binnen einer bestimmten Frist Stellung nehmen, andernfalls drohe ihm ein Ordnungsverfahren.

Die Fakten (Installierung sanitärer Anlagen auf dem Hof uam.), auf die sich die Behörden jetzt stützen, sind allerdings nicht neu. Sie wurden den „Stadtvätern“ bereits vor ca. 1 1/4 Jahr von Antifaschisten vorgelegt. Damals wurden sie mit der Behauptung, es handle sich lediglich um Ausbau- und Umbauarbeiten landwirtschaftlicher Art, vom Tisch gefegt.

Ein Wandel läßt sich seit der Demonstration für die Schließung des „Harting-Hofes“ am 12.5.79 erkennen, die von der „Landeskongress antifaschistischer Arbeitskreise“ gerade angesichts behördlicher Untätigkeit initiiert worden war.

Die Antifaschisten und die demokratische Öffentlichkeit werden wachsam bleiben müssen. Der Druck auf die örtlichen Behörden darf nicht nachlassen, sondern muß verstärkt

## „Antiterrorismus“-Propaganda

Einen Zwischenbericht über das Programm des Arbeitsstabes „Öffentlichkeitsarbeit gegen Terrorismus“ legte das Bundesinnenministerium in seiner Informationsschrift „Innere Sicherheit“ (15.8.79) vor.

Nachdem die Länder Saarland und Bayern die Unterzeichnung eines gemeinsamen Bund-Länder-Finanzierungsabkommens abgelehnt hatten, hat der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages am 16. Mai 1979 Mittel in Höhe von 2,6 Mio DM für die jetzt vom Bund allein finanzierten Projekte bewilligt.

Eine wissenschaftliche Arbeitsgruppe arbeitet an vier größeren Projekten:

1. Lebensläufe von Terroristen;
2. Gruppenbildung und -prozesse bei Terroristen und deren Organisationsformen;
3. gesellschaftliche Bedingungen für Terrorismus;
4. Wie rechtfertigen Terroristen ihre Aktionen, auf welche Theorien bezieht sich ihre Ideologie?

Antifa-Kommission Hamburg

# Urteile im Bückeburger Nazi-Prozeß

Die wahre Freude will nicht aufkommen

Nach 3 Monaten Verhandlung verkündete das Oberlandesgericht Celle am 13.9. das Urteil im Prozeß gegen 6 Nazi-Banden: 4 - 11 Jahre gegen Michael Kühnen, Lothar Schulte, Lutz Wegener, Klaus-Dieter Puls, Uwe Rohwer und Manfred Börm.

Das Gericht sah folgendes für bewiesen an:

Im November 77 gründeten Schulte und Wegener eine „terroristische Vereinigung“, deren Ziel Geld- und Waffenbeschaffungsaktionen zum Aufbau einer „Untergrundarmee“ waren. Am 22.11.77 überfielen die beiden die ehemalige Kaserne des suspendierten Unteroffiziers Schulte in Wentorf und erbeuteten ein G3-Gewehr. Zehn Tage später schlugen sie in Köln einen Gaststättenbesitzer nieder, flüchteten dann aber. Am nächsten Tag drangen sie in das Haus eines Kölner Geschäftsmannes ein und nahmen Waffen, Geld und Gegenstände im Wert von 60.000 DM mit. Der nächste Überfall richtete sich gegen ein Munitionsdepot der Bundeswehr in Reinbek, wo sie 1000 Schuß Munition raubten. Gemeinsam mit Rohwer und Puls folgte am 19.12.77 der Überfall auf eine Hamburger Sparkasse. Beute: 66.000 DM. Den Schluß dieser Serie von Einbrüchen und Überfällen bildete der Überfall auf das NATO-Gelände Bergen-Hohne am 19.2.78, bei dem auch Börm beteiligt war. Hier klauten sie 4 MPis.

Wegen „Bildung einer terroristischen Vereinigung“ und bewaffneten Raubes erhielten Schulte 11 Jahre, Rohwer und Puls je 9 Jahre Knast und Wegener 8 Jahre Jugendstrafe. Ihm wurden „Entwicklungsdefizite“ zugestanden. Börm wurde nur der Mitgliedschaft in einer „kriminellen Vereinigung“ für schuldig befunden. Er bekam 7 Jahre Knast. Der Hauptangeklagte Michael Kühnen wurde vom Vorwurf der Mitgliedschaft oder gar der Rädelsführerschaft in der Bande freigesprochen. Zwar habe er an einigen Vorbesprechungen teilgenommen, hinterher auch die Angeklagten gelobt für ihre Taten; er habe aber weder „angestiftet“ noch sich „beteiligt“. Nur weil noch drei wei-

tere Verfahren wegen Volksverhetzung, Verbreitung und Verwendung von NS-Kennzeichen und NS-Propagandamittel in diesem Prozeß verhandelt worden waren, bekam Kühnen 4 Jahre Knast. (Die einzelnen Strafen hätten zusammen 10 Jahre ausgemacht).

Die Strafen gegen die Nazis (mit Ausnahme Kühnens) sind für alle Prozeßbeobachter überraschend hoch ausgefallen — gemessen auch an der Milde, mit der der Vorsitzende Richter Morsching im Verlauf des Prozesses die frechste Nazi-Propaganda duldete, dem Auslandsführer der NSDAP, Garry (Rex) Lauck eigens freies Geleit verschaffte, damit er seine Kumpane entlasten könne usw. Letztlich dokumentiert sich in der relativen Schärfe der Urteile wohl die besondere Bedeutung, die der westdeutsche Staatsschutz diesem Prozeß beimaß. Es ist eindeutig ein Propaganda-Urteil, mit dem vor der demokratischen Öffentlichkeit im In- und Ausland dokumentiert werden soll, daß der § 129a nicht nur gegen „links“, sondern auch gegen „rechts“ angewendet werde. Vor diesem Hintergrund muß man/frau sich klarmachen, daß Kühnen im Hauptanklagepunkt freigesprochen wurde.

Treffender Kommentar der „Frankfurter Rundschau“: „Haben etwa nur die Büttel des Nazi-Regimes einer terroristischen Vereinigung angehört, nicht aber ihr ‚Führer‘, Adolf Hitler?“ (14.9.). Erschrecken muß auch die Tatsache, daß sich alle Angeklagten, insbesondere Kühnen, völlig offen zur NSDAP bekennen dürfen, ohne dafür sofort ein Verfahren zu bekommen. Westberlin hat kürzlich gezeigt, daß es möglich ist, gegen die verbotene NSDAP strafrechtlich vorzugehen (s. AK 161).

Es wird zu beobachten sein, ob über das jetzige propagandistische Urteil hinaus in dem mit Sicherheit zu erwartenden Berufungsverfahren nicht versucht wird, die Strafen wieder zu reduzieren, in der Hoffnung, daß das öffentliche Interesse dann abgeflaut ist. Es wird zu beobachten sein, ob die Nazis ihre Strafe tatsächlich antreten müssen.

Der Prozeß hat wieder einmal deutlich gemacht, wie aus den Rei-

hen der „legalen“ rechtsradikalen Organisationen solche Banden herauswachsen: Kühnen machte seine Lehrjahre bei der NPD durch; auch Puls kommt aus diesem Umkreis. Wegener warb seinen JN-„Kameraden“ für den „SA-Sturm“. Rohwer fungierte neben seiner Tätigkeit als „Gauleiter der Wikingjugend“ auch als Kreisvorsitzender der NPD Schleswig. Erst nach seiner Verhaftung schloß ihn die NPD heimlich, still und leise aus.

Die NPD aber ist laut Urteil des Mannheimer Verwaltungsgerichts „verfassungskonform“!

Auch die „Wikingjugend“ braucht sich kaum Beschränkungen aufzulegen. „Ganz legal“ werden hier Kinder und Jugendliche von langjährigen Nazi-Kadern verhetzt und gedrillt. Die verurteilte „terroristische Vereinigung“ war Teil der regulären WJ-Ausbildungsgruppen. Und die im Prozeß immer wieder erwähnte „Wehrsportgruppe Hoffmann“ betreibt nach wie vor „legal“ die paramilitärische Ausbildung von Kindern und Jugendlichen.

Durch das Urteil von Bückeburg, wie auch kürzlich durch das Westberliner Urteil darf sich die demokratisch-antifaschistische Öffentlichkeit im Gegensatz zu seiner Intention nicht beruhigen lassen. Im Gegenteil: der Prozeß hat erneut deutlich gemacht, daß eine Trockenlegung des Nazi-Sumpfes nur unter öffentlichem Druck geschehen kann. Und es gibt noch viel trockenenzulegen!

Antifa-Kommission Hamburg

## JN-Landeskongreß in Bückeburg

Es ist wohl kein Zufall, daß sich die Jungnazis der NPD ausgerechnet Bückeburg ausgesucht haben, um dort am 16.9. ihren Landeskongreß abzuhalten. Einige von ihnen waren eifrige Gäste beim Prozeß gegen ihre Gesinnungsfreunde Kühnen & Co. Auf ihrem Programm stehen weiterhin Verteilaktionen vor Schulen, eine Kundgebung in Hameln und ein Fackelmarsch in Rinteln. Von einem Verbot ist bisher nichts bekannt.

## Hannover: NPD-Kundgebung am Antikriegstag genehmigt

Wie die hannoversche Linke erst nachträglich erfuhr, fand am 1.9. eine NPD-Kundgebung statt. Anmelder war der NPD-Landesverband Niedersachsen. Die örtliche Presse und auch die Nazi Presse hatte sich darüber ausgeschwiegen. Trotzdem, so berichtete ein Augenzeugen, sammelten sich spontan ca. 300 Passanten, die mit Buhrufen, Krach und Tomaten verhinderten, daß die NPD ihre Propaganda verbreiten konnte. Wie selbstverständlich war Polizei präsent. Sie verhaftete einen Antifaschisten, der angeblich für einen Tomaten-volltreffer an einem Polizisten verantwortlich sein soll.

Antifa - KB/Hannover

## 600 DM Geldstrafe — weil er seine Meinung laut sagte

Bei einer NPD-Versammlung in Darmstadt am 3. Oktober 78 organisierten 400 Antifaschisten eine Gegenkundgebung. Wolfgang Gruber forderte dabei über das Megaphon „Nazis raus aus dieser Stadt“. Stellvertretend wurde er wegen „Störung einer Versammlung“ angezeigt. In zweiter Instanz bestätigte jetzt das Landgericht, daß er 600 DM Strafe zu bezahlen habe. Ein „Widerstandsrecht“ gegen die Neonazis gebe es nicht („FR“, 13.9.79).

## Fünf Fälle von Selbstjustiz: Von der Polizei gelernt!

Fünf Menschen starben in den vergangenen Wochen als Opfer einer brutalen Selbstjustiz.

— In Heilbronn wollten zwei Lehrlinge ihren Rausch im Wochenendhaus des SPD-Stadtrates und ÖTV-Funktionärs Willi Söhner ausschlagen. Über diesen „Einbruch“ von Gärtnern des Gartenbauamtes telefonisch benachrichtigt, ergriff Söhner sein Kleinkalibergewehr und fuhr zum „Tatort“. Dort waren die beiden Jugendlichen gerade aus dem Rückfenster des Hauses wieder herausgeklettert und versuchten den Gartenzaun zu überwinden. Mit gezielten Schüssen wurde Andy (19 Jahre alt) von Söhner tödlich getroffen.

— Im 30 km entfernten Kupferzell erschoss ein Fuhrunternehmer einen Jugendlichen, der sich an seinem Mercedes 280 S zu schaffen gemacht hatte.

— In Kassel wurde ein Einbrecher durch einen Schuß aus dem Revolver eines Hobby-Jägers tödlich verletzt.

— Im niederrheinischen Kerken fühlte sich ein Webereihhaber „bedroht“ als sich ein Unbekannter an seiner Haustür zu schaffen machte. „Ganz ungezielt“ gab er zwei „Warnschüsse“ ab. Der eine Schuß war tödlich.

— Weil in Hamburg-Barmbek fünf Jugendliche nachts durch die Straßen randalierten und dabei auch einiges zu Bruch ging, wollte der Tabakhändler für Ruhe sorgen, indem er auf die Jugendlichen Schüsse abgab. Andreas (16) wurde direkt in die Brust getroffen und starb.

Diese Ereignisse sind erschreckend genug - Stellungnahmen der Beteiligten und Kommentare in Leserbriefen örtlicher Zeitungen geben jedoch zu der Sorge Anlaß, daß es sich nicht nur um zufällige Vorgänge handelt: So rechtfertigte der Kasseler Todesschütze seine Tat damit, daß je-

der, der „auf Einbruchtour geht, mit so etwas rechnen muß“. Leser der „Heilbronner Stimme“ meinten, es gehöre „zur Bürgerpflicht, sich hinreichend zu bewaffnen“ und „wir Schrebergärtner haben immer einen Prügel zur Hand - manchmal ist es dann ein Schießprügel“. Der Todeschuß sei nichts anderes als ein „Urinstinkt der Abwehr“ - so ein anderer Leserbrief.

Diese „Bürgerwehr-Mentalität“ muß wohl vor dem Hintergrund der recht lockeren Schieß-Sitten der westdeutschen Polizei gesehen werden. Daß die „Hemmschwelle zum Töten“ bei Teilen der Bevölkerung



immer weiter sinkt, sieht auch der ehemalige Hamburger Justizsenator und jetzige Direktor des Kriminalwissenschaftlichen Instituts der Uni Köln, U. Klug: „Die Todesschuß-Erlaubnis für bayrische Polizisten, zuweilen vorschnelles „Feuer-Frei“ auf Terroristen und das weit auslegbare Notwehrrecht des Bürgers zum Schutze des Eigentums begünstigt eine Entwicklung, in der sozial-ethische Grenzen immer weniger Beachtung finden.“ Eine beachtenswerte Äußerung aus berufenem Mund!

Antifa-Kommission KB/Gr. Hamburg



## Ausländer — das neue Feindbild?

Wiesbaden: Seit Mai ist ein Forschungsinstitut einer nicht genannten westdeutschen Universität dabei, im Auftrag des BKA die „Entstehungsbedingungen und Verteidigungsprozesse“ der Kriminalität junger Ausländer zu untersuchen. Zielgruppe ist die zweite Generation der „Gastarbeiter“. Befragt werden sollen 100 Angehörige der größten Volksgruppen — Türken, Italiener und Jugoslawen.

Ausländische wissenschaftliche Mitarbeiter sollen sich, wie es die Auftraggeber vom BKA erläutern, ein Bild über das Leben der ausländischen Jugendlichen machen, über ihre Familien, über ihre Erfahrungen in Schule und Arbeit, sowie im Umgang mit der Polizei (!), über ihr Zusammenleben mit Gleichaltrigen und individuelle Besonderheiten.

Die Untersuchung, die für Herbst nächsten Jahres erwartet wird, soll „für die polizeiliche Verbrechensbekämpfung und für kriminal- und sozialpolitische Entscheidungen genutzt werden.“

Anregungen für die Fortbildung von Polizeibeamten sollen ebenfalls davon ausgehen. Die Anleitung der Beamten für den ersten Kontakt mit ausländischen Jugendlichen sei „wesentlich verbesserungsfähig“, so ein BKA-Experte.

Denn gerade die Behandlung der „Gastarbeiterkinder“ als Außenseiter könne nach Aussagen der Wiesbadener Forschungsgruppe den Schritt in die Kriminalität begünstigen.

Die Untersuchung solle also die Ausländer nicht diskriminieren, allerdings wolle das BKA rechtzeitig vorbeugen, um z.B. zu wissen, warum

Daß Ulrich es mit der „Chancengleichheit“ nicht allzu ernst nimmt, gibt er wenig später unumwunden zu: „Es geht nur um einige wenige Stellen, da die Betroffenen ja die gleichen Voraussetzungen erfüllen müssen wie deutsche Bewerber auch, also gute Deutschkenntnisse und Hochschulabschluß bzw. zehnte Klasse Hauptschule.“

Und so beschränkt sich die wirkliche Begründung für diese „Ausländerpolizei“ auf die „notwendige intensivere Kontaktaufnahme“ mit den Ausländern: Die türkischen Polizisten sollen schwerpunktmäßig da eingesetzt werden, wo viele Türken leben, „da sie ein größeres Verständnis für die Probleme ihrer Mitbewohner haben.“ — „Die Kontakte zu ausländischen Bevölkerungsgruppen sollen verbessert werden. Wir haben ja jetzt kaum einen Polizisten, der türkisch spricht.“

Auf die Frage, wo diese Polizei eingesetzt werden soll, versuchte Ulrich allen bösen Vermutungen zu begegnen: „Es soll keine Ghetto-polizei werden, die nur in Kreuzberg Dienst tut, das wäre ja fatal!“

### „Proteste“ von rechts

Gegen die Pläne der Westberliner Polizeiführung wurde eine Protestkampagne ganz besonderer Art inszeniert, die lautesten Stimmen in diesem Chor: Polizei-gewerkschaft, Springer, CDU/CSU. Es sei „mit dem Grundgesetz unvereinbar“, wenn „türkische Arbeitnehmer in den Exekutivdienst der Polizei eingestellt werden. Die Ordnung in unserem Land (könne) nur von deutschen Exekutivbeamten

# Schwarzer August für Kölner Polizei

Viermal mußten sich im August Kölner Polizisten wegen des Vorwurfs der Körperverletzung im Amt vor Gericht verantworten. Das Ergebnis dieser vier Verfahren wirft ein bezeichnendes Licht auf die Praxis der Polizei im Umgang mit der Bevölkerung.

1. Fall: Angeklagt waren zwei Polizisten wegen eines Vorfalls bei der Rather Kirmes 1977. Dort hatte sich nach Darstellung dreier Zeugen folgendes abgespielt: In Rath hatten sich zwei Kirmesbesucher geprügelt; die Polizei war gerufen worden. Nachdem die Polizisten die Adressen der Streitenden aufgenommen hatten, begannen sie, die Straße von den Umstehenden zu räumen. Ein 28-jähriger Autoschlosser fühlte sich bei dieser „Amtshandlung“ von einem Polizisten unsanft zurückgestoßen. Er fragte den Polizisten, ob er sich mit der Uniform besonders stark vorkomme. Antwort (so der Zeuge): „Du bist mir 'ne Nummer zu klein!“ Etwas später ging der Zeuge zum Streifenwagen, um, wie er sagte, von dem darin sitzenden Beamten den Namen zu erfragen. Einer der Beamten sei dann ausgestiegen, habe ihn in den Schwitzkasten genommen und mehrfach mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Nach seiner Festnahme sei er dann auf der Wache auch noch getreten worden. Die Darstellung der Polizisten war natürlich ganz anders: Der Zeuge habe am Streifenwagen gesagt: „Zieh deinen grünen Rock aus, dann bekommst du Prügel!“ und dann habe er einen von ihnen durchs offene Fenster geschlagen.

Der Vorsitzende Richter meinte, der Zeuge hätte sich besser nur die Autonummer des Streifenwagens notiert, um damit dann den Namen des Polizisten herauszufinden. Darauf der Zeuge: „Muß man so 'ne Angst haben vor der Polizei?“ Nach Ansicht des Staatsanwaltes war der Ablauf der Ereignisse nicht genug klagewürdig in dieser Verhandlung. Er beantragte deshalb Freispruch, der dann auch erfolgte.

2. Fall: Vom 15. bis 23. August dauerte das Berufungsverfahren gegen den Polizisten Reiner B. Hier drehte es sich um das polizeiliche Nachspiel

zur Demonstration gegen den Besuch des brasilianischen Präsidenten Geisel in Köln am 9.3.78. Damals waren sieben willkürlich gegriffene Demonstrant(inn)en festgenommen und auf dem Präsidium am Waidmarkt mißhandelt worden. Sie waren von verschiedenen Polizisten getreten und geschlagen worden, und zu guter Letzt war ihnen der Inhalt eines Jauchbeutels ins Gesicht geschmiert worden. Der angeklagte Reiner B. hatte damals einen Festgenommenen und eine Festgenommene geschlagen bzw. getreten. Deshalb war er am 23. April 1979 wegen Körperverletzung im Amt zu 2000 DM Geldstrafe verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hatte er Berufung eingelegt — und wurde am 23. August in zweiter Instanz erneut verurteilt.

3. Fall: Am 26. August feierten ca. 15 Mitglieder eines Motorradclubs ein wenig am Römerpark (Südstadt). Dabei lief ein Cassettenrecorder, und ein Kasten Bier fand auch regen Zuspruch. Einigen Anwohnern war das wohl zu laut; sie riefen um 23.30 Uhr eine Funkstreife. Die kam auch und forderte die Feiernden auf, sich leise zu verhalten. Zwei Stunden später aber wurde die Streife wieder gerufen, und diesmal nahmen die Polizisten 4 Männer fest. Die vier warfen den Polizisten nun vor, sie bei der Festnahme mit Faustschlägen und Fußtritten traktiert zu haben und diese „Behandlung“ auch auf dem Präsidium am Waidmarkt fortgesetzt zu haben. So sagte einer der Festgenommenen aus, er sei mit dem Knie in den Magen getreten und von hinten auf den Kopf geschlagen worden. Der betreffende Polizist sah das ganz anders: „Ich habe ihn durch Handauflagen abgeführt.“ Und zum Vorwurf, er habe jemand getreten, meinte der Polizeiobermeister Reiner Sch. nur, er habe auf der Polizeischule „kleine Tricks“ gelernt. In seinem Plädoyer meinte der Staatsanwalt dann, die Beamten hätten die Eskalation vermeiden können; in anderen Fällen werde anders für Ruhe gesorgt, hier aber sei sicher geschlagen worden. Aber: Die Aussagen der Zeugen waren zum Teil widersprüchlich, so daß auch hier der Verlauf nicht eindeutig nachgewiesen werden konnte. Die Polizisten wurden freigesprochen: „Im Zweifel für die Angeklagten!“

4. Fall: Tags darauf, am 30. August, standen zwei der vier Polizisten vom Vortag wieder im Gerichtssaal vor Richter Busch.

Geschehen war folgendes: Am 29. August 78 gegen 23 Uhr ließen Reiner Sch. und ein Kollege am Rudolphplatz falsch geparkte Autos abschleppen. Ein Autofahrer merkte das rechtzeitig, stieg in sein Auto und fuhr davon. Die beiden Polizisten verfolgten ihn, hielten ihn an und verlangten 40 DM Bußgeld. Außerdem sollte der Fahrer sein Auto zurückfahren und die Kosten für das verhinderte Abschleppen bezahlen. Er weigerte sich; um die streitenden Parteien bildete sich eine Menschenmenge. Zwei zufällig vorbeikommende Rechtsanwälte rieten dem Fahrer, nicht sofort zu bezahlen. Das verstand Reiner Sch. als „Störung einer Amtshandlung“. Der Anwalt wurde nun erstmal in den Streifenwagen getreten („Festnahme“). Ein anderer Passant protestierte gegen diese Behandlung und fragte nach Name und Nummer des Polizisten. Er erhielt durch einen Schlag mit dem Gummiknüppel eine Platzwunde am Kopf und wurde auch festgenommen. Insgesamt wurden vier Personen festgenommen. Reiner Sch. dazu: Er habe auf der Polizeischule — nein, diesmal nicht „kleine Tricks“ — „ein bißchen Psychologie gelernt, und das war... die richtige Maßnahme, um die aufgeregte Menge einzuschüchtern“.

Der lerneifrige Polizist wurde wegen Körperverletzung im Amt zu 2700 DM Geldstrafe verurteilt.

An den 4 Fällen ist teilweise eine gewisse Gleichförmigkeit auffällig: Polizisten stehen gleich mehrfach vor Gericht; wenn Freispruch erfolgt, dann meist aus „Mangel an Beweisen“; immer wieder wird der Waidmarkt als Schauplatz von Übergriffen erwähnt. Mensch könnte daraus Schlüsse ziehen: Etwa, daß Polizisten erst dann verfolgt werden, wenn sie sich öfter erwischen lassen; daß es für Polizisten klüger ist, Betrunkene zu verprügeln; daß im Polizeipräsidium häufiger Festgenommene verprügelt und mißhandelt werden, als jemals bekannt wird... Aber das zu behaupten hat meist schon wieder üble Folgen.

Antifa-Kommission NRW

## Aufregung in Berlin

# Darf ein Türke Polizist sein?



Mit diesem Foto begleitete Springer die Reaktionäre Kampagne

Eine Türkin trägt ihr Kind auf dem Rücken — kein Foto aus Anstalten, sondern aus Berlin.

manche ausländische Jugendliche „sich zu kriminellen Jugendbänden zusammenschließen.“ So befürchteten die BKAler angeblich, daß solche Gruppen der Ausgangspunkt zu organisiertem Verbrechen seien — etwa nach dem Muster der Mafia. Eine entsprechende Entwicklung wie in den USA oder Italien mit der Mafia sei allerdings eine „ferne Zukunftsmöglichkeit“, die Wirklichkeit werden könne, „wenn die Entwicklung total schief läuft.“ Sind dies die Vorbereitungen für ein neues polizeiliches Feindbild?

### Spezielle KOBs für Ausländer?

Westberlin: Einen Tag nachdem die Presse über das BKA-Forschungsprojekt berichtet hatte, wurden am 24.7. Pläne des Westberliner Innensenators Ulrich bekannt, die wohl die gleiche Tendenz haben: nämlich die ausländischen Bürger in der BRD noch schärfer aufs Korn zu nehmen.

Danach sollen im kommenden Jahr auch türkische Bewerber in den Polizeidienst eingestellt werden können (bzw. in den gesamten öffentlichen Dienst), sofern sie die gleichen schulischen Voraussetzungen erfüllen wie die westdeutschen Bewerber. Ulrich will damit angeblich ausländischen Kindern Chancengleichheit verschaffen und begründet den Plan entsprechend: „Es besteht die Gefahr, daß besonders die jungen türkischen Gastarbeiter in ihren Ghettos bleiben und zum Zündstoff werden. Wenn ein Gastarbeiterkind gute Leistungen bringt, soll es auch Polizist werden dürfen.“

aufrechterhalten werden.“ Den Westberlinern sei nicht zuzumuten, bei der Ausführung öffentlicher Gewalt durch ausländische Vollzugsbeamte „bedient“ zu werden, so die Polizei-gewerkschaft im Deutschen Beamtenbund (PDB).

Deutlicher noch wurde Springer, der innenpolitische Sprecher der CSU: Unter dem Schlagwort Integration der Ausländer wolle Ulrich „ein Stück unserer Souveränität“ aufgeben. Hoheitliche Gewalt dürfe nicht in die Hand von Ausländern gelegt werden, da sonst „kostbare nationale Identität“ verloren gehe! Es sei eine Perversion, bei diesem Projekt von Integration zu sprechen. Nun würden nationale Gegensätze (z.B. zwischen Türken und Griechen in Westberlin) auch noch bewaffnet.

Diese Art von „Protesten“ wendet sich — wie sollte es auch anders sein — mit keinem Wort etwa gegen die Absicht einer speziellen Ausländerpolizei in Form von „KOBs“ für die ghettotisierten Ausländerbezirke u.a.m. Vielmehr nutzt sie die Gelegenheit ausschließlich zur Verstärkung der widerwärtigen rassistischen Hetze, die u.a. erst die ideologische Grundlage für eine solche Ausländerpolizei abgibt. Über die „Modalitäten“ dieser neuen Polizeiparte werden sich Ulrich und seine rechten „Kritiker“ sicher einig werden.

Unsere Forderung kann demgegenüber nur sein: Schluß mit rassistischer Diffamierung der Ausländer in der BRD! Kein KOB in Ausländerghettos und auch nicht anderswo!

Antifa-Kommission KB/Gr. Hamburg

## Der Zoll — ein vierter Schnüffeldienst

Was dem Verfassungsschutz recht ist, darf dem Zoll nur billig sein und so hat er sich ganz in den Dienst der Verfassung gestellt und übernommen, eingehende Briefpost zu öffnen und „anzulesen“. Getarnt wird das ganze Unternehmen mit dem Hinweis, man würde dadurch Heroinschmugglern auf die Spur kommen, die ihr Gift zunehmend in Briefen versenden würden. Die Kontrolle beschränkt sich jedoch nicht darauf. So kann bei dem „Anlesen“ jeweils auch die Gesinnung des Schreibers festgestellt und diese Information an andere „rechtsschützende“ Institutionen weitergeleitet werden. Doch eine „Unterrichtung anderer Dienststellen über den Inhalt geöffneter Briefe“, so der Zoll, erfolge „in der

Regel nicht“ („Spiegel“, 30/79).

Praktisch ist der Zoll schon dem Computerverbund des BKA angeschlossen über das Zollkriminalinstitut (ZKI). Das BKA verfügt selbst über Daten aus der Rauschgiftszene im PIOS-Computer, der Datei „Heroin-Fernost“ und im Zentralen Personen-Index (ZPI). Ein Kreis von immerhin ca. 80.000 Menschen. Es ist bezeichnend, mit welcher Gelassenheit dieser Rechtsbruch als völlig korrekt hingestellt wird: „Von Seiten der Bundesregierung wurde auch darauf hingewiesen, daß der Zoll bei Sendungen aus dem Ausland neben der Warenkontrolle auch die Aufgabe übertragen bekommen habe, verfassungsfeindliche Propaganda zu beschlagnahmen.“ („FAZ“, 24.

7.79). Diese Institutionalisierung des Zolles als Instanz, die Verfassungsschutzaufgaben wahrnimmt, wird alltäglich. Schlimmer noch, jeder der einmal mit dem Gesetz in Konflikt geriet, kann wohl bald damit rechnen, daß seine Privatpost überprüft wird: „Wenn man weiß, welche Empfänger eines Briefes bereits einmal polizeilich in Erscheinung getreten sind“, sinniert ein Zöllner, „kann man natürlich ganz gezielt vorgehen und es vielen gesetztreuen Leuten ersparen, daß ihre Post geöffnet wird“ („Spiegel“, 30/79). Ein Denken, wie es einem Polizeistaat geziemt!

Antifa-Kommission KB/Gr. Hamburg

## Polizeifibel lehrt „gesundes Volksempfinden“

Offensichtlich für einen Großteil der Länderpolizeien und des BGS war eine 140 Seiten starke „psychologische Fibel“ in Gebrauch. Der Autor, Klaus Schwarz, klassifiziert darin verschiedenste Bevölkerungsteile auf seine spezielle Polizei-Art:

In der Schrift „Anleitung für den Umgang mit dem Mitbürger — und mit sich selbst“ sind in dem Kapitel „Außenseiter der Gesellschaft“ Schizophrenie, Epileptiker und hirngeladete Kriegeropfer eingereiht. Aber auch Blinde und Taubstumme werden aufgezählt und in der gleichen Rubrik Drogensüchtige und „Verwahrloste“. Schizophrenie kann man z.B. anscheinend erkennen, daß sie im Anfangsstadium „penetrant und unerbittlich gegenüber Behörden und Firmen“ sind.

Zu den „Geistig Zurückgebliebenen“ schreibt Klaus Schwarz, sie „entstammen häufig verwahrlosten Familien“, dazu zählt er Prostituierte, Alkoholiker und Sexualverbrecher.

Auch Taubstumme seien „häufig geistig beschränkte Menschen.“ „Verwahrlost“ sind bei Schwarz „all die Menschen, deren Verhaltensweisen und Handlungen gegen die geschriebenen und ungeschriebenen Sittengesetze der Gesellschaft wiederholt verstoßen“. Außerdem hätten sie folgende Charakterzüge: „Mangelndes Ehrgefühl, Ungehörigkeit der Lüste und Triebe, Aggressivität, chronische Faulheit, Ichbezogenheit, mangelndes Schuldgefühl“. Über „Psychopathen“ erfahren die Beamten folgendes: „Ihr Versagen oder Fehl-

verhalten bewirkt, daß auch die Gesellschaft darunter leidet. Sie sind labil, schwach gegen ihre Triebe, schießen immer über das Ziel hinaus und neigen zu Extremen, zum Übertriebenen.“

Kurz gesagt: Wer „aufsässig“ ist bei Behörden, sich nicht alles gefallen läßt, ist schizopren, wer zum „Extremen, zum Übertriebenen“ neigt, ist ein Psychopath. — Gehörten die nicht schon zum „Lebensunwerten Leben“ in der Zeit, aus der der Verfasser schöpft???

Das Bundesinnenministerium reagiert empört, davon, daß die Fibel tatsächlich aus dem Verkehr gezogen wurde, ist uns nichts bekannt.

Antifa-Kommission, KB/Gr. Hamburg



## Klassenjustiz



### Kronzeugen-Deal im Kronzeugen-Deal im Müller/Newerla-Prozeß

Auf Antrag der Verteidiger von Arndt Müller und Armin Newerla wurde am 5. September Bundesanwalt Lampe als Zeuge vernommen. Oberstaatsanwalt Lampe von der Bundesanwaltschaft hat zusammen mit seinem „Kollegen“ Krüger eine Unmenge Gespräche mit Speitel und Dellwo geführt, deren Ergebnisse in einem etwas mysteriösen Fernschreiben vom BKA ans LKA Baden-Württemberg festgehalten sind. Dieses Fernschreiben besteht aus Aktennotizen, die von niemand unterzeichnet sind und auch kein Datum haben, aus dem man schließen könnte, wann die Gespräche geführt wurden. Merkwürdigerweise taucht dieses Fernschreiben in den Akten vom Prozeß gegen Dorit Brücher auf (die zusammen mit Mitarbeitern der Stuttgarter Fantasia-Druckerei angeklagt ist wegen Öffentlichkeitsarbeit über Haftbedingungen), wo es eigentlich überhaupt nichts zu suchen hat (s. Artikel in diesem AK). Im Müller/Newerla-Prozeß dagegen versucht Rebmann, dieses Dokument geheim zu halten.

Gleich zu Beginn des Prozeßtages hat die Bundesanwaltschaft demonstriert, daß sogar der anständigste Bürger es heutzutage dem Rechtsstaat nicht mehr recht(s) genug machen kann, jedenfalls nicht im Stammheimer Einzeckgebäude: Die BAW beantragte Ordnungsstrafe in Höhe von 250 DM für jemanden, der jedesmal aufstand, wenn die Richter den Saal betraten (normalerweise gibts Ordnungsstrafe fürs Sitzenbleiben). Begründung: Aus den Gesichtern der umstehenden Zuschauer könne man entnehmen, daß in diesem Fall das Aufstehen dem Spott und der Verächtlichmachung des Gerichts diene.

Die Verteidigung hielt dann Bundesanwalt Lampe verschiedene Aussagen aus den Aktennotizen vor und wollte wissen, ob ihm diese Aussagen bekannt seien (Speitel belastet da eine Menge Leute, u.a. auch seine Frau Angelika, sagt aber z.B. auch über sich selber aus, daß er Anfang 76 in den Jemen reisen wollte – da geht man ja wohl zur Schießausbildung?). Im Gegensatz zu seiner Zeugenvernehmung vor der Sommerpause verweigerte Lampe diesmal auf fast alle Fragen die Auskunft, mit der Begründung, dafür habe er keine Aussagegenehmigung. Er gab nur an, sich mit Speitel über „einige gemeinsame Bekannte“ „unterhalten“ zu haben. Als dann aber am Ende die Bundesanwaltschaft ein paar Fragen stellte, die eindeutig nichts mit dem Prozeß zu tun hatten, gab Lampe bereitwillig Auskunft, und meinte auf die Frage der Verteidigung, wie sich das denn mit seiner Aussagegenehmigung verträgt: „Das mag sein, daß ich zu diesem Punkt keine Aussagegenehmigung hatte“ (es ging bei diesem Punkt darum, Dorit Brücher zu belasten), „ich nehme aber die Beantwortung auf meine Kappe“. Und Richter Foth meinte: „Ich bin doch froh, wenn der Zeuge

was sagt“. Interessant war eh das Zusammenspiel zwischen Lampe, BAW und Gericht: Lampe verweist auf seine „beschränkte Aussagegenehmigung“ (er hat sich da auch mal versprochen und sagte „beschränkte Aussageverweigerung“), die Bundesanwaltschaft greift das dann sofort auf und meint, die Verteidigung müsse erst eine Erweiterung der Aussagegenehmigung bei Rebmann beantragen, dann zieht sich das Gericht zurück zur „Beratung“, kommt zurück, und Foth erklärt, er könne den Zeugen ja schließlich zu nichts zwingen... Und das fast nach jeder Frage.

Bei seiner ersten Vernehmung im Juli hatte Lampe allerdings die Vermutung bestätigt, daß er mit Speitel und Dellwo ausgehandelt hat, daß die BAW von schweren Anklagen absieht, falls die Kronzeugen bereit sind. – Müller u. Newerla zu beschuldigen wegen Waffenschmuggels in den Stammheimer Knast – bei der Fahndung nach den Schleyer Entführern mitzuarbeiten – die in Jugoslawien festgehaltenen Brigitte Mohnhaupt, Sieglinde Hofmann, Peter Book und Rolf Wagner zu beschuldigen, um deren Auslieferung in der BRD zu erreichen. Für diese Gegenleistung wurde davon abgesehen, Speitel und Dellwo anzuklagen wegen ihrer Verwicklungen in die Aktion in der Stockholmer Botschaft und das Ponto-Attentat. Speitel war offensichtlich an der Beschaffung von Waffen für die Stockholm-Aktion beteiligt, und Lampe hat auch zugegeben, daß er sich mit Speitel „über die Waffen für Stockholm unterhalten habe“ (SZ, 11.7.79), wobei Speitel erklärt habe, „anfangs seien ein oder zwei Waffen da gewesen, später dann drei oder vier“. Bezüglich Hans-Joachim Dellwo steht fest, daß er sich ein paar Stunden (!) vor dem Ponto-Attentat zusammen mit Susanne Albrecht, Peter Boock, Brigitte Mohnhaupt und anderen in einer konspirativen Wohnung in Frankfurt getroffen hat. Lampe sieht merkwürdigerweise darin „keine Anhaltspunkte“ für eine Beteiligung oder Beihilfe, und hat da den Dellwo auch gar nicht genauer gefragt, weil er „insofern keinen Verdacht gehabt“ hat. Dafür gibt Lampe aber zu, daß Dellwo nach seiner Entlassung Geld bekommen hat, und daß er Dellwo geraten hat, seinen Verteidigern nichts von seiner Aussage gegenüber der Bundesanwaltschaft zu erzählen.

Nach diesem Deal wird die Anklage gegen Arndt Müller und Armin Newerla endgültig zur Farce, und die Anwälte haben deshalb im Sommer auch Haftentlassungsantrag gestellt.

Am Dienstag, 18.9., 9 Uhr, wird Bundesanwalt Krüger als Zeuge vernommen.

Eine Genossin aus Baden-Württemberg

## Prozeßbeginn gegen die Fantasia-Drucker

Am 19.9.79 begann im Stammheimer „Mehrzweckgebäude“ der Prozeß gegen 3 Leute der Fantasia-Druckerei – Doris Braune, Barbara Meyer-Schlage und Herbert Schlage – und zwei Frauen – Dorit Brücher und Birgit Rauth – vom IVK (Internationales Komitee zur Verteidigung politischer Gefangener in Westeuropa).

Im Mai 1978 waren Doris Braune und Dorit Brücher nach einer Hausdurchsuchung der Fantasia-Druckerei auf Antrag der Bundesanwaltschaft festgenommen worden. Birgit Rauth wurde im Januar 79 am Grenzübergang Helmstedt festgenommen. Sie sollen „Kurierdienste für die RAF übernommen haben, um den Kontakt zu im Untergrund lebenden Mitgliedern aufrechtzuerhalten“ (ID 235). Am 17.8.79 erfolgte der nächste Schlag der Bundesanwaltschaft: Die Druckmaschinen der Fantasia-Druckerei wurden mit der Begründung beschlagnahmt, daß „diese Schriften druckt und verbreitet, mit denen (sie) die terroristische Vereinigung RAF unterstützt und für diese... (wirbt)“. Um den Coup perfekt zu machen,

wurden jetzt auch die Gesellschafter der Fantasia-Druckerei – Barbara Meyer-Schlage und Herbert Schlage – in das Ermittlungsverfahren einbezogen.

Im jetzt begonnenen Prozeß wird gegen die fünf Angeklagten schweres Geschütz aufgeföhrt: Die Anklage lautet auf Vergehen nach § 129a (Unterstützung einer terroristischen Vereinigung), § 88a (Verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten) und 90a (Verunglimpfung des Staates). In einem Anfang September erschienenen Aufruf heißt es u.a.: „Wir fordern weiterhin das Recht, über die Standpunkte der politischen Gefangenen und ihre Erklärungen zu diskutieren. Information zur Situation der Gefangenen im Knast (Isolationshaft) und zu den Reaktionen des Staates (Todeschuß) müssen weiterhin gedruckt und verbreitet werden können. Deshalb fordern wir: Die sofortige Einstellung des Prozesses! Die Freilassung von Doris, Dorit und Birgit!“

Begleitet wird diese Einschränkung unserer Rechte durch eine massive

Behinderung der Verteidigung in politischen Prozessen. Das zeigt sich auch hier: Neben den vom Gericht bestellten Zwangsanwälten haben die fünf Angeklagten nur jeweils einen vom Gericht benannten Vertrauensanwalt. Die Verpflichtung der Zwangsanwälte macht es dem Gericht möglich, die Verhandlungstermine so festzulegen, daß einer der Vertrauensanwälte beim Prozeß nicht regelmäßig anwesend sein kann. Unsere Minimalforderung lautet deshalb: Sofortige Entpflichtung der Zwangsanwälte, an deren Stelle die Verpflichtung der zwei Vertrauensanwälte der Angeklagten...

Es können Telegramme oder Protestschriften an die Richterinnen geschickt werden: Oberlandesgericht, 7 Stuttgart, Urbanstr. 18, Richterinnen Schlüter.

Der Prozeß findet vor dem 6. Strafsenat des Stuttgarter OLG statt. Weitere Termine: 20., 24., 26.9.; 3., 8., 11., 15., 18., 22. und 25.10.79, jeweils um 9 Uhr.

IKAH, Hamburg

## Urteil im Düsseldorf „Parolen-Prozeß“

Angefangen hatte es damit, daß im August 77 im Stadtgebiet von Düsseldorf Parolen an öffentlichen Gebäuden u.a. auftauchten, die den Hungerstreik der politischen Gefangenen unterstützten. Wenige Stunden – nachdem die Parolen ordnungsgemäß von der Kripo abgelichtet waren – wurden drei Leute, die gerade von einer Geburtstagsparty kamen, von einem Zivilfahndungskommando kontrolliert und festgenommen, mit der Begründung, in ihrem Auto seien Spraydosen gefunden worden. Angeklagt wurden sie wegen „Werbung für eine terroristische Vereinigung“ (§ 129a) und Verunglimpfung von Verfassungsorganen“ (§ 90b).

Der Prozeß hat folgendes zutage gefördert:

– Das Sachverständigen-Gutachten des Landes- und Bundeskriminalamts ergab, daß es unmöglich zu beweisen ist, daß mit den gefundenen Sprühdosen die Parolen gesprüht wurden. Ebenso hat die unmittelbar nach der Festnahme durchgeführte mikroskopische Untersuchung der Kleidung keine belastenden Ergebnisse gebracht.

– Mit den Polizeizeugen verhielt es sich so wie in fast allen politischen Prozessen in jüngster Zeit. Entweder: große Erinnerungslücken, Leugnen der Verantwortlichkeit – oder: diejenigen, die was wissen, haben vor Verhandlungsbeginn noch mal schnell in ihren Festnahmebericht geschaut, den Kollegen angerufen, etc. Auch Widersprüchliches wurde erzählt. Dieses Verhalten hat den Richter Arend besonders entnervt, ihn aber nicht davon abgehalten, Aussagen von Polizisten anders zu bewerten als die von Entlastungszeugen der Angeklagten.

– Das Gericht lehnt es ab, drei Entlastungszeugen zu vereidigen und ihnen damit zu glauben, daß die Angeklagten zum fraglichen Zeitpunkt Geburtstag gefeiert haben. Begründung: „Es besteht ein entfernter Verdacht, daß die Zeugen den Angeklagten bereits vor der Hauptversammlung eine unwahre Aussage zugesagt haben“. Dieser „entfernte Verdacht“ wird zunächst damit begründet, daß die Zeugen mit den Angeklagten „seit einiger Zeit bekannt und – wenn auch mit unterschiedlicher Intensität – befreundet“ seien. Da dies dem Gericht zur Begründung zu dünn vorkam, folgte ein dicker Nachschlag: Den Zeugen wird vorgeworfen, sie hätten ihr „möglicherweise verfahrensentscheidendes Wissen“ nicht den Ermittlungsbehörden mitgeteilt, sondern „sich vielmehr damit begnügt, den Angeklagten ihre Aussagebereitschaft im Prozeß zu versichern und im übrigen sich ganz der Prozeßstrategie der Angeklagten unterworfen“. Nach dieser Gerichtslogik ist nur ein „guter“ Zeuge, der unmittelbar nach dem Geschehen zur Polizei rennt und alles erzählt, was er weiß!

Juristisch gesehen ist im Prozeß also keineswegs der Beweis für die Parolenstrühen erbracht. Bleibt festzuhalten, daß hier mal wieder bei einem vergleichsweise harmlosen Anlaß mit dem Hammer der §§ 129a und 90a geschwungen wurde. Ende August wurde das Urteil gefällt.

Zwei der Angeklagten wurden freigesprochen, einer verurteilt zu 10 Monaten Knast ohne Bewährung. 9 Monate für die „Werbung für eine terroristische Vereinigung“, 2 Monate (zusammenggezogen zu 10) für die Beleidigung des Oberlandesrichters Wagner im Prozeß gegen Johannes Roos, in dem er „Heil Hitler, Herr Freisler“ rief (ID 297).

Informationen nach einem Pro-

zeßbericht der Prozeßgruppe, c/o BiBaBuze-Buchladen, Konkordiastr. 81, 4 Düsseldorf-Bilk, die in Kürze was zur Einschätzung des Prozesses veröffentlichen will. Die Prozeßkosten werden auf 30.000 DM geschätzt. Spendet auf das Konto der Stadtparkasse Düsseldorf, M. Wierler, 634 045 314, BLZ 300 501 10.

IKAH, Hamburg



## Maßnahmen gegen Untersuchungshäftlinge

Jetzt gehören auch die Lateinamerika-Nachrichten zur subversiven Literatur, die nicht an Untersuchungs-häftlinge ausgehändigt werden kann.

So erging es Klaus Viehmann, der wegen des Verdachts auf Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung in Moabit in Untersuchungshaft einsitzt. Das „Blatt“ Nr. 150 und die „Lateinamerika-Nachrichten“ Nr. 73 wurden nicht an ihn weitergeleitet, zum einen, weil es unmöglich sei, diese „Druckerzeugnisse“ wegen ihres großen Umfangs zu kontrollieren. Diese Kontrolle fand aber doch statt. In der Begründung für die Nicht-Weitergabe heißt es:

„In dem Druckerzeugnis „Lateinamerika-Nachrichten 73“ wird behauptet, deutsche Politiker (Anm.: es handelte sich konkret um Strauß) verteidigten und lobten die fortgesetzte und systematische Verletzung der Menschenrechte durch ausländische Regimes (es ging um Chile, Anm.) und seien mit deren Exponenten befreundet.“ Solche Äußerungen seien geeignet, den Ange-schuldigten „gegen jegliche staatliche Autorität und damit auch gegen die das besondere Gewaltverhältnis (!) in den Vollzugsanstalten repräsentierenden Vollzugsbeamten aufzuwiegeln und so die Ordnung in der Anstalt zu gefährden.“ Da es nicht schwerfällt, den Wahrheitsgehalt der beanstandeten Aussagen (Verbindung deutscher Politiker zu Diktatoren) zu beweisen, wurde die Sache gleichzeitig mit dem zu großen und unkontrollierbaren Umfang der „Druckerzeugnisse“ abgesichert. Damit kann man Häftlingen tatsächlich allen Lese-stoff vorenthalten und die Zeitungen der 3. Welt-Solidaritätsgruppen in die Nähe des Terrorismus rücken.

Lateinamerikakommission



# Keine Gefängnisstrafe für Thomas Luczak!

Solidaritätskomitee  
„Keine Gefängnisstrafe für  
Thomas Luczak“  
c/o Edith Müller  
Geschwister-Schollstr. 6  
46 Dortmund 1

31.08.79

Sehr geehrte Damen und Herren!

Mehrere Wochen sind vergangen, seit wir Sie aufgefordert haben, sich dafür einzusetzen, daß Thomas Luczak seine 17-monatige Gefängnisstrafe nicht antreten muß. Die Solidaritätsbekundungen, die uns hauptsächlich aus Dortmund, aber auch aus vielen anderen Städten und sogar aus dem Ausland erreichten, haben uns sehr ermuntert und unsere Arbeit, aber auch Thomas Luczak persönlich, bestärkt. Es ist immer wieder gut, zu sehen, daß reaktionäre Maßnahmen unserer Justiz nicht ohne Protest und Widerstand über die Bühne gehen, selbst wenn es noch nicht gelingt, sie grundsätzlich zu verhindern.

Das Amtsgericht Dortmund (Richter Raimer) hat zunächst einmal entschieden, die 9 Monate ohne Bewährung auszusprechen. Gegen diesen Bescheid wurde Beschwerde eingelegt, und es ist damit zu rechnen, daß nun das Landgericht in ca. 2 Wochen endgültig darüber entscheidet, ob diese 9 Monate mit oder ohne Bewährung verhängt werden.

Eine Entscheidung bezüglich der 8

Monate Gefängnis mit/ohne Bewährung (Vietnam) wird noch für längere Zeit ausstehen, da zur Zeit der BGH überprüft, ob das Kölner oder das Dortmunder Gericht dafür zuständig ist.

In der letzten Woche jedoch hat sich die Lage von Herrn Luczak erheblich zugespitzt. Am vergangenen Mittwoch erschienen - ohne vorherige Ankündigung - 3 Kriminalbeamte im Büro der KPD in Dortmund mit einem Haftbefehl gegen Herrn Luczak und wollten ihn sofort festnehmen. Staatsanwalt Feldmann besteht darauf, die 2 Monate ohne Bewährung, die Herr Luczak für das Malen einer Parole erhalten hatte, nun endlich zu vollstrecken. Dies ist deshalb eine besondere Frechheit, weil die Staatsanwaltschaft eine schriftliche Vereinbarung mit der Verteidigung geschlossen hatte, nichts hinsichtlich der 2-monatigen Strafe zu unternehmen, solange der Gesamtstrafenbildungsprozeß - der diese Strafe mit einschließt - noch nicht abgeschlossen ist. Außerdem muß man berücksichtigen, daß es einen erheblichen Einfluß auf die Entscheidung des Landgerichtes nehmen würde, wenn Herr Luczak jetzt im Gefängnis wäre. Denn welcher Richter entscheidet dann noch auf 9 Monate mit Bewährung, wenn der Betroffene bereits für 2 Monate im Gefängnis sitzt. All dies scheint die Staatsanwaltschaft jedoch nicht zu

berühren. Es war ein reiner Zufall, daß die Pläne von Herrn Feldmann nicht Wirklichkeit wurden, denn Herr Luczak war nicht im Büro anzutreffen.

Gegen das Vorgehen der Staatsanwaltschaft wurde Dienstaufsichtsbeschwerde eingelegt. Dieses Mittel ist jedoch relativ wirkungslos, da die Staatsanwaltschaft rein formal das „Recht“ hat, die 2-monatige Strafe zu vollstrecken.

Angesichts dieser Situation wenden wir uns erneut an Sie mit der Bitte, entsprechend Ihren Möglichkeiten diesen Fall bekanntzumachen. In unserer Solidaritätsarbeit haben wir immer wieder erfahren, daß viele Menschen sich nicht vorstellen können, daß so hohe Gefängnisstrafen für politische Meinungen und Aktivitäten in unserem Land ausgesprochen werden. Deshalb halten wir es für sehr wichtig, diesen Fall - wo es geht - bekannt zu machen. Wir sind sicher, daß Sie in dieser Hinsicht die ein oder andere Gelegenheit wahrnehmen können.

In der Hoffnung auf Ihre Unterstützung verbleiben wir mit solidarischen Grüßen

Solidaritätskomitee  
„Keine Gefängnisstrafe für  
Thomas Luczak“  
i. A. Edith Müller

## Knastblatt Nr. 17 beschlagnahmt

Während die Zuschauer der Funkausstellung sich an den auf der Bühne stattfindenden Sketchen der Tornos über Bullenübergreif und Terroristenhetze sichtbar und hörbar erfreuten, wurde ich hinten am Ausgang mitsamt meinen Knastblättern Nr. 17 beschlagnahmt (das Knastblatt erscheint alle 14 Tage und ist eine Sammlung von ungefähr 50 Kurznachrichten über Knast, politische Prozesse und Bullenterror, auf zwei Seiten zusammengefaßt).

Die anfängliche Begründung, von wegen illegales Verteilen von Flugblättern, erschien den Bullen doch anlässlich der so wilden Verteilen des Funkausstellungswerbematerials ein wenig lächerlich. Fortan hieß die Anklage: Verteilen von illegalen Flugblättern, genauer: Verteilen von Beleidigungsmaterial (auf welche Formulierung sie sich jedoch im konkreten bezogen, darauf wollten sie sich nicht festlegen).

Nach langer Wartezeit (in der mir die Polizeibroschüre, wie sie meinten zur Weiterbildung, gereicht wurde) kam dann ein junger dynamischer Typ zur Tür hereingeschossen, begrüßte mich mit Handschlag und mit Namen, so, als wenn wir uns schon irre lange kennen würden. Wie nicht schwer zu erraten war, kam er vom Tempelhofer Damm, Staatsschutz. Dieses „Vertrauensverhältnis“ wurde

jedoch jäh gestört, als ich erklärte, daß ich keine Aussage machen und auch nichts unterschreiben würde. „Ah das kennen wir schon“, war da die etwas verlegene Reaktion darauf. Als ich dann noch darum bat, meinen Anwalt anrufen zu dürfen, schlug die anfangs ruhige vertrauliche Atmosphäre in eine hektische um: „das, das, brauchen wir nicht.“

Da angeblich „Gefahr im Verzuge“ bestehe (auf meine mehrmals gestellte Frage, da wo Gefahr bestünde, müsse es doch auch einen Gefährdeten geben und wer denn dies nun sei, erhielt ich keine Antwort oder nur unzureichende Ausreden wie z.B., sie seien auch nur kleine Beamte, aber bei ihnen gäbe es studierte Leute, die sich damit auskennen würden! - das klingt fast wie ein Ostfriesenwitz, ist aber leider die traurige Wahrheit) ordnete man eine Hausdurchsuchung an, wo weitere 250 Flugblätter aus meinem Regal „sicher“ gestellt wurden.

Ein Bulle fand noch ein Knastblatt in meinem Bett (das war vielleicht ein Bild für die Götter, als der Bulle auf meinem wackligen Hochbett stand und triumphierend ein Flugblatt hochhielt!). Durch diesen „Erfolg“ offensichtlich angestachelt, durchforstete er auch noch mein Klo - diesmal „leider“ ohne Erfolg.

Mir schwebt an sich vor, die Bul-

len auf Schadensersatz zu verklagen - denn schließlich habe ich durch ihren Überfall eine mich weiterbildende Veranstaltung mit den Tornos verpaßt - ansonsten muß ich erst einmal auf die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft warten. Da ich nicht als Verteiler, sondern als Verfasser dieses Knastblattes angeklagt werde, befürchte ich eine ziemlich breite Anklage, möglich ist: Unterstützung einer terroristischen Vereinigung, Aufruf zur Gewalt, Verleumdung des Staates, Verleumdung des Polizeipräsidenten.

Wer meint, mich würde das ganze nicht tangieren, der irtt gewaltig. Ich habe nämlich große Angst, denn ich bin weder zum Märtyrer geboren, noch habe ich je den Anspruch gehabt, einer zu sein! Ich habe wirklich nur das gemacht, was ich vor mir auch verantworten kann und das werde ich auch weitermachen, da wird mich nichts von abbringen!

Ralf-Axel Simon,  
Fritschestr. 23  
1000 Berlin 10

\*\*\*

Briefe an den Genossen, Bestellungen  
des „Knastblattes“ usw. an obige  
Adresse.

IKAH/Hamburg

## Urteil von der Schnüffelfront

Seit 1968 hatte die Frankfurter Polizei eine erkennungsdienstliche Akte über Ralf S. angelegt, in der u.a. Unterlagen über Ermittlungsverfahren wegen „verfassungsfeindlicher Einwirkung auf die Bundeswehr“, Beteiligung an einer Demo nach dem Tod Ulrike Meinhofs und eines angeblichen „Anschlags auf einen Polizeibeamten“ enthalten sind. Alle Verfahren sind ergebnislos eingestellt worden, doch die Polizei führt die Akte weiter, was Ralf S. veranlaßte, gegen die Polizei zu klagen. Vor dem Verwaltungsgericht begründete Regierungsberrater Werner

die Weiterführung der Akte damit, daß Ralf S. „bei extremistischen Organisationen dabei“ sei, „mit weiteren Straftaten sei zu rechnen“. Wieso „weitere Straftaten“, fragt man sich, wo doch die Ermittlungsverfahren sich als gescheitert herausstellten? Das Gericht urteilte auf Vernichtung der Akte. „Man müsse... eine Interessenabwägung vornehmen, die hier zugunsten des Klägers ausfalle. Man habe die Akten durchgesehen und dabei festgestellt, daß S. objektiv nicht in Verbindung zu extremistischen Gruppen zu bringen sei.“ Bleibt die Frage, was das Ge-

nicht unter „Verbindung“ verstehen würde; vielleicht den Besuch einer „extremistischen“ Veranstaltung oder die beweisbar erschnüffelte Teilnahme an einer „extremistischen“ Demo u.ä.? Die Urteilsbegründung richtet sich wahrlich nicht gegen die Schnüffelfront der Polizei. So meinte auch der Anwalt von Ralf: „Bevor die jetzigen Unterlagen vernichtet werden, wird die Polizei sicherlich eine Kopie zum Aufbewahren machen.“ (Zitate aus „FR“, 24.8.79).

IKAH Hamburg

## „Metall“ gewinnt gegen Türkeş

Das Frankfurter Oberlandesgericht entschied kürzlich, daß die IGM-Zeitung „Metall“ den türkischen MHP-Vorsitzenden weiterhin einen Faschisten nennen darf. Zitate aus der Urteilsbegründung:

„Zu Unrecht macht der Kläger (Türkeş - Anm. IKAH) geltend, mit dem Wort ‚Faschist‘ werde ebenso wie mit der Bezeichnung ‚Dieb, Ehebrecher, Mörder usw. eine Tatsache zum Ausdruck gebracht... Darum handelt es sich hier jedoch nicht, da die Bezeich-

nung ‚Faschist‘ hier ersichtlich nicht als Schimpfwort, sondern mehr mit beschreibendem Charakter verwendet wird. Gleichwohl handelt es sich nicht um die Wiedergabe einer Tatsache. Im Gegensatz zu den zuvor genannten Bezeichnungen knüpft das Wort ‚Faschist‘ hier nicht an die Zugehörigkeit zu einer entsprechenden Partei an, die dieses Wort in ihrer Parteibezeichnung führt oder für sich in Anspruch nimmt... Der Kläger als Vorsitzender der MHP weist diese Be-

zeichnung gerade von sich. Es kann sich deshalb bei der Bezeichnung ‚Faschist‘ nur um eine Bewertung handeln, bei der der Antragsteller aufgrund seiner Äußerungen und Absichten, seiner politischen Ziele und Verhaltensweisen als ‚Faschist‘ eingestuft wird.“ (Metall, 15.8.1979).

Nun wissen wir alle, wann und warum wir einen Faschisten „Faschist“ nennen dürfen, gel!

IKAH Hamburg

## Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag  
Lerchenstraße 75  
2000 Hamburg 50  
Telefon Verlag: 43 53 06  
Telefon Redaktion: 439 59 02

Sozialistischer Studentenbund  
Büro  
Schlüterstraße 4  
2000 Hamburg 13  
Telefon: 44 98 14

### Schleswig/Holstein

Flensburg  
Peter Petersen  
Postlagerkarte 098245 A  
239 Flensburg

Geestacht  
Postlagerkarte 02/2054 Geestacht  
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr  
vor Herti

Kappeln  
Dagmar Schneider  
Postlagerkarte  
234 Kappeln

Kiel  
H. Lankau  
Postlagerkarte 09 88 83 A  
2300 Kiel 1  
Jeden Mittwoch von 11 bis 14 Uhr  
Büchertisch Universität/Mensa  
Jeden Freitag von 16 bis 18 Uhr  
und jeden Samstag von 10 bis 12 Uhr  
Holstenstraße zwischen „Kieler  
Nachrichten“ und Buchladen „Monta-  
nus“

Lübeck  
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro  
Mühlenstraße 39  
24 Lübeck 1

Rheinland-Pfalz  
Südpfalz  
G. Wißmeier  
Postfach 22  
6748 Bad Bergzabern

### Nordrhein-Westfalen

Bielefeld  
J. Reents Vertriebsbüro  
Buddstr. 9  
48 Bielefeld  
Mittwoch von 18 - 20 Uhr

Bochum  
Postlagerkarte A 056 011  
463 Bochum  
Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr  
Kortumstr./Innenstadt  
Jeden Di/MI/Do von 12 bis 14 Uhr  
Uni/Mensa

Duisburg  
Postlagerkarte 080 190 A  
41 Duisburg

Essen:  
Jeden Sa. 11 - 13 Uhr Kettwiger Str.  
Nähe Kurienplatz.  
Den AK gibt's außerdem in Buchh.  
H. Heine, Viehofer Pl. 8 und  
Buchladen Bundschuh, Tiegelerstr. 39  
Kamen  
Jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr  
Mittwochs von 16.30 bis 18 Uhr  
in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2  
Postlagerkarte A 0067 45  
4050 Mönchengladbach  
Verkauf jeden Sonnabend  
von 11 bis 13 Uhr im Rheydt  
(Fußgängerzone)

Köln  
Dienstag:  
Büchertisch-Fachhochschule für  
Sozialarbeit  
Mittwoch: Büchertisch - Uni

### Hessen

Darmstadt  
Edwin Herrmann  
Am Eichbaumack 52  
61 Darmstadt

### Frankfurt

J. Reents Vertriebsbüro  
S. Liener  
Rödelheimer Str. 13  
6000 Frankfurt 90

Kassel  
F. Rohs  
Postfach 10 31 43  
3500 Kassel

### Baden-Württemberg

Freiburg  
schriftlich über Buchladen Jos Fritz  
c/o Kommunistischer Bund  
Wilhelmstraße 15

Heidelberg  
AK-Lesekreis jeden Montag und  
Büchertisch jeden Mittwoch (Altstadt/  
Mensa) Kontakt über Postlagerkarte  
080 846 B  
AK-Verkauf dienstags 12-14 Uhr  
Mensa Triplex

Karlsruhe  
Heidi Zorn  
Humboldtstr. 13  
75 Karlsruhe

### Bremen

Bremerhaven  
KB c/o arbeiterbuch  
Sonnenstraße 8  
2850 Bremerhaven  
Tel. 0471/47597

Bremen  
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro  
Am Schwarzen Meer 104  
28 Bremen 1  
Tel.: 44 36 74

### Niedersachsen

Braunschweig  
Postlagerkarte 081 378  
33 Braunschweig  
Verkauf jeden Sonnabend  
11 - 13 Uhr, Kohlmarkt

Cuxhaven  
Verkauf jeden Sonnabend  
10 bis 12 Uhr vor Karstadt  
Nordersteinstraße

Emden  
Postlagerkarte 0 674 58 A  
297 Emden

Göttingen  
Buchladen Rote Straße  
Rote Straße 10 z.Hd. KB  
34 Göttingen

Hannover  
V. Campen  
Postfach 1262  
3 Hannover 1

Hildesheim  
Postlagerkarte A 019 084  
32 Hildesheim  
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr  
Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg  
Postlagerkarte A 017 890  
314 Lüneburg  
Sonnabend Bächerstr.  
11 bis 13 Uhr

Stade  
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr  
am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet  
Postlagerkarte 070 178 A  
29 Oldenburg

Wolfsburg  
Verkauf jeden Sonnabend  
11 bis 13 Uhr, Kaufhofpassage

Stuttgart  
Postlagerkarte 924 B  
7000 Stuttgart 1

Mannheim  
„Der Andere Buchladen“  
co. KB-Sympathisanten  
M 2,6  
6800 Mannheim 1

### Bayern

Bamberg  
Verkauf jeden Dienstag  
Büchertisch 11-13 Uhr  
Gesamthochschule

Landshut  
A. Fierbeck,  
Postfach 2413,  
83 Landshut  
Verkauf jeden Sonnabend  
10 - 12 Uhr  
Altstadt vorm Oberpaur

Nürnberg  
P. Tröstler  
Postfach 150472  
85 Nürnberg

Würzburg  
Postlagerkarte 079303 A  
8700 Würzburg  
Verkauf mittwochs nach  
AK-Erscheinen, Alte Mensa

### Westberlin

J. Reents-Vertriebsbüro  
Eisenbahnstr. 4  
1 Westberlin 36





# Militarismus Antimilitarismus



Göttinger Friedenswoche

## Ein toller Erfolg!

2.000 Besucher auf den verschiedenen Veranstaltungen, fast 3.000 Besucher der Antikriegsausstellung, darunter 70 Schulklassen, verschiedene Angebote zur weiteren Diskussion in Schulklassen — das sind einige Punkte, die die Göttinger Friedenswoche zu einem Erfolg werden ließen.

Bereits im April wandte sich die SODZDL an die DFG/VK und die Gewaltfreie Aktion, um mit diesen zusammen am 8. Mai, dem Tag der Kapitulation der faschistischen Wehrmacht, in einer kleinen Aktion auf dem Markt mit einem Aufruf die Öffentlichkeit zur gemeinsamen Vorbereitung des 1. September aufzufordern. Dank der guten Resonanz, die dieser Aufruf bei verschiedenen Gruppen und Initiativen fand, gelang es, ein vielfältiges und ansprechendes Programm auf die Beine zu stellen, das sich über 14 Tage hinzog.

Es begann mit zwei Filmveranstaltungen (60 und 150 Besucher) und einem Kulturabend mit Folkemusik und Antikriegsgedichten (150). Am 1. September veranstaltete das Bündnis einen Aktionstag auf dem Markt: zahlreiche Büchertische, Stelltafeln, Sanwiches, Flugblätter, zwei kleinere Kundgebungen mit Reden der SO und der „AG Frauen und Bund“ und Gedichten sowie ein Umzug mit Holzkreuzen und Sandwiches wiesen die Bevölkerung auf die Bedeutung dieses Tages und aktuelle Tendenzen hin (Frauen, Krieg ums Öl). Abends fand ein ökumenischer Jugendgottesdienst statt, der mit über 500 Jugendlichen so überfüllt war, daß die völlig überraschten Veranstalter ihr Konzept von kleinen Diskussionsgruppen nicht mehr wie geplant durchführen konnten. Ein Film über den Vietnamkrieg (150) und eine Diskussion über Rü-

stungskonversion (50) folgten. Der nächste Höhepunkt war eine KDV-Scheinverhandlung: wieder platzte der Saal fast aus den Nähten. Über 200 Jugendliche, davon fast ein Viertel Frauen, ließen sich vorführen, was einen Verweigerer vor dem Prüfungsausschuß erwartet, die Hälfte diskutierte hinterher noch mit. Eine Podiumsdiskussion, eine Meditationsnacht (100 Leute), ein Vortrag über gewaltfreie Verteidigung (80), ein weiterer Film (200) und ein Vortrag über den Widerstand gegen den Truppenübungsplatz am Larzac vervollständigten das Programm.

### Die Ausstellung

Während der 14 Tage lief die Ausstellung der Hamburger SO „Bilder gegen den Krieg“. Nachdem es in den ersten Tagen etwas schlapp anlief, änderte sich das Bild mit Schulanfang schlagartig: insgesamt über 70 Schulklassen kamen mit ihren Lehrern, zeitweise mußten sie draußen Schlange stehen, da der Raum hoffnungslos überfüllt war. Erfreulich war die gute Zusammenarbeit mit dem Kulturamt. Es ermöglichte nicht nur, daß die Ausstellung in der zweiten Woche im Foyer der Stadthalle gezeigt werden konnte, sondern versah auch das Ausstellungsplakat mit einem offiziellen Stempel, verschickte die Materialien an alle Lehrer und veröffentlichte das gesamte Programm im offiziellen Veranstaltungskalender. Für die zweite Woche konnte noch ein Göttinger Künstler gewonnen werden, seine Bilder und Drucke mit Kriegseindrücken im Rahmen der Ausstellung zu zeigen. Die SO gab eine Begleitbroschüre heraus, in der Referate zum Ersten und Zweiten Weltkrieg, eine Aufstel-

lung der „Nachkriegs“-Kriege sowie Stellungnahmen zum Ölkrieg enthalten sind.

### Das Bündnis

Eine völlig neue, dafür aber umso erfreulichere Erfahrung dürfte für die meisten die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit den Kirchen gewesen sein. Zwei Gemeinden beteiligten sich direkt am Bündnis und konnten dann z.B. die Göttinger Pastorenkonferenz für den gemeinsamen Jugendgottesdienst gewinnen, zu dem sie sogar ein eigenes Plakat herstellten. Auch die Meditationsnacht wurde von einer kirchlichen Jugendgruppe vorbereitet, u.a. durch ein eigenes Begleitheft. Viele der Veranstaltungen fanden in Kirchengemeinden statt.

Demgegenüber mutet es reichlich beschämend an, daß der DGB, der, wie auch die Einzelgewerkschaften, mehrmals zur Teilnahme aufgefordert wurde, sich unter Hinweis auf einen Unvereinbarkeitsbeschluß mit dem KB sogar weigerte, Plakate und Programmhäfte über seinen Verteiler zu geben! Neue Freunde hat er dadurch sicher nicht gewonnen.

Für den einzigen unerfreulichen „Zwischenfall“ im Bündnis sorgte leider die DFG/VK, die unter Hinweis auf die „mögliche abschreckende Wirkung“ und dem angeblich fehlenden Bezug zum Thema versuchte, den ARBEITERKAMPF vom gemeinsamen Büchertisch aller Gruppen zu verbannen, womit sie sich aber nicht durchsetzen konnte! Außer der SO, DFG/VK, Gewaltfreie Aktion, den Kirchengemeinden, arbeiteten im Bündnis noch die AG Frauen und Bund, der KB und der SLH mit, ein zwar relativ breites Spektrum, aber doch mit deutlichen Lücken, vor allem auf dem linken Flügel. Nichts zu sehen war ausserhalb von den Gruppen die vorbreitete Spektrum, aber doch mit deutlichen Lücken, vor allem auf dem linken Flügel. Nichts zu sehen war ausgerechnet von den Gruppen, die vorher die großspurigsten Aufrufe losgelassen hatten: DKP und SB. „Wir machen daher den Vorschlag, ... eine Antikriegswoche durchzuführen ... zum Abschluß dezentral (!) durchgeführte Veranstaltungen, Ausstellungen, Aktionen...“. Angesichts dieser Passage aus dem SB-Aufruf („links“ 3/79) und der Tatsache, daß sich die Plattform des Bündnisses stellenweise wörtlich von diesem Aufruf abgeschieden ist, mutet es doch sehr eigenartig an, daß — gerade in einer ihrer Hochburgen — vom SB absolut nichts zu sehen und zu hören war.

Die DKP — ebenfalls eingeladen — machte lediglich eine eigene Veranstaltung (s. Bericht) und mobilisierte (sehr unauffällig und erfolglos) nach Bonn, die VVN rief dagegen zur Beteiligung an der DGB-Aktion am KZ Esterwegen auf. Ebenfalls Schweigen bei den Jusos, die die Aktionen lediglich über den ASIA unterstützten. Angesichts der Bedeutung des Tages ein etwas beschämendes Bild.

Trotz aller Schwächen war diese erste größere antimilitaristische Aktion in Göttingen ein voller Erfolg, der zu weiteren gemeinsamen Aktivitäten ermutigen sollte. Im direkten Vergleich liegt die Bundeswehr mit 15.000 Besuchern beim Tag der offenen Tür zwar noch vorne, aber das sollte sich bald ändern!

KB/Gruppe Göttingen

## Stadt Esterwegen verbietet Gedenktafel am KZ

Liebe Friedhofbesucher, Sie befinden sich hier auf einem Gelände, auf dem Tausende von Toten des ehemaligen Konzentrationslagers Esterwegen und anderer Emsland-Lager beigesetzt wurden. Die genaue Zahl ist nicht bekannt, weil innerhalb und außerhalb des Friedhofgeländes umgekommene und ermordete Häftlinge einfach verscharrt wurden.

Das KZ Esterwegen lag etwa sieben Kilometer östlich von hier. Dort litten u. starben von 1933 – 1945 Tausende von Häftlingen: Sozialdemokraten, Kommunisten, Konservative, Gewerkschafter, Pazifisten, Juden, Katholiken u. Protestanten. Einer der bekanntesten Häftlinge war der Friedensnobelpreisträger Carl von Ossietzky. Heute befindet sich auf dem ehemaligen KZ-Gelände ein Depot der Bundeswehr. Das KZ-Bürgermoor in dem das berühmte Moorkolonienland entstand, lag zwei Kilometer weiter südlich. Weitere Lager im Landkreis Emsland: Fischendorfermoor, Rheede, Walchum, Hengstmoor, Süntrum, Überlangen, Versen, Füllen, Groß Hasepe u. Dahlen.

Als einen „Ausdruck geistiger Verwirrung“ kritisierte der DGB-Landesvorsitzende Drescher auf einer von 5.000 Menschen besuchten Kundgebung des Landesbezirks Niedersachsen/Bremen des DGB das Verbot der Bezirksregierung Weser/Ems, am ehemaligen KZ eine Gedenktafel anzubringen. Der „Carl von Ossietzky-Arbeitskreis Ostfriesland/Emsland“ hatte vor fünf Monaten bei der Regierung dafür einen Antrag gestellt.

Die Regierungsstellen hielten das für „überflüssig“, denn nur „Interessierte“ würden dorthin kommen, die eh wußten, „um was ... es sich handelt“. Außerdem enthalte die Tafel „unkorrekte Darstellungen“, denn es habe nicht „Tausende von Toten“, sondern „nur 1.317“ gegeben. Außerdem sei das Lager ab 1936 kein KZ, sondern ein „echtes Strafgefangenenlager“ gewesen, da kam nur jemand rein und um, der „durch ordentliche Gerichte nach den bestehenden Gesetzen verurteilt“ worden war. Schon bei Filbinger hatten wir gesehen, daß das „was damals Recht war, auch heute nicht Unrecht“ genannt werden darf.

Nun steht dort oben die Gedenktafel „unrechters“ (s. Bild).

reht“ genannt werden darf.

Nun steht dort oben die Gedenktafel „unrechters“ (s. Bild).

## Napalm-Abwürfe im Wattenmeer!

Büsum/Meldorfer Bucht. Vor über einem Monat hat die Bundeswehr damit begonnen, in einem seit 1969 bestehenden „Erprobungsgebiet“ in der Meldorfer Bucht Brandverhütungsmitteltests durchzuführen. Aus Düsenjägern werden Brandsätze ins Wattenmeer gefeuert, von einer rund 15 km vor Büsum liegenden Hubinsel werden senkrechtstartende Raketen und Feldhaubitzen des Kalibers 155 mm abgefeuert; Chemikalien und gefährliches Zeug in Masse also — dabei werden als Brandsätze auch Napalm-Stoffe ins Wattenmeer abgeworfen!

Im August hat ein Rechtsstreit um diese „Schießübungen“ stattgefunden, der seinesgleichen sucht: Die Bundeswehr darf bis zu einer rechtskräftigen Entscheidung im Hauptverfahren diese Übungen nicht fortsetzen, urteilte am 10.8. die Umweltschutzkammer des schleswig-holsteinischen Verwaltungsgerichts. Die Begründung dazu: „Es sei angesichts des regen Fischerei- und Ausflugsbetriebs in diesem Wattengebiet problematisch, ein „Clear Range“ (freies Feld) zu erreichen, und es sei auch recht zweifelhaft, ob die von der Bundeswehr geplanten Maßnahmen, wie der Einsatz von vier Sicherungsbooten und Hubschraubern, erreichen könnten, daß dieses Gebiet absolut frei sei. Es könne mithin nicht ausgeschlossen werden, daß den Antragstellern (einige Schiffseigner und Fischer aus Büsum, Anm.) keine Nachteile durch die geplanten Übungsübungen entstünden“ (nach „Kieler Nachrichten“ vom 11.8.).

Auf dieses Urteil hin legte die Wehrbereichsverwaltung I Rechtsmittel ein, kombiniert mit der Drohung: „Sollten die Waffenerprobungen per Gerichtsentscheid generell untersagt werden, entstehen dem Bund nach eigenen Angaben Schäden in Millionenhöhe“ („KN“, 25.8.). Am 30.8. wurde dann (merkwürdigerweise) ein Vergleich geschlossen; die Kläger, Kuttereigner aus Büsum, zogen ihre Klage und den Antrag auf

Erlaß einer einstweiligen Verfügung zurück.

Interessant ist das Ergebnis: „Entsprechend diesem Vergleich dürfen von Bord der zirka 15 Kilometer vor Büsum stehenden bundeseigenen Hubinsel „Barbara“ aus nur dann Raketen und Haubitzen abgefeuert werden, wenn „Clear Range“ (freies Feld) herrscht, das heißt, sich niemand in einem Umkreis von 13 km um die Hub-Insel herum befindet“ („KN“, 31.8.). Weiter heißt es: „Durch vier Sicherungsboote, zwei Hubschrauber sowie mehrere Beobachtungsposten soll dieses „Clear Range“ gewährleistet werden“ (ebenda).

Man erinnere sich einmal daran, daß genau diese Behauptungen noch vor wenigen Wochen von der Umweltschutzkammer stark bezweifelt wurden und deshalb die vorläufige Einstellung der „Schießübungen“ verfügt wurde!

Nur wenige Wochen später sind alle Zweifel ausgeräumt, obwohl sich an den Tatsachen absolut nichts geändert hat! Daß hier manipuliert worden ist, dürfte klar sein.

In Büsum hat sich mittlerweile eine Initiative gebildet, die weiterhin gegen die Napalm-Abwürfe und für die Einstellung aller militärischen Projekte in der Meldorfer Bucht kämpft. In einer Unterschriftensammlung heißt es:

„Das Bundesverteidigungsministerium plant und betreibt die Ausweitung des militärischen Sperrgebietes in der Meldorfer Bucht. Dieses neue Schießgebiet gefährdet die Fanggründe der Fischerei, ein wichtiges Erholungsgebiet sowie die Vogelschutzkolonie „Trischen“ inmitten des neuen Landschaftsschutzgebietes „Dithmarscher Wattenmeer“ und damit eines der letzten Lebens- und Überlebensgebiete von Seehunden und seltenen Wasservögeln. Wir fordern mit unserer Unterschrift die Einstellung aller militärischen Projekte in der Meldorfer Bucht. Keine weitere Zerstörung des Wattenmeeres!“

KB/Gruppe Kiel

## Strafverfolgung wegen

## Strafverfolgung wegen Anti-Strauß-Transparent



In München hat der DGB Ermittlungen gegen „linksradikale Randalierer“ einleiten lassen. Wie berichtet, kam es zum Ordner-Einsatz, als mehrere Gruppen im Veranstaltungssaal am Anti-Kriegstag Transparente gegen Strauß entrollen wollten. Der Münchener DGB hat offensichtlich schon seinen Friedenspakt mit Strauß geschlossen.

Am Rande des Festes der Münche-

ner Initiative für Frieden und Abrüstung wurde ein Bundeswehrosoldat festgenommen, weil er in Uniform erschienen war. Vier Passanten, die bei der Festnahme im Wege gestanden hatten, mußten ihre Personalien angeben.

Ein Soldat in Uniform für den Frieden — das ist natürlich verboten!

KB/Gruppe Nürnberg

## War Vetter auf einer gegnerischen Veranstaltung?

Es muß den H.O. Vetter doch sehr geärgert haben, daß er auf der Großveranstaltung der DGB-Jugend in der Dortmunder Westfalenhalle ausgepfiffen wurde. Auf insgesamt einer Seite in der DGB-Wochenzeitung „Welt der Arbeit“ (6.9.) wird über den Antikriegstag berichtet. Zwei Drittel dieses Berichts sind allein der Tatsache gewidmet, daß Vetter in Dortmund wie ein gerupftes Huhn von der Bühne ging. „...man hatte das Gefühl, der DGB-Vorsitzende spricht auf einer gegnerischen Veranstaltung“, bilanziert die „WdA“ Vetters Auftritt. „Bei der Begrüßung des DGB-Vorsitzenden Vetters geschah ... (es): Die Einheitsfront von SDAJ und Chaoten pffte und grölte ... Der Landesbezirkssekretär wurde ebenfalls ... mit Lärm

empfangen.“

Ansonsten wußte die „WdA“ noch einen Stilbruch zu vermelden: und zwar den „von moskautreuer Blindheit und Kleidung in US-Jeans“, den man „den Orthodoxen schon nicht mehr ankreiden“ kann. „Bedauerlich, daß eine lautstarke Minderheit einer so würdigen Veranstaltung einen negativen Eindruck gibt.“

Der Würde des Antikriegstages angemessen hatte sich „der Vorsitzende ... in seiner von Störungen begleiteten Rede massiv für die Ausweitung der Friedensforschung“ eingesetzt: „Niemand dürfe von deutschem Boden wieder einen Krieg ausgehen“, schreibt die „Welt der Arbeit“. Natürlich kein Sterbenswörtchen zum Anlaß der Pro-

teste: Vetter ist Verantwortlicher des Verbots der Antikriegstagsbroschüre der DGB-Jugend („zu einseitig links“), macht sich stark für die „Ausöhnung“ von Gewerkschaften und Militarismus, und für die „Ausöhnung“ mit Strauß — Vetter hatte sich zu einem Treffen bereiterklärt —.

So wundert es nicht, daß die „Störer“ ein großes Transparent „kein Treffen Vetter — Strauß“ mitgebracht hatten.

Bleibt nachzutragen, daß sich die DKP in der „UZ“ von „der Handvoll Chaoten“, die den großen Vorsitzenden gestört hatten, bereits kräftig distanzieren hat. Dies war auch zu erwarten, denn alles, was den DGB stört, kann auch für die DKP nicht richtig sein.



# Spanien / Portugal

## Euskadi im Kampf für seine politischen Flüchtlinge

Gegen die Verfolgung der baskischen politischen Flüchtlinge im französischen Teil des Baskenlandes (Nord-Euskadi) durch die französischen Behörden führt die baskische Linke seit Monaten einen Kampf. Im Februar '79 hatte die französische Regierung den baskischen Flüchtlingen den Asylstatus entzogen (parallel zur Verabschiedung der Verfassung im spanischen Parlament) und diese seitdem mit allen erdenklichen Schikanen und Repressionen verfolgt. Eine ganze Reihe von Flüchtlingen sind direkt an die spanische Polizei ausgeliefert worden, zig andere wurden zu „Zwangsaufhalten“ in die Pyrenäen verbannt, faschistische Kommandos konnten ohne Angst vor Verfolgung ehemalige oder auch derzeitige ETA-Mitglieder abknallen! Der Parlamentsabgeordnete von Herri Batasuna (radikaler ETA-Flügel), Letamendia, befürchtet, daß mit dem Inkrafttreten des baskischen Autonomiestatuts die französische Regierung die baskischen Flüchtlinge „in massiver Form, lastwagenweise“ an die spanische Polizei ausliefern wird (El Pais, 30.8.), da sie ja nun angeblich nicht mehr politisch verfolgt werden. Die spanische Linke hat bisher in verschiedener Weise den Protest gegen diese Maßnahmen organisiert und ihrer Forderung nach Wieder-Zuerkennung des Asylstatus Ausdruck verliehen: durch Demonstrationen, Einschließungen, Hungerstreiks sowie durch zahlreiche Bombenanschläge gegen französische Einrichtungen. Die Proteste haben sich in letzter Zeit weiter verstärkt, nachdem die Übergriffe der französischen Polizei immer unverschämter wurden, so waren zuletzt 59 Familienangehörige baskischer Flüchtlinge in Bayonne verhaftet und 8 Stunden lang verhört worden. In den Kirchen der Grenzorte Hendaya und Irun haben sich Hungerstreikende eingeschlossen. Auch in den Rathäusern von Ba, Amorebieta, Durango, Ondarroa, Baracaldo, usw. haben sich mehrere hundert Menschen zum Hungerstreik tagelang eingeschlossen. Die Vollversammlung des Stadtparlaments von Irun hat ein scharfes Protesttelegramm an den französischen Innenminister verabschiedet. Im Rathaus von San Sebastian haben sich u.a. 25 Gemeinderäte ebenfalls tagelang eingeschlossen aus Protest gegen die Maßnahmen der französischen Behörden.

Am 1.9. hatten die baskische Linke und die Amnestie-Komitees zu Demonstrationen in allen größeren Städten Euskadis aufgerufen (auch in Bayonne und Biarritz). Der Zivilgouverneur verbot ausdrücklich sämtliche Demonstrationen. Mit einem Aufgebot ohne gleichen verhinderten die nationale Polizei und die „Anti-Unruhe-Brigaden“ jeden Sammlungsversuch der Demonstranten. Als die 25 Gemeinderäte aneinandergelagert aus dem Rathaus von San Sebastian heraustraten, konnten sie nur wenige Schritte gehen, bevor auf sie eingegrübelt wurde; einer wurde an einem Auge so verletzt, daß er wahrscheinlich sein Augenlicht verliert, einem anderen wurde das Handgelenk gebrochen, die meisten mußten ins Krankenhaus. Ähnlich wurde mit anderen Demonstranten verfahren. Die Bullen schossen nicht nur ihre Tränengasgranaten, Gummikugeln in die Menschen, sie schossen auch wieder scharf! Ein 18-jähriger Student wurde aus 10 Meter Entfernung von einem Bullen in die Brust geschossen.

Freunde, die ihm zu Hilfe kommen wollten, wurden mit Gummigeschossen abgehalten. Der Student starb auf dem Weg ins Krankenhaus!

Stundenlang tobte daraufhin der ungleiche Kampf in den Straßen San Sebastians. Demonstranten errichteten Straßensperren und riefen immer wieder „Mörder-Polizei“, „ETA - Töte sie“...

Auch in Vitoria und Bilbao griff die nationale Polizei scharf ein und prügelte jeden Demonstrationsversuch zusammen.



San Sebastian: Demonstranten flüchten vor schießender Polizei



„Reste“ des Straßenkampfes in Renteria nach dem Tod von Inaki Quijeras. Autobusse hatten als Straßensperren und Schutz vor den Bullen gedient.

Für den folgenden Tag riefen die revolutionären Organisationen (Herri Batasuna, LKI, MC-OIC, PTE-ORT) zum Generalstreik in Euskadi auf. In letzter Minute schloß sich der nationalkonservative PNV dem Aufruf Batasuna, LKI, MC-OIC, PTE-ORT) zum Generalstreik in Euskadi auf. In letzter Minute schloß sich der nationalkonservative PNV dem Aufruf an. Der Generalstreik wurde massiv befolgt. In Guipuzcau streikten fast alle Arbeiter, Busse und Taxis stellten ihre Fahrten ein, die Läden hatten geschlossen. Auch in den anderen Provinzen (mit Ausnahme von Alava) wurde gestreikt und es kam in allen größeren Städten zu Straßenschlachten mit der Polizei. Die Arbeiter von Radio Nacional de España beschlossen nach einer Streikversammlung, den ganzen Tag über nichts zu senden außer Nachrichten über den Verlauf des Generalstreiks! Die reformistischen Gewerkschaften UGT und Comisiones Obreras hingegen machten ihren ganzen Einfluß geltend, um in einigen Betrieben Vizcayas die Arbeiter vom Streik abzuhalten.

Das Begräbnis des ermordeten Studenten Inaki Quijeras in San Sebastian wurde zu einer Demonstration von 10.000 Menschen. Nach der Beisetzung lösten die Bullen die Demonstration wieder mit brutaler Gewalt auf. Dabei wurde ein 16-jähriger durch einen Bauchschuß lebensgefährlich verletzt!

Diese blutigen Ereignisse in Euskadi, die entfesselte Brutalität der Knüttelgardien sowie die Radikalisierung, die davon wieder auf die Menschen im Baskenland ausging, paßt den bürgerlichen Parteien überhaupt nicht ins Konzept. Am 15. Oktober soll die Volksabstimmung über das im spanischen Parlament beschlossene baskische Autonomiestatut stattfinden. Allerdings tragen Ereignisse wie diese natürlich dazu bei, daß mehr Menschen zu der Meinung kommen, daß alle Rechte dieses Statuts

nichts nutzen, solange die nationale Polizei weiter knüttelt, schießt und tötet. Eine klare Regelung bezüglich des Abzugs der nationalen Polizei und anderer Truppen aus Euskadi ist im Autonomiestatut nicht enthalten.

Deshalb hat der PNV auch so dringlich die Regierung aufgefordert bis zum Inkrafttreten des Statuts wenigstens eine gemischte Kommission aus baskischen Parteien und den Organen der Zentralgewalt zu bilden, die für die „öffentliche Ordnung“ sorgt, damit solche an schlimme Franco-Zeiten erinnernden Einsätze der Polizei nicht mehr vorkommen, jedenfalls nicht bis zum 15. Oktober. Am 9. September konnte in San Sebastian eine Demonstration für die baskischen Flüchtlinge von ca. 8000 Menschen stattfinden, zu der die revolutionäre Linke aufgerufen hatte, bei der die Bullen nicht eingriffen.

Die Organisationen der revolutionären Linken haben die Fortsetzung ihres Kampfes für die baskischen Flüchtlinge in Frankreich angekündigt und die „demagogische Haltung“ der Parteien, die für das Autonomie-Statut eintreten, verurteilt (El Pais, 5.9.).

Spanien-Kommission

## Politisches Asylrecht für alle verfolgten Basken! AUFRUF

Mit folgendem Text werden von verschiedenen Komitees für die baskischen Flüchtlinge und die Wiederherstellung ihrer politischen Rechte in Frankreich Unterschriften gesammelt.

Politisches Asylrecht für alle verfolgten Basken

AUFRUF

Die Situation der politischen Flüchtlinge aus dem Baskenland auf französischem Boden ist augenblicklich katastrophal, es ist daher dringend notwendig, eine schnelle Lösung des Problems herbeizuführen. Nach dem Besuch des spanischen Außenministers in Paris, haben die französischen Behörden, in enger Zusammenarbeit mit der spanischen Regierung, in den letzten Monaten folgenschwere Maßnahmen ergriffen:

- Aufhebung des Status als politischer Flüchtling in Frankreich für alle Personen spanischer Herkunft, eine Massnahme, die über die Presse und in einer Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten verkündet wurde;
- Beschränkung der Freizügigkeit der politischen Flüchtlinge durch Begrenzung des Aufenthaltes auf die Départements nördlich der Loire und das Aufenthaltsverbot in den neuen Granddépartements (Pyrenées Atlantiques, Landes, Gironde etc.);
- Übergabe von sieben politischen Flüchtlingen, die in Frankreich politisches Asyl suchten, an die Folter der spanischen Polizei (30. Januar 1979);
- Ständige Angriffe der Rechtsextremen, die absolut ungestraft agieren können: innerhalb von einem Jahr fünf Morde und mehrere Mordversuche im Nord-Baskenland (französische Seite).

Diese repressiven Massnahmen sind illegal und anti-demokratisch; sie verletzen die internationalen Abkommen sowie die Gesetze, die den Flüchtlingen Asyl und Schutz gewähren, indem sie ihre Ausweisung in ein Gebiet verbieten, in dem sie aus politischen Motiven verfolgt werden.

Die Folgen der Aufhebung des Status als politischer Flüchtling:

- systematische Wegnahme der Aufenthaltsgenehmigung als politischer Flüchtling oder Verweigerung, sie zu verlängern: die politischen Flüchtlinge werden damit zu normalen Immigranten und können jederzeit willkürlich ausgewiesen werden, was ab September, nach der Touristensteuern, nicht mehr veränderbar scheint;
- Verweigerung der lokalen Polizei, Asylgesuche anzunehmen. Personen, die über die Grenze kommen, um ein Asylgesuch zu machen, werden sofort von der Polizei aufgegriffen.

Noch nie sind die Behörden so weit auf dem Wege der Illegalität gegangen. Aber diese repressiven Massnahmen haben einen klaren Zweck: man will die politischen Flüchtlinge aus dem Baskenland terrorisieren und sie zwingen, in Frankreich unterzutauchen. Dieses Ziel ist bereits erreicht: Aus Furcht vor Massnahmen wie Ausweisung oder Auslieferung an den spanischen Staat, Beschränkung ihrer Freizügigkeit, Verhaftung durch die Polizei, Opfer faschistischer Anschläge, sind augenblicklich sehr viele politische Flüchtlinge aus dem Baskenland, in Euskadi permanent Unsicherheit, gezwungen, sich wie Ausreisende zu verhalten und zu verschleiern.

Wir protestieren gegen die Massnahmen gegen die politischen Flüchtlinge aus dem Baskenland.

Wir fordern die sofortige Einstellung der verwaltungsrechtlichen Massnahmen wie Entfernung aus ihrem Land, Beschränkung der Freizügigkeit, Ausweisung oder Auslieferung, und die Beibehaltung des Status als politischer Flüchtling.

NAMEN VORNAME BERUF STADT UNTERSCHRIFT

## Chilenischer Außenminister in Madrid

Nach einer kurzen Visite beim englischen Außenminister Lord Carrington war die erste Station des chilenischen Außenministers bei seiner Rundreise durch westeuropäische Länder ein offizieller Aufenthalt in Madrid, bei dem Gespräche mit Ministerpräsident Suarez, Außenminister Oreja und dem spanischen Wirtschaftsminister von ihm geführt wurden. Den Vertreter des chilenischen Terror-Regimes Cubillos, interessierte besonders, in welchem Umfang Spanien bereit ist, seine wirtschaftlichen Beziehungen zu Chile zu intensivieren. Cubillos lobte die Staaten Frankreich und BRD (!) — die er als nächste Gebiete wird — die auf wirtschaftlichem Gebiet die Rolle spielen würden, die eigentlich Spanien zukomme „well ste eine weniger rigide Politik

auf ideologischem Gebiet“ verfolgen (El Pais, 5.9.79). In Spanien würden die Unternehmer so zurückhaltend sein, weil sie Angst vor den politischen Reaktionen im eigenen Land haben ...

Gegen die Anwesenheit des Vertreters des chilenischen Mörder-Regimes haben PSOE, PCE und alle Organisationen der revolutionären Linken Spaniens protestiert.

Chilenische politische Flüchtlinge und Mitglieder der revolutionären linken Organisationen führten einen 48-stündigen Hungerstreik aus Protest gegen den Besuch Cubillos durch. Während der Pressekonferenz Cubillos demonstrierten 500 Menschen vor dem Gebäude und riefen: „Pinochet — Mörder“ und „Die Verschundenen, wo sind sie?“

Spanien-Kommission

## Portugal vor den Wahlen

In der ersten Dezemberhälfte ist es soweit: in Portugal soll ein neues Parlament gewählt werden. Bei diesen vor der Tür stehenden Wahlen handelt es sich jedoch nicht einfach um Neuwahlen, wie irreführender Weise in den Medien immer wieder behauptet wird; darunter versteht man nämlich gemeinhin Wahlen, die eine neue Legislaturperiode einläuten. Genau dies trifft aber für die portugiesischen Wahlen im Dezember nicht zu:

Die portugiesische Verfassung vom April 1976 bestimmt in ihrem Artikel 174, daß die Legislaturperiode vier Jahre dauert und daß bei zwischenzeitlicher Auflösung des Parlaments

das darauf neugewählte Parlament die alte Legislaturperiode zu Ende zu führen habe. Man spricht deshalb in Portugal von „eleições intercalares“, d.h. „zwischen geschobenen Neuwahlen“. In jedem Falle muß im Oktober 1980 wieder gewählt werden, da dann die erste Legislaturperiode abläuft. — An diesem Sachverhalt läßt sich zur Zeit nichts ändern, da die portugiesische Verfassung festlegt, daß Verfassungsänderungen erst in der zweiten Legislaturperiode vorgenommen werden dürfen (Art. 286).

Damit findet ein Prozeß der Diskreditierung der parlamentarischen Institutionen einen vorläufigen Ab-

schluß — ein Prozeß, der sich seit der Aufnahme von CDS-Ministern in eine von Soares geführte PS-Regierung Anfang 1978 von Monat zu Monat zuspitzte.

Ansatzpunkt dieser von Staatspräsident António Ramalho angeführten Kampagne war die Tatsache, daß die PS von Mário Soares im Parlament keine Politik der linken Aktions-einheit mit der PCP zur gemeinsamen Verteidigung der Errungenschaften des 25. April 1974 betreiben wollte. Die von PCP-Chef Cunhal immer wieder beschworene „linke Mehrheit“ im Parlament wurde vielmehr durch die PS-Fraktion fortlaufend sabotiert

und konnte daher politisch nicht zum Tragen kommen. Die inner- und außerparlamentarische Rechte verstärkte gleichzeitig ihre Angriffe auf die Agrarreform und die unter Arbeiter selbstverwaltung oder staatliche Kontrolle gestellten Betriebe, wobei sie keine Gelegenheit ausließ, der Soares-Partei Kommunisten-Freundlichkeit zu unterstellen (Zur Entwicklung bis zur Einsetzung von Nobre da Costa als Regierungschef durch Staatspräsident Eanes siehe im einzelnen AK 138, S. 33).

Eanes machte sich diese Situation in verschiedener Hinsicht zunutze: Da durch die Haltung der PS in der Koalitionsfrage keine von der Linken gemeinsam getragene Regierung zustande kommen konnte, ebensowenig wie aufgrund der Mehrheitsverhältnisse eine rechte Regierung das Parla-

ment hätte passieren können, benutzte Eanes seine ihm in der Verfassung zugestanden Rechte als Staatspräsident, um dem Parlament nacheinander drei Regierungen von seinen Gnaden aufzuzwingen. Diese parlamentarisch nicht abgesicherten Regierungen, die angeblich nur „geschäftsführend“ wirken sollten, griffen massiv in das politische Geschehen ein, indem sie zum Beispiel auf dem Gebiet der Agrarreform eine brutale Enteignungswelle gegen Kooperativen und kollektive Produktionseinheiten im Alentejo in Gang setzten (s. dazu AK 154, S. 40). Am Rande sei hier erwähnt, daß die seit kurzem im Amt befindliche III. Regierung Eanes unter der Ministerpräsidentin Maria de Lurdes Pintasilgo diese Politik unge-

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von Seite 29

brochen fortgesetzt. Hatte die Ministerpräsidentin anfangs noch verkündet, die Politik des Agrarministeriums müsse möglicherweise überdacht werden — indem z. B. endlich mal an die gesetzlich vorgesehenen, immer noch ausstehenden Enteignungen von privatem Landbesitz gegangen würde — so tönt es heute aus dem Munde des Agrarministers Joaquim Lourenço ganz anders: Die Behauptung, daß die gegenwärtige Regierung die Landrückgabe an Private im Alentejo gestoppt habe, sei pure Spekulation. Man werde im Gegenteil die Gesetze genau erfüllen. Im Augenblick seien jedoch alle von der vorhergehenden Regierung Mota Pinto geplanten Reprivatisierungen getätigt, für weitere seien noch die notwendigen juristischen Formalitäten zu regeln („Diário Popular“ v. 11.9.79).

Die Zielsetzung der Bourgeoisie, wie aus der Politik von Staatspräsident Eanes und seiner drei Regierungen ablesbar ist, läßt sich in Kürze folgendermaßen zusammenfassen:

1. Aushöhlung der verfassungsmäßigen Funktion des Parlaments durch großzügigste Interpretation der Rechte und Pflichten des Staatspräsidenten. Damit soll einer Verfassungsrevision, die für die zweite Legislaturperiode ansteht, im Sinne einer stark präsidentiellen Demokratie, wie in den USA oder in Frankreich, vorgearbeitet werden.
2. Dies wird flankiert durch die Unglaubwürdigmachung des gegenwärtigen Parteiensystems. Der Staatspräsident hat in den letzten eininhalb Jahren nichts unversucht gelassen, um die (Parlaments-) Parteien der Unfähigkeit zu zeihen, das Wohl des Landes zu vertreten. Er rief den Eindruck hervor, als habe er persönlich sich nur deshalb in die Parlamentsangelegenheiten eingemischt, weil die Parteien nicht in der Lage waren, aktionsfähige Regierungen zu bilden. Damit wird das Parteiensystem als erstlinig noch klassenmäßig bestimmtes in Frage gestellt, und der Tendenz nach auf ein BRD-artiges System von „Volksparteien“ orientiert, wo prinzipiell jede Partei mit jeder koalitionsfähig, die politische Kontinuität also weitgehend unabhängig von Wahlergebnissen ist.
3. Im gleichen Zuge läßt die Bourgeoisie die Gelegenheit nicht ungegenutzt verstreichen, noch in dieser Legislaturperiode einige ihrer Hauptziele zu erreichen bzw. wenigstens in Angriff zu nehmen, wobei für sie die augenblickliche Krise und Schwäche der Linken besonders günstig ist. Hier sind insbesondere zu erwähnen: die Agrarreform, die selbstverwalteten und verstaatlichten Betriebe und die Neueinbindung Portugals in das imperialistische System. Für letzteres seien die Kreditabkommen mit dem Internationalen Währungsfonds und einzelnen imperialistischen Ländern genannt, sowie die verstärkte militärische Kooperation Portugals im Rahmen, sowie die verstärkte militärische Kooperation Portugals im Rahmen der NATO (Aufstellung einer NATO-Brigade, Erneuerung des Abkommens über den Stützpunkt Beja der BRD-Luftwaffe).

Für den kommenden Wahlkampf schälen sich folgende Verhaltensweisen und Koalitionen heraus:

Die Rechte hat es darauf angelegt, die an ihrer sozialen Basis aufgebrochenen Unzufriedenheiten mittels einer breiten Wahlkoalition aufzufangen, die von PSD (Sá Carneiro) über PPM (Monarchisten) bis zur CDS (Schwesterpartei der CSU) reicht. Dieses Wahlbündnis, auf dessen Listen auch „unabhängige“ Rechte kandidieren können, nennt sich ausgerechnet „Demokratische Allianz“.

Die PS wird allein zur Wahl antreten, wobei ihre Wahlkampfstrategie augenblicklich noch nicht deutlich ist. Sie wird es relativ schwer haben, sich als links zu verkaufen, da die Bevölkerung gut drei Jahre lang in den Genuß einer „sozialistischen“ Politik à la Soares und deren Folgen gekommen ist. Möglicherweise wird die PS ihre Stimmenverluste nach links durch Stimmengewinne von rechts ganz oder teilweise ausgleichen können. In jedem Fall ist bei der PS die größte Wahlerwanderung zu erwarten.

Die PCP verhält sich „maßvoll“ gegenüber der Regierung Pintasilo und dem Staatspräsidenten Eanes. Sie geht davon aus, daß ihr Potential weitgehend erhalten geblieben ist und mangels einer linken Alternative kaum mit Stimmenverlusten nach links zu rechnen ist (wie bei den Präsidentschaftswahlen 1976, als ein erheblicher Teil der PCP-Wählerschaft dem Pöder-Popular-Kandidaten Otelo die Stimme gab und nicht dem PCP-Kandidaten Pato). Ob in diesem letzten Punkt die PCP sich nicht möglicherweise irrt, hängt davon ab, ob die revolutionäre Linke um Otelo eine gemeinsame Wahlplattform auf die Beine zu stellen in der Lage ist.

Portugal-Kommission

# Frankreich

## Neofaschisten in der Massenpresse

„In diesem verdrießlichen Sommer kommt uns das Ungeheuer von Loch Ness politisch-literarisch“, schrieb Ende Juli die Zeitung „Le Matin“ in einem Kommentar zum heiß diskutierten Thema der „Neuen Rechten“. Die liebenswerte Nessie aus dem schottischen Loch hat bekanntlich die vorteilhafte Eigenschaft, am Ende von Sauregurkenzeiten wieder zu verschwinden. Das „politisch-literarische Phänomen“ der „Neuen Rechten“ ist hingegen von Fleisch und Blut. Es bezeichnet nichts geringeres als den Vormarsch neofaschistischer Kräfte auf der politisch-kulturellen Bühne Frankreichs.

„Neue Rechte“ ist eine mißverständliche und auch verharmlosende Bezeichnung. Die Personen, Organisationen und Zeitschriften, die mit dieser Bezeichnung in der öffentlichen Diskussion belegt werden, können auf eine lange faschistische Tradition zurückblicken. Neu ist nur ihr gewachsener Einfluß, ihr Eindringen in den Bereich der Massenmedien und auch einige organisatorische Formen, in denen sie auftreten. Es handelt sich bei der Kerngruppe der „Neuen Rechten“ um führende Mitglieder der faschistischen Organisation „Europe action“ (Aktion Europa), die inzwischen in die Chefredaktion und die Redaktionsstuben des „Figaro Magazine“ eingezogen sind. Das „Figaro Magazine“ ist die Wochenbeilage der reaktionären Tageszeitung „Le Figaro“. Es präsentiert sich als Verschnitt zwischen einer politischen Wochenzeitschrift und einem wissenschaftlich-kulturellen Magazin, gespickt mit allerlei Unterhaltung für sein bürgerliches Publikum. Es wird wöchentlich immerhin von 1,8 Millionen Franzosen und Französinnen gelesen.

„Figaro“ und „Figaro Magazine“ sind die „Kopfbilder“ der Zeitungsgruppe des französischen Großverlegers R. Hersant. Hersant und seine Presse spielen in Frankreich eine ähnliche Rolle und haben ein ähnliches Gewicht wie in der BRD Springer und seine Zeitungen. Hersant gehört heute zweifellos zu den mächtigsten Figuren der französischen Großbourgeoisie.



FIGARO MAGAZINE, 1,8 Millionen Leser wöchentlich, mindestens 9 Neofaschisten in der Redaktion. Titelgeschichte dieser Ausgabe: Die neue Vorkriegszeit. Inhalt: Propagierung des Kampfes um Rohstoffe.

März 79

Wenn dieser französische Pressezar seine Kopfbilder für faschistische Redakteure öffnet, so ist nicht nur in Frankreich Aufmerksamkeit geboten. Eine Stärkung faschistischer Kreise in Frankreich hat auch unmittelbare Konsequenzen für die Entwicklung faschistischer Kräfte bei uns und in anderen Ländern Westeuropas.

Zudem passen sich die strategischen Zielvorstellungen der französischen Neofaschisten sehr direkt in die imperialistischen Pläne der westdeutschen Großbourgeoisie ein. So wünscht sich der Vordenker der französischen Neofaschisten, Alain de Benoist, ein „europäisches Großreich“, das vom Atlantik bis zum Ural, vom Mittelmeer bis zum Nordkap reicht. Für ihn ist die „Wiedervereinigung des deutschen Volkes“ unausweich-

lich, ebenso der Zusammenschluß eines neuen „Großdeutschlands“ mit Frankreich. Beide Staaten zusammen könnten dann ihre Herrschaft über Europa errichten (nach „Spiegel“, 13.8.79). Benoist ist politischer Hauptredakteur beim „Figaro Magazine“, wo er in seinen Berichten und Kommentaren allerdings noch nichts so weit geht wie bei den aufgeführten Beispielen aus der faschistischen Zeitung „elements“.



Louis Pauwels (links) und Alain de Benoist, alias Robert de Herte, alias Fabrice Laroche. Von Aktion Europa in die Cheftage des „Figaro Magazins“

Chefredakteur des Magazins ist Louis Pauwels. Auch er hat eine langjährige Karriere in den verschiedensten Diskussionsclubs und Zirkeln der extremen Rechten in Frankreich hinter sich. Pauwels nannte z.B. in der Zeit der französischen Holocaust-Diskussion im „Figaro Magazine“ das KZ Buchenwald vergleichsweise harmlos, wenn er an die Bombardierung Dresdens denken würde. Neben Pauwels und Benoist finden sich im „Figaro Magazine“ auch andere reaktionäre Kräfte. Neben Pauwels und Benoist finden sich im „Figaro Magazine“ auch andere reaktionäre Kräfte. Neben Pauwels und Benoist finden sich im „Figaro Magazine“ auch andere reaktionäre Kräfte.

### Schaltzentrale Grece

Sie hängen alle mit einem politischen Club zusammen, der als rechte Gegenreaktion gegen die Massenkämpfe des Jahres 1968 von Aktivisten von „Aktion Europa“ und der faschistischen Studentenzeitung „Cahiers universitaires“ gegründet wurde. Der politische Club nennt sich Grece. Das ist einmal die Abkürzung für „Studien- und Forschungsgruppe für die europäische Zivilisation“. Grece heißt auf französisch aber auch Griechenland, und soll in dieser Bedeutung die Verbindung des Clubs mit „abendländischen“ Traditionen bezeichnen — und wurde sicher auch nicht zufällig nach der damaligen Errichtung des Obisten-Regimes in Griechenland (April 1967) so benannt.

Die erste nationale Zusammenkunft des Clubs fand noch im Jahre 1968 in Nizza statt. Teilnehmer und Schirmherr des Treffens war kein geringerer als der damalige Bürgermeister von Nizza, Jacques Médéric. Médéric ist in Frankreich als extremer Rassist bekannt. Er gehört zu den Führungsfiguren der französischen Bourgeoisie in Südfrankreich und sitzt heute noch als Abgeordneter im nationalen Parlament.

In den folgenden Jahren breitete sich Grece über ganz Frankreich aus. Sein Schwerpunkt sind Universitätsstädte, wo er unter reaktionären intellektuellen und Studenten seinen Einfluß zu verbreitern sucht. Mit Arbeitstagen, Vorträgen und Seminaren, für die er auch rechtsorientierte unabhängige Schriftsteller und Wissenschaftler einspannt, versucht er, Anhänger zu gewinnen. Mitglied kann man im Grece aber nur nach einem strengen Aufnahmeverfahren werden, bei dem ein Mitglied eine Bürgschaft für den Kandidaten überneh-

men muß (alle Angaben nach „Le Matin“, 25.7.79). Heute zählt der Grece nach eigenen Angaben 1.500 Mitglieder. Der „Spiegel“ nennt sogar die Zahl 5.000. Neben den Mitgliedern gibt es noch einen Fördererkreis, der sich „Club der 1000“ nennt. Mit Fördersätzen zwischen 150 und 200 Francs monatlich sollen hier die publizistischen Aktivitäten des Grece mitfinanziert werden.

Der Grece gibt selbst allein drei Zeitschriften heraus. Sie nennen sich „Études et Recherches“ (Studien und Forschungen), „elements pour une civilisation européenne“ (Elemente für eine europäische Zivilisation), die erst kürzlich ein ganzes Heft dem deutschen Germanentum widmete, und als Hauptorgan die Zeitschrift „Nouvelle Ecole“ (Neue Schule) mit einer Auflage von 10.000 Exemplaren. Mitgetragen wird „Nouvelle Ecole“ von einem illustren „in-

Herrschaft und Kultur bestimmten weißen „Herrenrasse“. Als Staatsvorstellung wird ein von einer Herrenelite absolut regiertes Gemeinwesen propagiert, weil dies den natürlichen Unterschieden und Ungleichheiten zwischen den Menschen entspricht.

Im Unterschied zu den „romantischen“ Ungleichheitsideologien der „alten“ Faschisten behauptet der Grece eine absolut „wissenschaftliche Fundierung“ seiner Vorstellungen. Die Wissenschaft (oder besser: Pseudowissenschaft), die dies fundieren soll, ist die sogenannte Soziobiologie.

Der Begriff Soziobiologie wurde erstmals vom Harvard-Professor für Zoologie, E. Wilson, verwendet. Er publizierte 1975 ein dickes Buch gleichen Titels, das die Bedeutung der Erbmasse auf das soziale Verhalten von Menschen und Tieren belegen soll. Der Begriff ist neu, aber nicht der Inhalt. Die Soziobiologie knüpft direkt an die Erbforschungstraditionen der Nazis an. Danach ist Erfolg und Mißerfolg, Herrschaft und Knechtung und die ganze Skala menschlicher Fähigkeiten allein eine Frage der Erbmasse.

Die französischen Neofaschisten verkaufen diese „Theorien“ als unwiderlegbare Fundamente einer rationalen Gesellschaftskonzeption. Vor allem auf dem Weg der Verbreitung dieser Anschauungen erhoffen sie sich eine politische Klimaveränderung in Frankreich, die den Boden für die konkret politischen Forderungen der Neofaschisten schafft.

### Die seriösen Reaktionen vom Uhrenclub

Mit sehr viel weniger Mitgliedern, aber einem gediegenen Maß an politischem Einfluß wartet ein zweiter Club auf, der eine Schlüsselrolle in der rechten und extrem rechten Szene spielt. Es ist der Club d'Horloge (Uhrenclub) mit nicht einmal 120 Mitgliedern. Dafür gehören fast alle seine Mitglieder zum Regierungsnachwuchs. Drei Viertel von ihnen sind leitende Beamte in den verschiedenen Ministerien. Der derzeitige Clubpräsident ist z.B. Kabinettschef des Generalsekretärs der Gaullistenpartei RPR. Zwar will man mit dem Grece direkt nichts zu tun haben. Die ideologische Verwandtschaft wird aber freimütig zugegeben. So meint Clubpräsident Blot dazu: „Es ist wahr, daß wir ein Buch verfaßt haben, das ‚Politik des Lebens‘ heißt, und das gerade so wie bei Alain de Benoist biologisch Gegebenheiten und politische Analysen miteinander zu vermählen versucht“ („Le Matin“, 25.7.79).

### Hersant will Neonazis behalten

#### Hersant will Neonazis behalten

Erst nachdem die Grece-Leute ins „Figaro Magazine“ einzogen, wurde die Bedeutung neofaschistischer Kreise zum öffentlichen Thema.

Es gibt noch wenig weitergehende Untersuchungen über die Präsenz faschistischer Kräfte in anderen gesellschaftlichen Bereichen, staatlichen Institutionen, Parteien, Verbände etc.. Dies hängt auch damit zusammen, daß die Auseinandersetzung mit dem Neofaschismus in Frankreich sich auf die „traditionellen“ faschistischen Sekten und ihr politisches Auftreten konzentrierte. Das Vordringen der Neofaschisten im politisch-kulturellen Bereich wurde erst jetzt breiter bekannt. Nachdem die Querverbindungen zwischen „Figaro Magazine“ und Grece bekannt geworden waren, reagierten Redakteure des „Figaro“ mit einer Erklärung. Anlässlich des vierzigsten Jahrestages des Beginns des zweiten Weltkrieges veröffentlichte der Chefredakteur des „Figaro“ einen Kommentar, in dem er sich gegen den Mißbrauch der Genetik zur Klassifikation in „Übermenschen und Untermenschen“ wandte. Zur politischen Linie des „Figaro“ hieß es: „In dieser Zeitung werden wir auch weiter Positionen, die als rechts bezeichnet werden, verteidigen, aber nur bis zu einer bestimmten Grenze, der Grenze, die Liberalismus und Diktatur voneinander scheidet“ („Nouvel Observateur“, Nr. 773). „Zwei Tage lang war der ‚Figaro‘ ein wahrer Irrgarten von Gerüchten und Mutmaßungen“, schrieb dazu der PS-nahe „Nouvel Observateur“: „Wer zieht wem das Fell über die Ohren“. Nach Auskunft des „Observateur“ hat Verleger Hersant entschieden. Pauwels, Benoist und ihre Gesinnungsfreunde bleiben. „Neue Rechte! Dann wird man über uns reden“, soll er gesagt haben. Um „Public relation“ dürfte es diesem Großkapitalisten dabei aber wohl nicht nur gehen.

Ein ZRK-Genosse, Göttingen

doeuropäischen Patronatskomitee“, in dem neben schon erwähnten Pauwels auch der NPD-„Historiker“ Ernst Andrich, der bekannte reaktionäre Verhaltensforscher Konrad Lorenz und der in England lebende Verhaltensforscher Hans J. Eysenck sitzen, dessen Buch über die „Ungleichheit des Menschen“ zum pseudowissenschaftlichen Fundus der französischen Neonazis gehört.

Unter der Patronage des Grece französischen Neonazis gehört.

Unter der Patronage des Grece wurde auch ein „Verbindungskomitee der Offiziere und Unteroffiziere“ gegründet, daß unter dem Titel „Nation armée“ (Wehrfähige Nation) ein Mitteilungsblatt unterhält.

Alain de Benoist, der auch die Pseudonyme Robert de Herte und Fabrice Laroche verwendet, fungiert auch als Herausgeber der rassistisch orientierten Schriftenreihe „Rheingold“. Seit 1977 besitzt der Grece zudem einen eigenen Verlag, die Editions Copernic. Das Verlagsprogramm liegt inzwischen bei 40 Titeln pro Jahr. 1979 rechnet die Verlagsleitung mit 3,5 Mill. Francs Umsatz (nach „Le Matin“, 6.8.79).

Schon aus diesen Zahlen kann man herauslesen, daß das umfangreiche Zeitschriften- und Verlagsprogramm aus Mitglieds- und Förderbeiträgen allein kaum finanziert werden kann.

### Hauptschlag gegen alle Gleichheitsvorstellungen

Seit seiner Gründung führt der Grece den ideologischen Hauptschlag gegen alle Gleichheitsvorstellungen einschließlich bürgerlicher Positionen, die zumindestens formal gleiche politische Rechte für die Bürger, Gleichberechtigung im Zusammenleben der Völker etc. propagieren. „Der Feind“, sagt dazu Jean-Claude Valla, Generalsekretär des Grece, „sind für uns alle Vorstellungen und Praxisformen, die den Gleichheitsgedanken repräsentieren oder als Möglichkeit in sich tragen. In erster Linie ist das natürlich der Marxismus als extremste und terroristische Form des Gleichheitsdenkens“.

Dagegen setzen die Grece-Ideologen die Parole vom „Naturrecht“ des Stärkeren, der „Auslese“ der Stärkeren aus der Masse der Schwächeren durch den politischen Willen des „Herrenmenschen“, schließlich auch die Lehre von der Minderwertigkeit farbiger Rassen gegenüber der zu





# afrika

## Zimbabwe Bombardieren, Verhandeln, Bombardieren, Verhandeln...

Gelegentlich müsse auch ein Bischof zu „notwendigen Unbarmherzigkeiten“ bereit sein. So umschreibt der rhodesische Ministerpräsident Muzorewa die Eskalation des Terrors gegen das zimbabwische Volk, seine Befreiungsbewegung und die Frontstaaten. Vier Tage dauerte der jüngste offene Krieg mit dem rhodesische Truppen mit Unterstützung von Jagdbombern Mosambik überzogen.

Sie drangen 320 km tief nördlich der Hauptstadt Maputo, und töteten über 300 zimbabwische Flüchtlinge, Guerilleros und Mosambikaner. Neben der Zerstörung von 16 militärischen Anlagen der ZANU und der Frelimo galten die Angriffe v.a. zivilen Objekten: Wohnhäuser, Schulen, Krankenhäuser, Brücken, Öldeps, Bahn- und Straßenverbindungen, Telefon- und Elektroleitungen wurden zerstört. Gegen einen solchen Krieg sind die Guerillakämpfer der ZANU und die unter den schwierigsten materiellen Bedingungen nur im langsamen Aufbau begriffene Armee Mosambiks weitgehend machtlos. Es konnten nur einige Hubschrauber der Invasoren abgeschossen werden. Zwei Tage nach diesem Krieg begann am 10.9. in London die sogenannte „Allparteienkonferenz“ zur „Lösung“ der zimbabwischen Frage. „An diesem Tage wurde noch ein Angriff geflogen auf den mosambikanischen Ort Mabalene, wobei 40 Insassen einer Haftanstalt getötet wurden

(„TAZ“, 12.9.).

Mit dieser Provokation hat die „gemischtrassige“ Version des rhodesischen Siedlerregimes klargemacht, daß es ihr auf der Konferenz nicht um die Herbeiführung des Friedens in Zimbabwe geht. Durch ein Geplänkel um allerlei Verfassungsfragen soll den imperialistischen Staaten der Vorwand für eine Anerkennung Zimbabwes geliefert werden und gleichzeitig soll jedes Zugeständnis an die Befreiungsbewegung ausgeschlossen werden.

Den Vorsitz der Konferenz hat der britische Außenminister Lord Carrington inne. Er betonte, daß es sich bei dem Treffen um eine „Verfassungskonferenz“ handle und daß alle Parteien auf dieser Grundlage ihre Beteiligung erklärt hätten.

Das betrifft auch den Dritten im Bunde, die Patriotic Front, vertreten durch ihre Führer Nkomo und Mugabe. Nachdem ZANU-Sekretär Tekere noch im August tönte, daß man „mit Verrätern wie Muzorewa auf keinen Fall an einem Tisch sitzen wolle“, sitzt die PF jetzt eben dort. Vor der Konferenz erklärte Mugabe von der ZANU: „Wir werden jede Lösung ablehnen, die unsere Rolle in dem Prozeß der Entkolonialisierung ignoriert“ („FAZ“, 28.8.), und auch auf den von den Imperialisten erbetenen einseitigen Waffenstillstand ging die PF nicht ein. Außerdem erklärte sie, einzig mit der britische Seite verhandeln zu wollen.

Das ganze Ausmaß der Kompromisse, die die PF trotz aller diplomatischen und kriegerischen Provokationen der Gegenseite einzugehen bereit ist, umriß Mugabe unmittelbar vor Beginn der Konferenz:

– Nicht mehr von einer bedingungslosen Machtübergabe an die PF war die Rede, sondern von der Bitte an Großbritannien, eine Übergangsregierung einzusetzen, in der die PF eine tragende Rolle habe und auch der Vertreter Großbritanniens und der Muzorewa-Regierung angehören sollten.

– Nicht mehr von der Auflösung der rhodesischen Armee und deren Ersetzung durch die Guerillaarmee der PF ist die Rede, sondern von einer neuerschaffenden rhodesischen Armee, deren Kern die Guerilla-Streitkräfte seien sollen. „Erwünschte Elemente der anderen Seite“ würden in der neuen Armee akzeptiert („SZ“, 11.9.).

Solcherlei Zugeständnisse widersprechen den bisherigen Äußerungen der PF, v.a. der ZANU. Für die diplomatischen Alleingänge, die der Sache des Befreiungskampfes schaden, war bislang eher der andere PF-Führer ZAPU-Chef Nkomo bekannt. Es bleibt abzuwarten, ob der weitere Verlauf der Londoner Konferenz die zu ihrem Beginn geschürten Befürchtungen bestätigt, oder ob ein schwerer politischer Rückschlag der zimbabwischen Befreiungsbewegung erspart bleibt.

Afrika-Kommission

ungen bestätigt, oder ob ein schwerer politischer Rückschlag der zimbabwischen Befreiungsbewegung erspart bleibt.

Afrika-Kommission

## Zaire Kurzmeldungen

### Neue Massaker in Shaba

Wie die zairische Oppositionsgruppe „Freie Kräfte des Kongo“ („FLC“) in Brüssel mitteilte, haben zairische Truppen unter Angehörigen des Luba-Stammes in der durch Volksaufstände bekannten Provinz Shaba ein Blutbad angerichtet. Die Zahl der Umgebrachten ist nicht bekannt geworden. Anlaß waren friedliche Demonstrationen gegen das von Präsident Mobutu verhängte Verbot der Ausübung traditioneller Stammesbräuche, wie z.B. das Entrichten von Gaben an den Stammeshäuptling („FAZ“, 11.8.).

### Französisch-zairische Manöver

Der durch verschiedene imperialistische Mächte betriebenen Wiederaufbau der zairischen Armee scheint eine neue Stufe erreicht zu haben. Während der Aufstände in der zairischen Provinz Shaba 1977 und 1978 stellte sie ihren totalen Mangel an Ausbildung, Beherrschung der Ausrüstung und v.a. Disziplin unter Beweis. Nur die Intervention von Truppen aus Frankreich, Belgien und einigen reaktionären afrikanischen Ländern konnte das Terrorregime Mobutus retten. Inzwischen haben Togo, Senegal, Marokko und die Elfenbein-

küste begonnen, ihre Besatzungstruppen aus Zaire abzuziehen. Gleichzeitig werden 300 französische Soldaten nach Shaba eingeflogen, um zunächst mit der zairischen Armee gemeinsame Manöver durchzuführen, besser gesagt, um deren Zuverlässigkeit zu testen. Die Dauer ihres Aufenthalts wird von französischer Seite als „relativ beschränkt“ angegeben („Le Monde“, 17.8.).

### Mobutu „privat“ in der BRD

„Aber wirklich privat ist im Leben eines Staatsmannes auch eines afrikanischen, nur wenig“ („FAZ“, 30.8.). Welche „öffentlichen“ Themen Mobutu, der inzwischen gute Chancen auf den Besucherrekord in Bonn hat, u.a. mit seinem Kollegen Carstens am 29.8. besprach, verrät die bürgerliche Presse leider nicht, außer, daß es sich um bilaterale Fragen handelte. Die wichtigste bilaterale Frage dürfte natürlich das Projekt Otrag gewesen sein, das nach dem spektakulären Theater mit der scheinbaren Vertragskündigung im April unter etwas weniger Anteilnahme der internationalen Öffentlichkeit ungestört in Süd-Zaire weiter gedeiht (siehe AK 153).

Afrika-Kommission

## Neues von Rhodie Neues von Rhodie

Die Hoffnungen von Antirassisten in aller Welt, daß der ehemalige Staatssekretär im südafrikanischen Informationsministerium, Eschel Rhodie, mit seinen Enthüllungen mehr Licht in die enge Zusammenarbeit zwischen den Mächtigen der westlichen Welt und den südafrikanischen Faschisten bringen würde, haben neue Nahrung erhalten.

Wir erinnern uns: Rhodie war 1971-77 der Chef eines Schmiergeldfonds des südafrikanischen Informationsministeriums, der dazu eingesetzt wurde, weltweit Politiker und Institutionen dem Rassenregime freundlich zu stimmen und sie zu entsprechenden Äußerungen zu veranlassen. Inzwischen wurde bekannt, daß der Fond 80 Mill. Dollar schwer war und 160 Projekte betreut wurden (von denen rund 30 im Frühjahr dieses Jahres bekannt wurden, s. AK 151, 152).

Als der Skandal aufflog, wurde Rhodie der Unterschlagung angeklagt und floh nach Europa. Im Juli wurde er in Frankreich gefaßt und im August nach Südafrika ausgeliefert. Er hat angekündigt, daß er in dem Prozeß, der auf ihn wartet, endgültig ausspacken werde. Nur zu!

Kürzlich sind schon einige Neuigkeiten über die Praktiken des südafrikanischen Informationsministeriums in den USA an das Licht der Öffentlichkeit gelangt:

– So wird vermutet, daß südafrikanisches Geld die Wahlniederlage des kalifornischen Senators Dunlop be-

förderte, der als Vorsitzender des Senatssonderausschusses für Investitionsprioritäten als Gegner von Investitionen in Südafrika bekannt war.

– Ziel besonderer Anstrengungen des Informationsministeriums war der kalifornische Gouverneur Brown, der als Präsidentschaftskandidat im Gespräch gewesen ist. Der Einfluß auf ihn und seine Umgebung sollte, im Fall seines Wahlsieges, Südafrika einen noch direkteren Einfluß auf die US-Regierung verschaffen („Neue“, 5.9.).

Afrika-Kommission

## Militärische Erfolge der SWAPO

Wie der Präsident der namibischen Befreiungsbewegung SWAPO, Sam Nujamo, mitteilte, führte die SWAPO in den vergangenen Monaten u.a. Angriffe auf fünf größere Basen der südafrikanischen Besatzer durch. Dabei seien 482 gegnerische Soldaten gefallen und vier Flugzeuge und ein Hubschrauber zerstört worden. Nach der jüngsten Sitzung des ZK der SWAPO wurde eine weitere Intensivierung des Befreiungskampfes angekündigt („Neue“, 31.8., 8.9.).

Afrika-Kommission

## Muzorewas Auftakt zu den „Friedensverhandlungen“:

### Rhodesische Truppen greifen Mosambik an!

Einen Tag vor seiner Abreise zur „Friedens- und Verfassungskonferenz“ in London inzerierte Rhodesiens Regierungschef und „Verteidigungsminister“ Muzorewa den bisherigen Höhepunkt seiner Provokationsstrategie gegen die Patriotic Front (PF) und die die PF unterstützenden Frontstaaten. Am 5. Sept. drangen rhodesische Streitkräfte in Mosambik ein. Die Bodentruppen wurden von Hubschraubern und Mirage-Kampfflugzeugen (aus der RSA) unterstützt, die Überfälle bis zu 300 km ins Landesinnere hinein durchführten. Neben angeblichen Lagern der PF, wobei es sich meist um wehrlose Flüchtlinge handelt, wurden (erstmalig) ausdrücklich auch Angriffe auf die mosambikanische Armee (FPLM) und auf „zivile“ Ziele durchgeführt. Die Kommandos der Rassenarmee brannten mosambikanische Dörfer nieder, zerstörten Brücken und unterbrachen Bahn- und Straßenverbindungen sowie Telefon und Elektrizitätsleitungen. Nach einem Kommunikationsausfall wurden „300 Feinde“ getötet, 14 militärische Anlagen und Versorgungsbasen der PF und FPLM zerstört, außerdem sollen umfangreiche Vorräte und Wirtschaftskomplexe vernichtet und „große

Mengen Waffen und Dokumente“ erbeutet worden sein. Nach einer Stellungnahme des mosambikanischen Verteidigungsministeriums „wählte die rassistische Armee als Ziele ihrer Angriffe vorwiegend ökonomisch wichtige und bevölkerte Gebiete“ (nach „IHT“, 7.9.). Die volle vier Tage andauernde Invasion wird von Muzorewa als „Präventivschlag“ bezeichnet und ist einer der schwersten Angriffe auf einen Nachbarstaat seit Bestehen des rhodesischen Rassenstaats überhaupt – sowohl von der Dauer und der Reichweite des Überfalls, als auch von dem ausdrücklich erklärten Willen her, mosambikanische Truppenverbände und zivile Ziele anzugreifen.

Der Überfall ist Teil von Muzorewas Strategie der „Vorbereitung“ der „Verfassungskonferenz“, die am 10.9. in London mit Vertretern der PF beginnt. In den vergangenen Wochen waren Botswana und Sambia Opfer von gezielten militärischen Überfällen der Rassenarmee (siehe AK 161). Muzorewa – inzwischen in London angekommen – gratulierte von dort aus seinen Truppen zu ihrem „mit Tapferkeit ausgeführten erfolgreichen Einsatz“ („FR“, 10.9.). Afrika-Kommission



Erschossene in Nhazonia (Mosambik), Opfer der rhodesischen Massaker an wehrloser Zivilbevölkerung (1978)

## Tschad: Regierung der „nationalen Versöhnung“ gebildet

Vom 18.-25. August fand in Lagos (Nigeria) der nunmehr vierte Versuch statt, den kriegerischen Konflikt im Tschad zumindest für einen gewissen Zeitraum zu befrieden.

Die Konferenz, die unter dem Stichwort „Nationale Aussöhnung“ lief, fand diesmal unter Beteiligung aller relevanten militärischen und politischen Kräfte des Tschads (Frolinat, FAN, Vulkan-Armee, Weststreitkräfte FAO) statt. Anwesend waren auch die Außenminister Nigerias, Lybiens, Sudans, Kameruns, Elfenbeinküste, Benins, Niger, Senegal, und des Zentralafrikanischen Kaiserreichs. Als Ergebnis der Konferenz wurde von allen Teilnehmern ein Abkommen unterzeichnet, das folgende Punkte beinhaltet:

– Alle 11 Parteien, die an dem seit 13 Jahren andauernden Bürgerkrieg beteiligt sind, sprechen sich für die Rückführung der Demokratie innerhalb von 18 Monaten aus. In diesem Zeitraum sollen auch freie Wahlen

durchgeführt werden.

– Neuer Staatspräsident des Tschad wird Goukoni, Vizepräsident wird der ehemalige Polizeichef und Führer der Südmarmee, Oberst Kamouge.

– Weiterhin wurde ein sofortiger Waffenstillstand beschlossen sowie die Auflösung der Streitkräfte und der politischen und militärischen Abteilungen.

Die Hauptstadt N'Djamena soll vollständig entmilitarisiert werden und alle Truppen haben sich bis auf eine Entfernung von 100 km von der Hauptstadt zurückzuziehen. Das Abkommen sieht ferner die Bildung einer „Neutralen“ Streitmacht aus Ländern vor, die keine gemeinsame Grenze mit dem Tschad haben. Diese Streitmacht soll einer unabhängigen Aufsichtskommission unter Leitung des Generalsekretärs der OAU unterstellt sein.

Darüberhinaus sollen alle Kriegs- und politischen Gefangenen bis spätestens 15 Tage nach Bildung der

Übergangsregierung unverzüglich freigelassen werden. (AFP, 21.8. lt. MD 23.8., Le Monde, 23.8.).

Voraussetzung für die Bildung einer neutralen Streitmacht ist laut Abkommen der Abzug der französischen Truppen. Mehrere Presse-meldungen zufolge gibt es Anzeichen dafür, daß die Franzosen den Abzug ihrer Soldaten eingeleitet haben (Radio Lagos, 30.8., lt. MD, 31.8.).

Direkt im Anschluß an die Konferenz bedankte Goukoni sich überschwerlich bei den nigerianischen Gastgebern für deren Vermittlungsbemühungen und forderte alle im Exil lebenden Bürger des Tschad auf, am Wiederaufbau des Landes mitzuwirken („FAZ“, 22.8.79). Im Gegensatz zu Goukoni, der sich redlich bemühte, die Illusion einer neu gewonnenen Einheit aufrechtzuhalten, machte der frischgeköhlte Vizepräsident, Oberst Kamouge, derartige Schaumschlagereien von Anfang an nicht mit. So ließ er über den

Südfunk des Landes bekannt geben, daß die Verbände der Südmarmee ihre Entwaffnung, zu der sie nach dem Abkommen von Lagos verpflichtet wären, verweigern.

Stattdessen wird eine Auflösung der Nordarmeen (FAN, Frolinat) bzw. deren Integrierung in Kamouges Streitkräfte gefordert („SZ“, 7.9.).

Kamouge und seine Verbündeten haben auch bereits die Verteilung der Ministerposten in der Übergangsregierung beklagt, die ganz offensichtlich zu ihren Ungunsten verlaufen ist („SZ“, 5.9.).

Insgesamt ist die 4. Tschad-Konferenz als erneuter Versuch der Imperialisten und ihrer afrikanischen Verbündeten einzuschätzen, eine weitere militärische Eskalation des Konflikts zu vermeiden bzw. durch die Bildung einer Vereinigten Frolinat der radikalen Elemente zu integrieren und als politisch relevanten Faktor auszuschneiden. Auch die Bildung einer Übergangsregierung unter Einbeziehung aller politischen Kräfte sowie

Goukonis Parole vom forcierten wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes kennzeichnen den Versuch, über eine künstlich konstruierte Einheit vor allem die reaktionären Kräfte zu stärken. Wie brüchig eine derartige Einheit ist, hat der Vertrag der Bourgeoisie im Süden des Tschad, Kamouge, bereits klar gemacht.

Der Truppenabzug der Franzosen, sollte er sich bestätigen, berührt natürlich nicht die französische Vormachtstellung auf anderen – vor allem wirtschaftlichen – Sektoren – im Tschad. Trotzdem ist dieser Schritt ein möglicher Hinweis darauf, daß der französische Imperialismus es für klüger hält, künftig lieber im Hintergrund zu agieren und die sogenannte „Drecksarbeit“ von seinen schwarzafrikanischen Verbündeten besorgen zu lassen.

Mit Gewißheit läßt sich aber jetzt schon die Prognose wagen, daß auch dieser Versuch der Konfliktlösung zum Scheitern verurteilt ist.

Afrika-Kommission





## lateinamerika

### Lambsdorf und Dregger auf Lateinamerikareise

Zwei westdeutsche Reisetripps waren im August in Lateinamerika unterwegs. Wirtschaftsminister Graf Lambsdorf besuchte in regierungs-offizieller Mission Mexiko, Kolumbien, Venezuela, Brasilien und Argentinien, um in erster Linie Energie- und Rohstofffragen zu verhandeln. Fast gleichzeitig besuchte CDU-Rechtsaußen Dregger das Lieblingsland Chile, wo er Strauß' Loblieder auf die Junta fortsetzte. Anschließend fuhr er nach Brasilien und Venezuela.

#### Erdöl- und Atomgeschäfte der BRD

Ein wesentliches Interesse der BRD in den Beziehungen zu Mexiko besteht darin, Anteile am mexikanischen Erdöl zu erhalten. Dies ist, wie Lambsdorf betonte, nicht kurzfristig zu realisieren, aber eingeplant. Bereits im April war der Chef der staatlichen Erdölgesellschaft Pemex in der BRD, ein weiterer Besuch ist für dieses Jahr vorgesehen, und Ergebnisse dieser Bemühungen zeichnen sich ab. Darüber hinaus spielt Mexiko eine wichtige Rolle als Vermittler zwischen den erdölproduzierenden Staaten und den Industrieländern. Mexiko, das auf Druck der USA nicht zur OPEC gehört, macht sich für einen Dialog zwischen Produzenten und Konsumenten stark. In dieser Rolle sollte Mexiko von BRD-Seite bestärkt werden. Lambsdorf lobte die mexikanische Regierung, weil sie sich nicht „in die Reihe der Vorreiter weiterer Ölpreiserhöhungen einreihen“ („SZ“, 11.8.79). Einig war man sich in den Bemühungen um die Schaffung eines „Weltforums über Öl und zur Erörterung von Energiefragen“, wobei das Ziel der Bundesregierung eine „Atempause von fünf bis zehn Jahren in der Preispolitik der Erdölländer“ ist — so Lambsdorf in Mexiko („SZ“, 10.8.79).

Über die Gesprächsergebnisse in Kolumbien und Venezuela wurde nicht viel bekannt. Interessant ist aber, daß Venezuela zwar einer der wichtigsten lateinamerikanischen Handelspartner der BRD ist (1978 absorbierte Venezuela 19 % des Gesamtexports der BRD nach Lateinamerika), aber nur sehr geringe private Direktinvestitionen in Venezuela angelegt sind (1,2 %). Hauptgrund ist, daß Venezuela — berechnungsweise — als Investitionsdomäne der USA gilt, in der kaum noch Spielraum für andere Investoren bleibt („Welt“, 19.3.79). Lambsdorf hat jetzt bei seinem Besuch zugesichert, daß er sich für stärkere Investitionsaufkommen aus der BRD einsetzen werde.

Hauptgegenstand der Gespräche in Brasilien war natürlich das deutsch-brasilianische Atomabkommen, dessen Realisierung schon heute um drei Jahre verzögert ist. Dieser zeitliche Rückstand entstand durch technische Schwierigkeiten (die AKWs Angra dos Reis I und II sind buchstäblich auf Sand gebaut worden und müssen jetzt durch Betonpfeiler abgesichert werden) und auch durch die wachsende Opposition gegen das Atomabkommen in Brasilien. Es läßt sich kaum noch totschweigen, daß Brasiliens Energiebedarf bis zum Jahre 2000 nicht so hoch ist, daß damit das Mammutprogramm von acht AKWs zu rechtfertigen wäre. Die zahlreichen anderen Energiequellen, vor allem Wasserkraft, sind in Brasilien unerschöpflich und die sowieso schlechte Zahlungsbilanz Brasiliens ließ zeitweise auch in der BRD Zweifel aufkommen, ob Brasilien den Vertrag überhaupt finanziell tragen kann — zumal sich die Kosten ständig erhöhen (die ursprüngliche Summe von 8 Mrd. DM kann man inzwischen verdoppeln). Die Herstellung von 1 Kilowatt Atomstrom kostet schon heute in Brasilien 1.700 Dollar und kann sich auf 2.000 Dollar steigern, während für 1 Kilowatt Strom aus einem Wasserkraftwerk nur 1.000 Dollar aufgewendet werden müssen („TAZ“, 23.7.79).

Brasilianische Stellen betonen zwar immer wieder, daß sie den Vertrag vollständig einhalten werden, geben aber mögliche Verzögerungen zu („Monitor-Dienst“, 22.5.79). Lambsdorf bestand während seines Aufenthaltes in Brasilien darauf, daß das Abkommen über acht Reaktoren plus Lieferung der Technologie und Aufbereitungsanlage eine Einheit bilde und nur in dieser Gesamtheit Sinn habe („NZZ“, 25.8.79).

Anschließend holte er dann in Argentinien neue Aufträge für die westdeutsche Atomindustrie herein. Es wurde die Beteiligung der KWU am Bau von Atucha II so gut wie ausgehandelt. Es gibt „gute Chancen trotz internationaler Konkurrenz, den Auftrag zu bekommen“. Offensichtlich wurden auch weitergehende Pläne verhandelt. Jedenfalls dementierte Lambsdorf, daß ein Vertrag, vergleichbar mit dem deutsch-brasilianischen Atomabkommen, „kurz vor der Unterzeichnung stehe“. Daß so etwas im Gespräch war, wurde nicht dementiert.

In Argentinien hielt Lambsdorf es dann auch für angebracht, den Demokraten herauszukehren, indem er „mit der gebotenen Zurückhaltung, aber doch bestimmt nach dem Schicksal von 15 im Lande verschwundenen Deutschen gefragt“ habe („SZ“, 29.8.79). (Zum Schicksal westdeutscher Staatsbürger in Argentinien und der Gleichgültigkeit der BRD-Behörden vergl. z.B. AK 107).

#### Und Dregger ...

Mit solchen Lappalien wie Lambsdorfs Anfrage in Argentinien gab sich Dregger natürlich nicht ab. Er setzte vielmehr völlig unverhüllt die von Strauß begonnene Freundschaft zum chilenischen Regime fort. Er bekräftigte die Freundschaft zu Pinochet mit den bekannten Ladeln. Allende habe das Land ins „Chaos“ gestürzt,

habe das Land ins „Chaos“ gestürzt, zwar hat es nach dem Umsturz Menschenrechtsverletzungen gegeben, aber jetzt habe sich die Lage „wesentlich gebessert“ und die ökonomischen Erfolge der Regierung seien „beeindruckend“. „Schließlich würde die Rückkehr zu einem demokratischen Regierungssystem dem hohen Bildungsstand und der politischen Tradition des chilenischen Volkes entsprechen. Daß in diesen beiden Tatbeständen wurzelnde Kapital, daß es in vielen anderen Ländern so nicht gibt, sollte nicht unbenutzt bleiben. Zum Zeitpunkt des Übergangs (zu einer Demokratie im Sinne von Strauß, Dregger, Pinochet, Anm. AK) möchte ich zu überlegen geben, daß es zu Frustrationen, zu falschen Frontstellungen, zu falschen Bündnissen führen könnte, wenn der Übergang von der jetzigen autoritären zur künftigen demokratischen Ordnung zu spät eingeleitet würde...“ („FR“, 22.8.79). Man würde es begrüßen, wenn sich möglichst bald wieder politische Parteien (natürlich keine marxistischen) frei betätigen könnten. Ganz in diesem Sinne ist auch Dreggers Bemühen in Brasilien zur Bildung einer konservativen Partei beizutragen. In Gesprächen mit brasilianischen Politikern wurden die Möglichkeiten zur Gründung einer Zentrums-Partei geprüft („TAZ“, 27.8.79). Dies ergänzt die Versuche der europäischen Sozialdemokraten und der Sozialistischen Internationale, die sich schon seit längerem um Einfluß auf lateinamerikanische Parteien bemühen. Damit soll ein Parteiengefüge herausgebildet und stabilisiert werden, das in der Lage ist, die geplanten repressiven Demokratien mit zu tragen und zu legalisieren. Dreggers Auftritt in Chile zeigt erneut, wie sich „unser“ Kanzlerkandidat und seine politischen Freunde die ideale Demokratie vorstellen.

Lateinamerika-Kommission

### Chile zum 11. September Trotz Repressionswelle starker Widerstand



José Venturelli

Der sich weiter entwickelnde Widerstand der Massen und neue Terrormaßnahmen der Junta kennzeichnen die Situation in Chile.

Ein Mitglied der Sozialistischen Partei, Daniel Acuna, wurde auf offener Straße erschossen („TAZ“, 7.9.79), der MIR-Genosse Federico Alvarez wurde verhaftet und zu Tode gequält. Alvarez starb am 21.8.79. Neu an diesem Fall war, daß die Tatsache der Folter nicht geleugnet werden konnte und auch in Chile durch einige Zeitungen ging („FR“, 24.8.79). Bereits im Juni ist der Bericht des „Mercurio“, demgemäß sich eine „Terroristin“ beim Bombenlegen versehentlich selbst in die Luft gesprengt habe („Mercurio“, 30.5.79). Tatsächlich arbeitete diese Genossin halblegal in der Vereinigung der Angehörigen von verschwundenen politischen Gefangenen, und es ist wegen ihrer halböffentlichen Arbeit völlig unwahrscheinlich, daß sie sich an Aktionen bewaffneter Propaganda beteiligt habe. Vielmehr liegt der Verdacht nahe, daß hier die DINA-CNI einen „Unfall“ inszeniert hat. Der Generalsekretär des MIR, Pascal Allende, der sich nach offiziellen Erklärungen seit Anfang des Jahres in Chile befindet, entging am 4. August nur knapp einem Anschlag der DINA-CNI. Die Version der juntatreuen Presse war, Pascal Allende sei nur ins Land gekommen, um den von Spaltung und Auflösung bedrohten MIR wieder auf Vordermann zu bringen. Um dies zu widerlegen und dagegen auf die Geschlossenheit des MIR hinzuweisen, schickte die politische Kommission des MIR eine Erklärung an alle Zeitungen, die wir hier im folgenden wiedergeben möchten.

„Herr Direktor:

Ich wende mich heute im Auftrage des Innensekretärs der politischen Kommission des MIR an Sie.

Zweck dieses Briefes ist es, Ihnen offiziell mitzuteilen, daß der Generalsekretär unserer Partei, Andrés Pascal

Allende, sich im Lande befindet, um an der Seite der Arbeiterklasse und des Volkes den Kampf gegen die Diktatur anzuführen. Die politische Kommission möchte Sie über die Wahrheit des Gefechtes von Arrayan informieren, wo es unserem Generalsekretär gelang, einem gigantischen Gürtel von Polizeistreitkräften zu entweichen, dank der Unterstützung unserer Kämpfer und des Großmutes der Arbeiter und des organisierten Widerstandes in dieser Zone. Unsere Überlegenheit drückt sich nicht in der Menge der Waffen aus, sondern in der Entscheidung zu kämpfen und in erster Linie durch die immense Unterstützung, die wir dabei von unserem freiheitlichen Volk erhalten.

Um Sie über die Wahrheit der Angelegenheiten zu informieren, fügt Ihnen die Politische Kommission eine Erklärung bei, mit der die mutmaßlichen Divergenzen und angeblichen inneren Kämpfe innerhalb der Leitung des MIR widerlegt werden, die nichts weiter als fieberhafte Erfindungen der korrupten CNI und einiger Kommunikationsmittel sind, die sich selbstherrlich zur seriösen Presse unseres Landes erklären. Wie wir schon bei anderen Gelegenheiten andeuteten, werden diejenigen, die lügen und die Wahrheit über den Kampf der Partei und des Widerstandes verdrehen und der Geschichte gerichtet und von den Volkskräften bestraft werden. ...

P.S.: Wir fügen Ihnen eine eigenhändig signierte Fotografie des berühmten Fingerabdrucks des linken Daumens und den Grüßen unseres Generalsekretärs bei.

Beigefügt war eine Erklärung über die Einzelheiten des Polizeieinfalles vom 4. August auf Pascal Allende, in der der MIR vor allem die Schwächen der „Sicherheitsgruppen“ der Gorillas offenbart.

Wichtig ist, daß es der Junta trotz ihrer Repressionskampagne nicht gelingt, die Widerstandskräfte erneut einzuschüchtern und zu lähmen. Breite Proteste entwickelten sich vor allem

gegen das neue Arbeitsgesetz (Plan laboral, vergl. AK 159). Alle Gewerkschaften, auch die von der Junta anerkannten, lehnen dieses Gesetz einstimmig ab.

Zur Zeit läuft eine neue Hungerstreikaktion von Angehörigen der Verschwundenen. Am 4. September traten in der dänischen Botschaft in Santiago 15 Jugendliche in den Hungerstreik. Sie forderten die Herausgabe der Leichen von 15 Angehörigen, die im Massengrab von Lonquén gefunden worden sind, (das durch die Beichte eines DINA-Agenten bekannt wurde). Die Bauerngewerkschaft von Ranquil hat einen Marsch nach Lonquén geplant („TAZ“, 7.9.79). Die Junta hat inzwischen trotz dieser Aktionen ihre Untersuchungen über die Schuldigen von Lonquén eingestellt.

Zu einer Demonstration kam es Anfang September in Santiago, als mehrere hundert Personen eine Kundgebung abhielten und u.a. freie Wahlen und die Wiederherstellung der Demokratie forderten („SZ“, 7.9.79). Bei dieser Aktion wurden 110 Demonstranten verhaftet.

Die westdeutsche Reaktion dagegen sieht die Lage der Menschenrechte wesentlich gebessert (Dregger). „Wenn es in Chile noch politische Gefangene geben sollte, dann ist ihre Zahl ganz sicher geringer als in der DDR oder den anderen kommunistischen Ländern“ („SZ“, 6.9.79). Dazu paßt, daß am 17. September der chilenische Außenminister, Cubillos, in Bonn empfangen werden soll. Dagegen gab es bereits einige Proteste. „Sie verschaffen damit“, schreibt die ESG an Genscher, „dem Vertreter eines Regimes, dessen Menschenrechtsverletzungen international bekannt sind, eine Anerkennung, die jeden Demokraten beschämen muß“ („FR“, 8.9.79). Genscher wird aufgefordert, Cubillos nicht zu empfangen. Dieser Forderung sollten sich möglichst viele Gruppen anschließen.

Lateinamerika-Kommission

### Noch einmal zur Diskussion über die Nicaragua-Solidarität

Wir haben zwei kurze Stellungnahmen zu dem „Nicaragua-Streit“ im Metallbereich erhalten. Auf einer Schulung war dort mehrheitlich vertreten worden, daß man die Regierung und nicht die FSLN unterstützen müsse, um eine Polarisierung des Bündnisses zwischen Linken und bürgerlichen Kräften zu verhindern und die bürgerlichen Kräfte nicht in die Arme des Imperialismus zu treiben (vergl. AK 160). Die beiden Stellungnahmen sehen eine — bzw. die wesentliche Ursache für das Aufkommen dieser Position in einer undifferenzierten und zu euphorischen Berichterstattung des AK. Ein Genosse aus Harburg schreibt: „Ich denke, der ideologische Fehler entspringt der etwas undifferenzierten Jubelberichterstattung des AK, der hier mehr Wert auf revolutionären Sieg im Volkskrieg legt, als auf exakte und kritische Auseinandersetzung mit der Revolution und den möglichen Entwicklungen ... wenn der AK undifferenziert berichtet, warum sollte sich das nicht auf seine Leser auswirken?“

Wir meinen, daß hier zwei Ebenen durcheinandergeraten. Die eine Seite betrifft die Tatsache, daß die Guerillabewegung und das Volk in Nicaragua einen revolutionären Umsturz erkämpft haben, daß die erfolgreichen Kämpfe in Nicaragua Ausdruck für den revolutionären Aufschwung in Lateinamerika, dem Kontinent der jahrelangen Friedhofsruhe sind, daß der US-amerikanischen Diplomatie und ihrer Kanonenbootpolitik eine empfindliche Schlappe beigebracht wurde und daß die Auswirkungen dieses Erfolgs auf andere lateinamerikanische Länder und ihre revolutionären Organisationen sich bereits abzeichnen. Dies allerdings ist gehöriger An-

laß zum Jubeln, und wir sehen es eher als ein Zeichen der Krise und der „Abgeschlafftheit“ innerhalb der Linken, daß nicht viel mehr gejubelt wurde.

Was die zweite Seite betrifft, die Chance, in der nicaraguanischen Revolution Elemente einer sozialistischen Gesellschaft zu verankern, die politischen Widerstände der bürgerlichen Kräfte, das konkrete Vorgehen der FSLN in dieser Frage und der Stand der politisch-ideologischen Auseinandersetzungen zwischen den drei Tendenzen der FSLN — darüber können wir aufgrund der geringen vorliegenden Informationen nur ansatzweise und sehr vorsichtig berichten (vergl. z.B. AK 139, 141, 159). Wir wollen diese Zurückhaltung auch nicht aufgeben, solange die FSLN angesichts der dringenden Aufgaben in Nicaragua Schwierigkeiten hat, schnelle und umfassende Informationswege aufzubauen und solange sie erklärtermaßen die ideologischen Differenzen zwischen den verschiedenen Strömungen zurückstellt und den Aspekt der Einheit besonders hervorhebt, um die aktuellen Probleme, z.T. Überlebensfragen für die Massen, zu bewältigen. Das Spekulieren über mögliche Wege zum Sozialismus und Maßnahmen der FSLN ohne vernünftiger Informationsgrundlage kann unserer Meinung nach nur zu einer besserwisserischen Berichterstattung mit erhobenen Zeigefinger führen.

Eine andere Sache ist es, wenn mit der Forderung nach „differenzierter Berichterstattung“ eine schärfere Kritik an dem Regierungsbündnis und seiner Politik gemeint ist.

Wir sind dabei der Auffassung, daß die Regierung sich tatsächlich

bisher überraschend konsequent in der Verwirklichung ihres antisozialistischen und auch antiimperialistischen Programms zeigt. Erinnert sei daran, daß alle Hilfe (aus den USA) abgelehnt wird, wenn sie an Bedingungen geknüpft ist, an die Beibehaltung und weitere Organisation der Volksmilitzen, an die Tatsache, daß die FSLN das Kommando über die bewaffneten Truppen faktisch nicht aus der Hand gegeben hat, an den Aufbau von kommunalen Massenorganisationen oder auch an einem Innenminister Tomas Borge (immerhin Repräsentant des jahrelangen bewaffneten Widerstandes und einer marxistisch-leninistischen Strömung der FSLN).

Dies ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die linken Kräfte in Nicaragua zur Zeit politisch dominierenden Einfluß ausüben. Davon wird die weitere Entwicklung des revolutionären Prozesses abhängen. Unsere Unterstützung der linken, revolutionären Kräfte (und nicht des gesamten Bündnisses einschließlich der bürgerlichen Kräfte) ist damit eine Selbstverständlichkeit.

#### Humanitäre Hilfe aus der BRD immer noch miserabel

Inzwischen sind fünf Transportflugzeuge mit Hilfsgütern aus der BRD nach Nicaragua geflogen. Sämtliche Leistungen aus der BRD samt Rotem Kreuz und Caritas-Verband belaufen sich damit (nach Angaben des Auswärtigen Amtes) auf ganze 2,1 Mio. DM. Im August hatte die Bundesregierung 20 Mio. „Soforthilfe“ für

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von Seite 32

Nicaragua zugesagt. Wo bleiben die restlichen 18 Mio. DM? Am 10.9. ist eine Delegation zu politischen Gesprächen nach Nicaragua gereist. Soll hier erstmal geprüft werden, in wessen Hände man die Hilfe übergeben will? Ein reichlicher Aufwand, der da für die Kleckersumme von 20 Mio. betrieben wird.

Die Jusos wollen Ernesto Cardenal, den neuen Kultusminister Nicaraguas, im nächsten Jahr für den Friedenspreis des deutschen Buchhandels vorschlagen. Gleichzeitig forderten sie den Boykott aller Diktaturen in Mittel- und Südamerika und appellierten an die SPD, offizielle Kontakte zur FSLN aufzunehmen. Wie schon zuvor die Junge Union (!) betonte der Vorsitzende der Jusos, daß die FSLN in „ihrem Bemühen unterstützt werden müsse, in Nicaragua eine pluralistische Gesellschaft - aufzubauen“ („SZ“, 7.9.79).

Lateinamerika-Kommission

# Hungerstreik in Chile und im Ausland

In 17 verschiedenen Städten Chiles traten die Angehörigen der verschwundenen politischen Gefangenen in Hungerstreik, sie wurden von über 400 Hungerstreikenden in 24 Ländern Europas und Lateinamerikas unterstützt. Hauptforderungen waren:

- Die Ablehnung der Amnestie, mit deren Hilfe die Mörder und Folterter der DINA-CNI-Geheimdienste vor jeglicher Strafe geschützt werden;
- Die Herausgabe der Leichen, der jeglicher Strafe geschützt werden;
- Die Herausgabe der Leichen, der im Bergwerk von Lonquén aufgefundenen Genossen und die Bestrafung der Verantwortlichen.

Nach zehn Tagen wurden die meisten Hungerstreiks am 13.9. beendet, nachdem die Diktatur die Herausgabe der ermordeten Genossen von Lonquén und ein öffentliches Begräbnis für sie zugestanden hat. In Hamburg wurde der Hungerstreik bis zum 15.9. weitergeführt und mit einer Veranstaltung beendet, um noch einmal eindringlich gegen den Besuch des chilenischen Außenministers Cubillos in Bonn zu protestieren. Unterstützt wurden die Hungerstreiks in der BRD von fast allen Gruppierungen der chilenischen Linken (einschließlich der UP-Parteien) und auch dem Gewerkschaftsverband CUT. Folgende Erklärung wurde auf der Hamburger Gorbewendemonstration am 12.9. verlesen und angenommen:

## Chile-Resolution:

Seit dem 3. September befinden sich in Chile mehrere 100 Personen — Angehörige der etwa 2.500 verschwundenen Gefangenen — in einem unbefristeten Hungerstreik. Sie fordern von der Militärjunta erneut Auskunft über das Schicksal ihrer Angehörigen, deren Inhaftierung und Verschleppung bis heute von der Junta geleugnet wird. Darüber hinaus fordern sie die Bestrafung der dafür verantwortlichen DINA-Agenten.

Gleichzeitig zu den Hungerstreiks in Chile finden im Ausland zahlreiche Hungerstreiks zur Unterstützung dieser Aktionen statt, so z.B. in der Bundesrepublik in Bonn, Hannover, Frankfurt, Kiel, Bremen, und auch hier in Hamburg im Martin-Luther-King-Haus in der Grindelallee.

Die hier im Ausland laufenden Hungerstreiks sind gleichzeitig ein Protest gegen den Besuch des chilenischen Außenministers, Hernan Cubillos, der am 17. September zu offiziellen Gesprächen u.a. mit Bundesaußenminister Genscher in Bonn eintreffen wird. Diese Reise des Ministers durch verschiedene europäische Staaten — wie Spanien, Frankreich, Bundesrepublik — dient der politischen Aufwertung des Pinochet-Regimes und einer „Normalisierung der freundschaftlichen Beziehungen bei der Regierung“.

Die Teilnehmer dieser Gorbewendemonstration erklären sich mit den zur Zeit stattfindenden Hungerstreiks in Chile und hier im Ausland solidarisch und protestierten ebenfalls gegen den Besuch Cubillos in Bonn.

Hamburg, den 12. September 1979

# Gesinnungsurteil in Japan gefällt

Kundgebung am 21.8.79 in Tokio gegen die Terrorurteile gegen die Genossen Hoshino und Arakawa. Die Demonstranten bekundeten ihren Willen, bis zur Freilassung der Genossen weiterzukämpfen

Anfang des Jahres forderte die Staatsanwaltschaft die Todesstrafe für den Anti-Kriegsdemonstranten Fumiaki Hoshino. Jetzt, am 21.8., wurde er zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt. Für Hiroya Arakawa wurden damals 20 Jahre Haft gefordert, das Urteil lautet nun auf 13 Jahre. Gegen den dritten Genossen, Yukio Okumiyama, wurde lebenslängliche Haft gefordert. Da er aus Krankheitsgründen nicht vor Gericht erscheinen konnte, wurde die Urteilsverkündung auf den 23.10. vertagt.

Wie wir bereits im AK 155 berichtet hatten, hatten sich die Genossen Hoshino und Okumiyama am 14.11.71 an einer Anti-Kriegsdemonstration (Okinawa-Kampf) beteiligt, wobei ein Bulle ums Leben kam. Allerdings konnte in den 8 Jahren seit

## „Verteidigungsweißbuch“ und „5. Verteidigungsplan“

## „Verteidigungsweißbuch“ und „5. Verteidigungsplan“

# Japan intensiviert Kriegsrüstung

Das am 24. 7. veröffentlichte neue „Verteidigungsweißbuch“ der japanischen Regierung ruft zu beschleunigten und verstärkten Rüstungsanstrengungen auf. Begründet wird dies mit dem angeblich enormen Ausbau der sowjetischen Militärmacht im Fernen Osten, konkret u.a. mit der Benutzung vietnamesischer Häfen und anderer Einrichtungen. Da nunmehr das militärische Gleichgewicht zwischen den USA und der Sowjetunion in Gefahr geraten sei und gleichzeitig die „grundlegende Verteidigungskraft“ Japans schwächer geworden sei, müsse man jetzt „sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht“ die eigene Verteidigungsstärke überprüfen.

Diese Aussagen sind inzwischen im 5. „Verteidigungsplan“, der als internes Arbeitspapier vorliegt, konkretisiert. Danach sind für die Fiskaljahre 1980-1985 Ausgaben in Höhe von umgerechnet rund 23-24 Mrd. DM jährlich vorgesehen. Dies würde gegenüber dem 4. Verteidigungsplan eine Erhöhung um über 50% (!) bedeuten. Die Bodentruppen sollen um 12 Divisionen zuzüglich einer Panzerdivision und zweier gemischter Divisionen, die Gesamttonnage der Marine auf 264 000 t und die Luftwaffe um 340 Kampfflugzeuge (auf 1240) erhöht werden. Vor allem sollen neue Waffensysteme für alle drei Gattungen der sog. Selbstverteidigungsstreitkräfte angeschafft werden. („Asahi Shinbun“, 25.7.79 und „Asahi Evening News“, 18.7.79).

Ferner legte das japanische Verteidigungsministerium den Verteidigungshaushalt für das Fiskaljahr 1980 vor, der Ausgaben in Höhe von rund 20 Mrd. DM bzw. fast 10 % mehr als im Vorjahr vorsieht. Zu den neuen Waffenanschaffungen gehören auch die ersten im Inland produzierten Luft-Boden-Raketen. Außerdem soll die Insel Iwojima im Pazifik, die während des 2. Weltkrieges ein Hauptstützpunkt des japanischen Imperialismus und Hauptschlachtfeld war, jetzt zu einem Militär-„Übungsplatz“ aus- bzw. aufgebaut werden („Jiji press“, 29.8.79).

Einen Tag nach der Veröffentlichung des „Verteidigungsweißbuches“ stattete Ganri Yamashita als erster japanischer Verteidigungsminister einen offiziellen Besuch bei seinem südkoreanischen Kabinettskollegen No Jae Hyun in Seoul ab. Aus einer Erklärung No's geht hervor, daß Südkorea sich auf eine „Invasion aus

diesen Ereignissen kein Zusammenhang zwischen den beiden Demonstrationen und dem Tod des Bullen nachgewiesen werden. Dem Genossen Arakawa wird, obwohl er sich an der damaligen Demo nicht beteiligt hatte, die Mitwirkung an einem „Mordkomplott“ vorgeworfen.

Obwohl die Strafe etwas milder ausgefallen war als beantragt, wurde der Inhalt der Anklageschriften vollständig vom Richter übernommen. Die Terrorurteile wurden damit begründet, daß die beiden Angeklagten „unbekehrbare Kommunisten“ seien. „Trotz des schweren gesellschaftlichen Schocks, den dieser Fall verursachte, zeigten die Angeklagten keinen Schimmer von Reue“ und „sie haben ihre eigenen grundsätzlichen Ansichten nicht geändert“, so der

## „Verteidigungsweißbuch“ und „5. Verteidigungsplan“

## „Verteidigungsweißbuch“ und „5. Verteidigungsplan“

Nordkorea“ vorbereite. Yamashita und No vereinbarten unter anderem den Austausch von Verteidigungsexperten zwischen den beiden Ländern („Asahi Evening News“, 26.7.79). Erwünscht wird auch von südkoreanischer Seite die stärkere Einbeziehung Japans in das militärische Dreiecksverhältnis Südkorea-USA-Japan. Hierbei seien zwar — was Japans militärische Stärke angeht — momentan Grenzen gesetzt, doch als „industrielle Supermacht könne Japan auch eine Hauptrolle bei der Förderung der Verteidigungsindustrie spielen und damit auch seine benachbarten Verbündeten unterstützen“ („Asahi Evening News“, 30.7.79).

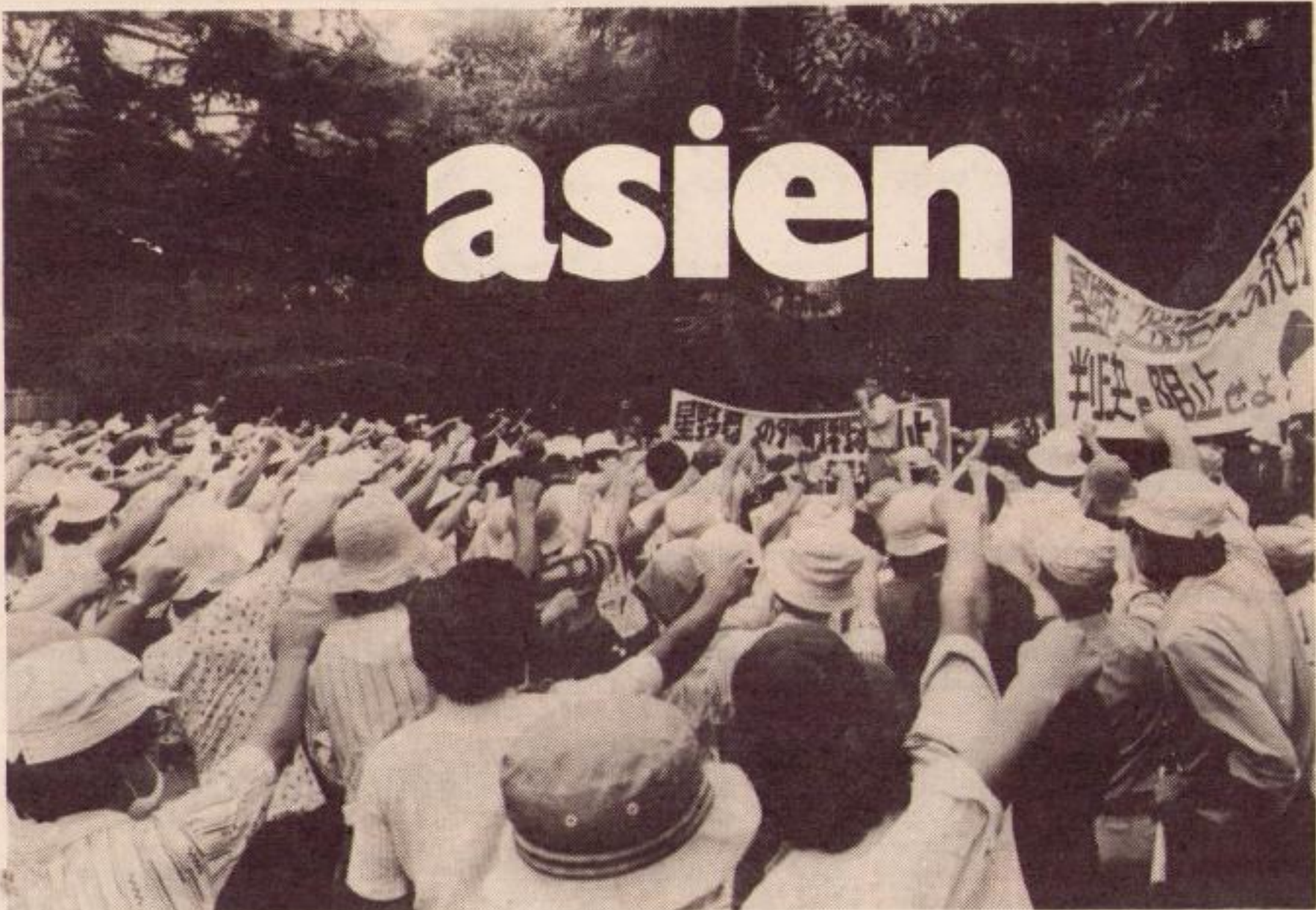
Anschließend trat der japanische Verteidigungsminister eine Reise in die USA an. Sein Kollege Brown bestärkte Japans Rüstungsbemühungen und versprach, die Luftbrücke nach Japan, Südkorea und sonstigen Teilen Asiens, sowie die Kampfkraft ihrer Truppen zu verstärken („Jiji press“, 17.8.79). Dieses Versprechen wurde gleich am 18.8.79 eingelöst, als die US-Streitkräfte mit 26 Kriegsschiffen, 280 Kampfflugzeugen und 40 000 Mann die bisher größte Landeübung auf der japanischen Insel Okinawa trotz heftigster Proteste der Bevölkerung für einen Zeitraum von zwei Wochen begannen.

Diese „Übungen für den Ernstfall“ werden im Sinne der gemeinsamen Richtlinien für die militärische Verteidigungsarbeit zwischen den USA und Japan (vgl. AK 149) durchgeführt.

Das US-Manöver ist jedoch kein Verteidigungsspiel, wie vorgegeben wird, sondern eindeutig eine Generalprobe für einen Angriffskrieg. So erklärte der Oberkommandant der US-Marine, Hayward: „Will man die Seefahrtswege des Pazifik verteidigen, so benötigt man eine riesige Streitmacht. Die US-Marine geht prinzipiell davon aus, statt in die Verteidigung auf den Angriff überzugehen und die sowjetischen Seestreitkräfte in die Defensive zu treiben“ („Zenshin“, Nr. 949). Aus dieser Sicht sind somit auch die Landeübungen auf Okinawa zu verstehen, bei denen die Angriffsmanöver vom offenen Meer her gegen vermeintliche Guerilla-Einheiten durchgeführt werden, um die vom Feind besetzten Gebiete und die eigenen umzingelten Truppen zu befreien (so die Beschreibung der Landeübungen, ebenda).

Von den japanischen Selbstvertei-

# asien



Richter Ishimaru („Zenshin“, Nr. 949).

Die linke japanische Gruppe Chukaku, zu der die drei angeklagten Genossen zählen, kommt zu der Einschätzung: Das Urteil ist „durch und durch ein Gesinnungsurteil. Unter dem Vorwand, über das Vergangene zu urteilen, urteilt man über das Gegenwärtige. Es ist eine Methode, die nicht mehr der Bezeichnung Gericht würdig ist, die das Strafgesetz überschreitet und Terrorurteile gegen das politische Verbrechen der unabänderlichen Ansichten verhängt.“ („Zenshin“, Nr. 949).

Es ist erst ein Todesurteil abgewendet worden. Hierzu beigetragen hatten auch fast 120.000 Unterschriften aus der Bevölkerung, die veröffentlicht und dem Gericht vorgelegt

wurden.

Weitere Anträge auf Todesstrafe gegen politische Häftlinge sind schon gestellt. Und am 3.9. wurde lebenslängliche Haft gegen einen politisch Angeklagten, Takaya Shiomi, wegen Beteiligung an einer „Waffenübung“ im Jahre 1969 und wegen einer Flugzeugentführung im Jahre 1970 gefordert. Eine Frau vom Tokioter Rechtshilfe-Zentrum, Kyuen Renraku Centre, schrieb uns hierzu: „In letzter Zeit häufen sich die extrem harten Strafanträge sowie Urteile. Es ist so, als ob wir in einen wirklichen Kriegszustand hineingeraten sind, wo es der kämpfenden Bevölkerung gegenüber der Staatsgewalt letztlich ums Töten oder Getötet-Werden geht.“

Asien-Australien Kommission

digungskräften sind 13 Offiziere direkt an den US-Manövern beteiligt, während 36 weitere Offiziere als „Beobachter“ abgestellt worden sind. Die ersten gemeinsamen Übungen zwischen japanischen und US-Truppen auf Land sind für 1981 geplant. Gemeinsame Luft- und Seeübungen haben schon häufiger stattgefunden.

Im Anschluß an seine US-Reise besuchte Verteidigungsminister Yamashita die NATO-Führung in Europa, um somit die im vergangenen Jahr zum ersten Mal offiziell begonnenen Beziehungen zur NATO auszubauen. Die hierbei vereinbarte Verstärkung

# Todesurteile gegen Pol Pot und Ieng Sary

Von einem Sondergericht in Phnom Penh wurden die Führer des im Januar von der kambodschanischen Befreiungsfront FUNKSN gestürzten Regimes, Pol Pot und Ieng Sary, in Abwesenheit zum Tode verurteilt.

Sie wurden für schuldig befunden, in den knapp vier Jahren ihrer Herrschaft den Tod von etwa drei Millionen Menschen verschuldet zu haben. Mehr als vier Millionen Überlebende seien körperlich und geistig schwer in Mitleidenschaft gezogen worden.

Unteressen reisen die „Diplomaten“ des Pol-Pot-Regimes weiterhin durch die Weltgeschichte. Ihr Regime wird von der UNO nach wie vor als „legitimer Vertreter“ Kampuchas anerkannt. Auf dem Weg zur Konferenz der Blockfreien in Havanna, die teilweise ebenfalls das Pol-Pot-Regime anerkennen, bezeichnete Ieng Sary auf einer Pressekonferenz in Wien es dreist als „vietnamesische Lüge und Verleumdung, ... daß unter Pol Pot drei Millionen Menschen getötet worden seien, wie im Völkermordprozeß von Phnom Penh erklärt worden war. Es sei niemand getötet worden“ („Süddeutsche Zeitung“, 29.8.79).

Die von der derzeitigen Regierung veröffentlichten Dokumente über Massengräber und Hinrichtungen während der Pol-Pot-Ära sprechen da allerdings eine andere Sprache und anscheinend hat die Verteidigung im Prozeß gegen Pol Pot/Ieng Sary die Verbrechen nicht bestritten, allerdings die Verantwortung dafür China zugeschoben („TAZ“, 21.8.79).

In einem wahrhaft faschistischen Hetzkommentar erklärt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ ihre Sym-

pathie mit den Massenmördern Pol Pot/Ieng Sary. Da heißt es: „Das sogenannte Gericht setzt sich aus einer Bande von Nordvietnam ausgehender, auf den Bajonetten von Hanoi sitzender politischer Berufsrichter (!) der gleichen Couleur zusammen. (...) Niemand braucht außerdem Aufklärung über die Untaten des Pol Pot-Regimes. Es hat Völkermord begangen. Die Vietnamesen sind aber dabei, weiter zu morden: Sie lassen internationale Hilfe für zwei Millionen Kambodschaner, die vor dem Verhungern stehen, nicht zu“ (FAZ, 21.8.79). Schlägt man dazu z.B. die „Frankfurter Rundschau“ vom 11.8. auf, wird unter der Überschrift „UNICEF und Rotes Kreuz starten Hungerhilfe für Kambodscha“ detailliert über die von diesen beiden Organisationen angelaufene Hilfsaktion in Kambodscha berichtet. Es wird auch gesagt, daß der kambodschanische Regierungschef Heng Samrin alle Bedingungen der Hilfsorganisationen akzeptierte und daß die wirtschaftliche Lage in Kambodscha und Vietnam „katastrophal“ sei. Der „FAZ“-Kommentator verschweigt zudem, daß die Pol Pot-Truppen auf ihrem Rückzug „verbrannte Erde“ zurückließen und damit zur Hungersnot wesentlich beitrugen. Unterschlagen wird natürlich auch, daß in Vietnam die Reaktionen von 14 auf 3 Kilo (!) heruntersgesetzt wurden — nicht nur wegen der schlechten Ernte, sondern weil das kambodschanische und das laotische Volk solidarisch unterstützt wird, ohne viel Aufhebens davon zu machen.

Asien/Australien-Kommission





**Leserbrief:**  
**Betrifft: „Solidarität mit den Indochina-Flüchtlingen“**

Liebe Genossen,

Ich halte die Verwendung der Parole „Solidarität mit den Indochina-Flüchtlingen“ für sehr bedenklich. Es hat sich durch den häufigen Gebrauch (meinetwegen auch Mißbrauch) dieser Parole durch die Reaktionäre nun einmal eine Situation entwickelt, in der diese Parole automatisch einen Vorwurf gegen Hanoi anklingen läßt, was auch nicht dadurch aus der Welt geschaffen wird, daß man im Text die Sache klarstellt.

Selbstverständlich muß alles getan werden, um diese Flüchtlinge vor dem Ertrinken oder Verhungern zu retten. Das gebietet die Humanität.

Und unter diesem humanitären Gesichtspunkt – daneben gibt es noch den politischen, nämlich Vietnam zu helfen, das nicht gerechtfertigte Image des barbarischen Sündenbocks loszuwerden – ist es richtig, die Schweinereien der sog. ASEAN-Staaten massiv anzuprangern: z.B. physisch gewaltsames Ins-Meer-Zurücktreiben ankommander Flüchtlinge, Gewährenlassen der piratierenden Landsleute, etc..

Aber „Solidarität“ heißt ja mehr, nämlich daß man sich mit dem Verhalten, den Vorstellungen etc. dessen, mit dem man sich solidarisieren soll oder will – hier also der Indochina-Flüchtlinge –, irgendwie identifizieren kann.

Und dazu besteht m.E. kein Anlaß: die „Flucht“ dieser Leute ist in den allermeisten Fällen keine gerechtfertigte Reaktion auf rassistische Diskriminierung, politische Unterdrückung, ökonomische Ausbeutung o.ä., sondern resultiert zum einen aus der Angst, als ethnische (chinesische) Minderheit bei weiteren Auseinandersetzungen zwischen China und Vietnam quasi zwischen die Fronten zu geraten, und zum anderen aus der Unlust am mühsamen und dazu noch kollektivistischen

ren aus der Unlust am mühsamen und dazu noch kollektivistischen „Aufbau“ – (besser: Kriegsfolgenbeseitigungs-)prozeß teilzunehmen. Beide Motive sind zwar verständlich, aber nicht unbedingt als „gerechtfertigt“ anzusehen. Im Gegenteil, in vielen Fällen dürften auch ausgesprochen fragwürdige Motive mitgespielt haben:

Nehmen wir nur einmal das groß herausgestellte Beispiel des geflüchteten Goldschmieds im letzten ZEIT-Magazin: Er gibt als Fluchtgrund u.a. an, daß seine Kinder sonst zu Kommunisten erzogen worden wären. Dies zu vermeiden, nahm er sie mit und setzte i h r Leben aufs Spiel. Das ist schon eine einigermaßen zynische Einstellung.

Natürlich ist dieser Goldschmied wie alle Indochina-Flüchtlinge im Grunde auch ein O p f e r des Impe-

rialismus, aber so ein Opfer war letztenendes – um ein extremes Beispiel zu nehmen – auch der abgeschossene US-Bomberpilot, und trotzdem waren wir mit dem nicht „solidarisch“.

Deshalb müssen wir m. E. sagen: Hilfe für die Vietnam-Flüchtlinge – selbstverständlich, und nicht zu knapp; aber unsere S o l i d a r i t ä t gehört dem vietnamesischen Volk!

Weil aber unsere Solidarität dem vietnamesischen und kampucheanischen Volk, den Flüchtlingen aus Zimbabwe und Namibia gehört, sollten wir jetzt, wo alle Welt nur noch auf die Vietnam-Flüchtlinge schaut, d e r e n Not (man denke nur an die sich anbahnende Hungerkatastrophe in Kampuchea!) und d e r e n Unterstützungswürdigkeit propagieren. Denn wenn wir das nicht tun, macht es niemand.

Insofern halte ich es nicht für richtig, daß auch noch w i r unsere geringen Kräfte dafür verwenden, für die Vietnam-Flüchtlinge zu den „erbärmlichen 700 Mio. DM“ (Originalton AK) noch mehr Unterstützung zu fordern, so richtig das „an sich“ auch ist.

Vielmehr müssen wir die laufende Diskussion um die Vietnam-Flüchtlinge in dem Sinn aufgreifen, daß wir das eklatante Mißverhältnis zwischen der Hilfe für die Vietnam-Flüchtlinge einerseits und der Hilfe für „normale“ Flüchtlinge (Namibia, Zimbabwe, West-Sahara, Libanon) bzw. für die „normale“ kriegsgeschädigte Bevölkerung (ganz Indochina, Nicaragua) andererseits kritisieren. (Wobei klar gesagt werden muß, daß wir nicht etwa von der Hilfe der Vietnam-Flüchtlinge was abgezuckt sehen wollen, sondern daß wir im Gegenteil z u s ä t z l i c h eine ganz erhebliche Erhöhung der skandalös niedrigen Hilfe für die „normalen“ Flüchtlinge etc. fordern).

Im Übrigen wäre es hervorragend, wenn der AK in Absprache

Im Übrigen wäre es hervorragend, wenn der AK in Absprache mit – möglichst vielen – anderen linken Publikationen des In- und Auslands einen gemeinsamen Aufruf/Appell bringen würde, der beinhalten würde, sich von der gegenwärtig laufenden Anti-Vietnam-Kampagne nicht desorientieren oder einschüchtern zu lassen, sondern mit Vietnam – durchaus kritische – Solidarität zu üben.

Dieser Aufruf sollte bereits bei der Erstveröffentlichung von einigen prominenten Leuten unterzeichnet sein.

Eine solche Sache zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu initiieren, dürfte nicht gerade einfach sein, wäre aber m.E. politisch ganz wichtig und längst überfällig.

Mit freundlichen Grüßen  
Hans-Joachim, Heidelberg

## „Gegen diejenigen, die Gefühle der Humanität für ihre politischen Ziele mißbrauchen!“

Eine Gruppe französischer Intellektueller, darunter die Künstlerin Juliette Greco, die Schriftsteller Louis Aragon und Régis Debray und der Publizist Wilfried Burchett, haben in einem Aufruf ihre Verpflichtung geäußert, „unsere Stimme gegen diejenigen zu erheben, die die Gefühle der Humanität unseres Volkes für ihre politischen Ziele mißbrauchen wollen. Es sind dieselben, die jene Kriege geführt, gerechtfertigt oder zugelassen haben, die allein verantwortlich sind für die außerordentlich schwierige Situation, der sich Vietnam heute bei seinem Aufbau gegenüber sieht.“

Sie fordern den französischen Staatspräsidenten und die Regierung Frankreichs auf, sich für „die nötige Unterstützung“ der Länder Südostasiens einzusetzen, „in denen sich zur Zeit die Auswanderer aus Indochina befinden.“ Der Plan des UN-Hochkommissariats für Flüchtlingsfragen, dem die Sozialistische Republik Vietnam zugestimmt hat, müsse „sofort in die Tat umgesetzt“ werden. Die USA müssen ihre vertraglich zugesicherten Reparationen bezahlen und schließlich wird gefordert, „daß Radio und Fernsehen unseres Landes die vollständige Information liefern, auf die die französischen Bürger ein Recht haben“ (zitiert nach „So werden Flüchtlinge gemacht“, Broschüre der Freundschaftsgesellschaft BRD-Vietnam, hrsg. im Juli 1979).

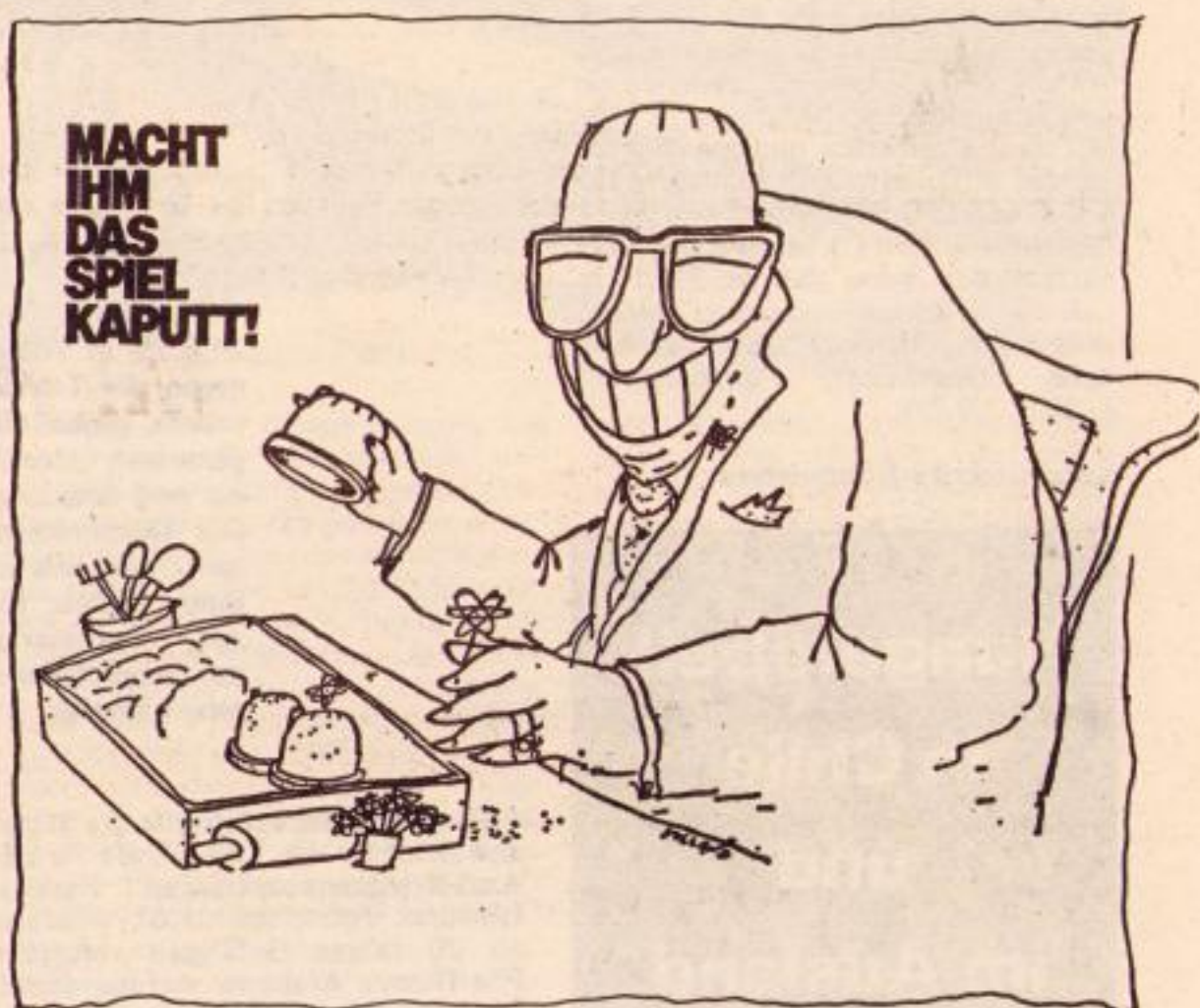
# Pakistanische Atombombe? Internationaler Atompoker der Imperialisten

Noch rechtzeitig haben es der CIA und der israelische Geheimdienst enttarnt: im Oktober schon würde Pakistan seine erste Atombombe zünden. Als Antwort planten die USA ein Kommandounternehmen auf die Atomanlagen in Pakistan, auch die international bekannten israelischen Überfallkommandos bereiteten sich vor. Offiziell sperrten die USA 40 Mio. DM Wirtschaftshilfe. Doch hiermit nicht genug der Agentenschichten. Schon bald hieß es, Pakistan habe die Atomanlagen durch Boden-Luft-Raketen geschützt. Gleichzeitig hieß es beruhigend, Pakistans Regierung habe inzwischen den Atomversuch verschoben, weil sonst Monsunregen zu größeren Versenkungen geführt hätten. Auch die Geldgeber der Bombe wurden „enttarnt“: Ghaddafi und der Irak sollten das Geld für diese „islamische Atombombe“ geben, Arafat hätte das ganze Geschäft vermittelt. Kurz vorher war auch schon der französische Botschafter auf einem Agententrip überfallen worden. Er wollte die geheimen Anlagen in Kahuta (Pakistan) besichtigen, hinter denen eine Anreicherungsanlage vermutet wird. Doch soweit kam es nicht, die pakistanische Geheimpolizei verprügelte ihn, wobei er einen Zahn verlor und sein Sekretär einen Schädelbruch erlitt. Die Pakistanische Regierung erklärte „ihr Bedauern“ und bot Hilfe an.

Dank des Ex-Geheimdienstchefs aus Pakistan, der in die USA übergelaufen war, kam dann noch mehr ans Tageslicht: die US-Regierung protestierte bei der schweizerischen Regierung, daß zwei Firmen des Landes entsprechende Anlagenteile geliefert hätten. Als Chef der Pakistanischen Anreicherungsanlage wurde ein ehemaliger Mitarbeiter der Urenco namens Abdel Quadar Khan genannt. Dieser hätte die technischen Unterlagen mitgehen lassen, nach denen er sich nun die Anlagen in Europa für eine eigene Anreicherungsanlage nach dem Muster der deutsch/holländisch/englischen Ultrazentrifuge zusammenkaufe: er „erteilte Bestellungen für die erforderlichen Einzelteile und Materialien – von Schweizer Spezialventilen bis zu britischen Elektronikantrieben für die Zentrifugen – gut getarnt als Aufträge von Textilfabrikanten und anderen staatlichen und privaten Firmen. Das alles geschah höchst geschickt unter Einschaltung internationaler Strohmannen, Kommissionsagenten und Scheinfirmen. Als man schließlich wach wurde und begann, das Puzzle-spiel zusammenzusetzen, war es bereits zu spät“ („FR“, 9.7.).

Man ist den Tränen nahe, wenn man so was liest: da hat doch „orientalische Schlitzohrigkeit“ offensichtlich den trägen bürokratischen Kontrollapparat der Atomweltmacht BRD ausgetrickst, so daß selbst eine höchst geheime hochkomplizierte riesige Atomanlage in die Hände der Pakistaner gelangen konnte, obwohl diese Anlage ansonsten 30 Jahre Forschungs- und Entwicklungsarbeit im Milliarden-Umfang erfordert. „Bestürzt“ erkundigte sich die BRD-Regierung bei ihrem holländischen Partner (wo der Pakistaner angestellt war), wo diese Anlage denn nun „in die falschen Hände“ geraten konnte („FR“, 9.7.).

Doch damit wird auch der Sinn der Agentengeschichten in der Presse klar: Es soll lediglich verschleiert werden, daß die europäischen Imperialisten Pakistan diese Anlage zugeschanzt hatten, um ihren Machteinfluß dort insgesamt zu erhöhen. Bestürzung deshalb auch dann, als der Konkurrent USA die Sache (ebenfalls umrankt mit Agentenstories) ans Licht brachte, weil er dieses Geschäft gern durchkreuzt hätte. Solche Geschichten sind im internationalen Atomgeschäft Alltag geworden: Ganz parallel war der BRD-Imperialismus vollkommen „überrascht“ und „bestürzt“, als plötzlich die südafrikanischen Rassistens der Weltöffentlichkeit bekanntgaben, sie seien im Besitz einer Anreicherungsanlage. Schon bald wurde klar, daß die Anlage nicht nur nach in der BRD entwickelter Technologie funktionierte, sondern Südafrikas Atomforscher auch die Anlagen und das Know how aus der BRD bezogen hatten, wobei diese Schiebung höchste Regierungsstellen vorangetrieben und abgetarnt hatten, um sich den schwarzafrikanischen Ländern als „Unglücks-Raben“ präsentieren zu können. Wir wollen hier die Hintergründe des Atompokers zwischen den Imperialisten um Pa-



kistan ein wenig aufhellen.

## Atomarer Poker der Imperialisten um Pakistan

Seit 1972 besitzt Pakistan einen Atomreaktor (137 MW), ein weiterer ist seit 1973 (für 500 MW) im Bau. Das Geschäft hatte Kanada gemacht. Seit 1976 ist das Geschäft ins Stokken geraten, weil Kanada schärfere Kontrollmöglichkeiten über die Pakistanischen Anlagen fordert. Der betriebene Reaktor kann jährlich mehr als 100 kg Plutonium liefern („FR“, 9.7.) und es ist „eine unveränderliche Tatsache, daß bei aller friedlichen Kernkraftnutzung Plutonium anfällt, das schon ohne eine Wiederaufarbeitung notfalls ein Bombenrohstoff sein kann“, gab die „Frankfurter Allgemeine“ (vom 16.8.79) offenerzig zu. 5 kg Plutonium reichen für eine Atombombe des Hiroshima-Typs, das nukleare Explosionsmaterial für die Bombe von Nagasaki stammte beispielsweise aus einem simplen Forschungsreaktor. Allerdings läßt sich der Brennstoff in einem AKW von den Atomgroßmächten noch relativ einfach kontrollieren: einmal im Jahr werden die nuklearen Brennstäbe ausgewechselt und in der Regel dann wieder von den Großmächten selbst in Empfang genommen. Sehr scharfe Auflagen machen

Regel dann wieder von den Großmächten selbst in Empfang genommen. Sehr scharfe Auflagen machen vor allem die US-Imperialisten (und ebenso Kanada) zur Voraussetzung für die Lieferung von Atomanlagen.

Die USA-Imperialisten machten sich dabei ihre bislang bestehende Monopolstellung für Anreicherungsanlagen zunutze. Dieses Monopol wurde inzwischen von den Europäern durchbrochen, obwohl sie noch immer die entscheidenden Lieferungen für angereichertes Nuklearmaterial aus den USA beziehen müssen.

Die strengen Auflagen der USA machen sich die europäischen Konkurrenten (die BRD und Frankreich) umgekehrt aber auch zunutze, um auf den internationalen Atommarkt vorzudringen. 1976 hatte Frankreich mit Pakistan die Lieferung einer WAA vereinbart. Daraufhin sperrten die USA und Kanada ihre Lieferung an die EG, Frankreich legte das Geschäft mit Pakistan erst einmal auf Eis. Hintergrund ist, daß „in einer Wiederaufbereitungsanlage die Abzweigung von waffenfähigem Plutonium nur eine Sache von Tagen ist“, wie die „FAZ“ ebenfalls freimütig zugab (ebenda). D.h. eine tatsächlich funktionierende Riesen WAA in Gorleben könnte dann innerhalb von Tagen statt neuem Brennstoff für AKWs plötzlich Atombomben liefern, und zwar hundert pro Monat. Bei Anreicherungsanlagen ist die Ausbeute (für Atomwaffen) etwas geringer.

Doch selbst bei solchen Geheimgeschichten verlangen auch die europäischen Imperialisten schärfste Kontrollen bzw. Einschränkungen, damit ohne ihr Zutun eine solche Anlage möglichst nicht einen Tag laufen kann. So klagte dann lauthals die „FAZ“, daß die US-Kontrollforderungen das große Atomgeschäft „weitgehend einschränken“ würden, wo die meisten Länder der 3. Welt doch nach Atomenergie „schreien“, und ohnehin gehöre „zur wirklichen Atom-macht weniger die Bombengeheimnisse (Anmerk. AK: eine Atombombe

zu bauen, ist eh einfach, wenn man nur die Verfügung über den nuklearen Explosionsstoff besitzt) als vielmehr der Aufbau einer großen Atom-industrie“ („FAZ“, 18.8.79). So befürchtet die BRD, daß allzu große Atomwaffen-Begierden (vor allem öffentliche Atomversuche) ihrer „kleinen Potentaten“ (ebenda) ihrem Märchen von der „friedlichen Nutzung“ der Atomenergie einen Knacks verpassen könnte. Leider könne man eben durch die Bombe „in der Stufe der Weltangst eine Stufe höher“ steigen, bedauert die „FAZ“ (vom 16.8.79). So hetzt die gleiche Zeitung gegen die „verrückten Araber“, die durch eine Atombombe „vor Entzücken ins Delirium, auch ins politische“ abgleiten würden („FAZ“, 18.8.79). Man denke bei diesen Worten nur einmal an F.J. Strauß! Der Hintergrund dabei ist allerdings der Atompoker zwischen Indien und Pakistan, die gegenseitig Gebietsansprüche stellen. 1974 hatte Indien als erstes Land der 3. Welt eine eigene (angeblich „friedliche“) Atombombe gezündet. Die Anlagen und den nuklearen Explosionsstoff hatten Kanada bzw. die USA-Imperialisten geliefert, die sich sonst so gern als Atomsauberer präsentieren. Daraufhin setzten die USA international verschärfte Kontrollen durch.

Schon zwei Jahre später konnte Atomsauberer Indien präsentieren. Daraufhin setzten die USA international verschärfte Kontrollen durch.

Schon zwei Jahre später konnte Indien weiter US-Lieferungen in Empfang nehmen. Indien hatte erklärt, es werde „zukünftig auf alle Kernwaffenversuche, auch für friedliche Zwecke, verzichten“ („FAZ“, 26.7.77). Indien, das auch an einem „potentiellen Trägersystem für atomare Gefechtsköpfe“ („IfdT“, 6/75) arbeitet, konnte so munter sein „friedliches Atomprogramm“ aufbauen und 1977 nach längeren Kontrollverhandlungen mit den USA seine zweite WAA in Betrieb nehmen. Gegenüber Pakistan ist Indien mit 10.000 in der Atomindustrie Beschäftigten, 5 Forschungs- und 4 kommerziellen AKWs und 2 WAA's geradezu ein atomarer „Riese“. Pakistans inzwischen hingerichteter Regierungschef Bhutto hatte nach der indischen Atomexplosion angekündigt, er werde der Atomrüstung Indiens „nicht tatenlos zusehen können, sondern gleichfalls Atombomben bauen müssen, und sollte unser Volk Gras dabel essen“ („FAZ“, 28.2.76). Gleichzeitig wurde der Bau von 20 AKWs bis zum Jahre 2000 in Pakistan angekündigt.

Heute versichert die pakistanische Regierung „beinahe jeden Tag aufs neue ... Nein, wir bauen keine Atombombe“ („FAZ“, 16.8.79). Das kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die herrschenden Kreise in diesem Land alles daran setzen, um den Finger an den Knopf zu bekommen. Prompt meldete sich auf der anderen Seite jetzt Indien zu Wort: „Die Bombe ist gegen uns gerichtet“ erklärte der indische Ministerpräsident, man denke jetzt (nanu ??) an den „Bau eigener Atombomben“ („FR“, 15.8.79). Kenner der Materie ließen durchblicken, daß Indien natürlich auch gern eine Anreicherungsanlage besitzen würde, denn derzeit ist es bei angereichertem Uran vollständig auf Lieferungen der US-Imperialisten angewiesen.

AKW-Nein-Kommission



Der Zeitschrift der radikaldemokratischen Intelligenz der Republik von Weimar, der „Weltbühne“ von Siegfried Jacobsohn, Kurt Tucholsky und Carl von Ossietzky, ihren selbständigen, selbstgewollten politischen Platz zu belassen, das haben ihr seit dem Erscheinen des ersten Heftes die meisten politischen Lager nicht zubilligen mögen. Die Konservativen – die Faschisten lassen wir aus Gründen politischer Hygiene heute mal beiseite – schalten die „Weltbühne“ der Propagierung eines „Kulturbolschewismus“; manchem Sozialdemokraten stand die „Weltbühne“ der Sowjetunion gegenüber zu solidarisch, manchem Kommunisten wiederum war's zu kritisch, wo nicht gar schon konterrevolutionär.

In diese Tradition stellt sich im 29. Jahr der Geburt der Bundesrepublik der Athenäum-Verlag, der im letzten Jahr einen vollständigen Faksimile-Druck der „Weltbühne“ herausbrachte – ein unzweifelhaft ebenso mutiges wie verdienstvolles verlegerisches Unternehmen. Ausgerechnet dieser Verlag fühlt sich jedoch genügt, den vom deutschen Herbst noch geängstigten bundesdeutschen Leser in seinem Verlagsprospekt vorab zu beruhigen: „Die Weltbühne“ war eben kein kommunistisches Kampfblatt – das haben nur ihre Gegner immer wieder gesagt und geschrieben – denn: „Immer wieder versuchten die Autoren der politischen Artikel den Deutschen Selbstbewußtsein zu geben, Selbstbewußtsein, Demokraten zu sein, sich zu wehren gegen die Extremisten von rechts und links, gegen die Übergriffe des Kommunismus bolschewistischer Prägung wie gegen den Faschismus ...“. Es sei der eigenen Fantasie überlassen sich vorzustellen, mit welcher beißendem Spott Kurt Tucholsky etwa über diese „Reinwaschung“, über das Gemischel von Rechts und Links, von Rechts gleich Links, hereingebracht wäre ...

Und weiter heißt es in diesem unseligen Prospekt: „Die Weltbühne“ rückte das Bild einer Rosa Luxemburg als einer leidenschaftlichen Kämpferin für soziale Gerechtigkeit ohne Anwendung von Gewalt zurecht. Die Lektüre dieser Artikel kann manches Fehlurteil, das sich jetzt über die Geschichte des Terrorismus in Deutschland und die Linke gebildet hat, korrigieren. Sie würdigte den bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner und rückte ab von der chaotischen Räterepublik ...“ – ernsthaft abzurücken ist gegenüber derlei „zurecht“ und „ab“-Gerücke hiervon: endlich die „Weltbühne“ und ihre Autoren nicht in irgendwelche, der nur-eigenen politischen Richtung oder einem ominösen Zeitgeist genehme Schubkästen einzusortieren! Die Autoren der „Weltbühne“ waren freie, wenn auch nicht freischwebende Geister, waren unabhängige Demokraten, waren durchaus und eingestanden „schwankend“, saßen – wie es Tucholsky schrieb – „zwischen zwei Stühlen“. Punktum!

Gegenüber den vielfachen Versuchen, die „Weltbühne“ für diese oder jene Seite zu vereinnahmen hat der Aufsatz von Martin van Amerongen, den wir aus der „Vrij Nederland“ (25.11.78) übernommen haben, den unbedingten Vorteil, die „Weltbühne“ in den einzig legitimen und erklärenden Rahmen zu stellen, der ihr angemessen ist: Er konfrontiert die Wirklichkeit der Republik von Weimar, ihr politisches und kulturelles Leben, ihren politischen und kulturellen Untergang, mit dem Wirken der „Weltbühne“ in eben dieser Republik von Weimar. Und er schreibt diese Geschichte, wo angemessen, fort zur Republik von Bonn.

Vor dem nun folgenden Lesevergnügen bleibt uns nur noch, Martin van Amerongen für die Genehmigung zur Veröffentlichung seines Aufsatzes im „Arbeiterkampf“ zu danken! (Die Übertragung aus dem Niederländischen ist vom Verfasser autorisiert.)

## Martin van Amerongen:

„Ich werde langsam größtenwahnsinnig, wenn ich wieder lese, wie ich Deutschland zugrunde gerichtet habe“

### Zur Neuauflage der „Weltbühne“

Von 1918 bis 1933 erschien in Deutschland unter der Redaktion von Siegfried Jacobsohn, Kurt Tucholsky und Carl von Ossietzky eine Wochenzeitschrift, die bis zum heutigen Tage die deutschen Gemüter stark bewegt: „Die Weltbühne“ (1). Der Athenäum-Verlag hat die sechzehn Jahrgänge dieser Zeitschrift neu herausgegeben.

Es gibt keinen mehr, der es weiß: Dr. Josef Goebbels, Hitlers Buchverbrenner im außerordentlichen Dienst, hat einst selbst einige vorsichtige Schritte in die Welt der schönen Literatur gesetzt. Das betreffende Buch heißt *Michael, ein deutsches Schicksal* und es behandelt Wissenswerte von einem Studenten, der sehr gegen Franzosen und Intellektuelle ist, ganz zu schweigen von französischen Intellektuellen. „Deutschland fought für die Arbeit. Frankreich fought für das Geld. Die Arbeit hat verloren. Das Geld hat gewonnen“, seufzt Michael – deutlich das alter ego des Künstlers. Seine bleichnasigen Studenten betrachtet er mit Besorgnis: „Der Intellekt ist eine Gefahr für die Bildung des Charakters. Kerle erziehen, das sollte Aufgabe der hohen Schulen sein“ (2). Selbst fühlt er sich unwiderstehlich von der *Kaserne* angezogen: „Soldat sein! Auf Wache stehen! Man muß immer Soldat sein, Soldat im Dienst der Revolution deines Volkes!“ (3)

Am 27. Januar 1931 wurde das Buch in der *Weltbühne* rezensiert, der famosen Wochenzeitung von Kurt Tucholsky und Carl von Ossietzky. Es war die Rede von einem wichtigen Buch, wenn auch nicht an erster Stelle aufgrund der literarischen Qualitäten des Geschriebenen. „Es ist tatsächlich die erste, aber gleich vollkommene Manifestation dessen, was die Braunhemden 'den deutschen Geist und die deutsche Seele' nennen“, konstatierte der Kritiker. „Der Fall Goebbels läge sehr einfach, wenn wir heute in einem gesunden Lande lebten. Dann würde sich nämlich für die gigantischen Platteitungen dieses größtenwahnsinnig gewordenen Hysterikers lediglich die ärztliche Wissenschaft interessieren. Aber wie die Dinge heute liegen, ist der Verfasser, ehemaliger Student in Heidelberg und jetziger Reichspropagandaleiter der N.S.D.A.P., eine politische Realität.“ (4) Diese Betrachtung hat zweifellos den blanken Haß genährt, den Goebbels gegen die „Asphaltliteraten“ hegte, die die Kolumnen der *Weltbühne* zu füllen pflegten. Goebbels brach den Stab über sie während einer kleinen Feier in seinem Hause am Sylvesterabend 1932. „Im kommenden Frühjahr sind wir an der Macht“, sagte er voraus. „Und dann werde ich die verfluchten Intellektuellen, die Kerr, die Tucholsky, die von Ossietzky und die Mehring höchstpersönlich aufknüpfen.“

Ein Teil dieser Voraussage bewahrheitete sich kaum vier Wochen später. Am 30. Januar 1933 wurde Hitler zum Reichskanzler ernannt. Und wenig später knisterten und prasselten die ersten Scheiterhaufen unter den vaterländischen Gesängen der SA- und SS-Korps und unter den Beschwörungsformeln der Repräsen-

tanten der nationalsozialistischen Studentenbewegung:

„Gegen Klassenkampf und Materialismus, für Volksgemeinschaft und idealistische Lebenshaltung! Ich übergebe der Flamme die Schriften von Marx und Kautsky.“

„Gegen Dekadenz und moralischen Verfall! Für Zucht und Sitte in Familie und Staat! Ich übergebe der Flamme die Schriften von Heinrich Mann, Ernst Glaeser und Erich Kästner.“

„Gegen seelenzerfasernde Überschätzung des Trieblebens, für den Adel der menschlichen Seele! Ich übergebe der Flamme die Schriften des Sigmund Freud.“

„Gegen Frechheit und Anmaßung, für Achtung und Ehrfurcht vor dem unsterblichen deutschen Volksgeist! Verschlinge, Flamme, auch die Schriften der Tucholsky und Ossietzky!“ (5)

Die *Weltbühne* war das bedeutendste Sprachrohr der radikal-demokratischen Intelligenz in den Jahren der Republik von Weimar, im Februar 1919 offiziell in diesem Ort konstituiert, nachdem Kaiser Wilhelm II von seinem Thron gestoßen war. Leider versäumte die junge Republik, gleichermaßen mit dem eisernen Besen die Gefilde ihrer Todfeinde zu kehren: die monarchistischen Generale, die reaktionäre richterliche Macht und das anti-republikanische Beamtenkorps. Es ruhte so von Anfang an kein Segen auf diesem Experiment mit der parlamentarischen Demokratie.

#### Kulturbolschewiken

Zwar war die Republik von Weimar gekennzeichnet von einer in der deutschen Geschichte exemplarischen kulturellen Blüte. Dies war in nicht unwesentlichem Maße den Juden unter den Intellektuellen und Künstlern zu danken, denen endlich, nach dem Fall des Kaiserreichs, der Luxus vergönnt schien, sich wie kreative und kritische Staatsbürger verhalten zu dürfen. Sie schweiften verückt durch den Zaubergarten von Kunst, Kultur und Wissenschaft. Sie operierten am Rand der Politik. Sie waren unter den linken Intellektuellen zweifellos qua Zahl und Einsatz überrepräsentiert mit ihrem rührenden Streben nach der Schönen und Besseren Welt. Darum wurde, speziell für sie, von Generalen, Richtern und Beamten, der Begriff *Kulturbolschewiken* eingeführt.

Von Ossietzky: „Wenn der Kapellmeister Klemperer die Tempi anders nimmt als der Kollege Furtwängler, wenn ein Maler in eine Abendröte einen Farbton bringt, den man in Hinterpomern selbst am hellen Tage nicht wahrnehmen kann, wenn man für Geburtenregelung ist, wenn man ein Haus mit flachem Dach baut, so bedeutet das ebenso Kulturbolschewismus wie die Darstellung eines Kaiserschnitts im Film. Kulturbolschewismus betreibt der Schauspieler Chaplin, und wenn der Physiker Einstein behauptet, daß das Prinzip der konstanten Lichtgeschwindigkeit nur dort geltend gemacht werden kann, wo keine Gravitation vorhanden ist, so ist das Kulturbolsche-

wismus und eine Herrn Stalin persönlich erwiesene Gefälligkeit. Kulturbolschewismus ist der Demokratismus der Brüder Mann, Kulturbolschewismus ein Musikstück von Hindemith oder Weill und genauso einzuschätzen wie das umstürzlerische Verlangen irgendeines Verrückten, der nach einem Gesetz schreit, das gestattet, die eigene Großmutter zu heiraten“ (6).

Damit ist die Atmosphäre der Republik von Weimar treffsicher charakterisiert. Auf der Bühne befand sich die intellektuelle und kulturelle Elite, die aus Berlin plötzlich Europas künstlerische Hauptstadt gemacht hatte. In den Kulissen lauerte jedoch die permanente Konterrevolution.

ter Antiklerikalismus, 4. Versöhnung mit dem Erbfeind von einst, Frankreich.

Der Vertrag von Versailles, der (unter anderem) bestimmte, daß das deutsche Heer auf hunderttausend Mann beschränkt bleiben müsse, wurde in breiten Kreisen als eine Schande empfunden. Die *Weltbühne* dagegen hielt das für einen Segen.

„Deutschland ist unter allen Ländern des Krieges das einzige, das mit Fug sagen kann, der Friedensvertrag habe ihm Nutzen gebracht. Es hat zwar Gebiete verloren, es muß schwere Reparationen leisten, und noch ist ein Stück Rheinufer besetzt. Dafür ist es aus der Sphäre des Imperialismus heraus, und es hat kein Deutschland Übersee

gerichtet, paramilitärischen Mordkommandos, die das Liquidieren von „Landesverrätern“ zu ihrer Spezialität gemacht hatten. Eben solchen Mordkommandos die Publikation einer Artikelserie, worin das blutige Handwerk dieser Femegerichte vor die Öffentlichkeit gebracht wurde. Diese Veröffentlichung verursachte große Erschütterung, wenn auch nicht in den Justiz-Palästen, wo die Herren Richter viel Verständnis aufzubringen wußten für die Aktivitäten ihrer Amateurliegen.

Etwas Nachrechnen lehrt, wie recht Tucholsky hatte, als er jahrein, jahraus die deutschen Richter attackierte als korrupte, parteiische, arbeiterfeindliche Handlanger der schwärzesten Reaktion. Die 314 politischen Morde, die in einem Zeitraum von acht Jahren von Rechtsextremisten verübt worden waren, wurden insgesamt mit 31 Jahren-plus-3 Monaten Gefängnis gerichtet, nebst einmal lebenslanger Festungshaft. Die dreizehn politischen Morde, die in derselben Zeit von radikalen Elementen der Linken verübt wurden, führten zu acht Todesurteilen und 176 Jahren-plus-zehn-Monaten Haft. Die Kommunisten, die 1919 im Freistaat Bayern die Räterepublik proklamierten, bekamen insgesamt 519 Jahre-plus-9-Monate. Die Offiziere und Mannschaften, die ein Jahr später, unter Führung von Generallandschaftsdirektor Kapp den Versuch eines Staatsstrechs unternahmen, gingen dagegen alle frei aus.

Und als die *Weltbühne* 1929 enthielt, daß der Minister der Reichswehr, geradewegs entgegen den Bestimmungen des Vertrages von Versailles, im Begriff war, eine illegale Luftmacht auf die Beine zu stellen, wurden nicht die betroffenen Offiziere vor den Richter gefordert, sondern Carl von Ossietzky, der Mann, unter dessen Verantwortlichkeit der Artikel publiziert worden war.

Der pazifistische Publizist kommentierte das Urteil mit souveräner Gelassenheit: „Anderthalb Jahre Freiheitsstrafe? Es ist nicht so schlimm, denn es ist mit der Freiheit in Deutschland nicht weit her. Mächtig verblissen die Unterschiede zwischen Eingesperrten und Nichteingesperrten. Jeder Publizist, der in bewegter Zeit seinem Gewissen folgt, weiß, daß er gefährdet ist.“ (9)

#### Totengräber

Im Januar 1933 wurde die Freiheit offiziell abgeschafft, die *Weltbühne* verboten und die zwei wichtigsten Redakteure des Blattes, Tucholsky und von Ossietzky wurden das Dritte Reich nicht überleben. Ihre jeweiligen Witwen befinden sich jedoch noch immer unter uns. Mary Tucholsky ließ sich nach dem Krieg in der Bundesrepublik nieder und hat dort wesentlich dazu beigetragen, daß fast jeder Schnipsel bedruckten Papiers von ihrem Mann in seinen *Gesammelten Werken* (10) untergebracht wurde, bis auf einige Brief- und Tagebuchfragmente, die allzu sehr nach den ehebrecherischen Betten rochen, die der Künstler vielfach aufzusuchen pflegte. Maud von Ossietzky bevorzugte ein Domizil in

Fortsetzung nächste Seite



Siegfried Jacobsohn

Die Ereignisse in den fünfzehn Jahren, die der Republik von Weimar gegeben waren, wurden in der *Weltbühne* in solch einer glänzenden, sprachgewandten Prosa beschrieben und kommentiert, wie sie seitdem auf deutschem Boden nicht mehr geschaffen worden ist. Ein schlechter Standpunkt, ja, der drang sogar gelegentlich in die Kolumnen der *Weltbühne* durch. Aber eine schlechte Formulierung, nein, so etwas war undenkbar in diesem kleinen, unansehnlichen Blättchen mit seinem mattröten Umschlag.

„Gut geschrieben ist gut gedacht“ (7), pflegte Tucholsky zu sagen.

Das Programm des Blattes war, kurz zusammengefaßt: 1. Soziale Gerechtigkeit, 2. Friede durch internationale Entwaffnung, 3. ein militan-

te zu verteidigen. Es kann ruhig schlafen, wenn in China und Marokko die Gewehre losgehen. Es ist von der Qual der Wehrpflicht befreit, gemessen an den militärpolitischen Sorgen der anderen sind die seinen für die Katz. Die Sieger werden ihrer Eroberungen nicht froh, ihr Budget kommt durch Rüstungsaufwendungen aus der Balance, und in den jungen Staaten balgen sich die Nationalitäten. Deutschland ist wieder angesehen und thront im Rat der Großen, ohne deren Beängstigungen zu teilen“ (8).

#### Femegerichte

Einen solchen Standpunkt einzunehmen forderte eine ziemliche Zivilcourage, allein schon weil die Republik von Weimar versucht war von Feme-



Fortsetzung von Seite 35

der Deutschen Demokratischen Republik, und auch sie hat sich um die künstlerische Nachlassenschaft ihres Mannes gesorgt, was zu ein paar ordentlich zusammengestellten Sammelbänden führte, worin jedoch allem die Aufnahme verwehrt wurde, was auch nur ein wenig zur Kritik am Kommunismus, der Sowjetunion oder Vätern Stalin neigt. Man sollte diese Weiber ...!

Es waren namentlich die DDR-Buchhalter, die bisher jeden Versuch, einen Faksimile-Druck der *Weltbühne* herzustellen, geschickt zu torpedieren verstanden. Sicher, so meinten die deutsch-demokratischen Kulturtheoretiker, Tucholsky und von Ossietzky sind natürlich fortschrittliche Männer gewesen, aber ihre Kritik an der Sowjetunion stempelte sie letzten Endes doch zu "bürgerlich-kontemplativen Schriftstellern."

Ein Faksimile-Druck der *Weltbühne* blieb dem Publikum also vorenthalten unter Verweis auf die Autorensrechte der Witwe Ossietzky.

Bis dann vor zwei Jahren aufkam, daß die Autorenrechte in Wirklichkeit zu dreiviertel in den Händen von Peter Jacobsohn waren, dem Sohn des ersten Herausgebers des Blattes. Dies zwang die DDR-Kulturverwaltung ein weiteres Mal an den Verhandlungstisch. Jetzt kapitulierten sie. Sie sollten für den westdeutschen Athenäum-Verlag die fünfzehn kompletten Jahrgänge fotografieren; komplette Ausgaben sind höchst selten seit Goebbels pyromanischen Umtrieben. Im Tausch bekamen sie die Autorenrechte für die *Neue Weltbühne*, den in der Prager Emigration verfertigten stalinistischen Bastard des Blattes. Und so präsentierte der Athenäum Verlag auf der Frankfurter Buchmesse 1978 mit einigem Stolz das erste Exemplar des Reprints, Umfang 27.000 Seiten. Kosten dreihundert Mark. Garantierter Lesegenuß dreißig Jahre. Eine Schatzkammer voller Kommentare, Kritiken, Glossen, Gedichte und Betrachtungen, verfaßt von der *Crème* der reichsten Periode der deutschen Geschichte.

Der erste, der der Neuauflage der *Weltbühne* eine umfassendere Betrachtung gewidmet hat, ist Rudolf Augstein, Herausgeber von *Der Spiegel*. Man traut seinen Augen nicht: „Zu den Totengräbern der Weimarer Republik, da hilft kein Vertun, muß auch die ‚Weltbühne‘ (gerechnet werden). ... Es war eine Todsinde, die Regierung Hermann Müller zu verhöhn... Blind waren nicht Hermann Müller und Rudolf Hilferding, blind waren ihre linken Gegner. Wußte Ossietzky nicht, daß es zu dieser Regierung keine Alternative gab?“ (11)

Es gibt schon jahrelang die umstrittene Theorie von den linken Intellektuellen, die das Ende der Republik von Weimar mit ihrer zu negativen Haltung eingeläutet haben sollte, namentlich gegenüber den 1919 zum ersten Mal in die Regierungsverantwortung gerufenen Sozialdemokraten. Auch heute noch, Anno 1978, im sozial-liberalen Westdeutschland von Helmut Schmidt, stößt Kritik am Staat und seinen Institutionen auf die alten, sauertröpfischen und vorurteilsbefangenen Männer vom Typ Golo Mann und Herbert Wehner, die mit erhobenem Finger an die „provozierende Unverschämtheit und Unverantwortlichkeit“ erinnern, mit der „bindungslose linke Literaten“ das Vertrauen in die junge Republik von Weimar untergraben haben sollen.

Nun bekommen die linken Intellektuellen und Literaten schon jahrhundertlang die Schuld an allem: an der Französischen Revolution, der Oktoberrevolution und der Prager Frühling wie dem Prager Winter, der Sittenverwahrlosung, Haschgebrauch, der Verschmutzung der Wasseroberfläche und dem stark gestiegenen Preis von Willem II Fantastica. Augstein selbst — nota bene — vor einigen Jahren wie von Ossietzky, von der verletzten Obrigkeit des „Landesverrats“ bezichtigt, nahm bis vor kurzem in Diskussionen dieser Art einen besonnenen, liberalen Standpunkt ein. Es ist um so rätselhafter, was ihn jetzt plötzlich im Lager der Intellektuellenfresser hat landen lassen.

Oder hat er nur seine Freunde der Hamburger Bohème — auf deren Cocktailparties viel gesellschaftskritisches abgelassen wird — schockieren wollen?

Was auch immer die Beweggründe gewesen sein mögen, das journalistische Resultat ist blanker publizistischer Brudermord. Kain, wo ist dein Bruder. Augstein, wo ist dein Gefühl für Proportionen? Der *Spiegel* hat eine Auflage von 900.000. Die *Weltbühne* hat die 15.000 nie überschritten. Der



„Prost Noskel Die junge Revolution ist tot!“ (Zeichnung von George Grosz)

*Spiegel*, aus den Fugen berstend vor Wohlstand und sechzig mal größer als sein naseweiser Kollege aus Weimar, hat nicht verhindern können, daß die Bundesrepublik in wenigen Jahren das Gesicht des Texas von Europa bekommen hat. Und dann sollte ein kleines, bescheidenes Blatt wie die *Weltbühne*, operierend in einem postrevolutionären, präfaschistischen Deutschland, die Republik von Weimar hätte retten können?

#### Negativ

Der Liquidator der Republik von Weimar heißt Adolf Hitler. Die Totengräber dieser Republik sind also, wie man es auch dreht und wendet, die Leute, die Hitler in den Sattel gehoben haben. Da war Heinrich Brüning, Reichskanzler von 1930 bis 1932, der Mann, der in seinen Denkschriften schamlos zugegeben hat, daß es von Anfang an seine Zielsetzung gewesen ist, die parlamentarische Demokratie für alle Zeit durch einen autoritären Klassenstaat nach

wilhelminischen Modell zu ersetzen (12). Da war des weiteren Reichskanzler Franz von Papen, Stafettenträger zwischen Brüning und Hitler; von Papen, der die sozialdemokratische Regierung von Preußen absetzte, weil diese einer „fortschrittlichen Bewegung“ wie der NSDAP in derselben negativen Weise entgegen trat wie der KPD, die doch „die Vernichtung unserer Kultur“ beabsichtigte. Der Prozeß der Desintegration der parlamentarischen Demokratie verlief mit der unverhohlenen Zustimmung des geistigen Mittelstandes im Lande, der schon jahrelang für Volkstum und Kulturerbe eiferte, bis dem Volk alle Rechte genommen waren und das kulturelle Erbe auf den Scheiterhaufen landete.

Es ist also deutlich, woran die Republik von Weimar zugrunde gegangen ist: An dem Umstand, daß in der Republik, außerhalb der Redaktion der *Weltbühne*, fast kein Republikaner zu finden war.



Kurt Tucholsky zweijährig

„Die Republik von Weimar“, sagt der Politologe Istvan Deak „wurde von der deutschen Bourgeoisie in Zusammenarbeit mit den bürgerlichen politischen Parteien vernichtet, die von 1929 an fortwährend nach einer autoritären Lösung gerufen haben. Die Mitarbeiter der *Weltbühne* waren zweifellos fehlbar, eingebildet, oft genießerisch, aber sie verhielten sich niemals destruktiv. Im Gegenteil, sie waren Idealisten reinsten Blutes, sie träumten von einer sozialistischen Gesellschaft, die mit einem demokratischen Instrumentarium geleitet wird. Dies war und ist noch immer überall eine intellektuelle Utopie“ (13). Tucholsky führte schon 1919 aus, warum man sich im Hause der *Weltbühne* stets so negativ darzustellen pflegte: „... Wir wollen kämpfen mit Haß aus Liebe... Und damit wir in der Welt geachtet werden, müssen wir zunächst zu Haus gründlich rein machen. Beschmutzen wir unser eigenes Nest? Aber einen Augiasstall kann man nicht beschmutzen, und es ist widersinnig, sich auf das zerfallene Dach einer alten Scheune zu stellen und da oben die Nationalhymne ertönen zu lassen. ... Negativ? Blut und Elend und zertretenes Menschentum — es soll wenigstens nicht umsonst gewesen sein...“ (14).

Und von Ossietzky sagte seinerseits über den vermeintlichen *Negativismus* seines Wochenblattes: „Ich möchte keine Unklarheit lassen: wir denken gar nicht daran, den Leuten ihre Parteien vererben zu wollen, aber was wir wünschen, ist, daß sie besser funktionieren sollen. Daß sie ihren Begabungen den rechten Platz geben, das werdende nicht niederdrücken, als Regierung halten, was sie als Opposition versprochen“ (15).

Nein, die *Weltbühne* hatte tatsächlich keine Alternative zur Regierung Ebert, zur Regierung Müller oder der Regierung Brüning. Hingegen hatte sie ein alternatives Programm: Ihre Alternative zur Korruption war keine Korruption, ihre Alternative zu Lügen waren keine Lügen, ihre Alternative zur Diktatur war die Demokratie und ihre Alternative zum Krieg war Friede.

#### Bonzen

Die Autoren der *Weltbühne* wirkten wie Scharfmacher, waren in Wirklichkeit jedoch ebenso kritisch wie vernünftig, liberal und gerecht. Tucholsky schrieb die fürchterlichsten Verse („Du zuckst die Achseln beim Hennessy / und vertrittst die deutsche Sozialdemokratie“). (16) über emporgexakelte „Bonzen“ in Partei und Gewerkschaft. Aber als einer dieser „Bonzen“, der sozialdemokratische Innenminister von Preußen, zum Rücktritt gezwungen wurde wegen einer außerehelichen Beziehung, war es Tucholsky, der den unglücklichen Regierungsmann in Schutz nahm: „Es ist mir ein Herzensbedürfnis, zu einem Sozialdemokraten zu stehen, dessen Politik wir hier, besonders in der letzten Zeit, nicht gutgeheißen haben... Aber sein Sturz ist ein Skandal — der Skandal des muffigsten deutschen Spießertums.“ (17).

Und als die sozialdemokratischen Presseorgane sich ihrerseits allerlei ranzige Scherze erlaubten über die homosexuelle Neigung von Ernst Röhm, Hitlers SA-Chef, nahm Tucholsky den Betroffenen (jedenfalls in diesem Punkt) in Schutz: „Zunächst soll man seinen Gegner nicht im Bett aufsuchen.“

Das einzige, was erlaubt wäre, ist: auf jene Auslassungen der Nazis hinzuweisen, in denen sie sich mit den „orientalischen Lastern“ der Nachkriegszeit befassen, als seien Homosexualität, Tribadie und ähnliches von den Russen erfunden worden, die es in das edle, unverdorrene, reine deutsche Volk eingeschleppt haben. Sagt ein Nazi so etwas, dann, aber nur dann, darf man sagen: Ihr habt in eurer Bewegung Homosexualität, die sich zu ihrer Veranlagung bekennen, sie sind sogar noch stolz darauf — also haltet den Mund.

Im übrigen aber ist das Empfindungsleben Röhrs uns genauso gleichgültig wie der Patriotismus Hitlers“ (18).

In den Augen der konservativen Kräfte in der Republik von Weimar waren die Mitarbeiter der *Weltbühne* natürlich reine Kommunisten und als solche die natürlichen Handlanger der gottlosen russischen Barbaren, die doch auch schon einem Fürsten die Krone vom Haupte gestoßen hatten. In Wirklichkeit wurde der Weg der jungen Sowjetunion von der *Weltbühne* mit angemessener Nuanciertheit betrachtet. Als der erste Zauber der Oktoberrevolution verflohen, als das Echo von Majakowskis Versen erstorben war und der Panzerkreuzer Potemkin wieder ruhig am Kai dümpelte, war den meisten linken Intellektuellen bereits deutlich geworden,

daß die Sowjetunion nicht die sozialistische Alternative war, worauf sie gehofft hatten. „Der Klassenkampf ist notwendig“, schrieb Tucholsky. „Aber das Paradies auf Erden — das wird er uns nicht bringen.“

Er bedachte einen imaginären KPD-Funktionär, der ihm sagte: „Schade, daß Sie nicht in der Partei sind — dann könnte man Sie jetzt ausschließen“ (19).

Von Ossietzky ließ seinerseits wissen, wie er über die Art dachte, mit der in Moskau mit Andersdenkenden umgesprungen wurde: „Der Opposition fehlen alle Mittel, die Macht an sich zu reißen, ihr Einfluß reicht nicht weit, ihr Gefolge ist zahlenmäßig gering. Was sie verlangt, ist nicht mehr als das Recht zu kritisieren, ist das freie Wort“ (20).

„Aber ist es gerechtfertigt, Rußland mit dem ‚Maßstab des Westens‘ zu messen?“ fragte jemand.

„Gewiß hat Rußland sein Eigentümliches und Unbegreifliches, wie jedes andre Land auch“, antwortete von Ossietzky. Aber niemand kann mir einreden, daß Rußland ein eigener Kosmos sei, mit eignen Sonnen und Sternen, von andern Wesen bewohnt, infolgedessen mit andern Lust- und Schmerzgefühlen“ (21).

#### Esprit

Die „Schande von Versailles“ hatte die deutschen Reaktionen fremdenfeindlicher gemacht als je zuvor. Man trank Tee aus Tassen, worauf der Spruch *Gott strafe England!* in vergoldeten Lettern gepinselt war. An der Fassade von manchem Café hing die Tafel „Franzosen und Belgier werden nicht bedient“. Namentlich Frankreich war es, das als Quell allen Übels angesehen wurde — mit seinem Paris: voller Huren, Juden, Revolutionären und in Bananenschalen gehüllte Neger-tänzerinnen. Paris, die Hauptstadt aller Feinde der weißen Rasse, die Stadt, wo die Revolution von 1789 ausgebrochen war, die Stadt, die eine so wesentliche Rolle gespielt hatte bei den bürgerlichen Revolutionen von 1830 und 1848, die Stadt, wo — Schrecken aller Schrecken — die Kommune von 1871 getobt hatte.

Die linken Intellektuellen in Deutschland dagegen sahen mit einer fast schwärmerisch anmutenden Verehrung zu Frankreich auf. Im eigenen Land, wo Geist und Macht traditions-halber einander ausschlossen, waren sie allezeit Außenstehende gewesen. In Frankreich dagegen waren öffentliche und politische Moral schon seit der Aufklärung durchdrungen mit Ideen von Männern wie Rousseau, Voltaire und Diderot. Auch Tucholsky, der 1924 nach Frankreich ausgewichen war und von dort die Ereignisse in seinem unglücklichen Vaterland kommentierte, war sehr angetan von seinen Gastgebern. „Sogar die Reaktionen haben hier Esprit“, sagte er. In Wirklichkeit liegt, wie man weiß, in der französischen Koketterie mit Kultur und Intellekt viel schöner Schein. „Der französische Intellektualismus schürft oft nicht tiefer als der berühmte Wiener Charme“, sagt Walter Laqueur (22).

Und wie der Wiener Charme kein Hindernis war für die intensive Teilnahme bei der Lösung der Judenfrage (23), war der französische Esprit plötzlich kein Faktor mehr, als 1933 ein Strom verfolgter deutscher Intellektueller in Frankreich um Asyl ersuchte. Sie wurden dort mit derselben schroffen Ablehnung empfangen wie anderswo auf der Welt und bekamen in der Folge ausführliche Gelegenheit, in den Internierungslagern von Gurg und Vernet ihre Auffassung von der französischen Geistigkeit zu überdenken.

Heinrich Mann, der mehr von Politik verstand als sein literarliebender Bruder, sah schon recht bald, was die Nazis an den Juden und Intellektuellen (ganz zu schweigen von den jüdischen Intellektuellen) so haßten. Es war, sagte er, das Prinzip Verstand.

Der Begriff intellektuell wurde erstmals in den letzten Jahren vor der Jahrhundertwende in negativem Sinne in den Debatten um den französischen Hauptmann Dreyfus lanciert. Der Streit wurde schließlich zum Vorteil von „les intellectuels“ Zola und Clemenceau geschlichtet. Das Prinzip Verstand triumphierte auf Kosten der Monarchisten und Faschisten. Die deutschen Linken verfolgten diesen Prozeß mit Neid und Bewunderung. In ihrem Land, so wußten sie aus Erfahrung, war das Wort „intellektuell“ ein rein negativer Begriff — und sollte es bis auf den heutigen Tag auch bleiben. Der Intellektuelle, so analysierte die Biologie des „Dritten Reiches“, ist kalt, denn er ist blutlos, also ist er krank, denn er ist dadurch ent-wurzelt, daß er auf dem Asphalt der großen Stadt vegetiert.

Daher das Prädikat Asphaltliteraten, wie man es nach dem Macht-

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von Seite 36

wechsel von 1918 regelmäßig in der nationalistischen und faschistischen Presse fand. Es muß festgestellt werden, daß dieser Machtwechsel in mancher Hinsicht kein Segen für die linken Intellektuellen und Künstler gewesen ist. Vor dem Krieg konnten sie sich recht ungezwungen bewegen im Ghetto von Kunst und Wissenschaft. Sie legten die Fundamente des Bauhaus, stifteten die Sezession, erfanden die Zwölftonmusik und analysierten sowohl das Ich als auch das Über-Ich. Der Krieg veränderte sie in militante Pazifisten. Sie begannen (vor allem theoretisch), sich um die Politik zu bemühen, ohne zu sehen, daß der Politik gar nicht gedient war mit ihrem moralisierenden Rufen nach einer besseren Welt. Sie debattierten feurig über Abtreibung, moderne Kunst, die russische Revolution, die Abschaffung der Todesstrafe, die Legalisierung der Homosexualität und die moralischen Implikationen außerehelichen Geschlechtsverkehrs. Sie sahen die Arbeiterklasse als ihren natürlichen Bundesgenossen an, ohne sich klar zu machen, daß auf den Kais und in den Fabriken besonders wenig Interesse an diesen Themen bestand.

Tucholsky war einer der wenigen, der die Position des linken Intellektuellen — und damit ihres bedeutendsten Sprachrohrs — durchschaute. Die Weltbühne beanspruchte nicht, „Führer der Arbeiterklasse“ zu sein. Die Zeitschrift war das Organ des fortschrittlichen Bürgertums, nichts mehr, nichts weniger. Tucholsky: „... es wäre eine verdammte Lüge, sich den Kragen abzubinden und den Proleten zu 'markieren'. Hier wird nicht markiert. Wir sitzen zwischen zwei Stühlen ...“ (24).

### Judenrepublik

Die Position der Juden unter den linken Intellektuellen — Juden wie Tucholsky — war noch zwiespältiger. Offiziell waren sie nach dem Sturz von Wilhelm II endlich gleichwertige, gleichberechtigte Staatsbürger geworden. In der Praxis jedoch war die akademische, militärische und justizielle Welt für sie immer noch versperrt. Dies galt auch für die Politik: Die sogenannte Judenrepublik von Weimar wurde von neunzehn Kabinetten regiert. Darin saßen insgesamt 387 Minister. Nur ihrer fünf waren jüdischen Blutes. Die Wirklichkeit dieser „Judenrepublik“ war, daß die Juden zum Schein assimiliert waren und in Wirklichkeit wiederum auf ihre traditionellen Freistätten der Gesellschaft ausweichen mußten: den Handel, die Musik, die Tages- und Wochenpresse, die Bühne, die Literatur, die Essay-

istik. „Es muß festgestellt werden, daß in dem Deutschland des Beginns des zwanzigsten Jahrhunderts, wo die Juden noch kein Prozent der Bevölkerung bildeten, dieselben Juden die Träger eines großen Teils der deutschen Kultur waren“ (Istvan Deak).

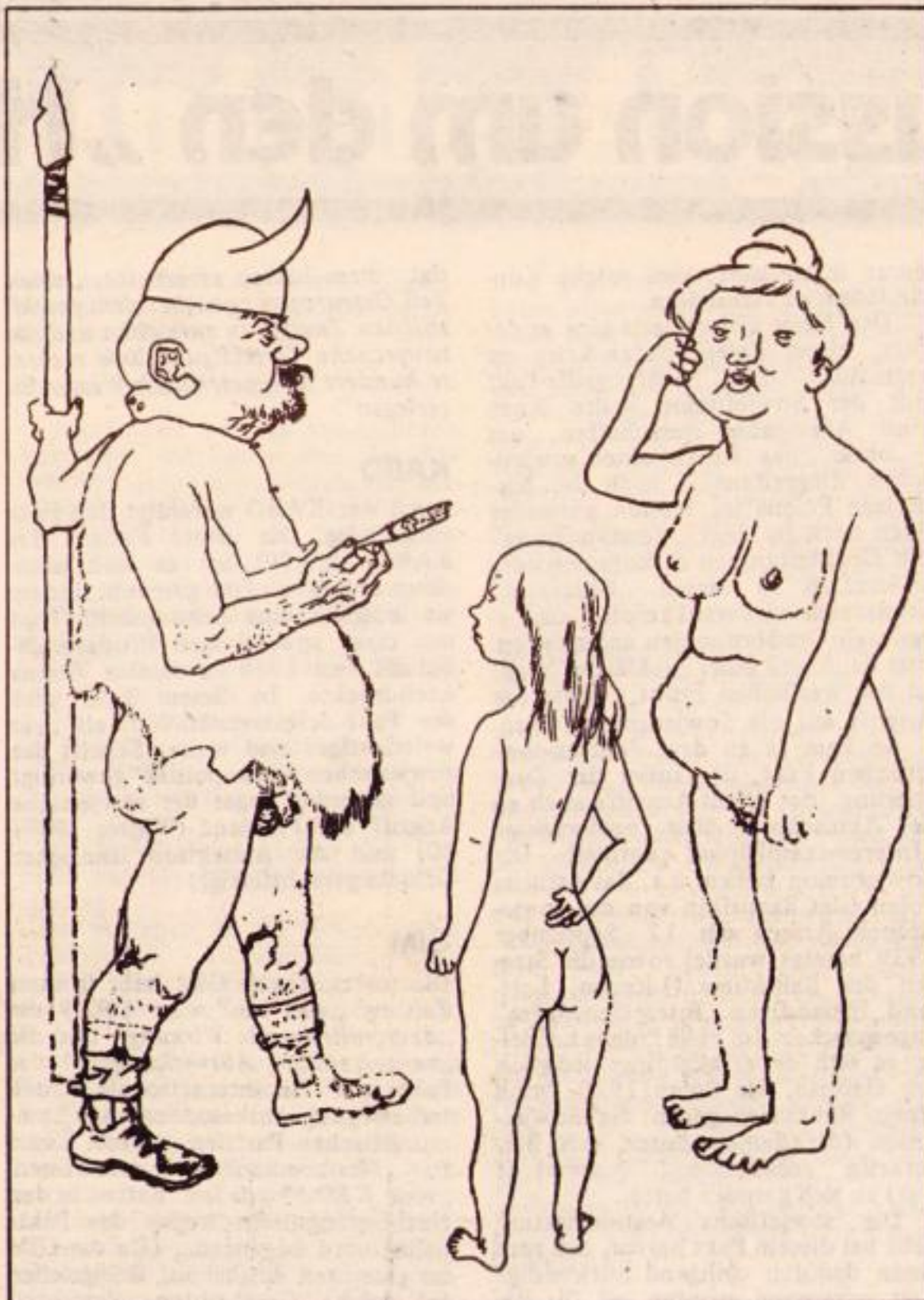
Keiner, der es ihnen dankte. Im Gegenteil, je unbefangener sie von der Gelegenheit Gebrauch machten zu beweisen, daß sie nicht minderwertig waren, desto giftiger wurden die antisemitischen Ausfälle. Auch in der Republik von Weimar blieben sie, was sie stets waren: Der Dorn im Fleisch, Ruhestörer, Außenstehende, nicht integriert, nicht zu integrieren und zum Tode verdammt.

Die Faschisten hatten für die linken Intellektuellen — sowohl für die Juden als auch Nicht-Juden — ein ganzes Arsenal von Qualifikationen angelegt. Sie nannten sie anarchistisch, arrogant, besserwisserisch, blasiert, bolschewistisch-jüdisch, Brillenträger, degeneriert, elitär, entartet, entwürzelt, hochmütig, individualistisch, rassenfremd, sittenlos, seelenlos-intellektuell, undeutsch und undiszipliniert. Goebbels Blatt Der Angriff sagte dunkle Zeiten voraus für „schokoladenfressende Judenweiber, mit und ohne Hornbrille“. Die Deutsche Drogenzeitung mischte sich gleichermaßen in die Diskussion: „Hinweg mit diesem Wort, dem bösen / mit seinem jüdischen grellen Schein! / Wie kann ein Mann von deutschem Wesen / ein Intellektueller sein!“

Das konnte also nicht gut gehen.

### Hojotoho

Am 21. Februar 1933 erscheint eine der letzten Ausgaben der Weltbühne. Tucholsky schreibt kaum mehr für das Blatt — er befindet sich, verbittert und vereinsamt, in schwedischer Emigration. Von Ossietzky kann schon lange nicht mehr schreiben, was er will — die Schlagschatten der Nazis reichen bereits dicht an seinen Schreibtisch. Also schreibt er nicht über die Nazis, sondern über ihr kulturelles Idol, den vor fünfzig Jahren gestorbenen teutonischen Tondichter Richard Wagner. Er analysiert den Wagner-Kult als Bestandteil der kleinbürgerlichen Renaissance, beherrscht von Wehrauch mit Erotik, ideologisch abgestützt durch die Rassen-theorien von Gobineau und Wagners Schwiegervater Houston Stewart Chamberlain. Er trieb seinen Spott mit den Tristans, mit ihren Bierbäuchen und Doppelkinnern, und den Isolde, mit ihren wogenden Busen und Wackelpopos. Aber Wagners Musik, warnt von Ossietzky, ist etwas, wobei einem denkenden Menschen das Lachen schnell vergeht. Denn die ist eine politische Tatsache:



Wagnerfiguren, gezeichnet von George Grosz

„... sie infiziert die Wirklichkeit, sie dringt durch tausend unsichtbare Kanäle: aus der Theatergarderobe holt sich Wilhelm II den Lohengrinhelm und verwandelt die Welt in eine schlechte Oper ... Hojotoho! Hojotoho! Heiaha! Heiaha! Hojotoho! Heiaha!“ (25).

Auch jetzt, fünfzehn Jahre nach dem Weltkrieg, prophezeite von Ossietzky, sind Wagners Zauberformeln geeignet für den Gebrauch auf den Schlachtfeldern Europas: „... Richard Wagner wirkt fort, ein töndes Gespenst, zu Zwecken beschworen, die mit Kunst nichts mehr zu tun haben, ein Opiat zur Vernebelung der Geister. Zum zweitenmal soll aus Deutschland eine Wagneroper werden ... Heiaheia! Wallaleia heiaheia!“

(26). Wenig später begaben sich die Schlägertrupps der SA in die Kantstraße 152 in Berlin-Charlottenburg, die Redaktionsadresse der Weltbühne, und schlugen dort die Inneneinrichtung kurz und klein. Von Ossietzky selbst war kurz zuvor, in der Nacht des Reichstagsbrandes, verhaftet und in ein Konzentrationslager befördert worden.

Tucholsky blieb vorläufig außer Reichweite. In der schwedischen Emigration las er im Deutschen Reichsanzeiger, daß ihm — wie übrigens den meisten Mitarbeitern seines Blattes — die Staatsbürgerschaft aberkannt worden war.

### Politischer Bankrott

Carl von Ossietzky wurde Anfang Februar 1935 in das Konzentrationslager Papenburg-Esterwegen abtransportiert. Ein Beobachter vom Roten Kreuz ist einer der letzten, der ihn noch lebend gesehen hat: „Nach zehn Minuten kamen zwei SS-Leute, die einen kleinen Mann mehr schlepten und trugen als ihn herauf. Ein zitterndes, totenblaues Etwas, ein Wesen, das gefühllos zu sein schien, ein Auge verschwollen, die Zähne anscheinend eingeschlagen, er schlepte ein gebrochenes, schlecht geheiltes Bein.“

Ich ging ihm entgegen, reichte ihm die Hand, die er nicht ergriff.

„Melden!“ schrie Loritz, der Lagerkommandant.

Ein unartikulierter, leiser Laut kam aus der Kehle des Gemarterten.

Ich zu Loritz: „Zurück!“

„Herr von Ossietzky“, sprach ich ihn an, „ich bringe Ihnen Grüße Ihrer Freunde, ich bin der Vertreter des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, ich bin hier, um Ihnen, soweit uns das möglich ist, zu helfen.“

Nichts. Vor mir, gerade noch lebend, stand ein Mensch, der an der äußersten Grenze des Tragbaren angelangt war. Kein Wort der Erwiderung.

Ich trat näher. Jetzt füllte sich das noch sehende Auge mit Tränen, lispelnd unter Schluchzen sagte er: „Danke, sagen Sie den Freunden, ich sei am Ende, es ist bald vorüber, bald aus, das ist gut.“ Und dann noch ganz leise: „Danke, ich habe hier einmal Nachrichten erhalten, meine Frau war einmal hier; ich wollte den Frieden.“

Dann kam wieder das Zittern. Ossietzky verneigte sich leicht in der Mitte des weiten, leeren Lagerplatzes und machte eine Bewegung, als wolle er militärische Stellung annehmen, um sich abzumelden. Dann ging er, das eine Bein nachschleppend, mühsam Schritt vor Schritt zu seiner Baracke zurück...“ (27).

Anfang Mai 1938 meldeten die deutschen Zeitungen, daß der bekannte Landesverräter verstorben war. Woran er verstorben war, das wurde diskret im Unklaren belassen.

Kurt Tucholsky wohnte, nach seinen fünf Jahren in Frankreich, seit 1929 im

schwedischen Hindas, ohne daß auch nur einer seiner Freunde dies wußte. Das war aus — zweifellos berechtigter — Angst, daß die Nazis seine Adresse erfahren und ihn noch ergreifen würden. Seine Briefe waren überwiegend sehr düster im Ton. Mit Bestürzung vernahm er, daß er — der sich selbst als politisch bankrott betrachtete — im Vaterland noch immer als Symbol all dessen galt, was verdorben und landesverräterisch war: „Ich werde wirklich langsam größenwahnsinnig, wenn ich wieder einmal lese, wie ich Deutschland zugrunde gerichtet habe.“ Denn: Tatsache ist, „daß es mir nicht gelungen ist, auch nur einen Polizisten seines Postens zu entheben.“

Sieben schwere Operationen (am Keilbein) in einem Zeitraum von achtzehn Monaten trugen das ihre zu seinen Depressionen bei. Er mußte so oft den Operationssaal aufsuchen wie andere den Friseur.

Einen Artikel bekam er nicht mehr zustande, nicht einmal einen Artikel über seinen Freund Ossi, dessen Leidenweg er mit blutendem Herzen verfolgte.

„... Mein Zorn ist verbraucht —“, schrieb er im Dezember 1934 an seine Schweizer Freundin Hedwig Müller, „meine Gleichgültigkeit ist geblieben. Ich mag nun alles gar nicht mehr — es war der letzte Tropfen ... diese Komödie ist so gemein, so niedrig und so widerwärtig — bei mir ist das Faß übergelaufen, und ich möchte es nicht mehr. Hingegen: was nun?“ (28)

Am 20. Dezember 1935 wurde er in das Sjukhuset Sjukhusten von Göteborg gebracht. Für einen ärztlichen Eingriff war es zu spät. Intoxication ac (Selbstmord) notierte der behandelnde Arzt auf dem Totenschein (29).

Martin van Amerongen

### Anmerkung und Quellen:

- (1) Siegfried Jacobsohn gründete 1905 „Die Weltbühne“. Obwohl „Die Weltbühne“ in ihrem ersten Jahrzehnt wesentlich Theater und Dichtung zum Thema hatte, gründete sie von Anfang an auf einem gesellschaftspolitischen Konzept. Die Umbenennung in „Die Weltbühne“ am 4. April 1918 und die wesentlichen thematischen Erweiterungen stellten insofern auch keinen Bruch mit den Absichten „Der Weltbühne“ dar, sondern waren Konsequenz von Jacobsohns Auffassung, daß das Theater eine gesellschaftliche Erneuerung nicht bewirken könne. Von 1915 trat der politische Leitartikel an die Stelle der bisherigen dramatischen Grundsatzerläuterungen. Nicht geringer Einfluß auf die Wandlung dieser Zeitschrift kommt Kurt Tucholsky zu, der, nach einigen Artikeln im sozialdemokratischen „Vorwärts“, am 9.1.1913 seinen ersten Beitrag in der „Weltbühne“ veröffentlichte.
- (2) Nach dem Tod Siegfried Jacobsohns im Dezember 1926 wurde Kurt Tucholsky zu seinem Nachfolger als Herausgeber der „Weltbühne“ bestimmt. Eine Arbeit, die Kurt Tucholsky so recht nicht lag und die er 1927 an Carl von Ossietzky weitergab. Fortan und bis zu ihrer letzten Ausgabe am 7. März 1933 erschien „Die Weltbühne“, fortan und bis zu ihrer letzten Ausgabe am 7. März 1933 erschien „Die Weltbühne“ mit dem Untertitel, der gerechten Zeugnis ablegt über ihre drei Väter: „Begründet von Siegfried Jacobsohn - Unter Mitarbeit von Kurt Tucholsky geleitet von Carl v. Ossietzky“.
- (3) Zit. nach „Die Weltbühne“ (WB), Nr. 4, S. 131 - 27.1.31
- (4) Zit. nach a.a.O., S. 132
- (5) a.a.O., S. 133
- (6) „Neuköllner Tageblatt“, 12.5.33
- (7) WB, Nr. 16, S. 560 - 21.4.31
- (8) Die losen Blätter, „Der Dämon“, März 1929
- (9) WB, Nr. 45, S. 689, 6.11.28
- (10) WB, Nr. 48, S. 805, 1.12.31
- (11) Kurt Tucholskys „Gesammelte Werke“ sind - ohne die Briefe - in einer wohlfeilen Taschenbuchausgabe (10 Bde.) beim Rowohlt-Verlag erschienen.
- (12) „Der Spiegel“, Nr. 42, 16.10.78
- (13) Vgl. Heinrich Brüning, Memoiren 1918 - 1934, Stuttgart, 1970
- (14) Istvan Deak, Weimar Germany's Left Wing Intellectuals, Berkeley & Los Angeles, 1968
- (15) WB, Nr. 12, S. 279, 13.3.19
- (16) WB, Nr. 33, S. 227, 14.8.28
- (17) WB, Nr. 36, S. 248, 6.9.23. Der ganze Vers lautet: „Du rauchst nach Tisch die dicken Zigaretten, du lebst über Straßenhetzer und Narren, weißt nichts mehr von alten Kameraden, wirst aber überall eingeladen, du zuckst die Achseln beim Hennessy-Lund vertrittst die deutsche Sozialdemokratie.“
- (18) WB, Nr. 11, S. 388, 11.3.30
- (19) WB, Nr. 17, S. 641, 26.4.32
- (20) WB, Nr. 4, S. 140, 26.1.32
- (21) WB, Nr. 3, S. 80, 17.1.28
- (22) ebd.
- (23) Walter Laqueur, Weimar, a cultural history 1918-1933, London, 1973
- (24) Die österreichischen Faschisten, von nicht geringer zahlenmäßiger Stärke, standen den deutschen Faschisten in der Judenverfolgung in nichts nach
- (25) Die Front, Nr. 9, S. 250, 1929
- (26) WB, Nr. 8, S. 284, 21.2.33
- (27) a.a.O., S. 285
- (28) Carl J. Burckhardt, Meine Danziger Mission, München, 1960
- (29) Brief an Hedwig Müller vom 11.12.34, in: Kurt Tucholsky, Briefe aus dem Schweigen, Reinbek bei Hamburg, 1977
- (30) Dr. Jochen Beinert, Tucholskys Schwedenjahre - Legende und Wahrheit, Neues Deutschland, 31.7./1.8.1976

(Einführung, Übertragung aus dem Niederländischen, Anmerkungen: Niederlande-Kommission)

c Martin van Amerongen  
c der Übertragung ins Deutsche Verlag J. Reents



Carl von Ossietzky (Mitte) wurde 1929 zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt, weil die „Weltbühne“ enthüllt hatte, daß das Reichswehr-Ministerium dabei war, eine illegale Luftmacht aufzustellen

## Die Weltbühne

Der Schaubühne XXV. Jahr  
Wochenchrift für Politik, Kunst, Wirtschaft

Begründet von Siegfried Jacobsohn

Unter Mitarbeit von Kurt Tucholsky  
geleitet von Carl v. Ossietzky

Inhalt: Olaf und Krieger, Kollagen, Windige, aus der deutschen Luftschiff-Schau, der Obergewinn, Heerl, Barthelemy, Lubbock, Dupont, Cézanne, Griffone, S.J., Adelbert Mathias, Gebel, Kaiser, Jungfer.

Er erscheint jeden Dienstag  
12. März 1933  
Verlag der Weltbühne  
Charlottenburg - Kantstraße 162



# Zur Diskussion um den „Hitler-Stalin-Pakt“

Am 1. September 1939 begann mit dem Angriff der Nazi-Armee auf Polen der 2. Weltkrieg. Eine Woche vorher, am 23. August, war die Weltöffentlichkeit und die internationale kommunistische Bewegung durch den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen Deutschland und der Sowjetunion verblüfft worden. Der 30. Jahrestag dieser Ereignisse gab für viele linke Organisationen Anlaß, sich zu diesem Pakt aus ihrer Sicht zu äußern. Mit diesem Artikel soll ein knapper Überblick über diese Diskussion und ein Diskussionsanreiz für den KB gegeben werden.

„Eroberungen im Osten“ war das erklärte Hauptziel der Nazis schon vor ihrem Regierungsantritt 1933, zusammen mit der „Vernichtung des Bolschewismus“. Die Sowjetunion sah sich daher seit 1933 als Hauptangriffsziel Deutschlands und entwickelte eine Gegenstrategie, die eine Koalition mit Deutschlands imperialistischen Konkurrenten (vor allem Großbritannien und Frankreich) anstrebte. Zur Unterstützung dieser Strategie entwickelte die Komintern zum einen die Volksfront-Politik (antifaschistische Bündnisse mit der Bourgeoisie in den imperialistischen Ländern) und zum anderen die Theorie von den „nichtaggressiven“ imperialistischen Ländern. Dieser Theorie zufolge teilten sich die imperialistischen Länder in aggressive (Deutschland, Italien, Japan) und nichtaggressive (England, Frankreich). Dassowjetische Bemühen um ein „kollektives Sicherheitssystem“ gegen Deutschland scheiterte jedoch. Stattdessen betrieben Großbritannien und Frankreich gegenüber Deutschland eine Politik der „Zugeständnisse“. 1935 wurde die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland hingenommen, 1936 der Einzug der Nazi-Armee in das demilitarisierte Rheinland (beides war gegen die Bestimmungen des Versailler Abkommens von 1919); März 1938 Duldung der Annexion Österreichs; September 1938 „Münchener Konferenz“, die Nazi-Armee besetzt mit Zustimmung Großbritanniens und Frankreichs Teile der Tschechoslowakei; März 1939 Besetzung des gesamten Westteils der Tschechoslowakei, einschließlich Prag, durch die Nazi-Armee, Annexion als „Protektorat Böhmen und Mähren“. Mit der Tschechoslowakei hatte vor allem Frankreich einen wichtigen Verbündeten seiner Politik zur „Eindämmung“ Deutschlands preisgegeben.

Die Politik der „Zugeständnisse“ seitens Großbritanniens und Frankreichs beruhte u.a. auf der relativen militärischen Überlegenheit, die Deutschland zu dieser Zeit erreicht hatte, und auf den Überlegungen imperialistischer Politiker, Deutschland in eine gemeinsame Strategie gegen die Sowjetunion einzubinden. Ein zentrales Problem war dabei Polen: Polen war einerseits notwendigerweise Durchgangsstation und Hinterland für einen Angriff auf die Sowjetunion. Andererseits war Polen der zweite wichtige Bündnispartner (neben der Tschechoslowakei) der französischen „Eindämmungspolitik“ gegen Deutschland. Voraussetzung einer gemeinsamen Strategie der europäischen Imperialisten gegen die Sowjetunion wäre also eine „Verständigung“ zwischen Deutschland und Polen gewesen. Mit einem deutsch-polnischen Nichtangriffs-Pakt schien 1934 hierfür ein Zeichen gesetzt worden zu sein. Mehr und mehr zeigte sich jedoch, daß Deutschland gegenüber Polen einen ausgesprochen aggressiven Kurs verfolgte.

Im August 1939 war der deutsche Aufmarsch gegen Polen abgeschlossen. Im Falle eines deutschen Angriffs auf Polen waren Frankreich und Großbritannien durch Verträge zu militärischem Beistand verpflichtet. Allerdings befürchtete die sowjetische Führung, daß Frankreich und Großbritannien nicht bereit sein würden, eine Front gegen Deutschland zu eröffnen. Daß diese Befürchtung völlig berechtigt war, zeigte sich daran, daß Großbritannien und Frankreich zwar am 3. September 1939 Deutschland den Krieg erklärten, aber keine Anstalten machten, den Krieg tatsächlich zu eröffnen – das geschah erst im Mai 1940 durch den deutschen Angriff auf Frankreich.

Die sowjetische Befürchtung war zudem, daß die Nazi-Armee nach einer Niederlage Polens sofort zum Angriff auf die Sowjetunion übergehen könnte, und daß die Sowjetunion einen solchen Krieg isoliert würde führen müssen, während Großbritannien und Frankreich im Westen „abwarten“ würden. Die sowjetische Führung war selbstverständlich brennend

daran interessiert, eine solche Konstellation zu verhindern.

Den Nazis andererseits ging es darum, einen Zwei-Fronten-Krieg zu vermeiden. Ein Nichtangriffs-Pakt mit der Sowjetunion sollte ihnen eine Atempause verschaffen, um – ohne das Risiko eines sowjetischen Eingreifens – nach der Niederlage Polens im Westen entweder doch noch zu einer „Verständigung“ mit Großbritannien zu kommen oder andernfalls in einem „Blitzkrieg“ Frankreich niederzukämpfen und eventuell Großbritannien anzugreifen. Erst dann, mit einer „geklärten“ Lage an der westlichen Front, sollte der Angriff auf die Sowjetunion folgen.

So kam es zu dem deutsch-sowjetischen Pakt, der außer der Zusage des Nicht-Angriffs auch eine Abmachung über beiderseitige „Interessensphären“ enthielt. Die Sowjetunion bekam u.a. das östliche Polen (das daraufhin von der sowjetischen Armee am 17. September 1939 besetzt wurde) sowie die Staaten des Baltikums (Litauen, Lettland, Estland) als „Interessensphäre“ zugesprochen. Im Falle Polens handelte es sich dabei allerdings lediglich um Gebiete, die Polen 1920 durch einen Raubkrieg gegen die Sowjetunion (die damals durch den Bürgerkrieg entscheidend geschwächt war) an sich gerissen hatte.

Die sowjetische Argumentation hebt bei diesem Pakt hervor, daß zum einen dadurch dringend notwendige Zeit gewonnen worden sei für die sowjetischen Verteidigungsvorbereitungen, und daß zum anderen die Sowjetunion eine vorgeschobene, günstigere Front erreicht habe. Was den Zeitgewinn angeht, so betrug er nicht einmal zwei Jahre bis zum deutschen Angriff im Juni 1941. Zu vermuten ist allerdings, daß die sowjetische Führung beim Pakt-Abschluß 1939 die Länge des Zeitgewinns überschätzt hatte. Auch der „Geländegewinn“ durch die Annexion Ostpolens und der baltischen Staaten war 1939 von der sowjetischen Führung gewiß bedeutender eingeschätzt worden – tatsächlich überrante die Nazi-Armee diese Gebiete im Sommer 1941 innerhalb von ein paar Tagen.

Im folgenden sollen die Positionen in der Linken zu dem deutsch-sowjetischen Pakt von 1939 kurz dargestellt werden.

## DKP

### DKP

Die DKP hat in der „UZ“ vom 10.8.79 ihren Chefideologen Steigerwald auf einer vollen Seite zu Wort kommen lassen. Steigerwald nennt den Pakt „eine Atempause, die zur Niederlage des Faschismus beitrug“. „Dank der sowjetischen Taktik“ sei schließlich die Bildung der Anti-Hitler-Koalition erreicht worden, „und zu den Fundamenten, auf denen diese Front errichtet werden konnte, gehört gerade auch der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag“. Er „erleichterte den schließlich Sieg über Hitler“.

Weiter schreibt Steigerwald: „Stalin ist gewiß wegen vieler Dinge scharf zu kritisieren, aber der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag ist nicht kritikwürdig“. Auch die mit dem Pakt verbundenen Annexionen seien gerechtfertigt gewesen. Steigerwald weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß in den baltischen Staaten bereits 1917 „sehr rasch“ eine „starke Sowjetmacht“ entstanden sei; diese sei jedoch im Sommer 1919 unter wesentlicher Beteiligung rechtsradikaler deutscher „Freikorps“ zerschlagen worden. „Nun, 1939 wurden die Grenzen der Sowjetunion im Ostseeraum wieder imperialistisch gerückt, wo sie vor dem imperialistisch-opportunistischen Gaunerstück von 1918/19 verlaufen waren“.

Kritik an dem Pakt oder an seinen Begleitumständen enthält der Artikel nicht.

### KPD/ML

Die KPD/ML würdigte den Pakt in ihrem „Roten Morgen“ vom 24.8.79: „Der Verlauf des zweiten Weltkriegs hat den Abschluß des Nichtangriffsvertrags mit den Nazis faschisten voll auf gerechtfertigt. Der Vertrag stellte nicht nur den einzigen Ausweg dar, den der bedrohte sozialistische Staat im Jahre 1939 einschlagen mußte. Er legte gleichzeitig die wesentliche Grundlage für die spätere antifaschistische Offensive, für das Zustandekommen der Anti-Hitler-Koalition, für die Zerschlagung des japanischen, italienischen und vor allem des deutschen Faschismus“.

In dem Artikel des „Roten Morgen“ werden auch die Annexionen durch die Sowjetunion gerechtfertigt:

„t: diese hätten es erlaubt, „einen Teil Osteuropas zunächst dem faschistischen Zugriff zu entziehen und die sowjetische Verteidigungslinie mehrere hundert Kilometer nach Westen zu verlegen“.

## KABD

Auch der KABD verteidigt den Pakt vollständig. Die „Rote Fahne“ des KABD (8.9.79) hat es sich allerdings extrem einfach gemacht, indem sie lediglich eine Zeitungsseite Text aus einer sowjetischen Propagandaschrift von 1948 zu diesem Thema nachdruckte. In diesem Text wird der Pakt selbstverständlich als „ein weitsichtiger und weiser Schritt der sowjetischen Außenpolitik“ gewürdigt und nebenbei sogar der sowjetische Angriff auf Finnland (Winter 1939/40) und die Annexion finnischer Gebiete gerechtfertigt.

## GIM

Die trotzkistische GIM hebt in ihrer Zeitung „was tun“ vom 6.9.79 die „demoralisierende Wirkung“ und die „verheerenden Auswirkungen“ des Pakts auf die internationale Arbeiterbewegung, insbesondere die kommunistischen Parteien, hervor. Es sei zu „Massenaustritten“ gekommen, „viele KPD-Mitglieder“ hätten in den Nazi-Gefängnissen wegen des Pakts Selbstmord begangen... (Da die GIM im gesamten Artikel auf Belegstellen für solche Geschichten verzichtet, bleiben diese zweifelhaft).

Immerhin scheint die GIM zuzugestehen, daß in der konkreten Situation der Pakt für die Sowjetunion der „einzige Ausweg“ gewesen sein könnte. „Es gibt Situationen, wo es zweifellos legitim ist, mit jedem Verbrecher zu verhandeln, um seine eigene Verteidigung vorzubereiten. Aber es war verheerend, gleichzeitig mit dem Nichtangriffsvertrag auch im politischen Kampf gegen den Faschismus abzurufen...“ Diese Einschränkung ist gewiß berechtigt, nur hat sie mit der Kritik am Vertrag als solchem erst einmal wenig zu tun.

Nach Meinung der GIM hätte es zu diesem Pakt eine Alternative gegeben, nämlich eine Politik, die sich auf die „Kampfkraft der internationalen Arbeiterbewegung“ hätte stützen müssen. Da jedoch kaum zu bestreiten ist, daß die Kampfkraft der internationalen Arbeiterbewegung allein zum damaligen Zeitpunkt keineswegs ausreichte, um „die Existenz der Sowjetunion zu garantieren“, bleibt die Alternative der GIM offen. Obwohl sie indirekt den Pakt als „Verrat der sowjetischen Bürokratie an der internationalen Arbeiterbewegung“ darzustellen versucht, richtet sich genau beiseite die Kritik des „was tun“-Artikels nicht gegen den Pakt, sondern gegen dessen Begleitumstände, d.h. eine nach Meinung der GIM damit verbundene opportunistische Politik gegenüber dem Nazismus.

## Vaterlandsverteidiger

Zu einer sehr weitgehenden Kritik an dem Nichtangriffsvertrag kommt die „KPD“ in ihrer „Roten Fahne“ vom 23.8.79: „Faktisch beschleunigte der Pakt den Ausbruch des Krieges. Er nahm die Drohung des Zweifrontenkrieges, den Nazi-Deutschland sich damals noch nicht leisten konnte, von Hitler und gab ihm damit freie Hand gegen Polen...“ Der Zeitgewinn durch den Pakt sei in erster Linie Deutschland zugute gekommen.

Scharf und unterschiedslos verurteilt die „KPD“ auch die mit dem Pakt verbundenen sowjetischen Annexionen.

Weiter kritisiert die „KPD“, „daß der Pakt zur Leitlinie der Politik der Kommunisten in anderen Ländern wurde“ – konkret: daß diese nicht zur Vaterlandsverteidigung gegen die Nazis bereit waren.

Zusammenfassend meint die „KPD“: „Der Pakt zeigte eine Entwicklung der sowjetischen Politik, die nur als ‚nationalistische Entartung‘ beurteilt werden kann“. Und kommt sodann „zur Sache“: „Wenn man den ‚Hitler-Stalin-Pakt‘ richtig kritisiert, muß man die chinesische Militärführung gegen Vietnam befürworten“.

Die MLD schreibt in ihrer Zeitung „die achtziger Jahre“ (28.8.79), der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag habe ein „Abgehen vom Kampf gegen den Hauptfeind“ bedeutet. Die Sowjetunion habe mit diesem Vertrag ihre „Politik der kollektiven Sicherheit“ (d.h. das Bemühen um ein Bündnis mit Großbritan-

nien und Frankreich) aufgegeben. Das Risiko eines imperialistischen Blocks gegen die Sowjetunion habe damals gar nicht real bestanden, da Hitler gerade in England den „Hauptfeind“ und den „Erzrivalen einer deutschen Weltherrschaft“ gesehen habe. Zwar habe die Sowjetunion durch den Vertrag etwas Zeit gewonnen, aber „ein Zeitgewinn rechtfertigt keine strategische Neuorientierung“. Außerdem sei Deutschland durch den Pakt entscheidend gestärkt worden. Es wäre, so behauptet jedenfalls die MLD, für Deutschland gar nicht möglich gewesen, 1939 gleich die Sowjetunion anzugreifen, denn die Nazis hätten „die Eroberung des Westens... als materielle Basis“ gebraucht, „um überhaupt den Krieg nach Osten ausdehnen zu können“. Der Krieg im Westen aber sei den Nazis durch den Nichtangriffsvertrag mit der Sowjetunion erleichtert worden.

Die MLD will bei ihrer Kritik am „Hitler-Stalin-Pakt“ selbstverständlich auf konkrete, aktuelle Schlußfolgerungen für den „antihegemonistischen Kampf“ gegen die Sowjetunion hinaus, bei dem es ebenfalls unbeirrten „Hauptfeind“ (=Sowjetunion) im Auge zu behalten gelte. Ein besonderer Abschnitt im Artikel der „achtziger Jahre“ gilt deshalb der Frage nach dem Charakter des 2. Weltkriegs. Die Vaterlandsverteidiger gehen davon aus, daß der 2. Weltkrieg schon von Beginn an (und nicht erst seit dem Angriff auf die Sowjetunion 1941) im wesentlichen einen ant imperialistischen Charakter gehabt habe. Sie kritisieren daher die kommunistischen Parteien, insbesondere die KP Frankreichs, die zunächst nicht bereit waren, an der Seite ihrer eigenen Bourgeoisien „das Vaterland zu verteidigen“. (Zu einer ähnlichen Kritik scheint derzeit übrigens die PCF selbst zu gelangen.)

Der Kurswechsel der Vaterlandsverteidiger in der Beurteilung der Politik der Sowjetunion und der kommunistischen Parteien 1939/40 ist interessant: Früher briefen sich diese Gruppen gerade auf die Politik Stalins, um ihrer „antihegemonistischen“ Politik ein historisches Prestige zu geben. Daß das nicht ganz hinlänglich, scheinen die Vaterlandsverteidiger nun gemerkt zu haben.

## Einige Überlegungen

### Die Sowjetunion mußte im August 1939 eine Situation vermeiden, in der sie isoliert einem Angriff Deutschlands gegenübergestanden hätte. Insofern bieten weder die Vaterlandsverteidiger noch die Trotzkisten eine glaubwürdige Alternative zu dem Nichtangriffs-Pakt an. Im Rückblick betrachtet bestand der Hauptwert dieses Paktes nicht einmal in erster Linie in dem schmalen Zeitgewinn, sondern gerade darin, daß Deutschland nun zuerst Frankreich angriff und damit letzten Endes den Kriegseintritt Großbritanniens (und später auch der USA) herbeiführte. Das machte alle denkbaren Konstellationen einer Isolation der Sowjetunion, eines späteren Ein-Fronten-Krieges gegen die Sowjetunion, eines „Beiseitestehens“ Großbritanniens ziemlich unmöglich.

Verfehlt wäre es auch, der sowjetischen Führung vorzuwerfen, daß sie mit dem Pakt Ostpolen einkassierten. In diesem Fall handelte es sich um Gebiete, die der jungen Sowjetmacht durch einen Raubkrieg abgenommen worden waren und die von nichtpolnischen Völkern (Weißrussen, Ukrainern) bewohnt werden. Die Alternative hätte damals (1939) nur in der Besetzung ganz Polens durch die Nazis bestehen können.

Anders verhält es sich mit der Annexion von Litauen, Lettland und Estland 1940. Zwar war es richtig, diese Gebiete als sowjetische „Einflußzone“ garantieren zu lassen und damit zunächst eine Annexion dieser Staaten durch die Nazis auszuschließen. Diese Staaten aber im nächsten Schritt innerhalb weniger Monate zu annektieren, bedeutete eine Mißachtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Bemerkenswert ist, daß DKP-Steigerwald diese Annexion ausdrücklich verteidigt.

Nicht einmal von Steigerwald verteidigt, sondern von diesem einfach verschwiegen wird der sowjetische Angriff auf Finnland im Winter 1939/40. Dieser Krieg diente erklärtermaßen dem Ziel, Finnland große Gebiete zu entreißen, um die sowjetischen Verteidigungslinien (insbesondere um Leningrad) weiter nach vorn zu verschieben. Für einen solchen Eroberungskrieg gibt es selbstverständlich

vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus aus keine Rechtfertigung.

Als Begleiterscheinung des Nichtangriffs-Paktes ist festzustellen, daß die sowjetische Führung ihre Kursänderung mit Überhebungen verband. So wurden Theorien entwickelt, daß es nun nicht mehr Großbritannien und Frankreich (die ehem. „nicht-aggressiven“ imperialistischen Staaten), sondern Deutschland war, das am Frieden interessiert sei. Es wurde ein diplomatischer Aufwand entfesselt, der fast schon den Begriff „Freundschaftsvertrag“ angemessen erscheinen ließ. Es gab – ein besonders schändliches Kapitel – die Auslieferung deutscher Antifaschisten, die in der Sowjetunion Zuflucht gesucht hatten, an die Nazis. Frühzeitige Warnungen vor dem bevorstehenden Angriff 1941 wurden als Provokationspropaganda des britischen Geheimdienstes abgetan.

Nach dem Beginn des deutschen Angriffs im Sommer 1941 erfolgte eine entsprechende Kursänderung der Sowjetunion und der kommunistischen Parteien, ebenfalls wieder mit Überhebungen. So wurde nun die Theorie vom „Weltfriedenslager“ entwickelt, dem die imperialistischen Staaten wie Frankreich, Großbritannien und USA zugerechnet wurden. Die französische KP deklarierte plötzlich die Gaulle zum „Führer der französischen Nation“ und gab alle selbständigen Ziele der französischen Arbeiterbewegung preis; ähnlich verfuhr die italienische KP. Geradezu als Geschenk an die nun mit der Sowjetunion verbündeten Imperialisten wurde 1943 die Komintern aufgelöst.

Für die Vaterlandsverteidiger aus dem ML-Lager ist die Anti-Hitler-Koalition das historische Exempel für die von ihnen propagierte „antihegemonistische Einheitsfront“ gegen die Sowjetunion. Indem die heutige Sowjetunion schlicht mit dem damaligen Deutschland gleichgesetzt wird, wird der „Zusammenschluß“ mit den imperialistischen Staaten (BRD, USA, Frankreich, Großbritannien etc.) gefordert.

Abgesehen davon, daß die Gleichsetzung Nazi-Deutschlands mit der Sowjetunion sachlich krass falsch und politisch zynisch ist, wird von den Vaterlandsverteidigern ein weiterer wesentlicher Unterschied „übersehen“: Die imperialistischen Mächte Großbritannien und Frankreich (als Hauptkonkurrenten Deutschlands) besaßen 1939 riesige Kolonialgebiete (die Hauptkonkurrenten Deutschlands) besaßen 1939 riesige Kolonialgebiete und hatten daher an einem imperialistischen Umverteilungskrieg gegen Deutschland kaum Interesse. Die Gesellschaftsordnung Nazi-Deutschlands war eindeutig kapitalistisch, eine Unterwerfung Deutschlands selbst stand nicht mehr auf der Tagesordnung (Frankreich hatte solche Pläne in den 20er Jahren verfolgt, war damit aber in Widerspruch zum britischen Imperialismus geraten). Heute hingegen haben fast alle Staaten der Dritten Welt eine relative Unabhängigkeit vom Imperialismus erreicht. Jedes „Eindämmen der sozialimperialistischen Expansion“ in der Dritten Welt, wie es vor allem von China und seiner „Fünften Kolonne“ propagiert wird, dient gleichzeitig der Stabilisierung des imperialistischen Einflusses bzw. in Einzelfällen einem imperialistischen Roll Back. Während Nazi-Deutschland 1939 kaum eine Einflußsphäre besaß, um die es seitens der anderen Imperialisten zu streiten lohnte, geht es heute bei der Aufrüstung gegen die Sowjetunion um die „Rückeroberung“ Mittel- und Osteuropas für den Imperialismus. Und es geht nicht zuletzt um die Zerschlagung der derzeitigen Gesellschaftsordnung in der Sowjetunion (und den anderen RGW-Staaten) und um ihre vollständige Einbeziehung in das kapitalistische Weltssystem.

Insofern kann man noch streiten, ob beispielsweise die französische KP 1940 im Recht war, den Krieg als rein imperialistischen anzusehen und eine Politik des „revolutionären Defätismus“ (Verweigerung der Vaterlandsverteidigung) zu vertreten. Kein Zweifel aber kann heute unter Kommunisten bestehen, daß unter den aktuellen Bedingungen die Politik der Vaterlandsverteidigung Zuarbeit für die Raubkriegsvorbereitungen des „eigenen“ Imperialismus darstellt. Eine Koexistenz mit solchen Vorstellungen, gar ein Kokettieren mit ihnen (wie es große Teile der Ex-KBW-„Komitees für Demokratie und Sozialismus“ betreiben) ist für die kommunistische Bewegung unmöglich.

Kt., Hamburg



# Weiter am Rande des Abgrunds

Wie im AK 161 bereits berichtet, befindet sich der KB derzeit in der schlimmsten Krise seit seinem Bestehen. Begonnen hatte es mit den Artikeln von Ha. und Kl. (Göttingen) im AK 156 (25.6.). Eine Minderheit im LG und in der ZRK (die ZRK leitet die Arbeit außerhalb Hamburgs an) befürwortete „mehr oder weniger“ einzelne Aspekte der Artikel von Ha. und Kl. Die Genoss(innen) wurden daraufhin aufgefordert, ihre Positionen so schnell wie möglich diskutierbar zu machen – nötigenfalls, wenn ein Artikel so schnell nicht zu schaffen wäre, erst einmal in internen Positionspapieren. Stattdessen veröffentlichten LG- und ZRK-Minderheit in ihrer Funktion als „Leitung des Zentrums“ (das „Zentrum“ ist eine regelmäßige „Anleiterrunde“ zahlreicher Bereiche, Bezirke etc. der Hamburger Ortsgruppe) im AK 160 (20.8.) ein Artikel-Paket von viereinhalb Seiten zu den Themen „Utopismus/Entsolidarisierung“ und „Grazuonen des Feminismus im KB“.

Zwei Tage nach Erscheinen des AK 160, am 22.8., gab die „Zentrums“-Leitung (ZL) ohne Diskussion im LG und in der ZRK eine Erklärung ab: Gegen sie laufe eine „organisierte Hetzkampagne“; die LG-Mehrheit wolle eine „bestellte Leserbrief-Kampagne“ gegen die Artikel der ZL organisieren; die Auffassungen der ZL sollten „niedergeknüpelt“ werden. Die Erklärung der ZL gipfelte in der Drohung, kollektiv aus dem KB auszutreten (was zu dieser Zeit von der ZL mehrheitlich befürwortet wurde) oder eine Fraktion im KB zu bilden – falls „diese unleninistischen Methoden nicht augenblicklich eingestellt werden“.

Nach einer Aussprache im LG am 27.8. nahm die ZL am folgenden Tag ihre Spaltungsdrohung zunächst zurück, rechtfertigte sie aber gleichzeitig als eine notwendige „Notbremse“, zu der sie wegen der gegen sie „organisierten Hetzkampagne“ gezwungen gewesen sei.

Am 5.9. fand in eine Hamburger Anleiter/Delegierten-Versammlung statt. Die ZL trug dort eine als Selbst-

Am 5.9. fand in eine Hamburger Anleiter/Delegierten-Versammlung statt. Die ZL trug dort eine als Selbstkritik deklarierte Erklärung vor. Darin hieß es, daß die Rücknahme der Spaltungsdrohung als „praktische Selbstkritik“ zu verstehen sei. Ferner hieß es, daß es ein Fehler gewesen sei, die Erklärung vom 22.8. nicht vorher im LG zu diskutieren und daß es falsch gewesen sei, die Spaltungsdrohung auf der „Zentrums“-Versammlung vom 22.8. vor der inhaltlichen Diskussion bekanntzugeben.

In der mehrstündigen Diskussion am 5.9. wurden Beiträge zum Vorgehen der ZL und zu inhaltlichen Aussagen der verschiedenen vorliegenden Artikel stark miteinander vermengt. Am Ende wurde über einen vom LG (Mehrheit) formulierten Text abgestimmt:

„Mit ihrem Versuch, durch Verweigerungs- und Spaltungsdrohung einen gerade erst begonnenen Meinungsstreit in ihrem Sinne zu reglementieren, haben LG-Minderheit und ‚Zentrums‘-Leitung nicht nur elementare Prinzipien einer kommunistischen Organisation verletzt, sondern die Einheit und letztlich sogar die Existenz des KB leichtfertig aufs Spiel gesetzt. Hierfür gibt es keine Rechtfertigung.“

Da die Rücknahme der Verweigerungs- und Spaltungsdrohung ohne jeden Ansatz von Selbstkritik erfolgte, sondern stattdessen weiterhin von einer gegen sie gerichteten organisierten „Kampagne“ gesprochen und die Drohung in diesem Zusammenhang ausdrücklich als „Notbremse“ gerechtfertigt wird, stellt sich die Frage, wieweit die Rücknahme der Drohung allein taktisch begründet ist. Wir fordern daher die Genoss(innen) der LG-Minderheit und der „Zentrums“-Leitung auf, über eine Selbstkritik nachzudenken. Wir verurteilen das „Kampagnen“-Gerade als demagogische Unterstellung.“ Dieser Text wurde mit 77 zu 27 Stimmen bei 12 Enthaltungen angenommen. Derselbe Text wurde auf einer bundesweiten KB-Delegierten-Konferenz (DK) am 9.9. mit 3/4-Mehrheit angenommen.

## Fraktion oder Spaltung?

Seit den „tollen Tagen“ hat die ZL-Gruppe ihr Vorgehen in einer Weise intensiviert, die derzeit nur noch die Frage offen läßt, ob man sich mit einer Fraktion begnügen wird oder ob man direkt auf Spaltung setzt.

Wie schon aus den genannten Abstimmungsergebnissen der Hamburger Anleiter/Delegiertenversammlung vom 5.9. und von der DK vom 9.9. hervorgeht, ist die Anhänger-schaft der ZL-Gruppe erheblich. Tatsächlich ist sie wohl sogar noch größer als diese Abstimmungsergebnisse es ausdrücken, da die ZL durch ihre Spaltungsdrohung eine Reihe von Genoss(innen) verprellt hat, die an sich mit dem Artikel-Paket der ZL stark sympathisieren. Eine Abspaltung der ZL-Gruppe, die auch 1/5 des LG und knapp 1/3 der ZRK einschließt, würde den KB mit Sicherheit noch weiter schwächen als dies durch die „Krise“ ohnehin schon der Fall ist. Allerdings wären die Folgen für den KB ebenso schädlich, wenn die ZL-Gruppe ihre bisherige Linie der Fraktions-macherei und Polarisierung innerhalb der Organisation weiter-treibt.

Inzwischen hat die ZL das LG (Mehrheit) über das Stattfinden zweier, wie sie es nennt, „Diskussionsrunden“, informiert, wozu gezielt Genoss(innen) eingeladen wurden, „die mit den Positionen der ZL ganz oder im wesentlichen übereinstimmen“. Dem LG (Mehrheit) wurden von der ZL die Teilnehmer-Listen dieser „Diskussionsrunden“ übergeben. Da diese Treffen aber nicht organisationsintern „öffentlich“ sind und da die LG-Mehrheit erst nachträglich über das Stattfinden dieser „Diskussionsrunden“ informiert wurde (und daran nicht teilnehmen konnte) scheint es uns richtiger, vom Beginn einer Fraktionsbildung zu sprechen. Auf dem ersten dieser Treffen herrschte laut Mitteilung der ZL an das LG (Mehrheit) „Übereinstimmung...“, daß die hier versammelten Genoss(innen) ... in Abhängigkeit vom weiteren Verlauf der aktuellen Auseinandersetzung über die Bildung einer Fraktion nachdenken würden.“ Zugleich wurde allerdings übereinstimmend bekundet (ebenda), „daß dies weder ein Geheimtreffen noch die Gründungssitzung einer Fraktion sein soll“.

An dieser ersten Diskussions-sitzung einer Fraktion sein soll“.

An dieser ersten „Diskussionsrunde“ am 2.9. beteiligten sich laut Teilnehmer-Liste der ZL 48 Genoss(innen). Die Teilnehmer-Liste zeigt deutlich die bisherigen Schwerpunkte der sich formierenden ZL-Fraktion: 8 Teilnehmer aus Hamburg-Eimsbüttel; 6 aus dem Chemie-Bereich Hamburg, 6 aus Göttingen, 5 aus Schleswig-Holstein, 3 von der AG Schwule, 3 aus Hamburg-Bergedorf.

Der Teilnehmerkreis der zweiten „Diskussionsrunde“ am 8.9. war ungefähr gleich groß. Allerdings fehlten diesmal die ZL-Gefährten von auswärts; dafür waren erstmals u.a. mehrere Genoss(innen) aus dem ÖTV-Bereich und aus Wedel beteiligt.

Während die Polarisierung derzeit sehr scharf, teilweise offen aggressiv ist, sind die politischen Grundlagen dieses sich abzeichnenden Bruchs nur schwer zu identifizieren. Bequeme Schemata („Hier die alten MLer, die uns jede Freude am Leben nehmen wollen – dort die Schläffies und Sumpfer“) haben überhaupt nicht hin. So finden sich beispielsweise bei der Mehrheit auch zahlreiche Frauen wieder, die in den letzten Monaten sehr engagiert gegen „feministische“ und Abschaff-Tendenzen in unserer Frauenarbeit angegangen sind. Umgekehrt engagieren sich für die ZL-Fraktion u.a. auch Frauen, die noch vor kurzer Zeit für eine „autonome Organisation“ (im Sinne der MC-Debatte) eintraten. Es findet sich bei der ZL-Anhängerschaft geschlossen die AG Schwule wieder, die gewiß nicht für Rigidität, Ausklammerung des „Persönlichen“ oder das „Ziehen schärferer Konturen“ gegenüber „kleinbürgerlichen Fehlströmungen“ verschrien ist.

Festzustellen ist – was leider nicht für die politische Reife des KB spricht, insofern von uns auch selbstkritisch zu bedenken ist –, daß die Polarisierung derzeit stark entlang persönlicher Bekanntschaften und Arbeitszusammenhänge abläuft, insbesondere was die Formierung der ZL-Fraktion angeht. Erst nach ihrem mißglückten Vorstoß mit der Spaltungsdrohung vom 22.8. hat die ZL-Gruppe, dann aber gleich in rasantem Tempo, damit begonnen, sich eine Rechtfertigungslogik für die von ihr provozierte Polarisierung zu schaffen. Indem ein maßloses Zerrbild von der Politik und den Absichten der LG-Mehrheit aufgebaut wird, schafft sich die ZL Gruppe ein Feind-

bild nach Maß, als dessen „leninistischer“ Widerpart sie nun zu erscheinen versucht.

## In der Geisterbahn

Betrachten wir die wesentlichen Vorwürfe, die heute von der ZL-Fraktion gegen die LG-Mehrheit vorgebracht werden. Wir beschränken uns dabei bewußt auf Stellungnahmen führender Vertreter dieser Gruppe in Artikeln oder auf offiziellen Versammlungen. Die zentralen Vorwürfe lauten:

- Die Mehrheit wolle die Krise nur „verwalten“.
- Die Mehrheit schüre „Angst vor der leninistischen Organisation“.
- Die Mehrheit schüre „Angst vor der ideologischen Auseinandersetzung“.
- Die Mehrheit propagiere den Verzicht auf ideologische Auseinandersetzung.
- Die Mehrheit sei der Meinung, daß ideologische Auseinandersetzungen im KB uns möglicherweise bei unseren Bündnispartnern schaden könnten.
- Die Mehrheit behaupte, daß man sich nicht mit dem Feminismus auseinandersetzen dürfe, da man sonst den Chauvinismus stärke.

Alles das, wohlgeachtet, wurde innerhalb von ein paar Tagen plötzlich entdeckt. Und eine Entdeckung wird immer tollkühner als die vorige. Da es für diesen Unfug keine Tatsachenevidenz gibt, werden die entsprechenden Vorwürfe gegen die LG-Mehrheit mit nackter Gewalt in beliebige Zitate hinein-„interpretiert“. Ohne die Illusion, gleich alle derzeit Schwebenden auf den Boden der Wirklichkeit zurückholen zu können, wollen wir hier auf einige der angesprochenen Themen näher eingehen, nämlich: Die Frage der leninistischen Organisation und des „Zweckbündnisses“; die Frage der ideologischen Auseinandersetzung; die Frage des Hineinstümpfens in fremde Bereiche; ideologische Auseinandersetzung und Bündnispolitik.

## Die Frage des „Zweckbündnisses“

### Die Frage des „Zweckbündnisses“

Daß die LG-Mehrheit „Angst vor der leninistischen Organisation“ schüre, geht auf folgendes Zitat zurück: „Man könnte sich, um die Extreme einmal zu benennen, auf den Standpunkt stellen, daß der KB nur ein Zweckbündnis sei, in dem allein die politische Leistung zählt und das private Verhalten völlig uninteressant ist. Schlägt einer z.B. Frau und Kind, so bliebe das seine Privatsache, solange er damit nicht die politische Arbeit des KB behindert.“ (Kt. im AK 160, S. 40, Hervorhebungen im Original!). Es wurde bei diesem Beispiel bewußt von einer Übertreibung ausgegangen, denn so „extrem“ geht es u.W. nicht einmal in den klassischen „ML“-Parteien zu. Wieso angeblich in diesem Zitat „Angst vor der leninistischen Organisation“ geschürt wird, bleibt unerklärlich. Das Zitat richtet sich nicht gegen den Zweckbündnis-Charakter als einen Aspekt der revolutionären Organisation, sondern eindeutig nur gegen dessen Verabsolutierung. Nun schreibt aber die ZL selbst, daß auch ihrer Meinung nach die kommunistische Organisation nicht „bloßes Zweckbündnis“ sei, sondern auch „Keimform der neuen Gesellschaft“. (AK 160, S.36). Wozu dann aber das lächerliche Herumgeturne an dem Zitat von Kt.? (vgl. Artikel der ZL in AK 161, S.38).

Es besteht in der Frage der leninistischen Organisation und des Zweckbündnis-Charakters der Organisation (als ein Aspekt) grundsätzlich gar kein Widerspruch zwischen der Mehrheit und der Minderheit im LG. Allerdings würden wir die Einheit und Gleichberechtigung der Aspekte „Zweckbündnis“ und „Kampfgemeinschaft“ betonen, statt einseitig den Aspekt des „Zweckbündnisses“ als Hauptseite. Nicht zustimmen würden wir auch dem Automatismus, der sich in Äußerungen der ZL andeutet, „daß im Kampf gegen diese Gesellschaft auch die Entsolidarisierung zurückgeht“ (AK 161, S.37). Das geschieht keineswegs als „Nebenprodukt“ (ebenda) des politischen Kampfes, sondern nur dadurch, daß direkt der Kampf darum geführt wird. (Eben dies schildert übrigens auch der von der ZL angeführte Film „Salz der Erde“). Es ist schlichtweg eine Lüge, daß es in der „guten alten Zeit“ des KB weniger Entsolidarisierung gegeben hätte. Es hat „in der guten alten Zeit“ des KB beispielsweise Fälle gegeben, wo leitende Kader Genossinnen geschlagen haben – und diese sich geschämt haben, darüber überhaupt mit anderen zu sprechen. Es hat Fälle gegeben, wo schwule Genossen jahrelang ihre „Identität“ versteckt gehalten haben. Es hat in der „guten alten Zeit“ Horror-Diskussionen mit Genoss(innen) gegeben, weil diese ein Kind machen wollten...

Trotz anderslautender Märchen der ZL-Gruppe sind wir jedoch nicht der Meinung, daß die „Entsolidarisierung“ auf den zu starken „Zweckbündnis“-Charakter des KB zurückzuführen sei. Vielmehr meinen wir – und auch darin sind wir grundsätzlich mit der ZL einer Meinung – daß der „Zweckbündnis“-Aspekt im KB total unterentwickelt ist, ebenso wie der Aspekt der „Kampfgemeinschaft“ und der „Keimform der neuen Gesellschaft“. „Zweckbündnis“ heißt für uns: Absage an alle romantischen Politik-Vorstellungen; Absage an das Mißverständnis der politischen Arbeit als Hobby; optimaler Einsatz unserer Kräfte mit dem realen Ergebnis als zentralem Kriterium; Absage an die blinde Vergeudung von Kräften; Absage an das Sichbegnügen mit dem Pfusch; Absage an die Verhöhnung des Marxismus-Leninismus.

Unter den hier angesprochenen Gesichtspunkten, die selbstverständlich nicht mehr als einige Stichworte beinhalten, betrachten wir die betonte Berufung der ZL-Gruppe auf den „Zweckbündnis“-Aspekt als Hochstapelei. Sie haben es in der Tat, ganz und gar unzuverlässig, fertig gebracht, den KB in eine irrationale Polarisierung zu stürzen, die sich in der Realität noch nicht einmal auf faßbare politische Widersprüche grundsätzlicherer Natur beziehen kann; sie haben einen Kurs eingeschlagen, der entweder zu ihrer eigenen Abspaltung oder aber zum Abrücken zahlreicher Genoss(innen) vom KB führen muß; sie haben einen Riesenspektakel an Nebenwidersprüchen zahlreicher Genoss(innen) vom KB führen muß; sie haben einen Riesenspektakel an Nebenwidersprüchen unserer Arbeit („Grazuonen des Feminismus“) inszeniert, während auf weitaus wichtigeren Gebieten unserer Arbeit totale Ebbe herrscht (z.B. die gesamte Kongress-Diskussion, z.B. der trostlose Zustand unserer Nicht-Auseinandersetzung mit den verschiedenen Varianten des Sozialdemokratismus); sie haben eine Zitäten-Turnerei begonnen (vgl. beispielsweise auch die Vergewaltigung des Haupt- und Nebenwiderspruch-Zitats der AG Frauen durch die ZL im AK 161), mit der der Marxismus durch blanke Wortklauberi ersetzt wird; sie vertreten das Prinzip des Hineinstümpfens in fremde Bereiche, das – wenn es sich durchsetzen könnte – den KB in kürzester Zeit in ein Tollhaus verwandeln würde.

Nein, unter „Zweckbündnis“ verstehen wir doch etwas anderes! Es wird wohl sinnvoll sein, jetzt hauptsächlich entlang der Frage der leninistischen Organisation weiterzudiskutieren, statt noch krassere Blüten des oberflächlichen und überheblichen Herumkittelns an allen möglichen Arbeitsgebieten im KB (außer den eigenen) hervorzutreiben. Lenins „Ein Schritt vor und zwei zurück“ und „Was tun?“ bieten sich als Diskussions Einstieg an.

Die LG-Mehrheit propagiere den Verzicht auf den ideologischen Kampf, behauptet die ZL-Gruppe. Der tiefere Witz dieser Behauptung ist wohl nur für Insider verständlich. Es ist immerhin daran zu erinnern, daß von uns schon im AK 26 (März 73) festgestellt wurde: „Vor allem für die Presse-Arbeit des KB wirkt es sich negativ aus, daß der größere Teil der Organisation gegenüber ARBEITERKAMPF und UNSER WEG immer noch die Haltung des passiven Konsumenten einnimmt, der sich von den wenigen Genossen der Redaktion abfüttern läßt.“ („Schritt halten!“-Artikel). Im Artikel „Soweit ist es mit uns gekommen!“ (UW-extra Nr. 1) wurde diese Problematik von Kt. vor gut einem Jahr erneut aufgegriffen: „Die politisch-theoretischen Arbeiten und längerfristigen Einschätzungen werden im KB immer noch fast ausschließlich von einer unvorstellbar kleinen Zahl von Genossen geleistet... Was speziell die allgemeine politisch-theoretische Ar-

## Die Frage des ideologischen Kampfes

Die LG-Mehrheit propagiere den Verzicht auf den ideologischen Kampf, behauptet die ZL-Gruppe. Der tiefere Witz dieser Behauptung ist wohl nur für Insider verständlich. Es ist immerhin daran zu erinnern, daß von uns schon im AK 26 (März 73) festgestellt wurde: „Vor allem für die Presse-Arbeit des KB wirkt es sich negativ aus, daß der größere Teil der Organisation gegenüber ARBEITERKAMPF und UNSER WEG immer noch die Haltung des passiven Konsumenten einnimmt, der sich von den wenigen Genossen der Redaktion abfüttern läßt.“ („Schritt halten!“-Artikel). Im Artikel „Soweit ist es mit uns gekommen!“ (UW-extra Nr. 1) wurde diese Problematik von Kt. vor gut einem Jahr erneut aufgegriffen: „Die politisch-theoretischen Arbeiten und längerfristigen Einschätzungen werden im KB immer noch fast ausschließlich von einer unvorstellbar kleinen Zahl von Genossen geleistet... Was speziell die allgemeine politisch-theoretische Ar-

beit, also eigentlich die Festlegung der ‚Richtlinien‘ unserer Politik, angeht, so behaupte ich, daß wir in dieser Hinsicht heute sogar ärmer dran sind als in den Anfängen unserer Organisation: Eine Anzahl von Genossen, auf die sich diese Arbeit früher stützen konnte, ersticken heute derart in praktischen Anleitungstätigkeiten, daß sie kaum noch dazu kommen, z.B. mal einen grundlegenden Artikel für den AK zu schreiben“.

Auf dieser Grundlage kann bis heute der Streitpunkt überhaupt nicht sein, ob im KB die ideologische Auseinandersetzung geführt werden soll, sondern wie zu erreichen ist, daß die ideologische Auseinandersetzung geführt werden kann, und zwar selbstverständlich möglichst „breit“. Wir halten in diesem Sinne das Vorgehen der ZL-Gruppe für untauglich, unzuverlässig. Das und nichts anderes ist heute die Meinungsverschiedenheit. Wenn auch die ZL es anscheinend schon total aus ihrem Bewußtsein verdrängt hat: Ausgangspunkt des Streits war speziell die Polemik von Kl., Göttingen, im AK 156, daß „persönliche“ Artikel im AK nichts zu suchen hätten, oder daß es zumindest die Pflicht der AK-Redaktion wäre, solche Beiträge entsprechend zu „kommentieren“. In diesem ganz konkreten Zusammenhang ist von uns darauf hingewiesen worden, daß nach aller bisheriger Erfahrung ein solches Vorgehen nicht zur Belebung der ideologischen Auseinandersetzung führen würde. In diesem konkreten Zusammenhang fiel von uns auch das Stichwort „Totkommentieren“. Ein derartiges Vorgehen, wie teilweise (!) auch von der ZL-Gruppe vertreten, würde das Konsumenten-Verhalten im KB zementieren, statt schrittweise davon loszukommen. Es schadet der ideologischen Auseinandersetzung bzw. deren Entfaltung, wenn man sich – wie die ZL für ihren „Grazuonen“-Artikel – interne Protokolle und teilweise halbprivate Positions-Entwürfe zusammenholt, um sich dann in nächstem Einsatz die „unanständigsten Stellen“ herauszupicken und diese außerhalb aller realen, konkreten Zusammenhänge dem Leser als Horrormosaik zu präsentieren. Tatsächlich setzt sich die ZL in ihrem „Grazuonen“-Artikel (AK 160), entgegen ihrem eigenen Anspruch, keineswegs mit „feministischen Positionen“ im KB auseinander, sondern zählt diese bestenfalls auf. A u s e i n a n d e r s e t z u n g h i n g e h e n w ü r d e b e d e u t e n , s i c h m i t d e n k o n k r e t e n U m s t ä n d e n z u b e s c h ä f t i g e n , d i e i n d e n s e r v i e r t e n Z i t a t - S t ü c k e n k a u m k e n n t l i c h w e r d e n . B e i s p i e l s w e i s e : W e l c h e V o r g ä n g e i m S S B h a b e n d a z u g e f ü h r t , d a ß e i n i g e G e n o s s i n n e n z u r Ü b e r l e g u n g e i n e r „ a u t o n o m e n O r g a n i s a t i o n “ k a m e n ? W e l c h e V o r g ä n g e i n B r a u n s c h w e i g h a b e n z u d e n W i d e r s p r ü c h e n b e i d e r U n t e r s t ü t z u n g e i n e r s c h w a n g e r n G e n o s s i n g e f ü h r t ? M a n k a n n d i e „ G r a z u o n e n d e s F e m i n i s m u s “ n i c h t b e g r e i f e n , w e n n m a n d a b e i d e n C h a u v i n i s m u s a u s k l a m m e r t , e b e n s o w e n i g w i e m a n z . B . d i e G e s c h i c h t e d e s Z i o n i s m u s b e g r e i f e n k a n n , w e n n m a n d a b e i d e n A n t i s e m i t i s m u s a u s k l a m m e r t .

Wir haben im AK 161, S.37, bereits darauf hingewiesen, daß unserer Meinung nach der Schlüssel des Problems nach wie vor in der Hebung unserer Qualität liegt (Schulung, Einbeziehung von weit mehr Genoss(innen) in die politisch-theoretische Arbeit), nicht aber in Rufen nach „schärferen Konturen“. „Ideologische Schärfe“ o h n e Q u a l i t ä t p r o d u z i e r t g e r a d e w e g s d i e E r s c h e i n u n g e n , d i e j e t z t b e i d e r Z L - F r a k t i o n z u b e o b a c h t e n s i n d .

Die ZL macht auf dem Gebiet der ideologischen Auseinandersetzung unserer Meinung nach noch einen weiteren Fehler: Sie orientiert ihre eigene Arbeit nicht an den Schwerpunkten unserer Politik, sondern verstrickt sich immer tiefer in wenig fruchtbare Scharmützel auf Nebenschauplätzen, die zudem – da selbstverständlich Reaktionen folgen – in einer sehr ersten Situation der gesellschaftlichen Entwicklung (es sei nur an die Bundestagswahlen 1980 erinnert) den KB von seinen Hauptaufgaben wegorientieren. Es sei daran erinnert, daß die „Arbeitsgruppe des Zentrums“ ursprünglich gebildet wurde, um sich mit der „Kritik-Fraktion“ auseinanderzusetzen. Resultat waren zwei Artikel der „Arbeitsgruppe des Zentrums“ im

Fortsetzung nächste Seite



AK 156. Nach dieser ersten Runde stieg die ZL aus und überließ die Fortführung der Auseinandersetzung anderen, um sich arbeitsintensiv in ihr „Grazuonen“-Unternehmen hineinzuknien. Wir glauben nicht, daß Einsatz und Ergebnis dabei in vernünftiger Relation stehen. Wir haben daher der ZL dringend geraten, sich mehr auf wesentliche Fragen, z.B. der leninistischen Organisation zu konzentrieren. Wir haben der ZL außerdem vorgeschlagen, für den AK 163 einen gemeinsamen Artikel zu schreiben, dessen Zweck es vor allem sein soll, die realen Meinungsverschiedenheiten herauszuarbeiten. Das wurde von der ZL als „verfrüht“ abgelehnt.

Die Frage des Hineinstümpfens in fremde Bereiche

In „Gegen die Buchgläubigkeit“ schrieb Mao Tse-Tung: „WER EINE SACHE NICHT STUDIERT HAT, HAT KEIN RECHT MITZUREDEN. Hast du in irgendeiner Frage keine Untersuchung vorgenommen, dann verlierst du das Recht, darüber mitzureden. Ist das nicht zu barbarisch? Nein, keineswegs! Hast du nämlich den augenblicklichen Stand der Frage und ihre Geschichte nicht geprüft, dann weißt du nicht, worum es sich handelt, wirst du folglich, wenn du dich zu dieser Frage äußerst, unvermeidlich in den Tag hineinschwatzen. Bekanntlich löst man mit bloßer Fasel keine Fragen. Warum sollte es denn ungerecht sein, wenn dir in diesem Fall das Mitspracherecht entzogen wird?“

Glaubt man der ZL-Fraktion, so vertritt Mao hier die „Fehlströmung“ der Ressort-Borniertheit. Seitens der ZL-Fraktion wird nämlich nicht bloß das Recht, sondern geradezu die Pflicht zum „Eingreifen“ in fremde Bereiche propagiert. „Fehlströmungen“ in bestimmten Bereichen, so wird behauptet, mußten in Sache der ganzen Organisation sein. Nun ist gerade die Frauenpolitik im KB traditionell ein Opfer dieser Art von „gutgemeintem Interesse“. Womöglich noch unter Berufung auf die Parole „Die Frauenpolitik muß zur Sache der ganzen Organisation werden“, fühlten sich viele veranlaßt, sich ohne ausreichende Sachkenntnis einzumischen. Von diesen Einmischungen ist häufig ein Druck ausgegangen, der sektiererische Fehler in der Frauenpolitik entweder direkt veranlaßt oder zumindest gefördert hat. Gerade die Frauen sind und waren einem besonderen Rechtfertigungsdruck ausgesetzt.

Wie oberflächliches Vorgehen, z.B. auch von „Anleitern“ in Gebiete, von denen sie wenig verstehen, immer wieder und in jeder Hinsicht schädliche Folgen produziert, wurde bereits im Artikel „So weit ist es mit uns gekommen“ (UW-Extra Nr.1) dargestellt.

Mao Tse-tung hebt den Aspekt der Untersuchung und Sachkenntnis hervor. Das ist der springende Punkt unserer Kritik an der ZL-Fraktion. Daraus ergibt sich keineswegs ein Verbot, über den eigenen Tellerrand hinausblicken zu dürfen. Nur sollte das „Eingreifen“ in fremde Bereiche folgenden Prinzipien entsprechen:

1) Es soll nicht der Überheblichkeit und Konkurrenzmaske dienen. Beispielsweise gab es in Hamburg vor ein paar Jahren eine unschöne Episode, als ein Betriebsbereich einem anderen an Hand sehr oberflächlicher „Untersuchung“ vorwarf, er verfüge einen ökonomischen Kurs – was der kritisierte Bereich natürlich einige Zeit später mit einer entsprechenden Gegenkritik beantwortete. Es soll also unserer Meinung nach unbedingt die kritische Reflexion der eigenen Praxis im Vordergrund stehen, anstelle eines besserwisserischen Auftretens gegenüber fremden Bereichen.

2) Sachkenntnis und Bescheidenheit sollten in einem vernünftigen Verhältnis zueinander stehen. Ein Beispiel soll das veranschaulichen: Genosse x hat gelegentlich Kritik an der Arbeit (d.h. konkret den AK-Artikeln) der Kommission y, ohne aber ausreichend sachkundig zu sein. Nun bestünde eine Möglichkeit darin, diese Kritiken in einem Ordner zu sammeln und dann plötzlich mit einem langen Artikel loszuschlagen, in dem er der Kommission y vorwirft, sie vertrete eine „falsche Linie“ oder habe „den Kampf gegen den Revisionismus seit einem Jahr aufgegeben“. Ein solches Verfahren halten wir für falsch, da unsolidarisch

und negativ für das Klima im KB. Die Alternative bestünde darin, jeweils sofort seine Kritik zu Papier zu bringen, sich damit an die Kommission zu wenden und auf dieser Ebene die Auseinandersetzung zu führen. Sind die Widersprüche auf dieser Ebene nicht zu klären, so kann man sich dann immer noch über eine öffentliche Auseinandersetzung im AK verständigen.

Die Äußerungen, mit denen sich in letzter Zeit Genossinnen drastisch gegen überhebliche Einmischungsversuche gewendet haben (Tenor: „Wir gehen unseren Weg allein!“), verstehen wir genau in diesem konkreten Zusammenhang, und nicht etwa als generelles „Verbot“ männlicher Einmischung. Beispielsweise war ein Genosse der LG-Minderheit jahrelang ein gern gehörter Ratgeber der zentralen AG Frauen, auch mit kritischen Beiträgen. In dieser Zeit hat er sich allerdings nicht an Unternehmungen wie dem „Grazuonen“-Artikel beteiligt.

Über den notwendigen Zusammenhang von „Einmischung“ und Bemühen um Sachkenntnis (plus solidarischem und bescheidenem Vorgehen) redet die ZL-Fraktion derzeit gerne hinweg. Die Frauenpolitik des KB wird quasi als Tummelplatz für jedermann hingestellt, obwohl erfahrungsgemäß gerade dieser Bereich besonders empfindlich gegen das Auftreten von Elefanten im Porzellan-Laden ist.

Die Frage der ideologischen Auseinandersetzung nach außen

Im AK 161, S.37, schrieben wir: „Ebenso könnte es für die Politik des KB gegenüber demokratischen, antifaschistischen, feministischen, liberalen usw. Strömungen und Gruppierungen katastrophale Folgen haben, wenn die Parole von den ‚schärferen Konturen‘ losgelöst von ihrer konkreten Machbarkeit aufgestellt wird... Es geht ja nicht darum – da wird uns die ‚Zentrums‘-Leitung gewiß zustimmen – sich jetzt um jeden Preis irgendwelche grobschlächtigen Abgrenzungen gegen alles und jedes innerhalb und außerhalb des KB zusammenzustümpfen, sondern es geht darum, sich möglichst wissenschaftlich und gründlich mit den verschiedensten Erscheinungen und Prozessen in der Linken und in den fortschrittlichen Bewegungen auseinanderzusetzen...“

Im weiteren wird dann darauf eingegangen, daß derzeit das zentrale Problem hierbei im Mangel an verfügbaren Kräften liegt.

dem merwei im mangel an verfügbaren Kräften liegt.

Die ZL-Gruppe nun machte einen ganz erstaunlichen Gebrauch von diesem Teil unseres Artikels. Auf der Hamburger Anleiter/Delegierten-Versammlung am 5.9. zitierte eine Genossin der ZL-Gruppe lediglich den ersten Satz dieses Teils und begann dann ins Blaue hinein zu phantasieren: Damit sei wohl gemeint, daß die LG-Mehrheit von einer Verschärfung der ideologischen Auseinandersetzung im KB schädliche Rückwirkungen auf unsere Bündnispolitik befürchte. Außerdem sei wohl gemeint, daß die LG-Mehrheit aus Rücksicht auf unsere Bündnispolitik auch die Auseinandersetzung nach außen abschwächen wolle.

Von einem Vertreter der LG-Mehrheit wurde daraufhin auf den tatsächlichen Sinn und Zusammenhang des zitierten Satzes hingewiesen, der sich aus dem Artikel eindeutig ergibt. Die Geschichte hätte damit beendet sein müssen und dürfte dann gar nicht mehr von uns öffentlich erwähnt werden – wenn nicht trotzdem von der ZL-Fraktion unverdrossen die unsinnige „Interpretation“ des einen Satzes weiter verbreitet werden würde. Angesichts von solch Beharrlichkeit, uns in die liberalistische Ecke zu interpretieren, sind wir tatsächlich ratlos.

Die erwähnte Genossin der ZL-Gruppe selbst hat inzwischen einen Artikel geschrieben, in dem sie ihre damalige „Interpretation“ nicht mehr aufrechterhält, sondern richtig vom Sinn unserer Aussage ausgeht. Sie zweifelt diese aber an: „... Wenn damit ... angedeutet werden soll, daß diese Auseinandersetzung mit den verschiedensten Erscheinungen und Prozessen in der Linken (‚schärfere Konturen‘) eben deshalb nicht machbar sei, weil wir dies wegen der fehlenden Qualifikationen nicht schaffen können, dann halte ich das für falsch. Hier wird doch bewußt tiefgestapelt! Wie war es denn möglich, daß die AG Frauen vor 3 oder 2 Jahren (ich kann das im einzelnen nicht nachsehen, weil ich nicht in Hamburg bin) ihre hervorragenden Artikel zur ‚Schwarzen Botin‘, zum ‚Kleinen Unterschied‘ oder zu ‚Häutungen‘ geschrieben hat?“

Ähnlich wird die Frage ja auch von

der ZL gestellt, um ein Nachgeben der zentralen AG Frauen gegenüber dem Feminismus zu konstruieren. Die Beantwortung dieser Frage ist gut geeignet, das Dilemma der ideologischen Arbeit im KB zu veranschaulichen: In der guten alten Zeit, von der hier die Rede ist, arbeitete eine Genossin des LG (heute Mehrheit) fest in der AG Frauen mit, derzeit hingegen wegen anderer Belastungen nur am Rande. Außerdem arbeiteten zwei Genossen des LG mit der AG Frauen zusammen, der eine fest (heute Mehrheit), der andere gelegentlich beratend (heute Minderheit) – beide haben seit langem nicht mehr in die Frauenpolitik des KB eingegriffen, ebenfalls wegen anderer Belastungen. Hinzu kommt noch, daß die zentrale AG Frauen einer starken Fluktuation durch Abwanderung von Genossinnen in andere Bereiche ausgesetzt war. Da dies der ZL bekannt sein mußte, halten wir die Berufung auf die „gute alte Zeit“ für reichlich unseriös.

Unsere ideologische Schwäche, gemessen an den Aufgaben, ist ernsthaft nicht zu bestreiten. Das Wegbröckeln des KB in der ‚Krise‘ und das Hinzukommen praktischer Aufgaben in der Massenarbeit (Anti-AKW-Bewegung, Alternative Listen) haben das Dilemma forciert. Es ist beispielsweise bekannt, daß viele Kommissionen des KB in ersten Personal Schwierigkeiten stecken (über die Kommissionsarbeit erscheint ein Gesamtüberblick im nächsten AK). Es ist bekannt, daß unser Beitrag zur Auseinandersetzung mit den diversen

Formen und neuen Erscheinungen des Sozialdemokratismus ebenso wie zu allerlei ‚alternativen‘ Theorien nahezu gleich Null ist. Es ist bekannt, daß die Kongress-Diskussion (Antifa-Resolution, RGW-Resolution, Statuten-Diskussion) kaum „läuft“. Eben deshalb setzen wir nicht auf das Schüren von Augenblicks-Stimmungen und Strohfeuern, sondern auf eine zwangsläufig langfristige Hebung unserer Qualität für die ideologische Auseinandersetzung. Wir meinen, daß diese ideologische Auseinandersetzung sich vor allem auf die Schwerpunkte unserer Arbeit konzentrieren sollte – und die liegen sicher nicht in Polemiken um den „Rubinroten Dschungel“.

Zurück auf den Teppich!

Die ZL-Fraktion ist auf ihrem Wege, sich ein opportunistisch-liberalistisches Feindbild von der LG-Mehrheit zu schaffen, schon recht weit gegangen. Dieser Weg kann nur ins Phantastische, Surrealistische führen. Da wir andererseits derzeit keine Grundlage haben, die ZL-Fraktion tatsächlich sektiererischer Vorstellungen und Absichten zu verdächtigen (obwohl solche Tendenzen bei manchen sicher vorhanden sind), fordern wir dringend auf, den Konflikt nicht noch weiter zu eskalieren, sondern gemeinsam die real vorhandenen Widersprüche festzustellen und über diese – und nicht über Phantasereien – zu streiten.

LG (Mehrheit = 80 %)



Richtigstellung

In AK 161 hat sich in unserem Artikel „Entsolidarisierung und Verantwortung in der Chefetage“ (S.45) ein „teuflicher“ Druckfehler eingeschlichen. In der dritten Spalte, 2.Absatz muß es richtig heißen: „... daß subline Formen von Frauenunterdrückung nach wie vor breit im KB existieren (Entsolidarisierung), sollte dieses

Problem auch zuendegedacht und in Sachen Feminismus mitbedacht werden“ (nicht: „mitgemacht“).

Wir bitten um Abdruck, da dieser Punkt u.a. schon auf der letzten DK von einem ZL-Genossen „dankbar“ kritisiert worden ist.

Ma., KB Gruppe Flensburg

Auf Safari durch den Rubinroten Dschungel

Das für diesen AK angekündigte gemeinsame Arbeitsprojekt von Genoss(innen) der AG Frauen und des LG (Mehrheit) über den „Krisenliteratur“-Artikel der ZL (AK 160) hat sich verzögert, da die beteiligten Genossen selbstverständlich die betreffenden Bücher vorher lesen müssen. Im nächsten AK soll es dann soweit sein.

Männer gesucht!

„Wacht auf, Verdammte dieser Erde!...“ Mit den Artikeln der Zentrumsleitung im AK 160 ist ein wichtiges Signal gesetzt worden, um den KB auf den Weg des Leninismus zurückzuführen. Mit gleichgesinnten Genossen möchte ich deshalb eine AG Männer aufbauen, um zu dieser Entwicklung einen positiven Beitrag zu leisten.

Ich verstehe diesen Aufruf als Ausdruck meiner Selbstkritik und einer beabsichtigten Wiedergutmachung: Schließlich sind nicht zuletzt wir dafür verantwortlich, daß viele Genossinnen in den letzten Jahren weit über das Ziel hinausgeschossen sind. Unsere Aufgabe wäre es gewesen, hier schon viel früher deutlich gegenzupowern. Dabei geht es mir selbstverständlich nicht um ein „Roll Back“ des „Chauvinismus“. Ganz im Gegenteil, der Kampf für die Emanzipation der Genossinnen gehört selbstverständlich zu meinem unverzichtbaren Rüstzeug. Nur glaube ich, daß wir mit unserer bisherigen Zurückhaltung in Sachen Frauenpolitik gerade den Genossinnen einen ganz schlechten Dienst erwiesen haben.

Gerade die wirklich revolutionären Genossinnen warten im Grunde doch auf unsere Hinweise, die selbstverständlich nicht anders als zutiefst solidarisch zu verstehen sind. Daß ich von Frauenpolitik gar keine Ahnung habe, ist mir dabei selbstverständlich bewußt – aber entbindet mich das von meiner besonderen Verantwortung? Im Gegenteil, möchte ich heute behaupten! Die Genossinnen haben von uns zu Recht gefordert, die Frauenpolitik zur Aufgabe der gesamten Organisation zu machen, und wir haben kein Recht, uns hinter unserer Inkompetenz zu verschansen.

Eine zentrale Voraussetzung scheint mir dabei die Wiederherstellung des männlichen Selbstbewußtseins und die Wiederfindung der männlichen Identität zu sein. Im Rahmen einer AG Männer möchte ich deshalb (selbst)kritisch wiederaufzurollen, in denen in den letzten Jahren Genossen ungerechtfertigt dem Vorwurf des „Chauvinismus“ ausgesetzt waren. In den letzten Jahren ist doch ein inflationärer Gebrauch dieses Wortes eingerissen, ebenso wie von Worten

wie „Knittel“, „Ratte“, „Schwanzficker“ usw. Dabei ist doch deutlich zu beobachten, daß dank unserer gewachsenen Sensibilität die offene Frauenunterdrückung im KB fast völlig verschwunden ist. Im Gegenteil: Mehr und mehr ist heute im KB die Unterdrückung des Mannes durch unerträgliche Verbalinjurien, Spottlieder, Karikaturen usw. zur Hauptseite dieses Widerspruchs im Volke geworden. Hier organisiert gegenzu-powern liegt meiner Meinung nach gerade auch im wohlverstandenen Interesse unserer ehrlichen Genossinnen, die unserer ideologischen Hilfe bedürfen, um sich aus den Grauzonen des Feminismus zu lösen. Mehrere Genossinnen, die zum Teil seit 1975 in der Frauenpolitik aktiv sind, haben mir dies ausdrücklich bestätigt. Einige wollen mit der von mir geplanten Männergruppe eng zusammenarbeiten. Frauen und Männer gemeinsam sind stark!

Wer in der AG Männer mitarbeiten will, erreicht mich über die AK-Redaktion. Stichwort „Wiedergutmachung“.





# Zwei Wege der Krisenbewältigung

In ihren Artikeln „Krise, Utopismus und Entsolidarisierung“ und „Angst ist ein schlechter Ratgeber“ sowie den innerorganisatorischen Erklärungen hat die ‚Zentrumsleitung‘ unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß sie den bisherigen Weg der Krisendiskussion verlassen will. Der LG-Mehrheit wird vorgeworfen, sie „verwalte“ die Krise nur und lasse unter der Parole „macht das Private öffentlich“ die „Aufweichung“ der Organisation zu. Sie selbst schlagen dagegen – kurz zusammengefaßt – vor: Herbeiführung „schärferer Konturen“, Bekämpfung und Zurückdrängung der „Entsolidarisierung“ als einer wesentlichen Erscheinungsform der Krise, sowie „Verschärfung des ideologischen Kampfes“ gegen verschiedene kleinbürgerliche Erscheinungsformen wie den Utopismus, Ultrademokratismus, Liberalismus und Feminismus. In der Erklärung der LG-Mehrheit in AK 161 ist schon dargelegt worden, daß es sich hierbei um den voluntaristischen Ansatz handelt, an bestimmten Erscheinungsformen herumzudoktern, ohne den Kern der Krise auch nur anzusprechen. Interessant ist in diesem Zusammenhang vielleicht, daß die Mitglieder der ZL heute nicht mehr von einem Weg aus der Krise sprechen, sondern lediglich versprechen, „die Organisation durch die Krise zu führen“. Damit haben sie, wie es scheint, schon den Anspruch auf einen grundsätzlichen Lernprozeß der Organisation beim Weg durch die Krise aufgegeben. Wenn also überhaupt von „Verwaltung“ der Krise gesprochen werden soll, wäre es für diesen Weg weit angebracht.

Um den jetzt eingeschlagenen Weg „theoretisch“ begründen zu können, müssen die Genossen der ‚Zentrumsleitung‘ wesentliche Erkenntnisse der bisherigen Krisendiskussion verleugnen. Dies geht ihnen nicht allein so, sondern ist ein Ausdruck der Ungeduld, die die jetzt einjährige Krisendiskussion mit sich gebracht hat. Gerade deshalb ist es jedoch außerordentlich wichtig, sich dies auch heute wieder in Erinnerung zu rufen.

**Nicht die Utopie, sondern der Mangel an Utopie ist unser Problem**

**Nicht die Utopie, sondern der Mangel an Utopie ist unser Problem**

In ihrem Artikel bescheinigt die ‚Zentrumsleitung‘ dem KB ein „beängstigendes Anwachsen utopistischer Vorstellungen“. Gemeint ist hierbei einmal die Abkürzung des revolutionären Prozesses, zum anderen die von vielen Genoss(inn)en aufgeworfene Frage nach der Veränderung des Menschen innerhalb des revolutionären Prozesses und der Beziehungen innerhalb einer kommunistischen Organisation, eben die Frage nach der kommunistischen Organisation als „Keimform der neuen Gesellschaft“.

Für die ZL nimmt dies, wie gesagt, „beängstigende Formen“ an, woraus sie dann so weitreichende Schlüsse zieht, daß bei einem Nachgeben gegenüber diesen Forderungen der KB als revolutionäre kommunistische Organisation auf dem Spiel stehe.

Bei genauerer Sicht der Dinge stellt sich jedoch heraus, daß mit dem ‚Utopismus‘ ein absoluter Pappkamerad aufgebaut worden ist. Utopie ist der ‚Glaube‘ und die Hoffnung an die grundsätzliche Veränderung der Gesellschaft, für Kommunisten speziell der ‚Glaube‘ an die klassenlose Gesellschaft, für jeden ‚normalen‘ Menschen der Traum von einer ‚menschlichen Gesellschaft‘. Die Wege zur Verwirklichung können dabei ganz verschiedene sein, in der Regel zeichnen sich Utopisten heute jedoch durch Reformismus aus, da sie den Weg ohne (gewaltsame) Revolution propagieren.

Im KB kann gegenwärtig jedoch von solcherart utopistischen Überzeugungen kaum die Rede sein.

Wie schon oftmals in Beiträgen zur Krisen-debatte ausgeführt, ist ein wesentliches Kennzeichen der gegenwärtigen Situation, daß der antiautoritäre Enthusiasmus der Linken einer allmählichen Ernüchterung und Resignation gewichen ist. Waren es anfangs die Gedanken an einen schnellen Erfolg im Kampf gegen das kapitalistische System, die die Linke beherrschten, sind es heute vor allem die Zweifel, ob es überhaupt möglich ist, diesen Kampf erfolgreich zu beenden.

Verrückterweise dominierten gerade in einer Zeit der ständigen Rechtentwicklung die übersteigerten Hoffnungen das Feld. Auch wenn der KB diesen Illusionen immer ent-

gegengetreten ist, so spiegeln doch viele Beiträge zur Krise wider, daß diese Gedanken auch bei uns Fuß gefaßt hatten. Heute hat sich dieses Verhalten gerade ins Gegenteil verkehrt. Selbst sichtbare Erfolge der demokratischen (und auch der kommunistischen) Bewegung (z.B. Anti-AKW-Bewegung, bunte/alternative Listen, antifaschistischer Kampf) vermögen es nicht mehr, dieser resignativen Stimmung Einhalt zu gebieten. Heute stehen wir vor der Situation, daß weite Teile der Linken, insbesondere der radikalen und revolutionären, den ‚Glauben‘ an ein Stoppen der Faschisierung verloren haben und sich in dieser ‚kalten BRD‘ einrichten oder an Emigration denken.

Hinzu kommen die konkreten Erfahrungen mit dem realen Sozialismus, sowohl in der UdSSR als auch in der VR China, die grundsätzliche Zweifel in den Sozialismus als ‚menschlichere‘ Gesellschaftsform aufkommen lassen. Während die Krise der kommunistischen Bewegung Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre durch die Entwicklung der VR China durchbrochen werden konnte, gerade weil die KP Chinas mit der Kulturrevolution einen konkreten Weg aufgezeigt hat, wie der scheinbar zwangsläufige Entwicklungsprozeß zum Revisionismus umgekehrt werden kann, steht die Linke jetzt auch vor dem Scheitern dieses Versuchs.

Als letzter Aspekt sei hier die besondere Ausgangslage der westdeutschen Linken genannt. In der Neuen Linken hatten sich weitreichende Vorstellungen entwickelt, die konkreten menschlichen Beziehungen ‚hier und heute‘ zu ändern. Hierfür stehen die Beispiele des Angriffs auf die spießige Familie, neue Formen und Inhalte der Kindererziehung, neue Formen des Zusammenlebens usw. Einer der wichtigsten Ansätze in dieser Richtung war die Frauenbewegung. Auch in der Geschichte des KB hat das Aufgreifen der Frauenfrage in dieser Hinsicht einen radikalen Einschnitt gebracht. War bis dahin der Persönlichkeitsbereich der Genoss(inn)en weitgehend tabu, stellten jetzt vor allem die Frauen Anforderungen nach weitgehenden Veränderungen der bürgerlichen Verhaltensweisen. Wesentliches Merkmal all dieser Überlegungen – bei allem Idealismus –

allein die Frauenanforderungen nach weitgehenden Veränderungen der bürgerlichen Verhaltensweisen. Wesentliches Merkmal all dieser Überlegungen – bei allem Idealismus – war, daß auf diesem Weg gesellschaftliche Veränderungen herbeigeführt werden sollten. Heute sind auch in dieser Hinsicht die Hoffnungen zerstört worden. Ganz krasser Ausdruck dieser Richtung ist die Tendenz vieler Linker, diese Veränderung nicht mehr gesellschaftlich anzustreben, sondern in Kleinkollektiven auf dem Land zu vollziehen.

Ein wesentlicher Aspekt in dieser Richtung scheint mir auch das Aufkommen des Neochauvinismus zu sein. Hatten die linken Männer anfangs den Emanzipationsbestrebungen noch ‚wohlwollend‘ zugehört, weil sie durchaus mit den eigenen allgemeinen Hoffnungen übereinstimmten, ist inzwischen der Punkt erreicht, an dem die Forderungen der Frauen als zu weitgehend angesehen werden. Dies liegt nicht an dem ‚bösen Willen‘, der sich plötzlich eingeschlichen hätte, sondern hauptsächlich an der Entpolitisierung, die die Rückkehr zu alten Verhältnissen herbeigeführt hat.

All dies spricht eben nicht dafür, daß es innerhalb des KB „beängstigende“ utopische Vorstellungen gibt. Vielmehr haben wir es mit massiven resignativen Strömungen zu tun. Das schwierigste Problem hierbei ist, daß den Mitgliedern des KB weitgehend die Überzeugung in die Veränderbarkeit aller Ebenen des gesellschaftlichen Lebens abhanden gekommen ist. Insofern ist es auch blanker Unsinn, von einer perversen Paarung Utopismus und Verweigerung zu sprechen. Die Verweigerung der politischen Aufgaben ist gerade ein Ausdruck der mangelnden Vorstellungen von möglichen Veränderungen und nicht das Setzen auf zu hoch gesteckte Erwartungen.

**Wir müssen an die Grundlagen gehen**

Rückblickend müssen wir feststellen, daß für eine große Anzahl von Genoss(inn)en die vergangenen Jahre nach dem Prinzip Hoffnung abgelaufen sind. Ihre Politik ist in einem erschreckenden Maße vom tagespolitischen Geschehen diktiert worden, während der Blick für die Grundlagen kommunistischer Politik verstellt wurde. Während auf der einen Seite

enorme Anstrengungen unternommen wurden, die laufenden Kampagnen zu organisieren, ist bis heute vielen Genoss(inn)en das ABC kommunistischer Denk- und Arbeitsweisen unbekannt. Schon in einem der ersten Krisenbeiträge („Soweit ist es mit uns gekommen“) ist darauf hingewiesen worden, daß zu uns viele Genoss(inn)en gestoßen sind, die zwar mit den politischen Aussagen des KB zu den tagespolitischen Aufgaben übereinstimmen, jedoch von einer Vereinheitlichung auf kommunistischer Grundlage weit entfernt sind. Es ist weiterhin auf den engen Zusammenhang zwischen der mangelnden Überzeugung in unsere kommunistische Politik und den weitverbreiteten resignativen Strömungen hingewiesen worden.

Eine wesentliche Erkenntnis der bisherigen Krisen-debatte ist, daß es die objektiven Bedingungen sind, die die Krise ausgelöst haben und die auf alle Genoss(inn)en als Teil dieser Gesellschaft wirken.

Insofern sind diese objektiven Bedingungen auch Ursache der Krise. Da wir an diesen objektiven Bedingungen nichts ändern können, liegt es allein in unserer Macht, die Auswirkungen dieser Kräfte zu verändern. Das entscheidende Moment ist hierfür das ‚bewußte Element‘, d.h. die Hebung des Bewußtseins aller Mitglieder der Organisation über die Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Prozesse, der Notwendigkeit des Sozialismus, der unbedingten Möglichkeit von Veränderungen aller gesellschaftlichen Verhältnisse. Gerade dieses Moment hat Lenin entwickelt, als er von den Kommunisten als ‚bewußtem Vortrupp‘ der Arbeiterklasse sprach. Die ‚spontane Arbeiterbewegung‘ paßt sich jeweils dem objektiven Auf und Ab des Kapitalismus an, also das, was Lenin ‚trade-unionistisches‘ Bewußtsein nannte. Nur mit der Schaffung eines Bewußtseins, das sich mehr und mehr diesem Auf und Ab entzieht und bewußt in die Geschichte eingreift, können letztlich die Voraussetzungen für den Sturz des Kapitals geschaffen werden.

Gerade weil wir diesen Mangel an Bewußtheit und Überzeugung als zentralen Aspekt der Organisation erkannt hatten, liefen die wesentlichen Vorschläge auf die Verstärkung der Schulungsarbeit und der theoretischen Arbeit hinaus.

Diese bisher gemeinsame Ansicht kann nicht, wie es manchmal heißt, Vorschläge auf die Verstärkung der Schulungsarbeit und der theoretischen Arbeit hinaus. Diese bisher gemeinsame Ansicht teilt heute die ZL anscheinend nicht mehr. Sie will vielmehr der Krise mit Kampagnen gegen bestimmte Erscheinungsformen wie der Entsolidarisierung zu Leibe rücken. Sie will im KB wieder die revolutionäre Disziplin und Moral einführen. Dagegen hat sicherlich niemand etwas, der/dem es weiterhin um eine kommunistische Organisation geht. Jedoch muß die Frage beantwortet werden, auf welcher Grundlage die ZL diese Disziplin durchsetzen will.

Es gehört zu den ‚traditionellen‘ Erkenntnissen des KB, daß revolutionäre Disziplin sich nur bei grundsätzlicher Überzeugung in die Ziele unserer Organisation herstellen läßt. Unzweifelhaft ist es heute so, daß der KB weit entfernt von kommunistischen Arbeitsprinzipien ist. Zurückgewinnen können wir diese jedoch nur, wenn wir die Überzeugung dafür schaffen. Hierüber verliert die ZL kein Wort.

**Der Utopismus im Persönlichen und wie müssen wir mit ihm umgehen?**

Neben dem allgemeinen Utopismus (Abkürzung des Wegs zu den Fernzielen) greift die ‚Zentrumsleitung‘ vor allem die Forderungen aus der Organisation nach Veränderungen im sog. Persönlichkeitsbereich an. Besonderer Dorn im Auge ist ihnen dabei wiederum die Parole „Macht das Private öffentlich“.

Sie zitieren hierbei Genoss(inn)en, die die Frage aufwerfen, wie wir jemals den Sozialismus erreichen/aufbauen können, wenn wir nicht ‚hier und heute‘ Veränderungen im eigenen Verhalten herbeiführen. Als Beispiele für utopistische Vorstellungen bringen sie die Forderung nach 53% Frauen in anleitenden Gremien, die Aufhebung von Kopf- und Handarbeit, das rotierende Anleiterprinzip (als Ausdruck der allseitigen Qualifikation der Genoss(inn)en).

Zu all diesen Forderungen sagen sie selbst, daß dagegen „im Prinzip... nichts Sinnvolles einzuwenden“ ist, um dann jedoch zu der Schlussfolgerung zu kommen: „Allerdings können diese Forderungen ‚jetzt und sofort‘ und ‚hier und heute‘ im Rahmen des KB nicht eingelöst werden, ohne daß wir unseren Charakter als

revolutionäre kommunistische Organisation aufgeben würden“. Dies und die Orientierung auf das ‚Machbare‘ ist die einzige Antwort, die sie den Genoss(inn)en zu geben vermögen. An keiner Stelle findet man einen Hinweis darauf, wie diese utopischen Forderungen konkret anzugehen sind, was davon heute ‚machbar‘ ist, welche Veränderungen sich die ZL selbst vorstellen kann. Wenn diese Linie für den KB verbindlich werden würde, hieße dies, ihn zum Stillstand zu verurteilen.

Mit der Beschränkung der eigenen Vorstellungen auf das ‚Machbare‘ ist innerhalb der revolutionären Bewegung enorm viel Schindluder getrieben worden. Krasses Beispiel hierfür ist der Gang der Sozialdemokratie, die unter dieser Parole zum Verteidiger des kapitalistischen Systems geworden ist. In der jüngeren kommunistischen Bewegung sind unter dieser Parole weitgehend die Antworten auf die Frauenfrage, die Behandlung des persönlichen und privaten Bereichs als politische Probleme verweigert worden.

Nun stehen wir jedoch heute mehr als jemals in der Geschichte vor dem Problem, daß alle Hoffnungen der Menschen auf den Sozialismus als ‚menschliches Gesellschaftssystem‘ betrogen worden sind. Berechtigterweise fragen uns natürlich diejenigen, die mit uns gemeinsam gegen das kapitalistische System kämpfen, welche Vorstellungen wir vom Sozialismus haben und wie diese sich ‚hier und heute‘ in unserer Politik ausdrücken. Man kann es diesen Menschen gar nicht mal übel nehmen, daß sie sich dabei nicht mit Hinweisen auf später, den ‚Hauptwiderspruch‘ usw. abspeisen lassen, da leider fast alle Erfahrungen dagegen sprechen, daß diese Versprechungen eingehalten werden. Innerhalb der Organisation sind diese Fragen natürlich gerade dann verstärkt aufgetreten, als die Überzeugung in die Richtigkeit der KB-Politik nachgelassen hat. Hier einen Weg zu gehen, der die Antworten verweigert und die Genoss(inn)en auf das ‚Machbare‘ zu verfrachten, würde unsere Überzeugungsfähigkeit als kommunistische Organisation zerstören.

In der Geschichte des KB haben wir diese Fragen grundsätzlich anders angepackt. Als erste kommunistische Organisation haben wir die Frauenfrage aufgegriffen und zwar nicht nur, wie auch von Sozialdemokraten, Revisionisten und MLern zugestanden, indem wir den Kampf der Frauen gegen das Kapital propagiert, sondern indem wir den Kampf gegen die besondere Unterdrückung der Frauen durch die Männer als einen wesentlichen Bestandteil der Emanzipation aufgegriffen haben.

Aber auch die Emanzipation der Frau ist innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft eine Utopie. Niemals haben wir deshalb die Behauptung aufgestellt, die Emanzipation sei ‚hier und heute‘ zu verwirklichen. Wir haben jedoch Schritte angegeben, wie ‚hier und heute‘ konkrete Veränderungen herbeizuführen sind. Dieser Kampf stand zu einem wesentlichen Teil unter der Parole „Macht das Private öffentlich“, gerade weil sich die krassensten Formen der Unterdrückung der Frauen nicht auf den ‚offiziellen‘ Terminen zeigen, sondern im sogenannten Persönlichkeits- und Privatbereich.

Noch ein Beispiel zur Umsetzung utopischer Vorstellungen im KB. Aus der Betrachtung der Entwicklung der revisionistischen KPs haben wir für den KB die Leitlinie „Den eigenen Kopf gebrauchen“ ausgegeben, weil wir in dem Kadavergehorsam dieser Organisationen eine wesentliche Grundlage für die Durchsetzung des Revisionismus sehen. Nun haben wir uns jedoch niemals Illusionen dahingehend gemacht, daß dies vollständig durchzusetzen und zu verwirklichen ist. Dagegen spricht, daß jeder Genosse haufenweise bürgerliche und kleinbürgerliche Mentalität in die Organisation schleppt, und diese tagtäglich durch die gesellschaftlichen Verhältnisse neu geprägt wird. Wir haben diese Parole jedoch als Aufgabe zur Veränderung begriffen. Konkret hat sich dies darin ausgedrückt, daß innerhalb des KB sehr viel Wert darauf gelegt wurde, daß möglichst viele Genoss(inn)en in die theoretische Arbeit, in die Erarbeitung unserer Positionen einbezogen werden sollten. Heute müssen wir sagen, daß wir längst nicht genug in dieser Richtung gearbeitet haben.

Utopien dürfen für uns zu keinem Zeitpunkt nur Träume sein, sondern die Aufforderung, konkrete Möglichkeiten zu erarbeiten, wie sie zu erreichen sind bzw. wie unter den Bedingungen des Kapitalismus Veränderungen in dieser Richtung möglich sind. In diesem Sinne müssen wir

auch die in der Krisendiskussion aufgetretenen Fragen nach den Veränderungen im Persönlichkeits- und Privatbereich und den Verhältnissen in der Organisation aufgreifen.

**Abkehr vom Klassenkampf und ideologischer Kampf**

Die ZL beschreibt als wesentliche Erscheinungsformen der Krise den Utopismus, die Entsolidarisierung, die Tendenz vieler Genoss(inn)en, die politische Arbeit nur noch nach dem persönlichen ‚Wohlbefinden‘ zu beurteilen. Damit hat sie zweifelsohne Recht. Insgesamt konstatiert sie „übersteigerte Anforderungen“ an die Organisation, die von dieser nicht eingelöst werden können. Wenn man sich jedoch die Krisenbeiträge genauer ansieht, kann man schnell feststellen, daß dies weniger auf die Anforderungen selbst zutrifft (nach solidarischen Beziehungen usw.), sondern sich fast ausschließlich darauf beschränkt, daß diese Anforderungen an die Organisation per se gestellt werden. Hier zeigt sich das gleiche Nörgelertum und die gleiche Konsumentenhaltung wie auch in anderen politischen Fragen. Es werden solidarische Beziehungen, Veränderung des Menschen usw. verlangt. Für das jeweilige Nichtbestehen wird fast generell „die“ Organisation verantwortlich gemacht, ohne daß konkrete Anforderungen und Wege aufgezeigt werden, ohne den eigenen Anteil deutlich zu machen. Wenn solche Genoss(inn)en den KB verlassen, liegt dies weniger an den zu hohen Ansprüchen, sondern vielmehr an der Erwartungshaltung, von anderen (eben von der Organisation) die gebratenen Tauben serviert zu bekommen. So bleibt die Forderung nach Veränderung auf der gleichen Ebene wie die Anforderung, von der Organisation und von der Leitung „qualifiziert“ zu werden. Diese Haltung ist tatsächlich eine konkrete Gefahr für die Organisation, weil die gestellten Erwartungen so niemals erfüllt werden können, der Sündenbock jedoch in der Organisation gesucht wird.

Gegen diese Erwartungshaltung anzukämpfen, muß eine Form des ideologischen Kampfes in der Organisation sein. In dieser Auseinandersetzung müssen wir verankern, daß keine Veränderung ohne Angabe von konkreten Schritten und ohne ideologischen Kampf in der Organisation sein. In dieser Auseinandersetzung müssen wir verankern, daß keine Veränderung ohne Angabe von konkreten Schritten und ohne Kampf möglich ist.

Eine weitere schädliche Strömung ist, die Veränderung des Persönlichkeits- und Privatbereichs und der Verhältnisse in der Organisation unabhängig vom Klassenkampf zu sehen. Die mangelnde Überzeugung von gesellschaftlichen Veränderungen läßt dabei vielfach die Vorstellung aufkommen, es müsse vor allem an der Veränderung der Organisation und des Menschen gearbeitet werden. Konkret ist auch dies ein Ausdruck der resignativen Tendenzen, denn an Stelle der gesellschaftlichen Veränderungen soll sich mit Veränderungen ‚im Kleinen‘ begnügt werden.

Grundsätzlich läuft dies jedoch auf die sozialdemokratische Ideologie hinaus, die Gesellschaft über die Veränderung, Umerziehung der Menschen zu ändern. Zu jeder Zeit haben die Kommunisten dagegen die grundsätzliche marxistische Erkenntnis gesetzt, daß das Sein das Bewußtsein bestimmt und nicht umgekehrt.

D.h. jede Veränderung in diesem System ist relativ, kann im nächsten Moment schon in ihr Gegenteil umkippen, weil die Wirklichkeit der kapitalistischen Gesellschaft immer wieder zerstörend einwirkt. In diesem Sinne ist es unmöglich, im Kapitalismus ‚sozialistische Menschentypen‘ zu erziehen, ist es unmöglich, durch Schaffung ‚sozialistischer Gemeinschaften‘ den Kapitalismus zu stürzen.

Diese Erkenntnis muß dazu führen, alle Veränderungen des Bewußtseins der Menschen unter dem Aspekt der Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu sehen. Krass gesagt: der KB ist kein Sammelbecken für Menschen, die in erster Linie ihre persönliche Emanzipation im Auge haben, sondern eine Organisation, in der sich Menschen vereinigen, die mit der eigenen Emanzipation von dieser Gesellschaft die kollektive Befreiung betreiben wollen.

Andererseits ist jedoch keine kommunistische Organisation ohne die individuelle Emanzipation ihrer Mitglieder von der herrschenden bürgerlichen Ideologie denkbar. Die kommunistische Organisation muß gerade diejenigen vereinigen, die sich weitgehend von den bürgerlichen



Vorstellungen befreien können, um be wußt in den Klassenkampf eingreifen zu können.

In dieser Richtung wird m.E. der Schwerpunkt der ideologischen Überzeugungsarbeit zu leisten sein. Diese ideologische Auseinandersetzung kann jedoch nur dann stattfinden, wenn wir alle Aspekte der Entwicklung der Mitglieder des KB einbeziehen und wenn wir gerade den Bereich der Persönlichkeit mit einbeziehen, da hier die bürgerlichen Erscheinungen am krassen zum Ausdruck kommen.

Voraussetzung für eine solche Diskussion ist jedoch zweierlei: 1. Daß über diese Probleme frei diskutiert werden kann, d.h. daß wir auch alle „Unrat“, der mit Sicherheit hochgeschwemmt werden wird, „akzeptieren“ müssen. 2. Daß sich alle Beteiligten einer offenen Diskussion stellen. Wenn die Forderung nach stärkerer Einbeziehung des Persönlichen gestellt wird, muß auch die Bereitschaft bestehen, Kritik einzustecken und das eigene Verhalten zu ändern.

Ohne entsprechende „Veränderungen“ muß jede Kampagne gegen die Entsolidarisierung im krassen Sektierertum enden. Wenn die ZL den gleichen Genoss(innen), denen sie heute pauschal bürgerliches Verhalten vorwirft, revolutionäre Disziplin und Moral einpauken will, ohne die Hauptprobleme des KB anzusprechen, kann es nur zu einer Umstülpung der jetzigen Verhältnisse kommen. Statt Liberalismus und Ultrademokratismus würde es dann blinden Gehorsam geben, statt Überbetonung des Persönlichen wiederum die weitgehende Tabuisierung. Auch ohne der ZL vorzuwerfen, diesen Weg bewußt zu gehen, wissen natürlich auch sie, daß dies eine durchaus

typische andere Erscheinungsform einer Organisation ist, in der es an Überzeugung über die Ziele mangelt.

### Die Krise läßt sich nicht verleugnen

Die einjährige Krise veranlaßt eine Reihe von Genoss(innen), die Überlegungen vor allem in die Richtung zu lenken, wie wenigstens die Erscheinungsformen zu beheben sind. Die ZL bietet sich in diesem Sinne dem vermeintlich „harten Kern“ an. Es ist jedoch nur die Kehrseite der anderen Auffassung, die den frustigen Klassenkampf aufgeben möchte, um im KB solidarische Beziehungen zu pflegen. Jedoch, die Krise läßt sich nicht einfach leugnen. In beiden Fällen kann es nur kurzfristige Befriedigung geben.

Für uns sollte dies der Anlaß sein, endlich an die Behebung der eigenen Mängel heranzugehen, wie dies schon in den Artikeln „So weit ist es mit uns gekommen“ und „Zwischenbilanz“ beschrieben worden ist. Konkret heißt dies:

1. Verstärkung der theoretischen Arbeit, vor allem zu den Aspekten, die die objektiven Ursachen für die Krise bilden.
2. Verstärkung der Schulungsarbeit, vor allem zum grundsätzlichen Verständnis des Marxismus und der kommunistischen Bewegung.
3. Entfaltung einer Debatte um die Fragen des Persönlichen, der Emanzipation und dem Verhältnis zur kommunistischen Organisation.
4. Aufstellen von sinnvollen Arbeitsplänen und politischen Schwerpunkten für die Teile des KB und für die gesamte Organisation.

he., Mitglied des LG

## Ein Brief aus Amsterdam

Von einem Amsterdamer Genossen erhielt wir dieser Tage einen Brief zur Krisendiskussion im KB. Zur Einordnung seiner Darlegungen ist wichtig zu wissen, daß dem Genossen zum Zeitpunkt der Abfassung seines Briefes (25.8.) der AK mit den Artikeln der „Zentrums“-Leitung noch nicht vorlag und er naturgemäß erst recht nicht über die damit zusammenhängenden Vorfälle informiert war. — Niederlande-Kommission

Die ganze bisherige Debatte ist meiner Meinung nach in zwei Teile einteilen. Zuerst hatte die Debatte einen ziemlich „ordentlich-politischen“ Charakter, wobei allerdings nur ein Bruchteil der Organisation, und vor allem die politisch ziemlich gut geschulten Genoss(innen), sich von der Debatte betroffen fühlte. Meiner Meinung nach ist diese Phase der Debatte insofern auch gescheitert, als sich die meisten Genoss(innen) nicht unmittelbar angesprochen fühlten.

Mit dem Auftreten der „Kritik“-Fraktion und dem Abdruck der Göttinger Artikel hat sich dann eine sehr ernste, für mich in erster Linie sehr unsolidarische neue Debatte entwickelt, die erstmals die realen Gegensätze innerhalb des KB anhand konkreter Beispiele aufgezeigt hat.

Wie aus den Erfahrungen von E. („Von einer, die auszog, das Fürchten zu lernen“) und den Göttinger Artikeln hervorgeht, haben sich mit der Resignation auch eine Unzahl von bürgerlichen Verhaltensweisen innerhalb der Organisation breitgemacht. Die Göttinger Genossen sind anscheinend der Meinung, daß es hierbei um unpolitische, „persönliche“ Gegensätze geht, die dem Kampf gegen die Bourgeoisie untergeordnet seien. Meiner Meinung nach geht es hier aber um reale Gegensätze, die in der Tat „gesellschaftliche Ursachen“ haben, auf die die Genossen aus Göttingen ja dauernd verweisen.

Gerade deshalb sollten solche Verhaltensweisen innerhalb einer kommunistischen Organisation ständig bekämpft werden. Und zwar nicht in abstrakter, verbal-radikaler Weise, sondern gerade mit dem Mittel des öffentlichen ideologischen Kampfes, der gerade an den konkreten Fällen, den konkreten Gegensätzen in der Organisation ansetzen muß.

Wird die Polemik gegen bürgerliche Verhaltensweisen innerhalb der Organisation auf abstrakte Weise geführt, so wird unvermeidlich die konkrete Bekämpfung solcher Verhaltensweisen unmöglich, weil die erreichten (abstrakten) „korrekten Schlussfolgerungen“ darüber hinwegtäuschen, daß eine wirkliche Lösung des Problems gar nicht erreicht worden ist.

Und so bin ich auch mit der Kritik der AG Frauen an den Positionen von Ha. und Kl. (im AK 159) sehr einverstanden.

Hinzuzufügen wäre noch, daß die Kritik der Göttinger Genossen im wesentlichen Aspekt auf sie selbst zurückschlägt: Im AK 159 werfen sie den „entpolitisierten Genoss(innen)“ vor, sie hätten eine „mangelnde Bereitschaft, sich mit den strategischen Fragen des Klassenkampfes zu be-

schäftigen“. Mir erscheint es aber so, daß mit der derzeitigen Kulturrevolution gegen bürgerliche Verhaltensweisen im KB gerade die entscheidende Auseinandersetzung darüber geführt wird, ob die „Produktivkräfte“ der Organisation freigesetzt werden oder aber die internen Verhältnisse im KB sich im Laufe der Zeit mehr und mehr den bürgerlichen Verhältnissen außerhalb der Organisation angleichen werden, und in der Folge auch die Zusammensetzung der Organisation und zwangsläufig seine politische Linie sich in Richtung einer KAOml (niederländische ML-Sekte — Ann. AK) oder eines KBW den herrschenden Verhältnissen, also dem Imperialismus, anpassen werden.

Wer die bürgerlichen Verhältnisse außerhalb seiner Organisation bekämpfen will, der muß diese auch innerhalb der Organisation in die Defensive drängen und sie schlagen. Daß in einer Organisation wie dem KB, der in der Vergangenheit in dieser Beziehung sehr bedeutende Fortschritte gemacht hat, solche Ansichten wieder entstehen, belegt für mich noch einmal sehr deutlich, daß sich die bürgerliche Ideologie auch innerhalb einer kommunistischen Organisation immer wieder neu entwickeln und reproduzieren kann, daß also die Lösung der Nebenwidersprüche (Beseitigung von bürgerlichen Verhaltensweisen) vor dem Hauptwiderspruch zwar möglich (und unbedingt notwendig!) ist, aber nicht endgültig sein kann, ohne daß auch der Hauptwiderspruch revolutionär gelöst ist.

Erst dies ist wirklich eine „strategische Frage des Klassenkampfes“ — und es sind m.E. nicht diejenigen, die heute schon an die Bekämpfung bürgerlicher Verhaltensweisen herangehen, die die Debatte entpolitisieren, sondern vielmehr die, die sich um diese strategische Frage entsprechend den überholten Methoden der ML-Bewegung herumzudrücken versuchen.

Es ist mir übrigens sehr unangenehm aufgefallen, daß nicht mehr Genossen rechtzeitig gegen Ha. und Kl. Partei ergriffen haben. Ich hoffe wirklich nicht, daß die AK-Veröffentlichungen in dieser Hinsicht den realen Zustand der Organisation widerspiegeln.

Von E.s Erlebnissen habe ich mich wirklich sehr betroffen gefühlt. Ich habe ihr allerdings bislang noch nicht schreiben können, was ich eigentlich tun wollte. Könntest du einen Brief an sie weiterleiten...?

Zusammenfassend würde ich sagen, daß mir die Entwicklung der Debatte im AK sehr positiv erscheint. Die organisatorischen Rückschlüsse sollten ihr m.E. nicht zu schwer nehmen; im Vergleich mit allen anderen sich kommunistisch nennenden Organisationen, die ich kenne, meistert der KB seine Krise unglaublich gut. Rückschlüsse mit einbezogen.

Grüßt E. und die AG Frauen von mir; ich habe sie jedenfalls wirklich lieb.

Mit kommunistischem Gruß  
W.S., Amsterdam

# Anmerkungen zu „Krise, Utopismus, Entsolidarisierung“

### 1. „Roter Faden“

a) Die ZL will nach der Diskussion der objektiven Faktoren der Krise jetzt die subjektive Seite behandeln. Es fällt auf, daß zwischen dem, was wir in der Krisen-debatte als objektive Faktoren benannt haben (und was inzwischen gewissermaßen „Allgemeingut“ sein sollte), und den von der ZL benannten subjektiven Seiten (Utopismus, Entsolidarisierung) kaum ein Zusammenhang hergestellt wird. Genau gesagt wird ein solcher Zusammenhang lediglich hergestellt zwischen „Ausbleiben rascher gesellschaftspolitischer Veränderungen“ und „Hinwendung zu Versuchen individueller Schein-Emanzipation“ (S.36). Ansonsten werden die innerorganisatorischen Auswirkungen der Krise fast völlig losgelöst diskutiert vom Stand und Perspektiven der (heutigen) Massenbewegungen sowie den Aufgaben und Problemen, die sich für unsere Genossen darin stellen (allenfalls wird noch angedeutet, daß die feministische Frauenbewegung Druck auf die Genossinnen in der Frauenarbeit ausübt). Dies birgt die Gefahr einer relativ abgehobenen „inneren Krisenbewältigung“ quasi als theoretischer Kraftakt in sich. Überspitzt formuliert: Abschottung der Organisation gegen „böse“ äußere Einflüsse, Rekonstruktion des ML in unseren eigenen Reihen. Die Krise scheint also doch im Gegensatz zu dem, was bisher als vereinheitlicht galt, weitgehend unabhängig von den objektiven Faktoren „lösbar“ zu sein...?

b) Demgegenüber hatten wir als ein wichtiges Krisenphänomen herausgestellt: Man kann nicht (zumindest nicht pauschal) von einem Rückgang von z.B. Anti-AKW-Bewegung, alternativen Listen, demokratischer Bewegung u.a. sprechen, im Gegenteil sieht es — was die spontanen Bewegungen angeht — gar nicht mal so schlecht aus im Vergleich zu früher. Man muß aber von einem Rückgang des kommunistischen Einflusses in diesen Bewegungen sprechen. Dem Ausbleiben rascher Erfolge bei unserer Arbeit könnte man also noch entgegenhalten, daß es durchaus nicht nur Schatten, sondern auch Lichtblicke gibt. Dasselbe gilt — Trotz aller schweren Enttäuschungen (Chile, Portugal) — auch international, wo ja ebenfalls keineswegs nur Rückschläge zu verzeichnen sind (Angola, Nicaragua, Iran mag man ja kaum nennen, obwohl es eigentlich auch irgendwo dazugehört). Es geht aber nicht nur um enttäuschte Hoffnungen in Bezug auf den Kampf gegen Imperialismus und Faschismus, es geht eben auch um Enttäuschungen in Bezug auf den Sozialismus: SU und jetzt eben auch China. Dies hat die Glaubwürdigkeit des ML bis in die Reihen des KB hinein nachhaltig erschüttert. Konnte man es noch einigermaßen „verdauen“, daß der Sozialismus nicht kurzfristig zu erreichen ist, so kommt jetzt der Zweifel an den Zielen und Prinzipien selber hinzu. Dies hat zusammen zu den bekannten Erscheinungen geführt: Resignation, Verunsicherung, Rückzug, sogar Verzweiflung in unterschiedlicher Ausprägung.

Bei denjenigen Genoss(innen), die trotz allem aktiv geblieben sind (und auch beim „Umfeld“ des KB), ist es nun so, daß sie sich viel intensiver als früher gerade mit Fragen der Demokratie im KB (im weitesten Sinn) befassen. Die Genossinnen (leider im wesentlichen nur sie!) fragen nach der Stellung der Frauen im KB; die Schwestern haben sich entsprechend „eingebracht“; Fragen des Statuts, der Organisationsdisziplin usw. usw. werden problematisiert. Man gibt sich nicht mehr allein mit der Formel (= Versprechen) zufrieden, daß der KB nicht nur „Zweckbündnis“, sondern auch „Keimform“ ist, man will greifbare Ergebnisse sehen.

Offenbar wird die Glaubwürdigkeit einer kommunistischen Organisation heute weniger an der Richtigkeit ihrer Analyse und sozialistischen Strategie gemessen, sondern mehr an ihrem demokratischen Verhalten (nach innen und außen). Gerade die Behandlung der Frauenfrage (oder auch Schwesternfrage, Fragen der innerorganisatorischen Demokratie u.ä.) gilt vielen Linken als wichtiger Test, wie ernsthaft die revolutionären „Versprechen“ der Kommunisten sind. Diese Problematik kann man nicht einfach als „Rückzug von der Politik ins Private“ abtun (was es natürlich auch gibt als letzte Konsequenz!). Krisenlösungen „traditioneller Art“ haben wir ja

schon im Wesentlichen erfolglos ausprobiert. Auch Schulungen und Versuche, das Niveau in der Organisation anzuheben, sind schon als Medizin verabreicht worden. So wichtig diese „Therapien“ sind, sollten wir eben auch die grundsätzliche Berechtigung der o.g. Forderungen — gewissermaßen nach handfesten Beweisen für die Glaubwürdigkeit des KB — anerkennen, auch wenn diese Forderungen im einzelnen möglicherweise überzogen sein könne. Sicher noch lange Zeit wird der KB und besonders sein Inneres argwöhnisch beäugt werden, ob sich schon die ersten Anzeichen der „bürokratischen Entartung“ zeigen. Sage einer, er selbst wäre frei davon...

c) Die Erschütterung (mehr oder weniger bewußt) der revolutionären Prinzipien und Ideale hat innerhalb des KB ein immer stärkeres Umschlagreifen bürgerlichen Verhaltens zur Folge. Je mehr der „Kampf um Gleichberechtigung, Solidarität, kollektive Emanzipation“ für unerreichbar, in einzelnen Fällen gar für „hohle Phrasen“ gehalten werden, desto mehr vertraut man auf den eigenen Ellenbogen, die individuelle Durchsetzung von Interessen. Es gilt dann das „Recht des Stärkeren“. Das ist die Grundlage der Entsolidarisierung.

d) In dieser Situation den Hauptstoß gegen den Utopismus zu führen, wäre grad falsch. Dies wird zwar auch von der ZL nicht empfohlen. Verbal heißt es: Hauptstoß gegen die Entsolidarisierung, gegen die man...

die Entsolidarisierung, gegen die man sogar „Kampagnen“ führen will. De facto wird sich aber schwerpunktmäßig mit dem „Utopismus“ auseinandergesetzt, der sogar „beängstigend“ sein soll. In diesem Zusammenhang auch die Hauptwiderspruch-Nebenwiderspruch-Geschichte: Verbal wird zwar die „Wichtigkeit“ der Nebenwidersprüche betont, de facto geht es aber einseitig darum, klarzumachen, daß Nebenwidersprüche erst nach dem Hauptwiderspruch lösbar sind. Mit dieser ollen ML-Kamelle werden wir heute keinen Hund mehr hinterm Ofen hervorlocken! „Heute vertragen sie uns auf den Sozialismus, und in der DDR vertragen sie die Leute auf Endziel. Kennen wir alles...“

Es ist völlig verständlich, daß wir bei so einer allgemeinen, einseitigen „Dialektik“ das vorhandene Mißtrauen in die Kommunisten nur verstärken werden. Heute können wir nicht mehr mit einem solchen Vertrauensvorschuß rechnen wie — mal ganz direkt gesagt — vor Stalin. Die „Bewegung“ achtet also heute sehr kritisch darauf, wie wir solche Nebenwidersprüche wie die Frauenfrage jetzt behandeln — was wir also als „machbar“ und was als „utopisch“ einschätzen, und was wir tatsächlich (auch innerorganisatorisch) streichen — und davon abhängig machen ob man den Kommunisten in punkto Sozialismus und Laaangfristigkeit vertraut. Darüber hinaus wird es (zu recht) Proteststürme auslösen, die Frauenfrage als einen Nebenwiderspruch wie andere auch zu behandeln und die Besonderheit dieses Nebenwiderspruchs überhaupt nicht näher zu bestimmen (immerhin ist ja die Hälfte der Bevölkerung betroffen). Es müßte also zumindest dazugesagt werden, daß die Frauenfrage nicht nur „zeitweise ein wichtiger Nebenwiderspruch sein kann“, sondern für den KB für den ganzen Zeitraum bis zur Revolution und danach einer der wichtigsten Nebenwidersprüche überhaupt zu sein hat (und zwar relativ unabhängig vom Auf und Ab der spontanen Frauenbewegung). Dies ist übrigens keine subjektivistische, „frauenfreundliche Masche“ des KB, sondern entspricht der wirklichen Bedeutung der Frauenfrage für die Revolution.

e) Selbstverständlich beinhaltet dieses „Eingehen“ auf die demokratische Bewegung, wie wir es vorschlagen (also sorgfältige Auseinandersetzung mit der Skepsis gegenüber dem Marxismus, Vertrauen zurückgewinnen durch ernsthaftes demokratisches Engagement, Vorexerzieren einer kollektiven Emanzipation „im kleinen“ innerhalb der kommunistischen Organisation usw.), auch die Gefahr eines Aufgehens in der demokratischen Bewegung und der Verwässerung des ML. Dies würde dann geschehen, wenn wir uns in diesen Bewegungen, z.B. in der Frauenbewegung, mit allgemeinen Hinweisen begnügen (Notwendigkeit, erstmal den Hauptwiderspruch zu lösen), statt die Überlegenheit des ML auch bei der Lösung von „Detailfra-

gen“ unter Beweis zu stellen. Ganz im Gegensatz zu den „Zentrums“-Genossen sind wir der Ansicht, daß dies nicht ohne „Anleihen“ bei der bürgerlichen Wissenschaft oder bei kleinbürgerlichen Kräften und Strömungen laufen kann. Die ZL-Genossen sind ja schon geschockt, wenn etwa Frauen feministische Untersuchungen (Darstellung von Beziehungen z.B. bei A. Schwarzer oder A. Meulenbelt) für nutzbar halten. Die Klassiker waren da viel schamloser. Lenin pflegte bei seinen Analysen oft auf bürgerliche Theoretiker zurückzugreifen. Marx trieb es noch viel ärger: Er begann seine Philosophische Fundierung mit einer „Anleihe“ bei Hegel, den er lediglich „auf die Füße stellte“.

Man wird wohl auch eine ziemliche „Anleihe“ bei bürgerlichen Leuten machen müssen, wenn man das Problem des „real existierenden Sozialismus“ theoretisch aufarbeiten will. Auch die kluge Maus sitzt nicht vor der Falle und denkt: Dieser Speck reizt mich überhaupt nicht, der würde mir auf keinen Fall schmecken. Sondern der klugen Maus läuft natürlich das Wasser im Mund zusammen! Wenn sie zusätzlich zur Klugheit auch noch intelligent ist, kann sie's durchaus schaffen, den Speck aus der Falle zu holen, ohne daß die Feder zuschnappt. Es soll ja Mäuse geben, die dabei sogar einer gewisse Routine entwickelt haben...

f) Man ahnt schon das Argument, das uns hier entgegengeschleudert...

das uns hier entgegengeschleudert werden wird: „Gegen Anleihen haben wir auch nichts; uns kommt's drauf an, auf die Beine zu stellen“, und das unterbleibt zunehmend im AK“. Nun wird also von den ZL-Genossen „auf die Beine gestellt“: Buchbeurteilungen werden „gerade gerückt“, „feministische Entgegnungen“ bekämpft. Dies hat mit einer theoretischen Verarbeitung wenig zu tun. Die Genossen vergessen leider, daß es eine fertige kommunistische Frauenpolitik nicht gibt, sondern daß wir erst seit relativ kurzer Zeit dabei sind, uns Positionen zu erarbeiten. Eine solche Suche hat immer etwas mit Tasten, Schwimmen, Unsicherheiten, Experimentieren usw. zu tun. Dadurch, daß die ZL-Genossen einzelne Ausnahmerecheinungen gewaltig hochspielen, andererseits aber ihr „auf die Beine stellen“ im Wesentlichen darin besteht, (sinngemäß) nach Clara-Zetkin-Schulungen zu rufen, treffen und diffundieren sie — gewollt oder ungewollt — den Prozeß der Erarbeitung einer kommunistischen Frauenpolitik in s g e s a m t. Das, was sie völlig zu Unrecht „gegen“ die AG Frauen ins Feld führen, ist ja nichts anderes als das ABC unserer Frauenpolitik (Hauptwiderspruch-Nebenwiderspruch). Es stand am Anfang unserer Arbeit und ist nach wie vor unbestritten. Dies kommt einem so vor, wie wenn ein Kind, das in der Mathematik bei der Mengenlehre Schwierigkeiten hat, vom Vater (der selbst von Mengenlehre nichts versteht) damit bestraft wird, das kleine Einmaleins aufzusagen. Für das Erlernen der Mathematik ist diese Therapie tödlich. In Wirklichkeit ist nämlich das „Kind“ dem „Vater“ weit voraus, und das flößt diesem Angst ein (ein ganz gängiges Beispiel, das jeder Mathematiklehrer bestätigen kann).

g) Nicht allein in der Frauenpolitik, sondern in einer ganzen Reihe von Bereichen haben wir es heute mit einer Fülle schwerwiegender Fragen zu tun, auf die wir keine fertige Antwort besitzen. Dies war bisher auch vereinheitlichter Punkt unserer Krisen-debatte. Die Methode, mit der die ZL-Genossen an unsere Frauenarbeit herangehen, ließe sich also auf eine Menge weiterer Problembereiche anwenden (von den Genossen wird selbst angedeutet, daß sie sich das tatsächlich vorgenommen haben). Die „Antworten“, die auf diese Weise gegeben werden, dürften im Wesentlichen in einer grobschlächtigen „Aufrischung“ der Klassiker bestehen. Der Anspruch allerdings, damit in eine neue Etappe der Krisendiskussion einzusteigen, die Krise also tendenziell auf diese Weise zu bewältigen, ist eine gefährliche Selbsttäuschung. Dies ließe auf eine konservative „Krisenbewältigung“ hinaus, wie sie bei den „ML-Parteien“ üblich ist (und den Klassikern übrigens bitter unrecht tut).

De. und H.-H., Mitglieder des LG



# Lieber „olle Kamellen“ als neue Philosophien

Eine Reihe von Gegnern unseres Artikels sehen durchaus auch richtige Aspekte darin. Seltener – zumindest bislang – sind sie jedoch bereit, über diese von ihnen als richtig zugestanden Aspekte auch zu diskutieren. Zumeist wird argumentiert, es handle sich dabei doch um „olle Kamellen“. Auch in ablehnenden Leserbriefen zu den Artikeln von Ha. und Kl. wurde teilweise gesagt, was sie zur „Entpolitisierung in unserer Organisation“ schreiben, sei „wirklich Schnee von gestern“ (Leserbrief von Ul., Hamburg; AK 157, S. 49). In einigen Fällen werden solche „Bestätigungen“ gleich mit einem giftigen Unterton versehen, wie z.B. in einer innerorganisatorischen Stellungnahme der LG-Mehrheit: „Daß es im KB eine ‚Grauzone des Feminismus‘ gibt, ist weder eine Entdeckung von Ha./Kl., noch von den Genoss(inn)en der ‚Zentrums-Leitung‘. Dazu war wesentlich Präziseres und Differenzierteres bereits im AK 155 (Bericht über die erste Frauenvollversammlung im KB) nachzulesen. Die Methode von Ha./Kl. und ‚Zentrums-Leitung‘ liegt darin, sich selbst sensationsmacherisch als Entdecker dieser ‚Grauzonen‘ aufzuspielen und aus dieser Position heraus Lehren für die Frauen-Politik des KB erteilen zu wollen.“ Umso besser, wenn wir uns auch nach Meinung der LG-Mehrheit auf bereits erarbeitete Positionen stützen können – als großartige „Entdecker“ haben wir uns eh nicht verstanden. Doch ist bei derartigen Bemerkungen schon zu fragen, ob es vielleicht schon als Frevel angesehen wird, an „Schnee von gestern“ zu erinnern und weitere Überlegungen daran zu knüpfen?

Besonders in Diskussionen wird, was die „ollen Kamellen“ in unserem Artikel betrifft, gern mit dem Beitrag „Soweit ist es mit uns gekommen!“ in der ersten „Krisenausgabe“ tere Überlegungen darh zu knüpfen?

Besonders in Diskussionen wird, was die „ollen Kamellen“ in unserem Artikel betrifft, gern mit dem Beitrag „Soweit ist es mit uns gekommen!“ in der ersten „Krisenausgabe“ von UNSER WEG (August 1978) herumgewandelt. Der Autor dieses Artikels war Kt., und wir können nur lebhaft zustimmen, daß dieser Artikel noch mal eingehend studiert wird.

Der Artikel „Soweit ist es mit uns gekommen!“ setzte sich damals vor allem mit der „sozialdemokratischen Aufnahmepolitik“ auseinander, die „vielfach“ im KB „eingetrassen“ ist, und knüpfte daran die polemische Frage: „Ist und überhaupt eine kommunistische Organisation?“ Es wurde festgestellt, daß die „Grundsätze und Ziele“ unserer kommunistischen Politik vielen neuen Mitgliedern nicht vor und bei Eintritt bekannt waren, und im weiteren Anstrengungen in dieser Richtung auch häufig gar nicht unternommen wurden – was u.a. daran liege, daß einige Zellenleiter „selbst nur unvollständige und verzerrte Vorstellungen von der Politik des KB und vom Marxismus-Leninismus“ hätten. Es wurde sich in dem Artikel dann für „mehr Schulung“ auf allen Ebenen der Organisation und für eine Ankurbelung „kontroverser Diskussionen zu allen wesentlichen Problemen unserer Politik (Betriebsarbeit, Wahlen, Bündnispolitik etc.) in unserer zentralen Presse und/oder gegebenenfalls auch über interne Papiere“ ausgesprochen.

Es wurden Methoden des „Psychoterrors“ (Einschüchterung, überzogene und dogmatische Forderungen an konkret meßbare Erfolge, Nichtbeachtung der konkreten Umstände, in denen Genoss(inn)en ihre politische Arbeit im Bündnisbereich machen, usw.) kritisiert, die streckenweise an die Stelle einer „wissenschaftlichen Anleitung“ gesetzt worden sind, die ihrerseits „selbstverständlich konkrete Untersuchungsarbeit ... (und am besten auch eigene Erfahrung)“ der anleitenden Kader voraussetzt. Hingewiesen wurde dann darauf, daß viele Genoss(inn)en ihre Widersprüche häufig nicht anzusprechen wagen, daß eine „weit verbreitete Anpassung nach oben“ existiert, und eine „Tendenz, Dinge zu schematisieren, d.h. ‚klare‘ (einseitige, dogmatische) Rezepte für bestimmte Verhaltensweisen festzulegen, statt die Dinge allseitig zu erfassen (mit ihren positiven und ihren negativen Aspekten) und eine flexible Taktik zu entwickeln.“

Als eine Erscheinungsform der „Anpassung nach oben“ und des Schematismus wurde z.B. beschrieben: „das häufig zu beobachtende totale Umkippen von Standpunkten. Da vertritt z.B. eine Einheit mehrheitlich eine bestimmte Position. Dann gibt es eine Diskussion mit einem leitenden Genossen. Und am Ende nehmen die Genossen der Einheit vielleicht mehrheitlich genau den entgegengesetzten Standpunkt ein wie vorher, d.h. übertreiben jetzt in die andere Richtung. Ursa-

che: Man will es jetzt auf jeden Fall ‚richtig‘ machen und zeigen, daß man seinen früheren Fehler begriffen und korrigiert hat.“ Als Ursachen für die „mangelnde Entfaltung der Diskussion im KB“ wurden des weiteren auch „Konsumverhalten und Trägheit bei vielen Genossen“ genannt. „Selbst im Bereich der ‚persönlichen Betroffenheit‘, wo noch am ehesten Engagement zu finden ist, trifft man häufig noch auf mangelnde eigene Aktivität.“

Erst recht zeige sich dies aber in der politisch-theoretischen Arbeit: „Die politisch-theoretischen Arbeiten und längerfristigen Einschätzungen werden im KB immer noch fast ausschließlich von einer unvorstellbar kleinen Zahl von Genossen geleistet, auf diesem Gebiet wirkt sich die Enthaltsamkeit von gut 95% unserer Organisation besonders scharf aus.“ In dieser Hinsicht, so hieß es weiter, seien wir „heute sogar ärmer dran ... als in den Anfängen unserer Organisation“. Das ganze letzte Kapitel mit dieser Thematik trug die aufrüttelnde Überschrift: „Ohne freimütige Diskussion können wir den Laden nicht machen!“, und es wurde dazu aufgerufen, daß „mit der sozialdemokratischen Aufnahme- bzw. Reinschlepp-Methode Schluß gemacht wird, und kontinuierlich an der politisch-theoretischen Weiterbildung aller Genossen gearbeitet wird. Kaum zu knaken ist dieses Problem (das „ungleiche Niveau“ in der Organisation) hingegen, wenn die derzeitige Situation andauert, daß nämlich der AK nicht mehr verbindlich auf das Wesentliche hin durchgearbeitet wird, „Klassiker“ kaum noch gelesen werden usw.“

Wir können nur betonen, daß wir all diese Gedanken uneingeschränkt unterstützen – und sehen unsere Überlegungen tatsächlich „Klassiker“ kaum noch gelesen werden usw.“

Wir können nur betonen, daß wir all diese Gedanken uneingeschränkt unterstützen – und sehen unsere Überlegungen tatsächlich in der guten Tradition („olle Kamellen“) dieser und anderer ausrichtender Stellungnahmen in der Anfangsphase unserer „Krisendiskussion“. Zu fragen ist allerdings, ob alle Gegen unserer Position die von ihnen so abschätzig benannten „ollen Kamellen“ wirklich teilen und ebenfalls uneingeschränkt an diesem Artikel festhalten wollen. Um es über die eben gelieferte und zugegebenermaßen „dünne Zusammenfassung“ hinaus etwas konkreter zu sagen – was wird denn heute von folgender Passage gehalten, in der Kt. sich mit dem Verlust an Auseinandersetzung und Beschäftigung mit dem AK, mit den „Klassikern“ usw. befaßt, nachdem er „die Überlastung aller Genossen, insbesondere auch unserer Kader“ als „wahrscheinlich“ den „Hauptpunkt des Problems“ benannt hat:

„Die Arbeitsüberlastung ist jedoch nicht der einzige Grund für die Vernachlässigung marxistisch-leninistischer Schulung und Weiterbildung: Beispielsweise haben ziemlich idiotische Bücher wie das von Shulamit Firestone oder die ‚Häutungen‘ von Verena Stefan, oder auch der ‚Kleine Unterschied‘ (auf das ich das Wort ‚idiotisch‘ nicht beziehe) von Alice Schwarzer im KB teilweise sehr engagierte Diskussionen ausgelöst. Heißt also: Es gab Zeit, um diese Bücher zu lesen, und es gab sogar Zeit, um stundenlang und wiederholt über diese Bücher zu diskutieren, z.T. sogar auf Anleiter-Ebene. Es kann also nicht fehlende Zeit allein gewesen sein, die daran schuld ist, daß man/frau nicht zur Lektüre und Erörterung beispielsweise des ‚Linken Radikalismus‘ von Lenin oder ‚Über den Widerspruch‘ von Mao gekommen ist.“

Der springende Punkt scheint mir eher, daß sich an Büchern und Themen wie den zuerst genannten, per-

sönliche Betroffenheit festmacht bzw. entwickelt, an den „Klassikern“ jedoch nicht. Mit der Konsequenz, daß man sich für Bücher und Themen der ersten Art halt die nötige Zeit nimmt, für die „Klassiker“ oder den AK jedoch nicht unbedingt. Anders gesagt: Für die Probleme, die uns am meisten „brennen“, suchen wir Antwort eher bei Firestone und Schwarzer, als bei den „Klassikern“. Oder nochmals anders ausgedrückt: Die Probleme, die uns am meisten „brennen“, sind die der persönlichen Beziehungen, nicht die des politischen Kampfes. ... Allgemeine Probleme des politischen Kampfes hierzulande gelten weithin als Pflicht – man behandelt sie, aber vielfach ohne große Begeisterung und inneres Engagement. Persönliche Probleme, ‚Frauenfrage‘, ‚Schwulenfrage‘ oder auch gelegentlich Probleme der ausländischen Politik hingegen bilden eher die ‚Kür‘, haben vielleicht geradezu einen Lust- und Reiz-Wert.“

(Wir versichern ausdrücklich, daß diese Sätze nicht aus den Artikeln von Ha. und Kl. oder aus unserem eigenen Artikel in AK 160 stammen!)

Zu fragen ist: steht es in Übereinstimmung mit diesen Ausführungen,

wenn Ha./Kl. wegen ihrer Kritik an der „Krisenliteratur“ (darunter oben genanntes Buch von Verena Stefan) „hämische Bemerkungen über die Literaturvorlieben von Genossinnen“ angelastet werden (bine, Ffm, AK 157, S. 48)?

wenn Ha./Kl. wegen ihres Hinweises auf die teilweise Zurückdrängung kommunistischer Frauenliteratur durch bezeichnete „Krisenliteratur“ demagogisch-plump gekontert wird, dies einzusehen sei deren Meinung nach weitaus aufmerksamer Zurückdrängung kommunistischer Frauenliteratur durch bezeichnete „Krisenliteratur“ demagogisch-plump gekontert wird, dies einzusehen sei deren Meinung nach wohl „unseren kleinbürgerlichen, affendümmlichen Gehirnen natürlich zu hoch“ (E., Kulturkommission, AK 157, S. 48)?

wenn die „Krisenliteratur“ (von der Kt. ebenfalls nur „Frauenbücher“ genannt hatte!) schlicht verharlost wird als „Bettelkure für Genossinnen, sowie dies für Genossen der Fußballwelt oder die Comics sein mögen“ (Ul., Hamburg, AK 157, S. 49)?

wenn die Verwammung jeder kritischen Auseinandersetzung fröhliche Urständ feiert mit dem Satz „wir wollen uns nicht vor-schreiben lassen, was wir diskutieren sollen ... wir werden lesen, was uns gefällt“ – und zusätzlich ohne irgendeine Einschränkung als neuer Glaubenssatz verkündet wird: „das Private ist politisch“ (Eine Genossin der AG Frauen Hamburg in Zusammenarbeit mit einer anderen Genossin, AK 157, S. 48)?

Um es auf die Kernfrage zu bringen: Wo überall findet in unserer Organisation denn ein „Roll back“ gegenüber schon erarbeiteten Positionen statt??

## Zwei Mao-Zitate und ihr Gebrauch

Der Artikel „Soweit ist es mit uns gekommen!“ im ersten „Krisen-UW“ (August 1978) wie auch der Artikel „Roll back – Nein dank!“ in AK 160 (August 1979) endet mit einem Mao-Zitat.

Das Mao-Zitat vor einem Jahr in „Unser Weg“ lautete: „Ernsthaft Selbstkritik üben – das ist ein weiteres Merkmal, das uns von anderen Parteien unterscheidet. Man muß die Stube ständig auskehren, sonst wird sich Staub ablagern; man muß das Gesicht regelmäßig waschen, sonst wird das Gesicht schmutzig. Auch

in den Köpfen unserer Genossen und in der Arbeit unserer Partei kann sich Staub ablagern, auch hier muß man fegen und waschen ... Was uns betrifft, so besteht das einzig wirksame Mittel, um die Köpfe unserer Genossen und den Leib unserer Partei gegen jegliche politische Verunreinigung und allerlei politische Mikroben zu immunisieren, darin, beständig unsere Arbeit zu überprüfen und dabei den demokratischen Arbeitsstil zu fördern, keine Angst vor Kritik und Selbstkritik zu haben, die nützlichen Maximen des chinesischen Volkes zu befolgen: ‚Weißt du etwas, so sprich; sprichst du, so sage alles‘; ‚Dem Sprecher nicht zum Tadel, dem Zuhörer zur Lehre‘; ‚Hast du Fehler gemacht, korrigiere sie; hast du keine gemacht, sei noch mehr auf der Hut.“ (Über die Koalitionsregierung, 24.4.45, Werke Bd.3).

Der „Roll back“-Artikel im vorletzten AK endete mit folgendem Mao-Zitat: „Soll man eine freie Meinungsäußerung blühen lassen oder sie drosseln? Das ist eine Frage des politischen Kurses... Wir befürworten den Kurs des ‚Blühenlassens‘, doch blüht gegenwärtig noch zu wenig und nicht zu viel. Man braucht vor freier Meinungsäußerung, vor Kritik und vor giftigem Unkraut keine Angst haben... Es wird keine Frage geregelt, wenn man mit bloßen administrativen Maßnahmen verbieten will, anormale und häßliche Erscheinungen anzurühren, mit einer falschen Ideologie in Beziehung zu kommen, schlechte Stücke anzusehen. Ich bin natürlich nicht der Meinung, daß allerlei Unrat verbreitet werden sollte, ich meine vielmehr, daß es etwas davon geben kann.“ (Rede auf der Landeskongress der KP Chinas über Propagandaarbeit, März 1957).

In diesen beiden Zitaten liegt eine etwas unterschiedliche Betonung, die auch in den kommentierenden Worten des jeweiligen Artikels dazu ersichtlich ist. Mit dem ersten Zitat sollte in der Anfangsphase unserer Krisendebatte bekräftigt werden, „unbedingt die jetzige Gelegenheit (zu) nutzen, unser ‚Haus‘ gründlich von Dach bis Keller aufzuräumen und instand zu setzen. Wir sollten allen Verunreinigungen (und allen Verunreinigern) widerstehen, Dreck unter Teppiche oder Betten zu kehren, Gerümpel im Keller zu verstecken usw.“

Das ein Jahr später vom gleichen Autor Kt. verwendete Mao-Zitat soll („beispielsweise“) bekräftigen, daß „endlich ein paar feministische Artikel im AK erscheinen, und zwar ohne daß dann ein vielstimmiger Chor gleich nach der Sittenpolizei schreit, die ‚so etwas‘ gefälligst unterbinden oder zumindest an Ort und Stelle gehörig totkommentieren“ möge. Wenn man die unterschiedliche Betonung dieser beiden Zitate und ihrer Kommentierung etwas grob charakterisieren will, dann könnte man das jeweils erstere etwa unter die Parole fassen: Holen wir das Gerümpel hervor, und sortieren es aus! – während man im zweiten Fall diese Parole auf ihre erste Hälfte verkürzen müßte: Holen wir das Gerümpel hervor! Der Unterschied liegt also nicht darin, um es konkret für die aktuelle Kontroverse zu sagen, daß das „Gerümpel“ sich im ersten Fall nicht im AK „vorstellen“ dürfte (dazu wird in beiden Fällen richtigerweise aufgefordert), sondern darin, daß im zweiten Fall eine Bemerkung weggelassen wird, was mit dem „Gerümpel“ geschehen soll – außer es „vorzustellen“.

Das liegt nun allerdings weniger an Mao. Dessen „Unrat“-Zitat geht nämlich folgendermaßen weiter: „Das Vorhandensein gewisser falscher Dinge ist nichts Seltsames, und man braucht da keine Angst zu haben; es

erleichtert vielmehr den Menschen, es bekämpfen zu lernen.“ Und nachdem Mao in einigen weiteren Sätzen darauf hinweist, daß bezüglich des „Systems des Eigentums an den Produktionsmitteln“ bereits der „fundamentale Sieg davongetragen“, jedoch „an der politischen und ideologischen Front ... der volle Sieg noch nicht errungen“ sei, fährt er fort: „Wir werden noch einen langwierigen Kampf gegen die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ideologien zu führen haben. Es wäre falsch, diese Sachlage nicht zur Kenntnis zu nehmen, auf den ideologischen Kampf zu verzichten. Alles, was es an falschen Gedanken, an giftigem Unkraut und sonstigen schlechten Dingen gibt, soll kritisiert werden, darf sich nicht beliebig verbreiten. Aber diese Kritik muß voller Argumente sein, muß Analysen enthalten, muß überzeugen; sie darf nicht grob und bürokratisch oder metaphysisch und dogmatisch geübt werden.“

Deutlich ist also, daß Mao die Notwendigkeit eines ideologischen Kampfes gegen „giftiges Unkraut“, „schlechte Stücke“ und „Unrat“ betont, und sich in diesem Zusammenhang gegen „administrative Maßnahmen“ abgrenzt und den Kurs des „Blühenlassens“ befürwortet. In Kt's (heutiger) verkürzter Zitierung und eigener Kommentierung entfällt dagegen jeder Hinweis auf den ideologischen Kampf gegen das „Unkraut“ – und es folgt nur die Warnung vorm „Totkommentieren“ und vor der „Sittenpolizei“, nach der die ZL in ihrem Artikel gar nicht gerufen hat.

„... sie übertreiben jetzt in die andere Richtung“ (UW-extra: „Soweit ist es mit uns gekommen!“)

„... sie übertreiben jetzt in die andere Richtung“ (UW-extra: „Soweit ist es mit uns gekommen!“)

Kaum daß erstmals im AK auf etwas breiterer Ebene versucht wird, eine ideologische Auseinandersetzung mit Fehlströmungen mit schroffen und teilweise verdummenden Floskeln („wir lassen uns nicht vorschreiben“, usw.) in die Versenkung zu zwingen, melden sich auch schon Genoss(inn)en zu Wort, die dies zu einer neuen Theorie erheben wollen. In ihrem Artikel „Entsolidarisierung und Verantwortung in der Chefetage“ (AK 161, S. 45) schreiben Ma., Gd. und Hn. aus Flensburg: „Prinzipiell meinen wir, daß solche Differenzen in Anleitungsmethoden wie ‚Laßt hundert Blumen blühen‘ oder des sofortigen scharfen ideologischen Kampfes im Moment eigentlich nicht in den AK gehören. Denn dadurch wird das Vorhaben der einen Seite (der ungehinderten freimütigen Offenlegung vorhandener Schwierigkeiten, Zweifel, Resignationstendenzen usw.) durch die andere Seite (scharfer ideologischer Kampf gegen alle Fehlströmungen, hier und jetzt) ad absurdum geführt – nach dem Motto ‚Friß Vogel oder stirb!‘.“

Mit dieser Gegenüberstellung von „Blühenlassen“ und ideologischer Auseinandersetzung wird sich niemand auf Mao, Lenin oder auf unsere „traditionelle“ kommunistische Praxis berufen können. Was hier propagiert wird, ist eine Theorie der friedlichen Koexistenz aller möglichen ideologischen Strömungen in unserer Organisation, zu der leider auch leitende Genoss(inn)en in den zurückliegenden Wochen „Vorarbeit“ geleistet haben. Wir halten eine Rückkehr von dieser rutschigen Piste noch nicht für zu spät.

J. Mitglied der Zentrums-Leitung.





# Antwort auf einige Leserbriefe

ine Reihe unserer Kritiker hat unsere Ausführungen über krisenbedingtes Anwachsen des Utopismus offensichtlich mißverstanden.

Die Genossinnen der Göttinger AG Frauen schreiben, unsere Utopismus-Beispiele wiesen nur „auf eine Fülle ungelöster Probleme“ hin. Die Krisendiskussion sei im Gegenteil „über weite Teile versackt“, weil „viel zu wenig Veränderungsforderungen in die Organisation getragen werden“ und „die eigenen Utopien viel zu wenig ernst genommen werden“. G. aus der Technik beschreibt – was sie selbst als Widerlegung unserer Ansichten zum Utopismus ansieht – wie vor allem die Genossin in der Technik bürgerliche Hierarchie, Chauvinismus und 'sibirisches' Arbeitsklima zugunsten einer kollektiven und solidarischen Organisation der Arbeit bekämpft haben.

Ma., Gd. und HN aus Flensburg meinen, wir hätten die Tendenz zum Utopismus „aufgebauscht“, in ihrem eigenen Erfahrungsbereich beobachteten sie vielmehr Verweigerung und Resignation, „Rückzugstendenzen ohne den Versuch, Ansprüche an die Organisation anzumelden, Mißstände zu kritisieren“. Ähnlich bsp.: SSB: „Viele Genossinnen und Genossen haben nämlich aus den Augen verloren, daß heute – trotz allem – noch etwas machbar und erreichbar ist ... Und bei nicht wenigen hat das zu einem Rückzug und/oder Aufwertung der persönlichen Situation geführt. Ich glaube fast, ein bißchen mehr Utopismus könnte uns gar nicht schaden!“

Dahinter steckt die Sorge, wir wollten bzw. würden durch das Aufzeigen utopistischer Tendenzen berechnete Kritiken zum Verstimmen bringen. Daß dies keineswegs unsere Absicht war, geht u.E. allerdings aus AK 160 hervor. Wir schrieben dort a u c h, daß der Utopismus vielfach die „sehr positive Wirkung“ hat, „Erscheinungen der Verknöcherung in die „sehr positive Wirkung“ hat, „Erscheinungen der Verknöcherung in der Alltagsarbeit transparent zu machen, aufzurütteln, an unsere gemeinsamen revolutionären Ideale zu erinnern“.

In diesem Sinne würden wir zwar die Aussage von B. aus Harburg zu unseren Utopismusbeispielen ('Aufhebung der Trennung von Kopf- und Handarbeit bei der Zeitungsstellung', 'routinisiertes Anleitzersystem' und '53% Frauen in Anleitzersorganen'), diese zeigten i. E., nicht im geringsten utopistische Tendenzen, sondern sind Anregungen zur Veränderung der Arbeit in einigen Bereichen des KB, die durchaus heute schon ernst genommen werden sollten, im ersten Teil (keine utopistischen Tendenzen) kritisieren, im zweiten Teil im Sinne ernst zu nehmender Anregungen zur Verbesserung unserer Arbeit für richtig halten: Z.B. Überlegungen zu treffen, daß mehr Genossinnen für Leitungsaufgaben qualifiziert werden, zu Leitungsarbeiten mehr Genoss(innen) heranzuziehen usw. Ma., Gd. und HN aus Flensburg behaupten, daß es an unseren Beiträgen (und vorher Ha. und Kl.) läge, daß die zu Beginn der Krisendebatte häufiger eintreffenden Kritiken der Genoss(innen) inzwischen nicht mehr einträfen, wir (bzw. schon vorher Ha./Kl.) eingeschüchtert hätten. Eine Darstellung, nach der ab AK 156 eine vorher munter sprudelnde Krisendebatte versiegt ist, entspricht wohl nicht der Wirklichkeit – eher im Gegenteil!

## Diesen Lenin nicht vergessen!

Jür., KHB Göttingen, hat in seiner Stellungnahme zurecht deutlich gemacht, daß Vorstellungen von einer revolutionären Organisation, die aussieht wie die Gesellschaft, die sie anstrebt, 'utopistisch' sind und mit Lenin's Plan einer revolutionären Organisation nicht übereinstimmen. Ul., Bs., Bi, In. aus Göttingen, „halten es für einen wesentlichen Punkt der Entwicklung einer revolutionären Organisation, daß ihre Mitglieder i m e r auch für die Revolutionierung ihrer menschlichen Beziehungen und Möglichkeiten streiten“ – soweit so gut, wenn dies im Zusammenhang der politischen Arbeit steht. Die Genoss(innen) fahren dann fort: „...und was besser kann ein Motor für diesen Kampf sein, als die sozialistische Utopie im eigenen Kopf, als das Wagnis, der Versuch, ein Stück dieser Utopie auf die heutigen Verhältnisse zu konkretisieren...“. Dies sei auch notwendig, „um zu lernen, wie wir unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen an die Verwirklichung der Utopie herangehen wollen, ohne bei jeder strittigen Frage nach der Parteizensur zu schreien“. Ähnlich argumentiert bsp.: SSB: „Ich gebe

den Genoss(innen) recht, die sich fragen, wie wir wohl den Sozialismus aufbauen wollen, wenn wir es nie gelernt haben, uns mit bürgerlichen Verhaltensweisen auseinanderzusetzen. Genauso wenig, wie ein demokratisches Statut allein die Demokratie in der Organisation sichern kann, wird die Vergesellschaftung der Produktionsmittel alleine eine menschlichere Gesellschaft garantieren. Es sind schließlich die Menschen, die diese äußeren Bedingungen mit Inhalten füllen“. Und B., Harburg, meint: „Nach dieser Theorie der Zentrums-genossen wären die leistungsfähigsten Gesellschaftsveränderer diejenigen, die möglichst wenig Kraftaufwand in ihre persönliche Veränderung verschwenden. Da stellt sich bloß die Frage, wie die Gesellschaft dieser Gesellschaftsveränderer aussehen soll“.

Viele gegen uns gerichtete Kritiken gehen (bewußt?) an unserem eigentlichen Anliegen vorbei. Wir haben weder gegen die utopischen Ziele des revolutionären Marxismus, noch gegen den Kampf für konkrete Veränderungen im KB polemisiert. Viele Elemente unserer Organisation, die ein Stück zukünftiger Gesellschaft vorwegnehmen, sind aus unserer Sicht nicht etwa der Schlagkraft unserer Organisation abträglich, sondern gerade a u c h der 'reinen' revolutionären Zweckmäßigkeit dienlich. Ein hoher Prozentsatz von Genossinnen in leitenden Funktionen ist z.B. nicht nur insofern wertvoll, als dies ein Gradmesser der Überwindung der doppelten Unterdrückung der Frau im KB ist, sondern dies ist auch ein Zeichen dafür, daß uns die Befreiung vorher brachliegender (weil 'doppelt unterdrückter') politischer Potenz gelungen ist.

Auch die Einbeziehung 'privater' Probleme und bewußte Veränderung zwischenmenschlicher Beziehungen haben bei richtiger Behandlung positive Auswirkungen auf die politische Arbeit. Die Genossinnen haben bei richtiger Behandlung positive Auswirkungen auf die politische Arbeit. In internen Diskussionen wurden wir z.B. darauf hingewiesen, daß wir eigentlich die Parole 'den eigenen Kopf gebrauchen' ablehnen müßten, weil diese im Kapitalismus nicht umfassend verwirklichtbar und damit utopisch sei. 'Obrigkeitsdenken' und 'Kadavergehorsam' als Ausfluß kapitalistischer Wirklichkeit und Umwelt sicken auch in den KB ein und ließen sich auch dort nicht vollkommen ausrotten, wurde erklärt.

'Obrigkeitsdenken' und 'Kadavergehorsam' in der Organisation schwächt unmittelbar unsere politische Schlagkraft. Dies umfassen zu bekämpfen (u.a. mit der Parole 'den eigenen Kopf gebrauchen'), dient also nicht bloß der Schaffung des 'neuen Menschen' im KB – gewissermaßen als Vorleistung auf die sozialistische Gesellschaft – sondern erhöht hier und heute die differenzierte Einsatzfähigkeit unserer Kader, das selbständige Lösen bestimmter Fragen und Probleme etc.pp.

Zwischen erstrebenswertem Zustand ('konkrete Utopie') und revolutionärer Zweckmäßigkeit hier und heute klafft offensichtlich ein prinzipieller Widerspruch, den aber eine Reihe unserer Kritiker(innen) vernebeln (wollen). Einig sind wir mit ihnen, praktikable Anstrengungen zur Verringerung dieses Zwiespalts zu unternehmen. Warten tun wir allerdings vor unerfüllbaren Erwartungshaltungen, die erfahrungsgemäß allzuoft und allzusehr in Resignation (schrittweise Verweigerung, Herausziehen aus den Arbeitszusammenhängen des KB, Austritt, Zerfall ganzer Einheiten) führen können.

Abgegrenzt haben wir uns also von einer Tendenz, die die Verwirklichung utopischer (also durchaus revolutionärer) Ziele hier und heute u n a b h ä n g i g von der politischen Aufgabenstellung des KB fordert, die also unserer Organisation den hauptseitigen Charakter eines 'Zweckbündnisses' absprechen will. Leider haben sich unsere Kritiker mit dieser Problematik kaum befaßt und es vorgezogen, über die positiven Aspekte des Utopismus im allgemeinen zu rasonieren.

Die Genossinnen der AG Frauen Göttingen schreiben, wir brauchten viel mehr Genoss(innen), die ihre 'Utopien' für die „persönlich-politische Emanzipation“ in der Organisation „ernst nehmen, damit wieder Leben in die Bude kommt“, und zitieren dann Lenin, aus „Was tun?“, zum berechtigten Träumen. Sie vergessen dabei, daß Lenins Traum sich auf den Plan einer Zeitung als „kollektiver Propagandist, kollektiver Agitator und kollektiver Organisator“ bezog, die er mit einem „Gerüst“ um „ein in Bau befindliches Gebäude“

(Aufbau der SdAPR aus dem Zirkelwesen) verglich, Lenin also von den politischen Ergebnissen des geplanten und möglichen nächsten politischen Schritts träumte. Diesen Lenin sollten wir auch nicht vergessen, liebe Genossinnen der AGF Göttingen:

„Die alten utopischen Sozialisten hatten die Vorstellung, man könnte den Sozialismus mit anderen Menschen aufbauen, sie könnten zuerst nette, blitzsaubere und vortrefflich geschulte Menschen erziehen und dann mit ihnen den Sozialismus aufbauen. Wir haben uns darüber immer lustig gemacht und erklärt, daß das Spielerei, ein Zeitvertreib für in Sozialismus machende gezielte Jungfrauen ist, aber keine ernste Politik.“

Wir wollen den Sozialismus mit den Menschen errichten, die der Kapitalismus erzogen, die er verdorben und demoralisiert, dafür aber auch zum Kampf gestählt hat.“ („Erfolge und Schwierigkeiten der Sowjetmacht“, Bd. 29)

## Waffenstillstand mit dem Feminismus?

Wir schrieben in AK 160, daß unter den „Rahmenbedingungen“ einer Nicht-Auseinandersetzung mit feministischen Strömungen im AK innerhalb unserer Organisation die „grauen Zonen des Feminismus“ wachsen, was LG-Mehrheit und AG Frauen bestritten: Unser Vorwurf des 'Waffenstillstandes' sei völlig aus der Luft gegriffen. Sehen wir uns an, wie die Genoss(innen), die die Mehrheitsposition teilen, dies unserem Geschmack nach ehrlicher betrachten:

„Die Kritik der Zentrumsgeossen, daß sich im AK zu wenig mit den verschiedenen Strömungen der Frauenbewegung auseinandergesetzt wird, kann ich durchaus unterstützen. Es gibt Themen, die in der Frauenbewegung bzw. Zeitschriften wie 'Emma' oder 'Courage' breit diskutiert werden, und zu denen nichts im AK steht. Hier auf sollte mehr Wert gelegt werden, zumal doch zumindest die Genossinnen, die Frauenarbeit machen, diese Auseinandersetzung ständig führen. Aber wieso weist dieser Mangel gleich auf eine 'offene Flanke zum Feminismus' hin?“ (B., aus Harburg).

Wir haben nicht gesagt, daß die Nicht-Auseinandersetzung im AK auf eine „offene Flanke“ hinweist, sondern „Rahmenbedingungen“ schafft, in denen „Grauzonen ...“ wachsen können und dies anhand innerorganisatorischer Debatten nachgewiesen. B. stellt also fest, daß sie einige Themen im AK vermisst. Sie schreibt dann weiter: „Gerade aus der Frauenbewegung (und auch vom feministischen Teil) habe ich bisher eine ganze Menge politisch und persönlich gelernt. Und ich betrachte es als eine gute Seite des KB, daß wir uns aus den meisten dieser Diskussionen nicht herausgehalten haben. Die blitzblanke, saubere, proletarische Frauenbewegung läßt sich nun mal nicht aus dem Boden stampfen, auch wenn es einige Zentrumsanleiter sich so wünschen. ... Und wenn uns das alles zu feministisch und unrevolutionär wäre, könnten wir gleich die Frauenarbeit aufgeben“.

B. macht hier folgenden Fehler: sie verwechselt unsere Kritik (fehlende Auseinandersetzungen im KB mit feministischen Strömungen), die sie z.T. – wenn auch nicht in den Folgen – teilt, mit unserer Bündnispolitik. Schärfer kommt dies noch in der Flensburg-Zuschrift zum Ausdruck: „Die Analyse des 'Waffenstillstandes' halten wir für nicht sauber, zumindest unterschlagen Sie einige Artikel der AGF. Richtig ist sicherlich, daß hier nicht der Schwerpunkt der Auseinandersetzung lag – aber das ist auch gut so.“

Drei Absätze vorher heißt es: „Wenn im ersten Teil der (Zentrumsleitungs)Artikel sogar 'Hilfslosigkeit' der Genossinnen konstatiert wird, daß subtile Formen von Frauenunterdrückung nach wie vor breit im KB existieren (Entsolidarisierung), sollte dieses Problem auch z u e n d e g e d a c h t u n d i n S a c h e n F e m i n i s m u s m i t g e m a c h t w e r d e n ! Denn diese Situation der Genossinnen ist das Problem und hat als Echo oder Reflex den Feminismus bedingt“ (Herv. von uns).

B. setzt unserer Kritik den derzeitigen Charakter der „Frauenbewegung“ gegenüber. Denkt man/frau in dieser Logik einen Schritt weiter – wir wollen dies B. nicht unterschieben – so landet man/frau bei der Aussage, daß eine schärfere ideologische Kontroverse mit den kleinbürgerlichen feministischen Strömungen unsere bundnispolitische Arbeit be-

hindert. Schärfere innerorganisatorische Debatte = sektiererische Bündnispolitik?

Auch Ma., Gd., HN akzeptieren weitgehend unsere Einschätzung bezüglich der AK-Auseinandersetzung. Sie halten allerdings nicht aus bundnispolitischen Gründen, sondern wegen des in der Organisation weit verbreiteten Chauvinismus die Nicht-Auseinandersetzung für vernünftig. In ihrer Polemik werfen sie uns einen „voluntaristischen und unmateriellen Gedankengang“ vor, weil wir geschrieben hatten, „unter diesen Rahmenbedingungen“ ist es u.E. gar nicht verwunderlich, wenn innerhalb unserer Organisation die „grauen Zonen des Feminismus“ wachsen, v.a. in solchen Organisationsteilen, die nur über ungenügend qualifizierte und geschulte Genossinnen verfügen“. Wir schrieben nicht – und das könnte zurecht als 'unmaterialistisch' bezeichnet werden, daß die fehlende Auseinandersetzung die U r s a c h e für feministische Fehlströmungen ist, sondern 'Rahmenbedingungen' für ein Anwachsen dieser Fehlströmungen schafft und teilen durchaus die Meinung, daß der Chauvinismus in unseren Reihen „als Echo oder Reflex des Feminismus bedingt“. Aber folgt daraus, daß wir „in Sachen Feminismus“ mitmachen sollten? Anleihen beim Feminismus – den unterschiedlichsten Ideologien der kleinbürgerlichen Frauenbewegung – sind eine spontane Antwort auf den Chauvinismus und die Entsolidarisierung, aber diese Anleihen sind auch falsche Antworten, kein natürliches Gegengewicht gegen Chauvinismus und Entsolidarisierung. Sie müssen kritisiert werden, damit unsere Genossinnen gegen Chauvinismus und Entsolidarisierung die richtigen Antworten und Waffen zu gebrauchen wissen.

## Belege zusammengesucht?

### Belege zusammengesucht?

In mehreren Zuschriften ist uns vorgeworfen worden, wir hätten zwar Ha./Kl. bezüglich der frauenfeindlichen Aspekte ihrer Zuschriften kritisiert, dann aber – indem wir uns hauptsächlich in unseren Artikeln mit Frauenpolitik beschäftigt hätten – dasselbe wie Ha./Kl. praktiziert. In einer Zuschrift aus der Eimsbütteler Kerngruppe werden wir „verteidigt“: Nach Ansicht des Autors hätten wir uns mit unserer Frauenpolitik deswegen beschäftigt, weil die Fehler und Mängel dort „ihren direktesten Ausfluß auf unsere Massenpolitik“ hätten. Ähnlich Cl., KHB Göttingen: „Die Tatsache, daß die Frauenpolitik in den Mittelpunkt der Krisendiskussion gerückt ist, kann man/frau doch nicht den provokativen Fähigkeiten zweier Genossen zuschreiben, sondern ist doch vielmehr A u s d r u c k dieser Krise!“ Diese Positionen teilen wir s o n i c h t. U.E. nach haben sich liberalistische und individualistische Fehlströmungen im Verlauf der Krise in unseren Reihen auf vielen Sektoren ausgebreitet, die Frauenpolitik stand für uns ausschließlich deswegen im Mittelpunkt unserer Analyse, weil wir uns in die seit AK 156 begonnene Debatte einschalten wollten und daher am Thema längs argumentieren mußten. Der Vorwurf der „Sündenbockthese“ ist in diesem Zusammenhang absurd.

Ebenso absurd ist der Vorwurf einiger Kritiker(innen), wir hätten bezüglich der grauen Zonen des Feminismus vorher die Einschätzung gehabt und dann die Belege zusammengesucht. Eine solche Argumentation, wie sie auch in den zentralen Mehrheitsartikeln gegen uns auftaucht, hat eigentlich nur dann einen Sinn, wenn diese 'grauen Zonen' überhaupt geleugnet werden sollen.

Wie verstehen sich dann aber frühere Aussagen der AGF dazu, die diese Strömungen wie z.B. im AK 155 zu beschreiben versuchen. Wie verstehen sich dann vor allem die Zuschriften von LG-Mehrheitsseite auf Ha./Kl., die o h n e einen angeführten Beleg von (z.T. m a s s i v e m) Feminismus sprechen? Es sind z.T. die gleichen Genoss(innen), die noch vor zwei Wochen dies konstatierten, uns jetzt aber „vorgefaßte Meinung“ vorwerfen.

Die Genossin K. aus Braunschweig schreibt dazu, sie lehne unsere Methode – sich aus innerorganisatorischen Protokollen ein Bild der wichtigsten konkreten Erscheinungsformen pro-feministischer Tendenzen im KB zu machen, wobei wir einschränkend gesagt hatten, man/frau möge uns nachsehen, wenn wir kein vollständiges Bild wiedergäben bzw. das eine oder andere Zitat nicht vollständig richtig interpretierten – ab

und begründet dies mit unserer „Behandlung“ eines Zitats aus dem Protokoll des niedersächsischen Frauenkommissionstreffens vom 24.6.79: wir hätten a. durch Auslassungen das Zitat gefälscht und b. ein Protokoll vom 27.6.79, in dem die Position revidiert würden, bewußt weggelassen. Zu a.: Wir schrieben in AK 160: „Ein krasses Beispiel der Entsolidarisierung unter Frauen unter der speziellen Flagge des Feminismus im KB: Von einigen Frauen (es handelt sich um Braunschweiger KB-Genossinnen) wird generell eine Zusammenarbeit und auch ein Zusammenleben mit Männern abgelehnt bzw. feste Zweierbeziehungen kritisiert. Diese Position geht so weit, einer Genossin, die ein Kind erwartet, eine wie auch immer geartete Unterstützung zu verweigern, da sie mit einem Mann zusammenlebt, der auch noch als 'Obermacker' gilt. Meulenbelt darf sich freuen ...“ Die fettgedruckten Wörter zitierten wir nicht mit. Unter Einschluss dieser zehn Wörter, der angeblichen Belegfälschung, würde sich u.E. an der Bewertung – vorausgesetzt insgesamt, das Protokoll gibt die Positionen richtig wieder – absolut nichts ändern, eher im Gegenteil! Gerade wenn der Mann ein 'Obermacker' ist – also besonders frauenfeindlich auftritt – würde der Entzug der Solidarität unserem Geschmack nach noch schwerer wiegen, als es bei uns zum Ausdruck gekommen ist. Die Hinzunahme „bzw. feste Zweierbeziehungen kritisiert“ kann im ganzen Sinnzusammenhang u.E. nach nur bedeuten, daß einige Genossinnen in Braunschweig für sich selbst Zusammenarbeit/Zusammenleben mit Männern ablehnen und bei anderen Genossinnen „feste Zweierbeziehungen kritisieren“. Dementsprechend folgt ja im Protokolltext: „Diese Position“ – also die Ablehnung der eigenen Zusammenarbeit und des eigenen Zusammenlebens u n d die Kritik an anderen Genossinnen, die in der Zusammenarbeit und des eigenen Zusammenlebens u n d die Kritik an anderen Genossinnen, die sich diesem Kodex nicht fügen, „geht so weit ... usw.“

Es mag ja sein, daß die Protokollierung falsch ist, nichts wäre uns lieber als das, aber dann müßte K. dies ehrlicher Weise doch wohl kritisieren und nicht uns „unredliches“ Zitieren vorwerfen. Keineswegs geht jedoch aus der gesamten Protokollstelle ihre Fassung hervor, daß „e i n e Frau zu dem Zeitpunkt eine Zusammenarbeit und Zusammenleben mit Männern abgelehnt hat (genauer: in Frage gestellt hat) und daß andere Frauen feste Zweierbeziehungen kritisiert haben“ und „eine Genossin zunächst ihre Unterstützung in der Kinderfrage verweigert“, weil sie mit dem dazugehörigen 'Obermacker' nicht klarkommt ...“.

b. K. wirft uns weiter vor, wir hätten bewußt die Änderung dieser Standpunkte, die aus dem Protokoll vom Braunschweiger Genossintreffen am 27.6.79 hervorgehe, weggelassen. Aus diesem Protokoll geht nach ihren eigenen Angaben 1. hervor, daß es „zu einfach bzw. falsch (?) ist, die Auseinandersetzung um die Unterstützung in der Kindererziehung auf die Mackerfrage zu reduzieren“ und daß 2. „die Diskussion nicht abgeschlossen ist, d.h. daß jede Genossin ein Interesse an der Weiterführung der Auseinandersetzung hat“. Ist d a s e i n e „deutlich ersichtliche“ Zurücknahme wie K. behauptet?

Wir gehen davon aus, daß K. insoweit recht hat, als daß unpräzise Angaben in den Protokollen ein falsches Bild der Braunschweiger Situation wiedergeben und daß das, was wir mit „spezieller Flagge des Feminismus“ im Sinne der Meulenbelt'schen Entsolidarisierung gekennzeichnet haben, nicht auf einige Braunschweiger Genossinnen zutrifft, sondern „nur“ auf eine Genossin zu dem Zeitpunkt. Aber was ändert das? Eine Genossin kann für sich das gleiche Recht auf Kritik in Anspruch nehmen wie mehrere. Ideologische Fehlpositionen haben sich im Verlauf der Krise auf zahlreichen Sektoren unserer Politik eingeschlichen und dabei einzelne Genossinnen und Genossen, Ortsgruppen und Arbeitsfelder mehr oder weniger erfaßt. Im einzelnen haben diese Fehlströmungen kaum oder wenig Bedeutung, in ihrer Gesamtheit sind sie allerdings schwergewichtig. Falsch ist es daher, die einzelnen Fakten herunterzuspielen – etwa wie bezüglich der „grauen Zonen“: „Ist doch nur eine Genossin“, „sind inzwischen ausgetreten“, „Ortsgruppe faktisch aufgelöst“, „Sorgenkinder des KB“. Nach dieser „Logik“ müßte mit dem ideologischen Kampf gewartet werden, bis es zu spät ist!

A., Mitglied der Zentrums-Leitung



# Schwierigkeiten beim Zählen?

In AK 160 hatten wir zum letzten Jahr AK-Frauenberichterstattung bemerkt, daß sich „nur ganze vier Artikel mit Abgrenzungen von feministischen und Modeströmungen befassen“, bzw., daß eigentlich nur der Artikel zur Walpurgisnacht in AK 154 dem Kriterium einer Auseinandersetzung mit und Abgrenzung vom Feminismus standhält. Wenn jetzt die AG Frauen noch 21 (gemeint sind 20) weitere Artikel zum angeblich selben Themenkomplex auflistet, so sind wir zugegebenermaßen daran nicht ganz unschuldig, da die beiden von uns selbst angegebenen Artikel zum Frankfurter Sekretärinnen-Kongreß und der zum Hamburger Frauenzentrum sich auch nur als Nebenpunkt mit den Abgrenzungspraktiken von autonomen Frauen gegenüber Kommunistinnen beschäftigen. Daß wir solche Artikel wie „Frauen zum Bund“ oder „Zur Ladenschlußkampagne von Emma“ nicht mit in unsere Auflistung aufgenommen haben, lag an einer von uns zu eng gefaßten Interpretation des Begriffs „Modeströmung“, den wir mit dem Feminismus gleichsetzten, und wir gestehen hiermit der AG Frauen gerne zu, daß diese Artikel eine gute Auseinandersetzung mit benannten Strömungen beinhalten.

Ein Versäumnis unsererseits war auch, den Artikel „KB-Frauenpolitik: Wie rauskommen aus der Sackgasse?“ (AK 155, S. 17) nicht gesondert hervorgehoben haben. Dieser Artikel zeigt am Beispiel mehrerer Hamburger Bereiche und Bezirke auf, wie es – trotz anfänglichen Widerstandes – von Genossinnen – gelungen ist, der Frauenpolitik wieder größeren Stellenwert zu verleihen.

Dennoch scheint uns die Behauptung der AG Frauen „in 21 weiteren Artikeln (über die viel von der „Zentrumsleitung“ entdeckt hin- und hergefahren wird und andere Genossinnen uns durchaus mit diesen Abgrenzungen von feministischen und Modeströmungen“ etwas wagemutig. Da werden z.B. fünf Leserbriefe zu Filmgesprächen, (auf der Kulturseite abgedruckt), als solche Auseinandersetzungsartikel gewertet (AK 140, S. 31 und AK 142, S. 58). Diese Debatte entzündete sich an der Besprechung des Films „Spitzenklöpplerin“ in AK 138, die folgendermaßen abschloß: „Meiner Meinung nach ist ‚Die Spitzenklöpplerin‘ ein sehenswerter, auf einfache sehr menschlicher Film, der aufzeigt, wie sensible Menschen und gerade Frauen, an einer gescheiterten Beziehung zerbrechen können. Er gibt Denkansätze, an Menschen verantwortungsbewußter heranzugehen, ihre Probleme ernst zu nehmen und zu versuchen, diese zu verstehen.“ In AK 140 kritisierte eine Genossin von den Genossen die Einseitigkeit, zu versuchen, diese zu verstehen.“ In AK 140 kritisierte eine Genossin und ein Genosse diese Einschätzung, bezeichneten den Film als tendenziell kitschig („Hier wird ein reaktionäres frauenfeindliches Bild von der anspruchsvollen, aufopfernden Frauenliebe gezeichnet, wie es schon seit Ewigkeiten existiert.“), bemängelten, daß jede Andeutung eines eigenständigen Ranges der Frau fehlt und stellen zum Schluß die Fragen: „Warum kommt dieser Film aber auch bei vielen Linken und linken Frauen an? Hat sich vielleicht in die ‚Beziehungsdebatte‘ etwas Falsches eingeschlichen?“ In eine ähnliche Richtung zielt der Leserbrief von Jürgen/Göttingen, der das Scheitern der Beziehung daraus erklärt, daß die „Spitzenklöpplerin“ und ihr Freund „in ganz verschiedenen Welten, K l a s s e n, (leben) und hier ist das Scheitern ihrer Beziehung zu suchen.“ (AK 140, S. 31) Jürgen gibt im selben Leserbrief noch eine längere Darstellung des Films „Christa Klages“ der seiner Meinung nach unrealistisch bis verlogen ist und fordert von einer kommunistischen Filmkritik, daß die in den Filmen vertretene Ideologie vom Kopf auf die Füße gestellt und ihr Klassencharakter erklärt wird. Im AK 142 antwortet E./Kulturkommission auf die beiden Leserbriefe, indem sie den Film zum einen verteidigt, weil er „das Leben einer ‚normalen‘ Frau, ihre Unterdrückung ohne Beschönigung beschreibt und darstellt, wie sie kaputtgemacht wird und an ihrer Situation zugrunde geht“, zum anderen wirft E. den Verfasser(inne) vor, daß sie die „Schuld allein bei der Frau suchen, in ihrer Unfähigkeit sich zu wehren“. Jürgen Position mit dem Hinweis auf die Klassenverhältnisse sogar darauf hinaus, daß diese Verhalten das

Mannes in Schutz zu nehmen. Angesichts dieser Diskussionsbeiträge (von Jürgen und anderen) befürchtet E., „daß sich in die Diskussion um Frauen und Beziehungen etwas Falsches eingeschlichen hat“.

Der vierte Leserbrief von Hartmut/Hamburg (auch Kulturkommission) dreht sich v.a. um die Rangweise an Filme. Er kritisiert die Leserbriefschreiber(innen) aus AK 140, die ein „happy end“ in Form einer „emanzipatorischen Lösung“ sehen wollen: „... Warum eigentlich soll der Zuschauer/die Zuschauerin immer die Antwort geliefert kriegen? ... Ich möchte nämlich an einem Film irgendwie beteiligt sein. D.h. ich möchte meine eigenen Schlüsse ziehen können. ... Darum will ich keine ‚positiven Wendungen‘ und keine – zwangsläufig oft platten – ‚klassenmäßigen Bestimmungen‘.“ Hier wird nicht mal mehr zur Kontroverse Stellung bezogen, sondern die ganz und gar persönlichen Wünsche in den Vordergrund geschoben.

Der fünfte Leserbrief schließlich (von Gerd/Eimsbüttel) beschäftigt sich mit Kriterien für eine kommunistische Filmkritik am Beispiel der Dreiecksgeschichte „Warum nicht?“. Diese Debatte war sicher interessant und die Genoss(innen) mögen uns bitte verzeihen, wenn wir hier nur sehr gerahmte Gedanken dargestellt haben, aber – um zum Ausgangspunkt zurückzukommen – haben wir nicht herausgefunden, was das mit einer Auseinandersetzung mit dem Feminismus zu tun hat. Wir sind aber gern bereit, uns von der AG Frauen überzeugen zu lassen und warten auf eine Antwort.

Ebenfalls nicht gelten lassen würden wir Leserbriefe von Genossinnen, die gerade eine stärkere Auseinandersetzung mit feministischen Positionen fordern, bzw. kritisieren, daß diese zu knapp ausfällt, wie die Genossin in AK 136 (S. 22), die sich freut, daß ein Interview mit einer schwulen Frau im AK abgedruckt war und darüberhinaus feststellt: „Eine Frau, die Feminismus als Theorie und Lesbisches als Praxis inhaltlich nicht richtig findet, steht in der Tat erstmal alleine. Ich glaube, wir müssen uns da auch ganz einfach die Frage stellen, ob wir bislang hier nicht die politische Auseinandersetzung haben unter den Tisch fallen lassen und somit auch radikal-feministischen Standpunkten und Strömungen freien Lauf gelassen haben. Ich meine schon, daß schwule Frauen auch eine andere politische Alternative haben, als sich ins feministische Lager absetzen. Die Diskussion ist voraus, daß wir in die Diskussion einsteigen, und das will ich eigentlich mit diesem Leserbrief erreichen.“ Ähnlich argumentieren zwei Genossinnen in ihrem Leserbrief zum „Stern“, diesem Leserbrief erreichen. „Ähnlich argumentieren zwei Genossinnen in ihrem Leserbrief zum „Stern“, Prozeß, in dem sie feststellen, daß „wir als KB der feministischen Politik teilweise sehr wenig an Analysen und vereinheitlichten kommunistischen Frauenstandpunkten entgegenzusetzen haben.“ Die Genossinnen fordern „intensivere Auseinandersetzungen um feministische oder bürgerliche Frauenstandpunkte“. Insbesondere hier gehört schon reichlich „Mut“ dazu, diese Kritiken über so wenig antifeministischen Kampf im AK, jetzt gegen uns als eben das Gegenteil, nämlich als (gelaufene) Auseinandersetzung mit dem Feminismus umzuinterpretieren.

Dem Kriterium, sich mit dem Feminismus auseinanderzusetzen, halten auch Artikel wie „Feministische Theorie und Praxis in sozialen und Pädagogischen Berufsfeldern“ (AK 145, S. 33), „Hausfrauengewerkschaft gegründet“ (AK 148, S. 31) und „Frauenpartei – Gründung aufgeschoben“ (AK 155, S. 19) nicht stand. Im erstgenannten Artikel wird ein Kongreß des Vereins „Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen“, an dem sich über 1.000 Frauen beteiligten, geschildert. Als Kontroversen werden b e n a n n t: Ist Erziehungsgeld schädlich für die Frauen, weil sie dadurch weiter aus Haus gefesselt sind oder soll frau jetzt mehr Zeit zur Verbesserung ihrer materiellen Situation annehmen? In der AG „Was heißt Feminismus in der Schule?“ und in der AG „Mädchenarbeit“ gab es eine Auseinandersetzung um die Frage der besonderen Parteilichkeit für Mädchen, die ein Großteil der Frauen mit Hinweis auf die schlechten Bedingungen für alle Schüler ablehnte. Hier setzt auch die Kritik der Verfasserinnen ein, nämlich daß der „Kongreß“ eine

Frauen primär ein Berufskongreß war; sie wurden offensichtlich über ihr berufliches Interesse und ihre eigene Rolle im Beruf und weniger über ein mehr globales Interesse an Frauenfragen angesprochen.“

Im Artikel „Hausfrauengewerkschaft gegründet“ werden einige Informationen zum Programm der von Frau Dr. Heuer gegründeten „Gewerkschaft“ gegeben: Ziel ist es, eine „tatsächliche Anerkennung der Hausfrauentätigkeit als Beruf zu erreichen. Die Einführung einer Krankenversicherung für Hausfrauen und eine angemessene Altersversorgung einzusetzen.“ Kritisiert wird, daß in dem Programm „eine kritische Auseinandersetzung mit der üblichen Rolle der Frau als Nur-Hausfrau und Mutter“ fehlt. Weiterer Kritikpunkt ist, daß Frau Heuer „teilweise völlig unsinnige und vor allem sehr radikal klingende Kampfformen“ vorschlägt (Boykott der Kinderbekleidungsbranche, Schulstreik der Mütter u.a.). In dem Artikel wird abschließend die ganze Gewerkschaftsgründung als „totaler Alleingang“ eingeschätzt. Die bestehenden Frauenorganisationen blieben von der „Gründung“ bewußt ausgespart.

Zum Frauenpartei-Artikel haben die Autorinnen selbst eine kurze Stellungnahme verfaßt (s. Kasten).

Wir meinen, daß die angegebenen Beispiele genügen, um aufzuzeigen, daß es tatsächlich keine Frage ist, wer besser zählen kann und wer den letzten Jahrgang AK-Frauenberichterstattung fleißiger durchstudiert hat. Unsere Meinungsverschiedenheit liegt darin, ob ein Benennen feministischer Positionen in Artikeln bereits als Auseinandersetzung mit diesen ausreicht.

Wir halten das für ungenügend und haben deshalb in unserem „Grauzonen“-Artikel versucht – auch in Abgrenzung zum Nur-Aufzählen der verschiedenen feministischen Strömungen im KB – wie es die AG Frauen in ihrem „Zwischenbilanz“-Artikel (AK 151) und dem Bericht über die erste Frauenversammlung im KB (AK 155) gemacht hat – uns mit verschiedenen Quellen pro-feministischer Tendenzen im KB auseinanderzusetzen.

Sehr schade, daß die AG Frauen auf diese Auseinandersetzung nicht eingestiegen ist.

Noch eine Bemerkung zum Schluß: Unseres Erachtens fällt gerade der Bericht der AG Frauen über die 1. Frauenversammlung im KB hinter die Diskussion auf dem Treffen selbst zurück. Dort wurde sehr engagiert über die verschiedenen Positionen diskutiert und einige Genossinnen setzten sich sehr kämpferisch mit pro-feministischen Tendenzen auseinander. Wieso sollte das im AK nicht auch möglich sein?

E. Genossin der „Zentrums-Leitung“

E. Genossin der „Zentrums-Leitung“

## Ein antifeministischer Artikel von uns?

In ihrer Stellungnahme „Wir lassen uns unsere Arbeit nicht kaputtmachen!“ (AK 161) führt die AG Frauen eine Reihe von AK-Artikeln auf, mit denen die These der ZL vom „Waffenstillstand gegenüber dem Feminismus“ widerlegt werden sollen. Wir waren sehr erstaunt, darunter auch den Artikel über das erste Treffen zur Gründung einer Frauenpartei zu finden (AK 155). Dieser Artikel wurde von uns in Schleswig-Holstein geschrieben. Er ist lediglich ein freundlicher Bericht über das Treffen und gibt verschiedene Meinungen wieder zu Fragen wie, ob Männer mitmachen dürfen oder nicht. Keinesfalls ist dieser Artikel eine Auseinandersetzung mit den dort vertretenen Positionen oder gar mit dem Projekt „Frauenpartei“ insgesamt.

Genossinnen aus Schleswig-Holstein

## Soll die Frauenpolitik der Auseinandersetzung entzogen werden?

– Stellungnahme einer Genossin der AGF –

Ich war und bin nicht einverstanden mit dem Artikel der AG Frauen Hamburg „Wir lassen uns unsere Frauenpolitik nicht kaputt machen“, der als Antwort auf die Artikel der Zentrums-Leitung gedacht war.

Ich bin nicht damit einverstanden, daß leitende Genossen für die Arbeit in Hamburg und außerhalb prinzipiell als inkompetent hingestellt werden, sich mit der Frauenpolitik auseinanderzusetzen. Dabei wird völlig übersehen, daß es sich hierbei nicht um einzelne taktische Schritte in einem Bereich handelt, sondern um eine politische-ideologische Auseinandersetzung mit Fehlströmungen im KB, zu der möglichst viele Genossinnen und Genossen Stellung beziehen sollten.

Der Antwort-Artikel der AG Frauen knüpft an eine jüngere Erscheinung an. Bereits in einer Antwort zu den Göttinger Artikeln von Ha./Kl. schrieb eine Genossin der AG Frauen in Zusammenarbeit mit einer Genossin aus dem LG des KB („Oh tut mir der Busen weh, wenn ich diese Chauvis sehe“, AK 157): „Nein, am besten ist, ihr (gemeint sind die Männer) seid erstmal ganz still, ihr laßt uns unseren Weg gehen! Wir wollen uns emancipieren, wir wollen uns nicht vorschreiben lassen, was wir diskutieren sollen! Wir werden Artikel schreiben, die uns gefallen, wir werden lesen, was uns gefällt und wollen uns eine eigene Meinung über diese Bücher bilden...“

Das widerspricht nicht nur der Parole „Macht die Frauenpolitik zur Politik der Gesamtorganisation“, sondern bedeutet die Ausgrenzung der männlichen Genossen aus einem wesentlichen Teil der Politik einer kommunistischen Organisation. Wichtiger hierbei scheint der Umstand, daß mit solchen Parolen (Jede Frau bestimmt allein) die Frauenarbeit der ideologischen Auseinandersetzung entzogen werden soll.

Ich bin auch nicht einverstanden mit der Methode, eine inhaltliche Kritik mit angeblicher Müdigkeit, Langeweile und Desinteresse der Kritiker zu kontern. Einmal belegen die Artikel der ZL selbst ein Interesse, zum anderen sollten wir ein solches Angebot zur Auseinandersetzung aufgreifen und sehen, an welchen Punkten sie uns weiterbringen und nicht mit Argumenten unter der Gürtellinie beantworten.

Ich stelle mich auch dagegen, die Auswertung von Berichten aus Ortsgruppen und Frauengruppen als unwissenschaftlich zu bezeichnen. Es wäre falsch, auf eine solche Untersuchung zu verzichten. Gerade wenn bestimmte Strömungen, die von einer kommunistischen Position abweichen, von fast allen Seiten bestätigt werden, ist es falsch darauf zu warten, bis sie sich selbst im AK artikulieren haben. Fehlströmungen, wie der Feminismus oder artverwandte Ideen, können um so besser wuchern, wenn sie im Verborgenen bleiben. Im Artikel der AG Frauen wird als unlautere Beweisführung angesehen, daß Berichte von Frauen, die nicht mehr im KB sind, von problematischen Bereichen und faktisch aufgelösten Ortsgruppen verwendet wurden. Wenn wir uns auseinanderzusetzen wollen mit Strömungen, die eine kommunistische Organisation in Frage stellen, können wir gerade auf Berichte nicht verzichten, die Auflösungstendenzen beinhalten und begründen.

Im übrigen wird jede Genossin der AG Frauen bestätigen können, daß reihenweise ähnliche Zitate aus vielen Ortsgruppen ebenfalls in unseren Protokollen zu finden sind, und zwar nicht nur von schon zerfallenen Ortsgruppen oder allgemeinen „Sorgenkindern“. Gerade diese Berichte machen doch deutlich, wie notwendig die Auseinandersetzung ist. Oder wollen wir warten, bis die Strömung so breit ist, daß die Arbeit als Kommunistin eine immer geringere Rolle spielt, um dann endlich sagen zu können: Jetzt lohnt sich die Auseinandersetzung wenigstens. Darauf würde ich nicht gerne warten wollen. Ich glaube auch nicht, daß den kritisierten Genossinnen damit gedient ist. Sie sollten ein Recht auf Kritik (und Anleitung) haben.

Ich halte es für einen großen Fehler, daß im Artikel der AG Frauen die inhaltliche Auseinandersetzung, wie sie die ZL führt, als dirigistisches Eingreifen bewertet wird. Das heißt nichts anderes, als daß wir eine offene Auseinandersetzung um unsere Politik ablehnen. Gerade davor sollten wir keine Angst haben. Wenn wir von vornherein politische Beiträge zum Zustand der Frauenpolitik als „Vorschriften machen“ ablehnen, verzichten wir darauf, uns über diese Beiträge kritisch und selbstkritisch weiter

zu entwickeln. Hinweise darauf, „die machen uns Vorschriften“, oder wollen unsere „4-jährige Aufbauarbeit kaputt machen“, schüren nur weiter die Angst. Das stärkt uns am allerwenigsten. Das ganze muß deshalb als unverstehlich erscheinen, wenn von der AG Frauen im Artikel „Zwischenbilanz“ geschrieben wird: „Aus mehreren Protokollen wird ersichtlich, daß die Pause in der Frauenpolitik zu vielen prinzipiellen Unklarheiten und Widersprüchen geführt hat.“ Diese Einschätzung wird bestätigt und vertieft in der Berichterstattung über die Frauen-DK.

Die AG Frauen stellt in AK 155 fest, daß es zur bisherigen Widerspruch im KB grundsätzliche Widerspruch gibt, daß Unklarheiten darüber bestehen, was Feminismus ist, daß unser Verhältnis zur feministischen Frauenbewegung ungeklärt ist und daß unklar ist, wie wir sie einschätzen und wie wir ihr gegenüber unsere Aufgabe definieren. Dazu steht in einem unkommentiert abgedruckten Leserbrief im AK 137: „Außer dem haben wir als KB der feministischen Politik teilweise sehr wenig an Analysen und vereinheitlichten kommunistischen Frauenstandpunkten entgegenzusetzen. Und so werden Themen oft von uns aufgegriffen und kommen nicht von uns. Wir glauben, daß die Ursachen hauptsächlich in einer zu schwachen Frauenpolitik unsererseits liegen. Den Schuh ziehen wir uns ebenso an, wie ihr ihn euch anziehen solltet. Weiterhin meinen wir, daß eine ähnliche Sache vorliegt, wie sie z.B. bei der BI-Arbeit auftritt. Nämlich, daß Genossen, statt kommunistische Politik zu vertreten, immer radikaldemokratischer werden, nicht vorwärtstreibend wirken, sondern vorwärts. Dies liegt auch an der mangelnden Diskussion und an der ideologischen Versumpfung, die im Frauenbereich eben auch herrscht. Wir sollten in diesem Bereich weiter Schulen und intensivere Auseinandersetzungen um feministische oder bürgerliche Frauenstandpunkte führen.“ Soweit das Zitat. Kurioserweise greift die AG Frauen diesen Artikel als einen Beitrag in ihrer Aufzählung heraus, in dem wir uns mit feministischen Standpunkten auseinandergesetzt hätten. Tatsächlich ist das Unsinn. In diesem Artikel wird die Auseinandersetzung überhaupt erst gefordert und begründet, weshalb wir sie führen sollten. Aber dies nur nebenbei.

Das Wesen dieser Kritik ist, daß wir heute hauptsächlich von bürgerlich-demokratischen Bewegungen umgeben sind. Das bringt mit sich, daß wir im wesentlichen nur eine radikaldemokratische Massenpolitik machen können. Darin liegt aber die Gefahr, daß wir uns den Inhalten dieser Bewegungen anpassen. Wir haben deshalb naturgemäß eine offene Flanke zu kleinbürgerlichen Ideologien, die sich auch in der Organisation der kleinbürgerlichen Ideologien, die sich auch in der Organisation breit machen. Um so mehr müssen wir darauf achten, eine klare ideologische Auseinandersetzung zu führen, uns in der Organisation zu festigen. Die Angst vor einer solchen Auseinandersetzung ist bereits Ausdruck unserer Schwäche. Und die Angst kommt zum Vorschein, wenn wir einen Ansatz solcher Debatten mit der Überschrift beantworten, sie mache unsere Frauenpolitik kaputt. Wieso kann etwas, was uns stärkt, unsere Arbeit kaputt machen.

In diesem Zusammenhang ist meines Erachtens wichtig, ein Zitat im Artikel der AG Frauen genauer zu beleuchten:

Die AG Frauen (Mehrheit) schreibt: „es ist doch überdeutlich ein Witz, einerseits die objektiven Bedingungen der Krise anzuerkennen – und das tun ja bisher auch noch die Genossen der ZL – andererseits aber völlig losgelöst vom Auf und Ab der Frauen- und linken Bewegung unsere Frauenpolitik angreifen zu wollen.“ Ähnlich sagt die Mehrheit des LG in ihrem Artikel „Blinder Eifer schadet nur“, ein Ziehen schärferer Konturen könne katastrophale Folgen für unsere Bündnispolitik haben.

Ich möchte als Kommunistin in meinen Grundsatzpositionen nicht abhängig sein vom Auf und Ab einer spontanen, bürgerlich-demokratischen Bewegung. Ich befürchte, daß in diesen Beiträgen schon eine Anpassung an diese Bewegungen zum Ausdruck kommt, die uns ängstlich werden läßt, wenn uns eine klare ideologische Abgrenzung begegnet.

PS: Teil II. folgt im nächsten AK nach meinem Urlaub

Cl. AG Frauen, Hamburg



# Die Diskussion geht weiter

## Mao kritisiert die Zentrumsleitung

Beim Durchlesen einiger Passagen von Mao Tse-tung hatte ich den Eindruck, daß er bei den Treffen der „Zentrums“-Leitung Mäuschen gespielt hat, um hinterher mal seine Meinung dazu aufzuschreiben.

Die Genossen sollten bei ihrem weiteren Vorgehen auf einen älteren Herren besser achten! „Es gibt einige Genossen, die große Angst davor haben, daß die Massen Diskussionen entfalten und andere Meinungen als die Führungsorgane und Leiter äußern. In jeder Diskussion unterdrücken sie die Initiative der Massen und verbieten ihnen den Mund. Diese Haltung ist äußerst übel“. Wie könnte man klarer das Verhalten der ZL gegenüber dem „Zentrum“ und dem Rest der Organisation auf den Punkt bringen? Aus welchem anderen Grund wohl haben die Genossen 2 (!) Tage (!!) nachdem ihr Artikel vorlag, von einer Hetzkampagne gegen sie gesprochen; bei berechtigter Wut gerade von Genossen gegenüber den neochauvinistischen Leserbriefen von Ha/Kl von einer „bestellten Leserbriefkampagne“ gesprochen? (...)

In den Köpfen der Genossen muß eine „eigentliche Metamorphose“ stattgefunden haben. Schrieben sie doch, sie seien ausgezogen, die Debatte fortzusetzen, der Verweigerungshaltung und der Entsolidarisierung entgegenzuwirken, schrieben sie doch in ihrem Rundbrief u.a.:

„Kampf gegen alle Formen der Entsolidarisierung ... bei strikter Einhaltung des Prinzips der Überzeugungsarbeit und scharfer Ablehnung aller Formen des Drucks, des Bürokratismus, des ‚Abschlachtens‘“. Und was machen sie in der Praxis? Sie schütern sich einen unwissenschaftlichen Artikel zusammen und versuchen die zu erwartende Kritik daran durch Diffamierung der Kritiker(innen) zu unterdrücken.

Diese Hämmer sind nicht einfach dadurch zurückzunehmen, indem man ohne jeden Hauch einer politischen Selbstkritik erklärt, daß man die Rücktrittsdrohung zurücknimmt, weil die Mehrheit das so fordert. Ein bißchen mehr ehrliche Selbstkritik muß da schon kommen, um ernst genommen zu werden. Man kann nicht die Organisation aufs Spiel setzen und hinterher lapidar erklären: „forget it“.

„Die Probleme müssen ganz offen dargelegt werden, und die Massen müssen sich äußern können. Ihr solltet den anderen erlauben, sich zu äußern, auch wenn sie euch beschimpfen. Schlimmstenfalls führen diese Beschimpfungen dazu, daß du gestürzt wirst, deinen Posten verlierst und degradiert oder versetzt wirst.“ (Mao).

Also, man keine Bange vor dem frischen Wind, den ihr angefacht habt! (...)

Man hat auch den Eindruck, als hätte Mao den „Grauzonen“-Artikel der ZL gelesen und beurteilt: „Wer eine Sache nicht studiert hat, hat kein Recht mitzureden. Hast du in irgendeiner Frage keine Untersuchung vorgenommen, dann verlierst du das Recht, darüber mitzureden. Ist das nicht barbarisch? Nein keineswegs! Hast du nämlich den augenblicklichen Stand der Frage und ihre Geschichte nicht geprüft, dann weißt du nicht, worum es sich handelt, wirst du folglich, wenn du dich zu dieser Frage äußerst, unvermeidlich in den Tag hineinschwätzen. Warum sollte es denn ungerecht sein, wenn dir in diesem Fall das Mitspracherecht entzogen wird? Viele Genossen reden den ganzen Tag lang mit geschlossenen Augen ins Blaue hinein. Für einen Kommunisten ist das eine Schande. Wie kann denn ein Kommunist vor der Wirklichkeit die Augen verschließen, dafür aber den Mund voll nehmen? Unmöglich! Ausgeschlossen! Das Hauptgewicht auf die Untersuchungen legen! Schluß mit dem Geschwätz!“

Habt ihr nicht genauso gehandelt wie die Genossen, die Mao hier kritisiert, als ihr den hanebüchlichen Versuch unternommen habt, mit halben und verfälschten Zitaten der AG Frauen einen „Waffenstillstand“ gegenüber dem Feminismus zu unterstellen. Habt ihr nicht vor der Wirklichkeit reichlich die Augen verschlossen, um aus einem Wust von zusammengestückelten Zitaten eure vorgefaßte Einschätzung zu „belegen“, anstatt euch mit der Sache erst einmal gründlich zu befassen? „Fragen untersuchen heißt sie lösen. Kannst du eine Frage nicht lösen? Nun gut,

dann untersuche doch ihren gegenwärtigen Stand und ihre Geschichte! Kennst du alle diese Umstände so gut wie deine eigene Tasche, dann findest du auch einen Weg zur Lösung der Frage. Jede Schlußfolgerung ergibt sich, wenn die Untersuchung einer Situation beendet ist, nicht wenn sie anfängt. Nur ein Tölpel zerbricht sich allein oder in Gemeinschaft mit anderen den Kopf, um ohne Untersuchung der Sachlage, sich eine Methode auszudenken, auf einen Einfall zu kommen. Doch wohl gemerkt: Er wird sich überhaupt nichts rechtes ausdenken, nichts geschicktes einfallen lassen. Mit anderen Worten, er wird ganz gewiß auf eine falsche Methode verfallen und einen falschen Entschluß fassen.“

Viele Inspektoren, viele Partisanenführer, viele Funktionäre, die ein neues Amt antreten – sie alle lieben es, kaum daß sie an ihrem Bestimmungsort eingetroffen sind, ihre Meinung über die politischen Maßnahmen zum besten zu geben, und, nachdem sie etwas Äußerliches, etwas Belangloses wahrgenommen haben, reden sie schon, eifrig mit den Händen gestikulierend, daher und erklären, dies wäre unrichtig, jenes ein Fehler. Ein solches rein subjektivistische „Daherreden“ ist doch wirklich abstoßend! Damit kann man der Sache nur schaden, wird man die Unterstützung seitens der Massen verlieren, vermag man keine Frage zu lösen.“ (Mao) (...).

Ähnlich fatal wie ihr zu der Unterstellung kommt, daß die AG Frauen gegenüber dem Feminismus einen Waffenstillstand praktiziere, unterstellt ihr, ohne es zu belegen, tendenziell nahezu allen Genossen, die ihre „privaten“ Probleme auch als einen Teil ihrer politischen Arbeit ansehen, sich überlegen, wie diese Probleme auch im Rahmen unserer organisierten politischen Arbeit angegangen werden können, sie würden dem Utopismus und der Entsolidarisierung politischen Arbeit angegangen werden können, sie würden dem Utopismus das Wort reden. Ihr geht unehrlich an das Problem heran. Verbal sagt ihr: „Der Utopismus ist u.E. im allgemeinen eine ganz normale Begleiterscheinung bei der kommunistischen Arbeit, vielfach hat er sogar die ganz positive Wirkung, Erscheinungen der Verknöcherung in der Alltagsarbeit transparent zu machen, aufzurütteln, an unsere gemeinsamen, revolutionären Ideale zu erinnern“. Wie aber geht ihr denn in eurem Artikel mit dieser Aussage um? Zu allen Zitaten, die ihr als Beleg für utopistische Tendenzen anfügt, kommen gleich die wohlbekannten Einschränkungen: „Allerdings können dieserart Forderungen jetzt und sofort“, hier und heute“ im Rahmen des KB nicht eingelöst werden, ohne daß wir unseren Charakter als revolutionäre Organisation aufgeben würden“.

Ist ja richtig, daß das nicht sehr einfach sein wird. Aber woher nehmt ihr die Arroganz, euch über diese Forderungen so einfach hinwegzusetzen, ohne ernsthaft zu überprüfen, was an dieser Kritik dran ist, und was auch hier und heute schon zu verwirklichen wäre. Ihr mögelt euch um die fortschrittliche Beantwortung dieser Frage herum wie man es sonst von Sozialdemokraten gewohnt ist, die auch jede berechnete Forderung mit dem Hinweis auf die Realpolitik abwiegeln. Hätte es mit der Haltung, die ihr zu sogenannten utopischen Forderungen an den Tag legt, etwa in der VR China eine Kulturrevolution gegeben? Man hätte euch dort wahrscheinlich einen Hut aufgesetzt. (...)

Es ist m.E. nicht ganz so einfach, wie der Gen. La. im UW „Wie geht's weiter“ Nr. 2 schrieb: „Nur der Kampf um die radikale Veränderung dieses dekadenten Systems ermöglicht es uns, menschlich zu sein, weil nur so die barbarischen Normen dieser Gesellschaft (z.B. Konkurrenz) überwunden werden können. Insofern ist die kommunistische Arbeit auch heute die befriedigendste, befreidendste und schönste Sache der Welt“.

So einfach spielt es sich doch nur in den proletarischen Heldenromanen von Bredel, Gottsche usw. ab. Ich glaube, wenn wir nur nach dieser Devise gehandelt hätten, wären wir wohl schon zu einer der traurig berühmten ML-Sekten zusammengeschrumpft.

Aus eurem Artikel zum Utopismus läßt sich die Einschätzung einer „perversen Paarung von Verweigerungshaltung und utopischen Forderungen“ nicht ableiten. Ihr bleibt den Beweis schuldig, der durch ein paar offensichtlich wahllos herausgegriffenen Zitaten nicht geliefert wird. Ihr haltet es nicht für nötig anzugeben, in welchem Ausmaß sich diese Haltung breit gemacht hat. Eine statistischere Untersuchung ersetzt ihr

durch Formulierungen, wie: „wimmelt es geradezu von Aussagen, die diese Tendenz bestätigen“, „beängstigendes Anwachsen des Utopismus“, „diese um sich greifende Verweigerungstendenz“. Es wäre doch sinnvoll gewesen, solche nebulösen Tendenzmeldungen durch klare Angaben über Ausmaß und Umfang zu ersetzen. Man muß sich ja wundern, daß es noch einen ganzen Haufen Genossen gibt, die noch nicht aufs Land gezogen sind! Zu dieser Art von Untersuchung hätte Mao auch einiges zu sagen und auch gleich die Konsequenz mitgeliefert: „Verzicht auf konkrete Untersuchungen führt zu idealistischer Einschätzung der Klassen und idealistischer Anleitung der Arbeit, was entweder Opportunismus oder Putschismus zur Folge hat... Glaubst du nicht dieser Schlußfolgerung? Die Tatsachen werden dich zwingen, sie anzuerkennen“.

P., KB Hamburg



So geht's nicht, Kt.!

Die (arg von frauenfeindlichen Sprüchen, Einschätzungen, Herablassungen usw. überlagerten) Diskussionsansätze, die mit den Leserbriefen von Ha. und Kl. im AK 156 geliefert wurden, schienen mir durch ein Gutteil sich ganz und gar überschlagender Leserbriefe (ich denke da z.B. an die glatte Leugnung des ideologischen Stellenwertes der Krisenliteratur, wenn man/frau sie als Bettelklappe klassifiziert) im AK 157 verschüttet zu sein.

Daß die Diskussion diesen Weg nicht nehmen mußte, verdanken wir nun dieser „Anleitung des Zentrums“. Nur kaum hat die Zentrumsanleitung ihre Zeilen zu Papier gebracht, geht die unerste Auseinandersetzung weiter. Damit meine ich, daß sich nicht gemäß der gerade in Krisenzeiten unbedingten Notwendigkeit einer aufeinander eingehenden ideologischen Diskussion verhalten wird, sondern reichlich oft „daneben gegriffen“ wird.

In dem Artikel „Roll back – Nein danke!“ sind einige solcher Fehlgrieffe enthalten, die es ungemein erschweren, überhaupt über die Aussagen von „Krise, Utopismus und Entsolidarisierung“ zu streiten.

Im Einzelnen: Es wird behauptet, daß die Zentrumsanleitung Kl. und Ha. das allgemeine Verdienst zuspreche, auf „diese (opportunistischen, Anm. d. V.) Tendenzen aufmerksam gemacht zu haben“. Tatsache dagegen ist, daß Ha. und Kl. von der Zentrumsanleitung gerade dafür kritisiert werden, daß sie „falsche Vorstellungen vom Utopismus“ verbreitet haben. Innerhalb des (heilen) Bildes von Kt. findet sich diese Kritik überhaupt nicht wieder, besser sie paßt in sein – darum falsches – Bild nicht hinein.

2. Angeblich übersieht die Zentrumsanleitung den relativen Charakter der von ihr verwendeten Begriffe – Utopismus und „das Machbare“. Wenn die Zentrumsanleitung die Frage tatsächlich auf einer solchen allgemeinen Ebene behandelt hätte, wie Kt. in seinen folgenden Sätzen, dann könnte man/frau noch über diesen Vorwurf reden. Denn dann wäre dies eine Frage der jeweiligen Einschätzung, wozu von beiden Seiten konkrete Beispiele gebracht werden müßten, um überhaupt Kriterien zu erhalten, was denn nun ein jeder meint. Da die Zentrumsanleitung das Verhältnis von Utopie und Machbarem aber konkret behandelt – sie nennt dazu insgesamt sechs Beispiele für utopistische Forderungen, was von jedem, der den Zentrumsanleitungsartikel liest, ja nicht zu übersehen ist – bleibt die Frage, warum Kt. diesen Vorwurf erhebt?

Auffällig an dieser Art von Beweisführung ist, daß entgegen sonstiger Praxis von Kt. er hier nicht zuerst die konkreten Beispiele für den von der Zentrumsanleitung kritisierten Utopismus angreift (diese Kritik folgt erst später), sondern zuerst durch die einfache Behauptung „die Relativität wird übersehen“, sich die Möglichkeit schafft, Überlegungen auf allgemeiner, abstrakter Ebene über das Verhältnis von Utopie und Machbarem anzustellen. So macht sich dann ein jeder seine eigenen Gedanken – über das Verhältnis von Utopie und Machbarem – schön allgemein, schön abstrakt, vielleicht sich an eigenen Erfahrungen orientierend, zumindest wenig an den Beispielen orientiert. Und da man/frau ja auf keinen Fall Sektierer, aber doch Realist sein möchte, dürften sich die eigenen (allgemeinen, abstrakten) Vorstellungen von Utopie und Machbarem so in etwa in der Mitte dieses Begriffspaares einpendeln. Aber was bedeutet „in der Mitte“ z.B. im Falle des realen

Bestehens und der notwendigen Aufhebung der Trennung von Kopf- und Handarbeit? Völlig diffuse Vorstellungen können nur die Antwort sein. Eine(r) glaubt, es liegt mehr drin, die (der) andere weniger. Vielleicht ist alles auch eine Frage des Kräfteverhältnisses, geben die Handarbeiter den Kopfarbeitern nur ordentlich Kontra, ja dann ... ja wieviel ist dann erreichbar? Solche Überlegungen laufen dann vor dem Hintergrund ab, daß Marx/Engel die Aufhebung der Trennung von Kopf- und Handarbeit erst im Kommunismus für möglich halten – im Sozialismus wird an der Aufhebung gearbeitet.

So „eingestimmt“ wird dann noch ein bißchen Geisterbahn gefahren, wo Ärzte mit Holzhämmern, Schlachtermessern und Pressluftbohrern einem einen gehörigen Schrecken einjagen sollen (Belege dafür, wo sind in dem Zentrumsanleitungsartikel Holzhämmer, Schlachtermesser und Pressluftbohrer?). Und erst so präpariert geht's dann zu den konkreten Beispielen.

3. Bei allen sechs Beispielen wird von Kt. der utopische Charakter der Forderungen bestritten. Gutes Recht, wenn man's belegen könnte. Dazu zitiert Kt. z.B. aus dem Austrittspapier der Bergedorfer Genossin nur das „hier und heute anfangen“. Aber womit will die Genossin „anfangen“? „... das zu ändern, was sich ändern läßt, und das sind im Moment nicht die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse, sondern ihre Auswirkungen auf uns“.

Die Auswirkungen der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse lassen sich also ändern ohne Änderung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse. Zitatklitterung nennt man das wohl, was Kt. hier gemacht hat. Auch aus den folgenden beiden Zitaten greift er beliebige nicht-utopische Teile und „übersieht“ in beiden Fällen, daß gekoppelt mit den dort entwickelten Vorstellungen ein starker Drang zum

„übersieht“ in beiden Fällen, daß gekoppelt mit den dort entwickelten Vorstellungen ein starker Drang zum Austritt aus der Organisation verbunden wird (wobei ein Genosse schon ausgetreten war). Auch die rotierende Entsendung von Genossen/innen aus einer neugegründeten Zelle in das „Zentrum“ hat „mit Utopismus nichts Erkennbares zu tun“. Na, dann bin ich sofort für rotierende Entsendung ins I.G. vielleicht komme ich ja auch mal dran. Ich möchte aber schon heute darauf aufmerksam machen, daß ich glaube, bei aller gesunden Selbsteinschätzung, dort ein Ausfall zu sein. Auf das Beispiel von der geforderten „Lösung“ der Trennung von Kopf- und Handarbeit geht Kt. erst gar nicht mehr ein. Dabei hätte gerade in dieser Frage seine Meinung besonders interessiert, trifft ihn der Utopismus in dieser Frage als AK-Redakteur doch besonders stark. Aber Schweigen ist ja auch eine Antwort.

4. Und weiter geht's mit dem Bange-machen. Obwohl von der Zentrumsanleitung ausdrücklich ausgenommen, wird gefragt, ob das Schlagen der Freundin denn auch zu den abzulehrenden Einmischungsversuchen gehört.

5. Obwohl von der Zentrumsanleitung nirgends behauptet, wird auch ihr unterscho-ben, daß sie von einem einfachen „Häufen“ von Artikeln über das „Private“ (in dieser Weise von Ha. und Kl. gebraucht), sprechen würde. „Häufen“ assoziiert natürlich ein „weniger“, d.h. bei der heutigen Anzahl ein „fast gar nicht mehr“. In Wirklichkeit zielten die präzisen Aussagen auf das „was“ und „wie“ der Behandlung von z.T. sehr unterschiedlichen Erscheinungen ab. (Ich erspare mir hier die nochmalige konkrete Darstellung, sie ist ja nachzulesen.) Persönliche Querelen, Gewalt in der Beziehung und Entsolidarisierung lassen sich doch höchstens als ein Themenkomplex verstehen, nicht aber als identische Erscheinungen des „Privaten“. Es geht der Zentrumsanleitung also gar nicht in erster Linie um den quantitativen Aspekt der Behandlung „privater“ Probleme, nach dem Motto mehr oder weniger, sondern vielmehr um die qualitative Seite, wie man/frau die (verschiedenen) Probleme vom marxistischen Standpunkt aus angehen sollte. Damit ist gleichzeitig darauf hingewiesen worden, daß die Diskussion „persönlicher“ Probleme nicht, wie leichtfertig angenommen, sozusagen mit dem gesunden Menschenverstand zu führen ist, sondern ein hohes Maß an marxistischer Klarheit voraussetzt, um die Verbindung „persönlicher“ Probleme mit ihren gesellschaftlichen Ursachen und kollektiven Lösungsformen überhaupt herstellen zu können. Ein Gedanke, der für unsere bisherige Diskussion absolut unüblich war, eine Erkenntnis, die aber historisch schon erarbeitet worden ist. Denn Clara Zetkin läßt in ihren „Erinnerungen an Lenin“ Lenin

dazu mit folgenden Sätzen zu Wort kommen: „Können Sie (C.Z., Anm. d. V.) mir ernsthaft versichern, daß in den Lese- und Diskussionsabenden die Sexual- und Ehefrage vom Standpunkt des reifen, lebendigen historischen Materialismus aus behandelt wird? Das hat ein vielseitiges, tiefes Wissen zur Voraussetzung, klarste marxistische Bewältigung eines ungeheuren Materials. ... Worauf denn läuft die unzulängliche, unmarxistische Behandlung der Frage hinaus? Daß die Sexual- und Ehefrage nicht als ein Teil der großen sozialen Frage erfaßt wird. Umgekehrt, daß die große soziale Frage als ein Teil, als ein Anhängsel der Sexualprobleme erscheint. Die Hauptsache tritt als Nebensache zurück. Das schadet nicht bloß der Klarheit in dieser einen Frage, das trübt das Denken, das Klassenbewußtsein der Proletarinnen überhaupt“ (S. 67/68).

Resümee: Der Artikel „Roll back – Nein danke!“ versucht vermittels mehrerer unzulässiger Vergleiche, Bilder, den Artikel der Zentrumsanleitung zu entstellen und damit ein Klima der Angst (vor dem Roll back) zu erzeugen. In der Wahl seiner Mittel geht er dabei so weit, Auslassungen vorzunehmen, Zitate sinnentstellend zu verkürzen und wenn's gar nicht anders geht mit Schweigen über problematische Stellen hinwegzugehen. Dadurch wird erreicht, von der Hauptstoßrichtung des Artikels „Krise, Utopismus und Entsolidarisierung“ – nämlich die Entsolidarisierung – abzulenken, ja sie in ihr Gegenteil zu verkehren.

Um überhaupt zu einer Diskussion der Zentrumsthesen zu kommen, muß diese Art der Auseinandersetzung aufhören – und zwar jetzt!

Alex, KB Hannover



## Auch du, meine Schwester Brutus? (Zur Stellungnahme der AG Schwule zur Zentrumsfraktion)

Vorab: Wieso ist es so schwierig, die Schwulen zur Unterstützung von Lesben-Sachen zu bewegen (dann kommt nämlich: ich bin keine Frau, wir können keine Stellvertreterpolitik machen, ich kann das nicht beurteilen); wenn es aber gegen Frauen geht, sind sie plötzlich rasend kompetent?!! Und auch, daß die allermeisten Frauen gegen die Zentrumsartikel sind, bringt für sie nicht den leisesten Zweifel?

Unter der Überschrift: „Utopismus als Krisenerscheinung“ wird in einem der Zentrumsartikel zitiert: „Von der oben erwähnten Schulung erhoffen wir uns ein tiefgreifendes Verständnis zerstörter Zwischenmenschlichkeit und damit auch die Möglichkeit eines bewußteren Anders schädlicher Verhaltensweisen...“. Dazu meinen die Zentrumsleute: „Allerdings können dieserart Forderungen jetzt und sofort und hier und heute im Rahmen des KB nicht eingelöst werden, ohne daß wir unseren Charakter als revolutionäre kommunistische Organisation aufgeben würden“. Habe ich richtig gelesen? Da fordern Genossen 1 – in Worten: eine – Schulung über zwischenmenschliche Probleme, keineswegs a n s t a t t, sondern zusätzlich, und das soll geradewegs zur Auflösung des KB führen? Ist der KB so ein Sauhaufen, daß bei auch nur ein bißchen Sensibilität es die Leute dort nicht mehr aushalten?

Unsere Zentrumsverteidiger von der AG Schwule sind offenbar ebenfalls der Meinung, daß z.B. die Probleme der Homosexualität auch begriffen werden können, wenn man/frau kein Verständnis zerstörter Zwischenmenschlichkeit hat. Und dachte ich mich bis dato mit der AG Schwule darin einig, daß wir von den Heterosexuellen ein Verändern ihrer schädlichen Verhaltensweisen uns gegenüber j e t z t fordern (heißt nicht eine neuere Broschüre: Schwule Rechte jetzt? Wird nicht in einem Artikel zum Coming-Out mehr Verständnis für die Situation von Schwulen gefordert – und zwar h e u t e, und nicht erst in 100 Jahren?), muß ich mich wohl grob getäuscht haben: Vor dem Sozialismus ist das nichts zu machen!

Ein anderer Genosse, der im Zentrumsartikel zitiert wird, meint: „Es ist mir einfach unbegreiflich, wie man diese Gesellschaft ändern will, wenn man den einzelnen Menschen dabei ausnimmt“. Das würde ich aber auch sagen, denn was ist die Gesellschaft anderes als der Zusammenschluß vieler Menschen? Ich habe mich wieder geirrt, denn auch diese banale Feststellung ist ein Beispiel für



Utopismus und anderes Schlimmes. Das „Zentrum“ verfügt offenbar über ein Rezept, wie man die Gesellschaft verändern kann, ohne daß der einzelne was davon merkt. Vielleicht können die ja auch ins Wasser springen, ohne naß zu werden.

Im Artikel „Angst ist ein schlechter Ratgeber“ (AK 161) steht dazu: „daß im Kampf gegen diese Gesellschaft auch die Entsolidarisierung zurückgeht und daß, wer das nicht glaubt, die Angst vor der leninistischen Organisation schürt. Liebe Leute, wir haben nicht mehr das Jahr 1968, wo man und Mann uns sowas erzählen konnte, sondern wir haben Erfahrungen mit dieser Art der leninistischen Organisation. Es gibt doch jetzt 10-jährige Erfahrungen mit den tollen „Zweckbündnissen“ und mit unseren lieben Genossen, die im Betrieb die großen Revolutionäre, in der Bürgerinitiative die Aufopfernden, in der Gewerkschaft die unermüdbaren Kämpfer sind ... und im privaten Bereich der Beziehung in den heimischen vier Wänden lassen sie dann die Sau raus.“

Frauen sind sehr oft und zu oft die, auf deren Rücken das ausgetragen wird und hier beginnt wieder mein Anliegen: Hoffen die Schwulen, besser überleben zu können, wenn sie sich mit den anderen Männern gegen die Frauen zusam-

ten aber gar keinen Frauenstaat, sondern zusammen mit Kurt Eisner und anderen die Münchner Räterepublik, wo es nämlich außer dem Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat auch einen Frauenrat gab. Es handelt sich um Lida Heymann und Anita Augspurg. (Die haben übrigens auch Memoiren geschrieben. Aber ihr trampelt ja lieber zum 35. Mal auf „Rubinroter Dschungel“ herum).

Weiter: daß die Frauenfrage vor der Eigentumsfrage oder aber unabhängig von ihr gelöst werden könne, behauptet (fast) niemand. Wohl aber, daß einzelne Elemente der Frauenunterdrückung unabhängig vom Kapitalismus existieren. „Dabei wird übersehen, daß das Eigentum an den Produktionsmitteln nur ein zentrales Medium der Macht – in unserer Gesellschaft das entscheidende ist... Daß die Herrschaft über die Sexualität der Frau in klassenlosen Gesellschaften ohne Privateigentum und soziale Rangordnungen existiert, läßt sich am Beispiel der australischen Ureinwohner nachweisen, deren Frauen einer gewalttätigen männlichen Sexualpraxis unterworfen sind und ohne Mitspracherecht verheiratet werden. In der australischen Gesellschaft sind Frauen jedoch keiner ökonomischen Diskriminierung ausgeliefert.“ (M. Jansen-Jurreit: „Sexismus“, S. 700).



menschließen, indem sie zum guten alten Zweckbündnis= Männerkumpelpartei zurückkehren?

Zur Feminismuskritik: Ich bin natürlich nicht so kompetent wie die fünf Typen vom „Zentrum“ und die AG Schwule, ich habe aber mal ein halbes Jahr in einem Frauenbuchladen gearbeitet und ein weiteres halbes Jahr in einem gemischten linken Laden; außerdem habe ich eine Bibliografie über Frauenbücher gemacht (die mal positiv im AK besprochen wurde), und mich wundere schon die ganze Zeit die Darstellung im AK über die angeblich wichtigsten Bücher der Frauenbewegung, über das, was den Feministinnen angeblich als politische Richtschnur dient. Was mich besonders daran wundert ist, daß Berichte im AK aus anderen Bereichen (Ökologie, Gewerkschaften usw.) doch auch nicht von Falschmeldungen und Fehleinschätzungen oder von Analysen, die den Diskussionsstand von vor drei Jahren wiedergeben, nur so strotzen.

„Unseres Erachtens ist allen feministischen Strömungen gemeinsam, daß sie die besondere Unterdrückung der Frauen durch die Männer und damit den Geschlechterkampf als das alles entscheidende darstellen“, meint das „Zentrum“. Einige Zeilen darunter heißt es: „Solcherart Artikel finden sich sogar kaum in der Emma und Courage“. Frau füge hinzu: In den Frauenjournalen, in den Kalendern usw. (Viele Frauen, die noch vor einigen Jahren solche Positionen vertreten haben, sind inzwischen wieder auf dem Boden der Realität zurückgekehrt). Ein Gegenbeispiel: Im Frauenkalender dieses Jahres ist die Rede von zwei Frauen (übrigens Lesben), die sich als „radikale Feministinnen“ bezeichneten. Sie gründe-

Auf wissenschaftliche Auseinandersetzung scheint Ihr offensichtlich nicht zu stehen, sonst würdet Ihr solche Standardwerke des Feminismus kennen und euch damit auseinandersetzen!

Eine weitere wichtige Grundsatzdiskussion aus der Frauenbewegung, von der der AK wohl noch nie was gehört hat: die Fragwürdigkeit der Unterscheidung in Produktions- und Reproduktionsbereich. „Die Familie unter dem Kapitalismus ist ein Zentrum der Disziplinierung, der Konsumption und der Arbeitskraftreserve, aber ihrem Wesen nach ist sie ein Zentrum gesellschaftlicher Produktion...“ Ich kann das hier nicht weiter ausführen; das Zitat ist aus Mariarosa Dalla Costa „Die Macht der Frauen und der Umsturz der Gesellschaft“.

Wozu die ganze Argumentation? Ich behaupte, daß die Darstellung des Feminismus als einer antikomunistischen, total schwachsinnigen und total gefährlichen Theorie von Seiten des „Zentrums“ plus der AG Schwule, die daran auch gar nichts Frauenfeindliches entdecken kann, eine einzige Panikmache gegen Frauen ist. Angst davor, daß sie aus ihrer Weibchenrolle ausbrechen, sich nicht mehr alles gefallen lassen (...).

Die Macht der Männer ist die Geduld der Frauen – aber unsere Geduld ist zu Ende!

Carla Sponti, Westberlin

## Die andere Seite in Flensburg

Die aktuelle Auseinandersetzung um die „Zentrums-Artikel“ hat auch in

Flensburg zu einer Polarisierung der Meinungen geführt.

Wir versprechen uns von der jetzt begonnenen Auseinandersetzung einige erhellende Aspekte, was die bewußte Verarbeitung der Krise im KB anbelangt.

Wir versprechen uns von den ZL-Positionen nicht ein Lösungskonzept der Krise. Es kann bestenfalls darum gehen, die Organisation mit möglichst wenig Verlusten an (positiver) politisch-ideologischer und zahlenmäßiger Substanz durch die Krise zu bringen. Alle darüber hinausgehenden Erwartungen mißachten natürlich die vorhandenen objektiven Ursachen der Krise und würden ihrerseits, als utopische Erwartungen, schnell in Resignation enden.

Es geht uns bei der jetzigen Debatte gewiß auch nicht darum, als Flensburger Aktivistin und Leninisten zu erscheinen; dazu sitzt uns die Krise und ihre Auswirkungen selbst viel zu sehr in den Gliedern.

Uns ist der zentrale Gedankengang der Genoss(inn)en von der ZL wichtig. Zunächst: Hauptmerkmal unserer Organisation sollte das Zweckbündnis seiner Mitglieder sein. Es ist erstaunlich, daß dieser Gedanke der ZL bei ihren Kritikern unseres Wissens bisher nirgendwo positiv herausgestrichen, bzw. überhaupt nur als richtig anerkannt wurde. Stattdessen führt diese selten getroffene, aber doch richtige Feststellung relativ geräuschlos zu der Einordnung als in der Tendenz sektiererisch (siehe Kt.'s Antwort in AK 160).

Weiter wird von der ZL gesagt, daß diesem Hauptmerkmal (Zweckbündnis) gegenüber die Organisation als Keimzelle der neuen Gesellschaft ein Nebenprodukt sei. Warum muß diese ebenfalls richtige Feststellung denn automatisch eine Tendenz zur Hinausdrängung alles Privaten aus der Organisation beinhalten? Sicher, verschiedene Formulierungen im ZL-Artikel waren (und sind) interpretierbar. Andererseits steht im Artikel der ZL in AK 161: „Angesichts der Krise des KB und der Tatsache, daß unsere politische Vergangenheit im Sektierertum (in diesem Fall: der weitgehend generellen Ablehnung „Privates“ in die Politik einzubringen) lag, halten wir eine stärkere Betonung des „Privaten“ derzeit für ein richtiges Element beim Versuch, die Organisation durch die Krise zu führen“. Es wäre schon wichtig, an dieser Präzisierung gegenüber dem Artikel in AK 160 nicht vorbeizuleben.

Wie gegen die Entsolidarisierung kämpfen?

Eine wichtige Aussage beinhaltet u.E. der nachfolgende Satz aus dem gleichen, eben zitierten Artikel: „Aber eine Kampagne gegen die Entsolidarisierung ohne Bezug zur Reorganisation unserer politischen Schlagkraft ... kann verheerende Folgen haben.“ Dazu ein, so meinen wir, passendes Beispiel. In Flensburg lag lange Zeit die Kinderarbeit des KB völlig am Boden, bzw. wurde individuell getragen. Das Kinderhaus Flensburg, in dem einzelne Genoss(inn)en mitarbeiten, steckte seit mehreren Monaten in der Krise. In dieser Situation beschäftigte sich die Ortsgruppe auf zwei oder drei VV's wesentlich damit, über die „Haltung“ der Genoss(inn)en „im Allgemeinen“ zu diskutieren, während die Situation des Kinderhauses gar nicht zur Debatte stand. Auf der letzten dieser Art VV's wurde es sogar ausdrücklich von mehreren abgelehnt, praktische Beschlüsse zur Kinderpolitik herbeizuführen – dies hätte sowieso keinen Sinn – stattdessen sollte nach der Meinung einiger die Diskussion noch mehr auf andere Bereiche und persönliche Schwierigkeiten der Genoss(inn)en ausgeweitet werden. Schließlich, nach Eingreifen der ZRK, setzte sich eine Hilfsaktion für das Kinderhaus durch, was erstens einen gewissen Erfolg hatte und zweitens das bisher erdrückende Diskussionsklima zur Kinderpolitik weitgehend weggeworfen hat, d.h. das Klima hat sich erst mit dem konkreten Anpacken der Praxis tendenziell zum kollektiven Miteinander entwickelt.

Ideologischer Kampf ist nicht = rundmachen!

Es ist nur logisch, wenn die ZL bei ihrem Versuch bestimmte, durch die Krise relativierte oder gar verschüttete Auffassungen über die kommunistische Organisation (Zweckbündnis etc.) wieder stärker zur Geltung zu bringen, davon ausgeht, daß dies nur in „scharfer“ ideologischer Auseinandersetzung mit bestimmten Fehlströmungen geschehen kann, die auf den KB einwirken. Auch an diesem Punkt setzen viele Kritiker so an, indem sie behaupten, mit ideologischer Auseinandersetzung sei bei der ZL „totkommentieren“, die „Sittenpo-

lizei“ u.ä. gemeint. Der von drei Flensburger Genoss(inn)en verfaßte Leserbrief („... Verantwortung in der Chefetage“) in AK 161 gibt dafür ein Beispiel: „Prinzipiell meinen wir, daß solche Differenzen in Anleitungsmethoden wie „laßt hundert Blumen blühen“ oder des sofortigen scharfen ideologischen Kampfes im Moment eigentlich nicht in den AK gehören. Denn dadurch wird das Vorhaben der einen Seite (der ungehinderten freimütigen Offenlegung vorhandener Schwierigkeiten, Zweifel, Resignationstendenzen usw.) durch die andere Seite (scharfer ideologischer Kampf gegen alle Fehlströmungen, hier und jetzt ad absurdum geführt – nach dem Motto „Friß Vogel oder stirb!““.

In diesem Zitat wird nicht nur der ZL unterstellt, sie wolle die „freimütige Offenlegung vorhandener Schwierigkeiten“ ersetzen durch ein „Rundmachen“ konträrer Ansichten. In dem Zitat erscheint darüber hinaus ganz allgemein der „scharfe ideologische Kampf gegen alle Fehlströmungen“ als unversöhnlicher Gegensatz zur „freimütigen Offenlegung vorhandener Schwierigkeiten, Zweifel, Resignationstendenzen“. Wenn dies auch nicht, wie wir vermuten, die Absicht der Verfasser war, so muß doch eine solche Passage ein durch und durch negatives Bild vom Mittel des ideologischen Kampfes fördern.

Dabei steckt in dieser Aussage tatsächlich ein richtiges Element, insofern als in der Vergangenheit (und in der Gegenwart?) in unserer Organisation unter dem Pseudonym ideologischer Kampf Genoss(inn)en „rundgemacht“ wurden, was statt mit ideologischem Kampf aber besser mit Psychoterror umschrieben werden kann. (Beispiel: Als einer der Verfasser dieses Artikels vor etlichen Jahren von der Schule abging und eine Lehre im Druckbereich machen wollte, wurde seine „ideologische Haltung“ kritisiert. Er wurde schließlich „überzeugt“, als Hilfsarbeiter bei der örtlichen Werft anzufangen). Diese Erfahrungen sollten wir zwar als „Schutzimpfung“ bewahren, sie sollten aber nicht automatisch assoziiert werden, wenn eine ideologische Auseinandersetzung ebenso gut eine positive klärende, solidarische Wirkung haben kann (das hängt von uns ab). Im übrigen ist es eine eigenartige Weise, erst zu sagen, „laßt hundert Blumen blühen“, der hundertundersten („scharfer ideologischer Kampf“) aber den „ML-Hut“ aufzusetzen, um ihr möglichst schnell das Wasser zu entziehen.

In der eben erwähnten Zuschrift aus Flensburg ist darüber hinaus

In der eben erwähnten Zuschrift aus Flensburg ist darüber hinaus eine Tendenz zu finden, die ZL-Position für alles und jedes verantwortlich zu machen. An einer Stelle steht: „Wenn wir solche konkreten Berichte und Darstellungen (wie sie zu Anfang der Krisendebatte noch häufiger vorlagen) heute nicht bekommen, dann stellt sich doch die Frage, was solche Darlegungen, Berichte usw. blockiert. Um es vorwegzunehmen: die Blockade wird errichtet durch solche Positionen wie ihr und H./KL sie vertreten“.

Das hat doch nicht hin: die ZL-Positionen werden nachträglich verantwortlich gemacht für das Ausbleiben bzw. Stagnieren der Krisendebatte in den vergangenen Monaten. Ein wesentlicher Fehler, liebe Genoss(inn)en, dürfte doch, was etwa Flensburg betrifft, bei uns selber (örtl. Leitung) liegen, die wir es versäumt haben, auf die ja zunächst recht zahlreich eingegangenen schriftlichen Krisenbeiträge ausreichend einzugehen, sie auszuwerten etc. – es dürften sich eine Reihe von Genoss(inn)en der Ortsgruppe berechtigterweise gefragt haben, wozu sie weitere Papiere verfassen sollen, wenn sich kaum mit den ersten befaßt wurde. Die Papiere sind bis heute nicht ausgewertet. Wir sehen hierin noch eine lohnenswerte Aufgabe.

Im Unterschied zu den Genoss(inn)en Ma., Gd. und HN aus Flensburg sehen wir in der jetzt beginnenden Debatte die Chance, verschiedene Erwartungen an den KB und Wege zu ihrer Verwirklichung deutlicher zu erkennen und herauszudiskutieren, als dies bislang der Fall war. Die Positionen der ZL, die wir weitgehend teilen, liegen in groben Zügen auf dem Tisch – mit allen Mängeln. Wir sind gespannt auf andere Positionen zum Thema „Wie geht's weiter mit dem KB“.

Noch ein Wort zum Schluß. Wir sind unbedingt der Meinung, daß die Diskussion über die Vorgehensweise der ZL (Austrittsdrohung) nicht die Diskussion über die hier angeschnittenen Fragen verdrängen darf, trotz unterschiedlicher Auffassungen hierüber (über die Austrittsdrohung) auch unter uns.

„Blockbildung“ etc. betreiben. Bitte, Genoss(inn)en, macht das doch nicht alles so dramatisch und kriminalistisch. Über die Treffen in Hamburg liegt der LG-Mehrheit inzwischen eine Mitteilung vor, die Treffen in Flensburg (zwei) dienen zur Erarbeitung schriftlicher Positionen. Zu anderen, hier nicht angesprochenen Themen werden wir noch Stellung nehmen.

Mehrere Flensburger Genoss(inn)en



## Leserbrief aus Westberlin

Der „Rote Faden“ der Zentrums-Argumentation ist mir wohl vor Augen: Krise - Utopismus - Entsolidarisierung - „Grazuonen des Feminismus“, da endet der Zirkelschluß; ganz schön bedauerlich, daß der „rote Faden“ wie bei den Göttinger Artikeln - nur mit anderen „Methoden“ - in die gleiche Richtung läuft. Aus Zeitgründen kann ich jedoch nur einige Aspekte des „roten Fadens“ herausgreifen; die „Utopismus“-Analyse finde ich beispielsweise hanebüchen. Ich würde sogar die These aufstellen, im KB gibt es viel zu wenig Ansätze von Utopie, aus deren Versuch der Realisierung Solidarität und nicht Entsolidarisierung erwachsen müßte. Aber wahrscheinlich haben wir unterschiedliche Vorstellungen von dem, was Utopie eigentlich ist.

Das „Zentrum“ betont zwar, daß es notwendig sei, den Geschlechterkampf innerhalb des KB zu führen und daß auf dem Boden einer zunehmenden Entsolidarisierung der Chauvinismus wachsen und gedeihen kann. Nur: die Haupttendenz der Göttinger Artikel zielt darauf ab, den Utopismus, die Entsolidarisierung an den „Grazuonen des Feminismus“ im KB aufzuziehen und somit den Genoss(inn)en die Schuld und letztendlich die Zerschlagung der Organisation in die Schuhe zu schieben. Die Haupttendenz ist meiner Ansicht nach die Polarisierung, die anhand der Göttinger Artikel an der Frauenfrage stattgefunden hat, und zwar in der Weise, daß alle schüchternen Ansätze einer öffentlichen Diskussion „privater“ Probleme zerschlagen werden, bevor sie jemals voll gedeihen konnten. Daß dabei auch ziemlich „unpolitische“ Artikel erscheinen, ist ein Nebenprodukt einer eben erst begonnenen Diskussion.

Feministische Tendenzen sind im KB nicht wegzuleugnen, sie sollen auch nicht verwischt oder tot-

im KB nicht wegzuleugnen, sie sollen auch nicht verwischt oder totdiskutiert werden; wir sollten uns solidarisch damit auseinandersetzen. Insofern finde ich es falsch, daß das „Zentrum“ („Wir lassen uns nicht niederknüppeln“) in ihrer „Generalie“ den Kampf gegen jede Form von Liberalismus, Ultra-Demokratismus, Chauvinismus, Feminismus etc. pp in einer Reihe nennt, Chauvinismus ist für mich gleichbedeutend mit Rassismus und muß auf ganz andere Art bekämpft werden als der Feminismus, der eine kleinbürgerliche Strömung ist. Außerdem: welchen Feminismus meinen die Genoss(inn)en? Etwa auch den sog. „feministischen Sozialismus“?

Ich bin auch der Meinung, daß die öffentliche Auseinandersetzung mit feministischen Strömungen nachgelassen hat und bedauere, daß die richtigen Ansätze unserer Frauenpolitik heute von vielen Genoss(inn)en als falsch und/oder „verfrüht“ („hindert die Arbeit“) zurückgewiesen werden. Für mich kann es keinen Widerspruch geben zwischen Auseinandersetzung mit verschiedenen Strömungen innerhalb der Frauenbewegung, Zusammenarbeit mit jenen Strömungen, die keinen „Radikalerlaß“ praktizieren und gleichzeitiger scharfer Auseinandersetzung mit jeder Form von Chauvinismus innerhalb und außerhalb des KB. Für mich war der „Schwenk“, der vor etwa 1 1/2 Jahren stattgefunden hat, bei dem teilweise auf Auseinandersetzungen mit Positionen, die wir uns erarbeitet hatten, verzichtet wurde oder sie keine Gültigkeit mehr zu haben schienen, nie nachvollziehbar. Es hieß seinerzeit, es sei kein Schwenk in der Politik erfolgt, nur in der Bündnispolitik. Zusammenarbeit hat es auch z.B. zu meiner Zeit mit Strömungen gegeben, von denen wir uns inhaltlich abgrenzen. Ausnahme waren natürlich Strömungen, die die Schwänze per Guillotine abschaffen wollten. Auch ist jeweils dabei zu unterscheiden, um welche feministischen Strömungen es sich dabei handelt. Die Feministinnen gibt es genauso wenig wie die Kommunisten. Genauso wenig ist die Feststellung des „Zentrums“ richtig, daß für alle feministischen Strömungen der Geschlechterkampf und „keine Zusammenarbeit mit Männern“ zum Dogma gehört. Es gibt durchaus feministische Strömungen, die die



Frauenbefreiung im Zusammenhang mit der Lösung der Eigentumsfrage sehen. Also, ein bißchen mehr Differenzierung würde schon tun! Was würde das „Zentrum“ sagen, wenn behauptet werden würde, „die K-Gruppen vertreten alle die Drei-Welten-Theorie“?

Ich sehe die Gefahr, daß unter dem Vorwand, sich mit feministischen Strömungen innerhalb des KB auseinanderzusetzen zu wollen, jetzt wild drauflosgedroschen wird auf jeden Ansatz von Äußerungen feministischer Positionen. Ich teile Kt.'s Meinung, daß es hervorragend wäre, im AK tatsächlich feministische Artikel bzw. Positionen der Genossinnen zu finden. Wenn diese Positionen vorhanden sind – und sie sind es – sollen sie auch dargestellt und diskutiert werden können, ohne daß ein wilder Sturm der Empörung losbricht. Deshalb würden wir uns noch lange nicht zum Zentralorgan des Feminismus entwickeln. Also: wer hat Angst vor Virginia Woolf?

Die Auseinandersetzung mit feministischen Positionen, die wichtig ist, ist die eine Seite, die andere ist, ob ausgerechnet diese Diskussion in einem Klima, wo die Haupttendenz anhand der Göttinger Papiere eine Abrechnung mit den „Grauzonen des Feminismus“ ist und auf die Zerschlagung aller schüchternen Ansätze zielt, die Diskussion des „Zentrums“ ausgerechnet an der Frauenfrage aufgezogen werden muß.

Das „Zentrum“ verharmlöst in einer Art, die zurückgewiesen werden muß, die Hauptstoßrichtung der Göttinger Papiere und kehrt als Hauptseite „diskutierbare oder wertvolle Denkanstöße“ heraus. Die Hauptseite scheint mir eher heute in der Gefahr eines „Roll-back“ in chauvinistische und ML-er-hafte Eiszeiten zu sein, die es unbedingt zu verhindern gilt. In diesem Klima die Diskussion ausgerechnet mit feministischen Positionen innerhalb des KB begreifen zu wollen und auf die Genossinnen loszupreschen, heißt das Pferd von hinten aufzäumen. Dies kann in einem derart aufgeheizten Klima letztendlich nur zu Resignation bzw. totaler Anpassung an den jeweiligen Kurs führen. Wir sollten eher dazu befähigt werden, unseren eigenen Kopf zu gebrauchen und nicht darauf zu warten, ob jemand für uns denkt. Wir sollten unterschiedliche Positionen eher „blühen“ lassen, um uns auf dieser Grundlage, die dann tatsächlich nachvollziehbar wäre, auseinanderzusetzen. Grundsätzlich sollte bei diesen Diskussionen die Methode berücksichtigt werden: also Skapell statt Holzhammer und Säge! Strikt zurückgewiesen werden muß die strikte „Nicht-Einmischungs-Taktik“ in den sog. „Privat-Bereich“. Hier soll rückgewiesen werden muß die strikte „Nicht-Einmischungs-Taktik“ in den sog. „Privat-Bereich“. Hier sollten wir uns eher an den Erfahrungen des „Roten-Frauen-Bataillons“ orientieren anstatt an den Empfehlungen des „Zentrums“. Gegenüber Gewalt gegen Genossinnen, in welcher Form auch immer, dürfen wir keinen Liberalismus zeigen. Und der wäre angelegt in der Forderung des „Zentrums“. Alles andere ist schlimmstes Spießbürgertum und widerspricht unserer konkreten Utopie vom „neuen Menschen“. Da hilft auch nicht das Krupskaja-Zitat!

S., eine Genossin aus Westberlin



Wer den Stein erhebt, dem fällt er auf die eigenen Füße

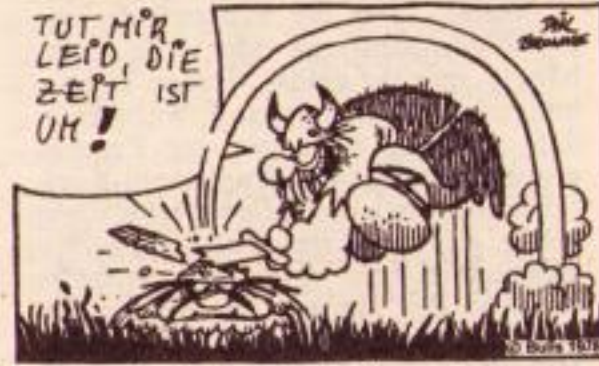
Der Grundgedanke in dem Artikel der ZL „Krise, Utopismus und Ensolidarisierung“ ist die Gegenüberstellung der Aspekte „Keimform einer neuen Gesellschaft“ und „Zweckbündnis zur gesellschaftlichen Umwälzung“.

Diese Aspekte werden zum einen nicht in ihrer Dialektik gesehen und zum anderen wird versucht zu beweisen, daß der Aspekt der „Keimform“ im KB überbewertet wird und zwar so, daß der Aspekt des „Zweckbündnisses“ erheblich geschwächt wird.

Daß diese These nicht gerade mit treffenden Beweisen belegt wird, spricht nicht für einen sauberen Stil der Auseinandersetzung.

So behauptet die ZL, „im AK 153 ist ein Kritikbeitrag einer Gruppe von Technik-Genoss(innen) abgedruckt, in dem sie die Aufhebung von Kopf- und Handarbeit bei unserer Zeitungserstellung fordern, und zwar hier und heute“. Als Beleg wird dann weiter unten folgendes Zitat gebracht: „Wir sind der Meinung, daß dem Schema der Trennung von Hand- und Kopfarbeit, der damit verbundenen Herausbildung hierarchischer Strukturen entgegengetreten werden muß“.

Zum einen kann man selbst dieses Zitat nicht so auslegen, daß die Technik-Genossen, jetzt nicht mehr als



Lay-Out oder am Composer arbeiten machen wollen, sondern selbst Redakteure werden wollen, sondern sie fordern nur, daß den damit „verbundenen Hierarchien“ entgegengetreten werden muß!

Was daran utopisch sein soll, wissen wir nicht. Wir halten sogar diese Forderung hier und heute für notwendig und wir meinen auch, daß der Kampf hierzu notwendig ist und nicht auf die Phase nach der sozialistischen Revolution verschoben werden sollte.

Zum anderen wird dieses Zitat aus dem Zusammenhang gerissen, wird die Debatte in der Technik und ihre Entwicklung nicht wiedergegeben. Diese Debatte hat aber einen realen Hintergrund. Nämlich den, daß die Genossen in der AK-Technik neben der doch stupiden Composer-Arbeit, des nicht so stupiden Lay-Outs und der Fotoarbeit einfach mehr in die Planung, in die Diskussion einbezogen werden möchten. Gerade weil im Streß sehr oft Tendenzen wie im kapitalistischen Betrieb deutlich werden. Das war der Ausgangspunkt der Diskussion. Wenn dann die Genossen sagen, sie wollen diesen Zustand ändern, dann zeigt das ein stärkeres Engagement und ist zu begrüßen, weil nämlich der Abbau des von ihnen benannten Schemas der Trennung von Hand- und Kopfarbeit die Produktivität der Arbeit fördert. Vielleicht sollten doch einige Genoss(innen) der ZL mal wieder in der Technik arbeiten, um realistischer zu werden.

Doch kommen wir zum nächsten Fall von „Utopismus“: „Wir möchten mit Delegierten im Zentrum vertreten sein, allerdings haben wir nicht den Anspruch, eine(n) als Anleiter (in) dort hinzuschicken, sondern möchten durch jeweils von uns delegierte Genossen dort vertreten sein“, so etwa wird die Verlagszelle von der ZL zitiert.

Wir, die Genossen von der Verlagszelle, finden das schon eigenartig. Was ist denn hierbei utopisch? Das von uns gewählte Delegationssystem? Es ist doch wünschenswert, wenn wir von dem an sich undemokratischen Modell der „Ernennung“ abkommen, da wo es heute möglich ist.

Die ZL scheint wohl der Meinung zu sein, daß allein das Prinzip der Ernennung von oben der realistische Weg ist. Wir können nicht abstreiten, daß dieses Prinzip im Aufbau unserer Organisation oftmals notwendig war, aber Ziel sollte sein, zur Wählbarkeit von Verantwortlichen zu kommen, und das ist hier und heute nicht utopisch, sondern möglich und notwendig. Ein bißchen mehr Zutrauen zu den Genossen im KB sollte man schon haben!

Bei uns klappt dieses Prinzip bestens und es stärkt den einzelnen in unserer Zelle, und das dient ja bekanntlich auch dem Zweckbündnis!

„Der Utopismus aber besteht gerade darin, daß er den Blick für's Machbare, Erreichbare zunehmend verliert“, schreibt die ZL.

Wenn damit die vorgenannten Beispiele gemeint sind, dann kann das doch nur heißen, daß uns Genossen im KB jede demokratische Entwicklung unmöglich ist, weil sie nach Meinung der ZL zwar „goldrichtig“ ist, aber mit uns eben nicht möglich. Wir haben aber mehr Selbstbewußtsein, als ihr uns zutraut. Und man sollte eigentlich fragen, ob nicht diejenigen utopisch sind, die die Verbindung zu den Massen verloren haben. Des weiteren werden die Erklärungen der beiden Bergedorfer Genossen als Beweis herbeigebracht. Wir wollen den wertvollen Raum des AK nicht strapazieren und ersparen uns diese Zitate nochmals wiederzugeben. Möge jeder Genosse sie nochmals genau durchlesen.

Aus den Zitaten wird deutlich, daß die Genoss(innen) wünschen, fordern, daß der Kampf um die „Keimform“ einen anderen, neuen Stellenwert in unserer Organisation erhält.

Und diese Stellungnahmen sind zu einer Zeit geschrieben worden, als es

noch überhaupt nicht selbstverständlich war, daß dieser Aspekt auch seine Berechtigung in unserer Organisation hat. An dieser Frage sind damals viele resigniert und ausgestiegen. Und das kommt ja nicht von ungefähr. Unseres Erachtens ist der dem Aspekt „Keimform“ in den rückliegenden Jahren des KB kaum Beachtung geschenkt worden. Milde ausgedrückt! Dieser Aspekt wurde immer dem Aspekt des „Zweckbündnisses“ untergeordnet. So ist doch kein Wunder, daß dieser Aspekt jetzt umso gewaltiger ausbricht. Und dieses ist z.B. auch der Frauenbewegung zu verdanken, weil ja gerade die Genossinnen unter der Unterdrückung des Aspektes „Keimform“ besonders gelitten haben und leiden. Trotzdem war es bis weit in die Krise hinein nicht einfach, diesen Aspekt in der Arbeit in der Organisation durchzusetzen. Kein Wunder, daß deshalb auch Genoss(innen) ausgestiegen sind. Viele, die heute wieder Interesse für die Organisation gewinnen! Aber daß der Kampf aufgegeben wurde, liegt doch nicht daran, daß dem Aspekt der „Keimform“ zuviel Aufmerksamkeit geschenkt wurde, sondern daß mit dem Argument der Notwendigkeit, des „Zweckbündnisses“ oft jeder Ansatz in diese Richtung zerschlagen wurde. Und das hat ja wie bekannt nicht das „Zweckbündnis“ gestärkt, sondern uns u.a. in die vielzitierte Krise gebracht. Jetzt die Lösung nur im Aspekt Zweckbündnis zu sehen, und darauf läuft die Argumentation der ZL hinaus, ist schon makaber.

Des weiteren zeigen die Erklärungen der Bergedorfer Genoss(innen) auch überhaupt nicht, daß sie es fordern, „hier und heute“ die „Keimform“ zu verwirklichen, sondern: „das bedeutet aber auch, hier und heute anzufangen, das zu ändern“.

nen) sich auch in ihrer Freizeit um neue, schwächere etc. Genoss(innen) gekümmert haben, mit ihnen zusammen Wohngemeinschaften gebildet haben... Heute dagegen beherrschen Cliquen-Bildung, Herausbildung von Sitz- und Hackordnung immer stärker das Bild“ (ZL im AK 160).

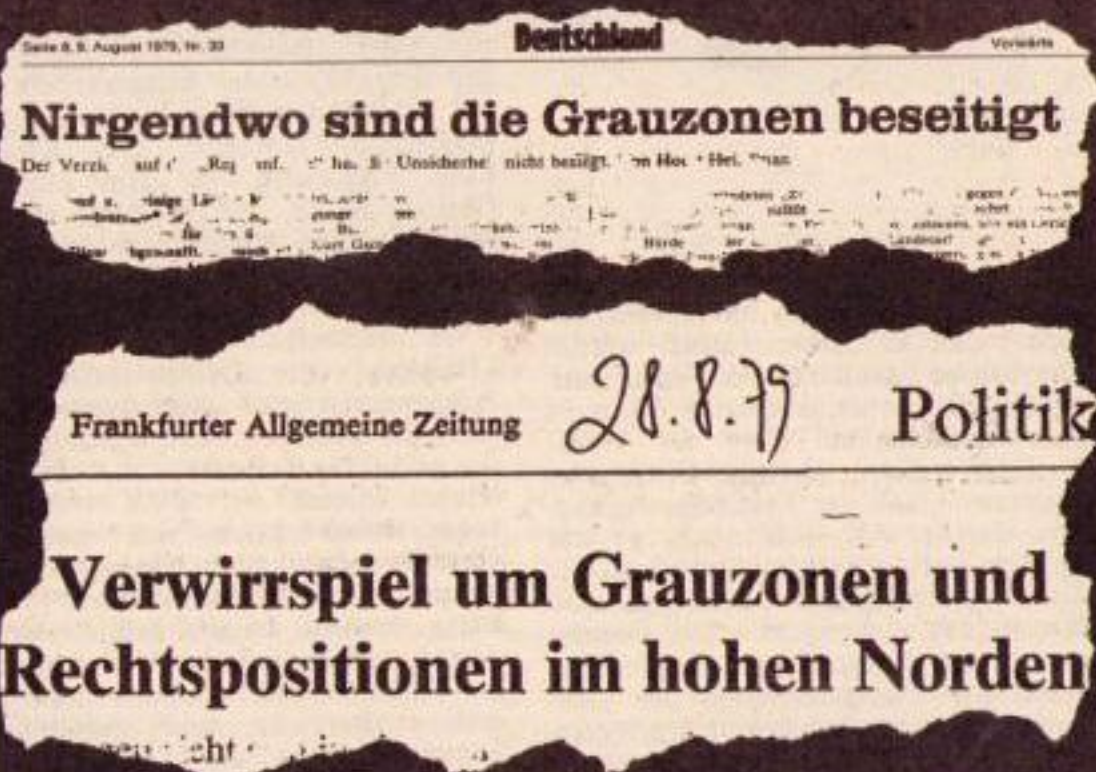
Hier wird in total unwissenschaftlicher Weise „Früher“ und „Heute“ gegeneinander ausgespielt. Dann sollte man schon mal eine genaue Analyse vorlegen, wie es früher mit Solidarität und „Entsolidarisierung“ ausgesehen hat und wie es heute darum steht. Ob dabei das Bild entsteht, das von der ZL suggeriert wird, ist doch höchst zweifelhaft. Wir würden uns gerne an einer solchen Untersuchung beteiligen.

„Cliquen-Bildung“, wie HBV, Chemie, Metall-Cliquen sind doch auch gerade Ergebnis der früheren Politik. All das, was uns über „heute“ aufgezählt wird, sind auch Ergebnisse früherer Politik und haben früher genauso bestanden. Mit einem Unterschied: heute werden diese Fälle mehr und mehr öffentlich gemacht. Und die als „früher“ propagierte Politik hat doch bewirkt, daß sich große Teile unserer Organisation von den Kollegen, von den nicht sooo politischen Freunden isoliert haben. Alles Ursachen der heutigen Krise (...).

Und anstatt darüber zu jammern, daß heute die Gehälter der Genossen nur noch individualistisch für sich verbraucht werden, sollte man bedenken, daß die jetzige Spendenkampagne sehr gut anläuft und sich auch viele „Ehemalige“ daran beteiligen. Es ist aber die erste Kampagne für den KB, die mehr auf die Überzeugung setzt als auf die Anordnung und den moralischen Druck früherer Gehaltsabrechnungszettel. Ein Fortschritt der steigenden Solidarität. Der Begriff

Wohlgeachtet: die bürgerliche Presse greift mit eigenen und sehr originellen Beiträgen in die KB-Krisen-Debatte ein

Wohlgeachtet: die bürgerliche Presse greift mit eigenen und sehr originellen Beiträgen in die KB-Krisen-Debatte ein



der, was sich ändern läßt, und das sind im Moment leider nicht die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse, sondern ihre Auswirkungen auf uns“.

Zum einen ist das überhaupt keine utopische Einschätzung und zum anderen heißt das doch, daß wir als Kommunisten an vorderster Front auch damit beginnen müssen, uns gegen die kapitalistische Ideologie und Indoktrination zu wehren. Die Formen von Solidarität, Menschlichkeit etc., die der Kapitalismus ständig zerschlägt, müssen stärker in unserem Programm aufgenommen werden. Das ist überhaupt keine utopische Aufgabe, wenn man die Geduld und die Stärke dieser Organisation einsetzt, alle politisch-ideologischen Fehlstellungen und Fehler diskutierbar zu machen, um sie mit dem Mittel der ruhigen Überzeugungsarbeit abzubauen. Und nichts anderes wird ansatzweise mehr und mehr in dieser Organisation praktiziert. Und hier ungeduldig zu werden, heißt utopistisch zu sein!

Ja, und dann zur Ensolidarisierung: „Früher war es z.B. normal, daß unsere gestandenen Kader(in-

nen) sich auch in ihrer Freizeit um neue, schwächere etc. Genoss(innen) gekümmert haben, mit ihnen zusammen Wohngemeinschaften gebildet haben... Heute dagegen beherrschen Cliquen-Bildung, Herausbildung von Sitz- und Hackordnung immer stärker das Bild“ (ZL im AK 160).

„Darum muß gegen die krisenhaften Verfallserscheinungen revolutionärer Moral und die Verwilderung guter Sitten der Hauptstoß geführt werden“, schreibt die ZL.

Ja Genossen, wir sind längst dabei, die Verwilderung der guten Sitten und das was uns damals alles für revolutionäre Moral verkauft wurde zu bekämpfen, im Interesse einer Solidarität, die auf der Grundlage der Überzeugung der Genossen aufbaut. Und die darüber begonnene Diskussion auch unter der Parole „Macht das Private Öffentlich“ lassen wir uns durch eure Demagogien nicht nehmen.

Verlagszelle  
(6 Unterschriften)

Dreht euch nicht um  
der Utopismus geht um ....

Die ZL schreibt im Artikel „Krise, Utopismus...“ im AK 160:

„Dieser Utopismus ist allerdings u.E. keinesfalls Domäne unserer Frauenpolitik, wie Ha./Kl. nahelegen, sondern tritt in anderen Bereichen viel stärker und massiver zutage, was wir an einigen Beispielen aufzeigen wollen.“

Im AK 153 ist ein Kritikbeitrag einer Gruppe von Technik-Genoss(innen) abgedruckt, in denen sie die Aufhebung von Kopf- und Handarbeit bei unserer Zeitungserstellung fordern, und zwar hier und heute.

Die Genoss(innen) aus unserer Technik schreiben: „Wir sind der Meinung, daß dem Schema der Trennung von Hand- und Kopfarbeit, der damit verbundenen Herausbildung hierarchischer Strukturen entgegengetreten werden muß“. Schön, aber wie? Vom Standpunkt einer Emanzipation sowohl der Kopf- als auch der Handarbeiter und vom Standpunkt einer möglichst allseitigen Ausbildung beider, wäre dies zweifellos eine ausgezeichnete Forderung. Aber wie sieht diese Forderung vom Standpunkt unserer Aufgaben vor der Bewegung aus?“

Der Artikel im AK 153 war ein Versuch einer Analyse der Situation in der Technik. Gedacht – und auch so gekennzeichnet – als erster Einstieg in eine Diskussion um die Technik.

Die ZL geht auf die Inhalte dieser Analyse mit keinem Wort ein. So werden dann die Forderungen „vom Standpunkt unserer Aufgaben vor der Bewegung“ auch nur als inhaltstlere Floskel hinterranghängt.

Wir fragen die ZL:

- Was sind denn heute die „Aufgaben vor der Bewegung“?
- Was folgt daraus für die Technik?
- Ist die Trennung von Hand und Kopf, so wie sie heute vorhanden ist, daraus zu rechtfertigen?

An solchen Punkten ließe es sich diskutieren, ob unsere Analyse utopistischen Charakter hat oder nicht.

Die ZL äußert sich dazu aber gar nicht. Einzig das Aufkommen der Forderung, daß dem Schema der Trennung von Hand und Kopf entgegenzutreten sei, reicht aus, diese als utopistisch hinzustellen und sich nicht weiter damit auseinanderzusetzen.

Der Artikel der ZL hat einen hohen wissenschaftlichen Anspruch – die ZL beruft sich u.a. ausdrücklich auf den „revolutionären Marxismus“ und verursacht somit den Eindruck, als bediene sie sich dessen (wissenschaftlichen) Methoden.

Bei genauerem Hinsehen entpuppt sich der Artikel aber als billigste Schreibe. Am deutlichsten wird dies am Zitat der ZL: Die Forderung einiger Technik-Genoss(innen) wird als „hier und heute-Forderung“ hingestellt – entnommen wird dies, was nicht dazu gesagt wird, dem ausdrücklich als handschriftlichem Nachsatz gekennzeichneten Zusatz zu besagtem Technik-Artikel (s. AK 153 und UW 29). In diesem Zusatz wird ausdrücklich auf die verschiedensten Stellungnahmen hingewiesen, die sich in der Diskussion als Lösungsmöglichkeiten ergaben, was von der ZL ebenfalls nicht in ihrem Zitat zitiert angeführt wird.

Festzuhalten ist: die einzige vereinheitlichte Forderung – hier und heute – war die nach Diskussion des Problems Technik: Das Zitat, auf das sich die ZL bezieht, lautete weiter: „In der Reproduktion gab es bisher unterschiedliche Stellungnahmen dazu, wie diese Trennung und die damit verbundene Situation der in der Technik arbeitenden Genossen aufgehoben werden kann. Eine Lösung des Problems scheint nur möglich, wenn eine breite Diskussion um diese Probleme geführt wird und das nicht nur auf die Technik bezogen, sondern auf alle Bereiche des KB's“.

Die „Analyse“ der ZL „Utopismus als Krisenerscheinung“ steht auf sehr wackeligen Füßen, zumindest was das Technik-Beispiel angeht. Bei genauerem Hinsehen bleibt von der „Analyse“ kaum mehr übrig als die Warnung, daß Utopismus als solcher in Krisensituationen um sich greift.

Wir freuen uns (auch noch 4 Monate nach Erscheinen unseres Artikels im AK 153) auf den inhaltlichen Einstieg der ZL wie auch der LG-Mehrheit in die Diskussion um „Wie gehts weiter in der Technik“.

bis dann ... He., In., Re.  
Foto-Technik



# Thesen zur Krise

Es ist eine ideologische Krise im Prozeß der Herausbildung einer kommunistischen Alternative vor dem Hintergrund zunehmender demokratischer Kämpfe und kommender Kämpfe der Arbeiterklasse.

Es ist eine Orientierungs- und Führungskrise der bisherigen nicht-revisionistischen Linken (der „kommunistischen Bewegung“) in der BRD (aber auch in ganz Westeuropa), die aus dem Stadium relativ spontaner Reaktionen auf vorübergehende Aktionen des Imperialismus zu einer langfristig geplanten und strategisch ausgerichteten Politik übergehen muß, wenn sie ihren Anspruch aufrechterhalten bzw. überhaupt erst entwickeln will, orientierend auf die gegenwärtigen und vor allem kommenden Kämpfe einwirken zu können.

## Das bisherige Selbstverständnis der „kommunistischen Bewegung“

Die kommunistischen Zirkel haben bisher von sich das Selbstverständnis einer „kommunistischen Bewegung“, die sich in einer mehr oder weniger steten Aufwärtsentwicklung allmählich zur neuen Partei entwickelt. Diese Vorstellungen sind bei den einzelnen Zirkeln unterschiedlich ausgeprägt. Die Illusion der linearen Aufwärtsentwicklung dürfte allgemein (gewesen) sein. Beim KB äußerte sich das in der Vorstellung, über eine Sammlungsbewegung die überall entstehenden kommunistischen Gruppen zusammenführen zu können. Dieses Selbstverständnis wird in der gegenwärtigen Krisenentwicklung in Frage gestellt.

Tatsächlich ist die „kommunistische Bewegung“ zunächst aus einer radikal-demokratischen, bestenfalls sozialistischen Bewegung (APO/SDS) entstanden, als spontane Reaktion auf die Aktionen des Kapitals während/nach der imperialistischen Strukturkrise 1966/67.

Auch im Stadium des kommunistischen Zirkelwesens hat sich der Gesamt-Charakter der „kommunistischen Bewegung“ nur graduell verändert. Auch heute ist das Zirkelwesen nur bedingt „kommunistisch“ in dem Sinne: der Bewegung einen Schritt voraus zu sein, ihr allseitige, langfristige politische Orientierung und Führung in konkreten Kämpfen geben zu können. Vielmehr sind „kommunistische Bewegung“ und demokratische Bewegung in der BRD mehr oder weniger identisch gewesen. Oft in den letzten Jahren wurde der seiner Natur nach demokratische Protest vor allem von der „kommunistischen Bewegung“, der „linken Szene“ u.ä. getragen – stellvertretend für eine (noch) nicht entwickelte breitere demokratische Bewegung. Überdies sind heute in der „kommunistischen Bewegung“ noch die Grundfragen der zukünftigen Entwicklung nicht geklärt, z.T. sogar nicht einmal gestellt. „Kommunismus“ existiert in dieser „Bewegung“ in einer Reihe mehr oder weniger spontaneistischer Facetten, die z.T. nur deswegen nebeneinander Bestand haben können, weil der Grundcharakter der ganzen „Bewegung“ liberal und pluralistisch, keineswegs aber „kommunistisch“ ist.

Hierzu ein paar Überlegungen:

– Die APO war durch und durch spontaneistisch strukturiert; der SDS war darin zwar ein organisierendes Element, funktionierte aber nach elitären Mechanismen. Dieses „Organisationsverständnis“ ist z.T. in der Linken bis heute nicht abgebaut, sondern hat sich unmittelbar im Zirkelwesen fortgesetzt.

– Die diversen „Programme“ verschiedener Zirkel und „Parteien“ haben sich durchweg als „prinzipienfeste“ Glaubensbekenntnisse des jeweiligen Zirkels erwiesen; als konkrete politische Orientierung taugten sie alle nicht viel; sie konnten auch – ohne von der Realität beschwert zu sein – ebenso schnell geändert werden, wie sie zusammengestoppelt worden waren. In ihrer Praxis wurde der Kurs der Zirkel von der spontanen Bewegung selbst bestimmt – bzw. von ideologischen Schwenks ihrer „Mutterparteien“ (China, Albanien).

– Obwohl der KB mit seiner These zur „schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft“ im Gegensatz zu den meisten Zirkeln der BRD-Linken eine langfristige Einschätzung der zu erwartenden Entwicklung hatte, muß auch für den KB gesagt werden, daß seine Politik weitgehend der spontanen Bewegung folgte.

Trotz ihrer Unfähigkeit, eine längerfristige Orientierung und konkrete Führung zu geben, konnten die Zirkel sich zur „Führung“ großer Teile der Nach-APO-Bewegungen aufschwingen.

Trotz der in unserer zentralen Presse immer wieder herausgestellten Mahnungen, daß die „Faschisierungsthese“ kein Programm ersetzt, sondern auf der Grundlage dieser ersten Annäherung ein Programm erst in der politischen Praxis erarbeitet werden muß, daß der KB keine „Partei“ ist, sondern die Voraussetzungen für eine KPD erst (mit)entwickeln will, daß der KB noch weit davon entfernt ist, eine kontinuierliche Massenpolitik („Massenlinie“) zu machen, sondern daß erst Ansätze dazu entwickelt werden usw. – hat sich die illusionistische Linie des schnellen Erfolges und des „Masseneinflusses“ auch in die KB-Praxis eingeschlichen:

– Die „Faschisierungsthese“ wurde nicht mehr als Hypothese behandelt, sondern erstarrte zum Bibel-spruch des KB – gewissermaßen als Programmersatz.

– Die anfängliche Vorstellung, den KB als Sammlung von kommunistischen Gruppen als einen Beitrag zum Parteaufbau zu verstehen, wurde nicht konsequent weiterverfolgt, auch nicht, nachdem die Praxis bereits eine Korrektur des Aufbaus von oben nach unten, von Hamburg in „die Region“ erzwungen hatte. Der Provisoriumscharakter des KB wurde „vergessen“.

– In der Massen-Politik wurde im Zuge kampagnenmäßiger Anstrengungen das bischen erreichte Führungsqualitäts (politische Orientierung, Kader, materielle Möglichkeiten) in der Regel voll ausgefahren, keine Reserven geschont; unsere wenigen vorhandenen politischen Kräfte wurden ausgebrannt, solange die spontane Bewegung anhielt – dann wurde auf die nächste gesetzt. Die Verarbeitung der Erfahrungen, der Aufbau neuer Kräfte, die gründliche Offenlegung der zutage tretenden Schwächen wurden dabei vernachlässigt. Das gilt noch weit mehr für die „ML“-Organisationen. Grundlage dafür ist eine psychologisch festzumachende Haltung, die in gewissem Sinne nur als „Endzeitstimmung“ beschrieben werden kann.

Auch hier kann der KB gegenüber den „ML“-Zirkeln als vergleichsweise realistisch und im Arbeitsstil liberal angesehen werden.

## Bedingungen des bisherigen Selbstverständnisses

### Bedingungen des bisherigen Selbstverständnisses

Rund zehn Jahre lang ließ sich die „Bewegung“ in diesem Sinne führen bzw. führte sich gewissermaßen selbst. Die Aufrechterhaltung eines solchen kommunistischen „Führungsanspruchs“ gegenüber der „Bewegung“ war möglich:

+ auf Grund des Vorhandenseins eines politischen Vakuums im Krisen-Europa nach '66/'67, das eine spontane Abwendung von bürgerlicher Ideologie in Teilen der Arbeiterschaft (Septemberstreiks 1969) und vor allem in mittelständischen Bevölkerungskreisen brachte (APO-Protest), bei gleichzeitiger Suche nach einer Alternative zum Konfrontationskurs und Mc Carthyismus der Restaurationsphase;

+ vor dem Hintergrund des ideologischen Angebots der VR China als einer scheinbaren, realen Alternative gegenüber der revisionistischen Diskreditierung des Sozialismus, sowie dem Angebot des Guevara-Modells („Zwei, drei, viele Vietnam“), was beides von den in Bewegung geratenen nicht-proletarischen Massen als Zeichen für die Verwundbarkeit des Imperialismus hoffnungsvoll, begeistert und auch gläubig aufgenommen wurde.

Die Arbeiterschaft stand dieser Begeisterung allerdings von Anfang an skeptisch gegenüber, was u.a. in der Konsequenz zu einer Isolation der APO-Linken und der späteren Bewegungen führte;

+ solange die spontane demokratische Bewegung selbst nicht bzw. eben erst im Rahmen der linken Szene entfaltet war und die konkreten Zusammenstöße mit der Bourgeoisie (im Vergleich zu den sich heute abzeichnenden Dimensionen in der AKW-Frage, Strauß, u.a.) im wesentlichen präventive Schirmhützel blieben;

+ solange die Arbeiterklasse selbst noch nicht Bestandteil der Kämpfe war, sondern nur einige aktivierte Arbeiter(innen) am Rande in die „Bewegung“ gezogen wurden, wo sie

meist nur ein vorübergehendes Zuhause fanden.

In diesem Rahmen allerdings haben „kommunistische“ Zirkel tatsächlich die Kämpfe anführen können, konnten sie punktuell konkrete Orientierung geben und konnte auch die Richtung angegeben werden, in die zu arbeiten sei. Das gilt z.B. in der Frage des antifaschistischen Kampfes, das gilt für die erste Phase der Anti-AKW-Auseinandersetzungen, das gilt für die erste Phase der alternativen Wahlpolitik, u.a.m.

## Orientierungs- und Führungsschwäche „kommunistischer“ Zirkel

Inzwischen allerdings sind die „kommunistischen“ Zirkel den Dimensionen der sich entwickelnden Bewegung(en) nicht mehr gewachsen. In zunehmendem Maße wird die Rolle der Zirkel, speziell auch des KB, als „anerkannte“ Führer in radikal-demokratischen Aktionen, Kampagnen usw. durch Sozialdemokraten (einschließlich der „Alternativen“) und durch Revisionisten aller Schattierungen in Frage gestellt.

Als Gründe sehe ich:

1. Die Sozialdemokratie (+ DGB) konnte in der Folge der Krise bürgerliche Ideologie in der Arbeiterschaft und darüber hinaus z.T. wieder stabilisieren bzw. mögliche Alternativen neutralisieren und z.T. auch isolieren.

2. Mit der revisionistischen Entwicklung in der VR China, Kuba, Vietnam sind die spontanen Hoffnungen auf eine gültige und schnelle Alternative zur imperialistischen Krisen-Politik als übertragbares Rezept gescheitert; der Revisionismus verschiedenster Couleur (von DKP bis „KPD“) gewinnt an Boden. Zwar hat z.B. der KB ideologische Alternativen zum Revisionismus entwickeln können – theoretisch und praktisch-politisch aber stecken Alternativen zum Revisionismus (ebenso wie zum Sozialdemokratismus) bisher noch in den Kinderschuhen.

3. Während die Begeisterung für den „Kommunismus“ spontan nachläßt, wächst gleichzeitig ebenso spontan der Umfang und die Intensität der radikal-demokratischen Bewegung außerhalb der „Neuen Linken“. Es vollzieht sich eine Spaltung der bisherigen „kommunistischen Bewegung“ in eine eigenständige demokratische Bewegung einerseits (unter Verschmelzung mit neuen Kräften), und die Herausbildung einer ebenso eigenständigen kommunistischen Politik andererseits, die ihre Aufgaben in dieser demokratischen Bewegung und die Herausbildung einer ebenso eigenständigen kommunistischen Politik andererseits, die ihre Aufgaben in dieser demokratischen Bewegung erst noch definieren muß.

4. Die Bourgeoisie rüstet für eine neue Krise (Öl/Strauß/AKW ...); das läßt spontane Massenkämpfe in zunehmendem Maße erwarten. Für diese Kämpfe ist das gegenwärtige Zirkelwesen nicht gerüstet.

## Krisenverständnis der „kommunistischen Bewegung“

Die „kommunistischen“ Zirkel erleben diesen objektiven Wachstumsprozeß zunächst offenbar alle als eigenen Zerfallsprozeß. Die Rückkehr von Demokraten und Radikal-Demokraten von ihrer zeitweiligen Begeisterung für den Kommunismus auf den Boden einer in der BRD nicht einmal voll entwickelten demokratischen Tradition erleben die „kommunistischen“ Zirkel als Abkehr.

Das Entstehen eigenständiger demokratischer Bewegungen gegenüber den „kommunistischen“ Zirkeln erlebt die „kommunistische Bewegung“ zunächst als ideologische Aufweichung, als Vordringen der bürgerlichen Ideologie in die eigenen Reihen. Die neuen Strömungen im demokratischen Spektrum erscheinen als „Fehlströmungen“, denen „entgegnet“ werden muß, und kaum auch als Bereicherung des eigenen Kampfes, auch als Erfolg der eigenen Bemühungen, eben diese Bewegung zustande zu bringen.

Die „kommunistischen“ Zirkel erleben ihre Lage zudem als „Machtlosigkeit“. Der Druck der Konkurrenz von Revisionisten und Sozialdemokraten trägt dazu bei, die Hektik-Mühle weiter anzutreiben, schneller, besser, öfter zu publizieren, zu agieren als die anderen – ein aussichtsloses Unterfangen! In voller Blindheit wird hiermit versucht, die Rolle der Zirkel als Stellvertreter der demokratischen Bewegung zu zementieren. Eine Zeitlang war diese Stellvertreter-Rolle der „kommunistischen“ Zirkel unvermeidlich und in dem Sinne auch förderlich – eben

solange keine eigenständige demokratische Bewegung entstanden war. Jetzt allerdings entwickelt sich diese Rolle zunehmend zur Fessel der weiteren Entwicklung – und zwar sowohl für die Eigenständigkeit der demokratischen Bewegung als auch der zu entwickelnden kommunistischen Politik. Die subjektiven Folgen aus der bisherigen Unfähigkeit der „kommunistischen Bewegung“, mit dieser „Krise“ fertig zu werden, sind Resignation (nach zehnjähriger „Rödelei“ sieht man/frau alles zerfallen), Abschlaffendenzen, schließlich Verweigerung und Privatisierung – wenn auch im KB weniger als in anderen Zirkeln. Folgerichtig auch als Zerfallserscheinung eingestuft, aber im Grunde überhaupt kein Grund zum Erschrecken: die Austritte von Mitgliedern, die ihre Arbeit im demokratischen Umfeld fortsetzen. Es ist bezeichnend, daß viele „Ehemalige“ des KB nach wie vor ein gutes politisches und persönliches Verhältnis zu ihren Freund/inn/en im KB haben. Wir sollten unsere „Ehemaligen“ die Frage stellen, was sie in Zukunft vom KB erwarten – das wird die Diskussion sicher nicht schlecht beleben!

## Lösungsversuche zur „Krisenbewältigung“

Vor dem Hintergrund von Zerfall, „Zersetzung“ usw. werden die bisher angebotenen „Krisenlösungen“ besser verständlich. Ich skizziere sie an dieser Stelle nur kurz:

Zum einen, wie schon erwähnt, die „Lösung“, den Kopf in den Sand zu stecken – um so als Fossil der seligen ML-Zeit am Rande der sich entwickelnden Bewegung mitzutrotten. Diese „Politik“ wird vor allem von der KPD/ML, von KABD, vom KBW und auch vom AB München betrieben. In ihrer sektenmäßigen Abgeschlossenheit aber entwickeln sie eine eigene Stabilisierungs-Dynamik, die sie noch längere Zeit überleben lassen könnte. Zum zweiten die Neigung, mit den jetzt offenbar werdenden „ML“-Kinderkrankheiten gleich das ganze Bad auszuschütten, wie es z.B. die „Kritik-Fraktion“ des KB vorschlägt. Der Kommunismus/Sozialismus wird als gesellschaftliche Entwicklungsmöglichkeit grundsätzlich „in Frage gestellt“ – mit Verweis auf seine Fehlentwicklungen in der UdSSR, in der VR China, mit Verweis auf Fehlentwicklungen der „ML“-Gruppierungen und innerhalb des KB selbst. Praktisch wird einer Auflösung des KB in die Bewegung das Wort geredet, was auf die Liquidierung der immerhin ja bestehenden Ansätze kommunistischer Politik hinarbeitet.

Die dritte Linie ist im KB jetzt in Gestalt der „Zentrums“-Fraktion aufgetreten, die die geschwundene kommunistische Führungskraft durch straffere Organisation und scharfe Abgrenzung von „bürgerlichen Fehlströmungen“ wiedergewinnen will – ohne allerdings für sich selbst und für die Bewegung, die sie führen will, den weiteren Weg angeben zu können. Dies könnte auf die Isolierung einer „Führungsgruppe“ von „Kadern“ neben/„über“ den realen Bewegungen

hinauslaufen, anstelle der Entwicklung neuer Führungsqualitäten, eines kommunistischen Programms in Anknüpfung an die bisherigen Erfahrungen. Das Ganze riecht sehr nach „Rückkehr“ zu „bewährten“ Prinzipien der seligen, politisch überschaubaren Jahre, ohne der gewachsenen und weiter wachsenden Bewegung mit neuen Antworten für neue Probleme weiterzuhelfen.

Die beiden letztgenannten Linien sind nur zwei Seiten einer Medaille, nämlich einer aus Resignation über die zerfließenden Illusionen resultierenden Neigung zum Liquidatortum. In den beiden Linien spiegelt sich der objektive Prozeß der Spaltung der bisherigen „kommunistischen Bewegung“ in eine eigenständige demokratische Bewegung und eine eigenständige kommunistische Politik wider – auf der einen Seite mit dem Schlachtruf gegen das „ML“-Sektierertum, auf der anderen gegen „bürgerliche Fehlströmungen“.

Die kommunistische Linke muß begreifen, daß sie in eine neue Phase eingetreten ist. Die von ihr als „Zerfall“ erlebte Krise ist eine Wachstums-krise, für die „kommunistische Bewegung“ im Besonderen eine Bewußtseinskrise mit dem Inhalt, vom jahrelangen Traumtanz auf den Boden der gesellschaftlichen Realität zu kommen und „neue Antworten auf neue Fragen“ zu geben.

Führung der Kommunisten kann nicht – per Definition – aus Lenin oder Mao – postuliert werden, etwa: Kommunisten sind der Bewegung eben einen Schritt voraus, sondern Führung muß aufgrund tieferer theoretischer Einsicht in den Gang der gesellschaftlichen Entwicklung in konkreten Auseinandersetzungen aufgebaut werden, sich erweisen.

Hieraus folgt für den KB (und andere kommunistische Zirkel):

1. Die Anhebung des politisch-ideologischen und theoretischen Niveaus (analytische Aufarbeitungen/Auseinandersetzung/Schulung) mit der Erneuerung der wesentlichen Fragestellung: Wohin geht die Entwicklung, was kommt auf uns zu. Die Antworten von vor sieben Jahren reichen nicht aus.
2. Teilnahme an den sich entwickelnden demokratischen Kämpfen (z.B. Anti-Strauß), zum einen zur konkreten Stärkung ihrer eigenständigen Kraft, zum anderen als „Übungsfeld“ des Klassenkampfes, aus dem Lehren für die bevorstehenden Kämpfe der Arbeiterklasse gezogen und in der Arbeiterklasse propagiert werden müssen. Eine Einengung der revolutionären Propaganda auf „lupenrein kommunistische“ Zirkel und in der Arbeiterklasse propagiert werden müssen. Eine Einengung der revolutionären Propaganda auf „lupenrein kommunistisches“ wäre unter den heutigen Verhältnissen tödlich. (Siehe als Anregung Lenin, Bd. 5, S. 345: „Politische Agitation und Klassenstandpunkt“).
3. Konzentration auf eine Untersuchung der Lage und Entwicklung der spontanen Arbeiterbewegung, um Anknüpfungspunkte für eine revolutionäre Propaganda in der Arbeiterklasse zu entwickeln.

F., Antifa-Kommission Hamburg

### KB Unser Weg

KOMMUNISTISCHER BUND 28

#### Diskussionsbeiträge zum 1. KB-Kongreß

- Antifaschistischer Kampf
- „Realer Sozialismus“ und Stalin-Frage
- Statut- und Strukturfragen

Kritik an Resolutionen und Rechenschaftsberichten (Teil 2)

**Unser Weg Nr. 28**  
45 Seiten DM 3,

### KB Unser Weg

KOMMUNISTISCHER BUND 29

#### Wie geht's weiter im KB?



**Neue Diskussionsbeiträge**

**Unser Weg Nr. 29**  
40 Seiten DM 4,

Seit gut einem Jahr wird im KB die „Krise“ diskutiert. Dazu erschienen: UWE extra 1 und 2, sowie bisher UWE 25-29.





# Abenteurer-Urlaub bei der KPD/ML

Über das Demokratieverständnis der KPD/ML beim „3. Internationalen Jugendlager“ in El Saler/Spainien erfuhr ich einiges als Nichtorganisierter, Lagerteilnehmer und AK-Leser.

Groß angekündigt vom „Roten Rebellen“, der Jugendzeitung der Roten Garde, war's zu lesen: Das 3. Internationale Jugendlager ist der Treffpunkt der sozialistischen, fortschrittlichen, antifaschistischen, antiimperialistischen Jugend der Welt.

Mann las das zufällig und beschloß, dort hinzufahren. Ich stellte mir diese Art des Urlaubs gut vor. Mal 2 Wochen unter Linken, fortschrittlichen Leuten, bunt zusammengewürfelt aus allen Erdteilen, da muß doch das Zusammengehörigkeitsgefühl und die gemeinsame Interessenbasis ausgezeichnet sein. Zumal der Aufruf auch an Nichtorganisierte gerichtet war. Also, nichts wie hin. Ich kam am 1. August an, 2 Tage vor dem offiziellen Beginn. Erste Vermutung: Ich bin der einzige Langhaarige hier. Ich begann schon, mich selbst zu diskriminieren, weil man/frau es mir an den Haarspitzen ansahen, welche Gesinnung sich darunter verbirgt. Später traf ich noch einige wenige, die sich für den albanischen Kurzhaarschnitt auch nicht begeistern konnten (...).

Wesentlich ermunternder war der Tag der Eröffnung. Des Morgens saß ich an der schattigen Bar und las den AK der letzten Woche. Über die westdeutsche Linke, über den Bahro-Kongress. Ein ML-er kommt von hinten und schaut mir über die Schulter. Er fragt dann, woher ich komme, und ob der KB der regelmäßige Treffen hat und für den Bahro würde er schon gar nicht auf die Straße gehen. Ich blättere weiter. Wenig später erschien gar nicht auf die Straße gehen. Ich blättere weiter. Wenig später erscheint ein anderer ML-er, bleibt hinter mir stehen, erkennt den AK als das, was er ist, und geht weiter. Mir wird leicht mulmig. Mit dem „Roten Morgen“ würde man/frau hier weniger auffallen. Es können nicht mehr als 3 Minuten später gewesen sein, da kommt derselbe Typ von hinten an mich ran und meint plötzlich, „laut eines Beschlusses des Organisationskomitees“ (OK) sei es verboten, den AK hier zu lesen. Ich solle ihn gefälligst im Zelt lesen oder woanders, jedenfalls da, wo es niemand sieht. Ich hätte 5 Minuten Zeit oder müßte mit den „Konsequenzen“ rechnen, nämlich das Lager zu verlassen.

Ich stellte die Bedingung, mit dem OK diskutieren zu können; ich fragte, wo es ist, aber es hieß nur, ich könne es nicht sprechen.

Jetzt mischte sich mein Freund ein, der gerade den „Kommunismus und Klassenkampf“ (KBW) las, und fragte, ob diese Zeitschrift auch verboten sei. „Die liest hier sowieso keiner“ war die aggressive Antwort. Zu diskutieren war also nicht. Ich fühlte mich wahnsinnig in die Enge getrieben und wollte erstmal einer Ausweisung aus dem Lager entgehen. Ich packte den AK in meine Tasche. Der ML-er ging, aber mittlerweile hatten das andere ML-er mitbekommen. Die fanden das Verhalten dieses Einzelnen (oder des OK) nicht gerechtfertigt und kritisierten ihn. Der revidierte daraufhin im Laufe des Tages sämtliche Aussagen und unterstellte mir, das mit dem Rausschmiß aus dem Lager und dem AK-Leseverbot hätte ich in den falschen Hals bekommen. Nur nicht „offen rumliegen“ solle er, der AK. Denn er vermutete bei mir, ich könnte damit agitieren und hätte womöglich noch einen KBW-Infostand im Rucksack versteckt. (...).

Das OK verpaßte aber auch noch anderen Antifaschisten und Antiimperialisten handfeste Maulkörbe, die letztenendes mit einem Rausschmiß aus dem Lager endeten. Mit der Begründung, Genossen der TKP/ML (Türkei) hätten Mitglieder anderer revolutionärer Organisationen in der Türkei ermordet, wurde diese Organisation erst gar nicht ins Lager eingelassen. Lediglich als einzelne hätten die Genossen auftreten können. Eine gemeinsame Darstellung ihrer Ansichten wurde ihnen nicht erlaubt. Sie campen einen Tag vor dem Lagereingang und mußten sich dann unter Eingreifen der „Guardia Civil“ auf einen anderen Campingplatz begeben. Der Höhepunkt überhaupt kam dann, als das Lager schon fast dem Ende zuging. Es war die Ausweisung der Partido Comunista Revolucionario de Chile. Ich merkte erst gar nicht, daß die Chilenen überhaupt im Lager waren. Jede Organisation hatte einen Infostand; selbst die Schweizer Kommunistische Bewegung, die mit der Mao-Tse-tung-Diskussion noch nicht so „weit“ war wie andere und das Bild

Maos noch in ihrem Emblem führte, konnte ungehindert ausstellen. Daß es im Lager Chilenen gab, stellte ich erst fest, als sie nach einer handgreiflichen Provokation seitens der „echten“ ML-er (weil sie ein Flugblatt verteilt hatten) aus dem Lager entfernt wurden. Sie hatten kein Recht auf freie Meinungsäußerung und nahmen es sich einfach mal raus. Ein Infostand ist ihnen nicht erlaubt worden. In dem daraufhin von ihnen verbreiteten Flugblatt hieß es u.a., daß die PCR Chile die „Drei-Welten-Theorie“ und den chinesischen Revisionismus verurteilt, aber aus den Einschätzungen der Fehler Mao Tse-tungs nicht zum Schluß gekommen sei, er sei ein Sozialfaschist, Sozialchauvinist oder Reaktionär. Eine Resolution lateinamerikanischer ML-Parteien durfte die PCR Chile nicht verbreiten mit der Begründung, eine der dort unterzeichneten Parteien hätte sich mittlerweile von Mao distanziert. Ausgerechnet die Partei, die unter schwierigsten Bedingungen gegen Faschismus und Imperialismus im Lande ankämpft, bekam dann in einer eilends zusammengerufenen Lager-Pflicht-Versammlung zu hören (oder auch nicht, denn sie war schon weg), sie seien „entartete Elemente“, wollten mit ihrem „Propagandaapparat“ (eine Vervielfältigungsmaschine) Ziele gewaltsam durchsetzen, hätten „aus dem Untergrund heraus Verleumdungen verbreitet“ und würden den „revolutionären Kampf spalten“. Diese Anklage-Rede fand einen ungeheuren Anklang unter den eingeleiteten ML-ern und wurde am Ende mit Parolenrufen abgesegnet. Es

war erschreckend, mitanzusehen, wie zum Schluß die Hochrufe zur Internationalen Solidarität ertönten. Auf den Inhalt des Flugblattes ist natürlich in keinem Satz eingegangen worden.

Wie ich schon eingangs bemerkte, ging ich mit der Vorstellung nach Valencia, daß zwischen Antifaschisten und Antifaschisten kein großer Unterschied sein kann. Jetzt habe ich dazu gelernt.

Es war kein Treffen der antifaschistischen und antiimperialistischen Jugend, auch wenn darauf noch so viel Wert gelegt wurde. Wenn sich die internationale ML-Szene im nächsten Jahr in der BRD unter dem gleichen Motto zusammenfindet, soll sie doch bitte so lieb sein und vorher darauf hinweisen, daß das Lager eigentlich nur für ML-Antifaschisten/Antiimperialisten gedacht ist (...).

Mit libertären Grüßen  
Wilfried, Gießen

## Anmerkung der Redaktion

Ein kerniger Bericht zu diesen Vorfällen findet sich auch im „Roten Morgen“ (Zentralorgan der KPD/ML) vom 7.9. Dort ist zu lesen, daß sich an den „Provokationen“ außer der TKP/ML und der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles auch die österreichische MLPÖ (alles „Bruderparteien“ der KPD/ML!) beteiligt habe. Originalton ML: Diese „diversen Gruppen und Grüppchen von Agenten, Provokateuren und berufsmäßigen Spaltern“ seien „von langer



Hand vorbereitet“ in das Lager gekommen, um dort „ihre Spaltertätigkeit zu betreiben“.

Ihre Absicht sei es gewesen, „Zusammenstöße zu provozieren, um das Eingreifen der Polizei und Guardia Civil zu erreichen“. Sogar „provokative Zusammenarbeit mit der faschistischen Bewegung in Spanien“ wirft die KPD/ML jetzt ihren „Bruderparteien“ vor, mit denen sie erst kürzlich einen gemeinsamen Aufruf zum „Stalinjahr“ unterzeichnet hatte. „Mit völliger Standfestigkeit und Einheit“, so schreibt der „Rote Morgen“ weiter, seien „entsprechende Maß-

nahmen ergriffen“ worden: „Es wurden Verbote ausgesprochen, Provokateure festgenommen und schließlich all diese Provokateure aus dem Lager geworfen“. Und es soll nicht das letzte Mal gewesen sein, daß die KPD/ML mit Gewalt andere Meinungen mundtot zu machen versucht: Zukünftig sollen verstärkt „alle Spielarten der Kollaboration und Provokation bekämpft werden, auch solche, die unter dem Deckmantel der ‚Einheit‘, der ‚Demokratie‘ und des ‚Antimperialismus‘ auftreten“. Amokläufe der KPD/ML in nächster Zeit sind zu befürchten.

# Ka Eff Deh U Ess – Ein Name, den man sich merken sollte

Die „Komitees für Demokratie und Sozialismus“ haben tatsächlich begonnen, selbstständig laufen zu lernen. Dem Vater Schmierer (KBW) sind sie nun wirklich davongelaufen, geführt von Maier und Fücks, zwei ehemaligen Hausfreunden von Big Joscha. Großvater Marx darf mit umziehen, Onkel Lenin darf noch gelegentlich zum Kaffee kommen, aber Wladimirs Stiefsohn Stalin wird nicht gern gesehen.

## Dogmatismus und KBW-Ramsch

Von einigen jungen Genossen aus Tübingen, die es vielleicht bald schon besser wissen werden, bis zu ein paar älteren Vertretern von Mini-Gruppen, bei denen wohl vorläufig Hopfen und Malz verloren ist (Trotzkistische Liga Deutschlands, „Vereinigte Linke“), reichte die Front der Dogmatiker:

Die „Diktatur des Proletariats“ komme in den Papieren nicht vor, „Imperialismus“ ebenso wenig usw. usf. Die interessanteste Variante lieferte bb, alter KBW-Kämpfer, mit einer Kritik vom KBW-Standpunkt aus: Erstens müsse die 3. Welt als Sturmzentrum der Weltrevolution betont werden – der Tätigkeitsplan stelle die Weiterentwicklung des Imperialismus nicht in den Mittelpunkt –, zweitens müßten die Tätigkeitsschwerpunkte auf Forderungen zugespielt werden (Man kennt den alten KBW noch, z.B. zur Fußball-WM: Weg mit den indirekten Freistoßen! Für freie Wahl der Schiedsrichter durch das bewaffnete Spielervolk! Nieder mit der Abseitsfalle!).

Alle diese Anwürfe, die noch vor wenigen Jahren auch bei mir ehrfürchtiges Zittern ausgelöst hätten, wurden schlicht und ergreifend abgeschmettert: Ein Änderungsantrag von bb wurde mit der unerwartet deutlichen Mehrheit von 80:7 (bei 26 Enthaltungen) abgelehnt. Die ideologische Grundlage für diesen kritisch-dogmatischen Standpunkt gelegt hatten schon vor dem Kongreß Maier mit einer Kritik seiner KBW-Zeit und Fücks mit seinen „Thesen zur Entwicklung der Sowjetunion“, meiner

Ansicht nach die beste neuere Arbeit zur Stalin-Katastrophe (bereits abgedruckt in den Dokumenten der ersten Konferenz von Ostern 1979).

Maier begründete das Weglassen der „Diktatur des Proletariats“ und des „Imperialismus“: Diese Worte seien zu Phrasen geworden, man müsse diese Inhalte neu entwickeln und mit eigenen Gedanken füllen.

## Worüber theoretisieren?

Heiner Karuscheit, der ein lesenswertes Buch „Zur Geschichte der ML-Bewegung“ geschrieben hat (s. AK 151) vertritt mit seiner Gelsenkirchener Gruppe die These, Hauptaufgabe sei heute die Untersuchung der Fehler der ML-Bewegung (um in Zukunft alles richtig zu machen). Demgegenüber die Komitee-Führung: Es stimmt, die Marxisten haben heute ein Theorie-Defizit. Sie sind heute nicht mehr die fortschrittlichsten Theoretiker, weil die wichtigen Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung heute zum großen Teil nicht von ihnen, sondern von anderen Theorien aufgeworfen werden, vor allem den „Grünen“ (und auch den Feministinnen – Anm. d. Verf.). Wenn die „Revolutionäre“ daher jemals wieder ein Bein auf den Boden kriegen wollen, müssen sie diese Probleme theoretisch aufgreifen, basisarbeitsbezogen z.B. die Debatte über Probleme des Wirtschaftswachstums und der Ökologie führen. Die marxistische Ideologie muß anhand der aktuellen Fragen wieder in die Offensive kommen.

Genau das finde ich das Attraktive an den Komitees. Davon sollte sich der KB einige Scheiben abschneiden. Z.B. ist es ganz unfruchtbar, den Feminismus mittels dem Etikettaufkleben „feministisch“ zu bekämpfen oder ihn still zu dulden, in der Hoffnung, er würde sich totlaufen. Es kommt darauf an, aus marxistischer Sicht die besseren Ideen zu entwickeln; und solange die nicht da sind, kann man auch nicht gegen den Feminismus wettern; denn der ist dann nämlich noch immer die bestmögliche und fortschrittlichste Lösung bestehender Übel, mangels Alternative.

Aber das gilt auch für unsere eingeschlafene Polemik gegen einseitig ökologische Standpunkte. Es kommt wirklich darauf an, von marxistischer Sicht aus auf all diesen Gebieten neue Ideen zu entwickeln.

## Theoretische Aufgaben – praktische Anleitung

Der Hauptwiderspruch auf dem Kongreß lag zwischen den Ansprüchen der Führung, Theoriebildung voranzubringen, und dem Wunsch der „einfachen“ Komiteemitglieder nach praktischer Anleitung ihrer Basisarbeit.

Die Mitglieder sind nur zum Teil alte MLer und haben daher zum Teil gar kein Bedürfnis nach einer besseren Theorie, weil sie noch nicht so richtig mit dem alten ML-ismus auf die Schnauze geflogen sind. Es wurde vorläufig eine Lösung gefunden: Die Komitees setzen sich zwei Schwerpunkte – 35-Stunden-Woche und Anti-AKW-Bewegung – und führen zu beidem Fachkonferenzen durch, die einerseits anleiten sollen, andererseits zu erhöhtem Durchblick und stimmigen Theorien führen sollen.

Allerdings besteht der Widerspruch weiter. Das Übelste, was passieren könnte, wäre eine Wiederholung der KBW-Gründung, d.h.: damals wurde bis zur Gründung breit debattiert, gründlich untersucht (vor allem im „Neuen Roten Forum“), aber dann hatte der KBW sein Markenzeichen: Das Programm, die „Linie“ lag also fest, und die Klappe fiel. Nun könnte es im schlechtesten Fall wieder so laufen: Breite Debatte, Anstrengungen für einen Neuanfang, aber dann Tageskram, Organisationsarbeit, konkrete Probleme; die guten Vorschläge geraten ganz schnell in Vergessenheit, und schon macht man unkritisch wieder die hirnrissigsten Sachen. Möglich wäre eine solche Entwicklung auf der Grundlage zweier Dinge, die noch zu wenig problematisiert wurden, nämlich den Illusionen über die Breitenwirkung der Komitees und den Illusionen über China.

## „Rein in die linke Sozialdemokratie“

Die Komitees sollen offen sein für alle fortschrittlichen Leute, Kommunisten wie Sozialisten. Es wurde versucht, die Plattform möglichst breit zu halten. Man will viel mehr Leute als die alte ML-Szene erreichen. Man erhofft sich zur Bundestagswahl einen echten Einbruch in die fortschrittliche Arbeiterschaft. Hinter all diesen Wünschen steckt keine gründliche Analyse der vorhandenen Lage. Es ist ganz unklar, wie weit ein solcher Einbruch in die Sozialdemokratie möglich ist. Hier werden meiner Ansicht nach Illusionen geschürt. Zum Teil steckt wohl

die gleiche Denkweise dahinter wie bei der alten ML-Bewegung: „Rein in die Arbeitermassen“, und allein durch den bloßen Wunsch hat man sie. Denkst!

Möglich scheint ja noch, daß viel mehr Leute ansprechbar sind, als die traditionelle linke Szene, – aber organisieren werden sich solche Leute noch lange nicht in größerem Ausmaß. Wenn solche Illusionen nicht bekämpft werden, faselt man sich irgendwann die fehlenden „Massen“ dazu. Wie weiland der KBW. Es muß klar werden, was heute wirklich erreichbar ist und was nicht.

## China!

Quelle Nr. 2 für mögliche Fehlentwicklungen ist die Einschätzung Chinas und seiner bescheuerten 3-Welten-Theorie. Wenn die Komitees clever sind, lassen sie diese Frage genauso unbehandelt, wie sie jetzt ist. Das heißt, außenpolitisch bekennen sie sich im Allgemeinen zur 3-Welten-Theorie, womit sie sich die ge schwächte „KPD“ verpflichten; innenpolitisch lehnen sie deren Anwendung ab, worüber der bröselnde KB sich freut. Resultat: Alle sind nett zu den Komitees, weil jeder meint, er könne sie auf seine Seite ziehen (vgl. dazu die herzlichen Komplimente in diesem Artikel!!!).

Auf der anderen Seite warf im Kern der Sache Maier seinen „KBW-Kritiker“ bb genau vor, er würde die 3-Welten-Theorie unfruchtbar auf die Entwicklung der hiesigen Gesellschaft anwenden; ganz ähnliches meinte Fücks zur „KPD“. Deren intellektuelle Redlichkeit immerhin könnte also gegen die politische „Cleverness“ sprechen.

## Zeitschrift

Schließlich wäre noch zu berichten, daß für die neue Zeitschrift der Komitees beachtliche Pläne bestehen. Irgendwann soll sie so attraktiv sein wie der „Stern“. Maier meinte realistisch, wenn überhaupt, dann ginge das doch nur in Zusammenarbeit beispielsweise mit dem „Arbeiterkampf“. Jaja.

Nun, man könnte ja mit Artikel-austausch be g i n n e n.

Über die Diskussion zu den Bundestagswahlen habe ich hier nicht berichtet, das geschieht sicherlich noch an anderer Stelle.

R., Mannheim



## Appell für die gefangenen Revolutionäre und Demokraten in China

Im AK 154 veröffentlichten wir einen „Appell“ an die Regierung der VR China. Da sich diesem Appell inzwischen eine Reihe weiterer Unterzeichner und Unterstützer angeschlossen haben, veröffentlichen wir hier nochmals den Text.

Die Unterzeichner drücken ihre ernste Sorge um das Leben und die Gesundheit zahlreicher politischer Gefangener in China aus. Beispielsweise nennen wir Nieh Yuan-tsu, die Verfasserin der „ersten Wandzeitung“ der Kulturrevolution 1966, sowie Kuai Ta-fu und Tan Hu-lan, zwei damals bekannte Leiter der „Roten Garde“ in Peking.

Wir mißbilligen die Praxis, heute – 12 Jahre nach den damaligen Ereignissen – mit den „Rebellen“ der Kulturrevolution vor Gericht abzurechnen. Wir mißbilligen ebenso die Praxis, Agitation zu Streiks, sit-ins, Besetzung von Behörden-Räumen als Zeichen politischen Protests, oder gar die „Verunglimpfung“ chinesischer Partei- und Staatsführer wie Hua Guofeng, Deng Hsiao-ping oder Tschu En-lais als kriminelle Delikte zu behandeln und abzuurteilen.

Wir mißbilligen besonders scharf die Praxis, solche Gerichtsverhandlungen ohne präzise öffentliche Anklageschrift und ohne Bekanntgabe der Urteile und ihrer Begründung durchzuführen.

Wir fordern daher die Freilassung aller inhaftierten Aktivisten der Kulturrevolution und aller anderen politischen Gefangenen der Arbeiterbewegung, die aufgrund ihrer Überzeugung inhaftiert worden sind.

Als Sofortmaßnahme fordern wir von der Regierung der VR China:

- Informationen über die Zahl der politischen Gefangenen
  - Informationen über erfolgte Urteile und über die Haftbedingungen
  - Zulassung von Vertretern internationaler Organisationen wie amnesty international zu den Gefangenen
  - Zulassung internationaler Beobachter zu den politischen Prozessen
- Dieser Text wird bisher unterstützt von:
- Kommunistischer Bund;
  - Gruppe internationaler Marxisten (GIM);
  - Vereinigtes Sekretariat der IV. Internationale;
  - MIR (Chile), Vertretung in der BRD;
  - Westdeutsches Irlandsolidaritätskomitee (WISK);
  - Komitee gegen die chinesische Aggression (Niederlande);
  - Marxistisch-Reichistische Initiative (MRI);
  - Kommunistisch Forbund (Dänemark);
  - AStA-Vorsitzender Frankfurt;
  - Mitarbeiter des Club Voltaire, Frankfurt;
  - Mitarbeiter des „Pflasterstrand“;
  - A. Schubart, Frankfurt;
  - A. Schmeissner;
  - Juso-Hochschulgruppe Göttingen;
  - AStA-der Uni Hannover.

## DDR: Aufruf für Franz Kobold

Der von uns im Folgenden dokumentierte Aufruf stammt aus dem Rundbrief 4/79 der AMNESTY INTERNATIONAL.

„Franz Kobold befindet sich seit 1975 wegen geplanter Republikflucht im Gefängnis. Obwohl die DDR-Regierung internationale Menschenrechtsvereinbarungen ratifiziert hat, die das Recht auf Auswanderung festschreiben, sind viele DDR-Bürger gerade deshalb inhaftiert, weil sie versucht haben, dieses Recht in die Tat umzusetzen.“

Franz Kobold, 39 Jahre alt, ist Experte für außereuropäische Pflanzenkulturen. Berichten zufolge ist er in seiner Arbeit derart eingeschränkt worden, daß er nicht einmal aus dienstlichen Gründen ins Ausland reisen durfte. 1975 entschloß er sich aufgrund dieser Beschränkungen, die DDR zu verlassen. Ein Arbeitskollege verrät die Fluchtpläne an die Polizei und kurz später ist Kobold verhaftet worden.

Nach über einem Jahr wurde von einem Berliner Militärgericht gemäß Artikel 97 des DDR-Strafgesetzbuches wegen Spionage zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt. Außerdem sollen ihm alle akademischen Titel aberkannt worden sein.

Der Spionagevorwurf wird oft gegen DDR-Bürger vorgebracht, die versucht haben, ihr Land zu verlassen, wenn sie aufgrund beruflicher Stellung Zugang zu wichtigen Informationen hatten. Die Spannweite der Informationen, die von den DDR-Behörden für wichtig erachtet werden, ist ungewöhnlich groß.

Franz Kobold sitzt seine Strafe in Bautzen ab. Im Oktober 1978 soll er Berichten zufolge wegen Depressionen im Gefängnis-Krankenhaus gelegen haben.

Appellieren sie bitte in höflich formulierten Schreiben um die sofortige Freilassung Kobolds an:

Den Staatsratsvorsitzenden der DDR  
Herrn Erich Honecker  
DDR - 1110 Berlin-Niederschönhausen.“

## KBW: Lügenbold und/oder Dukatenesel?

Schon lange stand die Frage im Raum, ob es mit den Angaben über die Auflagenhöhe der KVZ immer seine Richtigkeit hatte. In den letzten drei Jahren waren immer 32.000 Exemplare als Gesamtauflage angegeben worden, nämlich von Nr. 27/76 (vom 8.7.76) bis in den Sommer dieses Jahres. Sekretär Schmierer ließ nun durchblicken, was von dieser Zahl zu halten ist. In der Auseinandersetzung mit seinem alten KVZ-Chefredakteur Wilfried Maier (jetzt „Komitees für Demokratie und Sozialismus“) schreibt Schmierer: „Die Auflage der KVZ ist alles andere als großartig, aber mit über 18.000 vertriebener Auflage liegt sie trotz Auflagenrückgang um einiges höher als zu dem Zeitpunkt, als sie auf Montagsvertrieb umgestellt wurde“ („KuK“, 7/79, S.25). Das muß man ein wenig erklären. Auf Montagsvertrieb wurde die KVZ im Mai 1977 umgestellt, damals angegebene Auflagenhöhe, wie gesagt, 32.000 Exemplare. D.h. die damals tatsächlich vertriebene Auflage lag um einiges niedriger als 18.000 Exemplare. Was wiederum

bedeutet, daß 14- bis, sagen wir, 20.000 Exemplare gedruckt aber nicht verkauft wurden oder aber daß die Angabe über die Auflagenhöhe ganz einfach nur gesponnen war. Dukatenesel oder Lügenbold, das ist hier die Frage.

Die bisherigen Angaben über das wechselvolle Leben der KVZ-Auflagenhöhe waren auch schon vielsagend, aber doch nicht so eindeutig, wie Schmierer selbst: Im Mai/Juni 1974 soll die Auflage 59.000 Exemplare betragen haben. Im Juni '75 sprang sie dann runter auf 45.000 (26/75, S.7.75), um dann mit der Nummer 27/75 (10.7.75) plötzlich nur noch 40.000 zu haben. Einen solch rasanten Sprung gab's dann noch einmal im Juli 1976, als von Nr. 26/76 auf Nr. 27/76 die Auflage schlagartig auf 32.000 Exemplare sank. Aber das ist noch gar nichts. Wieder im Juli, nur diesmal 1979, gibts jetzt in der KVZ überhaupt keine Angabe mehr über die Auflagenhöhe.

KB-Hannover

## Spenden für den Arbeiterkampf

|  |           |
|--|-----------|
| Genoss/inn/en und Sympathisant/inn/en aus Nürnberg | 5.000,-   |
| F.T., Nürnberg                                     | 100,-     |
| KB-Gruppe Bamberg                                  | 200,-     |
| AG Zivildienst KB-Gruppe HH                        | 110,-     |
| Lehrergruppe d. BO Eimsbüttel                      |           |
| KB/Gruppe HH                                       | 370,-     |
| SSB-Studenten HH, Sammlung                         |           |
| Büchertisch Mensa                                  | 12,95     |
| KB-Gruppe Norderstedt                              | 20,-      |
| Sammlung Vollversammlung                           |           |
| BO HH-Bergedorf                                    | 112,20    |
| Bergedorf I, KB-Gruppe HH                          | 51,-      |
| BO Wandsbek, KB-Gruppe                             |           |
| Hamburg  | 10,-      |
| KB-Gruppe Westberlin,                              |           |
| Sammlung VV  | 225,-     |
| KB Nordhessen-Treffen                              | 50,-      |
| ÖTV-Bereich  | 110,-     |
| Anleiter-Versammlung HH                            | 279,19    |
| VV Chemiebereich HH                                | 58,-      |
| ÖTV-Bereich KB HH                                  | 30,-      |
| „Zentrum“, KB-Gruppe HH                            | 119,59    |
| „Zentrum“, KB-Gruppe HH                            | 232,13    |
| KB-Gruppe Braunschweig                             | 640,-     |
| SI, BO Altona, KB HH                               | 194,-     |
| Sammlung Chemie-VV HH                              | 157,-     |
| BO Altona, KB HH                                   | 200,-     |
| R. Ch., Hamburg                                    | 150,-     |
| R. B., Sussen                                      | 10,-      |
| W. und J., Göttingen                               | 330,-     |
| St. R., Göttingen                                  | 150,-     |
| M. H., Hamburg                                     | 150,-     |
| R.K., Lüneburg                                     | 50,-      |
| NN., Bremen  | 100,-     |
| H. St., Hamburg                                    | 50,-      |
| A. M., Göttingen                                   | 100,-     |
| R. I., Kaiserslautern                              | 500,-     |
| G. und K., Ahrensburg                              | 100,-     |
| W. D., Bremen                                      | 200,-     |
| J. H., Tübingen                                    | 100,-     |
| AK-Leser aus Borsen                                | 50,-      |
| K. H. L., Hamburg                                  | 100,-     |
| HPK, Dortmund                                      | 40,-      |
| G. S., Koltow                                      | 50,-      |
| Th. H., Essen                                      | 500,-     |
| A. und J., Freiburg                                | 133,-     |
| R. H., Berlin                                      | 60,-      |
| AK-AG Buhlstraße, Göttingen                        | 35,-      |
| K. H., Hamburg                                     | 20,-      |
| C.-W.v.d.L., Heidelberg                            | 50,-      |
| T. P., Hamburg                                     | 60,-      |
| U. J., Aachen                                      | 10,-      |
| F. R., Kassel                                      | 40,-      |
| B. M., Darmstadt                                   | 10,-      |
| KB-Gruppe Bremerhaven                              | 228,-     |
| H. Sch., Preetz                                    | 50,-      |
| M. R., Meine                                       | 50,-      |
| K.-H. O., Oldenburg                                | 1.000,-   |
| St. H., Göttingen                                  | 40,-      |
| KB-Gruppe Kassel                                   | 150,-     |
| R. D., Frankfurt                                   | 50,-      |
| M.L., Hamburg                                      | 150,-     |
| St.K., Berlin                                      | 50,-      |
| E.K., Landesbergen                                 | 50,-      |
| M.L. und D.H., Hamburg                             | 53,32     |
| U. W., Brunsbüttel                                 | 50,-      |
| U. C., Hamburg                                     | 100,-     |
| P. Sch., Hamburg                                   | 50,-      |
| M. Hamburg   | 20,-      |
| G. S., Göttingen                                   | 100,-     |
| M. I., Berlin                                      | 50,-      |
| M.v.C., Hannover                                   | 100,-     |
| Skatrunde Hamburger Genossen                       | 70,-      |
| KB-Gruppe Lübeck                                   | 600,-     |
| Bl. und C. W., Lübeck                              | 400,-     |
| R. B., Baden-Baden                                 | 10,-      |
| V. W., Münster                                     | 50,-      |
| WG HH-Altona                                       | 100,-     |
| Sammlung VV BO Harburg,                            |           |
| KB-Gruppe Hamburg                                  | 55,-      |
| Ma.'s Geburtstagsfeier                             | 151,-     |
| BO Altona, KB HH                                   | 50,-      |
| BO Altona, KB HH                                   | 20,-      |
| 2 AK-Leser aus Altona                              | 100,-     |
| Lehrlinge, KB-Gruppe HH                            | 50,-      |
| ÖTV-Bereich, KB HH                                 | 67,-      |
| SUMME  | 16.023,38 |

Damit erhöht sich das gesamte bisherige Spendenergebnis für den ARBEITERKAMPF auf insgesamt DM 37.240,88.

Trotz des bisherigen guten Ergebnisses der Spendenaktion sind wir allerdings noch weit davon entfernt, aus dem Schneider zu sein. Das dicke Minus von DM 10.000,- pro AK-Ausgabe drückt uns weiterhin. Wir sind daher nach wie vor auf die Solidarität aller AK-Freunde angewiesen: Spenden in jeder Höhe sind willkommen. Einzahlungen bitte auf das Konto des Reents-Verlages; Lerchenstraße 75; 2000 Hamburg 50

Dresdner Bank Hamburg  
BLZ 2008000  
Kto. Nr. 4518378  
Stichwort AK-Spende

Postscheckkto. Hamburg  
BLZ 200 100 00  
Kt. Nr. 240595-203  
Stichwort AK-Spende

## Rotbuch zum Rotwerden...

### Rotbuch zu den Gewerkschaftsausschlüssen

Die Zeitschrift „DASDA“ zu diesem Buch: „...Die abgedruckten Dokumente beweisen: innerhalb der Gewerkschaftsbewegung rollt eine wahre Säuberungswelle. Und man muß nicht gleich einer K-Gruppe angehören, um davon erfaßt zu werden...“

650 Seiten, Paperback

22 DM

ISBN: 3-88305-011-3

mit Gutachten zum Russell-Tribunal

In einer mehrjährigen wissenschaftlichen Arbeit hat eine Arbeitsgruppe des KB diesen bisher detailliertesten und umfangreichsten Bericht zur Ausschlusspraxis und zum Abbau demokratischer Strukturen im DGB erstellt. Es ist ein Handbuch von Gewerkschaftern für linke Gewerkschaftspolitik.



UNSER WEG NR. 4 enthält: Frauen klagen gegen den „Stern“

Rechts, gleich links? Frauenbewegung und Auseinandersetzung Walpurgisnacht Polemik der „Courage“ gegen P.P. Zahl Der kleine Unterschied zwischen bürgerlicher und sozialistischer Frauenbewegung Buchbesprechungen

Bisher erschienen:

UNSER WEG Nr. 1 Revisionismus-Kritik 50 Seiten A 4 DM 4,- September 1978

enthält Texte speziell zur DKP, ihrer Programmatik und ihrer Praxis.

UNSER WEG Nr. 2 Zur Kritik des „realen Sozialismus“ 94 Seiten A 4 DM 7,50 Oktober 1978

enthält Texte zur „Oktoberrevolution“, Diskussion um den „realen Sozialismus“, Biermann sowie Bahro.

UNSER WEG Nr. 3 Zur Kritik des „Eurokommunismus“ 38 Seiten A 4 DM 3,- Januar 1979

enthält Kritiken zu den einzelnen Parteien, sowie Texte über den Streit zwischen den „Eurokommunisten“ und „Realsozialisten“.

reents  
verlag

LIEFERUNG NUR GEGEN VORAUSKASSE!  
Postkosten gehen zu Lasten des Empfängers.  
Pauschal sind bei Einzelbestellungen 40 Pfg. mit zu überweisen auf unser Konto.  
Dresdner Bank Hamburg – BLZ 200 800 00 – Kto. 451 83 78  
oder  
Postscheckamt Hamburg – BLZ 200 100 00 – Kto. 2405 95 203  
J. reents-verlag, Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich/wir\* den Verlag J. Reents, Hamburg, den von mir/uns\* zu entrichtenden Abonnementpreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres\* Girokontos

Kto. Nr.

Kto. Inh.

bei der

BLZ

mittels Lastschrift einzuziehen.

den.....  
Unterschrift

\* Nichtzutreffendes bitte streichen



